Redebuch

2012

Initiative Bremer Montagsdemo: Beiträge

2004 – 2005 – 2006 – 2007 – 2008 – 2009 – 2010 –
2011 – 2012 – 2013 – 2014 – 2015 – 2016 – 2017

www.Bremer-Montagsdemo.de

Zusammengestellt und laufend ergänzt
von G. D. Brettschneider

Typeset with Markup Shredder
www.Gerolf.org

Meine Kindheit war nicht auf Rosen gebettet
Meine Herbstzeit wird mit Dornen bespickt
Ich habe mich immer aus der Not gerettet
Und noch gehofft auf ein besseres Rentnerglück

Ursula Gatzke

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

358. 359. 360. 361.

362. 363. 364. 365.

366. 367. 368. 369.

370. 371. 372. 373.

374. 375. 376.

377. 378. 379. 380.

381. 382. 383. 384. 385.

386. 387. 388. 389.

390. 391. 392. 393.

394. 395. 396. 397. 398.

399. 400. 401. 402.

403. 404. 405.

Kontakt Flugblatt

Bremer Montagsdemo

Grundsätze

1. Die Montagsdemonstration ist eine **überparteiliche Aktion** der Bevölkerung und trägt entstehende Kosten aus deren Spenden. Die Gelder werden ordentlich verwaltet. Es gibt eine regelmäßige Kassenprüfung.
2. Alle Teilnehmer(innen) haben das Recht auf Vertretung ihrer Standpunkte. Zur Diskussion steht ihnen das **Offene Mikrofon** zur Verfügung. Damit viele Menschen zu Wort kommen, sollen Redebeiträge nicht länger als drei Minuten dauern.
3. Alle Teilnehmer(innen) sollen einen Beitrag für das **gemeinsame Anliegen** leisten, also ihre Diskussion gleichberechtigt, solidarisch und sachlich führen. Wir grenzen uns entschieden von Faschisten ab: Sie haben auf der Montagsdemo nichts zu suchen!
4. Auf einem Vorbereitungstreffen wird eine **Koordinierungsgruppe** gewählt, deren Zusammensetzung die Montagsdemo repräsentiert und die für Einheit und Selbständigkeit der Bewegung eintritt. Diese Gruppe hat keine Weisungsbefugnis und muss sich spätestens nach einem Jahr zur Wahl stellen.
5. Die Koordinierungsgruppe fördert gegenseitige Hilfe im sozialen Netzwerk, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt **gemeinsame Aktivitäten**. Sie arbeitet auch mit Gewerkschaften, Organisationen und Initiativen sowie der bundesweiten Koordinierungsgruppe zusammen.
6. Die Koordinierungsgruppe organisiert **Vorbereitungstreffen** der Montagsdemo und schlägt Themenschwerpunkte vor. Sie ist für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig und betreibt eine eigenständige Homepage für die Bremer Montagsdemo.
7. Die Moderatoren nehmen **Manuskripte** gehaltener Reden zur Veröffentlichung im Internet entgegen. Erbeten wird Maschinenschrift; außerdem Angabe von Datum, Name, (Email-)Adresse, Parteizugehörigkeit; weiterhin Genehmigung redaktioneller Überarbeitung.

Beschlossen am 14. Februar 2005 von den Teilnehmern der 26. Bremer Montagsdemo

Bremer Montagsdemo

Kurzvorstellung

Wie in zahlreichen anderen Städten Deutschlands findet in Bremen seit Mitte August 2004 jeden Montag um 17:30 Uhr auf dem Marktplatz eine Demonstration gegen die Hartz-Gesetze statt. Sie hat in den ersten fünfzehn Wochen durchweg dreistellige Teilnehmerzahlen erreicht und wird von einem festen Kern „neuer Politiker“ entschlossen weitergeführt.

Denn Hartz IV heißt: Massenarmut und Zwangsarbeit! Die Regierung ist dazu übergegangen, nicht mehr die Arbeitslosigkeit, sondern die Arbeitslosen zu bekämpfen! Löhne und Gehälter werden abgesenkt und gleichzeitig mit Ein-Euro-Jobs weitere Arbeitslose produziert! Dagegen steht unser Schlachtruf: „Weg mit Hartz IV! Das Volk sind wir!“

Auf der Montagsdemo gibt es ein „Offenes Mikrofon“, an dem jede Frau, jeder Mann und jede(r) Jugendliche, ob mit oder ohne Job, die eigene Meinung frei sagen kann. Nur für Neonazis gibt es kein Rederecht! Eingereichte Manuskripte werden auch im Internet dokumentiert.

Die Bremer Montagsdemo, anfangs vom „Bündnis gegen Sozialkahlschlag und Bildungsabbau“, seit Mitte Januar 2005 von der *Initiative Bremer Montagsdemo* organisiert, ist bundesweit vernetzt mit anderen Montagsdemos. Auf demokratischer Grundlage finden Aktionskonferenzen nach dem Delegiertenprinzip statt, auch eine Koordinierungsgruppe ist gebildet worden.

Die Montagsdemo ist überparteilich, und alle Entscheidungen treffen die Teilnehmer selbst. In unserer Bewegung sind bedeutsame Formen unmittelbarer Demokratie und solidarischer Streitkultur entstanden. Wir lassen uns nicht vor den Karren einer Partei spannen! Wir sehen politische Tätigkeit nicht mehr nur darin, am Wahltag ein Kreuzchen zu machen, sondern nehmen unsere Sache in die eigene Hand!

Initiative Bremer Montagsdemo

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

358. Bremer Montagsdemo am 09. 01. 2012

Absolut sehenswert und ein großartiges Spektakel voller witziger und wütender Momente ist das Bremer-Stadtmusikanten-Stück „**Alt, arm, arbeitslos**“ am **Bremer Theater**. Premiere ist am **15. Januar 2012** um **18 Uhr**, weitere Aufführungen folgen am 21., 24. und 26. Januar (jeweils 19:30 Uhr), 5. Februar (18 Uhr) sowie 11., 18. und 24. Februar (jeweils 19:30 Uhr). Regisseur ist Volker Lösch, zusammen mit Schauspieler Walter Sittler Erfinder des „Schwabenstreichs“ als Protestform gegen „Stuttgart 21“.

Wer nicht für Hungerlohn arbeiten will, wird zum „Arbeitsverweigerer“ abgestempelt

1. Vor sieben Jahren traten die menschenverachtenden Hartz-Gesetze in Kraft, die das Leben für immer mehr Menschen immer schwieriger bis unerträglich machten – auf jeden Fall werden Arme immer ärmer. So ist es auch nicht verwunderlich, dass im gesamten Bundesgebiet die Zahl derer wächst, die kein Dach über dem Kopf haben, und dass 20 Prozent der bundesweit 248.000 Obdachlosen sogar noch unter 25 Jahre alt sind. Viele junge Wohnungslose schlagen sich auf der Straße durch oder hausen in Abbruchhäusern. Der Mainzer Verein „Armut und Gesundheit“ zieht die ernüchternde Bilanz, dass ein Jahr nach dem „Europäischen Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ Armut und **Obdachlosigkeit** sogar noch zugenommen haben. Für die Menschen am sozialen Rand wird es immer schwerer, sich Gesundheit zu „leisten“. Gerade im Winter sind die Wohnungslosen besonders gefährdet, Opfer der Kälte zu werden, und vielerorts fehlen Hilfsangebote.

2. Die **Arbeitsagentur** will sich mal wieder radikal umbauen und in den kommenden drei Jahren 17.000 Stellen in der Verwaltung abbauen – weil die Erwerbslosigkeit in Deutschland sinke. Seltsam, braucht sie denn das Personal nicht dafür, die tatsächlich vorhandenen Erwerbslosen in besondere Schächtelchen zu verpacken, welche diese dann unsichtbar machen, auf dass sie wunderbarerweise gar nicht mehr mitgezählt werden müssen? Ein stärkerer Personalabbau ist Agenturchef Weise zufolge nicht möglich, weil es ihm sehr wichtig sei, die „persönliche Betreuung“ zu erhalten. Komisch, ich dachte immer, dass die Leute einfach in die Kurse gestopft wurden, wo noch Plätze frei waren, egal, ob es nun passt oder nicht, dass es also eher nach der Planvorgabe „Hauptsache in Arbeit“, vor allem aber „Raus aus der Statistik“ geht!

Weise versteigt sich erstaunlicherweise zu der völlig haltlosen Behauptung, dass, wer in der derzeitig „guten Konjunktur“ keinen Arbeitsplatz finde, wirklich ein „Problem“ – wie einen fehlenden Schulabschluss oder geringe deutsche Sprachkenntnisse – habe. Mit anderen Worten: Erwerbslos sind natürlich nur die Ungebildeten, und wer keine Arbeit hat, ist daran selber schuld. Seiner geplanten Umstellung der 22,2 Millionen „Kunden“-Akten auf Computer-Datensätze sehen viele schon mit Grausen entgegen, sind doch die vielen Pannen der Flop-, Mob- oder (No-)Job-Center im ganzen Land bekannt und existenziell gefürchtet, wenn schon wieder kein Geld kommt, keine Miete überwiesen wurde.

3. Anlässlich der Veröffentlichung seines „Armutsberichtes 2011“ warnt der „Paritätische Wohlfahrtsverband“ vor einer Verfestigung der **Armut** auf Rekordniveau. Obwohl rund zwölf Millionen Menschen, also erschreckende 14,5 Prozent der Bevölkerung total verarmt sind, werden sie verniedlichend nur als „armutsgefährdet“ bezeichnet. Wenn in Jahren mit vergleichsweise starkem Wirtschaftswachstum wie 2006, 2007 oder 2010 die Armut nicht zurückgegangen, sondern nur immer noch weiter angestiegen ist, dann sollte doch spätestens die Politik für einen sozialen Ausgleich sorgen – sofern sie nicht ein Interesse daran hat. Der „Paritätische“ fordert von der Bundesregierung eine „armutspolitische Kehrtwende“, mit einer Erhöhung der Regelsätze des ALG II, einem Ausbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, der Sicherung der Bildungschancen benachteiligter Kinder und Jugendlicher und dem Vorbeugen drohender Altersarmut.

Sinnigerweise fordert der Verbandsvorsitzende Schneider, „nicht nur die Armut, sondern auch den Reichtum in Deutschland zu enttabuisieren“, also eine deutlich stärkere Besteuerung von großen Erbschaften, Vermögen sowie hohen Einkommen vorzunehmen. Dann fehlen natürlich auskömmliche Löhne und die Abschaffung, besser noch das generelle Verbot von Leiharbeit und prekärer Beschäftigung ohne Mindestlohn, außerdem der Verzicht auf Sanktionen und die Einführung einer bedarfsorientierten, repressionsfreien Sozialhilfe. Erstrebenswerter wäre in meinen Augen allerdings endlich das ernsthafte Nachdenken über ein bedingungsloses Grundeinkommen.

4. Die ungerechte Umverteilung von unten nach oben und die Erodierung der Mittelschicht machen natürlich nicht vor dem kleinsten Bundesland Bremen halt. Wenn im Jahr 2007 164 Menschen in Bremen über eine Millionen Euro im Jahr verdienten, dann sind das 95 mehr als noch 2004. Bei den etwas weniger Reichen verhielt es sich ähnlich: 1.393 Bremer(innen) verdienten 2007 über 250.000 Euro im Jahr, verglichen mit „nur" 740 im Jahre 2004. Insgesamt erzielten alle Bremer(innen) im Jahr 2007 ein gemeinsames **Einkommen** von 9,04 Milliarden Euro, wovon allerdings 7,8 Milliarden auf den Konten der einen Hälfte der Einwohner(innen) landeten. Weil diese Zahlen nur auf den abgegebenen Steuererklärungen beruhen und die Bezieher(innen) von Sozialleistungen und Renten nicht mit eingerechnet worden sind, ist die unerhörte Spaltung in der realen Gesellschaftlich noch weitaus krasser.

Natürlich gefährdet diese Entwicklung den „sozialen Frieden" und schreit nach einer Lohnpolitik, die Tarifverträge stärkt, für höhere Löhne sorgt, Minijobs begrenzt und sich für einen gesetzlichen Mindestlohn einsetzt. Aber das wäre ja kontraproduktiv zur verordneten Armut per Gesetz durch Hartz IV! In Bremen gilt nur als arm, wer weniger als 826 Euro im Monat für sich zur Verfügung hat. Diese Armen verteilen sich natürlich nicht gleichmäßig über das Stadtgebiet, weil nur in bestimmten Stadtteilen die Mieten gerade noch erschwinglich sind, was leider die Segregation ungemein fördert. So verdienen die Menschen in Horn durchschnittlich 9.000 Euro im Monat, fast sieben Mal so viel wie in der Neuen Vahr, wo das durchschnittliche Monatseinkommen bei nur 1.300 Euro liegt. Bremerhaven hingegen schneidet nur deswegen „besser" ab, was die „soziale Mischung" betrifft, weil dort einfach alle etwas ärmer sind.

5. Muss ich das verstehen: Einerseits sei die Zahl der Erwerbslosen doch so wunderbar gesunken, wohingegen die Zahl der Hartz-IV-Bezieher im Jahr 2007 ihren Höchststand erreichte? Völlig zu Recht kritisierte der Landkreistag damals, die Zahl der Hartz-IV-Bezieher werde bislang auf die Langzeitarbeitslosen verengt. Ein-Euro-Jobber mit mehr als 15 Wochenstunden, Kranke, Aufstocker aus dem Niedriglohnbereich oder Ausbildungsplatzsuchende fänden sich dagegen nicht in der **Arbeitslosenstatistik** wieder, obwohl deren Lage oft nicht besser sei. Es ist wirklich mehr als überfällig, endlich mit dem Schönreden und Manipulieren an der Statistik aufzuhören und zu sehen, dass die Zahl der Personen wächst, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Schon im Jahr 2007 logen Politiker schlicht und ergreifend zu ihrer eigenen Beweihräucherung, als sie von den damals 7,4 Millionen „Hartz-IV-Sozialfällen" lediglich rund 2,5 Millionen Menschen in der Arbeitslosenstatistik als Erwerbslose erfassten und uns glauben machen wollten, wir hätten so viele freie Stellen wie nie zuvor.

Zum Jahresende 2011 wiesen die Grünen darauf hin, dass dank einer Sonderregelung der Regierung aus Union und FDP die Arbeitslosigkeit der Überachtundfünfzigjährigen von 9,7 auf 8,0 Prozent sinkt, indem etwa 100.000 ältere Menschen ohne Job nicht in der Statistik geführt werden. Ja, ich glaube, nun habe ich

es verstanden: Früher, also vor dem deutschen „Jobwunder“, gab es viel zu viele überbezahlte sozialversicherungspflichtige Vollzeitarbeitsplätze, die dann, damit die Unternehmer nicht abwandern, abgeschafft und in 400-Euro-Teilzeit-Jobs umgewandelt wurden. Dass davon niemand leben kann, spielt ja keine Rolle, wenn sich dafür die Zahl der Arbeitsplätze verdreifacht hat! Anhand der „erfolgreichen Modelle aus Deutschland“ wollen jetzt Kanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy ein „Konzept für mehr Arbeitsplätze in Europa“ erarbeiten. „Was unsere deutschen Freunde mit ihrer Industrie gemacht haben, muss unbestritten ein Vorbild für uns sein“, säuselte Sarkozy.

6. Entgegen der verordneten **Rente** erst mit 67 Jahren gehen deutsche Arbeitnehmer immer häufiger wegen seelischer Krankheiten noch vor dem 50. Lebensjahr in Frührente. Der Hauptgrund für ein unfreiwilliges frühes Ausscheiden aus dem Beruf sind zunehmend Depressionen und Angststörungen. Arbeitnehmer werden immer früher so krank, dass sie nicht mehr arbeiten können. 1980 waren erwerbs- und berufsunfähige Neurentner im Durchschnitt 56 Jahre alt. Heute sind sie etwas über 50, diejenigen mit psychischen Störungen im Schnitt sogar nur 48,3 Jahre. Natürlich ist die Rente mit 67 Jahren nichts anderes als eine erneute Rentenkürzung. Die Verdichtung der Arbeit, die Verteilung von immer mehr Arbeit auf immer weniger Menschen mit gleichzeitiger Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes, ein beständig kälteres soziales Arbeitsklima, das Ellenbogenmentalität und Mobbing fördert – dies hört sich in der Tat nach einem „guten Rezept“ für die Erhöhung von psychischen Erkrankungen wie Depressionen und Panikattacken an.

7. Potzblitz, die Bundesagentur erhöht angesichts der ach so guten Arbeitsmarktentwicklung den Druck auf „Arbeitsverweigerer“! Im Jahr 2011 habe sie in fast 27.000 Fällen wegen „**Arbeitsablehnung**“ vorübergehend die Auszahlung des Arbeitslosengeldes I gesperrt. „Gute Konjunkturentwicklung“ – da lachen ja die Hühner! Ich finde es eine Frechheit, Menschen als „Arbeitsverweigerer“ zu bezeichnen, die selbstverständlich keine Lust darauf haben, in Vollzeit für dermaßen wenig Geld arbeiten zu müssen, dass sie davon noch nicht mal vegetieren, geschweige denn leben können und zur Krönung immer noch zum Flop-, Mob- oder (No-)Job-Center gehen, sich also weiterhin der unnötigen Drangsalierung durch Hartz-IV-Verfolgungsbetreuung unterwerfen müssen. Gebt ihnen doch eine Arbeit, die ihren Namen verdient! Wer von den Normalverdienern wäre eigentlich bereit, für derart zu wenig Geld seine Arbeitskraft zu verschwenden, äh: zur Verfügung zu stellen?

Wenn die meisten derjenigen, die jetzt arbeitslos werden, dank Niedriglohnbeschäftigung und Zeitarbeit gleich in den Abgrund von Hartz IV rutschen, dann werden dabei noch nicht einmal alle mitgezählt, weil sie zu alt, zu krank, zu ein-Euro-jobbig, zu sehr gemaßnahmt, aufstockig oder noch anders (angeblich) „gehandicapt“ sind. So ist das also: Wer nicht für einen Hungerlohn arbeiten will, wird zum Arbeitsverweigerer abgestempelt! Dabei muss nur endlich ein Mindestlohn

her, der keine Lücken und Schlupflöcher zulässt und für alle Arbeitgeber und Zeitarbeitsstellen ausnahmslos zwingend verpflichtend ist. Selbstverständlich müsste von diesem Mindestlohn ohne Wenn und Aber anständig gelebt und später auskömmlich in Rente gegangen werden können.

8. Die Kinder von Arbeitslosen sollen angeblich kleiner sein als andere, weil sich Arbeitslosigkeit und sozialer Status der Eltern erheblich auf **Körpergröße** von Kindern auswirken könnten. Für diese Studie seien Daten von 250.000 Kindern untersucht worden. Ein Tübinger Professor vermutet, dass weniger das geringere Einkommen eine Rolle spielt, als vielmehr der psychische Stress und die Frustration arbeitsloser Eltern. Komisch, meine beiden Kinder waren überall immer mit bei den Größten! War ich nicht lange genug arbeitslos? Der Herr Professor scheint leider nicht bedacht zu haben, wer wohl den eigentlich unnötigen Stress verursacht: die Verfolgungsbetreuung der (No-)Job-Center. Ach herrjemine, sind wir schon wieder so weit, dass „Experten“ etwaige „körperliche „Mängel“ mit der Situation ihrer „nutzlosen“ Eltern in Zusammenhang bringen wollen? Nach diesem hetzerischen Experten-Geschwurbel kann ich nur noch anmerken: Die Wissenschaft hat festgestellt, dass Marmelade Fett enthält!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Ohne Hartz IV bist du in der Schule der Dumme“: Wegen Wulff wurde die Hetze gegen Arbeitslose wochenlang vernachlässigt *(„Bild“-Zeitung)*

Verhaftet: Mann klaut alte Kekse aus Mülltonne *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Personalmangel im Jobcenter: Jede dritte Hartz-IV-Klage richtet sich gegen Untätigkeit *(„Junge Welt“)*

Ungleichheitswelten

Die Geschichte mit dem Herrn Wulff wird bürgerlich wieder mal als Einzelfall wahrgenommen. Das ist überall so. Wichtig ist es aber auch, einmal in die Vergangenheit zu schauen, zu Herrn Köhler vom Internationalen Währungsfonds. Ein Präsident soll doch ein ganz keusches Wesen sein, was bei dem Köhler in Geldsachen gar nicht sein kann, denn wo sonst Spenden und Geldwäsche ohne Hindernis praktiziert werden, können Präsidenten im System nicht klein und arm bleiben. Die ganze Politik ist in den Finanzstrom verwickelt! Da muss mensch sich doch mal die Frage stellen, ob ein Präsident in dieser Art überhaupt noch nötig ist. Eigentlich ist er machtlos wie ein Kirchendiener. Er hängt nur wie ein Kleinkind an Merkels Rocksaum und bekommt immer seine Süßigkeiten in Zehntausenderform.

Machtgewicht hat der Wulff so gut wie keines. Der ist eine Art Glaubenspatron, und alle Deutschen glauben an den guten Weihnachtsmann, auch wenn der nichts bringt. Jetzt muss mal klar werden, dass wir diesen Luxusweihnachtsmann nicht mehr brauchen! Was wir brauchen, ist Politik für Massen und mit Massen, die in der Partei mitwirken und mitbestimmen, denn von den 41 Millionen sogenannten Sozialversicherten bestimmt kaum jemand mit. Auch die Gewerkschaften sprechen nicht für alle, denn die kleinen Leute werden mal eben wie Lebensmittel bei Lidl und Aldi einfach billig eingekauft, und deren Wert wird an Jobschleuser verhökert. Das ist der klare Wink und die rote Lampe für die Feststellung: Deutschland ist nicht demokratisch! Mit Gruß ohne Krone und Szepter.

Zuschrift von Günni, dem „Mann mit dem großen Hut“

Wehe dem, der das Bundesschlossgespenst verunglimpft: Selbst wenn es ein Lügner und Schnorrerkönig ist *(„Monero“)*

„Neue Maßstäbe in der Transparenz“: Wulff verweigert Herausgabe von Fragen und Antworten zu seiner Affäre *(„Tagesspiegel“)*

Mit 120 Stundenkilometern durch die Stadt: Ordnungshüter müssen sich das Wulff’sche Verständnis von Selbstverantwortung vorhalten lassen *(„NWZ“)*

Wulff setzt auf Netzwerke und Verbindungen: Und huldigte einem Baumanager, gegen den jetzt der Staatsanwalt ermittelt *(„Berliner Morgenpost“)*

Wulff vertrat Interessen der Filmbranche: Und Produzent Groenewold zahlte dem Autor eines Wulff-Buchs gut 10.000 Euro Honorar *(„Spiegel-Online“)*

Piratenpartei fordert Rücktritt: Hunderttausende verlören ihren Job, wenn sie mit ähnlichen Vorwürfen wie Wulff konfrontiert wären *(„Der Westen“)*

Lachnummer des Jahres: Christian der Geschmierte wird neuer Faschingspräsident *(„Kölnische Rundschau“)*

Nur vom Hauspersonal umsorgt: Wulff flitterwöchnert in toskanischer Talanx-Managervilla und entschärft Versicherungsgesetz *(„Stern“)*

Studium in Schwindelei: Bettina Wulffs behauptete Immatrikulation an der Universität Hannover lässt sich nicht belegen *(„Lifegen“)*

„Transparency“ und Journalistenverband boykottieren Neujahrsempfang: Wulff hat sein Versprechen gebrochen, vollständige Aufklärung zu leisten *(„ORF“)*

Gabriel schwänzt Handshaking-Termin: Und Merkel zeigt Wulff die kalte Schulter *(„Bild“-Zeitung)*

„Schule des Zynismus“: Dass „Bild“ den Wulff runterschreibt, ist noch lange kein Grund, korrupte Amtsinhaber in Schutz zu nehmen *(„Spiegel-Online“)*

Economy gebucht, Business Class geflogen: Wulff vermauschelt private und dienstliche Bonusmeilen *(„Bild“-Zeitung)*

Einladung aufs Oktoberfest: Wulff lässt sich von Filmproduzent Groenewold das Upgrade in die Luxussuite bezahlen – und ahnt nichts von den Mehrkosten gegenüber dem kleineren Hotelzimmer *(„Spiegel-Online“)*

Privatbunker mit Panikraum: Wulff erhält günstige Kreditkonditionen wegen öffentlich finanzierter Sicherheitseinrichtungen *(„Frankfurter Allgemeine“)*

Verfrühter Freibrief der Staatsanwaltschaft: Schnäppchenkredit der BW-Bank erfüllt Straftatbestand der Vorteilsannahme, nachdem Wulff zuvor maßgeblich an der Rettung der Porsche AG beteiligt war *(„Spiegel-Online“)*

„Boom Boom Deutschland“: Im letzten Quartal ist die Wirtschaft um 0,25 Prozent geschrumpft *(„Spiegel-Online“)*

Auftrageinbruch: Industrie erleidet größtes Minus seit drei Jahren *(„Spiegel-Online“)*

Am **Montag**, dem **16. Januar 2012**, findet von **15:30** bis **17 Uhr** auf dem **Marktplatz** eine **Antikriegskundgebung** von „Friedensforum“ und „Flüchtlingsarbeitskreis“ zur geplanten **Ausweitung des Militäreinsatzes** „gegen die Piraten“ auf das Land in **Somalia** und zur Erinnerung an den **Beginn des Luftkrieges** gegen den **Irak** am 16. Januar 1991 statt. Danach beginnt um **17:30** die **Montagsdemo**. Anschließend wollen wir ein **Nachbereitungstreffen** im **Seemannsheim** (Jippen 1) abhalten, um aktuelle Fragen, unter anderem eine Erweiterung der Moderatorengruppe, zu besprechen und Ideen für den Protest gegen Ackermann zu sammeln.

Am **Sonnabend**, dem **21. Januar 2012**, beginnt um **13:30 Uhr** das **Eintreffen der Gäste** zum „**Eiswette**“-Essen im **Kongresszentrum**. Gastredner sind in diesem Jahr der Deutsche-Bank-Chef **Ackermann** und Springer-Verlagschef **Döpfner**. Ihnen gilt unser **Protest**!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

359. Bremer Montagsdemo am 16. 01. 2012

Absolut sehenswert und ein großartiges Spektakel voller witziger und wütender Momente ist das Bremer-Stadtmusikanten-Stück „**Alt, arm, arbeitslos**“ am **Bremer Theater**. Premiere war am 15. Januar 2012 um 18 Uhr, weitere Aufführungen folgen am **21.**, **24.** und **26. Januar** (jeweils **19:30 Uhr**), 5. Februar (18 Uhr) sowie 11., 18. und 24. Februar (jeweils 19:30 Uhr). Regisseur ist Volker Lösch, zusammen mit Schauspieler Walter Sittler Erfinder des „Schwabenstreichs“ als Protestform gegen „Stuttgart 21“.

Skandalstück im Bremer Theater: Falsche von der Leyen pudert echten Arbeitslosen den Hintern *(„Bild“-Zeitung)*

Trash-Hölle „Dschungelcamp“: Am ekligsten ist die Auffassung, „Langzeitarbeitslose“ seien zwecks „Wiedereingliederung“ zu demütigen *(„Spiegel-Online“)*

Illegaler Bahnhofsabriss soll den Widerstand demoralisieren

An diesem Montag demonstrieren Tausende gegen den Abriss des Südflügels des Stuttgarter Bahnhofs. Dieser Abriss ist aus mehreren Gründen illegal. So darf ein denkmalgeschütztes Gebäude nur dann abgerissen werden, wenn Baugenehmigungen für alle Teile eines Bauprojekts vorliegen. Das ist aber bei „Stuttgart 21“ nicht der Fall. Auch liegt die Kapazität des geplanten Tiefbahnhofs deutlich unter der des heutigen Kopfbahnhofs. Ein solcher *Rückbau der Infrastruktur* verlangt nach § 11 des Allgemeinen Eisenbahn-Gesetzes eine Genehmigung, die aber bis heute nicht vorliegt. Die Argumentation der Bundesregierung ist wieder einmal reine Trickserei: Man könne die Prüfung „zeitnah“ zur Außerbetriebnahme des Kopfbahnhofs vornehmen. Es ist völlig unverantwortlich, zuerst 4,5 und mehr Milliarden Euro für den Bau von „S21“ auszugeben, um danach zu prüfen, ob der Tiefbahnhof gegenüber dem Kopfbahnhof einen Kapazitätsrückbau darstellt!

Der illegale Abriss ist eine reine Machtdemonstration der Deutschen Bahn und soll den Widerstand demoralisieren. Die mediale Verbreitung eines erfolgreichen „Stresstests“ war die Grundlage, um den Bürgern „Stuttgart 21“ als „Zukunftsprojekt“ zu verkaufen. Ein unabhängiges Gutachten von Dr. Christoph Engelhardt deckt Manipulationen der Bahn beim diesem „Stresstest“ auf: Engelhardt weist nach, dass vom Tiefbahnhof in der Spitzenstunde statt der geforderten 49 Züge maximal 38 bewältigt werden können. Der jetzige Kopfbahnhof kann dagegen 56 Züge abwickeln. Deshalb ist dies ein eindeutiger Rückbau der Infrastruktur und ein gravierender Verlust, insbesondere für den Personennahverkehr. Besonders interessant ist es, dass der neue Grüne Ministerpräsident Kretschmann sich geweigert hatte, solch ein Gutachter in Auftrag zu geben. Daraufhin haben es die „S21“- Gegner selbst beauftragt und auch finanziert. Kretschmann hat es rechtzeitig vor der Volksabstimmung ausgehändigt bekommen, dann aber unter dem Deckel gehalten. In den regierungsamtlichen Informationen wurde es nie veröffentlicht.

Der Volksabstimmung in Baden-Württemberg lag keine objektive Berichterstattung zugrunde. Mit einem Millionen-Werbeetat wurde den Bürgern eingehämmert, der Ausstieg aus „Stuttgart 21“ würde 1,5 Milliarden Euro kosten. Dies ist nachweislich eine Lüge! Eine aktuelle Umfrage des SWR hat ergeben, dass ein großer Teil der Bevölkerung nur wegen der angeblichen Ausstiegskosten für „S21“ gestimmt hat. Die meisten waren gar nicht von dem Wahnsinnsprojekt überzeugt. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Schuster und einige seine CDU-Kollegen durften im ganzen Land die Erpressung mit den 1,5 Milliarden Euro in alle Haushalte tragen, als „Amtsmitteilung“ deklariert und von Steuergeldern bezahlt! Der Unternehmerverband finanzierte im großen Stil Kinowerbung und ließ per Gerichtsbeschluss den Werbespot der Gegner von „S21“ verbieten. Und da soll die Volksabstimmung ein „Meilenstein der Demokratie“ gewesen sein? Trotz Manipulation und Erpressung: Unsere Solidarität gehört dem Widerstand gegen „S21“! Herzliche Grüße nach Stuttgart! Oben bleiben!

Harald Braun

Montagsdemo auch in Frankfurt: Die höllisch laute Startbahn muss weg *(„Frankfurter Rundschau“)*

Am **Sonnabend**, dem **21. Januar 2012**, beginnt um **13:30 Uhr** das **Eintreffen der Gäste** zum „**Eiswette**“-Essen im **Kongresszentrum**. Gastredner sind in diesem Jahr der Deutsche-Bank-Chef **Ackermann** und Springer-Verlagschef **Döpfner**. Ihnen gilt unser **Protest**!

Am **Montag**, dem **30. Januar 2012**, findet im Anschluss an die Montagsdemo ein **Nachbereitungstreffen** im **Seemannsheim** (Jippen 1) statt, um aktuelle Fragen bezüglich der weiteren Ausgestaltung der Montagsdemo zu klären.

Die Hetze vom Hartz-IV-Glückskind

1. Zehn von 20 Hähnchenfleischproben in deutschen Supermärkten sind mit antibiotikaresistenten Krankheitskeimen belastet. Die ESBL produzierenden Bakterien und MRSA-Keime entstehen, weil in der industriellen **Massentierhaltung** systematisch große Mengen Antibiotika eingesetzt werden, die bei anfälligen Menschen zu schweren Erkrankungen bis hin zum Tode führen können. Resistenzen bei Krankheitserregern sind deshalb so gefährlich, weil in der Humanmedizin verabreichte Antibiotika ohne Wirkung bleiben können und nicht mehr helfen, wenn Patienten dringend darauf angewiesen sind.

Weil eine immer größere Zahl von Nutztieren auf zu wenig Platz zu halten offenbar nur unter Einsatz großer Mengen von Antibiotika möglich ist, muss die Agrarindustrie endgültig wieder zugunsten von normalen Bauerhöfen zurückgedrängt werden! Umwelt- und tiergerechte Haltung kann es nur in Betrieben der ökologischen Landwirtschaft und in Neuland-Betrieben geben. Wenn die Hähnchen, Hühner, Schweine und Kälber keine Antibiotika verabreicht bekämen, litten sie millionenfach noch mehr unter den inakzeptablen Haltungsbedingungen, erkrankten daran akut und würden diese Qual nicht bis zum Schlachten durchhalten – und das könnte ja den Unternehmensgewinn schmälern.

Teilweise waren die Antibiotikagaben zu kurz für eine effektive Krankheitsbehandlung. Dadurch entsteht die Gefahr, dass ein Teil der vorhandenen Krankheitskeime überlebt und sich resistente Keime entwickeln, gegen die im Ernstfall auch beim Menschen keine Mittel mehr helfen. Unter dieser Quälerei in der Massenhaltung leiden nicht nur die armen geschundenen Tiere und die Fleischesser, die das alles nicht stört, sondern auch wir Vegetarierer und Veganer, die niemals Fleisch essen würden. Ich nehme so gut wie nie Antibiotika ein, will mir das für den Notfall aufheben. Aber solange legal und prophylaktisch Antibiotika in tierquälerisch gehaltene Lebewesen gepumpt wird, ist es ja kein Wunder, dass antibiotikaresistente Keime entstehen können!

2. In Irland kann sich jeder fünfte **Obdachlose** trotz Berufstätigkeit keine eigene Unterkunft leisten, weil sein Einkommen derart gering ist. Das Lohndumping führt auch zu einer steigenden Zahl von obdachlosen Frauen. Aufgrund der an den Bedürfnissen der Menschen vorbeiführenden Sparmaßnahmen gibt es nur wenig Möglichkeiten zur Unterbringung von weiblichen Obdachlosen. Wenn wir

in Deutschland nicht endlich einen Mindestlohn durchsetzen, der auch ein menschenwürdiges Leben führen lässt, können sich derartige Verhältnisse vielleicht auch bei uns etablieren!

3. Jetzt ist es auch schon bis zum DGB durchgedrungen, dass **Billiglöhne** den Staat teuer zu stehen kommen. Im vergangenen Jahr musste der Staat etwa zwei Milliarden Euro aufwenden, um den sogenannten Aufstockern ihren Dumpinglohn auf das angeblich ausreichende Existenzminimum zu erhöhen. Würden noch die sozialversicherungspflichtigen Teilzeitjobber hinzugerechnet, hätte der Staat über Hartz-IV-Leistungen sogar vier Milliarden Euro beigesteuert. Hier wurden Steuergelder verschwendet, weil die Unternehmer nicht bereit sind, anständige Löhne zu zahlen und es in Deutschland noch immer keine Gesetze gibt, die unbegrenzte Profitmaximierung verbieten! Wer sind denn in diesem Lande wohl die wahren Sozialschmarotzer? Allerdings sind 8,50 Euro auch nur ein trauriger Witz, ein Tropfen auf den heißen Stein: zisch und weg!

4. Die Präsidentin des Berliner Sozialgerichts fordert den Senat auf, endlich transparente **Mietgrenzwerte** für Hartz-IV-Bezieher festzulegen, weil die Klageflut unvermindert anhält. Streit mit dem Jobcenter um die Übernahme der Mietkosten ist einer der häufigsten Gründe für Hartz-IV-Bezieher, vor das Sozialgericht ziehen zu müssen. Schließlich geht es um ihre Existenz! Das Bundessozialgericht erklärte bereits vor einem Jahr die vom Senat erstellte Entscheidungsgrundlage, die sogenannte Ausführungsvorschrift Wohnen, für rechtswidrig. Dennoch steigt und steigt die Zahl der Zwangsumzüge, weil immer mehr Hartz-IV-Bezieher von den Jobcentern aufgefordert werden, die Mietkosten zu senken, was ihnen aber unmöglich ist.

Die Sozialstadträtin hält eine Erhöhung der Mietgrenzwerte nicht für ausreichend, weil dann die Mieten anziehen würden. Laut der Gerichtspräsidentin biete die „Ausführungsvorschrift Wohnen“ kein schlüssiges Berechnungskonzept, da sie nur Bruttowarmmieten ausweise. Der Hartz-IV-Komplex mache beim Sozialgericht rund 70 Prozent aller Verfahren aus. Hartz IV wirkt: Inzwischen gibt es dort 127 Richterstellen, bei der Einführung der Arbeitsmarktreform 2005 waren es nur 55. Dennoch kommt das Gericht mit der Bearbeitung kaum hinterher: Die Zahl der nicht erledigten Verfahren liegt bei rund 40.000.

Meiner Meinung nach sind solche unbearbeiteten Verfahren ebenso wie die unklaren und völlig unzureichenden Verordnungen bei den Unterhaltskosten beabsichtigt, damit die Betroffenen nicht um ihre Rechte wissen und sich nicht wehren, sodass dieses Geld bei den Ärmsten der Armen eingespart werden kann. Ich verstehe auch gar nicht, weshalb die Menschen sich auf Zwangsumzüge einlassen. Wenn ich davon betroffen wäre, würde ich mich bei allen Wohnungsbaugesellschaften auf die Warteliste setzen lassen, die Anzeigen auf dem Wohnungsmarkt sammeln und meine Wohnungssuche akribisch dokumentieren. Dann soll doch die Behörde darlegen, wohin ich hätte ziehen können!

5. Die „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ fordert mit enormer Kaltschnäuzigkeit, wer für sein Einkommen selbst sorgen könne, brauche keine **Witwenrente**. Dazu sagte ihr Rentenexperte, die Hinterbliebenenversorgung sei „eine Fürsorgeleistung und sollte nur an Angehörige ausgezahlt werden, die nicht selbst für sich sorgen können“. Ulrich Schneider, Geschäftsführer des „Paritätischen Wohlfahrtsverbands“, warf den Arbeitgebern vor, nur ans Kürzen zu denken und nicht an die Betroffenen. Hier zeigt der Raubtierkapitalismus seine hässlichste Fratze: Ich finde es empörend, hinterbliebenen Frauen, die gerade ihren Mann verloren haben, nun auch noch die Witwenrente stehlen zu wollen! Wir wissen doch alle, dass Frauen immer noch weitaus schlechter bezahlte Jobs als die Männer haben. Trotzdem sollen sie dann allein die Kinderschar durchbringen, vielleicht das Haus abbezahlen! Wenn es darum geht, Renten zu sparen, dann doch bitte bei den fetten Pensionen derer, die sowieso immer schon zu viel verdienten – im Vergleich zur immer ärmer werdenden Mehrheit der Bevölkerung!

6. Na endlich! Es machte mich schon ganz nervös, dass wegen Wulff die gewohnte Hetze gegen Hartz-IV-Bezieher über Wochen fast schon sträflich „vernachlässigt“ wurde. In der Gazette mit den vier Großbuchstaben klagt eine Gymnasiastin, dass „du“ ohne Hartz IV an der Schule der Dumme bist. Ich finde den Artikel ziemlich krass, weil hier etwas Elementares umgekehrt und ganz frech auf den Kopf gestellt wird! Wer sich gründlich durch den Blätterwald liest, bekommt hinlänglich aufgezeigt, dass die **Regelsätze** weder für Kinder noch für Erwachsene ausreichen können, um an der Gesellschaft teilhaben zu können! Nur allzu viele von euch wissen dies aus eigener Erfahrung.

Mit dem unsäglichen Diskriminierungs-, äh: Bildungspaket, das vor lauter Bürokratisierung nur so strotzt und nicht im Entferntesten enthält, was es verspricht, können natürlich nicht Mitgliedsbeiträge für Sportverein und Musikunterricht mit dem dazu gehörigen Instrument und den Klamotten *plus* wöchentlich zwei Busfahrkarten hin und zurück für das Kind und die Begleitperson zu Schleuderpreisen käuflich erworben werden! Worauf alles einen Antrag zu stellen möglich ist, heißt noch lange nicht, dass auch gewährt wird, was dem Kind zusteht. Vielleicht wird die Klassenfahrt erst dann genehmigt, wenn die anderen wieder da sind. Die Mühlen der Verfolgungsbetreuung mahlen mit Absicht langsam und zäh!

Nicht viele Eltern würden ihr Kind trotzdem mitfahren lassen, hätten die Möglichkeit, das Geld für ihr Kind zuvor von Bekannten zu leihen und es sich im Anschluss vom (No-)Job-Center wieder zu holen. Ich möchte die „vielen“ Gymnasiasten sehen, die es – mit finanziell armen Eltern, die entweder von Hartz IV oder einem Einkommen knapp darüber vegetieren – geschafft haben sollen, ein Gymnasium besuchen zu dürfen. Unstrittig ist, dass die Kinder von Eltern, die nur knapp über den unsäglich zu niedrigen Regelsatz verdienen, ganz leer ausgehen. Das ist leider bei allen Vergünstigungen so – nicht erst seit Hartz IV –, dass es sie immer am stärksten trifft, und das finde ich auch ungerecht. Zusammenhalten, für einen angemessenen Mindestlohn kämpfen wäre hier angesagt und dass

nicht jede benachteiligte Gruppe ihr Süppchen allein für sich und gegen andere ankämpfend kocht!

Aber daraus den Umkehrschluss zu ziehen, dass Kinder ohne den Bezug von Hartz IV „die Dummen“ seien, ist boshaft frech, eine krude Verdrehung und Verleugnung der Wirklichkeit! Nun sind vollkommen entgegengesetzt, ja seitenverkehrt die Kinder von Hartz-IV-Beziehern plötzlich nicht mehr die ausgegrenzten Paria der Gesellschaft, sondern ihre bevorzugten Glückskinder, die gegenüber allen anderen so begünstigt werden. Das schlägt an Unverfrorenheit doch dem Fass den Boden aus! Ganz betroffen macht mich auch der letzte arglistig manipulierende Satz aus diesem bescheidenen Artikel: „„Ich finde an Deutschland gut, dass man hier nicht arbeiten muss und trotzdem sein Geld bekommt‘, meinte eine Schülerin, als im Unterricht gerade darüber diskutiert wurde, was ein Leben in Deutschland für Vorteile mit sich bringt. Der Rest der Klasse nickte zustimmend.“ Diese fette Lüge am Ende bleibt bei den Lesern dieser Zeitung sicher hängen.

7. Während in Deutschland die Causa Wulff immer wieder neu wenig Appetitliches ans Tageslicht befördert und alle darüber streiten, ob der Bundespräsident nun endlich zurücktreten muss oder ob hier allzu sehr in dessen Privatsphäre wegen seines privaten Hauskredits, seiner Urlaubsaufenthalte bei reichen Unternehmerfreunden und wegen seines Umgangs mit Medien unter Druck herumgeschnüffelt wird, wird in den Hinterzimmern von Europäischem Rat und EU- Kommission klammheimlich ein Vertrag vorbereitet, der alle Euroländer der Europäischen Union dauerhaft auf einen strikten Austeritäts-, also **Kürzungskurs** festlegen soll. Im Verborgenen versuchen die Regierungschefs, unbemerkt von eigentlich notwendigen Volksabstimmungen in manchen Ländern, einen neuen „fiskalpolitischen Pakt“, der es in sich hat, außerhalb des bisherigen Rechts für die gesamte Europäische Union zu etablieren.

Dennoch soll der Pakt für die Organe der Europäischen Union bis hin zum Europäischen Gerichtshof bindend sein. Der neue Fiskalvertrag sieht drastische Verschärfungen der Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten vor und soll tief in die nationale Souveränität der Mitgliedsstaaten und auch in unser Grundgesetz eingreifen. Während die Medien von Bundespräsident Wulff „Transparenz“ für jedes Flugticket verlangen, bleibt ein geradezu systemverändernder Eingriff in bisheriges Recht der Mitgliedstaaten völlig intransparent, obwohl die Vertragsentwürfe offen zutage liegen. Sollen wir uns unter dem Diktat des Sparpakets einer fiskalischen Diktatur beugen, die in kleinen, aber gemeinen Schritten den gewählten Regierungen faktisch postdemokratisch das Sagen entzieht, ganz im Sinne des Lissabonner Vertrages?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Ausgeschleckert: Mitarbeiterschikane und Dumpinglöhne
sind kein Erfolgsrezept *(„Spiegel-Online“)*

„Ich bin kein Star, holt mich hier raus“: Saarland-Dschungelkönigin Kramp-Karrenbauer muss in die Neuwahl-Prüfung *(„Die Zeit“)*

Benno Ohnesorg wurde gezielt erschossen: Und auf Anweisung des Chefs nähten die Ärzte das Loch im Schädel wieder zu *(„Spiegel-Online“)*

Die Tendenz zur revolutionären Weltkrise ist unübersehbar

Seit dem 1. Januar 2010 gibt es einen um zehn Euro höheren Hartz-IV-Regelsatz. Das gleicht aber noch nicht einmal die Preissteigerungen der letzten Jahre aus. Von 345 Euro im Jahr 2004 stieg das ALG II in acht Jahren auf 374 Euro, im Schnitt also um 3,60 Euro oder circa ein Prozent im Jahr. Die Lebenshaltungskosten stiegen aber stets um das Zwei- bis Dreifache! Für Grundnahrungsmittel, Fahrkarten oder Energie musste jährlich etwa sieben Prozent mehr gezahlt werden. Dabei war der Regelsatz schon 2004, im Jahr der Verabschiedung von Hartz IV, zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel! Wir fordern deshalb: Weg mit den Hartz-Gesetzen, als Sofortmaßnahme 500 Euro Arbeitslosengeld II, weiterhin aber ein existenzsicherndes Einkommen, das die Teilhabe am kulturellen Leben einschließt. Nach heutigem Stand sind das knapp 1.000 Euro netto im Monat! Jetzt droht neue gewaltige Steigerung der Lebenshaltungskosten: Im Jahr 2011 stiegen die Großhandelspreise in Deutschland gegenüber 2010 um 7,5 Prozent, und die schlagen ganz schnell auf die Lebensmittelpreise und anderen Lebenshaltungskosten durch.

Wir bekommen dabei auch keinen Kredit wie Herr Wulff! Aber wir können den Kampf aufnehmen und sind dabei in bester Gesellschaft. Zurzeit finden in unglaublich vielen Ländern dieser Erde Streiks statt – gegen Preiserhöhungen, für höhere Löhne, gegen Entlassungen, aber vor allem gegen Unterdrückung und für Freiheit! Dies geschieht in Algerien, Argentinien, Australien, Bulgarien, China, Griechenland, Großbritannien, Indonesien, Italien, dem Jemen, Kasachstan, Libyen, Nigeria, Portugal, Rumänien, Serbien, Südkorea und Vietnam, um nur einige Länder zu nennen! In Yokohama demonstrierten am Samstag 2.000 Menschen für die Stilllegung aller Atomkraftwerke. So wie auch bei uns nicht nur die Wut über das geringe ALG II uns auf die Straße treibt, sondern auch über die Erniedrigungen und Demütigungen durch die Behörden, die Verhöhnung durch Po-

litiker wie Ursula von der Leyen oder Guido Westerwelle, so nimmt auch in immer mehr Ländern der Kampf für Freiheit und Demokratie an Fahrt auf. Hier wie auf der ganzen Welt überlegen sich immer mehr Menschen, dass das System des Weltkapitalismus, in dem eine winzige Schicht internationaler Finanzkapitalisten alles beherrscht, weg muss!

Aber wie soll die Zukunft aussehen? Mit offenem oder verstecktem Antikommunismus soll uns weisgemacht werden, dass im Kapitalismus zwar alles schlimm, aber im Sozialismus noch viel schlimmer ist. Momentan hat das noch Wirkung, aber es wird die Strategiedebatte nicht auf Dauer aufhalten können. Die Diskussion über die Zukunft und wie dieser Sozialismus aussehen soll, hat begonnen. Am vergangenen Wochenende fand in Berlin die Liebknecht-Luxemburg-Lenin-Demo statt, Europas größte Demonstration für den Sozialismus. Sie war noch viel internationaler als in den vergangenen Jahren, und überparteilich war sie: Linkspartei, DKP, MLPD, „Solid“, „Naturfreundejugend“, Gewerkschaften und die türkische TKP/ML waren alle dabei.

Das macht Mut, denn es kommt viel auf uns zu. Die Abstufung von neun Euro-Ländern durch die Ratingagentur Standard & Poor’s wirft ein Licht auf die kommende Entwicklung. Die Finanzkrise kann ganz schnell wieder auf die „Realwirtschaft“ durchschlagen, aber noch einmal wird es ein solches Krisenmanagement wie im Jahr 2008 nicht geben. Die Herrschenden suchen immer ihr Heil darin, den Leuten, die sowieso nichts haben, auch das allerletzte Hemd noch auszuziehen. Dagegen hilft kein Kopf-in-den-Sand-stecken, sondern nur: Kopf hoch und Zusammenschluss aller Betroffenen über die Grenzen hinweg! Die Tendenz zur revolutionären Weltkrise ist unübersehbar, und es wird Zeit dafür. Das allein herrschende internationale Finanzkapital ist nicht in der Lage, auch nur eines der Probleme dieser Erde zu lösen. Deswegen muss ihm die Welt aus der Hand genommen werden, bevor sie verbrennt!

Wolfgang Lange (MLPD)

Und zum Dank gibt’s eine Einladung zum Sommerfest: Berliner Autohändler schenkt Wulff-Söhnchen ein Bobby-Car *(„Focus“)*

Es wäre „naiv“, Weisungen von oben auszuschließen: Landesregierung behindert Aufklärung, Staatsanwaltschaften verweigern Ermittlungen, Medien „enthüllen“ Bagatellen *(„Spiegel-Online“)*

Wulff täuschte Landtag: Staatskanzlei suchte Sponsoren für „Nord-Süd-Dialog“ von Partykönig Schmidt *(„Stern“)*

„Hinnahme wäre Rückfall in vordemokratische Zeiten“: Wulff hat eindeutig das Gesetz gebrochen *(„Frankfurter Rundschau“)*

Razzia bei Wulffs Ex-Sprecher wegen Bestechlichkeit: Die Kleinen fängt man, die Großen lässt man laufen *(„Bild“-Zeitung)*

Wulff hält Vortrag vor Zentis-Handelsvertretern: Und zum Dank spendiert der Konzern einen Besuch beim Filmball *(„Abendzeitung“)*

Unzureichende Antworten, unübliches Verfahren: War Wulffs Hauskauf in Wahrheit eine Geschenkannahme? *(„Frankfurter Rundschau“)*

„Wulff ist ein Lügner“: Er verheimlichte Gratisflüge seines Sprechers und Landesgeschenke für Privatpartygäste *(„Spiegel-Online“)*

Der Karneval kommt erst noch: Größte Gefahr für den Bundespräsidenten ist das entfesselte Humorpotenzial der Deutschen *(„Die Presse“)*

Zerknirscht beichten wie ein Staatsoberhaupt: Dschungelcamper Aílton verheimlicht Regelverstoß *(„RTL“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

360. Bremer Montagsdemo am 23. 01. 2012

Deutschland hat das größte Armutsrisiko in der EU

Nirgendwo in der Europäischen Union rutschen Arbeitslose so schnell in die Armut wie in Deutschland. Das belegt die neueste Untersuchung der statistischen Behörde „Eurostat“. In Deutschland sind über 70 Prozent der Arbeitslosen armutsgefährdet – in der EU dagegen „nur“ 45 Prozent. Das bedeutet, dass sieben von zehn Arbeitslosen weniger als 940 Euro monatlich zur Verfügung haben, wenn sie alleinstehend sind. Die Erhöhung der Regelsätze für ALG-II-Bezieher um zehn auf 374 Euro zum Jahresanfang 2012 ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen behauptet, dass zehn Euro ausreichen, weil sie den Erhöhungen der Lebenshaltungskosten entsprächen. Wann hat diese Frau zum letzten Mal eingekauft? Sie schickt ihre Bediensteten und hat Geld im Überfluss!

Zehn Euro mehr im Monat – das macht nicht mal die Hälfte der offiziellen Inflationsrate aus, welche zudem die reale Preissteigerung verfälscht. Im offiziellen Warenkorb befinden sich Luxusgüter, die sich eh kein normaler Mensch kaufen kann. Die Preise für Massengüter und Lebensmittel erhöhten sich, wie die Statistiker ausrechneten, um 18,9 Prozent! Demnach deckte die Erhöhung des Regelsatzes seit 2005 die tatsächliche Erhöhung der Lebenshaltungskosten für Hartz-IV-Bezieher, Aufstocker und Geringverdiener nur zu 29 Prozent ab. Auf der Montagsdemo in Hamburg wurde deshalb zu Jahresbeginn schon der Vorschlag gemacht, Frau von der Leyen einen „Bildungsgutschein Rechnen“ zu spenden.

Woher kommt eigentlich die galoppierende Preissteigerung? Die gigantischen „Rettungsschirme“ für Konzerne und Banken weiten die Geldmenge in der EU enorm aus und heizen dadurch die Inflation an. Die wachsende Spekulation mit Lebensmitteln und Ackerland treibt die Preissteigerung in die Höhe. Dazu kommen die Monopolpreise, zum Beispiel bei Strom und Benzin, die die Gewinne kräftig sprudeln lassen, aber unseren Geldbeutel leeren. Auch ein realer Ausgleich der Lebenshaltungskosten für ALG-II-Bezieher würde nichts daran ändern, dass die Regelsätze einschließlich Mietkosten zwischen 630 und 800 Euro und damit

unter der Armutsgrenze von 940 Euro liegen. Deshalb ändert sich auch nichts an der Aktualität der Forderung „Hartz IV muss weg!“ Dafür treten die Montagsdemonstranten in ganz Deutschland ohne Abstriche ein – verbunden mit der Forderung nach Erhöhung des Arbeitslosengeldes und dessen unbegrenzter Fortzahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit.

Harald Braun

Eine Bananenrepublik, deren Institutionen sich ungeniert über Jahre sittenwidrig verhalten können

1. Obwohl das Berliner Sozialgericht bereits im September 2010 unanfechtbar entschieden hatte, dass für Berlin eine Vergütung unter 1.035 Euro brutto bei einer Vollzeitbeschäftigung sittenwidrig sei, werden nach wie vor Vermittlungen in „**Arbeitsgelegenheiten** in der Entgeltvariante“ vorgenommen, die bei einer 38,5-Stunden-Woche mit 900 Euro brutto vergütet werden. Ungeachtet solcher Vorgaben wurden nach Auskunft des (No-)Job-Centers Berlin-Mitte allein dort 2.600 Personen in diese sogenannten AGHE-Jobs vermittelt. Werner Schulten, Vorstandsmitglied der „Linken“ und Sprecher der „Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV“ der Partei, beklagt, es sei ein Skandal, wie die Bundesagentur mit rechtskräftigen Urteilen der Sozialgerichte umgehe. Noch skandalöser sei für ihn jedoch die Tatsache, dass eine Behörde der Bundesrepublik Deutschland kein Problem damit habe, sich sittenwidrig zu verhalten – und die Vermittlung in solche Arbeit unter Androhung von Sanktionen sei dies allemal.

Schulten fragt weiter, in welcher *Bananenrepublik* wir eigentlich lebten, wenn staatliche Institutionen auf Gerichtsurteile pfeifen und sich ungeniert über Jahre sittenwidrig verhalten könnten. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass die Betroffenen durch die Androhung von Sanktionen und Lohnkürzungen in ihrer nackten Existenz gefährdet und so gezwungen werden, sittenwidrige Verträge zu unterschreiben. Es scheint sich wie bei den Ein-Euro-Jobs zu verhalten, dass ehrliche Unternehmer gegen die mit rein von der Öffentlichkeit finanzierten Lohnsklaven natürlich nicht ankommen kön-

nen. Mir gefällt besonders Schultens Schlussfolgerung, dass ein Land, in dem Sittenwidrigkeit zum Alltag staatlichen Handelns wird, bereits alle Grenzen humanistischer Gesellschaftsformen überschritten habe.

2. Leider ändert ewiges Wiederkäuen nichts daran, dass nur zwei Prozent der Studenten aus Familien kommen, in denen die Eltern einen niedrigeren **Bildungsabschluss** erreichten. Mich stört es sehr, dass diese Familien immer gleich als „bildungsfern“ abqualifiziert werden, wenn die Eltern nicht studiert, sondern nur die Hauptschule und ein Berufsvorbereitungsjahr absolviert haben. In anderen europäischen Ländern haben Kinder aus nicht akademischen Familien bessere Chancen. In Portugal oder der Türkei kommen etwa 45 Prozent der Studenten aus nicht privilegierten Elternhäusern. Auch in Ländern wie Spanien, der Tschechischen Republik oder Finnland variiert der Anteil der Studenten mit niedrigerem Bildungshintergrund an den Universitäten immerhin noch zwischen zehn und 25 Prozent. Deutschland hat nur die arrogante sprachliche Abwertung der finanziell schwächeren Familien zu bieten und vor allem keine Chancengleichheit! Das ist ganz schön billig und herzlich wenig.

3. Seit 2004 findet jede Woche in Köln auf dem Roncalliplatz zwischen 18 und 19 Uhr die **Montagsdemo** mit Offenem Mikrofon gegen die Hartz-Gesetze, Sozialabbau und Missstände aller Art statt. Am 9. Januar 2012 zog nun ein Hauptkommissar den Verbindungsstecker des Verstärkers vom Mikrofon ab. Weil die Anmelderin das Gerät nach seinen Aufforderungen nicht selbst abschaltete, wird sie nun eine Anzeige erhalten. Am 16. Januar 2012 wurde den Montagsdemonstranten erneut von drei Polizeibeamten der Betrieb des Offenen Mikrofons untersagt. Leider ist nicht klar, weshalb nach über sieben Jahren Montagsdemo das bewährte Offene Mikrofon ausgeschaltet, die Montagsdemo Köln also mundtot gemacht werden soll. Darf in Köln ab jetzt nur öffentlich reden, wer den Mainstream-Medien unhinterfragt, unreflektiert nachplappert?

4. Letzte Woche wurde in drei Studien der Missstand dargelegt, dass **Minijobs** in die Armutsfalle führen und die Stundenlöhne dort im Durchschnitt um die Hälfte geringer als die Gehälter von Vollzeitbeschäftigten sind. Viel zu viele Unternehmer kalkulieren offenbar sehr sozialschmarotzend das Arbeitslosengeld II in einen „Kombilohn“ zulasten des Fiskus ein, wenn sie selbst nur solch unverschämt geringe Löhne zahlen! Geringfügig Beschäftigte machten 58 Prozent aller 1,2 Millionen Niedriglöhner mit Gehältern unter fünf Euro pro Stunde aus. Minijobs sind Billigjobs auf Kosten der Betroffenen und der Gesellschaft! Eigentlich sollten sich Geringverdiener ihr Einkommen mit einem Nebenjob aufbessern können, ohne dabei Sozialabgaben oder Steuern abzuführen. Die Unternehmer müssen für 400-Euro-Arbeitsplätze nur rund 30 Prozent Pauschal- statt 40 Prozent Sozialabgaben für reguläre Beschäftigung entrichten. Mit der angeblich integrativen Wirkung der Minijobs auf dem Arbeitsmarkt sei es spätestens mit den Hartz- Refor-

men vorbei gewesen: Seither ersetzten 400-Euro-Jobs reguläre Arbeitsplätze. Im Frühjahr 2011 hatten von den 7,3 Millionen Minijobbern 4,8 Millionen keine andere Arbeit, die sie mithilfe des Minijobs ergänzen könnten. Sie rutschen damit in die Niedriglohnfalle, aus der es so schnell kein Entrinnen gibt.

5. Ist das nicht toll? Hartz-IV-Bezieher können sich seit Januar mit „freiwilliger" Arbeit als „Bufdi" bis zu 175 Euro „dazuverdienen"! Der **Bundesfreiwilligendienst** bietet etwa über die Wohlfahrtsverbände Plätze vor allem in Seniorenheimen, Krankenhäusern und Kitas an. Von den im Bundeshaushalt vorgesehenen 35.000 Plätzen sind über 28.000 Verträge bereits unterschrieben. Die große Nachfrage ist durch die Doppeljahrgänge von Abiturienten bedingt, die vor dem Studium noch einen Freiwilligendienst dazwischen schieben wollen. Von den Älteren ist jeder zweite im Rentenalter. So ist die Nische für Hartz-IV-Bezieher(innen) also klein, zumal sich jede Einsatzstelle die Betreffenden selbst aussuchen kann.

Ich würde es kaum als Glück, sondern als eine ungeheuerliche Ausbeutung bezeichnen, wenn eine arbeitslose 58-jährige Sozialarbeiterin sich als „Bufdi" in einem Altersheim 175 Euro zusätzlich zum viel zu niedrigen ALG II „dazuverdienen" darf, statt dass ihr, verdammt noch mal, gefälligst am selben Ort eine sozialversicherungspflichtige, normal bezahlte Arbeit gegeben wird! Abgesehen davon, dass die Träger für die „Bufdis" etwa 480 Euro selbst aufbringen müssen, scheint es mir für die „Bufdis" keinen Unterschied zu den Ein-Euro-Jobbern zu geben. Eine berufliche Zukunft wird ihnen hier wahrlich nicht vermittelt! Hier werden nur wieder Menschen ausgebeutet, die diese Tätigkeit unbedingt ausüben wollen, weil sie damit ihre überhaupt nicht ausreichende Grundsicherung wenigstens ein kleines bisschen aufstocken können!

6. Es hat sich ausgeschleckert: Die Drogeriemarktkette Schlecker ist pleite, beantragte **Insolvenz**. Der Geschäftsbetrieb des schwäbischen Familienunternehmens mit seinen 35.000 Arbeitsplätzen in Deutschland soll aber unverändert weiterlaufen. Viele Filialen würden nicht genügend Gewinn abwerfen, heißt es. In den letzten Jahren habe ich über Schlecker eigentlich nie etwas Positives gelesen. Ich erinnere mich daran, dass kleine Filialen geschlossen und Mitarbeiter(innen) entlassen wurden. Diese erhielten dann das „Angebot", über eine *outgesourcte* Leiharbeitsfirma für noch viel weniger Gehalt in einer größeren Filiale weiterbeschäftigt zu werden.

2011 startete eine große Restrukturierung. Der bis dahin eher rüde Umgang mit den Mitarbeiter(inne)n sollte verbessert werden, die Geschäfte sollten wegkommen vom Rumpel-Image und heller, geräumiger und freundlicher werden. Die Schlecker-Filialen in meiner Umgebung sind alle viel zu unübersichtlich und zu voll gestellt. Die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi forderte, dass sich Eigentümer Anton Schlecker, der als einer reichsten Deutschen gilt, nun selbst finanziell für die Firma und den Erhalt von Arbeitsplätzen engagieren müsse. Warten wir es ab! Auf das Wie kommt es schließlich auch noch an.

7. Vor mir liegt der Fragebogen einer sehr deutsch aussehenden Bremerin mit ebenso typisch deutschen Namen vom (No-)Job-Center zur „Erhebung **Migrationshintergrund**“, der zur statistischen Erfassung jedem Leistungsberechtigten zwecks Auskunft zugestellt wird. Bis Anfang Februar soll dieser Fragebogen vollständig ausgefüllt zurückgesendet werden. Vor den sieben Fragen zum Migrationshintergrund steht auf einem Blatt, dass die Beantwortung der Fragen selbstverständlich freiwillig sei und es keinerlei Folgen nach sich ziehe, wenn keine Angaben gemacht würden. Die Angaben würden nicht für Zwecke der Arbeitsvermittlung, der Leistungsgewährung oder für andere Verwaltungszwecke verwendet. Die Versicherung, dass alle Angaben geheim gehalten würden, überzeugt mich sehr, weil auf dem Fragebogen der vollständige Name, das Geburtsdatum und die Kundennummer vermerkt sind.

Anstatt in die hauseigenen Akten, den Bewilligungsbescheid oder die Angaben zum Personalausweis des ALG-II-Beziehers zu gucken, wo diese Fragen beantwortet sind, soll nun beantwortet werden, ob jemand die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, auf dem heutigen Gebiet der Bundesrepublik geboren wurde, 1950 oder später auf das heutige Gebiet zugewandert ist, ob der Vater oder die Mutter außerhalb des heutigen Gebiets der Bundesrepublik geboren wurde, ob die deutsche Staatsangehörigkeit als Aussiedler oder Spätaussiedler oder als Ehegatte, Kind oder Enkelkind eines Spätaussiedlers erworben wurde. Auf weiteren drei Seiten wird über Rechtsgrundlage, Geheimhaltung und Datenschutz und die Verordnung zur Erhebung der Merkmale des Migrationshintergrundes dahingehend informiert, dass diese Daten ausschließlich zur statischen Erhebung gesammelt würden. Auch davon bin ich restlos überzeugt!

Ich frage mich, wozu diese Daten tatsächlich erhoben werden sollen, denn uns allen ist doch hinlänglich bekannt, auf welche Weise die Bundesagentur für Arbeit sich ihre Statistik der Erwerbslosen Monat für Monat zurechtlegt, aufhübscht, kurz: *fakt* und all diejenigen einfach nicht mehr mitzählt, die beim Frohlocken über den vermeintlichen Rückgang der Arbeitslosen stören würden. Eigentlich hat der Migrationshintergrund eines Leistungsberechtigten rein gar nichts mit dem ALG II zu tun! Was soll so eine Erhebung? Sind wir in Deutschland wieder so weit? Soll mit dieser Erhebung bewiesen werden, dass Deutschland bei „Pisa“ viel besser abschneiden würde, wenn die störenden Kinder mit Migrationshintergrund einfach aus der Statistik geworfen werden könnten? Sollen Sarrazins oder Heinsohns Thesen hier irgendwie für wahr befunden und bewiesen werden, ebenso wie der „Rückgang“ der Arbeitslosenzahlen? Die Zahlen mögen wohl zurückgeschoben werden, aber die Erwerbslosen sind halt immer noch da.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Am **Mittwoch**, dem **25. Januar 2012**, treffen sich um **10 Uhr** Studierende und Friedensbewegte in der **Glashalle** der **Universität** (Haltestelle der Linie 6, Universität Zentralbereich), um von dort mit Transparenten und Pace-

Fahnen zur Sitzung des Akademischen Senats zu gehen. Auf der Tagesordnung steht die Frage der **Zivilklausel**. „Wir treten dafür ein, dass sie ohne Wenn und Aber erhalten bleibt, gegen alle Aufweichungsversuche. Wir wollen keine Verquickung der Uni mit Interessen der Rüstungsindustrie und schon gar nicht Forschung, die der Rüstung dient“, schreibt das „Bremer Friedensforum“ und ruft dazu auf, die Studierenden zahlreich zu unterstützen.

CDU und FDP haben Ernst der Lage noch nicht erkannt: Märchen von der Alleinverantwortlichkeit des Wulff-Sprechers ist eine Lüge *(„Stern“)*

Mit Glatzenschmatz vom Generalfeldschnulli: Wulffs Landesregierung organisierte Privatpartys und behauptete das Gegenteil *(„Die Welt“)*

Wulff darf Lügner genannt werden: Wurden die Ermittlungen gegen ihn vorschnell eingestellt? *(„Die Welt“)*

Razzia beim Lügen-Wulff: Landeskriminalbeamte durchsuchen Sprecher-Dienstzimmer im Bundespräsidialamt *(„Bild“-Zeitung)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

361. Bremer Montagsdemo am 30. 01. 2012

Kinderarmut wird kleingerechnet

1. Entgegen aller Lobhudelei unserer Bundesregierung waren nach Angaben der „Internationalen Arbeitsorganisation“ (ILO) im Jahr 2010 rund 45 Millionen Menschen in der Europäischen Union ohne Job. Die **Arbeitslosigkeit** in Europa erreichte einen geradezu historischen Höchststand. Die ILO gab den niedrigen Löhnen im Billiglohnland Deutsch eine Mitschuld daran, weil die dadurch günstigen deutschen Exporte andere europäische Staaten unter Druck setzten. Da in den meisten EU-Ländern heute weit mehr Menschen als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise ohne Erwerb sind, müsse Schaffung von Arbeit in der Wirtschaftspolitik „oberste Priorität“ haben. Die ILO-Experten empfehlen, dass die deutsche Wirtschaft höhere Löhne zahlen und ihre Produktivität steigern solle.

Nach Schätzungen der ILO müssten weltweit „dringend“ 600 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Meine Güte, überall wird so geredet, als ob dies möglich wäre – außer auf der Basis, einen Vollzeitarbeitsplatz zu zerstören und ihn durch drei 400-Euro-Jobs zu ersetzen, von denen niemand leben kann, wie es in Deutschland gang und gäbe ist! Ganz toll, wenn dann DGB-Chef Michael Sommer den ILO-Bericht einen „erneuten Weckruf für die Staats- und Regierungschefs, endlich mehr Anstrengungen für Wachstum und Beschäftigung zu unternehmen“ nennt, „konjunkturstützende“ Maßnahmen fordert und sich gegen eine „falsche Sparpolitik“ ausspricht. Es lässt sich nicht unbegrenzt immer weiter ausbauen, weshalb neu und gerechter verteilt werden muss!

2. Letzte Woche durchsuchten mehr als 450 Zollfahnder in fünf Bundesländern sechs Warenzentren sowie Wohn- und Geschäftsräume der beiden Unternehmen Netto und Kaufland. Die Ermittler werfen den Unternehmen vor, mit Lagerarbeitern und Staplerfahrern unwirksame **Werkverträge** geschlossen zu haben, wodurch diese rund 30 Prozent unter Tarif bezahlt und Beiträge zur Sozialversi-

cherung hinterzogen worden seien. Nach der konzertierten Aktion wollen Kaufland und Netto nun kooperativ mit Ermittlern zusammenarbeiten und sie umfänglich unterstützen. Erst den Gierschlund nicht voll genug bekommen, sogar nahezu rechtlose Leiharbeiter um ein Drittel ihres Lohnes prellen – und nun reuig und „brav“ umschwenken, damit die Strafe so gering wie möglich ausfällt?

3. Das Bundessozialgericht in Kassel stärkte den **Sozialdatenschutz** für Transferleistungsbezieher, indem es urteilte, dass ein Jobcenter nicht ohne weiteres Informationen über Hartz-IV-Bezieher weitergeben dürfe. Das Gericht stellte klar, dass dem Sozialdatenschutz unterliege, wer arbeitslos sei und staatliche Hilfsleistungen beziehe. Deswegen dürfe dieser Sachverhalt ohne Erlaubnis der betroffenen Bezieher von Arbeitslosengeld II auch nicht einfach gegenüber Vermietern ausgeplaudert werden (Aktenzeichen B 14 AS 65/11 R). Im vorliegenden Fall hatte eine Familie aus dem Raum Frankfurt geklagt, die nach einem Umzug beim zuständigen Jobcenter ein Darlehen für die Mietkaution beantragte, was die Behörde jedoch unter Verweis auf die Kaution für das bisher bewohnte Haus ablehnte.

Um deren Höhe und Auszahlungstermin zu erfahren, wandte sich das Jobcenter dabei kurzerhand völlig indiskret direkt an den ehemaligen Vermieter, wodurch der Hartz-IV-Bezug der früheren Mieter ausdrücklich zur Sprache kam. Dies wiederholte sich, als die Familie Schränke für ihre Kinder haben wollte. Die Kläger sahen darin einen Verstoß gegen ihr Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, zumal ihre Hilfsbedürftigkeit anschließend im ganzen Dorf bekannt geworden und die Familie „Hohn und Spott“ ausgesetzt gewesen sei. Anders als die Vorinstanzen stimmte ihnen das Bundessozialgericht zu, weil das Jobcenter unbefugt Sozialgeheimnisse offenbart habe. Es freut mich immer wieder, die viel zu seltenen Urteile zu lesen, in denen Hartz-IV-Bezieher noch die gleichen Grundrechte zugestanden werden wie den Menschen, die sich glücklich schätzen können, einen der nicht für alle vorhandenen Jobs ergattert zu haben!

4. Weil Menschen mit wenig Einkommen zu wenig bis gar nichts in die private Altersvorsorge investieren, fordert der „Sozialverband VdK“ Korrekturen am **Rentensystem**. Mit dem bisherigen Konzept der Zuschussrente könne das Problem der Altersarmut nicht bekämpft werden. Die Hürden sind zu hoch, wenn einen Zuschuss nur erhalten soll, wer 40 Jahre gesetzlich versichert war, 30 Jahre Beiträge gezahlt und fünf Jahre privat vorgesorgt hat. Ausschlaggebend für eine spätere auskömmliche Rente seien eine möglichst kontinuierliche Erwerbsbiografie und natürlich eine angemessene Entlohnung. Deswegen muss auch hier wieder anständiger Mindestlohn gefordert werden, der auch im Alter „armutsfest“ ist. Wie sollten Geringverdiener und Dumpinglöhner denn von dem Zuwenig zum Leben auch noch etwas für die private Rentenversicherung abknapsen können? Das „Riestern“ war ja wohl nur ein Schuss in den Ofen! Der ehemalige „Sozialstaat“ darf sich nicht immer weiter aus seiner sozialen Verantwortung ziehen!

5. Nach einem Zeitungsbericht müssen in Deutschland immer weniger Kinder von Hartz IV leben. In den fünf Jahren von September 2006 bis September 2011 sei die Zahl der Unterfünfzehnjährigen, die die staatliche Grundsicherung erhielten, von 1,9 Millionen um etwa 257.000 auf knapp 1,64 Millionen gesunken, was einen Rückgang von 13,5 Prozent ausmache. BA-Vorstandsmitglied Heinrich Alt jubiliert, „weniger Kinder in Hartz IV“ bedeuteten, dass es den Jobcentern gelungen sei, ihre Eltern in Beschäftigung zu integrieren. Weiterhin schwelgt er darin, dass die Chance, eine Arbeit zu finden, heute deutlich besser als vor drei oder vier Jahren. Leider vergisst er hinzuzufügen, dass von diesem „Erfolg“ auch Langzeitarbeitslose und gering Qualifizierte von der wunderbaren Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes „profitieren“ können – mit dem entscheidenden Nachteil, dass sie davon leider gar nicht existieren, geschweige denn leben können und daher auf Kosten der Steuerzahler auf das beschämend niedrige Niveau von Hartz IV „aufstocken“ müssen. Leben sieht anders aus!

Märchenstunde oder nur Zahlenfuchserei? Dass die vor Jahren Unterfünfzehnjährigen einfach älter wurden und deswegen jetzt nicht mehr mitgerechnet werden dürfen, ist wohl kaum dem sagenumwobenen „Aufschwung“ und dem sensationellen Arbeiten von *lovely* Zensursula von der Leyen oder unserer herzerfrischenden Bundeskanzlerin zu verdanken! Wenn die Bundesagentur wahre Meisterleistungen mit dem Faktenvertuschen und Statistikfrisieren durch Nichtmitrechnen erwachsener Erwerbloser vollbringt, dann würde es mich wahrlich auch nicht wundern, wenn der unterfünfzehnjährige Nachwuchs der nicht mitgezählten Hartz-IV-Bezieher ebenfalls auf wundersame Weise nicht mehr in der Statistik auftaucht. Außerdem sind nicht nur die Kinder von Eltern, die Hartz IV beziehen, arm, sondern auch diejenigen, die aufgrund der Einkommens- und Lebensverhältnisse ihrer Eltern als „arm“ gelten müssen, weil sie gerade eben über Hartz IV verdienen oder sich lieber den „Kinderzuschlag“ abholen, um dem Nachwuchs die unwürdige Verfolgungsbetreuung durch die Flop-, Mob- oder No-Job-Center zu ersparen.

Ich bin davon überzeugt, dass immer weniger junge Menschen aus Zukunftsangst dazu bereit sind, Eltern zu werden, also das „Armutsrisiko Kind“ auf sich zu nehmen, statt wie früher das „Wunder Mensch“ gern mitzuerleben, sich an eigenen Kindern zu freuen, sie neben sich aufwachsen sehen zu wollen und ihnen ganz viel mit auf den Lebensweg geben zu wollen. Diana Golze, Leiterin des Arbeitskreises „Arbeit, Gesundheit und Soziales“ der Fraktion „Die Linke“, sagt, dass sich angesichts der „völlig aus dem Zusammenhang gerissenen Zahlen“ hier die Frage stellt, ob die Bundesagentur hier versucht, vom Versagen der missglückten Instrumente zur Bekämpfung der Kinderarmut wie dem „Kinderzuschlag“, dem „Bildungs- und Teilhabepaket“ und den eingefrorenen Kinderregelsätze bei Hartz IV abzulenken. Entgegen den aufwallenden Jubelwellen ist gegenwärtig noch immer jedes fünfte Kind von Armut bedroht, besonders die Kinder von Alleinerziehenden sowie Familien mit mehr als zwei Kindern. In Bremen ist jedes dritte Kind auf Sozialleistungen angewiesen. Statt hier das Blaue von Himmel herrunter zu

fantasieren und sich unberechtigt zu beweihräuchern, sollte die Bundesregierung lieber echte Konzepte vorlegen, wie die **Kinderarmut** tatsächlich beseitigt werden könnte!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Livebilder vom Bahnhofsabriss: Gericht gibt grünes Licht
für Schlossgarten-Räumung in Stuttgart *(„Cam S21“)*

Senat spart Bremen kaputt statt Finanzgerechtigkeit einzufordern

1. Die Fraktion „Die Linke“ in der Bremischen Bürgerschaft hat ins Schwarze getroffen: „Im Jahr 2011 müssen rund 19.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte im Land Bremen ihr mageres Einkommen mit Hartz-IV-Leistungen aufstocken. Folgekosten für die Stadt: 35 Millionen Euro. Dabei nimmt nach einer Studie des DGB gerade mal die Hälfte der im **Niedriglohnsektor** Beschäftigten ihren Anspruch auf ergänzende staatliche Leistungen wahr. Bei den anderen ist davon auszugehen, dass sie entweder nicht über ihre Rechte informiert sind oder den Weg zum Jobcenter scheuen.“ Diese 35 Millionen Euro könnte die Freie Hansestadt Bremen durch einen Mindestlohn sparen. Allerdings führen 8,50 Euro nur zu einer Verringerung der Leistungen für Aufstockerinnen. Auch zehn Euro sind nur der erste Schritt!

Die Rede von Claudia Bernhard beginnt wie folgt: „Die Antwort des Senats auf unsere Anfrage macht einige Dinge klar. Erstens: Wer einen Bruttolohn von 1.300 Euro oder darunter hat, egal ob Vollzeit oder Teilzeit, hat sehr wahrscheinlich einen Anspruch auf aufstockendes ALG II, auch als Alleinstehender. Ganz konkret: Wer 1.110 Euro brutto verdient und für Miete und Heizung 350 Euro ausgibt, der hat Anspruch auf 140 Euro vom Jobcenter. Eine Alleinerziehende, die 1.300 Euro brutto verdient und 450 Euro für Miete und Heizung ausgibt, hat einen Anspruch auf knapp 270 Euro von Jobcenter. Wenn das Kind älter als sechs Jahre ist, sind es immerhin noch knapp 220 Euro. Das gilt für Bremen wie für Bremerhaven.

Das wissen viele nicht. In einem Bundesland, das derart von Niedriglöhnen und sozialer Spaltung betroffen ist, ist das eine ganz wichtige Information, die alle haben müssen. Viele rechnen nämlich so: Ich habe als Erwerbsloser 714 Euro

vom Jobcenter bekommen. Jetzt gehe ich für 1.100 Euro arbeiten und bekomme 844 Euro raus. Da kriege ich doch nichts mehr, weil mein Netto ja über dem liegt, was ich als Arbeitsloser hatte. Das ist aber falsch. Denn das Gesetz sagt: Auf die 714 Euro kommt jetzt ein Freibetrag drauf, in dem Fall 270 Euro. Deshalb ist der Bedarf jetzt 984 Euro, und die Differenz gibt es vom Jobcenter."

Die Anfrage wurde vom Senat beantwortet. Zu den Aufstocker(inne)n hat auch die „Arbeitnehmerkammer Bremen" seit mehreren Jahren geforscht und stellt fest: „Die Zahl der Aufstocker im Land Bremen ist stetig gestiegen. Inzwischen stockt mehr als jeder vierte Leistungsbezieher auf. Unter den Frauen sind es sogar 28 Prozent."

Der Senat sagt zur Berücksichtigung der Freibeträge bei Erwerbseinkommen (Frage 5), dass diese Freibeträge immer berücksichtigt werden und „nicht vergessen werden" können. Wie schön! In der Vergangenheit gab es da Differenzen bei der Ermittlung und überhaupt. Gut, dass dies jetzt beseitigt ist! Hoffentlich müssen nicht mehr die vielen Ausweichroutinen gewählt werden. Nachzahlungen „zu Fuß" zu ermitteln und anzuweisen, entsprach nicht den technischen Möglichkeiten. Hoffentlich ist das Vergangenheit! Allerdings ist diese Frage nicht gestellt worden.

Dass trotzdem Fehler möglich sind, ergibt sich aus der Antwort zur Frage 6: „Wenn Antragsteller(inne)n auf aufstockendes ALG II abzusetzende Freibeträge ganz oder teilweise verwehrt wurden, in welchem Umfang haben diese Anspruch auf nachträgliche rückwirkende Erstattung? In welcher Weise muss dies von den Betroffenen beantragt werden?" Antwort: „Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen. Fehlerhafte Berechnungen im Einzelfall können durch Rücksprache und gegebenenfalls durch Beschreiten des Rechtswegs auch rückwirkend korrigiert werden." Schade! Diese Antwort lässt weiterhin Fehler vermuten.

Die Antwort zur Frage 8: „Bei Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Maßnahmen der Jobcenter kann davon ausgegangen werden, dass sie im Leistungsbezug bleiben und sich nur die Höhe der Leistung ändert und ein Beratungsbedarf zu ergänzendem Bezug insofern nicht besteht. Nur in Ausnahmefällen, zum Beispiel bei Alleinstehenden mit vergleichsweise niedrigen Kosten der Unterkunft, könnte bei sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsmaßnahmen in Vollzeit eine Ablösung aus dem Leistungsbezug eintreten." Dies hat mich verwundert: Wurde nicht bei „Arbeitsgelegenheiten in der Entgeltvariante", zum Beispiel Bürgerarbeit bei 1.100 Euro brutto, für die Zahlung von aufstockendem ALG II ein Extra-Antrag gefordert? Egal, nehmt den Senat beim Wort und beantragt die Nachzahlung des aufstockenden ALG II einfach formlos unter Bezug auf diese Antwort des Senats! Wie dies geht? Wir gehen mit!

Der Senat hat auch gesagt: „Wir sind bei ALG II nicht zuständig, weil dies eine Bundesleistung ist" (zum Beispiel Frage 17). Der Senat ist aber weisungsberechtigt und dienstaufsichtsverpflichtet gegenüber dem (No-)Job-Center! In Bremen ist der Senator für Arbeit mit diesen Aufgaben betreut. Der Senat sollte dringend handeln, statt die Verantwortung zu verweigern! Es ist logisch, dass Arbeitsse-

nator Martin Günthner diese Antwort des Senats in der Arbeitsdeputation weiter diskutieren und zum Thema einer parlamentarischen Anhörung machen möchte. Dabei kann er sicher auch auf die Erfahrungen der Innenrevision des (No-)Job-Centers zurückgreifen. Der Senat hat diese Erfahrungsquelle scheinbar nicht genutzt, aber auch die Innenrevision findet keine Spuren der oftmals mündlichen Antragsablehnung beziehungsweise ist nur Ohrenzeuge!

Fazit: Diese Antwort des Senats ist eine gute Arbeitsgrundlage für die weitere Diskussion und Öffentlichkeitsarbeit. Sie ermöglicht auch einen Antrag auf Überprüfung und Nachzahlung des aufstockenden ALG II *ohne* Fristbegrenzung für Menschen, die vor der Arbeitsaufnahme ALG II erhalten haben. Wie dies geht? Wir gehen mit! Wer eine Ablehnung erhält oder erhalten hat, komme bitte zur Bremer Montagsdemo! Die **Deputationssitzung** für Arbeit ist am **Mittwoch**, dem **8. Februar 2012**, um **15:15 Uhr**. Bitte vorher nachlesen, denn die letzte Deputationssitzung wurde erst verlegt und ist dann ersatzlos ausgefallen. Die kommende Sitzung hat daher viele Tagesordnungspunkte rund um das (No-)Job-Center. Den Ort habe ich bis nächsten Montag in Erfahrung gebracht.

2. Zu den armen Kinder und den warmen Worten von der Arbeitsagentur hat Elisabeth bereits treffend angemerkt, dass in Bremen jedes dritte Kind auf Sozialleistungen angewiesen ist. Die Armutsgefährdung ist noch höher! Dieser Umgang mit Halbwahrheiten wird nicht nur durch Herrn Alt gewissenlos vollzogen. Hierzu noch weitere Anmerkungen: Die Bundesagentur für Arbeit hat wider besseres Wissen eine Statistik bedingungslos genutzt. Herr Alt hat nicht die Zahl der Kinder in Familien und Bedarfsgemeinschaften mit **Kinderzuschlag** erwähnt. Dieser ist im Allgemeinen mit Verzicht auf Geld verbunden! Herr Alt ist nicht auf die Kinder mit Wohngeldanträgen eingegangen. Wohngeld ist eine vorrangige Leistung; insbesondere Alleinerziehende wurden verpflichtet, für ihre Kinder Wohngeld zu beantragen, wenn dadurch der ALG-II-Anspruch gedeckt wurde. Die Kinder mit Wohngeldleistungen leben aber weiterhin in Hartz-IV-Haushalten mit niedrigen Regelsätzen!

2006 gab es den Kinderzuschlag nur als Vorläufer, und die Abspaltung der Kinder aus der Bedarfsgemeinschaft zum Wohngeldbezug wurde erst erfunden. Herr Alt hätte alle Faktoren berücksichtigen können: Bereits die Veränderung von 2005 zu 2006 ist diesen Ausweichmanövern geschuldet! Manche Stellungnahme hat die Aussage auf den Haushalt erweitert: „Immer weniger Kinder leben in Hartz-IV-Haushalten“. Das ist keine übereinstimmende Aussage, denn die Zahl der Kinder in Hartz-IV-Haushalten ist, wie vorstehend erläutert, wesentlich höher! Hinzu kommt: Auf den Leistungsanspruch der Kinder wird das Kindergeld angerechnet, vielleicht auch ein Unterhaltsbetrag. Eine eventuelle „Überversorgung“ der Kinder wird bei der Mutter angerechnet, beim Kindergeldanspruch. Kinder mit dieser „Überversorgung“ stehen ebenfalls nicht in der Hartz-IV-Statistik.

Hinzu kommen die anderen Rechenkunststücke dieser Statistik. Diese Abweichungen von der Wirklichkeit haben seit 2006 zugenommen. Dies alles weiß Herr

Alt! Unverantwortlich ist daher eine solche Meinungsmache. Und es geht weiter mit den üblichen falschen Statistiken: „Noch nie wurden so viel offene Stellen angeboten“! Dazu schreibt der „Focus“: „Die Bundesagentur für Arbeit zählte so viele offene Stellen wie noch nie. Großen Anteil daran hat jedoch eine umstrittene Praxis.“

„Noch nie waren so viele Menschen in sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit“, auch das ist alles relativ. Die „Tageszeitung“ titelte dazu: „Die Lüge von der Arbeit“, weil trotzdem das Arbeitsvolumen geschrumpft ist! Diese zielgerichteten Statistiken werden immer öfter zurechtgerückt. Zum Glück glauben nur noch circa 30 Prozent der Menschen an diese „Wahrheiten“. Aber auch das sind noch zu viele! Ärgerlich ist zudem, dass diese Statistiken für keine politische Entscheidung mehr tragfähig sind. Trotzdem finden sich immer wieder Behauptungen, die mit diesen Halbwahrheiten untermauert werden! Zum Glück gibt es aber auch seriöse Untersuchungen, zum Beispiel der „Arbeitnehmerkammer Bremen“.

3. Der Spruch „Wer arbeiten will, findet auch Arbeit“ erhält immer neue Nahrung, ist aber total wirklichkeitsfremd. Mit der Realität der Älteren setzt sich das **Theater** auseinander. Das Stück „Alt, arm, arbeitslos“ liegt treffend hart an der Wirklichkeit und ist sehr humorvoll! Mit dem Kulturticket, der „Grünen Karte“, können Erwerbslose Theaterkarten zum Sonderpreis von drei Euro erwerben und den Vorverkauf nutzen oder auch an der Theaterkasse ohne Vorbestellung die Karten kaufen. Es lohnt sich! Das Kulturticket wird von Arbeitsamt, (No-)Job-Center und Sozialamt ausgegeben. Es besteht ein Rechtsanspruch auf Aushändigung dieser Berechtigungskarte. Es gibt auch weitere Rabattmöglichkeiten.

4. Die privaten Krankenversicherer haben hohe Außenstände. Viele Versicherte zahlen keinen Beitrag. Die Bundesregierung möchte als neuen Tarif einen „Nichtzahlertarif“ zulassen, der 100 Euro Monatsbeitrag kostet und nur die Notversorgung beinhaltet. Dies könnte eine Sackgasse werden, wenn es dadurch den (No-)Job-Centern möglich wird, für Erwerbslose den Beitrag zur **Krankenversicherung** einzusparen. Aktuell ist es so, dass die (No-)Job-Center den höheren Beitrag zur privaten Krankenversicherung zahlen müssen. Das wurde mit Unterstützung der Gerichte erreicht. Ein „Nichtzahlertarif“ würde dies unterlaufen, daher sollte der Gesetzgeber diese Gestaltungsfreiheit wirksam vermeiden.

5. Bremisches in Kürze. Erstens: Die Hansestadt debattiert. Es gab in einem Monat mehr Wohnungseinbrüche als in München in sechs Monaten. Bremen lässt jetzt 100 Fälle untersuchen und kauft für 600.000 Euro ein neues EDV-Programm, mit dem Zusammenhänge besser erkannt werden sollen. Logisch? Die Polizeireform wird aber beibehalten: Die Ausdünnung der Polizei schreitet fort! In diesem Jahr sollen nur 40 Nachwuchspolizisten übernommen werden. Mehr können wir uns „nicht leisten“. Zweitens: Die Personalausstattung der wiedereröffneten Intensivstation ist schwebend. Der Tod der Frühchen soll durch fehlendes Per-

sonal mitverschuldet sein. „Mehr Personal können wir uns nicht leisten“, war die Stellungnahme des Klinikchefs dazu. Drittens: Die Schüler mussten feststellen, dass Leistungskurse gestrichen wurden und die durchgeführten überbelegt waren. „Mehr Lehrer können wir uns nicht leisten“, heißt es.

Diese Liste lässt sich verlängern! Bremen ist ein Haushaltsnotlagenland, weil die Rahmenbedingungen geändert wurden. Verfassungsrichter Michael Huber hat darauf hingewiesen, dass Bremen ohne diese Änderung Geberland wäre, wenn dieses Gesetz wieder geändert würde. Ist es für den Senat einfacher, Bremen kaputtzusparen, statt **Finanzgerechtigkeit** einzufordern? Die Verhandlungen wurden beendet, weil die Verhandlungspartner einfach aufgestanden sind. Und Bremen kuscht! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Atomkraft wird wieder beworben

Es ist diese Woche ziemlich kalt hier auf dem Bremer Marktplatz. Viele freuen sich wohl auf eine warme Wohnung. Da könnte man zum Beispiel ein kleines Atomkraftwerk wieder gut gebrauchen! Das kann schön viel Wärme erzeugen und wäre daher gut geeignet zum Heizen von Wohnungen. Das wurde jedoch niemals getan. Mit dieser Wärme heizt man lieber Flüsse und die Luft und verschwendet so zwei Drittel der Heizenergie, die aufwendig mit so viel Gefahr und Atommüll erzeugt wird. In Deutschland hat man es mit viel Protest errungen, diese Dinger bis 2020 abzuschalten. 75 Prozent der Bundesbürger sind mehr oder weniger aktiv daran beteiligt und können es schaffen.

Der Widerstand muss bleiben, denn es wird von verschiedenen Seiten bereits versucht, wieder Werbung für neue Atomkraftwerke zu machen. Es gibt zum Beispiel bei der Europäischen Union einen Kommissar, der gerne ein „unsichtbares“ europäisches Energieproblem lösen möchte. Deshalb hat er vorgeschlagen, in den nächsten 20 Jahren in Europa 40 neue Atomkraftwerke bauen zu lassen. Dieser Mann kommt aus Deutschland. Er war bis Februar 2011 CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg. Er heißt Günther Oettinger und ist bekannt für seine Englischkenntnisse und kontroversen Aktivitäten. Momentan gehört er zur Minderheit der Atomkraftliebhaber.

In einem Geheimdokument namens „Energie Road Map 2050“ hat er wohl gelesen, was er tun müsse. Darin werden die „Klimafreundlichkeit“ der „kohlen-

dioxidfreien Energieproduktion“ und die niedrigen Baukosten von Atomkraftwerken gewürdigt. Das ist absurd, doch Herr Oettinger nimmt es wohl sehr ernst und versucht damit, Karriere in der EU zu machen. Wird er von der Atomindustrie auf geheime Weise gesponsert? Sollen wir 20 Jahre lang auf die Aufklärung warten? Wir alle können unsere persönlichen Beiträge leisten, um Atomkraftwerke sinnlos zu machen. Beobachten Sie Ihren privaten Energieverbrauch! Es ist leichter, ihn effizienter zu machen, als ein Atomkraftwerk je sein wird.

Helmut Minkus (parteilos)

Eine Gesellschaftsordnung, die Kinderarmut nur schönrechnet, gehört abgeschafft

Heute wurde in Stuttgart mit dem Abriss des Südflügels des Hauptbahnhofs begonnen. Wir sind uns einig in der Solidarität mit dem Widerstand gegen das Projekt „S21“: Gegen den Willen von Millionen und nur für die Profitinteressen von Bauwirtschaft, Banken und Spekulanten wird hier ein intakter Bahnhof zerstört, das denkmalgeschützte Gebäude abgerissen und ein Jahrhunderte alter Park zerstört. Es werden Milliarden dafür verbuddelt, dass später nicht der Personen- und Güterverkehr besser rollt, sondern der „Rubel“! Wir, die Montagsdemo, haben bereits vor Monaten beschlossen: Jeder Montag ist Widerstandstag, und dazu gehört der „Schwabenstreich“. Den machen wir auch heute zum Abschluss.

Nicht nur in Stuttgart wird gekämpft: In Bochum trat an diesem Montag die Belegschaft von Thyssen-Krupp Nirosta in den Streik. Bereits letzte Woche gab es Streiks bei den Konzernbetrieben in Krefeld und Dillenburg. Am Freitag zogen bei der seit Langem größten Demo im Ruhrgebiet über 4.000 Menschen durch Bochum. Delegationen kamen unter anderem von Opel, Johnson Control und den Thyssen-Krupp-Werken in Duisburg und Dortmund. Es geht um die Arbeitsplätze: Thyssen-Krupp will seine Edelstahlsparte verkaufen, mit 35 000 Beschäftigten undzehn Milliarden Euro Umsatz! Verkauft werden soll an den wohlbekannten und verhassten finnischen Outokumpu-Konzern. Der übernahm 2003 bereits die Grobblechsparte und entließ die Kollegen entgegen vorheriger Zusagen.

„Es ist Zeit, mal wieder auf die Autobahn zu gehen“, meinte nicht nur ein Kollege. In der Stahlindustrie sind von 288.000 Arbeitsplätzen im Jahr 1980 nur noch

90.000 übrig. Den Betroffenen gilt unsere Solidarität! „Ein entschlossener, selbständiger Kampf aller Stahlarbeiter um jeden Arbeitsplatz wird breite Sympathie und Solidarität anderer Belegschaften und der Bevölkerung finden. Er wäre ein Signal an die Arbeiter anderer europäischer Länder, die sich wie in Griechenland, Spanien, Italien, Frankreich oder Rumänien gegen die Abwälzung der Krisenlasten mit Streiks und Demonstrationen zur Wehr setzen“, heißt es in einer Solidaritätserklärung der Landesleitung Nordrhein-Westfalen der MLPD.

Derweil betrügt uns die Regierung mal wieder bei Kinderarmut. Die Arbeitsagentur brüstet sich, die Zahl der von Hartz IV betroffenen Kinder sei von 1,9 Millionen im Jahr 2006 um 257.000 auf gegenwärtig knapp 1,64 Millionen gesunken. Was sie dabei nicht erwähnt: Die Gesamtzahl aller Kinder unter 15 Jahren sank im selben Zeitraum um das Dreifache, nämlich um 750.000! Der Anteil von Kindern in Armut ist damit wesentlich *gestiegen*. Die zweite Lüge betrifft die Zahl der erwerbsfähigen Hartz-IV-Bezieher: Sie habe um 16 Prozent auf 4,52 Millionen abgenommen, ein „Ergebnis der Reformen am Arbeitsmarkt“, wie Ursula von der Leyen frohlockt. Was sie wiederum verschweigt, ist der rasante *Anstieg* der Zahl erwerbstätiger Hartz-IV-Bezieher in diesem Zeitraum. Die meisten Jobs sind nämlich keine Vollzeitstellen – und wenn, dann zu Niedriglohn.

Laut DGB stieg die Zahl der arbeitenden Armen seit 2006 um 45 Prozent an! Es gibt also keinerlei Grund, den Hartz-Gesetzen auch nur irgendetwas Positives anzudichten. Sie sind und bleiben staatlich verordnete Armut, ein Angriff auf das allgemeine Lohnniveau. Die Hartz-Gesetze müssen weg! Zehn Euro Mindestlohn, die Gleichstellung von Leiharbeitern mit der Stammbelegschaft und 500 Euro Regelsatz beim Arbeitslosengeld II, das sind unsere Sofortforderungen! Eine Gesellschaftsordnung, die es nötig hat, die Kinderarmut schönzurechnen, und die den Kindern und Jugendlichen keine Zukunft bietet, gehört abgeschafft!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Feudalistischer Respekt“: Obwohl gegen den Bundespräsidenten strafrechtlich ein Anfangsverdacht wegen Vorteilsnahme vorliegt, will die Staatsanwaltschaft keine Ermittlungen aufnehmen *(„Spiegel-Online“)*

„Keine Geschäftsbeziehung“: Wulffs Hauskreditgeber war jahrelang Mandant und Vermieter von Wulffs Anwaltskanzlei *(„Tagesschau“)*

„Unsäglich kriminell“: Wulff verschwieg VW-Aufsichtsrat Insider-Informationen über geplante Übernahme durch Porsche *(„Handelsblatt“)*

Erst nach Presseanfragen in die Besuchskinderecke gestellt: „Das betreffende Audi-Bobbycar befand sich am 6. Januar 2012 in Großburgwedel“ *(„Stern“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

362. Bremer Montagsdemo
am 06. 02. 2012

Wenn der Niedriglohn-Kassierer bei Lidl entscheidet, was du für deinen Gutschein kriegst

1. Trotz des „Wirtschaftsaufschwungs“ haben es **Langzeitarbeitslose** weiterhin schwer, eine feste Anstellung zu bekommen. Nur knapp 15 Prozent von ihnen konnten 2011 in Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Praktischerweise zählte die Bundesagentur für Arbeit damit gleich 85 Prozent der Betroffenen nicht mehr als langzeitarbeitslos, obwohl sie nicht sofort den Sprung ins normale Erwerbsleben schafften. 35 Prozent wurden aufgrund von „Arbeitsunfähigkeit“ nicht mehr als langzeitarbeitslos registriert. 11,1 Prozent galten aufgrund „fehlender Verfügbarkeit oder Mitwirkung“ nicht mehr als langfristig Jobsuchende. Weitere 23 Prozent waren nicht mehr langzeitarbeitslos, weil sie von einer arbeitsmarktpolitischen Wie-auch-immer-Maßnahme „profitieren“ dürfen.

Laut der BA-Sprecherin gelinge es, 50 bis fast 70 Prozent der Teilnehmer dieser „Förderungen“ in den Arbeitsmarkt zu „integrieren“. Von denjenigen, die 2011 weniger als zwölf Monate erwerbslos waren und ebenfalls ihre Arbeitslosigkeit beendeten, erhielt gut jeder Dritte einen richtigen Job. Die BA erfreut sich daran, dass ihre adrett frisierten Zahlen mit dem Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Erwerbslosen von 35 Prozent unter dem EU-Durchschnitt von 42 Prozent läge. Deswegen will die BA nicht „noch mehr“ für Langzeitarbeitslose tun, also Fördergeld weiter kürzen, weil angesichts einer Million offener Stellen die Chancen, eine Arbeit zu finden, „so gut wie nie“ seien. Dass es sich bei diesen offenen Stellen mit großer Wahrscheinlichkeit um Dumpinglohn- oder 400-Euro-Jobs handelt, von denen niemand vegetieren, gar leben kann, scheint dabei nicht zu interessieren – Hauptsache, die Frisur sitzt!

2. Weil beim abgehängten Prekariat massiv gespart werden soll, droht nun selbst **Ein-Euro-Jobs** das Aus, da sie privaten Unternehmen keine Konkurrenz machen dürfen. Grund ist die sogenannte Instrumentenreform in der Arbeitsförderung, die zum 1. April 2012 wirksam wird. Sie verschärft die gesetzlichen Vorschriften für Ein-Euro-Jobs zusätzlich, indem die umstrittene Maßnahme seltener bewilligt werden soll. Künftig müssen die Anbieter gewährleisten, dass die Arbeitsgelegenheit nicht nur von „öffentlichem Interesse" und „zusätzlich" ist, sondern auch „wettbewerbsneutral". Nun schlagen Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände Alarm und prophezeien einen drastischen Rückgang der sogenannten Förderungen für Langzeitarbeitslose. Wenn jetzt viele soziale und kulturelle Einrichtungen, die auf Ein-Euro-Jobber angewiesen sind, um ihre Existenz bangen müssen, dann ist das in meinen Augen ein deutliches Indiz dafür, dass es hier um ganz normale Arbeitsplätze geht, die eben weder „zusätzlich" noch „von öffentlichem Interesse" oder gar „wettbewerbsneutral" gewesen sind!

Obwohl eine Studie des „Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung" deutlich aufzeigt, dass Ein-Euro-Jobber schwerer eine neue Stelle finden, weil zum Beispiel die durch den Billigjob erworbene „Qualifikation" völlig an den Erfordernissen des ersten Arbeitsmarktes vorbeigeht, oder weil Ein-Euro-Jobs Langzeitarbeitslose stigmatisieren, woraus Arbeitgeber diese Tätigkeit als Indiz für eine mangelnde Beschäftigungsfähigkeit ansehen könnten, behauptet nun eine andere Studie des Nürnberger „Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung", dass Ein-Euro-Jobs den Aufstieg in den regulären Erwerbsmarkt begünstigen, weil sie „mehr mit echter Arbeit zu tun" haben als manch andere Fortbildung. Wenn wir wissen, dass das Nürnberger Institut 1967 als Forschungseinrichtung der Bundesanstalt für Arbeit gegründet wurde, ahnen wir jedoch, welche Interessen hier vertreten werden müssen.

Ich finde, die Fachleute von DGB und Wohlfahrtsverband sollten nicht darüber jammern, dass es für die wegfallenden Maßnahmen keinen Ersatz gebe. Sie sollten sich vielmehr dafür einsetzen, dass hier anständig bezahlte sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen werden! Ich bin jedenfalls froh darüber, dass die ausbeuterischen, reguläre Arbeitsplätze vernichtenden Ein-Euro-Jobs immer weiter abgebaut werden. Diese Jobs brachten den Langzeiterwerbslosen *null* Chancen, auf den ersten Arbeitsmarkt zu kommen, im Gegenteil, und sie füllten bloß den Leuten auf den Chefsesseln der Trägergesellschaften die Taschen!

3. Im Schleswig-Holsteinischen Kappeln wollte beziehungsweise musste der ALG-II-Bezieher Thomas Rudolph mit einem **Lebensmittelgutschein** in Höhe von 30 Euro einkaufen gehen. Bei Lidl wurde sein Gutschein zwar akzeptiert, doch wurde ihm mitgeteilt, dass er nur hauseigene Artikel, keine Markenprodukte einkaufen könne. Diese unangemessene Einschränkung wurde ihm quer durch den Supermarkt von der Kassiererin zugerufen, nachdem sich diese offenbar Instruktionen vom Filialleiter bezüglich des Lebensmittelgutscheines geholt hatte. Dieser beschämend entwürdige Umgang machte Thomas Rudolph ebenso zu schaffen

wie der Umstand, dass Lidl-Mitarbeiter sich augenscheinlich zu entscheiden erdreisteten, was er zu essen bekomme und was nicht.

Tatsächlich gibt der Lebensmittelgutschein im Din-A4-Format „nur“ drei Einschränkungen vor: Der Nutzer muss sich ausweisen können, und es dürfen an ihn keine Zahlungen (also auch kein Wechselgeld) geleistet werden. Außerdem wird er wie ein Kind bevormundet: Er darf mit dem Gutschein weder Tabak noch Alkohol erwerben. Auch wenn Lidl den Vorfall bedauert, der natürlich nicht legitim war, bleibt bei mir die Frage offen, was da gegenüber einem heutigen Ausgegrenzten, einem „Paria“, abgelaufen ist: ob in vorauseilendem Gehorsam über die Stränge geschossen wurde – bei der Erfüllung der vermeidlich notwendigen Beschämung und Drangsalierung, im Sinne von Abwertung eines Erwerblosen gegenüber einem Jobinhaber –, und ob die eigene Aufwertung dabei geglückt ist?

4. Immer mehr Firmen versuchen neue Tricks, um Lohndrückerei zu vertuschen. Nachdem nun gesetzlich der Missbrauch von **Leiharbeit** mehr und mehr eingedämmt wurde, suchen Unternehmen, die den Hals nicht voll genug bekommen können, nach neuen Wegen, den Grundsatz Equal Pay, also gleichen Lohn für gleiche Arbeit, bei der Zeitarbeit zu umgehen. In einer neuen Kombination von Leiharbeit mit Werkverträgen soll hier eine Möglichkeit gefunden werden, ohne lästigen Betriebsrat die Profitgier zu befrieden. In einem Billiglohnmodell sollen sich mit den Werkverträgen Menschen nur noch als „Sachausgaben“ verbuchen lassen, als Zahlen und Nummern. Da werden zum Beispiel 150 Leiharbeiter bei Siemens mit der Zusage eingestellt, nach 18 Monaten als Festangestellte mit vollem Lohn übernommen zu werden. Nur werden sie dann leider ausgerechnet ganz kurz vor der Festübernahme gekündigt.

Parallel schließt Siemens neue Verträge mit dem Logistikunternehmen Simon Hegele, nämlich Werkverträge. Nun leiht sich Hegele die Leiharbeiter aus, die Siemens zuvor ausgeliehen hatte, und schickt sie wieder zurück zu Siemens. Trotz des Herumgeschiebes auf dem Papier bleiben die Leiharbeiter zwar im gleichen Job, werden aber um ihren Lohn geprellt: Sie haben nach wie vor bis zu 40 Prozent weniger in ihrer Lohntüte als die Festangestellten. Anders als Leiharbeiter lassen sich Werkarbeiter wie Material be- und abbestellen. Kritiker bezweifeln die Rechtmäßigkeit dieser windigen Praxis. Wenn in der ersten Schicht eigene Leute arbeiten, in der zweiten jedoch fremde Leiharbeiter, dann muss überprüft werden, ob es sich hier um einen Scheinwerkvertrag handelt. Mit diesen kalten juristischen Winkelzügen werden immer neue Tricks gesucht, niedrigste Billiglöhne zu zahlen, Löhne, von denen viele Menschen nicht mehr leben können.

5. Ich begrüße es sehr, dass die Bremer Straßenbahn AG erst mal bis zum 29. Februar 2012 **Obdachlose** zum Aufwärmen von der Eiseskälte kostenlos in ihren Bussen und Bahnen mitfahren lässt. Dazu können Wohnungslose das gesamte Streckennetz nutzen und sich im hinteren Teil der Fahrzeuge aufhalten. Allerdings müssen die Obdachlosen an den Endhaltestellen kurz wieder aussteigen.

Sie dürfen, wie alle anderen auch, in den Fahrzeugen weder essen noch trinken. Die Busse und Bahnen fahren sowieso, und die BSAG kann ein bisschen Reklame für sich als Unternehmen von Gutmenschen machen, die ein Herz für Obdachlose gefunden haben. Wenn es ohne Ausgrenzung gegangen wäre, die an frühere amerikanische Rassengesetze und deutsche Zustände im Jahr 1933 denken lässt, wäre einfach kritiklose Freude möglich gewesen. Aber die BSAG muss ja an ihre zahlenden Fahrgäste denken, die sich möglicherweise belästigt und beeinträchtigt fühlen könnten. Doch dies kann auch ein Vorurteil sein, weil sich Obdachlose gar nicht unbedingt von anderen Menschen äußerlich unterscheiden müssen oder gar unangenehm riechen. Schwarze Schafe gibt es überall.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Neuere Geschichte der Bremer Stadtmusikanten (I)

An das „Bremer Friedensforum“! Sehr geehrte Damen und Herren, ich erlaube mir Ihnen vorzuschlagen, neben Ihrem Logo der „Bremer Stadtmusikanten mit Friedenstaube“ auch das „Universal Logo For Human Rights“ auf Ihre Website und in Ihre Publikationen aufzunehmen, denn Frieden und Menschenrechte sind untrennbar, denke ich. Dann noch eine Frage: Sie verwenden auf Ihrer Website die Bremer Stadtmusikanten quasi als Ihr Logo. Warum haben Sie Ihre Friedenstaube nicht *auf den Hahn* der Stadtmusikanten gesetzt? Warum haben Sie den Hahn „weggemobbt“? Beim Anblick des „Bremer-Friedensforum“-Logos stellt sich – gewiss nicht nur hier in Berlin – die Frage: Wurde der eine Vogel zugunsten des anderen „abgeschossen“?

Überall auf der Erde gehört der Hahn zu den Bremer Stadtmusikanten wie der Esel, der Hund und die Katze. Warum also fehlt hier ein Original? Der Verdacht kommt auf: Die Friedenstaube hat den Hahn verjagt. Doch nein, das kann nicht sein: Das macht eine Friedenstaube nicht! Sollte etwa die Katze... oder der Hund... oder der Esel...? Auch das sollte man nicht annehmen, war doch jeder von den Vieren ein Opfer der Vertreibung. Deshalb wollte man zusammenhalten und nach Bremen gehen. Warum also fehlt jetzt der „Vierte im Bunde“? Mein Vorschlag aus Berlin: Liebe Mitglieder im „Bremer Friedensforum“, holt den armen Hahn wieder zurück und setzt auf ihn die Friedenstaube! Freue mich auf Ihr Feedback, mit freundlichen Grüßen.

Zuschrift von Klaus-Dieter May, Berlin („Mobbing-Web“)

Nachdem die ersten vier Tiere der Bremer Stadtmusikanten gestorben waren, setzten die Nachkommen der Bremer Stadtmusikanten deren Tradition fort. Viele Generationen später begab es sich aber, dass eine große Wirtschaftskrise das Land erfasste. Da den Menschen das Geld nun nicht mehr so locker in der Tasche lag und eine Teuerung die Bürger beschwerte, konnten die Nachfahren der ersten Bremer Stadtmusikanten ihr Nötigstes bald nicht mehr durch das Musizieren bestreiten.

Die vier Tiere mussten daher ergänzende Hartz-IV-Leistungen beim Arbeitsamt beantragen. Nun begab es sich, dass das Militär in den Arbeitsämtern für seine Auslandseinsätze Soldaten anwarb. Die Sachbearbeiterin des Hahns dachte nun bei sich: „Das ist doch ein prachtvoller Hahn. Wir wollen einen Kampfhahn aus ihm machen!“ Sie schickte ihn unter Androhung von Sanktionen zum Militär, wo man ihn zum Kampfhahn ausbilden wollte.

Der arme Hahn jedoch, im Herzen doch kein Kampfhahn, sondern ein lustiger Musikant, wollte gar nicht kämpfen und wünschte sich aus vollem Herzen, doch lieber eine Friedenstaube anstatt eines Kampfhahns zu werden. Da begab es sich, dass ihm eine gute Fee erschien: „Lieber Hahn, da du so ein guter Hahn bist und dir inständig gewünscht hast, eine Friedenstaube zu sein, will ich dir diesen Wunsch erfüllen“. Und schwups! verwandelte sich der Hahn in eine Friedenstaube.

Das Militär konnte nun den Hahn nicht mehr finden, und der Hahn wurde von dem Auslandseinsatz verschont. Einige haben ihn sagen hören, dass er sich erst dann wieder zurück in einen Hahn verwandeln wird, wenn die Menschheit eingesehen hat, dass es keinen Sinn macht, gegeneinander Krieg zu führen, und wenn arme Hähne nicht mehr dazu gezwungen werden, aufgrund ihrer Armut Dinge zu tun, die gegen die Nächsten-Tier-Liebe verstoßen.

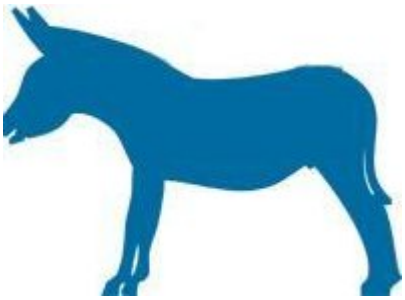
Frauke Mattfeldt („Bremer Friedensforum“)

Doch dann geschah das Furchtbare. Das Militär fing den in eine Taube verwandelten Hahn und bildete ihn zur Meldetaube aus. Da beim „Bremer Friedensforum“ alle mit der Gestaltung der schönen Homepage sowie von Pressemitteilungen und originellen Märchenabwandlungen beschäftigt waren, rührte dort niemand auch nur einen Finger für die arme Taube, die sich zu Tode ängstigte.

So wurde die Meldetaube schließlich bei einem riskanten Auslandseinsatz von einer Drohne abgeschossen. Die anderen armen Hähne, die derweil darauf gewartet hatten, dass eine Fee kommt oder alle Menschen eingesehen haben, dass Kriege sinnlos sind, wurden aufgrund ihrer Armut in Kriegseinsätze gezwun-

gen, weil sich niemand dafür einsetzte, ihre Armut zu beseitigen. Sie ruhen nun auf dem Soldatenfriedhof.

Ihnen zu Ehren wurde ein Heldendenkmal errichtet. Das setzt Patina an, und die Tauben scheißen drauf. Davor steht das „Bremer Friedensforum“ und demonstriert für den Frieden. In Frieden ruhen sie auch, doch die Armut bleibt. Und die Moral von der Geschicht’: Visionen schützen Arme nicht! Du musst die Armut erst besiegen, willst du ew’gen Frieden kriegen.



Epilog: Die Fee wird wegen Beihilfe zur Fahnenflucht steckbrieflich gesucht. Es ist anzunehmen, dass sie auch die Katze und den Hund in Tauben verwandeln wird, die sich hervorragend für die militärische Aufklärung eignen, sodass das „Bremer Friedensforum“ künftig nur noch mit dem Esel dastehen wird. –

Die in dieser Märchenabwandlung sehr ernst zu nehmende Problematik möchte ich jetzt gern einmal auf eine ernst zu nehmende Schiene stellen. Es gibt nämlich keine Feen und auch keine Friedenstaube. Meldetauben sind jedoch Realität, und dass Tauben auf Denkmäler scheißen, ist uns auch bekannt. Es wäre vielmehr wünschenswert, wenn sich Aktivist(inn)en und Helfer(innen) fänden, um von ALG II betroffenen Menschen, die unter Sanktionsandrohungen in den Militärdienst gezwungen werden sollen, vor der Behörde oder dem Sozialgericht helfend zur Seite zu stehen.

Wer bereits bei der Bundeswehr ist und diese vorzeitig verlassen möchte, um das eigene Leben nicht in Auslandseinsätzen zu riskieren, braucht nicht auf eine Fee zu hoffen. Ihm oder ihr braucht mensch in unserem Rechtssystem auch nicht zur sogenannten Fahnenflucht anzustiften. Es genügt, wenn der Soldat oder die Soldatin beim Kompaniefeldwebel (Heer), beim Staffelfeldwebel (Luftwaffe) oder beim Inspektionsbootsmann (Marine) anklopft und dort eine schriftliche Erklärung abgibt, den Wehrdienst aus Gewissensgründen zu verweigern, und schon wird die vorzeitige Entlassung aus dem Militärdienst abgewickelt.

Es lassen sich aber auch andere Gründe angeben, beispielsweise familiäre, gesundheitliche oder berufliche. Das Problem ist nur, dass vorzeitig entlassenen Soldaten keine „Übergangsgebührnisse“ ins Zivilleben und keine Abfindungen mehr zustehen. Sie haben während ihrer Dienstzeit nicht in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt. Darum besteht in solchen Fällen kein ALG-I-Anspruch, sondern es muss beim Jobcenter ALG II beantragt werden. Hier droht eine dreimonatige Zahlungssperre, da das Jobcenter mit hoher Wahrscheinlichkeit „selbstverschuldete Arbeitslosigkeit“ unterstellen wird. Auch hier wäre es wünschenswert, wenn fach- oder sachkundige Helfer(innen) aus Friedensaktivist(inn)enkreisen unterstützen würden.

Es hätte dem „Bremer Friedensforum“ sicherlich gut angestanden, bei solch ernst zu nehmender Problematik sachlich und vernünftig zu informieren, statt mit einer trivialen Märchenabwandlung aufzuwarten, die ich alles andere als originell finde und die das Problem banalisiert. Auch religiöse Friedensvisionen, wie die

der „Schwerter zu Flugscharen“ des Herrn Jesaja aus der anachronistischen Bibel, die der Friedensbeauftragte Martin Warnecke so gern heraufbeschwört, werden nichts zum Frieden beitragen, denn die Realität sieht anders aus. Im alten China wurden Dreschflegel zu Waffen zweckentfremdet. Im Dreißigjährigen Krieg wurden Kirchenglocken eingeschmolzen und zu Kanonen gegossen.

Das ist die Realität. Nach Clausewitz ist der Krieg „eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“. Er ist die Folge verfehlten sozioökonomischen Handelns, geopolitischer Hegemonialbestrebungen um Rohstoffe und Handelswege, sozialrassistischer Ideologien oder religiöser Wahnvorstellungen. Der Krieg dient heute einer neoliberalen Politik, die im Schnellfeuertempo freie Marktwirtschaft, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie Bildung, Krankenversorgung, Energie und Transport sowie Deregulierung und tiefe Einschnitte bei den Sozialausgaben fordert.

Es bedarf schon mehr als origineller Märchenabwandlungen oder religiöser Friedensvisionen, um dieser Raub- und Kriegspolitik, die uns unserer Lebensgrundlagen beraubt, entgegenzutreten. Hier ist Sachlichkeit, Zusammenschluss, Solidarität und Vernetzung aller Kräfte gefordert und vor allen Dingen ein Denken in komplexen Zusammenhängen. Einen isolierten Frieden ohne soziale Absicherungen wird es nicht geben, denn wer – wie in dem Gedicht von Wolfgang Borchert – Nein sagen will, muss materiell dazu in der Lage sein.

Nichts gegen das „Bremer Friedensforum“ und die Zielsetzungen, die es verfolgt. Ich freue mich auch über den Erhalt der Zivilklausel der Uni Bremen, zu dem das „Friedensforum“ beigetragen hat. Bei Lösungsansätzen der „sozialen Frage“, die erheblich zum Frieden beitragen würden, sollte es aber dringend an sich arbeiten. Ich bin zuversichtlich, dass dabei zur konstruktiven Mitarbeit und Vernetzung viele Mitstreiter(innen), Gruppen und Parteien bereit wären.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Es ist absolut legitim, Kritik am „Bremer Friedensforum“ zu üben, wenn sie berechtigt ist und fair und sachlich geäußert wird. Dies ist bei Franks ironischer Fortsetzung der Stadtmusikanten-Märchenabwandlung nicht unbedingt der Fall. Es scheint mir ohnehin nicht sehr zielführend zu sein, sich jetzt an der originellen Geschichtsneudeutung unserer Webmasterin Frauke festzubeißen. Zumal ihre Geschichte als nicht ganz ernst gemeinte Replik auf eine genauso wenig bierernste Anfrage an das „Friedensforum“ gemeint war.

Der Beitrag von Frank suggeriert, wir hätten keine wichtigeren Themen und keine anderen Sorgen. Um diesen falschen Eindruck zu widerlegen, genügt ein Blick auf die Homepage, wo sich auch zahlreiche Berichte zu kürzlich stattgefundenen Protestaktionen sowie Hinweise auf kommende Veranstaltungen finden. Daher weisen wir die in Franks Beitrag enthaltenen Belehrungen zurück, denn was dem „Friedensforum“ „gut ansteht“ und was nicht, das diskutieren und entscheiden wir in unseren monatlichen Sitzungen stets mit sehr viel Verantwortungsbe-

wusstsein, und nicht ohne Grund erhalten wir für unsere Arbeit viel Lob und Anerkennung. Es sei übrigens auch betont, dass die Stadtmusikantengeschichte inzwischen nicht mehr auf der Friedensforumsseite sichtbar ist. Das „Corpus delicti“ im Logo ist ebenfalls verschwunden. Übrig geblieben ist, wie früher schon, Pablo Picassos Friedenssymbol aus der Ostermarschbewegung.

Zweifellos trifft die Feststellung zu, dass die soziale Frage nicht ausreichend berücksichtigt ist, was auch mich als Mitglied im Sozialberatungsverein „Solidarische Hilfe“ bekümmert. Allerdings würde dies viele von uns in der Friedensbewegung, die zusätzlich noch in anderen Zusammenhängen und Politikfeldern aktiv sind und außerdem einem Beruf nachgehen, deutlich überfordern. Natürlich ist uns bewusst, dass Kriegspolitik und Sozialkahlschlag in engstem Zusammenhang zueinander stehen und entsprechend gewertet werden müssen, und deshalb weisen wir in unseren Aktionsflugblättern auch immer wieder darauf hin. Viel mehr können wir beim besten Willen kaum leisten. Mit der Forderung, das „Friedensforum“ möge Solidarität, Vernetzung und vor allem ein „Denken in komplexen Zusammenhängen“ praktizieren (wozu wir selbstverständlich in der Lage sind!), rennt Frank bei uns ohnehin offene Türen ein. Ich habe im Sinne des „Friedensforums“ in Montagsdemo-Redebeiträgen schon oft darauf hingewiesen, dass es ohne soziale Sicherheit keinen wirklichen Frieden geben kann.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Die Bremer Stadtmusikanten mussten schon viele Bearbeitungen und Interpretationen überstehen. Da wollte der umstrittene Regisseur Volker Lösch nicht zurückstehen. Dass er aber dafür das Schicksal der älteren Arbeitslosen mit teilweise schlimmen populären Plattitüden benutzt, ist mehr als ärgerlich. Echte Anteilnahme über die Schilderungen der Betroffenen entsteht weder im Tragischen noch in den Momenten, die komödiantisch angelegt sind. Wer wie im Märchen nur Gut und Böse kennt, der betrachtet Theater nicht als Ort der Auseinandersetzung. Den chorisch – von überwiegend Laien – vorgetragenen schwierigen und sperrigen Text von Heiner Müller dürften die meisten Besucher weder inhaltlich noch akustisch verstanden haben.

Leserbrief von Dieter Herrmann an den „Weser-Kurier“ (22. Januar 2012)

Auf der Website des „Bremer Friedensforums“ findet sich noch eine weitere Bearbeitung des Stadtmusikanten-Themas: Dort wünscht sich der unter Hartz-IV-Sanktionsandrohung zum Militärdienst verpflichtete Hahn, doch lieber in eine Friedenstaube verwandelt zu werden, bis die Menschheit eingesehen habe, dass es „keinen Sinn macht“, gegeneinander Krieg zu führen. Und weil im Märchen das Wünschen noch stets geholfen hat, ist sogleich eine gute Fee zur Stelle, die dem Hahn diesen etwas feigen Fluchtwunsch erfüllt. Solch eine Pointe trifft vielleicht eher den Geschmack braver Bremer Bürger vom Schlage eines Herrn Herrmann,

die Rebellionsaufrufe gegen Räuberherrschaft „mehr als ärgerlich“ finden. Eine Begleiterin und ich haben jedenfalls „echte Anteilnahme“ empfunden und unsere Schicksale in der Lösch-Inszenierung klar wiedererkannt. Deren Kernintention lag sicher nicht im Verständlichmachen „schwieriger und sperriger“ Heiner-Müller-Texte.

Leserbrief von Gerolf D. Brettschneider an den „Weser-Kurier“

„Nicht heizen“ ist einfach nicht angemessen

Seit Monatsbeginn ist es klirrend kalt. Angemessenes Heizen bedeutet nicht frieren! Wer noch den Ratschlag des (No-)Job-Centers „Heizen Sie einfach ein Zimmer nicht“ im Ohr hat, sollte dies schnellstens vergessen, denn Sie tragen das Risiko für einfriedende Heizkörper und eventuelle Gebäudeschäden. Vermieter sind da sehr einfallsreich. Das (No-)Job-Center wird diese Kosten nicht zahlen wollen. Was „angemessenes Heizen“ heißt, ist auf Beamtendeutsch in der Verwaltungsanweisung nebst ergänzenden Hinweisen zu § 22 SGB II nachzulesen. Daraus ergibt sich, dass ab einem bestimmten Betrag pro Quadratmeter die Angemessenheit im Einzelfall geprüft werden muss. Die angedeutete pauschale Kürzung ist nicht gerichtsfest.

Diese Verwaltungsanweisung hat keine Rechtskraft. Sie ist kein Gesetz, sondern nur eine Anleitung für die Verwaltung, ohne Außenwirkung. Sorgen Sie daher für das nötige Wohlbehagen in Ihren vier Wänden. Das ist angemessen! Es schützt auch vor Schadenersatzansprüchen des Vermieters. In den meisten Mietverträgen ist eine Mindesttemperatur für die Heizperiode vorgeschrieben! Leider hat das Amt, jetzt das (No-)Job-Center, Heizosten teilweise nicht in voller Höhe anerkannt. Falls Sie davon betroffen sind, machen Sie die besonderen Umstände geltend. Erinnern Sie daran, weil das Amt eigentlich alle Angaben und Unterlagen hat. Legen Sie Widerspruch gegen den Bescheid ein. Falls die Frist verstrichen ist, stellen Sie einen Antrag auf Überprüfung. Wie dies geht? Wir gehen mit!

Wie vielen Kunden der SWB oder anderer Energielieferanten ist derzeit der Strom, das Gas oder das Wasser abgestellt? Die SWB hat circa 10.000 Energieunterbrechungen pro Jahr. Da eine Liefersperre oftmals länger als einen Monat dauert, ist von gut 1.000 Haushalten mit aktueller Strom- oder Gassperre auszugehen. Dieser Skandal ist ein gutes Geschäft für die SWB-Netze. Gut 500.000

Euro bleiben per Anno durch die überzogenen Pauschalen in der Kasse. Liebe Mitmenschen, macht euer Leid öffentlich! Geht zu den Beratungsstellen und regelt mit ihrer Hilfe die Wiederaufnahme der Versorgung! Eventuell stellt sich dabei heraus, dass Sie trotz Arbeit Anspruch auf ergänzendes Arbeitslosengeld II haben, siehe vorherige Bremer Montagsdemo.

Ihre Zahlung an die SWB sollte unter Vorbehalt erfolgen, weil deren Forderung in diesen Fällen nicht unbedingt richtig ermittelt wurde. Dies kann auch an den Zahlungen der Sozialleistungen liegen. Nach längerer Versorgungsunterbrechung verlangt die SWB unter Umständen eine Prüfung des Anschlusses durch eine Fachfirma. Ist das zulässig? Macht es öffentlich, wenn die Wiederanstellung nicht prompt erledigt wird!

Die **Deputation für Arbeit** tagt am **Mittwoch**, dem **8. Februar 2012** ab **16 Uhr** in **Raum II** der Bremischen **Bürgerschaft**. Vorher tagt dort der Hafenausschuss, es kann zu Verzögerungen kommen. Die Anfrage der Linksfraktion zu den „Aufstocker(inne)n“ (siehe Vorwoche) steht nicht auf den Tagesordnungen der städtischen beziehungsweise staatlichen Deputation. Es fehlen auch weitere angekündigte Themen. Die Sitzung ist öffentlich.

Die „Tageszeitung“ meldet, das „Amt für Soziale Dienste“ werde aufgelöst. Vor der Wahl hat Staatsrat Joachim Schuster diese Auflösung des Sozialamts und die Eingliederung in die senatorische Dienststelle in einer Sitzung der Sozialdeputation angekündigt. Die Doppelstrukturen sollten abgebaut, die Abläufe einfacher werden. Inzwischen ist Herr Schuster im Bildungsressort für Gesundheit zuständig, und Dr. Karl Bronke aus dem Sozialressort braucht sich nicht mehr um das (No-)Job-Center zu sorgen. Allerdings besteht jetzt die Möglichkeit, dass die Handhabung beim Sozialen eine andere wird als im (No-)Job-Center. Letzteres wollen wir etwas dazu anregen, den Pfad der Tugend zu finden. Es steht nicht im SGB II und zum Glück auch nicht im SGB XII, dass den Menschen nicht wertschätzend zu begegnen sei!

Griechenland ist so nah! Die Auflagen der EU zeigen die Ansprüche des Kapitals. Die Rechte der Arbeiter, Angestellten und Rentner werden gebrochen. So geht es nicht! Wir sind solidarisch mit den Griechen! In Bremen haben es die Arbeiter mit der **Räterepublik** anders versucht. Sie sind im Kugelhagel gestorben. Im **Gedenken** daran erfolgt am **Sonntag**, dem **12. Februar 2012**, um **11 Uhr** auf dem **Waller Friedhof** die Trauerfeier einschließlich Rahmenprogramm. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Wegen Volksberaubung und Souveränitätsverletzung:
Griechische Polizeigewerkschaft droht EU-Kontrolleuren
mit Verhaftung *(„Bild“-Zeitung)*

„Entwarnung“ am Arbeitsmarkt? Ein Lügenmärchen!

Mit Meldungen, die offizielle Arbeitslosigkeit in Deutschland sei so niedrig wie seit 21 Jahren nicht mehr, wird immer wieder versucht, die Wirklichkeit zu beschönigen. Die „Internationale Arbeitsorganisation“ (ILO) in Genf, eine Institution der Uno, hat in ihrem am 23. Januar veröffentlichten „Jahresbericht über globale Beschäftigungstrends 2012“ berichtet, dass weltweit 197 Millionen Menschen arbeitslos sind und 900 Millionen unterhalb der sogenannten Armutsschwelle leben, also weniger als zwei Dollar pro Tag zum Leben haben. Diese Zahl stützt sich auf die von den 183 ILO-Mitgliedsstaaten offiziell registrierten Arbeitslosen, die tatsächliche Zahl dürfte also erheblich höher liegen. Es sind dennoch 27 Millionen mehr registrierte Arbeitslose als 2007, dem Jahr vor Ausbruch der Weltwirtschafts- und Finanzkrise. „Jeder dritte Arbeitnehmer auf der Welt ist arbeitslos oder lebt trotz Arbeit in Armut“, erklärte ILO-Generaldirektor Juan Somavia.

In Europa ist infolge der Weltwirtschafts- und Finanzkrise die Arbeitslosigkeit auf den höchsten Stand seit 13 Jahren gestiegen. Die ILO beklagt vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den südeuropäischen Ländern, die unter anderem am stärksten von der Krise betroffen sind. In Spanien sind zum Beispiel 48,5 Prozent der Unterfünfundzwanzigjährigen ohne Arbeit. Dass in Deutschland, anders als in den meisten anderen Ländern, die offizielle Arbeitslosigkeit in dieser Zeit gesunken ist, hat mehrere Gründe. Zum einen profitierte die exportabhängige deutsche Wirtschaft stark von dem spekulativen, mit Auslandsinvestitionen und staatlichen Subventionen angeschobenen zeitweiligen Wirtschaftswachstum in Ländern wie China, Indien, Russland oder Brasilien. Vor allem wurde die offizielle Arbeitslosigkeit aber zugunsten eines starken Anstiegs der Unterbeschäftigung reduziert.

Immer mehr Niedriglohn-Arbeitsplätze, Leiharbeit und Teilzeitjobs führen dazu, dass viele Menschen von einer Arbeitsstelle überhaupt nicht mehr leben können. Sie sind gezwungen, mehrere Jobs anzunehmen oder mit Arbeitslosengeld II aufzustocken. Die „Arbeitnehmerkammer Bremen“ hat letzte Woche eine Studie über die Zahl der „Aufstocker“ veröffentlicht. 2007 waren es in Bremen 15.000 Menschen, die nicht von ihrer Arbeit leben konnten. Diese Zahl ist in den letzten Jahren kontinuierlich angewachsen, auf 18.000 im Jahr 2010 und 19.000 im Mai 2011. Auch die Statistiktricks zur Manipulation der offiziellen Arbeitslosenzahl werden ausgebaut. Aus der offiziellen Statistik sind über eine Million Menschen „verschwunden“. Im Dezember 2011 gab es bundesweit mindestens eine Million

nicht gezählter Arbeitsloser, darunter 163.842 Ein-Euro-Jobber und 359.190 Arbeitslose über 58 Jahren.

In den letzten Wochen bahnt sich eine neue Vertiefung der Weltwirtschafts- und Finanzkrise an. Es ist zu erwarten, dass auch die offizielle Zahl der Arbeitslosen wieder kräftig steigen wird, wenn verstärkt Arbeitsplätze vernichtet und Massenentlassungen als Folge eines erneuten Krisenabsturzes nicht mehr so gut durch Maßnahmen wie Kurzarbeit abgedämpft werden können. Vergangenes Jahr gab es über 30.000 Firmenpleiten, darunter die des weltweit führenden Druckmaschinenherstellers Manroland, bei dem einigen Tausend Kollegen gekündigt wurde. Nokia-Siemens Networks will 2.900 Beschäftigte in Deutschland entlassen und weltweit 17.000 Arbeitsplätze vernichten.

Auch von den circa 30.000 Beschäftigten der Drogeriekette Schlecker dürften viele nach Ablauf der dreimonatigen Zahlung von Insolvenzgeld vor der Arbeitslosigkeit stehen. Thyssen-Krupp hat seinen Edelstahlbereich an den finnischen Weltmarktführer Outokumpo verkauft, der sofort angekündigt hat, vier Werke zu schließen und Tausende Arbeitsplätze zu vernichten. Die Stahlarbeiter des Thyssen-Edelstahlbereichs haben mit ihren tagelangen selbständigen Streiks und Protestaktionen im Kampf um jeden Arbeitsplatz eine richtungweisende Entscheidung getroffen: Angesichts der weltweit ansteigenden Arbeitslosigkeit und Armut ist das ein ermutigendes Signal zur Offensive gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Werktätigen!

Harald Braun

Die **Sitzung** der neuerdings für **Arbeit** zuständigen „**Deputation** für Wirtschaft und Häfen“ beginnt am **Mittwoch**, dem **8. Februar 2012**, um **16 Uhr** in **Raum II** der Bremischen **Bürgerschaft**.

Am **Sonntag**, dem **12. Februar 2012**, beginnt um **11 Uhr** das **Gedenken** an die Verteidiger der **Bremer Räterepublik** im Jahr 1919. Ab **12 Uhr** folgt ein **Kulturprogramm** im „**Westend**“.

Aufsichtsratskonditionen bei Skoda: Wulff erhält Geländewagen zum Vorzugspreis *(„Morgenpost“)*

Promirabatt beim Staatsanwalt: Ginge es um einen Bürgermeister oder Landrat, würde Korruptionsverdacht angenommen *(„Spiegel-Online“)*

„Wir wissen von nichts“: Wulff-Urlaubsgastgeber lässt Hotelrechnungen verschwinden *(„Bild“-Zeitung)*

Ohne Vorteil für keinen: Wulff schließt Handy-Vertrag mit Groenewold ab statt mit Vodafone *(„Die Welt“)*

Keine Mitarbeiter, nie Filme produziert: Wulff verschafft Groenewolds Briefkastenfirma mit Landesbürgschaft Kreditwürdigkeit *(„Bild“-Zeitung)*

Sauerland abgewählt: Anderthalb Jahre lang war der „Unschuldige“ an der „Loveparade“-Katastrophe den Duisburgern unerträglich *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

363. Bremer Montagsdemo am 13. 02. 2012

Wann sind die Politiker endlich so ehrlich zu erklären, dass niemand mehr Rente bekommt?

1. In Berlin stiegen die von den Flop-, Mob- oder No-Job-Centern verhängten Strafen gegen Hartz-IV-Bezieher um fast zehn Prozent an. Von den 68.481 **Sanktionen** sind etwa 15.000 Menschen betroffen. Die Jobcenter der Hauptstadt gehen nach einem Bericht in der „Morgenpost“ verstärkt gegen Arbeitslose vor, die sich nicht an die Auflagen und Anforderungen der Behörde halten. Dass zwischen 2010 und 2011 fast ein Zehntel mehr Strafen verhängt wurden, sei natürlich kein Ausdruck für ein „härteres Durchgreifen“ der Jobcenter, sondern Folge neuer gesetzlicher Vorschriften. Dabei sei es selbstverständlich keineswegs das Ziel, mit Sanktionen gegen Arbeitslose Geld einzusparen. Nicht? Kann es denn noch andere Beweggründe dafür geben?

Dass die Jobcenter „genauer hinschauen“ könnten, sei auch Ausdruck dafür, dass im Jahr sieben nach Einführung der Hartz-IV-Gesetze die Behörden „besser funktionierten“ und das nötige Personal „an Bord“ hätten. Wegen eines angeblichen Wirtschaftsaufschwungs in Berlin gebe es auch mehr Jobs und folglich mehr Termine, die Arbeitslose versäumen könnten. 50.000 Mal sei eben deswegen eine zehnprozentige Kündigung ausgesprochen worden. 8.500 Sanktionen wurden verhängt, weil Arbeitslose sich weigerten, eine der speziellen „Förderungen“ anzutreten, deren Sinnhaftigkeit bisweilen bezweifelt werden darf.

Weil leider noch immer Erwerbslose aus Angst Eingliederungsvereinbarungen unterschreiben, die von ihnen verlangen, was sie nicht wollen, wurde auch hier abgestraft. Auf dieser kleinen Zahl angeblicher Sünder, die eine Ordnungswidrigkeit begingen, wird dann munter herumgeritten. Es ist hingegen eine nicht hinnehmbare echte Sünde, völlig unverhältnismäßig und dem Bundessozialge-

richt widersprechend, Menschen überhaupt das ohnehin viel zu knappe Existenzminimum bis zur Obdachlosigkeit wegzusanktionieren! Ich glaube auch nicht, dass die Menschen darüber gefrustet sind, sich zu 300 einen Vermittler teilen zu müssen, und deswegen den Termin schwänzten, sondern über die meist unwürdige Behandlung, wenn sie allein hingehen.

Ich hoffe, dass auch die Widersprüche und die gewonnen Klagen dazu proportional ansteigen werden! Für mich ist sonnenklar, dass hier nur wieder Geld zu Unrecht einzusparen versucht wird. Leider wehren sich noch immer viel zu wenige nicht gegen diese grundgesetzwidrige Handlung der Jobcenter und denken vermutlich immer noch, dass alles seine Richtigkeit habe. Der „Morgenpost"-Artikel soll offenbar belegen, dass die Mitarbeiter im (No-)Job-Center alle super geschulte Leute seien, die Erwerbslosen hingegen faul und arbeitsunwillig. Natürlich haben die Jobcenter die Vorgabe, die „passiven Leistungen" zu senken, weshalb natürlich mit allen Mitteln auf Teufel komm raus sanktioniert wird.

Als ob die gesellschaftlichen Ausgrenzungen nicht vollkommen reichten, werden die Erwerbslosen in den (No-)Job-Centern oft durch die Schikanen der Verfolgungsbetreuung vieler Mitarbeiter(innen) kaputt gemacht, sind dann vielleicht von den Anforderungen überfordert und werden anschließend sanktioniert! Ich möchte lieber nicht wissen, auf wie viele Millionen Euro die Transferleistungsberechtigten verzichten, weil sie sich nicht informieren und alles glauben, was ihnen da so beschieden wird. Die Zahl ist bestimmt gewaltig!

2. Ach, wie niedlich: Nun postuliert *lovely* Zensursula von der Leyen, wenn alle mitarbeiten, würden alle am Erfolg beteiligt. Aus welchem Märchen soll das denn sein? Unglaublich: Die Arbeitsministerin schaltet sich in die laufenden Tarifverhandlungen ein und fordert ein „deutliches Plus" für die Arbeitnehmer. Weil die Wirtschaft Gewinne einfahre, sei nun die Zeit der „Lohnzurückhaltung" vorbei. Ei der Daus: Von der Leyen mahnte, das Lohnplus dürfe nicht gleich von der Preissteigerung aufgefressen werden. Bevor jemand auf die Idee kommen könnte, die Kuschelrhetorik der Arbeitministerin ernst zu nehmen, muss allerdings gesagt werden, dass für unsere Uschi die konkrete Höhe „Sache der Tarifpartner" ist.

Ich brauche nicht viel Fantasie, um die Dame so zu interpretieren, dass ein **Mindestlohn** selbstredend weiterhin tabu bleibt. Etwas zu fordern und dafür zu sorgen, dass es auch soweit kommt, sind zwei verschiedene Paar Schuhe! Wenn Frau von der Leyen möglicherweise einen bisherigen Lohn von fünf Euro brutto vor Augen hat und diesen dann moderat um spürbare zehn Prozent auf satte fünf Euro fünfzig brutto erhöht, dann dürfte sich auch der Rest des schwarz-gelben Gruselkabinetts damit einverstanden erklären können, weil diese Form der „Erhöhung" doch bei Weitem harmloser erscheint als ein Mindestlohn von zehn Euro brutto – obwohl auch der noch nicht „armutsfest" ist! Wir bekommen ganz gewiss keine Tarifabschlüsse, die über der Inflationsrate liegen. Davor bewahren uns die Gewerkschaften, die seit zig Jahren immer „verantwortungsvolle" Abschlüsse

durchsetzen. Aber geschenkt: 65 Prozent der Firmen sind eh nicht tarifgebunden. Frau von der Leyen, das war viel heiße Luft, ein Trara um nichts!

3. Obwohl der 54-jährige Dortmunder Georg B. zwei Ausbildungen abschloss, verfügt er inzwischen über vier Aktenordner mit insgesamt 950 **Bewerbungen**, für die er eine Absage nach der anderen bekam. Auch momentan ist kein Job in Sicht, doch sagt der Dortmunder, ihm sei das egal, und probiert es unermüdlich weiter. Erst war er zu teuer, dann zu alt, dann überqualifiziert und nun „zu lange raus". Als ihm geraten wurde, doch eine Umschulung zum Steuerfachgehilfen zu machen, winkte er ab. Warum soll er sich umschulen zu lassen? „Dann habe ich den dritten Gesellenbrief in der Schublade, aber noch immer keine Festanstellung."

Er lernte Groß- und Außenhandelskaufmann in der Textilbranche, war bei der Bundeswehr, arbeitslos, arbeitete dann in der Poststelle einer Versicherung, „sattelte" den Versicherungskaufmann per Abendschule „drauf", ergatterte für zehn Jahre eine Sachbearbeiterstelle im Kfz-Bereich, war in noch einem anderen Versicherungsunternehmen und ist nun seit 2001 arbeitslos. Der Dortmunder machte den europäischen Computerführerschein und absolvierte Praktika, bemerkte aber seine Chancenlosigkeit, weil nach einer durchlaufenen Maßnahme der nächste vom (No-)Job-Center bezahlte Arbeitslose kommt, um für die Firma zu arbeiten, ohne von ihr entlohnt zu werden.

Bienenfleißig nahm er auch Zeitverträge an, denn er wollte keine Lücke im Lebenslauf lassen. Aber irgendwann galt er wohl als „zu alt". So direkt sagt das niemand, schon gar nicht das Flop-Center, das ihm eine neue Vor-, äh: Einladung als „Best Ager", also jemand im „besten Alter" schickte. Bloß für was? Seinem Sachbearbeiter sagte er, dass er gern mal mit ihm tauschen würde, damit er das Gefühl kennen lernt, das ihm selbst die Kumpel auf dem Fußballplatz vermitteln, dieses Zweiter-, Dritter-Klasse-Gefühl, das unterschwellige Abstempeln: „Der will doch gar nicht arbeiten".

4. Der schwedische Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt sprach sich für ein **Renteneintrittsalter** von 75 Jahren aus und löste damit bei seinen Landsleuten einen Sturm der Entrüstung aus. Nach seiner Logik würden Arbeitgeber beispielsweise 55-Jährige eher einstellen, wenn diese noch 20 weitere Jahre arbeiten wollten. Wenn älteren Menschen eine Arbeit zu schwer falle, sollten sie sich eine einfachere Tätigkeit suchen, statt in Frührente zu gehen. Klar, die Jobs liegen nur so auf der Straße, und alle Arbeitgeber warten ausgerechnet auf die Alten: Was für eine Verarschung! Eine überwältigende Mehrheit der Schweden sieht die Sache anders als ihr Ministerpräsident, denn 90 Prozent lehnten eine Rente mit 75 ab. Darauf erwiderte Reinfeldt, seine Landsleute müssten sich mit einer steigenden Lebenserwartung arrangieren und deshalb für gleichbleibende Sozialleistungen länger zu arbeiten bereit sein als gegenwärtig.

Spricht hier mal wieder ein Politiker, der scheinbar nicht weiß, dass es auch Leute gibt, die wirklich hart arbeiten müssen für ihr Geld, das bei Weitem beschei-

dener ausfällt als seine „Diät“? Es ist absolut realitätsfremd anzunehmen, dass jemand mit 75 beispielsweise noch auf dem Bau arbeiten kann oder eine Alternative im Büro findet, wo er den aktuellen Anforderungen entspricht und dort auch gleich eine Stelle auf ihn wartet. Für mich ist auffallend, wie viele Politiker im Rentenalter noch arbeiten. Wann sind die Politiker endlich so ehrlich zu erklären, dass niemand mehr Rente bekommt? Vermutlich *never ever,* weil dann ja keiner mehr in diese dubiose Kasse einzahlen würde!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Neuere Geschichte der Bremer Stadtmusikanten (II)

Ich verstehe nicht, wieso das „Bremer Friedensforum“ eine Anfrage, die es als „nicht ganz ernst gemeint“ versteht, mit ernst zu nehmender Hartz-IV-Thematik beantwortet. Mit der Antwort der Webmasterin des „Friedensforums“, Frauke Mattfeldt – die als Eigenverlegerin einen „Stammbaum der Bibel“ vertreibt, der mittels Geschichts- und Wissenschaftsverdrehung die vermeintliche Historizität der Bibel zu beweisen trachtet –, wird unterstellend suggeriert, dass Betroffene des ALG II vor Armut gezwungen sind, gegen die „Nächstenliebe“ zu verstoßen, also zu sündigen.

Ich nehme jedenfalls so etwas ernst, auch wenn das „Friedensforum“ dem keine Ernsthaftigkeit abzugewinnen scheint, zumal mir die „originelle“ Antwort auf eine Anfrage zur Änderung des Stadtmusikanten-Logos unangemessen scheint. Die Intention dieser Änderung kann ja nicht wirklich die Verwandlung eines sanktionsbeschwerten Hartz-IV-Hahnes in eine Taube durch eine Fee sein. Das „Bremer Friedensforum“ sollte seine „originellen“ Einfälle an sich selbst austoben statt auf dem Rücken von Jugendlichen, denen das Zivilleben kaum noch Lebensperspektiven bietet – Jugendlichen, die zu 100 Prozent sanktioniert werden, wenn sie sich nicht zur Bundeswehr melden, und die dann in den Tod geschickt werden oder traumatisiert zurückkehren.

Das soll also so weitergehen, bis die Menschheit eingesehen hat, dass Kriege „keinen Sinn machen“. Da können wir bis zum „Jüngsten Tag“ warten, der, wenn es nach Frau Mattfeldt ginge, in nicht allzu weiter Ferne liegt! Es stimmt mich verbittert, dass das „Friedensforum“ hier keinerlei Sensibilität aufweist, keinerlei Möglichkeit der Gegenwehr aufzeigt und auch nicht bereit oder in der Lage zu sein scheint, hier helfend zu intervenieren. Leider hat es das „Bremer Friedensforum“ in Wielands Stellungnahme versäumt, auf das eigentliche „Corpus Delicti“ einzugehen.

Wielands Behauptung, dass ich mich an dieser „originellen Geschichtsneudeutung“ festbeiße, mag richtig sein. Ich denke, dass ich allen Grund dazu hatte, diese *wenig originelle* Geschichtsneudeutung fortzusetzen. In Geschichtsneudeutungen scheint Frau Mattfeldt zugegebenermaßen geübter zu sein als ich, doch wer als Beistand mit den Todesängsten von Menschen konfrontiert war, die in Kriege geschickt werden sollen, dem vergeht hier jedweder Sinn für Humor.

Ich will gar nicht abstreiten, dass das „Friedensforum“ ansonsten verdientermaßen viel Lob und Anerkennung erhält, insbesondere für sein Engagement der letzten Zeit zum Erhalt der Zivilklausel der Uni Bremen. Ich kann hier letztlich aber nur nach meiner Wahrnehmung von außen urteilen, ohne jetzt die „gesammelten Werke“ des „Bremer Friedensforums“ durchstudieren zu müssen. Das ist durchaus legitim. Es kann auch nicht mit Verweis auf Sitzungen, bei denen mensch nicht dabei gewesen ist, argumentiert werden.

Ich sehe nicht, dass das „Bremer Friedensforum“ verantwortungsvoll mit dieser Thematik umgegangen ist, ganz gleich, was in diesen Sitzungen besprochen worden sein mag und wie viel Lob und Anerkennung ihm sonst zuteil wird. Das der Öffentlichkeit präsentierte Ergebnis der Märchenabwandlung ist alles andere als verantwortungsvoll und verdient alles andere als Lob und Anerkennung. Ich ärgere mich wirklich darüber, dass so etwas im Namen des „Bremer Friedensforums“ im Netz kursiert. Wenn das „Friedensforum“ meint, dass ihm so etwas „gut ansteht“, sei es dessen Leserschaft überlassen, darüber zu urteilen.

„Ohne soziale Sicherheit kann es keinen wirklichen Frieden geben“, ist jedenfalls die Erkenntnis, die Wieland ständig auf der Seite der Montagsdemo ganz hervorragend zu vermitteln weiß, und ich hoffe, dass er es auch weiterhin tun wird. Wir würden sonst einen sehr wertvollen Mitstreiter vermissen. Nur finde ich, dass das „Bremer Friedensforum“ trotzdem an sich arbeiten sollte, die „soziale Frage“ mit einzubeziehen, damit nicht mehr vor „Heldendenkmälern“ demonstriert werden muss. Ob es das tut, bleibt ihm überlassen. Jedenfalls ist es schön, dass ich beim „Bremer Friedensforum“ mit meinen Anregungen zur Vernetzung und zum „Denken in komplexen Zusammenhängen“ offene Türen eingerannt habe.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Keinesfalls soll der revolutionäre Funke von Griechenland hierher überspringen

Herzlichen Glückwunsch an die Duisburger Bevölkerung! 129.833 Menschen, rund 85,8 Prozent der Wähler, haben Oberbürgermeister Sauerland aus dem Amt gejagt. Es waren weit mehr, als ihn einst ins Amt wählten: Bei der Kommunalwahl 2009 erhielt der „Christdemokrat“ 74.179 Stimmen. Nun sprachen sich nur noch 21.557 Wähler für seinen Amtsverbleib aus. Sauerland war hauptverantwortlich dafür, dass die „Loveparade“ gegen alle Sicherheitsbedenken nach Duisburg kam. Nach dem schrecklichen Tod von 21 jungen Menschen wollte er keinerlei Verantwortung übernehmen. Er zeigte kein Mitgefühl, er bat nicht um Entschuldigung, sondern klebte stattdessen fest am Amt. Ich bin überzeugt: Wenn es möglich wäre, würden noch mehr „Volksvertreter“ aus ihren Sesseln gejagt, voran Schnäppchenjäger Wulff.

In Griechenland war am Freitag und Samstag Generalstreik. Nach Diktat der Troika aus IWF, EZB und EU sollen 15.000 Staatsangestellte sofort entlassen werden, bis 2015 insgesamt 150.000. Die Löhne sollen „eingefroren“ werden, in Wirklichkeit aber sinken, etwa durch Wegfall 13. Monatslöhne. Die Renten sollen um 15 Prozent sinken. Bereits 900.000 Arbeitsplätze wurden seit Beginn der Krise vernichtet, und jeden Monat kommen 20.000 dazu. Der Mindestlohn wurde von 751 auf 584 Euro gekürzt, für Unterfünfundzwanzigjährige auf 400 Euro. Davon muss auch die Miete bezahlt werden, aber die Lebenshaltungskosten sind ähnlich hoch wie in Deutschland. In immer mehr Städten prägen Obdachlosigkeit und Hunger das Bild. Schulkinder bekommen Lebensmittel auf Marken, um nicht vor Hunger ohnmächtig zu werden.

Seit Beitritt Griechenlands zur EU zog das internationale Finanzkapital Milliarden aus dem Land heraus. Diese Kuh wollen sie gern weiter melken, nur hat die herrschende Klasse Angst, „den Bogen zu überspannen“, sodass es zur Revolution kommt. Die Kämpfe in Griechenland richten sich bereits sehr stark gegen das ganze System. Auf gar keinen Fall darf der Funke hierher aufs eigene Land überspringen: Davor haben Monopole und Regierung am meisten Angst. Das ist der Grund, warum Regierungspolitiker wie von der Leyen oder Konzernmedien wie die „Bild“-Zeitung auf einmal ihr „Herz für deutsche Arbeiter“ zu entdecken scheinen und nach „kräftigen Lohnerhöhungen“ rufen. Laut „Bild“ sind die deutschen Arbeiter „Helden“: Sie haben in der Krise „in die Hände gespuckt“. Zu-

gleich wird über die „Pleitegriechen“ hergezogen und gefordert, ihnen ihre staatliche Souveränität zu entziehen.

Das ist im Prinzip die Sprache, wie schon in der Vergangenheit die „Volksgemeinschaft“ beschworen wurde, um die Arbeiter vor den Karren imperialistischer Kriegspolitik zu spannen! Mir steht aber ein griechischer oder portugiesischer Arbeiter oder Arbeitsloser tausendmal näher als ein deutscher Kapitalist oder ein deutscher Regierungspolitiker. Die wollen uns doch nur gegeneinander aufhetzen – so wie sie es auch im Inland tun, wenn sie Kollegen, die einen Arbeitsplatz haben, gegen die „faulen Arbeitslosen“ aufstacheln: „Mit Hartz IV haben sie mehr zum Leben als mit Arbeit“. Auch in Portugal gab es am Samstag mit 300.000 Teilnehmern die größte Demonstration seit 30 Jahren. Sie stand unter dem Motto: „Nein zu Ausbeutung; Nein zu Ungleichheit; Nein zu Verarmung!“ Deswegen: Wir gehören zusammen! Wir haben *einen* Gegner: das allein herrschende internationale Finanzkapital!

Im Megaprojekt „Stuttgart 21“ erfolgt diese Woche eine Zuspitzung: Der Schlossgarten soll geräumt werden, um die uralten Bäume zu fällen. Den Einsatz einer Wasserpistole gegen einen Bagger, bei dem kein Mensch getroffen wurde, bezeichnet die Polizei als „schwere Körperverletzung“. Schon wird von „Radikalisierung“ und „Hassbürgern“ gesprochen. So soll wohl der nächste „robuste Einsatz“ vorbereitet werden! Nicht nur, dass der „grüne“ Ministerpräsident Kretschmann „S21“ durchpeitschen lässt: Jetzt fordert er im Stil der bayerischen CSU-Ministerpräsidenten die Abschaffung des Länderfinanzausgleichs, ganz im Interesse der großen baden-württembergischen Monopole Daimler und Bosch.

Derweil geht der weltweite Kampf gegen Atomkraftwerke weiter. In den zerstörten Reaktoren in Fukushima kam es wieder zu bedrohlichem Temperaturanstieg. Die Katastrophe *war* nicht vor elf Monaten – sie hat vor elf Monaten *begonnen!* Sarkozy will nun die AKW-Laufzeit in Frankreich auf 60 Jahre anheben, und in den USA werden neue AKWs gebaut – die ersten seit 35 Jahren, als es in Harrisburg zur Kernschmelze gekommen war. Friedensnobelpreisträger Obama will dafür Milliarden locker machen. Sie gehen über Leichen für ihren Profit! Unterstützen wir die weltweite Kampagne von ICOR und ILPS: Abschalten sofort, weltweit, für alle Zeit!

Wolfgang Lange (MLPD)

Ich habe es noch mal gelesen mit Griechenland und bestätige, wie recht Herr Lange hat. Es ist zu erkennen, dass es dort nur in Richtung Privatbesitz-Wirtschaft kommen soll – wie in Russland, wo ganz radikal das Meiste am Volk vorbeigeht und nur wenige alles entscheiden. Das wird für Griechenland kein Fortschritt sein, wenn man das Allgemeingut abschafft. Die Regierenden werden ständig belagert, weil sie tatsächlich die Täter sind. Papandreou, der die Defizit-Zahlen für 2009 gefälscht haben soll, ist doch gar nicht weg, und tote Beamte, die immer noch Ruhegelder beziehen, soll es nur in Griechenland geben. Ja, sie haben Vettern-

wirtschaft zugelassen und sind dafür von hier aus noch belohnt worden! Das gibt es hier auch, aber noch viel teurer, nämlich nicht für 450 Millionen, sondern für 100 Milliarden Euro. Diese Beamten haben nichts mit Sozialismus zu tun, es sind Diener der Unterdrückung und Ausbeutung, die hier noch größer ist. Die Vertretung von kleinen Arbeitern ist hier so abgeschmolzen, dass es Zeit ist, richtigen politischen Widerstand zu machen!

Zuschrift von Günni, dem „Mann mit dem großen Hut“

„Freiheit im Internet“: 2.500 Menschen demonstrieren in Bremen gegen das geplante Acta-Abkommen *(„Weser-Kurier“)*

Wulff wirbt für Film-Financier: Groenewold schaltet für 20.000 Euro Anzeigen in CDU-Mitgliederheftchen *(NDR)*

Parteiklüngel: Hintze zitiert aus Aktenvermerken, die Landtag und Staatsanwaltschaft vorenthalten wurden *(„Hannover-Zeitung“)*

Schrecken ohne Ende: Je länger die Justiz nur prüft und nicht auch ermittelt, wächst die Verdunkelungsgefahr *(„Die Zeit“)*

Nicht einen Monat zu früh: Staatsanwaltschaft beantragt Aufhebung von Wulffs Immunität wegen möglicher Vorteilsannahme *(„Spiegel-Online“)*

Niemand hat versucht, uns von Wulff zu erlösen: Alle haben dazu beigetragen, dass nicht mehr klar ist, was Recht ist *(„Frankfurter Rundschau“)*

Verstoß gegen Informationspflicht: Finanzaufsicht prüft, ob Wulff bei Porsches Übernahmeversuch gegen das Gesetz verstoßen hat *(„Spiegel-Online“)*

Wulff zurückgetreten: Merkel braucht mal wieder einen neuen Bundespräsidenten – wir auch? *(„Spiegel-Online“)*

„Er ist jung und brauchte das Geld“: Ehrensold-Auszahlung an Wulff würde „dem Gesetz Gewalt antun“ *(„Spiegel-Online“)*

Deutsche hassen Korruption: Seit die Armut steigt, wirkt es wie Hohn, wenn Privilegierte ihre Privilegien ausnutzen *(„Tageszeitung“)*

Gauck for President: Wird Sozialkahlschlag in Deutschland künftig theologisch beweihräuchert? *(„Spiegel-Online“)*

„Sarrazin hat Mut bewiesen“: „Wichtig ist die Notwendigkeit der Rente mit 67“ *(„Tagesspiegel“)*

Das Amt mit „neuer Würde“ erfüllen: Wende-Pfaff nimmt seine First Mistress mit ins Schloss Bellevue

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

364. Bremer Montagsdemo am 20. 02. 2012

Vor zehn Jahren wurde von der damaligen rot-grünen Regierung Schröder die sogenannte Hartz-Kommission eingesetzt. Diese entwickelte die entscheidenden Grundlagen für den bis dahin schärfsten Angriff auf die Errungenschaften des Sozialstaats und dessen massiven Abbau durch die Hartz-Gesetze. Wir meinen: **Zehn Jahre sind genug! Hartz IV muss weg!** Wir rufen auf zur **Protestkundgebung** und zum **Aktionstag** vor der Bremischen **Bürgerschaft** am **Aschermittwoch**, dem **22. Februar 2012**, ab **14 Uhr**.

Die **Sitzung der Deputation für Soziales, Kinder und Jugend** war geplant für Donnerstag, den 16. Februar 2012, ist allerdings ausgefallen. Auf der Website der Senatorin für Soziales stand weder der Tagungsort noch die Tagesordnung. Ein Rückschritt! Aufgrund der Parlamentssitzungen tagt die Deputation für Soziales nun am **Freitag**, dem **24. Februar 2012**, ab **15 Uhr** im **Sitzungsraum II** des Hauses der **Bürgerschaft**. Freitag ist ein sehr unbeliebter Wochentag für Sitzungen. Mal sehen, wer alles fehlt!

Folgende **Tagesordnung** ist vorgesehen: 1. Protokoll über die Sitzung am 19. Januar 2012, 2. Bericht über die Entwicklung der Sozialleistungen 2011, 3. Controllingbericht Januar bis Dezember 2011 für den Produktplan Jugend und Soziales, 4. Ausbau der Kindertagesbetreuung, Konzept und finanzieller Bedarf für die Stadtgemeinde Bremen, 5. Hortbetreuung im Rahmen des Programms „Ganztägig Lernen“, 6. Wahl von zwei Mitgliedern für den Vorstand der „Daniel-Schnakenberg-Stiftung“, 7. Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes in der Stadtgemeinde Bremen, 8. Mündlicher Bericht zum Fusionsprozess Senatorische Behörde und Amt für Soziale Dienste.

Zehn Jahre sind genug! Hartz IV muss weg!

Am **Aschermittwoch** jährt sich ein Verbrechen: Vor zehn Jahren wurde der Entschluss zur Umsetzung der Lissabonner Strategie gefällt. Ab **13 Uhr** vor der **Bürgerschaft** geht es den Betriebsräten des öffentlichen Dienstes darum, den

fortgesetzten **Personalabbau** anzuprangern und zu verhindern. Der Erfolg im Vorfeld ist nicht zu verachten: Der Senat plant bereits 200 Stellenstreichungen weniger! Die Haushaltsansätze wurden aber nicht geändert. Das Geld soll anders eingespart werden. Polizei, Feuerwehr, Krankenhaus und Stadtamt sind nur einige der unterbesetzten Dienstleister! Ab **14 Uhr** geht es dann um den zehnjährigen Jahrestag von **Hartz IV**.

Natürlich sind aber alle aufgerufen, bereits ab 13 Uhr teilzunehmen, weil eine Trennung überhaupt nicht sachgerecht ist. Mitzubringen ist alles, was Krach macht! Die Hartz-Gesetze betreffen alle Arbeitnehmer(innen). Der Arbeitsplatzverlust durch Verdichtung der Arbeitsleistung ist ein Aspekt davon. Noch nie wurden Errungenschaften der Arbeitnehmer(innen) so schnell und nachhaltig beseitigt. Noch nie wurden Lohnsenkungen und Kürzung von Zusatzleistungen so geräuschlos und nachhaltig vollzogen. Noch nie war die Lohnabwärtsentwicklung so rasant! Sie ist durch Tarifverträge nicht zu stoppen, weil Tarifbindung inzwischen fast ein Fremdwort geworden ist.

Die Bürgerschaft berät am Mittwoch über den Mindestlohn in Bremen. 8,50 Euro brutto sind aber nicht „armutsfest“, nur ein Einstieg. Auch zehn Euro brutto liegen nur knapp über der Grundsicherungsleistung und sind ebenfalls nicht „armutsfest“. Bereits die Diskussion im Vorfeld hat aufgezeigt, dass viele Arbeitnehmerinnen für weniger als 8,50 Euro brutto pro Stunde arbeiten. Daher ist der Mindestlohn unverzichtbar! Die Abgeordneten können den Senat auch zu einem entsprechenden Antrag im Bundesrat verpflichten. Schon die Grundsicherungsleistung ist Armut per Gesetz. Nur ein Einkommen deutlich darüber befreit von den Sorgen eines Lebens an der Existenzgrenze. Weg mit den Hartz Gesetzen! Nur durch ein auskömmliches Einkommen und Lebensumstände mit Perspektive ist das Militär uninteressant!

2. Zum zehnten Jahrestag auch etwas über Geldverschwendung durch die Umsetzung von Hartz IV: Die Argen (in Bremen Bagis, jetzt Jobcenter) wurden geprüft. Der Prüfbericht wurde dem Bundestag im November 2011 vorgelegt, er heißt „Dritter Bericht über die Prüftätigkeit im Rahmen der Ausübung der Fachaufsicht über die Bundesagentur durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales im Rechtskreis SGB II von Mai 2009 bis Dezember 2010“. Harald Thomé hat diese Information als „sehr interessant“ kommentiert. Auf der zweiten Seite der Zusammenfassung steht zum Prüfbericht 2009: „Die Bundesagentur musste rund 415.000 Euro überhöht abgerechnete Personalkosten sowie 81.700 Euro überzahlte Versorgungszuschläge für Vorsitzende der Geschäftsführungen der Bundesagentur an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales erstatten.“

Der Bundesrechnungshof hatte die Vergütung der Geschäftsführer als unangemessen und überhöht beanstandet. Die Bundesagentur für Arbeit hat diese Luxusgehälter ausgezahlt und wurde hier zur Erstattung verpflichtet. Das war aber nur die Spitze vom Eisberg. „Spiegel Online“ berichtete im Juni 2010: „Die Bundesagentur für Arbeit ist ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten. Der Verdacht: Untreue. Gleich hundertfach sollen Posten ohne Ausschreibung besetzt worden sein – die Gehälter waren angeblich deutlich überhöht.“ Mit der anstehenden Änderung des SGB III werden diese Vergütungen legalisiert. Ein Unrechtsbewusstsein hat die Bundesagentur für Arbeit nicht entwickelt. Auch die Geschäftsführer der Jobcenter haben jetzt wesentlich höhere Einkünfte.

Im Prüfbericht steht auf Seite 2 unten zur Nachprüfung der Widerspruchsbearbeitung: „Im September 2007 betrug die Zahl der unerledigten **Widersprüche** mit einer Bearbeitungsdauer von über drei Monaten fast 170.000. Damit waren fast 60 Prozent aller unerledigten Widersprüche älter als drei Monate. Aus diesem Grund wurde die Widerspruchsbearbeitung Ende 2007, Anfang 2008 erstmals geprüft. Im Juni 2009 gab es bundesweit noch 110.137 unerledigte Widersprüche älter als drei Monate, die Anlass für eine Wiederholungsprüfung im August 2009 waren. Das von der Zentrale der Bundesagentur gesetzte Ziel, Widersprüche im Regelfall innerhalb von drei Monaten, die übrigen Widersprüche innerhalb von sechs Monaten abschließend zu erledigen, wurde von keiner der geprüften Arbeitsagenturen erreicht.“

Diese Prüfung war bestimmt gut gemeint. Sie erbrachte eine Bestätigung der Langsamkeit. Die Bundesagentur für Arbeit hat reagiert, und zwar wie? Sie ordnet die bessere Umsetzung ihrer im Prüfbericht erwähnten Anweisung an, nämlich die Begrenzung der Stattgabe auf 30 Prozent aller neu eingehenden Widersprüche an! Siehe 328. Bremer Montagsdemo, Punkt 2 meines Beitrages: „Die vielen Klagen zum Rechtskreis des SGB II haben ihre Ursache auch in dieser Anweisung der Bundesagentur für Arbeit zur „Gewährleistung der Rechtmäßigkeit der Leistungsgewährung“: „Die Qualität der Aufgabenerledigung in der Sachbearbeitung und in den Widerspruchsstellen ist weiterhin unzureichend. Der gesetzmäßige Zustand bei der Dauer von Widerspruchsverfahren ist bis zum 30. Juni 2009 herzustellen. *Der vermeidbare Anteil an Stattgaben von Widersprüchen ist ab 2009 auf 30 Prozent bei neu eingehenden Widersprüchen zu reduzieren.* Es sind Aktivitäten hinsichtlich der Widersprüche und Klagen in Bezug auf kommunale Aufgaben notwendig. Die Regionaldirektionen berichten im Rahmen der Fachdialoge 2009.“

70 Prozent aller Widersprüche abzulehnen, beschleunigt die Bearbeitungszeit! Die Sozialgerichte müssen dies ausbaden. Die Prozessvertreter der Jobcenter sind jetzt überlastet. Zur Unterstützung werden Anwaltskanzleien mit der Prozessvertretung beauftragt. So geht Geldverschwendung! Auch die anderen Prüfergebnisse sind sehr interessant. Die dadurch aufgedeckte Geldverschwendung der Sachbearbeiter insbesondere rund um die Arbeitsgelegenheiten lässt sich nur

erahnen! Auf Seite 5 wird auf die Zielvereinbarungen und die Entwicklung eingegangen. Per Zielvereinbarung werden unter anderem die Einsparungen der Jobcenter festgelegt – Einsparungen, die nur durch Minderausgaben bei den gesetzlichen Leistungen zu erreichen sind? Wer sich über seine nicht hilfreiche Eingliederungsvereinbarung wundert, wird hier ebenfalls fündig. Nicht eine dieser Vereinbarungen erfüllte alle Kriterien!

3. Hartz IV macht krank! Das wird von vielen behauptet und auch so erlebt. Ist das gewollt? Die Arbeitsvermittlung durch Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter sei leistungsfähig und habe eine hohe Vermittlungsquote, so wird es immer verbreitet. Doch im Jahr 2011 war die Quote der „Vermittlung in Krankheit“ bei den Langzeitarbeitslosen mit Abstand am höchsten: Hierauf entfielen 35 Prozent aller Abgänge. Auch von den Kurzzeitarbeitslosen wurden 21,4 Prozent in die Krankheit „abgegeben“. Dies ist der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Linkspartei zu entnehmen.

Von der damaligen Bagis erfuhren wir, es gebe keine „Handlungsanweisungen für den Umgang mit Kunden“. Harald Thomé hat jetzt ein Handbuch „Neukundenprozess“ aus dem Jahr 2010 veröffentlicht. Damit ist diese Aussage der Bagis (jetzt Jobcenter) widerlegt. Er schreibt dazu: „Im Bundesagentur-Deutsch heißt das ‚qualifizierte Antragsausgabe‘, die nur das Ziel hat, mit ‚deutscher Gründlichkeit‘ eine hohe Hartz IV-Vermeidungsquote zu erreichen, also möglichst viele im Vorfeld von der **Antragstellung** abschrecken. Wer dieses Drehbuch liest, wird das

eine oder andere selbst Erlebte oder in der Beratung beziehungsweise Kanzlei Berichtete besser verstehen.“

Der erste Satz des Gesprächsleitfadens auf Seite 57 dieses Handbuches der Entrechtung liest sich gut: „Die qualifizierte Antragsausgabe darf keinesfalls dazu dienen, dem Kunden eine Antragstellung , auszureden‘ oder bei – auch berechtigten – Zweifeln an der Bedürftigkeit die Ausgabe der Antragsunterlagen zu verweigern.“ Der zweite Satz baut bereits Hindernisse auf. Das Wort „nur“ zeigt die Bürde der Leistungsgewährung: „Leistungen der Grundsicherung (ALG II) werden *nur* bei vorliegender Hilfebedürftigkeit erbracht. *Nur* wenn der Lebensunterhalt...“ Ja, so ist es mit dem Jobcenter, aber Bangemachen gilt nicht!

Vorbereitung ist das halbe Leben. Wer erwerbslos ist und Arbeitslosengeld I erhält, sollte sich rechtzeitig über die Tücken des ALG II informieren und entsprechend vorbereiten. Zum Beispiel wird eine Lebensversicherung nur dann als Altersvorsorge akzeptiert, wenn eine vorzeitige Auszahlung und auch Beleihung ausgeschlossen ist. Wer selbständig ist, muss berücksichtigen, dass einige Abweichungen zum Steuerrecht bestehen. Wer Probleme sieht, sollte sich Unterstützung mitnehmen. Wie dies alles geht? Wir gehen mit! Wer ein geringes Einkommen hat, kann aufstockendes ALG II beantragen, sogar wenn das Einkommen etwas höher ist als die bisherige ALG-II-Zahlung. Ursache sind die Freibeträge, siehe 361. Bremer Montagsdemo.

Der vorstehende Leitfaden geht von anzurechnendem Einkommen aus. Ein Hinweis auf die Freibeträge steht hier nicht, siehe Erläuterung zu Punkt 4 in der Anlage „Gesprächsleitfaden“, wo es heißt: „Einkommen sind Einnahmen in Geld und Geldeswert, die laufend (zum Beispiel Arbeitsentgelt, Rente) oder auch einmalig (zum Beispiel Steuererstattung, Zinsen) zufließen. Einkommensnachweise bilden die Grundlage der Prüfung der Hilfebedürftigkeit, anzurechnendes Einkommen mindert den Anspruch. Die Prüfung, welche Einkommensarten gegebenenfalls anrechnungsfrei sind, obliegt dem zuständigen Träger. Hierbei kann die Prüfung nur anhand der eingereichten Unterlagen und Nachweise erfolgen. Sofern Absetzungsbeträge oder Werbungskosten geltend gemacht werden, sind diese Ausgaben nachzuweisen.“ Einfach mal nachlesen und sacken lassen!

Die nicht betroffene Öffentlichkeit erhält ein falsches Bild über die Situation der Erwerbslosen, siehe 285. Bremer Montagsdemo. Einfach mal reinlesen, dann werden Sie verstehen, warum wir nicht ans Aufhören denken! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“) – Kundgebungsfotos: Frank Kleinschmidt

Der **Anti-Acta-Protest** in Bremen geht am **Samstag**, dem **25. Februar 2012**, in die zweite Runde: mit einer **Demonstration** ab **15 Uhr** am **Marktplatz**. Die Freiheit des Internet steht auf dem Spiel! Die Provider dürfen nicht zu Schnüffelei und Zugangssperre verpflichtet werden!

Selbstverliebt und ahnungslos: Der neue Bundesgauckler kann uns die heutige Welt nicht mit den Kategorien des Kalten Krieges erklären *(„Tageszeitung“)*

Gauck – vom Regen in die Sintflut

1. Immer mehr Rentner kehren aus dem Ruhestand zurück und suchen sich eine neue Arbeit. So arbeitet der 73-jährige Klaus Beckert an drei Tagen in seinem alten Beruf als gelernter Werkzeugbauer und Maschinenschlosser. Dabei gehe es dem Ruheständler nicht ums Geld, sondern darum, eine Beschäftigung zu haben, die ihm auch nach 40 Jahren noch Freude bereitete. Nach einer wahrscheinlich nicht repräsentativen Umfrage der „Familienunternehmer und jungen Unternehmer“ beschäftigen fast 40 Prozent der befragten Betriebe Mitarbeiter, die älter als 40 Jahre alt sind; der Mittelstand sei „Vorreiter“ bei der Beschäftigung Älterer. Nach einer abenteuerlichen Theorie drohe wegen einer „Überalterung“ der Gesellschaft ein „Fachkräftemangel“, der nun die Wirtschaft zum Umdenken zwinge, denn bei vielen Großunternehmen seien infolge früherer Frühverrentungsprogramme heute keine älteren Mitarbeiter mehr zu finden.

Aber niemand kommt auf die Idee, die vorhandenen älteren arbeitslosen und kompetenten Facharbeiter einzustellen – denen wird lieber pauschal „Bildungsferne“ attestiert. Während jedes zweite Unternehmen hierzulande überhaupt keine Arbeitnehmer beschäftigen würde, die älter als 50 sind, liege in fast zwei Dritteln der befragten Familienbetriebe der Anteil der Beschäftigten im Alter von 55 bis 65 Jahren bei über fünf Prozent der Gesamtbelegschaft. Bei 13 Prozent der Unternehmen stellten die Mitarbeiter dieser Altersgruppe sogar 20 Prozent der gesamten Belegschaft. Nach dieser Logik liegt der Schluss nahe, dass angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland länger gearbeitet werden müsse. Die **Rente** mit 67 sei zwar ein „richtiger Schritt“, doch wären „flexiblere Regelungen“ langfristig sinnvoller als eine starre Altersgrenze.

Tja, *müssen* die Rentner arbeiten, oder *wollen* sie das nur? Was für eine Frage, wo es doch ausreichend gut bezahlte Arbeit für alle gibt und infolgedessen eine ebenso üppige Rente, von der locker alle Lebenshaltungskosten und darüber hinaus noch Luxusgüter angeschafft werden können! Bei diesem Loblied auf die Familienbetriebe: Sind das nicht Unternehmen, die nur sehr bescheidene Löhne zahlen? Will uns die „Welt“ beweisen, dass auch „Alte“ noch gebraucht werden,

um sich nicht mit der immer mehr anwachsenden Altersarmut befassen zu müssen? Soll in Zukunft jede(r) das Gefühl haben, bis zur Bahre malochen zu müssen, um gesellschaftliche Akzeptanz zu finden? Zählen neuerdings Mitarbeiter, die älter als 40 Jahre alt sind, bereits zu den Rentnern?

Wer mit seiner Rente genug zum Leben bekommt, kann sich ja auch außerhalb der Erwerbstätigkeit gesellschaftliche Anerkennung durch ehrenamtliche Arbeit oder Betreuung der Enkelkinder holen, wenn jemand tatsächlich nur aus Freude an der Arbeit tätig werden möchte. Aber in den kalten Zeiten der Verfolgungsbetreuung durch die menschenverachtenden Hartz-Gesetze so zu tun, als wäre Erwerbsarbeit, von der es sich befriedigend und auskömmlich leben ließe, in Hülle und Fülle für alle vorhanden, die arbeiten möchten, ist nichts weiter als absolute irreführende Manipulation!

2. Viele Griechen sind nicht gut auf Deutschland zu sprechen. Sie werfen Berlin vor, ihr Land durch harte Sparauflagen kaputtzumachen und haben meiner Meinung nach absolut Recht damit. Finanzminister Schäuble mimt zwar den Verständnisvollen, doch habe Griechenland lange „über seine Verhältnisse“ gelebt. Selbstredend hält er das neue griechische Sparpaket für „alternativlos“ und prangert an, dass der Mindestlohn bislang über dem Durchschnitt der Euro-Staaten gelegen habe. Jetzt gehe es darum, die griechische Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig zu machen.

So wie Schäuble sich hier auf die Kürzungsorgie einschießt, kann ich mir lebhaft vorstellen, dass er auch in Deutschland denselben **Sparkurs** fordern wird. Wenn er allen Ernstes einen angeblich zu hohen Mindestlohn in Griechenland für das Fiasko mitverantwortlich macht, soll dies vermutlich als weiteres Argument gegen die Einführung eines deutschen Mindestlohnes dienen. Wo kämen wir denn da hin mit unseren Forderungen, dass mensch selbstredend den eigenen Lebensunterhalt auskömmlich von der Arbeit bestreiten können muss, ohne sich gleichzeitig zusätzlich wie ein Sklave den Flop-, Mob- oder (No-)Job-Centern unterwerfen zu müssen und sich von ihnen demütigend und entmündigend behandeln zu lassen.

Ich würde mich als Griechin auch gegen unglaubliche Einschnitte in die Masseneinkommen bei wachsender Steuerbelastung, steigenden Preisen und dramatisch zunehmender Arbeitslosigkeit zur Wehr setzen. Warum soll es den Menschen weiter immer nur schlechter gehen, obwohl gerade die Bezieher geringer Einkommen und die Rentner überhaupt nicht zur Verantwortung zu ziehen sind! Die Drosselung der Masseneinkommen kann sich wohl nur in einem „Minuswachstum“ niederschlagen, wie es sich seit Beginn der Krise auf volle 16 Prozent summierte. Deswegen sind die neuen Sparbeschlüsse die sture Fortschreibung einer „tödlichen Therapie“, die den Abschwung noch weiter beschleunigen wird.

Nun will Wolfgang Schäuble sich dafür einsetzen, dass Deutschland schon 2014 ohne neue Schulden auskommt. Dafür soll der Bund nur noch rund acht Milliarden Euro neue Schulden machen. Für 2013 strebt der Finanzminister ei-

ne Nettokreditaufnahme von rund 15 Milliarden Euro an. Um dieses Ziel zu erreichen, will er den Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds der Krankenkassen um zwei Milliarden Euro kürzen, den Zuschuss des Bundes zur Rentenversicherung in der gleichen Größenordnung kappen und bei der Arbeitslosenversicherung Einsparungen im Umfang von einigen hundert Millionen Euro vornehmen. Auch das Elterngeld soll gedeckelt werden.

Auf Neusprech bedeutet „Neuverschuldung im Eiltempo kappen“ doch nichts anderes als „im Eilschritt weiter die Reste des Sozialstaates abbauen“, auf dass mit vollen Händen und noch großzügiger von unten nach oben verteilt wird! Dabei dachte ich eigentlich, dass ein Bundesminister zum Wohle des deutschen Volkes handelt und für Gerechtigkeit gegenüber jedermann steht, worauf er doch einen Eid geleistet hat. Warum holt er die zehn Milliarden nicht bei den Finanzunternehmen, die den Staatshaushalt in den letzten Jahren über 500 Milliarden Euro gekostet haben? Das ist der gleiche Murks wie schon in Griechenland!

3. Am Sonntagabend wurde nun leider Joachim Gauck als Kandidat für den zurzeit vakanten Posten des **Bundespräsidenten** ins Rampenlicht befördert, zuletzt stimmte sogar die Kanzlerin zu. 54 Prozent der Bundesbürger sollen nach einer Umfrage damit einverstanden sein, dass er Wulffs Nachfolger wird. Ich kann und will aber nicht vergessen, dass Gauck die Bürgerinnen und Bürger, die gegen das Menschenverelendungsgesetzeswerk Hartz IV demonstrierten, als „töricht und geschichtsvergessen“ bezeichnete, weil sie schlicht den Begriff der Montagsdemonstrationen wiederaufleben ließen. Kann so jemand sich in das Schicksal derjenigen einfühlen, die keinen Arbeitsplatz abbekommen haben und deswegen gesellschaftlich ausgeschlossen sind, herumgestoßen und gedemütigt werden?

Diese Frage stelle ich bewusst, weil Gauck die Sozialstaatsverpflichtung der Bundesrepublik gegenüber den Hilfsbedürftigen mit den Worten kritisierte, dass er diese „Reduzierung des Lebensglücks auf Wohlfahrt und Wohlstand“ nicht für „kindlich“ halte, sondern für „kindisch“. Gauck belegte die humanen Grundmotive der menschenwürdigen Existenzsicherung für alle Menschen in der Bundesrepublik mit dem Verdacht, dass wir uns alle „nicht gerne die Frage stellen, ob Solidarität und Fürsorglichkeit nicht auch dazu beitragen, uns erschlaffen zu lassen“. Kennt Gauck unser Grundgesetz gar nicht, oder will er es nicht angewendet wissen? Außerdem feierte er die Zerstörung unseres Sozialstaats durch Gerhard Schröder, der einst die Frage aufwarf, wie viel Fürsorge sich das Land noch „leisten“ könne. Solche „mutigen Versuche“ bräuchten wir heute immer wieder.

Das hört sich in der Tat kaum nach einer mutigen Handlung an, sondern nach Brutalität gegenüber den finanziell Schwächsten hier im Land! Solche Zitate klingen so, als wolle er in Wirklichkeit die Misere und die Spaltung in der Bundesrepublik vertiefen, statt sich für die Ärmsten der Armen in unserem Land einzusetzen. Aber wenn ich mir ansehe, wie sozial die *Spezialdemokraten* sind oder wie christlich die „Christdemokraten“, dann kriecht mir ein kalter Schauer den Rücken hinunter! Joachim Gauck passt gut zu diesen Politikern, aber kann er so ein wür-

diger Vertreter des gesamten deutschen Volkes werden? Ist er nun der „Kandidat der Herzen“ oder eher ein Theologe der Herzlosigkeit? Ich kann mich von ihm nicht vertreten fühlen! In einer Hinsicht übertrifft Gauck Wulff, weil er aus Sicht der Bundesregierung bereits vor der Abstimmung nur zweite Wahl ist.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Mit dem Rettungswagen in die Klinik: Ehrensold für Wulff wird an Bedingungen geknüpft *(„Bild“-Zeitung)*

„Europäer sollen länger arbeiten“

Das fordert die EU in ihrem Strategiepapier vom 16. Februar 2012. Sie will das Renteneintrittsalter künftig an die steigende Lebenserwartung koppeln, „um Europas Sozialsysteme vor dem Kollaps zu bewahren“, so EU-Sozialkommissar Andor. Das „Max-Planck-Institut“ liefert bereits entsprechende Zahlen: Im Jahr 2050 dürfen die Bundesbürger erst mit 72 in Rente gehen („Weser-Kurier“ vom 17. Februar 2012). Ja, wir werden älter, und das ist gut so! Aber Tatsache ist, dass man bei der heutigen Arbeitshetze in den Betrieben und Büros in aller Regel nicht bis 67 arbeiten kann.

Heute haben nur 8,3 Prozent der Männer und 3,4 Prozent der Frauen mit 64 Jahren eine sozialversicherungspflichtige Arbeit. Aus der ganzen Altersgruppe von 60 bis 64 Jahren waren im März 2011 gerade noch 26,4 Prozent sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Bereits bei der Altersgrenze von 65 musste 2011 jede(r) Zweite durch den Zwang zur Frührente massive Einbußen in Kauf nehmen. Wieso wird eigentlich das Renteneintrittsalter nicht an die steigende Produktivität gekoppelt? Wenn *uns* die geschaffen Werte zugute kämen, könnten wir nämlich viel früher in Rente gehen!

Die Zahl der Rentner und Kinder, die nicht erwerbstätig sind, steigt pro Jahr um 0,8 Prozent, während die Produktivität der Beschäftigten um das Zwei- bis Dreifache steigt: Heute braucht man zu derselben Produktion, die vor 20 Jahren 1.000 Industriearbeiter geleistet haben, nur noch 438. Das Niveau der gesetzlichen Rente wird ohnehin planmäßig abgesenkt, auf nur noch 40 Prozent des letzten Nettoverdienstes. Trotz sinkendem Lohnniveau steigen die Rücklagen der Rentenversicherungen – unter anderem, weil immer weniger Reha-Maßnahmen genehmigt werden. Man braucht 45 Arbeitsjahre bei mindestens zehn Euro Stundenlohn, um auch nur eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu bekommen!

Die Rente mit 67 ist ein gigantisches Rentenkürzungsprogramm. Bundeskanzlerin Angela Merkel verlangt, dass sie überall in Europa durchgesetzt wird. In Griechenland, Spanien, Portugal und Italien gibt es erbitterten Widerstand dagegen. Im gemeinsamen Kampf in Europa muss die Rente mit 67 zu Fall gebracht werden! Wir brauchen auf Kosten der Milliardengewinne des internationalen Finanzkapitals eine Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre für Männer, auf 55 Jahre für Frauen bei vollem Rentenausgleich, dazu die Festsetzung einer staatlichen Mindestrente unabhängig von der persönlichen Berufstätigkeit und weiterhin die Einbeziehung der alten, kranken und behinderten Menschen in das gesellschaftliche Leben sowie die volle Übernahme ihrer Pflegekosten!

Verlängert wurde übrigens das Bremer-Stadtmusikanten-Stück „**Alt, arm, arbeitslos**“ am **Bremer Theater**. Es macht Mut, sich gemeinsam zu wehren, und regt an, über gesellschaftliche Alternativen zu diskutieren. Premiere war am 15. Januar 2012. Die nächsten Aufführungen sind am **24. Februar**, **2.** und **10. März**, **12. April** sowie **4.** und **16. Mai 2012** (jeweils **19:30 Uhr**). Regisseur ist Volker Lösch, zusammen mit Schauspieler Walter Sittler Erfinder des „Schwabenstreichs“ als Protestform gegen „Stuttgart 21“. Vergünstigten Eintritt zum Preis von drei Euro gibt es für Arbeitslose mit der „Grünen Karte“, dem „Kulturticket“ des Jobcenters. Die Eintrittskarte berechtigt drei Stunden vor und nach der Aufführung zur Nutzung von Bus und Straßenbahn.

Harald Braun

Die Volksabstimmung hat gar nichts bewirkt

Lieber Winfried Kretschmann, liebe Grüne in der Landesregierung, wir haben oft mit euch zusammen hier gestanden, mit euch gegen „Stuttgart 21“ gekämpft, auf dem Schlossplatz, vor dem Bahnhof, am Nordflügel, im Schlosspark, und immer war uns allen unausgesprochen klar, dass es um mehr geht als um das Verhindern des sinnlosen Projekts „S21“. Es ging uns um eine verantwortungsvolle soziale, politische und ökonomische Gestaltung von Zukunft, um die Vision einer anderen Politikausübung, um eine andere Sicht auf Gesellschaft, die sich nicht ausschließlich an Materiellem orientiert.

Wir wollten gemeinsam die Strukturen unserer repräsentativen Demokratie verändern, und es ging uns konkret um das zukünftige Gesicht Stuttgarts, um einen neuen, fairen und intelligenten Politikstil, und als wir – die Widerstandsbewegung gegen „S21“, die kritisch-aktive Bürgerschaft dieser Stadt und dieses Landes – euch mit an die Macht gebracht haben, schien vielen unter uns ein wichtiger Schritt in eine veränderte Republik getan.

Wir müssen nun erkennen, dass wir uns getäuscht haben. Seit Mittwochmorgen werden hinter Absperrzäunen mit Sichtschutz Stuttgarts alte Bäume gefällt. Die Verantwortlichen für dieses unnötige Zerstörungswerk sind immer wieder benannt worden. Dass Sie, Winfried Kretschmann, nun in einer Reihe mit Mappus, Grube, Ramsauer und anderen Technokraten gestellt werden, das ist folgerichtig und konsequent, und das haben Sie sich auch selber zuzuschreiben!

Wir Stuttgarter(innen) müssen nun hinnehmen, dass der Schlosspark mit seinem über hundert Jahre altem Baumbestand mit der Billigung und Förderung einer grün geführten Landesregierung abgeholzt wird. Wir müssen hinnehmen, dass diese sinnlose Aktion, diese abermalig reine Machtdemonstration, von einem grünen Ministerpräsidenten nicht verhindert worden ist. Wir müssen hinnehmen, dass Sie, Herr Kretschmann, das Argumentieren, das Kritisieren und das Kämpfen, dass Sie, was „S21“ betrifft, Ihre politische Arbeit eingestellt haben.

Was für eine Riesenenttäuschung, was für ein Desaster für uns, für Stuttgart, für die politische Kultur dieses Landes und am meisten für euch, liebe Grüne in der Landesregierung! Ihr habt in den letzten Wochen mehrmalig bewiesen, dass ihr nicht dazu in der Lage seid, die Verantwortung zu tragen, die ihr nun als Regierende habt, und weit schlimmer: Ihr habt mit eurem Nichtverhalten, mit eurer Un-

tätigkeit, mit eurer Ignoranz wichtigen Argumenten gegenüber ausgerechnet als Grüne ein Paradebeispiel dafür geschaffen, dass Parteienpolitik immer wirkungsloser wird, dass die Krise der parlamentarischen Demokratie auch eure, die Krise der Grünen ist.

Um nicht missverstanden zu werden: Es geht mir nicht um ein allgemeines Grünen-Bashing, um ein billiges Affektabladen „bei denen da oben“. Mir geht es auch nicht um eine pauschale Diskreditierung einzelner Personen. Mir geht es um die präzise Aufarbeitung dessen, was war, um das genaue Beschreiben dessen, was ist, und um das Skizzieren dessen, was sein sollte. Die SPD muss man nicht mehr kritisieren. Ihre Haltung zu „S21“ ist indiskutabel, und auch über die zerstörerische Rolle der Bahn ist alles gesagt worden.

Lieber Winfried Kretschmann, wir haben Ende des letzten Jahres einen offenen Brief an Sie verfasst, auf den Sie im Januar geantwortet haben. Aufgrund unseres zweiten Antwortbriefes haben Sie uns am vorletzten Donnerstag zu einem persönlichen Gespräch eingeladen. Ich selber war nicht dabei, weiß aber um genauen Verlauf der Debatte. Sie haben mit der Frage eröffnet, was man denn jetzt noch tun könne, nachdem durch die Volksabstimmung alles entschieden worden sei. Gebetsmühlenartig wiederholten Sie, der Bahnhof müsse gebaut werden. Wer das nicht akzeptiere, sei kein Demokrat, und wenn Sie als Ministerpräsident das nicht durchsetzen, verstoßen Sie gegen das Recht und Ihren Amtseid.

Dies ist auch exakt die Position, die man am häufigsten in der Öffentlichkeit hört: Wir haben die Volksabstimmung verloren, nun muss halt gebaut werden. Warum, Herr Ministerpräsident, stellen Sie das Ergebnis des Volksentscheids

nicht objektiv dar? Am 27. November fand einfach ein Gesetz keine Mehrheit, ein Gesetz, um die Kofinanzierung von „S21“ durch das Land zu beenden, nicht mehr und nicht weniger. Politisch kann man das als ein mehrheitliches Ja zu „S21“ deuten, doch das darf nicht, wie Sie es, Herr Kretschmann, derzeit tun, als ein juristisch bindendes Votum, „S21“ jetzt aktiv voranzutreiben, interpretiert werden. Genau das ist es nämlich nicht! Die sogenannte Volksabstimmung hat, da das Quorum verfehlt wurde, gar nichts bewirkt. Die rechtliche Situation derzeit ist die gleiche wie vor der Volksabstimmung, und das müsste von Ihnen kommuniziert werden! Aus dem Ergebnis der Volksabstimmung leitet sich keine juristische Verpflichtung ab, „Stuttgart 21“ zu bauen!

Lieber Winfried Kretschmann, hören Sie auf ,sich zum Ober- und Chefdemokraten zu stilisieren, hören Sie auf, mit diesem undifferenzierten, mantraartigen Herunterbeten des ewig gleichen Satzes, hören Sie auf, nur noch in Perikles-, Sokrates-, Arendt- und Brecht-Zitaten zu kommunizieren, hören Sie auf, die Volksabstimmung in dieser selbstgefälligen Weise zu überhöhen, und hören Sie auf, den Gezeichneten zu spielen, der gegen seine inneren Überzeugungen Volkes Wille umsetzen muss! Das ist Schmierenkomödiantik, unglaubwürdiges schlechtes Theater und hat mit kritischem Begleiten nichts, aber auch gar nichts zu tun!

Herr Ministerpräsident, wenn Sie die von Ihnen mitorganisierte sogenannte Volksabstimmung wirklich ernst nehmen würden, hätten Sie das Projekt längst gestoppt! Sie müssen nämlich gar keine Wunder bewirken. Sie sollen einfach die Interventionsmöglichkeiten, die sich aus den Widersprüchen und Fehlern des Projekts ergeben, nutzen, um es zu stoppen! Deswegen haben wir, hat ein Groß-

teil dieser Bürgerbewegung Sie gewählt! Ihre grün geführte Landesregierung hat aber die vielen Chancen, den Widerstand gegen „S21“ zu stärken, nicht genutzt und die Bevölkerung völlig unzureichend über das Zerstörungspotential von „S21“ informiert.

Sie informieren zum Beispiel bis heute nicht darüber, dass wenige Wochen vor der Volksabstimmung dokumentiert wurde: „Stuttgart 21“ bringt keine Erweiterung, sondern eine Reduktion der Bahnhofskapazität. Um dies zu verschleiern, wurde der Stresstest vom Juli 2011 systematisch manipuliert. Die Tatsache der Reduktion der Bahnhofskapazität war der Bevölkerung damals aber nicht bekannt! Warum macht das grün geführte Verkehrsministerium das nicht mit aller Kraft deutlich?

Wenn sich das Volk, wie Sie ja nicht müde werden zu behaupten, Herr Kretschmann, für den Bau von „Stuttgart 21“ entschieden hat, dann stellt sich doch die Frage: Worüber genau hat denn das Volk entschieden? Über die ursprüngliche Fassung von „Stuttgart 21“ oder nicht eher über das von Geißler als Ergebnis der „Schlichtung“ propagierte und von den Beteiligten akzeptierte „Stuttgart 21 plus“? Das „S21 plus“ übrigens, mit dem die CDU im Vorfeld der Volksabstimmung massiv geworben hat!

Die durch Baumfällungen geschaffenen vollendeten Tatsachen stellen einen eklatanten Verstoß gegen das auch von der Bahn ausdrücklich akzeptierte Schlichtungsergebnis „Stuttgart 21 plus“ dar! Sie, Herr Kretschmann, haben aber die Verantwortung dafür, dass alle Beteiligten das Schlichtungsergebnis ohne Wenn und Aber realisieren – das heißt, dass Sie die Baumfällungen hätten verhindern müssen! Dass Sie das nicht getan haben, ist ein schwerer Schlag gegen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger auf die Einhaltung gegebener Zusagen im Rechtsstaat. Es ist die Aufkündigung jeglicher Bürgerbeteiligung, da Sie, Winfried Kretschmann, damit zeigen, dass öffentlich verhandelte Kompromisse wirkungslos sind und nur so lange zitiert werden, bis sie den Parteien im Wege stehen!

Weiterhin haben Sie die Steilvorlage, dass in den Akten des Verkehrsministeriums gerichtsfeste Belege dafür gefunden wurden, dass bereits die Oettinger-Regierung wusste, dass die realen „S21“-Kosten auf 6,5 Milliarden Euro ansteigen dürften, und diese Erkenntnis bewusst verschwieg, nicht genutzt. Die Landesregierung, das Verkehrsministerium wurden nicht aktiv. Es gab keine Versuche, daraus auf der juristischen Ebene Kapital zu schlagen. Das Thema tauchte auch in der Info-Broschüre der Landesregierung schlicht nicht auf!

Liebe Grünen in der Landesregierung, wie könnt ihr Bäume fällen und ein Loch graben lassen mit dem Wissen, dass der Bahnvorstand erklärt hat, bei Überschreitung der 4,5-Milliarden-Grenze werde das Projekt beendet, und dem gleichzeitigen Wissen, dass die Kostengrenze hundertprozentig sicher überschritten wird? Das Projekt „S21“ wird jetzt schon absehbar irgendwann beendet, und ihr lasst zu, dass weite Teile der Stadt ab- und aufgerissen werden!

Lieber Herr Ministerpräsident, im Februar 2011 haben Sie persönlich als Mitglied des Landtags in einem Offenen Brief an Rüdiger Grube verlangt, keine neuen Fakten zu schaffen, bevor nicht alle relevanten Bauabschnitte planfestgestellt sein würden. Im Koalitionsvertrag vom Mai 2011 ist festgehalten, dass die Landesregierung darauf drängt, dass die Bahn „unmittelbar nach dem Stresstest“ alle Unterlagen für eine Planfeststellung auf den bisher nicht planfestgestellten Abschnitten einreicht. Die Folgen sind bekannt: Die Bahn reichte bis heute nichts ein. Eine Planfeststellung für zentrale Bauabschnitte wie auf den Fildern gibt es schon gar nicht. Dennoch unterstützten Sie, Herr Kretschmann, und Ihre Landesregierung die aktuelle Politik des Faktenschaffens durch die Bahn!

Wie wollen Sie mit einem nicht funktionierenden Grundwassermanagement Baufortschritte erzielen, ohne dass die Baugrube sofort mit Grundwasser vollläuft? Auch das wäre für Sie ein nachvollziehbares Argument gewesen, die völlig nutzlosen Baumfällungen zu verhindern! Wie wollen Sie sich denn an einem Projekt finanziell beteiligen, das in wesentlichen Teilen, in technischer wie auch in finanzieller Hinsicht, ungeklärt ist? Das bekommen Sie weder mit einem Wunder noch mit der Heiligen Maria hin!

Liebe grüne Landesregierung, nun ist ein Jahr vergangen, und die politische Kultur im Land hat leider nicht erkennbar an Qualität dazu gewonnen, und man fragt sich ernüchtert und etwas verschämt ob der eigenen Naivitiät: Wollt ausgerechnet ihr Grünen für den Untergang des Traums verantwortlich sein, dass Politik auch unabhängig von wirtschaftlichen Überlegungen stattfinden kann, dass Politik eine Kraft darstellen kann, die in Vertretung der Bürger eine Welt erschafft, in der wir alle zukünftig leben möchten?

Lieber Winfried Kretschmann, wir fordern Sie hiermit auf, gemäß dem geleisteten Amtseid, wonach „Schaden vom Volk zu wenden“ ist, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um das zerstörerische Werk der Deutschen Bahn AG zu stoppen! Wir erwarten von Ihnen, dass Sie Ihre Verantwortung als Ministerpräsident für das Wohl des Landes Baden-Württemberg in Bezug auf das Projekt „Stuttgart 21“ wahr- und ernst nehmen, die angesprochen Fragen und Problemkomplexe baldmöglichst klären und im Besonderen keine Bautätigkeiten zulassen, die nicht-rückholbare Tatsachen schaffen! Wenn Sie mit Ihrer Partei hinter die Ergebnisse der Schlichtung zurückgehen, dann machen Sie übrigens etwas Ähnliches wie „Steuerlügen“ oder andere gebrochene Wahlversprechen, und das werden Sie bei den nächsten Wahlen natürlich deutlich zu spüren bekommen!

Liebe Mitglieder der Grünen, ich weiß natürlich, dass es viele in eurer Partei gibt, die es derzeit innerlich zerreißt. Ich weiß dass der Kretschmann-Kurs vielen von euch missfällt und dass die Partei widersprüchlicher besetzt ist, als es sich nach außen darstellt. Aber es hilft nichts, man nimmt euch über Kretschmann derzeit als Ganzes wahr: als passive, angepasste, unkritische, müde, visionslose, machttaktisch agierende und handlungsunfähige Partei, und deshalb müsst ihr Grünen, die ihr nicht der Meinung seid, dass mit der Volksabstimmung „Stuttgart 21“ politisch nicht mehr zu stoppen sei, dann müssen diejenigen unter

euch, die sich nicht aus der Verantwortung stehlen möchten, jetzt handeln! Nehmt euch Herrn Kretschmann zur Brust, werdet endlich wach und eurer Verantwortung gerecht!

Der politische Widerstand gegen „S21“ muss fortgesetzt werden. Das gilt für uns, für die Widerstandsbewegung gegen „S21“, das gilt aber vor allem für diejenigen, die die politische Macht haben, für die Grünen als führende Regierungspartei, für den grünen Verkehrsminister und für den grünen Ministerpräsidenten. Winfried Kretschmann und führende Grüne sagen: „Stuttgart 21“ kann politisch nicht mehr gestoppt werden. Sie bieten als einzige Hoffnung an, auf die inneren „Mängel“ und „Planungsfehler“ von „S21“ zu setzen. Wir sagen: Das ist ein Fehler, wir müssen konkret weiterarbeiten, und für den Widerstand gegen „Stuttgart 21“ gibt es fünf Schwerpunkte, die vor allem von euch Grünen angegangen werden müssen.

Erstens: Das Ergebnis des Volksentscheids muss objektiv dargestellt werden. Zweitens: Die Fach- und Sachargumente gegen „S21“ müssen weiter offensiv vorgetragen und immer wieder neu konkretisiert werden, zum Beispiel bezüglich des Grundwassermanagements. Drittens: Es muss dagegen vorgegangen werden, dass „Stuttgart 21 plus“ entgegen der Schlichtungsvereinbarungen nicht stattfindet und dass die Kosten explodieren. Die Betreiber von „S21“ haben die Geschäftsgrundlage der Volksabstimmung verlassen. Sie haben betrogen, und das ist juristisch anfechtbar, und zwar mit beträchtlichen Erfolgsaussichten! Viertens: Es muss massiv und mit allen juristischen Mitteln gegen die Politik des Faktenschaffens vorgegangen werden. Für „S21“ als Gesamtprojekt gibt es kein Baurecht. Es spricht deshalb alles dagegen, so ein extrem teures und umstrittenes Bauprojekt zu beginnen. Noch sind nicht alle Bäume gefällt, es besteht also dringender Handlungsbedarf, und fünftens: Ein Kapazitätsabbau der Schieneninfrastruktur ist abzulehnen, gesetzeswidrig und daher juristisch anfechtbar!

Seit Mitte November 2011 sind die Vorwürfe gut dokumentiert. Es ist also beweisbar, dass der Stresstest systematisch manipuliert worden ist, auch mit ganz neuen Fakten. Dass „S21“ Kapazitätsabbau bedeutet, war der Bevölkerung, als sie am 27. November zur Volksabstimmung gerufen wurde, nicht bekannt. Es ist mit keinem Argument der Welt zu rechtfertigen, dass Kapazitäten abgebaut, dass dabei wertvolle Substanz zerstört und dass am Ende für den Rückbau und die Zerstörung der Stadt auch noch extrem viel Steuergeld bezahlt werden soll!

Liebe Grüne, das alles ist also unverzüglich zu tun, auch und erst recht in der Regierung. Kommt also in die Gänge, lasst euch von SPD nicht länger in Schockstarre halten, tretet euch selber in den Hintern und handelt endlich! Ihr habt von uns keinen Freibrief bekommen. Was Wahlen verändern können, habt ihr im März letzten Jahres selber erlebt, und das kann auch ganz schnell wieder in die andere Richtung gehen. Ihr habt jetzt die letzte Chance zu zeigen, dass ihr keine zahnlosen Tiger seid. Nutzt, verdammt noch mal, eure Möglichkeiten und fangt endlich an zu regieren!

Und noch eine Ansprache in eigener Sache. Lieber Winfried Hermann, ich habe dich im Sommer hier öffentlich vor der unmäßigen Kritik verteidigt, die nach der Amtsübernahme auf dich niedergeprasselt ist. Inzwischen hört man gar nichts mehr von dir. Du bist gänzlich abgetaucht, was „S21“ betrifft, nicht mehr vorhanden, und das ist sehr bedauerlich, denn wir brauchen deine Beharrlichkeit, deine Kritikfähigkeit und deine Kraft. Politik machen hat auch etwas mit Mut und Charakter zu tun, und davon hattest du mehr als manche andere, und auch für einen Verkehrsminister, der mit den Technokraten der SPD zusammenarbeiten muss, gilt, dass er Schaden vom Land abwenden muss, also nutz die Steilvorlagen, die aus dem Widerstand kommen! Ich bitte dich hiermit öffentlich, deine kritische, leidenschaftliche und berechtigte Arbeit gegen „S21“ wieder aufzunehmen!

Liebe Mitkämpfer und Mitkämpferinnen, wenn man bedenkt, dass Stuttgart eine mehrheitlich von der CDU bestimmte Stadt ist, so ist das Ergebnis der Volksabstimmung ein respektables Ergebnis. Wenn man die Fehler betrachtet, die es auch bei uns, den „S21“-Gegnern gab, und wenn man die tatsächlichen Ursachen des Erfolgs der „Proler“ analysiert – erfolgreiche Platzierung von Lügen, viel mehr Geld im Wahlkampf, der Schuster-Brief und so weiter –, dann wird deutlich: Wir hätten die Sache auch gewinnen können. Die Mehrheit in der Landeshauptstadt kann sich jederzeit wieder zu unseren Gunsten verändern. Daran müssen wir glauben und im Hinblick darauf weiterkämpfen!

Die Bahn und die Bundesregierung wissen, dass mit „S21“ gegen Recht und Gesetz verstoßen wird. Sie wissen auch, dass das Projekt bereits aus technischen und baurechtlichen Gründen zu scheitern droht. Sie arbeiten deshalb mit der immer gleichen Taktik des Faktenschaffens weiter, „S21“ so weit voranzutreiben, dass ein Abbruch des Projekts kaum noch realisierbar ist, um die politische Bewegung gegen „S21“ zu brechen und ihre weitere Ausstrahlung auf viele vergleichbare Bewegungen im Land zu beenden. Deswegen wird gerade in diesem Moment der Schlosspark weiter zerstört.

Liebe Freunde und Freundinnen, wir haben in dieser Woche unsere bisher größte Niederlage erlitten. Das frustriert enorm, macht traurig und zieht viel Energie ab, aber ich bin überzeugt davon, dass wir stark genug sind, aus diesem Schmerz neue Kraft zu gewinnen, unsere Wut produktiv zu machen! Natürlich geht es immer darum, das Gesamtprojekt „S21“ zu beenden, aber es gibt noch viele andere, ganz konkrete Gründe weiterzukämpfen: Die erste Hälfte der bedrohten Bäume ist gefallen, die zweite steht noch! Die Gefährdung der Mineralquellen kann noch verhindert werden! Eine mindestens zehnjährige Belastung durch Europas größte Baustelle im Herzen Stuttgarts kann noch abgewendet werden! Es geht darum, wer in Stuttgart Oberbürgermeister wird, und es geht nach wie vor um das neue, das andere Stuttgart, um die Wende hin zu einer emanzipierten Stadtkultur, in der die Bürger das Sagen haben und nicht die Wirtschafts- und Unternehmenseliten!

Für all das lohnt es sich, weiter zu streiten: mit Demonstrationen, mit Mahnwachen, mit alternativen Medien, mit all dem, was wir in den letzten Jahren ge-

schaffen, mit all dem, wofür wir in ganz Deutschland und weltweit viel Akzeptanz und Bewunderung bekommen haben! Liebe Mitkämpfer, liebe Mitkämpferinnen, „Stuttgart 21“ ist verkehrspolitisch falsch, „Stuttgart 21“ ist zerstörerisch, „Stuttgart 21“ ist gesetzeswidrig, und deshalb wird „Stuttgart 21“ an sich selber und am Widerstand dagegen scheitern, und dieser Widerstand wird weitergehen, so lange, bis wir dauerhaft oben bleiben!

Redebeitrag von Regisseur Volker Lösch auf der von 8.000 Menschen besuchten Demonstration gegen „Stuttgart 21“ am 18. Februar 2012

Bombe, Rakete, Atom: Jeden Tag speichert der Geheimdienst 100.000 E-Mails, in denen „schlimme Wörter“ stehen *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Die wegen zweier **Pfandbons** entlassene Kassiererin „**Emmely**“ stellt am **Montag**, dem **27. Februar 2012**, um **19 Uhr** im **DGB-Haus** am Bahnhofsplatz ihr **Buch** „Gestreikt, gekündigt, gekämpft, gewonnen“ vor.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

365. Bremer Montagsdemo am 27. 02. 2012

„Schlafen Sie doch im Bett Ihrer kleinen Schwester!“

1. In Ostfriesland gibt es unterschiedliche Konzepte, ob und wie jungen Transferleitungsbezieherinnen die Kosten für **Verhütungsmittel** bezahlt werden. Der in der Regelleistung vorgesehene Betrag von 15,50 Euro monatlich für Gesundheitspflege soll Zuzahlungen für Medikamente und Praxisgebühren abdecken. Dass sich Verhütungsmittel damit aber nicht auch noch bezahlen lassen, ist sicherlich ein Grund dafür, dass die Zahl der ungewollten Schwangerschaften steigt. Allein für die Verhütung mit „Pille“ oder Vaginalring fallen monatlich durchschnittliche Kosten von zehn bis 15 Euro an. Hormon- oder Kupferspiralen kosten einmalig 120 bis 350 Euro. Obwohl es im Kreis Leer einen Fonds für Verhütungsmittel gibt, werde laut Sozialamtsleiterin Karin Scheffermann die „Pille“ bewusst nicht finanziert, da die regelmäßige und achtsame Einnahme – besonders im Fall von Magen-Darm-Krankheiten oder der gleichzeitigen Einnahme von Antibiotika – „bei Frauen der unteren Bildungsschichten oft nicht gewährleistet“ sei.

Diese unverschämte Diffamierung durch die pauschale Gleichsetzung von Transferbezieherinnen mit Frauen der „unteren Bildungsschicht“ erscheint mir sowohl willkürlich wie gleichzeitig absichtlich zu sein. Damit lässt sich leichter etwas vorenthalten, und mit einer Extraportion Hetze sind natürlich alle Bezieherinnen von ALG II in jeder Hinsicht an ihrer finanziellen und sozialen Lage wegen ihrer „Bildungsferne“ selbst schuld! Es ist immer einfach, die Bezieher(innen) von ALG II automatisch als „bildungsfern“ zu bezeichnen, obwohl sich unter ihnen viele gebildete Menschen mit guten Schulabschlüssen – mit Abitur und Studium, mit mehreren abgeschlossenen Ausbildungen – oder ehemals Selbstständige befinden. ALG-II-Bezieher *müssen* „bildungsfern“ gemacht werden, indem ihnen nach einer gewissen Zeit ihre Ausbildung oder ihr Studium als Beruf abgesprochen wird. So müssen sie sich als Hilfsarbeiter(in) verdingen und werden damit wie von selbst –

beziehungsweise mit leitetender Zauberhand – „bildungsfern“. Das Hetzen wird auf diese Weise viel einfacher, und das erscheint mir gewollt zu sein.

2. In einer Hochhaussiedlung in Berlin-Lichtenrade stürzte sich ein 18-jähriger vom Balkon zwölf Meter in die Tiefe und liegt nun schwer verletzt im Krankenhaus. Der junge Mann lebt mit seiner Mutter, einem 21-jährigen Bruder und einer zehnjährigen Schwester in einer Drei-Zimmer-Küche-Bad-Wohnung auf 81 Quadratmetern. Zum Wohnen bleiben der Familie allerdings nur 68 Quadratmeter. Die Tochter schläft bei der Mutter, die beiden volljährigen Söhne müssen sich ein Kinderzimmer teilen. Kein Wunder, dass es wegen der Enge immer wieder Streit gab. So beengt wohnt natürlich niemand freiwillig. Die Mutter sah nur einen Ausweg und beantragte beim Flop-, Mob- oder auch (No-)Job-Center eine **Wohnung** für den älteren Sohn, was aber abgelehnt wurde.

Nachdem der 21-Jährige eine Bäckerlehre begann und morgens nach Hause kam, aber dort nicht schlafen konnte, weil alle anderen wach waren, wurde es noch schlimmer. Obwohl die 46-jährige Mutter selbst schwer krank ist und an einem Brusttumor leidet, nutzten alle Beschwerden nichts. Der Familie wurde „geraten“, dass sich der Bäckerlehrling morgens ja ins Bett seiner kleinen Schwester legen könne. Erst nachdem der Dauerstreit zwischen den Brüdern in der Verzweiflungstat des Jüngeren gipfelte, wollte das Jobcenter nun nach einem Ausweg suchen. Die Bereichsleitung blubberte vollmundig von einer „verträglichen Lösung“ für alle Beteiligten. In meinen Ohren klingt das nach einer „ergebnisoffenen“ Äußerung, die eher Schadensbegrenzung zu Imagefragen in der Presse leisten soll.

Bevor es zu einer solchen Verzweiflungstat kommt, laufen sicherlich mehrere Faktoren schief. Es gibt jedoch immer einen Auslöser, ohne den nichts passiert, der das Fass zum Überlaufen bringt, und der heißt vermutlich Sachbearbeiter. Wieso wurde die Familie nicht vorher adäquat beraten? Die Wohnung kann nicht zumutbar gewesen sein, weil jedes erwachsene „Kind“, ebenso wie die Schwester und die Mutter, ein eigenes Zimmer benötigen. Ich verstehe auch nicht, wieso niemand den Ältesten darüber aufklärte, dass er auch ohne Zustimmung des Jobcenters ausziehen kann. Als Auszubildender hätte er nach dem Auszug ohnehin kein ALG II mehr bekommen, sondern Bundesausbildungsbeihilfe, sodass er nicht mehr zur „Bedarfsgemeinschaft“ gehören muss! Es wäre doch Aufgabe des Sachbearbeiters gewesen, den jungen Mann über diesen Sachverhalt aufzuklären! Es wird immer nur überall verbreitet, dass Unterfünfundzwanzigjährige niemals ausziehen könnten. Der Sparzwang scheint hinter vorgehaltener Hand oberstes Ziel zu sein!

3. Im Kreis Steinfurt könnte laut SPD und Grünen ein **Sozialticket** für den öffentlichen Personennahverkehr eingeführt werden, das zumindest in den nächsten vier Jahren die Kommune nichts kosten würde. CDU und Kreisverwaltung halten es aber für überflüssig, womit sie sich den Vorwurf des Zynismus einhandeln.

Dabei stellt die Landesregierung neuerdings 30 Millionen Euro pro Jahr als Zuschuss für Sozialtickets zur Verfügung. Hier handelt es sich ausnahmsweise auch mal um ein Sozialticket, das seinen Namen verdient, weil es Jugendlichen bis 20 Jahren für fünf Euro als „Fun-Abo“ angeboten wird und Übersechzigjährigen für 15 Euro als „Abo 60 plus“. Für die anderen gibt es ein Abo der Preisstufe 2 ebenfalls für 15 Euro, im Ausnahmefall also mal in der „Höhe“, wie sie im Regelsatz für „Mobilität“ vorgesehen ist.

Die Kreisverwaltung bezweifelt nicht, dass das Modell gut durchgerechnet ist, stört sich aber daran, dass der Förderzuschuss nicht auf Dauer gesichert sei: Er gelte nur bis 2016 gehe später wahrscheinlich „voll zulasten des Kreishaushaltes“. Der eigentliche Grund für die Ablehnung bestehe für die Verwaltung jedoch in der Überzeugung, „dass die Verhältnisse im ländlichen Raum des Kreises Steinfurt ein Sozialticket zur Teilhabe am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben nicht erfordern“. Das ist in der Tat zynisch, weil nicht nur die immer zentraler werdende Struktur im Gesundheitswesen die Betroffenen zu mehr Mobilität zwingt. Ob die Stadtoberen das immer noch behaupten würden, wenn ihnen selbst ihr eigener fahrbarer Untersatz unter dem Hintern weggezogen würde?

Mobilität ist in der Tat eine der wichtigsten Voraussetzungen für Teilhabe! Auch hält die Aussicht, dass eine Förderung zeitlich begrenzt sei, den Kreis in vielen anderen Bereichen nicht davon ab, freiwillige Projekte umzusetzen, etwa innerhalb des „Leader“-Programms der EU zur „Förderung innovativer Aktionen im ländlichen Raum“. Gerade Bezieher von Transferleistungen können sich die üblichen Fahrtkosten des öffentlichen Nahverkehrs gar nicht leisten, weil die Regelsätze dafür nicht im Ansatz ausreichen. Wegen der Segregation müssen sie am Stadtrand wohnen und sich von da aus quer durch die Stadt auf Schnäppchenjagd begeben, um wenigstens bis zum 20. des Monats mit dem Geld hinzukommen.

4. Nicht nur für Werner Schulten aus dem Parteivorstand der „Linken“ begann vor zehn Jahren ein beispielloser Sozialabbau, als am 22. Februar 2002 die sogenannte Hartz- Kommission mit der Erarbeitung „Moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ beauftragt wurde. Unter dem Deckmäntelchen von „Fordern und Fördern“ übten eine rigide Deregulierung des Arbeitsmarktes und die **Hartz-Gesetze** derart massiven Druck auf die Beschäftigten aus, dass Lohnzurückhaltung und der Ausbau eines Niedriglohnsektors auf inzwischen sechs Millionen Erwerbstätige zu einer gewaltigen Umverteilung des Volkseinkommens von unten nach oben führten. Gewinne und Vermögenseinkommen wuchsen jährlich im zweistelligen Bereich an, wohingegen die Erwerbseinkommen preisbereinigt sanken. Das angebliche Ziel, die Langzeiterwerbslosigkeit einzudämmen, wurde jedoch klar verfehlt.

Es galt und gilt ganz klar, die Rechte der Arbeitnehmer auszuhöhlen, wo immer dies möglich ist, um ausschließlich den Profit der Unternehmen zu maximieren! Ein Glückwunsch zum Zehnjährigen? Nach einem Sonderbericht der Bundesagentur für Arbeit hat Deutschland nun den höchsten Anteil an Langzeiterwerbs-

losen in ganz Europa. Dank der menschenverachtenden Agenda 2010 klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Millionen Menschen werden durch Hartz IV dauerhaft aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt, Altersarmut und Kinderarmut ausgeweitet wie nie zuvor. Deutschland hat noch einen Grund zum „Feiern“: Die Hälfte aller Obdachlosen Europas lebt in Deutschland. Bei uns gibt es 500.000 Wohnungslose, eine Million von den „Tafeln“ ernährte Menschen, und laut DIW ist jedes fünfte Kind arm – aber Hauptsache, Deutschland ist „Exportweltmeister“.

Ich nenne das: außen hui und innen pfui! Vielen Dank an SPD und die Grünen: Unter ihrer Federführung und bei nur zu bereitwilligem Mitlaufen von CDU und FDP geht es der Wirtschaft in Deutschland besser in als anderen Staaten. Auf persönliche Schicksale wird hier doch keine Rücksicht genommen, auch nicht, wenn von der Kehrseite des Förderns der Wirtschaft inzwischen Millionen von Menschen betroffen sind! Ich unterschreibe die Forderung der „Linken“ nach einer „Erwerbslosenversicherung, die den Namen verdient, und Hartz IV muss weg! Wir brauchen eine sanktionsfreie Mindestsicherung oberhalb der Armutsrisikogrenze, gleiche Chancen für alle Kinder, ein Ende der Dreiklassenmedizin und eine Rücknahme aller Rentenkürzungen. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen in Würde leben können. So, wie es unser Grundgesetz vorschreibt.“

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Etappensieg im Prozess wegen Altersdiskriminierung

Am 21. Februar 2012 war mein zweiter Prozess, den ich gegen die Rentenversicherung Oldenburg-Bremen führe. Aufgrund eines Bandscheibenvorfalls kann ich nicht mehr in meinem Beruf als Drucker arbeiten. Die Rentenversicherung weigert sich seit zwei Jahren, mir eine Umschulung zu bezahlen. 40 Jahre sei die Grenze dafür, sagt der zuständige Sachbearbeiter. Ich will aber nicht in irgendeinem Billigjob enden. Deshalb habe ich eine Klage vor dem Sozialgericht entwickelt, die sich auf das Antidiskriminierungsgesetz beruft, wonach niemand aufgrund seiner Herkunft, seines Geschlechts, seiner Weltanschauung oder eben seines Alters benachteiligt werden darf.

Die Richterin wollte von einer Altersdiskriminierung nichts wissen, obwohl sie ja in der Gesellschaft tausendfach existiert und es auch in meinem Fall genügend Beweise dafür gibt. Sie wird versteckt hinter dem Begriff der „Wirtschaftlichkeit“, den die Rentenversicherung gewährleisten soll. „Wir schulen doch nicht um in die Arbeitslosigkeit“, war das Hauptargument des Rechtsvertreters der Rentenversicherung. Warum das Angebot eines Schnellkurses zum Lagerarbeiter oder zum Kaufmann große Aussichten bei der Arbeitssuche haben soll, blieb das Geheimnis der Rentenversicherung, zumal meine gesundheitliche Erkrankung schwere körperliche Arbeit und längeres Arbeiten am Rechner ausschließt. Eine Umschulung in den sozialen Bereich hat die größte Aussicht auf eine „Wiedereingliederung ins Arbeitsleben“.

Ich denke, es waren drei Dinge dafür ausschlaggebend, dass es zu einer Wende im Verlauf des Prozesses gekommen ist: Erstens habe ich von Anfang an deutlich gemacht, dass ich diesen Schnellkurs auf keinen Fall annehmen werde und bei Ablehnung meines Antrag in die nächste Instanz gehe. Zweitens habe ich alle bisherigen (Schein)-Angebote der Rentenversicherung vor Ort geprüft: Selbst die Leiter beziehungsweise die Mitarbeiter dieser Einrichtungen haben mir davon abgeraten. Drittens ist die Rentenversicherung der Auflage des Gerichts, die Kosten für die verschiedene Qualifizierungsmöglichkeiten vorzulegen, nicht nachgekommen. Ich habe mich auch darüber informiert und konnte kompetent Auskunft geben.

Der Prozess wurde vertagt und die Rentenversicherung aufgefordert, eine einjährige Umschulung zum Sozialbetreuer in der Behinderten- oder Jugendhilfe zu bescheiden. Wenn sie nicht bereit ist, diese Umschulung zu finanzieren, wird der Prozess fortgesetzt. Das ist ein Etappensieg, denn mein Wunsch ist Gegenstand des weiteren Verfahrens. Es kann sein, dass die Rentenversicherung nachgibt, um endlich diesen für sie unangenehmen Fall vom Tisch zu bekommen. Sie haben gemerkt, dass ich nicht klein beigeben werde und dass das öffentliche Interesse wächst: Der Saal war so voll, dass manche Besucher der öffentlichen Verhandlung sogar stehen mussten. Die große Anteilnahme und solidarische Unterstützung beim Prozess war mein größter Trumpf. Dafür möchte ich mich bei allen bedanken!

Harald Braun

Gauck hält Verbindungen zu Nazi-Organisationen

Beim „Griechenland-Rettungspaket“, für das Angela Merkel ihre Koalition diese Woche längst nicht mehr geschlossen hinter sich versammeln konnte, spricht

Schäuble schon von der Notwendigkeit einer „dritten Auflage“. Gerettet werden damit nicht die Menschen, sondern die Banken, und zwar nicht die griechischen, sondern die deutschen und französischen. Damit diese ihre Wucherkredite refinanziert bekommen, werden die Massen in Griechenland, Spanien und Italien, aber auch bei uns in Deutschland ausgequetscht. Am **Mittwoch** dieser Woche ist deshalb europaweiter **Aktionstag gegen die Krisenprogramme**. Weil die Regierenden unseren Protest fürchten, wird der Spitzelstaat weiter ausgebaut: 2010 wurden über 37 Millionen gescannte E-Mails gespeichert, die irgendein „verdächtiges“ Wort enthielten.

Joachim Gauck ist laut Medien, was viele noch nicht ganz durchschauen, der große Freiheitsheld. In Wirklichkeit stellt er den Schnäppchenjäger und Vorteilsnehmer Wulff an reaktionärer Gesinnung bei Weitem in den Schatten: Gauck steht für die Hartz-Gesetze, für Bankenrettungsschirme, für den Afghanistan-Krieg und hält vor allem den Kapitalismus für das beste aller Systeme. Keine Probleme hat er mit dem Rassisten Sarrazin, gute Verbindungen hält er zu Nazi-Organisationen: Er ist Referent des „Veldensteiner Kreises“.

Dazu gehören unter anderem den „Historiker“ Ernst Nolte, der den Holocaust als Reaktion auf die sozialistische Sowjetunion darstellt; Konrad Löw, der Antisemitismus und Holocaust verharmlost; Helmut Roewer, als Präsident des Thüringer Landesamtes für „Verfassungsschutz“ in den Aufbau der faschistischen NSU-Mörderbande verstrickt; und Bernd Rabehl, der 2009 für NPD und DVU zur Bundespräsidentenwahl antreten wollte, vor einer „Überfremdung“ Deutschlands „warnt“ und sich als „Opfer“ der „Ausschwitz-Keule“ sieht – alles unter dem Deckmantel der „Extremismusbekämpfung“. So weit treibt Gauck sein extremer Antikommunismus! Er muss zurücktreten, noch vor der Wahl! Dagegen war Christian Wulff harmlos. Der soll jetzt 200.000 Euro „Ehrensold“ pro Jahr bekommen, plus Fahrer, Dienstwagen, Büro und Sekretärin. Für welche „Ehre“? Gar nichts soll der kriegen! Vors Gericht mit ihm und bestrafen!

Die Solarförderung wird um 30 Prozent gekürzt. Ist das der „zügige Ausbau erneuerbarer Energie“? Sonnenkollektoren werden dadurch für Privathaushalte unrentabel, und es droht das Aus für die entsprechende Industrie. Zehntausende Arbeitsplätze sind in Gefahr. Warum? Weil Eon, Vattenfall und RWE Großkraftwerke bauen wollen, die in Deutschland mit Kohle befeuert werden, in der übrigen Welt aber auch Atomstrom liefern! Wir haben es geschafft, dass Kernkraftwerke abgestellt werden, doch jetzt müssen wir nachlegen: für eine wirkliche Energiewende zugunsten der Menschen und des Klimas, nicht für die reichen Säcke!

Wolfgang Lange (MLPD)

adidas

STOP
ACTA

Netzzensur im ganzen Land - unsere Antwort Widerstand
STOP ACTA

SCHREIBER
NEIN ZU
ACTA

PIRATEN
PIRATEN

Anti-Acta-Demo in Bremen am 25. Februar 2012 (Fotos: Frank Kleinschmidt)

Hausdurchsuchung mit Ansage: Aktenbeschlagnahme bei Ehrensöldner Wulff soll Anschein von Rechtsstaatlichkeit erwecken *(„Spiegel-Online“)*

Viele Frauen sind Heldinnen des Alltags. Die Zeit ist reif: Wir wollen nicht Opfer der Geschichte, sondern Akteurinnen der Zukunft sein! Raus auf die Straße am **Weltfrauentag**! Zeigen wir unsere Vision von einem menschlichen Miteinander zu Hause und im Beruf! Kommt am **Donnerstag**, dem **8. März 2012**, zur **Demonstration** durch die Innenstadt! Beginn ist um **15:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Veranstalterin ist die „Stadtfrauenkonferenz“.

366. Bremer Montagsdemo
am 05. 03. 2012

Aufstehen für Frauenrechte!

Die Zeit ist reif: Wir wollen nicht Opfer der Geschichte, sondern Akteurinnen der Zukunft sein! Raus auf die Straße am **Weltfrauentag**! Zeigen wir unsere Vision von einem menschlichen Miteinander zu Hause und im Beruf! Kommt am **Donnerstag**, dem **8. März 2012**, zur **Demonstration** durch die Innenstadt! Beginn ist um **15:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Viele Frauen sind Heldinnen des Alltags, die tagein, tagaus wertvolle Arbeit leisten und den gesellschaftlichen Reichtum mit erschaffen – ob für weniger Lohn in Fabrik und Büro oder unentgeltlich in Kindererziehung, Pflege und Haushaltsführung. Wir erleben weltweit, dass wir aufgrund unseres Geschlechts ausgebeutet, unterdrückt, gedemütigt, geschlagen und ermordet werden. Dagegen stehen wir auf – für Frauenrechte, Solidarität, Demokratie und Freiheit!

Engagieren wir uns für die Befreiung der Frauen, damit die Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier steht: Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper und ihre Sexualität. Für eine freie Wahl des Partners, der Partnerin. Für einen Ehrbegriff, der nicht auf den weiblichen Körper fixiert ist. Für ein Frauenbild jenseits von Pornografie, Sexobjekt und Haussklavin. Für ein menschenwürdiges und geschlechtergerechtes Gesundheitssystem. Für das Recht auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr. Für eine gründliche und kostenlose Ausbildung in Schule und Beruf. Für gleichen Lohn und gleiche Arbeitsplatzchancen. Für Abschaffung der Leiharbeitsplätze. Für freie gewerkschaftliche und politische Betätigung in den Betrieben. Gegen die Unterwerfung unter die Profitlogik und gesteigerte Arbeitshetze weltweit – dies geht auf Kosten unserer Gesundheit, unserer Familien und bringt uns täglich in die Zerreißprobe.

Für den Zusammenschluss einer kämpferischen Frauenbewegung in Gewerkschaften, Selbstorganisationen, Verbänden. Organisiert euch! Für eine Gesellschaft, in der das Leben im Mittelpunkt steht. Für den Erhalt der natürlichen Umwelt und damit unserer Lebensgrundlagen. Für eine Welt ohne Hetero-Sexismus, Rassismus, Militarismus, Armut, Altersdiskriminierung und patriarchale Strukturen. Für die Trennung von Staat und Religion überall auf der Erde. Weltweit sind die Frauen den Folgen der Globalisierung ausgesetzt. Durch die damit verbundene Neuverteilung des Weltkapitals und die Politik der kriegführenden Nationen leben Millionen Menschen in Armut. Hierbei sind es gerade die Frauen, die am

meisten darunter leiden und die gegen sie gerichtete Gewalt akzeptieren sollen. Gegen Gewalt an Frauen und Kindern!

Wo immer die Frauen der Welt aufstehen und rebellieren, zeigen die herrschenden Systeme ihr wahres Gesicht: Unterdrückung, Mobbing, Vergewaltigung, Inhaftierung, Morddrohungen sind brutale Realität. Brennpunkte dieser Repression mit Massakern und politischen Gefangenen sind derzeit Länder wie Syrien, Ägypten, Iran, Palästina, die Philippinen und Kurdistan. So befinden sich die kurdischen Frauen mitten im Freiheitskampf des kurdischen Volkes und sind gezwungen, der Gewalt-, Leugnungs- und Diffamierungspolitik des türkischen Staates standzuhalten. Wir sehen mit Sorge die wachsende Kriegsgefahr am Persischen Golf und sagen Nein zum Krieg gegen den Iran. Der „Arabische Frühling“ war ein hoffnungsvoller Anfang. Deshalb sind wir empört, dass erste demokratische Errungenschaften und die Rechte der Frauen wieder mit Füßen getreten werden. Die Frauen und Mädchen der Welt werden sich niemals mit ihrer Unterdrückung und Ausbeutung abfinden.

Brot und Rosen – Her mit dem ganzen Leben! Die Stadtfrauenkonferenzen bildeten sich, um die erste Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen in Venezuela bekanntzumachen und zu unterstützen. Die nächste Weltfrauenkonferenz wird 2016 stattfinden. Ein weiteres Anliegen ist es, die kämpferische Frauenbewegung zu stärken. In Bremen sind an der Stadtfrauenkonferenz unterschiedliche Frauen und Männer, Gruppen und Organisationen beteiligt. Alle sind eingeladen mitzumachen. Das nächste Treffen ist am 24. April 2012 um 18 Uhr beim Verein „Birati“, An der Weide 27 (Nähe Gewerkschaftshaus). Und ist die Welt auch noch so kalt, wir pflanzen die Sonne in den dunklen Wald!

Ümit Feilke

„Ehrung nicht angebracht“: Altbundespräsidenten kommen nicht zu Wulffs Zapfenstreich *(„Bild“-Zeitung)*

„Rosa-Luxemburg-Stiftung“ unterstützt ‚antideutsche‘ Gruppierungen

An die „Rosa-Luxemburg-Initiative Bremen“! Sehr geehrte Damen und Herren, es ist festzustellen, dass von „antideutschen“ Gruppierungen das „Bremer Friedensforum“, die Friedensinitiative „Bremer und Bremerinnen für den Frieden“ in Bremen-Nord sowie der „Arbeitskreis Nord-Süd“ fälschlicherweise des Antisemitismus bezichtigt und entsprechend diffamiert werden, weil sie berechtigte Kritik an der Politik der israelischen Regierung üben. Dass die „Rosa-Luxemburg-Stiftung“

dies unterstützt, widerspricht dem Geist von Rosa Luxemburg, und ihr Name wird mit Schmutz besudelt.

Hiermit fordere ich die „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ auf, ihren Namen zu ändern in „Stiftung zur Finanzierung der Antideutschen“! Bekommt die Stiftung für die Verbreitung von Pogromstimmung Geld aus Israel, von orthodoxen jüdischen Organisationen hierzulande oder aus den USA? Die Unterstützung der „Antideutschen“ widerspricht dem toleranten Umgang mit politischen Gegnern. Sie widerspricht dem Grundsatz „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“.

Rosa Luxemburg schrieb zur russischen Revolution 1918/19: „Wie Lassalle sagte, ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer ‚das laut zu sagen, was ist‘“ (Gesammelte Werke, Band 2, Seite 36). Zu Friedensutopien 1911: „Sich selbst und andern klaren Wein einschenken, ist allzeit die beste praktische Politik für die Partei des revolutionären Proletariats gewesen“ (GW 2, 498). Zur Sozialdemokratie 1911: „Wir wissen, solange der Kapitalismus existiert, solange wir das Heft nicht in unseren Händen halten, kann von Abrüstung keine Rede sein“ (GW 3, 76).

Hier auch noch ein Zitat aus dem Klappentext des Buches von Lenni Brenner „Zionismus und Faschismus – Über die unheimliche Zusammenarbeit von Faschisten und Zionisten“ (Kai Homilius Verlag 2007): „Leni Brenner, US-Amerikaner, geboren 1937 in einer orthodoxen jüdischen Familie, engagierte sich schon sehr früh für die Rechte der Schwarzen in den USA. 1963 organisierte er den legendären Marsch von Martin Luther King nach Washington (“I have a dream”). Er engagierte sich gegen den Vietnamkrieg vom ersten Tag an und wurde mehrmals inhaftiert. 1968 war er Co-Gründer der ‘National Association for Irish Justice’. In den 1990er Jahren gründete er mit Kwame Toure (auch bekannt als Stokely Carmichael), dann mit dem legendären ‘Black-Power’-Führer das ‚Komitee gegen Zionismus und Rassismus‘“.

Zu Beginn der Veranstaltung mit dem Thema „Verschwörungstheorien“ legte eine Erklärung gegen das „Friedensforum“ mit inhaltlich falschen Fakten Zeugnis davon ab, wie die „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ von antideutschen Positionen beherrscht ist, die den Antisemitismus zur Staatsdoktrin erklären und fälschlicherweise mit berechtigter Kritik am Staate Israel gleichsetzen. In der Pause habe ich in sehr lautem Ton dagegen protestiert und darauf hingewiesen, dass die „Antideutschen“ in der Öffentlichkeit ein falsches Bild über das „Friedensforum“ verbreiten, das jeglicher Fakten entbehrt. Mir wurde eine Überschrift aus der Internetseite des „Arbeitskreises Nord-Süd-gezeigt“: „60 Jahre Israel sind genug“. Ob ich das richtig fände?

Ich sagte: „Ja, das ist richtig“. Daraufhin wurde mir Antisemitismus vorgeworfen, weil ich das Existenzrecht Israels in Frage stellen würde. Ich erwiderte auf

den Vorwurf, dass ich darunter etwas anderes verstehe als die Vernichtung Israels, nämlich, dass es genug damit sein muss, dass Israel die palästinensische Bevölkerung ermorden und vertreiben lässt. Diese Argumentation wurde von den Veranstaltern nicht akzeptiert, und mir wurde zu Unrecht Antisemitismus vorgeworfen. Es wurde mir gedroht, dass vom Hausrecht Gebrauch gemacht würde. Ich sagte, dass ich unter Antisemitismus etwas anderes verstehe als sie, und dass ich die Meinungsfreiheit laut Artikel 5 des Grundgesetzes in Anspruch nehme und die Freiheit des Andersdenkenden in Sinne von Rosa Luxemburg praktiziere.

Ich sagte weiterhin, dass ich die Veranstaltung bis zum Ende verfolgen und an der Diskussion teilnehmen möchte. Mir wurde erklärt: „Die Meinungsfreiheit und Andersdenkende interessieren uns nicht“. Sie machten die Eingangstür auf, sodass kalte Luft hereinkam. Mir wurde erklärt, wenn ich die Veranstaltung nicht verlasse, dann gehe sie nicht weiter. Einige junge starke Männer drohten mir an, mich mit Gewalt hinauszubringen. Unter lautstarkem Protest verließ ich die Veranstaltung. Es wurde erklärt, dass die Partei „Die Linke“ nicht mehr mit dem „Friedensforum“ zusammenarbeiten dürfe, da es antisemitisch sei.

Was nicht gesagt wird, ist, dass es in Deutschland eine freiwillige Zensur seitens der Medien gibt, welche die Bevölkerung manipulieren und in Sinne der herrschenden Kapitalistenklasse desinformieren soll. Auch jüdische Menschen, die gegen den Zionismus sind, sind keine Antisemiten. Wer gegen Kapitalismus und Aufrüstung kämpft, handelt im Sinne von Rosa Luxemburg. Die „Antideutschen“ können nicht auf die Argumente ihrer politischen Gegner eingehen. Sie können keinen kritischen Umgang mit dem Staate Israel pflegen. Sie können nur den politischen Gegner diffamieren und ein falsches Bild in der Öffentlichkeit über ihn verbreiten.

Ich sagte auf der Veranstaltung, dass das „Friedensforum“ den „Arbeitskreis Süd-Nord“ als Bündnispartner hat, aber nicht mit allem politisch einverstanden ist, was dieser vertritt. Wenn beispielsweise Anarchisten mit dem DGB im antifaschistischen Bündnis zusammenarbeiten, finden die auch nicht alles gut, was er macht. Das wird dem „Friedensforum“ nicht zugestanden. Es wird gefordert, dass keine antifaschistischen Organisationen mit dem „Friedensforum“ zusammenarbeiten, und dass es in keinem Bündnis mehr aufgenommen werden darf. Jegliche Zusammenarbeit mit dem „Friedensforum“ sei zu unterbinden. Dies habe ich scharf kritisiert. Die „Rosa-Luxemburg-Stiftung“ sei hiermit aufgefordert, jegliche politische Zusammenarbeit mit sogenannten Antideutschen, die ihrem Dunstkreis angehören, aufzugeben! Mit nicht allzu freundlichen Grüßen.

Bettina Fenzel („Die Linke“)

Wiesbadener Appell: Deutschland hat weltweit das rückständigste und restriktivste Streikrecht *(„Politischer Streik“)*

Bremer Sozialbehörde zweck-entfremdet mehrere Millionen Euro

1. Nach einer Untersuchung der Arbeitnehmerkammer liegt das Bundesland Bremen mit 12.167 Leiharbeitern und rund vier Prozent aller Beschäftigten auf Rang eins im bundesweiten Vergleich, avancierte also zur traurigen Hochburg für **Leiharbeit**. Eigentlich wurde im Dezember 2011 das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz „geändert“, wodurch aber uneigentlich keine großen Veränderungen im bremischen Wirtschaftsleben drohen. Angeblich ist der Zeitrahmen seitdem präziser gefasst, weil Leiharbeiter nur „vorübergehend“ ausgeliehen werden dürfen. Wunderbarerweise scheint der Begriff „vorübergehend“ dehnbar wie Gummi zu sein.

Diese Erfahrung musste auch der BMW-Betriebsrat in Leipzig machen, als er die Zustimmung zur Einstellung beziehungsweise Weiterbeschäftigung von rund 1.100 Zeitarbeitern (bei 2.800 Stammkräften) verweigerte und ihre Festanstellung forderte – und nach einer Klage des Arbeitgebers vor Gericht verlor. Wenn die Richter keinen Verstoß gegen das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz sehen, obwohl die meisten Zeitarbeiter bereits dauerhaft seit drei, vier Jahren beschäftigt sind, dann scheint mir eine Änderung dieses Gesetzes eine reine Mogelpackung, nichts weiter als pure Augenwischerei zu sein!

In Bremen lassen sich ähnliche Relationen zwischen Zeitarbeitern und Stammkräften wunderbar im Klinikum Dr. Heines beobachten. Von den dort 240 Beschäftigten werden rund 100 von der „Dienstleistungs- und Servicegesellschaft“ Ameos ausgeliehen. Ein solcher Vertrag sei perspektivisch schlechter als die Hausverträge, die Dr. Heines mit Verdi abschloss. Selbstredend sieht die Ameos-Gruppe in ihrer „Dienstleistungs- und Servicegesellschaft“ allerdings keine Zeitarbeitsfirma, sondern eine „Gesellschaft zur Bündelung von Personalkompetenzen“. Aha, Namen sind Schall und Rauch, daher ist das natürlich ein profunder Unterschied! Dass alle Mitarbeiter in gleicher Weise von Ameos geschätzt würden, vermag ich gern zu glauben, weil an ihnen nur allzu gut verdient wird.

Nach Übernahme durch Ameos 2005 erwirtschaftete die Klinik Dr. Heines „nur“ einen Gewinn von 1,5 Millionen Euro, wohingegen der Überschuss heute schon auf 2,5 bis drei Millionen hochgeklettert ist. Bei der Diakonischen Stiftung Friedehorst, die einen großen Teil ihrer 1.600 Mitarbeiter aus der eigenen Zeitarbeitsfirma „Parat“ rekrutiert, wiederholt sich das Trauerspiel. Solange kein mutiger Richter, der sich damit natürlich den Zorn der Zeitarbeitsfirmen zuziehen würde, die Formulierung „vorübergehend“ exakt definiert, wird die „Änderung“ des Ar-

beitnehmerüberlassungsgesetzes keine tatsächliche Auswirkung auf die betriebliche Praxis haben.

2. Es ist so grausam: Schon wieder mussten im Bremer Klinikum Mitte zwei zu früh geborene Babys sterben, die mit Klebsiella-Keimen infiziert waren. Ob das die Todesursache war, steht noch nicht ganz fest. Mein Mitgefühl gilt den verwaisten Eltern. Eher beiläufig wurde in der letzten Woche bekannt, dass bereits im Jahre 2009 der Erreger, der 2011 zu drei Todesfällen führte, auf eben dieser Station identifiziert worden war. Wegen der „zu vielen" infizierten Fälle aus der Vergangenheit, die bisher nicht an den parlamentarischen Untersuchungsausschuss gemeldet wurden, entband Gesundheitssenatorin Renate Jürgens-Pieper den Geschäftsführer der kommunalen Klinik-Holding, Friedhelm Hansen, von seiner Tätigkeit. Ohne genauer darauf einzugehen, war die Rede von „erheblichen Fehlern" und einem „schleichenden Vertrauensverlust".

Auch Krankenhaus-Hygieniker Axel Kappler wurde „freigestellt", weil er die Fälle aus dem Jahre 2009 zusammen mit einem Stapel anderer Unterlagen dem Untersuchungsausschuss auf den Tisch packte, ohne offenbar die Senatorin vorher von der Brisanz der Sache zu informieren. Intensivstation und Gynäkologie im Klinikum Bremen-Mitte sollen nun bis auf Weiteres geschlossen werden. Es wird geprüft, ob in zwei anderen Kliniken die Frühchen-Stationen wieder eingerichtet werden können. Ob sich „das Hygiene-Problem" und der Umgang damit tatsächlich an bestimmten Personen „festmachen" lässt, sei dahingestellt.

Täglich lesen wir über neue aggressive **Krankenhauskeime** und dass viel zu viele Patienten daran sterben müssen. Die kleinen Menschlein, die dazu noch viel zu früh auf die Welt gekommen sind, verfügen noch nicht über ein Immunsystem und sind dem Ansturm dieser Viren und Bakterien vollkommen hilflos ausgeliefert. Wer immer nur sparen will und mit Pauschalen arbeitet, guckt nicht, was tatsächlich benötigt wird. Wenn an erster Stelle immer nur der Sparzwang steht, gehen daran die Schwächsten kaputt, wie sich immer wieder herausstellt.

3. Mehr als die Hälfte der vom Bund nach Bremen geflossenen 16,5 Millionen Euro für „Bildung und Teilhabe" – also für Klassenfahrten, Schulessen, Fahrtkosten, Nachhilfe und Mitgliedsbeiträge in Sportvereinen – wurde von der Sozialbehörde und Jobcenter nicht ausgegeben und geht jetzt als Sondereinnahme an das Finanzressort. Der „Bremer Erwerbslosenverband" wirft der Bremer Sozialbehörde vor, mehrere Millionen Euro zweckentfremdet zu haben, die eigentlich für Kinder bestimmt waren, deren Eltern Hartz-IV-Leistungen erhalten. Nun kontert die Sozialbehörde, es hätten ja nicht alle in Frage kommenden Familien den Zuschuss beantragt.

Da es wohl kaum so ist, dass die erwerbslosen Eltern das Geld nicht eigentlich bitter nötig hätten, ist davon auszugehen, dass eine schleppende Informationspolitik der Sozialbehörde, ein enormer bürokratischer Verwaltungsaufwand insbesondere für die beantragenden Eltern und die restriktive Bewilligungspraxis,

die zu zahlreichen Klagen führten, die wahren Gründe für die Nichtannahme des Pseudo-Bildungspaketes sind. Außerdem wollten viele Eltern ihre Kinder vor der diskriminierenden Einzelbeantragung der Hilfeleistung schützen und sich und ihre Kinder in der Schul- bzw. Vereinsöffentlichkeit nicht als Hartz-IV-Bezieher outen.

Wenn alle Kinder Bildung und damit verbundenen Kosten umsonst bekämen, würde dies alle erreichen und niemanden diskriminieren. Aber das scheint in Deutschland nicht wirklich beabsichtigt zu sein! Laut der Bremer Sozialbehörde seien die strittigen Millionen sehr wohl für Bildung und Teilhabe ausgegeben worden, nämlich für neue Sozialarbeiter in den Schulen und eine bessere Betreuung von Kindern unter drei Jahren. Auch habe es in Bremen überdurchschnittlich viele Anträge von Familien auf Zuschüsse für Klassenfahrten, Schulessen und Mitgliedsbeiträge für Sportvereine gegeben. So ist das eben, wenn in einem Bundesland besonders viele Menschen keinen Arbeitsplatz bekommen!

Nichtsdestotrotz wurden mehr als die Hälfte der Mittel vom Bund dafür nicht ausgegeben. Es ist wirklich sehr nett, das übrige Geld dann wenigstens in den Bereichen auszugeben, die in das „**Bildungspaket**“ eingebettet sein sollen. Aber in meinen Augen wird das Geld dennoch zweckentfremdet, weil das finanziell klamme Bremen dort auf diese Weise Ausgaben spart, die es ohnehin hätte tätigen müssen. Wie schön, wenn dieses Geld nun allen Kindern zugute kommt und nicht nur den Ärmsten der Armen, die halt wie immer leer ausgehen! Doch ist dies weder gerecht noch im Sinne des kranken „Bildungs- und Teilhabepaketes“. Dazu lässt sich nur zynisch sagen, dass das Konzept der neoliberalen Bundesregierung aufgegangen ist!

4. Für die leseinteressierten Kunden gibt es rein äußerlich keinen Unterschied bei den einzelnen Thalia-Läden. Doch gerade in Bremen ist für die dort arbeitenden Buchhändler(innen) Thalia nicht gleich Thalia, weil die einen nach Tarif bezahlt werden und die anderen nicht, was einen Unterschied von über 40 Prozent und monatlich bis zu 800 Euro ausmacht. Zur Thalia-Tochter Grüttefien gehören sieben Läden, in denen nach Angaben der Gewerkschaft Verdi sittenwidrige **Dumpinglöhne** gezahlt werden.

Ausgebildete Buchhändler(innen) mit mehreren Jahren Berufserfahrung verdienten dort nur zwischen 7,20 und 8,90 Euro in der Stunde, obwohl nach Tarif 13,52 Euro gezahlt werden müssten. Obwohl es sich dabei um beratungsintensive Arbeit handele, der „enormes Fachwissen“ verlange und vielfach Abitur vorausgesetze, bekämen Berufsanfänger(innen) bei Grüttefien nur 1.250 Euro brutto für 40 Stunden Arbeit. Der Tarifvertrag sehe dagegen 1.700 Euro für 37,5 Stunden und Zulagen von 20 Prozent ab 18:30 Uhr vor. Ab 20 Uhr seien es sogar 50 Prozent. Bei Grüttefien müssen sie darauf ebenso verzichten wie auf einen Betriebsrat.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Wegelagerei im Netz: Verleger wollen für Links zu ihren Artikeln abkassieren, obwohl das kostenlose Werbung ist *(„Nachdenkseiten“)*

Wegtröten: Demonstranten sind beim Zapfenstreich
für Wulff nicht zu überhören *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

367. Bremer Montagsdemo am 12. 03. 2012

Gemeinschaftliche Ziele mit allen anderen „Weltverbesserern“

In den Jahren des Widerstandes haben wir vieles dazugelernt. Als ich erstmals das SGB II und die Kommentare dazu gelesen habe, dachte ich, da haben sie den Schröder über den Tisch gezogen. Inzwischen ist klar: Schröder hat seine Agenda 2010 abgeschrieben, von der „Lissabonner Strategie“. Noch nie wurden soziale Errungenschaften so schnell abgebaut und Löhne so rasant gesenkt. Das betraf aber nur die Einkommen der Arbeiter und Angestellten, jene der Spitzenverdiener sind explodiert.

Die Armut per Gesetz wurde verfestigt, die Körperschaftsteuer zum Kostenfaktor, weil Schröder deren Umgestaltung für Kapitalgesellschaften zehn Jahre rückwirkend zuließ. Die Atomkraft wird sauber gewaschen, der Atommüll nach Bergbaurecht behandelt. Die Strahlungsschäden werden ignoriert, da nicht nachgewiesen. Die Banken wurden mit Milliarden gerettet. Bankbilanzen von heute wären damals als Bilanzfälschung geahndet worden. Die Banken erhalten frisches Geld für ein Prozent per anno, so viel die Banken mögen. Mein Überziehungszinssatz beträgt 9,75 Prozent, die Griechen zahlen über 20 Prozent Zinsen.

Die Schuldenbremse, der Zwang zum Sparen, der Sparkommissar, natürlich auch der Krieg in jeder Form und in allen Details mit Mensch und Waffen, die Umgestaltung Europas entsprechend der „Lissabonner Strategie“, die Vereinbarung der Waffengewalt zur Sicherung der Versorgung Europas, egal wo, überall in der Welt, die Ausgrenzung des Parlaments, eine eigene EU- Streitmacht, überall einsetzbar, auch in Berlin und London – über all dies haben wir in den Jahren des Widerstandes dazugelernt.

Ich höre auf, denn vollständig wird es nicht. Nicht zu vergessen ist aber die persönliche Not, die durch diese Rahmenbedingungen täglich entsteht. Es gibt somit eigentlich nur gemeinschaftliche Ziele mit allen anderen „Weltverbesserern“, und sie alle sind auf der Bremer Montagsdemo willkommen! Kritik ist erlaubt und

auch aushaltbar. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Arbeitslose besetzten Pariser Luxusrestaurant: Während in Deutschland kaum noch Menschen gegen Hartz IV demonstrieren *(„Gegen Hartz“)*

Noch die Nazimord-Entschädigung wird aufs Hartz IV angerechnet

1. Weil die Deutschen angeblich zu oft zum Arzt gingen, wurde am 1. Januar 2004 die **Praxisgebühr** eingeführt, um Eigenverantwortung und Kostenbewusstsein der Versicherten zu stärken und damit die medizinische Versorgung sinnvoll steuern zu können. Statistisch brachte das herzlich wenig, weil die Zahl der Arztbesuche in Deutschland laut OECD mit 8,2 Konsultationen pro Kopf und Jahr immer noch über dem internationalen Durchschnitt von 6,5 Besuchen liegt. Doch gibt es eine Gruppe von Patienten, die Arztbesuche tatsächlich verzögert oder vermeidet – und das sind natürlich die Einkommensschwachen, die es sich in unserem reichen Land nicht leisten können, zum Arzt zu gehen und sich behandeln zu lassen.

Geld für die Praxisgebühr ist im Regelsatz nicht ausreichend berücksichtigt worden, sodass vielleicht Apotheker um Rat gefragt werden, welche Medikation nun angebracht erscheine. Schließlich müssen alle nicht verschreibungspflichtigen Medikamente ohnehin aus dem eigenen Portemonnaie bezahlt werden. Wenn mehr als ein Zehntel der Befragten aufgrund von Zuzahlungen trotz Krankheit nicht zum Arzt gegangen ist, dann dürften die Ausgaben für die Krankenkassen dadurch halt später explodieren, weil die Kosten immer mehr ansteigen, je später zum Beispiel eine Krebserkrankung erkannt und behandelt wird. So erfüllt die Praxisgebühr mitnichten die Sparvorgabe der gesetzlichen Krankenversicherung, auch wenn sie beachtliche Zusatzeinnahmen von knapp zwei Milliarden Euro jährlich eingespült hat.

Meiner Meinung nach wird nicht wirklich auf die Gesundheit der Bevölkerung geguckt, sondern ausschließlich auf mögliche Kostenersparnis. Aber bitte nicht da, wo sie verursacht wird, also bei der aufgeblähten Verwaltung und den gerade in Deutschland dank Pharmalobby überbordenden Arzneikosten, sondern bei

den finanziell Schwächsten, die sich ohnehin kaum zur Wehr setzen. Auch wenn die gesetzlichen Krankenkassen nun einen Überschuss von 20 Milliarden Euro erwirtschaftet haben, will die AOK den ausnahmsweise mal vernünftigen Vorschlag der FDP nach Abschaffung der Praxisgebühr nicht umsetzen, sondern am liebsten alles beim Alten belassen. Der AOK-Chef warnte angesichts der 2013 auslaufenden Sparpakete aus der Gesundheitsreform davor, dass die Versicherten „nicht heute Prämien bekommen und übermorgen Zusatzbeiträge zahlen“ wollten. Die Forderung der FDP nach einer Abschaffung der Praxisgebühr nannte er Augenwischerei, weil sie im Anschluss daran die Patienten an jeder einzelnen Behandlung finanziell beteiligen wollten.

2. Die Bundesregierung gab auf mehrfaches Nachhaken der Abgeordneten Katja Kipping in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 17/8846) zu, dass sich Bezieherinnen und Bezieher von Hartz-IV-Leistungen unter Androhung von Sperrzeiten oder **Sanktionen** amtsärztlichen beziehungsweise psychologischen Untersuchungen unterziehen müssen. Dazu erklärte die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion „Die Linke“, dass „dieser Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen nicht hinnehmbar“ und eine „Zwangspsychiatrisierung von Menschen gemeinhin nur aus diktatorischen Systemen bekannt“ sei.

Ich finde auch, dass dies eigentlich ausreichen sollte, „die Bundesagentur für Arbeit und die Jobcenter davon abzuhalten, Erwerbslose und Menschen mit geringem Einkommen unter Androhung der Kürzung von Mitteln der Existenzsicherung ärztlichen und psychologischen Diensten zuzuführen“ und dass „Sperrzeiten beim Arbeitslosengeld und Sanktionen bei den Grundsicherungen sofort abzuschaffen“ sind. Schade, dass sich noch kein Hartz-IV-Leistungsbezieher in diesem Punkt sein Recht vor Gericht erstritten hat, denn ich kann mir nicht vorstellen, dass diese grundgesetzwidrige Praxis dann länger Bestand hätte.

3. Seit Kurzem können Betroffene eine Entschädigung einklagen, wenn ein **Gerichtsverfahren** „unangemessen“ lange gedauert hat, wie es im Gesetz heißt. Allerdings ist damit noch lange nicht geregelt, wie lange ein Prozess dauern darf. Bei vier von fünf Verurteilungen Deutschlands durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg geht es um Verzögerungen bei der Justiz. Auch wenn von dem Gesetz prinzipiell alle Verfahren – Straf- ebenso wie Zivilsachen, Arbeits- ebenso wie Verwaltungsgerichte, die Arbeit von Richter(inne)n ebenso wie jene der Staatsanwält(inn)e(n) – betroffen sind, gilt als Voraussetzung für eine Entschädigungsklage, dass der Betroffene die Verfahrensdauer zuvor beim jeweiligen Gericht offiziell gerügt hat. Doch spricht der Bremer Strafverteidiger Sven Sommerfeldt von einem „stumpfen Schwert“, weil die Gerichte zwar gerügt, aber nicht verpflichtet werden könnten, schneller zu arbeiten. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt: Viele solcher Klagen könnten am Ende ein Argument für mehr Personal sein.

4. Offenbar sind einige Jobcenter dazu übergegangen, **Entschädigungszahlungen** an die Hinterbliebenen der Neonazi-Morde auf laufende Hartz-IV-Leistungen anzurechnen. Barbara John, Ombudsfrau und Sachverständige im Ausschuss zur Aufklärung der Neonazi-Morde an elf Menschen, will nun auf die Leistungsträger einwirken, damit diese die Anrechnung wieder zurücknehmen. Der Ausschussvorsitzende Sebastian Edathy wolle zudem Gespräche mit der Bundesregierung führen, damit die Jobcenter dazu angewiesen werden, ihre bisherige Praxis zu revidieren.

Ich kann gar nicht fassen, was hier zurzeit geschieht, und frage mich, ob hier die Behörden jedes menschliche Maß an Empathie verloren haben, indem sie eine Entschädigungszahlung faktisch ad absurdum führen. Dabei haben viele Familien durch den Tod der Opfer ihre damalige Existenz aufgeben und infolgedessen überhaupt erst Sozialleistungen beantragen müssen. Die Angehörigen der Opfer haben wahrlich genug Unrecht ertragen müssen, auch weil sie von den Ermittlungsbehörden zur damaligen Zeit selbst zum Kreis der Verdächtigen hinzugezählt und gleichzeitig von ihrer Umwelt „aus dem Kreis der Anständigen ausgeschlossen“ wurden. Vonseiten der Jobcenter oder des Arbeitsministeriums liegen noch keine Stellungnahmen vor.

5. Auch in diesem Jahr wurde am 8. März der Internationale Frauentag begangen, zum 101. Mal. „Gefeiert“ möchte ich gar nicht sagen, denn was sollten wir denn feiern? Dass **Frauen** gerade in Deutschland noch immer etwa 23 Prozent weniger Gehalt bekommen? Dass zwar mehr Frauen Arbeit haben, aber eben was für welche? Es ist und bleibt ein Skandal, dass Frauen zu niedrigsten Löhnen, in unfreiwilliger Teilzeit, befristet oder in Minijobs arbeiten und ein Job oft zum Leben nicht mehr ausreicht! Unverändert muss die Gleichstellung der Geschlechter in Wirtschaft und Verwaltung, in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft auf der Agenda bleiben.

Die Forderungen nach einem Entgeltgleichheitsgesetz, mehr Frauen in Führungspositionen, gesetzlicher Quotierung für Aufsichtsräte und Vorstände von 50 Prozent sowie gesetzlichen Regelungen für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft erschallen noch immer nahezu ungehört und werden offenkundig sogar von Politiker(inne)n nicht ernst genommen. Mehr Betreuungsplätze für Kinder müssen natürlich auch geschaffen werden! Auch in Deutschland haben Gewalt und Armut ein Geschlecht. Trotz Wahlrecht, trotz eigenständiger Berufswahl, trotz Antidiskriminierungsrechten und -gesetzen sind es die Frauen, die strukturell unterdrückt und ausgebeutet werden. Die Hartz- Repressionen haben die Abhängigkeiten manifestiert. Sie richten sich gegen Männer und Kinder gleichermaßen, doch verhindern sie die notwendige weibliche Emanzipation.

6. Der **Super-GAU** in Fukushima jährt sich zum ersten Mal, und der Energiekonzern Tepco, der die Katastrophe zu verantworten hat, versucht nun, sich von seiner Schuld freizukaufen. Entschädigungsberater sollen helfen, bezahlt wird auch mit

Steuergeld. Natürlich müssen immer noch Lebensmittel wegen zu hoher Strahlungswerte aus dem Handel genommen werden. Menschen meiden Leitungswasser und leben in Furcht vor Schilddrüsenkrebs und Leukämie. Im Entschädigungsberatungszentrum von Koriyama versucht Tepco, seine Schuld zu bürokratisieren. Wer für sein Leid Entschädigung sucht, muss ein Formular von 30 Seiten ausfüllen.

Die Ereignisse in Fukushima würden von der Bertreiberfirma Tepco und der japanischen Regierung so dargestellt, dass in der Öffentlichkeit als Ursache mehr der Tsunami und weniger das Erdbeben wahrgenommen worden sei. Der Super-GAU sei jedoch eingetreten, weil wichtige Hochdruck-Einspeisesysteme unabhängig von behaupteten Tsunami-Schäden ausgefallen waren. Zudem sei die Flutwelle mit 14 Metern deutlich höher dargestellt worden, als sie vermutlich war. Die vorliegende Unfallanalyse stützt sich insbesondere auf offizielle Dokumente der japanischen Regierung und anerkannten Gutachterorganisationen der Atombehörden, die sich wiederum fast ausschließlich von der Betreibergesellschaft Tepco ableiten.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Maßstab von Gleichheit und Brüderlichkeit verhöhnt

Jetzt geht es wieder los, mit einem weiteren Schritt in noch mehr Armut. Der Satz von gleichem Recht und Brüderlichkeit wird wieder als Maßstab verhöhnt. Nach dem Gleichheitsgrundsatz kann jeder in einer vernünftigen Mitte leben, aber wieder denkt jeder nur an sich selbst und zeigt sich: „Ich bin der Fleißigste, und ich habe noch mehr“, aber das macht uns zu Wölfen, die einen saftigen Braten gleich fressen wollen. Im leben im Mehrwertsystem, wir wollen aber Menschen sein, mit sozialem Gewissen, alle zusammen. Wir sehen, wie gestreikt wird und wer die besseren sein sollen in der Abstufung zehn Euro, 200 Euro, 7.500 Euro. Für größten Schaden gibt es schnell 199.000 Euro und Chauffeur dazu. Das ist keine Menschlichkeit mehr, und das macht den Wolf bis in den letzten Winkel des Globusses. Ich und du, wir haben alle sieben Sinne, und die sind gleich, mit Glauben und Emotion. Da sehen Sie, wir sind im ganz falschen System, wenn wir Mensch sein wollen. Entweder alle reich oder alle gleich arm, das steht es in manchen Bibeln; aber das wirklich Tun, vom Atom bis zum letzten Öltropfen, ist, dass „wolf“ sich immer als der gute Mensch darstellt, der nur an Jetzt denkt und eine Horde Kinder in die ausgebrannte Zukunft entlässt.

Zuschrift von Günni, dem „Mann mit dem großen Hut“

Atomkraft nicht am Ende: Internationaler Widerstand muss wachsen

Über 100.000 Menschen waren in den letzten Tagen weltweit auf der Straße, um den Opfern der Reaktorkatastrophe vor einem Jahr in Japan zu gedenken und um die Stilllegung aller AKWs zu fordern. Die Mehrheit der Bevölkerung will einen schnellen Ausstieg aus der gefährlichen Atomenergie und den sofortigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Die führenden Energiekonzerne und ihre Dienstleister in den Regierungen wollen aber an fossiler Verbrennung und Atomtechnologie festhalten, weil damit Höchstprofite erzielt und Machtinteressen verfolgt werden.

Deshalb verfolgen sie gegenwärtig die Doppelstrategie, das Ausmaß der Katastrophe in Fukushima und die Gefahr der Atomenergie zu verharmlosen und gleichzeitig die Wende zu erneuerbarer Energie zu torpedieren. Der Kommentar im „Weser-Kurier“ vom 13. März 2012 liegt genau auf dieser Linie und verunglimpft die Proteste der Atomkraftgegner: „Die Lichterketten und Mahnwachen sind zum absurden Selbstzweck von Freizeit-Demonstranten geworden. Befürchtungen, so etwas wie in Japan könne jederzeit auch in Deutschland passieren, sind fern der Realität“. „Bei uns gibt es keine Tsunamis“: Mit solchen Sprüchen will uns die Atomlobby beruhigen.

Tatsächlich ist es um die Sicherheit in deutschen AKW keineswegs besser bestellt als um jene in japanischen Reaktoren. Ein Stromausfall im Atomkraftwerk gehört zu den gefährlichsten Situationen in einem Reaktor. Ohne intakte Notstromversorgung fällt dann – wie in Japan – die Kühlung aus, und es droht die Kernschmelze. Dafür braucht es aber keinen Tsunami. Als Auslöser genügt vielmehr schon ein simples Unwetter. Achtmal zwischen 1977 und 2004 führten Blitz oder Sturm in einem westdeutschen Atomkraftwerk zum gefürchteten Notstromfall. Außerdem sind die deutschen AKWs deutlich schwächer gegen Erdbeben geschützt als in Japan. Geologen gehen zum Beispiel in Neckarwestheim davon aus, dass aufgrund des Kalkgesteins mit 30 Prozent stärkeren Erdstößen zu rechnen ist, als beim Bau der Reaktoren berücksichtigt wurde.

Die erneuerbaren Energien haben in Deutschland im Jahr 2011 zum ersten Mal einen Anteil von 20 Prozent der Energiegewinnung erreicht. Dazu hat der Ausbau der Fotovoltaik eine wichtige Rolle gespielt. Mit einer jährlich neu installierten Leistung von 7.500 MW übernimmt sie inzwischen vier Prozent der Energiegewinnung. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, würden die erneuerbaren Energien 2020 bereits einen Anteil von 47 Prozent erreichen. Das rasche Wachstum dieser Zukunftstechnologie, die über 100.000 neue Arbeitsplätze geschaffen hat, ist den

Energiemonopolen ein Dorn im Auge. Deshalb soll die Merkel-Rösler-Regierung der Solarenergie einen „Riegel“ vorschieben: In ihrem Anti-Solar-Plan soll der Zubau von Sonnenergie auf lächerliche 900 bis 1.900 MW begrenzt werden.

Die Vergütungssätze für Solarstrom werden um 35 Prozent gesenkt. Künftig dürfen auch nur noch 85 Prozent eingespeist werden. Dadurch werden Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet und die Energiewende „an die Wand“ gefahren. Die ganze Strategie der Bundesregierung und der Energiekonzerne läuft darauf hinaus, das selbst verschuldete Scheitern der Energiewende zum Vorwand zu nehmen, um den Ausstieg aus der Atomkraft rückgängig zu machen. Sie haben sich vom Atomkurs nie abgewendet: Das sieht man zum Beispiel daran, dass die Regierung den Bau eines AKW in Brasilien mit einer Kreditbürgschaft in Höhe von 1,3 Milliarden Euro unterstützt und dass EON und RWE aktuell ihre Beteiligung beim Bau neuer AKWs in Großbritannien, Frankreich und Portugal vorbereiten.

Der internationale Protesttag war gestern ein wichtiges Zeichen, dass die Anti-AKW-Bewegung weltweit an Kraft gewonnen hat. Aber wir sind noch nicht stark genug, um die weltweite Stilllegung aller Atomkraftwerke und die Wende zu 100 Prozent erneuerbaren Energien durchsetzen zu können. Dazu bedarf es größerer Klarheit über den menschenverachtenden Gegner und einen internationalen Zusammenschluss, zum Beispiel in Form einer kämpferischen Umweltgewerkschaft.

Die „Internationale Koordinierung revolutionärer Parteien“ (ICOR) und die „Internationale Liga der Volkskämpfe“ (ILPS) haben die Initiative ergriffen, um in über 40 Ländern den Widerstand zum Schutz der natürlichen Umwelt auszubauen und zu koordinieren. In ihrem Manifest zum Gedenken an Fukushima heißt es: „Wir hoffen, dass dieses Manifest von Millionen von Menschen gegen die Atomenergie unterschrieben wird. Wir sollten die Uno auf dieses Manifest aufmerksam machen und Taten fordern. Wir rufen alle Organisationen auf, sich ab dem 11. März und bis zum Hiroshima-Tag am 6. August 2012 mit diesem Manifest an die Menschen zu wenden, um anlässlich des Gedenkens an die Toten und die Verwüstungen in Fukushima die Menschen zu mobilisieren, Teil dieser Kampagne gegen die Atomenergie zu werden“.

Harald Braun

Offensichtlich wird mit Armutswanderung gerechnet

Gestern vor einem Jahr war die Katastrophe in Fukushima. Sie forderte schon 16.000 Tote und wird noch eine Million zusätzlicher Krebsfälle bringen. Der Super-GAU in gleich drei Reaktorblöcken wurde bis jetzt nicht in den Griff bekommen. Gestern gab es weltweite Proteste und Gedenkdemos. Weltweit heißt es: Ab-

schalten, sofort! In Deutschland wird so getan, als ob das alles unnötig wäre. Als „absurd“ betitelt der „Weser-Kurier“ die Demos, denn der „Ausstieg“ sei doch längst beschlossen. Aber Wachsamkeit ist nötig! Schon will die Regierung die Solarförderung kürzen, ein Anschlag auf die erneuerbaren Energiequellen. Nach wie vor ziehen RWE, Eon, ENBW und Vattenfall die Fäden. Ihre Niederlage vor einem Jahr haben sie längst nicht hingenommen.

Kollegen aus 17 EU-Ländern bekommen drei Monate lang kein Hartz IV. Es ist kein Zufall, dass dies gerade jetzt beschlossen wird. Schließlich wurden auf Drängen der deutschen Regierung und des deutschen Finanzkapitals drastische Sparprogramme in Griechenland, Italien, Portugal und Spanien aufgelegt. In Spanien sind über 51,5 Prozent der Menschen unter 25 Jahren trotz oft guter Ausbildung arbeitslos. In Griechenland wurden die Löhne um 22 Prozent, bei den Unterfünfundzwanzigjährigen um 32 Prozent gekürzt. Die deutschen Konzerne wollen gern gut ausgebildete Arbeitskräfte, aber die Kosten für Ausbildung und Arbeitslosigkeit sollen andere bezahlen. Offensichtlich wird mit Armutswanderung gerechnet. Wir dürfen uns nicht spalten lassen! Kämpfen wir gemeinsam gegen die Krisenprogramme!

Wolfgang Lange (MLPD)

Liebe Umweltfreundinnen und -freunde! Ein Jahr nach der Atomkatastrophe von Fukushima verteilt sich die Radioaktivität immer noch unkontrolliert in den Pazifik und über die Weltmeere. Die bereits eingetretenen und noch weiteren Folgen bedrohen die Zukunft ganzer Generationen. Gleiches gilt auch schon für den „Normalbetrieb“ der Atomindustrie – von der Urangewinnung bis zu den Atomlagen. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass zum Fukushima-Jahrestag Zehntausende in Deutschland für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit demonstrieren.

Wir können gemeinsam stolz darauf sein, mit den Massenprotesten im Frühjahr letzten Jahres die AKW-Laufzeitverlängerung der Merkel/Röttgen-Regierung zu Fall gebracht zu haben. Was hat uns die Regierung nach ihrer Niederlage nicht alles versprochen, nicht zuletzt eine angebliche „Energiewende“. Wie viel davon zu halten ist, zeigt sich unter anderem bei der jetzigen Kürzung der Solarförderung.

Vor dem Hintergrund einer erneut drohenden Vertiefung der Weltwirtschafts- und Finanzkrise werden in Deutschland und weltweit bereits erkämpfte Umweltschutzmaßnahmen wieder zurückgenommen beziehungsweise hinausgezögert. Eine „Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie“ bedeutet im Kapitalismus, jeden Fortschritt dem Profitprinzip unterzuordnen beziehungsweise ihn auf dem Altar des Konkurrenzkampfes zu opfern. Der Kapitalismus funktioniert doch heute

nur noch auf der Grundlage chronischer krisenhafter Deformierung, Verseuchung und Vergiftung der natürlichen Umwelt. Ziehen wir daraus also die Schlussfolgerung: Die kapitalistische Profitwirtschaft und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit sind nicht mehr kompatibel!

Gefordert ist eine internationale Front des aktiven Widerstands zum Schutz der natürlichen Umwelt vor dieser menschen- und naturverachtenden Politik! Ein konsequenter Umweltschutz braucht die Erkämpfung gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen die grundlegende Einheit von Mensch und Natur die Leitlinie jeglicher Produktion und Verteilung wird – den echten Sozialismus. Dafür tritt die MLPD in Wort und Tat ein.

Seit dem 1. September 2011 führt die revolutionäre Weltorganisation ICOR, die „Internationale Koordinierung Revolutionärer Parteien und Organisationen“, gemeinsam mit dem ILPS , der „Internationalen Liga der Volkskämpfe“, eine einjährige Kampagne zur weltweiten Stilllegung aller AKWs durch, getragen von über 100 Organisationen in über 40 Ländern. Der heutige Tag ist auch Startschuss eines „Manifest zum Gedenken an das Desaster von Fukushima und zur Forderung nach der Beendigung der Nutzung von Atomenergie“. Bis zum Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima am 6. August werden dafür weltweit Unterschriften gesammelt und dann der Uno öffentlich übergeben.

Die Umweltbewegung hat bisher einiges erreicht und insbesondere zum gewachsenen Umweltbewusstsein in der Bevölkerung beigetragen. Zur Lösung des Problems eines drohenden und bereits begonnenen Umschlags in eine globale Umweltkatastrophe ist jedoch eine neue Qualität erforderlich. Überwinden wir die noch oft vorhandene Zersplitterung und Beschränkung auf einzelne Fragen beziehungsweise Orte und Regionen und schließen uns international eng zusammen. Blicken wir über den Tellerrand des überlebten Kapitalismus hinaus und streiten mutig, offensiv und solidarisch um die richtige systemverändernde Perspektive im Umweltkampf.

Wir müssen stärker und überlegener werden. Das geht nur organisiert und kämpferisch! Entwickeln wir das enorme Potential der vereinigten Kraft und des Zusammenschlusses von Umwelt- und Arbeiterbewegung gegen die Hauptverursacher der Umweltkrise. Dazu gilt es, voneinander zu lernen, enger zusammen zu rücken, auch Barrieren und Vorbehalte zu überwinden. In diesem Sinne wünschen wir allen weiterhin viel Mut, Offensivgeist und Durchsetzungsvermögen! Rettet die Umwelt vor der kapitalistischen Profitwirtschaft!

Grußwort der MLPD zu den überregionalen Demonstrationen und örtlichen Montagsdemonstrationen am Fukushima-Jahrestag

Trotz höherer Grenzwerte: Bei mehrwöchiger Strahlenfreisetzung wie in Fukushima müssten in Deutschland ganze Städte evakuiert werden *(„Spiegel-Online“)*

„Ich bin ein Hotspot“: Web-Festival-Betreiber lässt Internetzugang von Obdachlosen errichten *(„Spiegel-Online“)*

Mythos Fachkräftemangel: Die Zahl der laut Bundesagentur unbesetzten Ingenieurstellen wird willkürlich mit 7,14 multipliziert *(„Spiegel-Online“)*

Selbstmord aus Angst vor dem Tod: NRW-FDP lässt Rot-Grün am Haushalt scheitern *(„Spiegel-Online“)*

Alternative Krisenbewältigung: Isländer verweigern Rettung ihrer Pleitebanken und zahlen deren Schulden nicht *(„Financial Times“)*

Nein, danke: Joachim Gauck ist der falsche Präsident *(„Junge Welt“)*

Kritik zeigt Wirkung: Gauck legt erstes Lippenbekenntnis zum „Ausbau des Sozialstaatsmodells“ ab *(„Spiegel-Online“)*

Empört euch: Gegen die schrankenlose Freiheit des Fuchses im Hühnerstall *(„Indymedia“)*

Der katholische Wirtschaftsethiker Prof. Dr. Friedhelm Hengsbach, Prof. Dr. Rudolf Hickel und Finanzsenatorin Karoline Linnert führen am **Mittwoch**, dem **14. März 2012**, um **19:30 Uhr** ein ökumenisches **Gespräch** zum Thema „**Geld, Macht, Staat**“ in der Kirche Unser Lieben Frauen. Der Eintritt ist frei.

Die **Sozialdeputation** tagt am **Donnerstag**, dem **15. März 2012**, im **Haus des Reichs**, Sitzungsraum 208 der Senatorin für Finanzen, Rudolf-Hilferding-Platz 1, und zwar ab **15 Uhr** für das Land und ab **15:30 Uhr** für die Stadt. Der Senat hat endlich die Unterlagen hierzu öffentlich gemacht, entsprechend der Bürgerschaft.

Auf der **Leipziger Buchmesse** wird am **Sonntag**, dem **18. März 2012**, um **15 Uhr** auf der Bühne in Halle 5 das neueste Buch der „Georg-Elser-Initiative Bremen“ vorgestellt. Es heißt: „**Wir sind empört**! Gegen die Zerstörung des Sozialstaates und den Angriff auf unsere Grundrechte“.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

368. Bremer Montagsdemo am 19. 03. 2012

Basis von gelebter Freiheit sind wirtschaftliche Unabhängigkeit und soziale Sicherheit

1. Gauck war und ist in aller Munde, und ich bin froh, dass es nun vorbei ist, seit klar ist, was schon lange feststand, dass er nämlich **Bundespräsident** geworden ist. Ich hoffe, jetzt die Medien wieder einschalten zu können, ohne dass einer permanent Gauck hier und Gauck da vorgegauckelt wird! Den Umfragen nach soll er ja eine große Mehrheit hinter sich stehen haben. Aber ist er wirklich der Richtige, oder haben wir in ein paar Monaten nach einem erneuten Zapfenstreich einen reichen Pensionär mehr? Albrecht Müller meint, dass sich die Wahl dieses Kandidaten zum Bundespräsidenten als schlecht erweisen wird, wenn er nichts dazulernt.

Gauck habe sich zur Finanzkrise und zu den unglaublichen Folgen der Spekulation kaum geäußert. Auch scheine er die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft in Reiche und Arme überhaupt nicht im Blick zu haben. Vom ewigen Beschwören des Wertes der Freiheit gibt es weder etwas zu essen noch eine Festanstellung! „Worin besteht die Freiheit eines Arbeitslosen? Worin besteht die Freiheit einer abgearbeiteten Alleinerziehenden?“ Wenn Gauck nicht weiß, dass die Basis von gelebter Freiheit wirtschaftliche Unabhängigkeit und soziale Sicherheit sind, dann wird er nur der Präsident der Besserverdienenden.

Kann der neue Bundespräsident sich überhaupt in die Lage von Menschen versetzen, denen es nicht gut geht, weil sie sich als Leiharbeiter ausbeuten lassen, ihr kümmerliches Gehalt aufstocken, sich vielleicht von Praktikum zu Praktikum hangeln müssen und dabei noch die Bedingungen der Verfolgungsbetreuung ertragen müssen? Lieben diesen Mann wirklich alle, oder sollen wir hier vergauckelt, äh: verschaukelt werden? Nein, nicht alle stimmen in den Jubelchor mit ein: Es stört linke Aktivisten und Migrantenvertreter, dass Gauck die Empathie für die soziale Bewegung fehle, dass er das Engagement von Menschen, die in der

„Occupy“-Bewegung auf die Straße gehen, ins Lächerliche ziehe, ausgerechnet Sarrazin „mutig“ findet. Anstelle eines Lobliedes auf die Freiheit (der Besserverdienenden) solle er lieber eine Lobeshymne auf die Gerechtigkeit anstimmen – schließlich gibt es viel zu viele, die sich diese Freiheit gar nicht leisten können!

Martin Behrsing formulierte so schön, wer Menschen, die bereits 2004 gegen die geplante Hartz-IV-Gesetzgebung demonstrierten, als „töricht und geschichtsvergessen“ bezeichne und die „Occupy“-Bewegung mit seiner Kapitalismuskritik für „unsäglich albern“ halte, sich fragen lassen müsse, ob er wirklich ein Bundespräsident für alle werden kann. In der Politik und Wirtschaft gebe es genügend Menschen, „die täglich zeigen, wie sehr sie Armut ankotzt“. Einen arroganten Oberlehrer brauchen wir dann nicht auch noch als Bundespräsidenten.

Die als „Stuttgart-21“-Gegnerin bekannte Kabarettistin Christine Prayon frotzelt: „Gauck findet Hartz IV prima, ‚Occupy‘ albern, Sarrazin ‚mutig‘ und die Entscheidung, aus der Atomkraft auszusteigen, ‚gefühlsduselig‘. Was lernen wir daraus? Aus der Kernkraft auszusteigen, schützt leider nicht vorm Super-Gauck.“ Dabei betrachtet Gauck sich selbst erstaunlicherweise nicht nur als einen Liberalen und Konservativen, sondern auch als einen Linken. Alea iacta est. Für mich ist er keinesfalls ein Präsident der Herzen, höchstens derer aus Eis und wohl eher ein Präsident für die mit dem prall gefüllten Portemonnaie.

2. Die Idee des Berliner Sozialsenators, dass Job-Center künftig die Kosten von **Hartz-IV-Klagen** tragen sollen, um die Zahl der Gerichtsverfahren zu reduzieren, gefällt mir sehr, weil ausnahmsweise mal die Verursacher und nicht immer die Hartz-IV-Bezieher als ewige Sündenböcke zur Verantwortung gezogen werden. Unverschämt herablassend und völlig am Thema vorbei empfinde ich dagegen die Forderung, dass die „Qualität der Bescheide so verbessert werden“ müsse, „dass sie jeder versteht“. Die Leute klagen keinesfalls, weil sie zu ungebildet wären, um die Bescheide zu verstehen, sondern weil die Bescheide schlicht und ergreifend falsch sind!

3. „Linken“-Fraktionschef Oscar Lafontaine will die Reichsten in Deutschland wieder zur Kasse bitten. Es verarme kein Millionär, wenn ihm bis zu 75 Prozent **Einkommensteuer** abgeknöpft würde! Lafontaine erinnerte daran, dass der Spitzensteuersatz nach dem Zweiten Weltkrieg bei 95 Prozent gelegen habe und daran auch „keiner gestorben“ sei. Außerdem setzte er sich für Generalstreiks als politisches Druckmittel in Deutschland ein. Lafontaine sagte, dass der politische Streik immer dann ein Instrument sei, wenn das Parlament gegen elementare Interessen der Bevölkerung abstimmte. Dies sei bei der Agenda 2010 und bei Hartz IV so gewesen. Schließlich heiße Demokratie Volksherrschaft und nicht Minderheitenherrschaft.

4. Laut Reinhold Schramm ist die Bundesregierung ein „Brandbeschleuniger für noch mehr Altersarmut“, wenn diese im nächsten Jahr den Zuschuss an die ge-

setzliche **Rentenversicherung** um eine Milliarde Euro und in den Folgejahren um 1,25 Milliarden Euro kürzen will. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sagt dazu, die Rentenversicherung werde bis auf das letzte Hemd ausgeraubt, wenn die Koalition den Rentenbeitrag weiter senke und den Steuerzuschuss kürze. Dann blieben keine Spielräume gegen die drohende Altersarmut, und Bundesministerin von der Leyen würde mit ihrem ohnehin kläglichen Versuch, Altersarmut zu vermeiden, „frontal gegen die Wand“ fahren. Die dringend nötige Aufbesserung von Armutsrenten werde damit grundsätzlich in Frage gestellt.

Buntenbach fordert, die Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung für schlechte Zeiten zurückzulegen und den Beitragssatz stabil zu halten. Wer aber heute den Beitrag und die Steuerzuschüsse senke, kürze die Renten von morgen. Nach den Plänen der Lobby-Bundesregierung werden bis zum Jahr 2016 4,5 Milliarden Euro aus der Arbeitslosenversicherung in den Bundeshaushalt umgeleitet. Hierzu sagte Annelie Buntenbach, dass es genauso unverantwortlich sei, den Staatshaushalt auf Kosten der Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung sanieren zu wollen. Es sei fatal, wenn sich die Bundesregierung an den Sozialversicherungen vergeht, nur um sich zum „Oberstreber der einseitigen europäischen Kürzungsorgie“ aufzuspielen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Ruhigstellen ohne Genehmigung: Um Personal zu sparen, werden Demenzkranke in „Pflegeheimen“ mit chemischer Gewalt außer Gefecht gesetzt *(„Die Welt“)*

Verwirkt den Leistungsanspruch, wer sich nicht untersuchen lässt?

Die Fraktion der Partei „Die Linke“ hat aktuell durch mehrfaches Nachfragen eine Aussage der Bundesregierung zu den ärztlichen Untersuchungen auf Veranlassung der Fallmanager erhalten. Die Antwort der Regierung unterstellt dabei die Notwendigkeit dieser **Zwangsuntersuchungen**. Auf Seite 5 steht: „Die Notwendigkeit eines sozialmedizinischen oder psychologischen Gutachtens ergibt sich im Rahmen des individuellen Eingliederungsprozesses, wenn sich zeigt, dass die leistungsberechtigte Person gesundheitlich so stark eingeschränkt ist, dass entweder generelle Zweifel an der Erwerbsfähigkeit bestehen oder es zumindest der

fachkundigen Feststellung bedarf, welche Tätigkeiten ohne das Risiko einer gesundheitlichen Gefährdung zumutbar ausgeübt werden können beziehungsweise für welche Tätigkeiten eine Eignung besteht.“

Was folgern wir daraus? „Wenn sich zeigt“ heißt, das Ansinnen muss begründet werden. Diese Begründung kann eingefordert werden. Auf Seite 5 steht weiterhin, dass „die Einwilligung der leistungsberechtigten Person zwingend vorausgesetzt“ wird. Damit wäre eigentlich klar, dass es ohne Zustimmung keine Einladung zum Untersuchungstermin und somit keine Untersuchung geben kann. Aber auf Seite 6 steht: „Das Selbstbestimmungsrecht des Bürgers ist einer der Gründe, warum keine Rechtspflicht, die mit Zwangsmitteln durchgesetzt werden könnte, zur Teilnahme an ärztlichen und psychologischen Untersuchungen im Sozialgesetzbuch normiert wurde. Damit ist sichergestellt, dass ohne Einwilligung des Betroffenen kein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit der Bürger erfolgt.“ Und weiter: „Die betroffenen Bürger können sich hier entscheiden, ob sie ihrer Obliegenheit nachkommen oder nicht und dafür gegebenenfalls Rechtsnachteile in Kauf nehmen.“

Damit wird angedroht, dass den Leistungsanspruch verwirkt, wer sich nicht untersuchen lässt! Dies steht auch noch deutlicher in dieser Antwort. Wie geht der Erwerbslose damit um? Ich bin für offensives Vorgehen. Meistens wird diese Untersuchung als positives Angebot unterbreitet: „Wir haben über unseren ärztlichen Dienst diese Möglichkeit.“ Wer eine Fortbildung oder Umschulung beantragt hat, kommt nicht umhin, dieser Untersuchung zuzustimmen. Es ist aber möglich, die Zustimmung einzuschränken, auf eine „Untersuchung wie für eine Einstellung“. Dies ist die Meinung eines Sozialrichters in Bremen. Auch Arbeitgeber lassen die Bewerber vom Betriebsarzt untersuchen. Logisch!

Wer von dieser Untersuchungsmöglichkeit durch den ärztlichen Dienst des (No-)Job-Centers nicht überzeugt ist, kann den Fallmanager bitten, sein Ansinnen zu erläutern und, falls dieses nicht überzeugend ist, sagen: „Geben Sie mir Ihre Begründung bitte detailliert schriftlich mit“ oder: „Stellen Sie Ihre Fragen schriftlich, ich gehe damit zu einem Arzt meines Vertrauens“. Bislang war mit diesem Vorbringen die Nutzung des ärztlichen Dienstes des (No)Job-Centers erledigt. Auch wurden keine schriftlichen Fragen gestellt. Der Vorschlag wurde einfach fallengelassen!

Auf Seite 6 heißt es weiter: „Schließlich liegt es im allgemeinen öffentlichen Interesse und im Interesse der vielen Millionen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass die Leistungsberechtigten ihren Teil dazu beizutragen, dass die aus dem Steuer- und Beitragsaufkommen zu bestreitenden Leistungen von den Behörden gesetzeskonform festgesetzt und erbracht werden können.“ Diese Sichtweise der Bundesregierung kann mensch durchaus aufgreifen, denn aus ihr ergibt sich auch, dass die Aufforderung zur amtsärztlichen Untersuchung gut überlegt sein will, weil dadurch Kosten entstehen.

Auch hier ist festzustellen: Gegenwehr ist möglich! Eine Nutzung dieser Gegebenheiten auch. Zuerst die Nutzungsmöglichkeit: Die Aussage, diese Untersuchung soll für alle Sozialversicherungsträger verbindlich sein, hat sich noch nicht durchgesetzt. Das Sozialamt und die Rentenversicherung vertrauen nur dem eigenen ärztlichem Dienst. Die Gegenwehr ist mit Widerspruch und notfalls Klage möglich. Dabei ist aber zu beachten, dass der Widerspruch gegen die Eingliederungsvereinbarung als Verwaltungsakt keine aufschiebende Wirkung hat. Bitte im Widerspruch vermerken: „Hiermit beantrage ich die aufschiebende Wirkung dieses Widerspruchs und bitte um kurzfristige Bestätigung.“ Wenn dies nicht umgehend bestätigt wird, die Hilfe des Sozialgerichts per Eilverfahren suchen. Ich gehe aber davon aus, dass das (No-)Job-Center bereits bei der Begründung das Handtuch werfen wird. Wie dies alles geht? Wir gehen mit!

Falls eine einvernehmliche Untersuchung ergibt, dass die tägliche Leistungsfähigkeit unter drei Stunden liegt und daher kein Anspruch auf ALG II mehr besteht, so ist das ALG II trotzdem weiterzuzahlen, bis der zuständige Leistungsträger die Zahlung aufnimmt. Die Überzahlung kann das (No-)Job-Center mit dem Sozialamt beziehungsweise der Rentenversicherung verrechnen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass eine Vermittlung in Arbeit schon lange nicht mehr stattfindet! Der größte „Vermittlungserfolg“ ist die Vermittlung in *Erwerbsunfähigkeit*. Der Nachgeschmack beim Gedanken an Zwangsuntersuchungen ist sehr erinnerungsbehaftet! Sie sind eines Sozialstaates unwürdig!

2. Aus persönlicher Überzeugung möchte ich auf das neue Buch der „Georg-Elser-Initiative Bremen“ hinweisen. Es wurde am vergangenen Sonntag auf der Leipziger Buchmesse vorgestellt und heißt: „Wir sind empört! Gegen die Zerstörung des Sozialstaates und den Angriff auf unsere **Grundrechte**“. In der Ankündigung heißt es: „Experten und engagierte Bürger beschreiben die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte in unserem Land. Schwerpunkte dabei sind: Welches Geschichtsbild herrscht bei uns? Sind auf dem Weg in einen legalen Polizeistaat? Was passiert mit Millionen von Hartz-IV-Empfängern auf den Ämtern? Wie kann Arbeit gerechter verteilt werden? Wer profitiert von der Spaltung der Gesellschaft?“ In diesem Buch steht auch ein Beitrag von mir über Erfahrungen mit der Armut und die „Angst vorm Klappern des Briefkastens“. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Hänflinge beim Hitlergruß: „Entarteter“ Bremer Böttcherstraßen-Künstler versuchte vergeblich, sich bei den Nazis anzubiedern *(„Bild“-Zeitung)*

„Verfassungsschutz“ lässt V-Leute von der Leine: Grundlage fürs NPD-Verbot muss Potsdamer Abkommen sein, nicht Parteienrecht *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Montagsdemo Hamburg legt sich mit menschenverachtender kapitalistischer Wohnungswirtschaft an

In Hamburg fehlen 40.000 Wohnungen. Der Wohnungsbau wurde seit 1980, schon unter SPD-Senaten, zurückgefahren. Im gleichen Zuge stiegen die Bruttokaltmieten um 22,3 Prozent, nicht gerechnet die Wucherpreise bei Strom und Heizung. Das Neubauprogramm des neuen SPD-Senats von 6.000 Wohnungen ist ein Zugeständnis an die anhaltenden Proteste, angesichts des Mangels aber ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Wohnungswirtschaft beteuert eilfertig, das würde nicht zu Mietpreissenkungen führen.

Der Leiter der Rechtsabteilung des Mietervereins Hamburg rechnet vor: „Bei Vermietern gilt die Regel, eine Familie muss einen Wochenlohn für die Warmmiete aufbringen. Bei einer neu vermieteten 90-Quadratmeter-Wohnung von 1.300 Euro Warmmiete müsste eine Familie dafür über ein Nettoeinkommen von 5.400 Euro verfügen. Das sei illusorisch, sagt Chychla. Schließlich verfügten in Hamburg zwei Drittel der Haushalte nur über ein Nettoeinkommen von unter 3.000 Euro“ (Hamburger Abendblatt, 3. März 2012).

Unser Mitstreiter Joachim von der Montagsdemo Hamburg wurde unverschuldet wohnungslos und hatte nach drei Monaten noch nichts Neues. Da legt sich die Montagsdemo mit dem Senat an und forderte am 1. Dezember 2011 in einem Offenen Brief vom Ersten Bürgermeister und der städtischen Wohnungsbaugesellschaft Saga-GWG eine Sofortlösung bis Ende des Jahres: „Eine Notunterkunft ist im Allgemeinen schon eine Zumutung, in diesem Fall aber schlicht unzumutbar.“ Joachim hat nach 40 Jahren Arbeit auf einer Rostocker Werft und danach bei Spar in Hamburg starke Arthrose, Altersdiabetes und einen noch nicht behandelten grauen Star.

Den Eingang des Offenen Briefes ließen wir uns mit einem Eingangsstempel auf dem Rathaus bestätigen und gingen noch am selben Abend mit sechs Leuten von der Montagsdemo zur Bürgersprechstunde von Olaf Scholz mit circa 120 Besuchern. Starken Applaus bekamen wir für die Begründung unserer Forderung: „Unbürokratisch für Tausende Wohnungssuchende wäre die sofortige Umwidmung von leer stehenden Büroräumen in Wohnräume. Das wäre ein Zeichen von Ihnen, dass der Senat der Wohnraumverknappung als erwünschter Geschäftsgrundlage für den Mietwucher großer Immobiliengesellschaften entgegentritt.“ 1,4 Millionen Quadratmeter Büroraum stehen in Hamburg leer!

Olaf Scholz gab über seinen Pressereferenten zu verstehen, dass er sich um diesen Einzelfall kümmern will. Mit den Immobilienhaien will er sich aber nicht mal verbal anlegen. Die Saga als größter Hamburger Wohnungsgeberin ist selbst Teil dieser kapitalistischen Wohnungswirtschaft: „Sie wirft jedes Jahr Gewinne

in dreistelliger Millionenhöhe an die Stadt ab. Die verschleppte Sanierung von Schulgebäuden und die Finanzierung großer Teile der Elbphilharmonie werden über die Saga betrieben“, schreibt Petra Paul von „Mietenwahnsinn stoppen“.

Nach einem harten Wortgefecht mit unserer dreiköpfigen Delegation musste der Leiter einer Saga-Geschäftsstelle von seinem „kaufmännischen Standpunkt“ abrücken, es handle sich um „keinen dramatischen Fall“ und Joachim stehe „am Ende der Bonitätsliste“. Zum Schluss sicherte er ihm eine Wohnung zu. Dazu trugen der Rathausstempel auf dem Offenen Brief und der politischen Rückwind des Senats bei, deren Bausenatorin Aufsichtsratsvorsitzende der Saga ist. Das „obere Ende der Bonitätsskala“ geht in diesen Wochen durch die Presse: ein Herr Wulff, Altbundespräsident, mit der Finanzierung seines bescheidenen Eigenheims, oder der alte Hamburger Regierungschef Ahlhaus mit seinem Deal der Vermittlung einer Luxusvilla ohne Courtage gegen einen Gesetzentwurf zur Steuersenkung für Hamburger Spielbanken.

„Ohne die Montagsdemo hätten Sie in Ihrer Situation keine Chance auf eine Wohnung“, musste der Saga-Geschäftsstellenleiter anerkennen. Wir kamen inzwischen auf mehr als ein Dutzend Aktivisten im Kampf um eine Wohnung. Ende Februar konnte Joachim den Mietvertrag unterschreiben. Der Umzug musste kurzfristig organisiert werden. Das Jobcenter verlangte drei Kostenvoranschläge von Umzugsfirmen: Das wurde nicht mal bei der Elbphilharmonie verlangt! In der kurzen Zeit ist das unmöglich, wir müssen den Umzug in einem neuen Kraftakt selbst durchführen. Im Einzelfall haben wir uns so durchgesetzt. Wir sind sehr stolz auf den Erfolg der praktischen Solidarität.

Was das Ganze angeht, stellen wir die Forderungen auf: Für höhere Löhne und Gehälter! Unbegrenzte Fortzahlung des Arbeitslosengeldes I! Kampf um die Schaffung von ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum! Wir singen auch gern das Lied der Kommunarden von Bert Brecht: „In Erwägung, dass da Häuser stehen, während ihr uns ohne Bleibe lasst, haben wir beschlossen, jetzt dort einzuziehen, weil es uns in unseren Löchern nicht mehr passt. In Erwägung, dass wir der Regierung, was sie immer auch verspricht, nicht trauen, haben wir beschlossen, unter eigner Führung uns nunmehr ein gutes Leben aufzubauen.“ Das wäre ein Aspekt einer vom Kapitalismus befreiten Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung!

Zuschrift von Christian Kölle, Montagsdemo Hamburg
(18:15 Uhr Mönckebergstraße/Spitalerstraße)

Bürgerverachtung im Saarland: Warum wählen, wenn das Ergebnis Große Koalition schon vorher feststeht? *(„Tageszeitung“)*

Ob Stadt, ob Land: FDP raus, Piraten rein *(„Die Welt“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

369. Bremer Montagsdemo
am 26. 03. 2012

Frauen brauchen gleichen Lohn für *gleichwertige* Arbeit

1. Der Gesundheitsexperte Gerd Glaeske vom Zentrum für Sozialpolitik an der Bremer Universität beklagt, dass in Deutschland eine Viertelmillion an Demenz erkrankter Menschen **Psychopharmaka** verabreicht bekommen, ohne dass es ihnen hilft. Mit dieser Praxis kann lediglich Personal eingespart werden, damit die Heimbetreiber noch mehr verdienen können. Verschiedene Wissenschaftler und der Sozialverband VDK empfehlen dagegen, mehr Pflegeheime umzubauen, damit Demenzerkrankte durch eine intensive Betreuung zu ihrem Recht kommen und nicht mehr aus lauter Bewegungsdrang aus dem Heim weglaufen müssen. Was für eine menschenverachtende, neoliberale Politik, die jeden, der nicht mehr ökonomisch verwertbar ist, kostensparend kalt stellen will! In meinen Augen ist das Körperverletzung!

2. Mit ihrer Forderung nach 40 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten der börsennotierten Unternehmen bis zum Jahr 2020 bringt die EU- Kommissarin Viviane Reding Familienministerin Kristina Schröder (CDU) in die Bredouille oder auch auf den Plan, weil diese die Quote mit der Begründung strikt ablehnt, dass einer solchen ein „kollektivistisches Denken“ zugrunde liege. Überdies lehne sie „Belehrungen aus Brüssel“ für Berlin ab. Reding widersprach dieser Auffassung, weil es schon seit den Römischen Verträgen von 1957 eine ausdrückliche Zuständigkeit Europas für die **Gleichberechtigung** von Mann und Frau gebe. Die Selbstverpflichtungen seitens der Wirtschaft sind Schall und Rauch, sie sorgen kein bisschen für einen höheren Frauenanteil in Spitzenpositionen!

Wenn der Anteil von Frauen in den Aufsichtsräten und Vorständen im vergangenen Jahr um niedliche zwei Punkte von zwölf auf 14 Prozent gestiegen ist, dann ist dieses Schneckentempo entschieden zu langsam! Die 60-jährige EU-Politikerin warf der 34-jährigen Ministerin vor, mit ihrer Politik der Freiwilligkeit nicht genügend Druck auf die Unternehmen auszuüben, und ergänzte, als sie in

ihrem Alter war, habe sie auch mal geglaubt, dass Frauen es ohne Quote schaffen würde, aber inzwischen wisse sie es besser. Kristina Schröder schien nicht wirklich zu begreifen, was die EU-Kommissarin ihr zu erklären suchte, weil sie so herzallerliebst blauäugig darauf pochte, dass Frauen „kein Mitleid“ bräuchten, sondern einfach nur „faire Chancen“.

Witz komm raus, Frau Schröder! Die meisten ergrauten Herren auf ihren Chefsesseln wollen, wie wir seit Jahrzehnten sehen müssen, Frauen keine fairen Chancen bieten und haben schon gar kein Mitleid mit ihnen! Darum müssen sie dazu gezwungen werden, endlich eine demokratische, nicht sexistische Machtverteilung zu praktizieren. Diese Herren sind eher bei der Wahrung ihrer eigenen Interessen engagiert. Warum wohl bekleidet eine so junge und unerfahrene Frau den Posten einer Familienministerin? Warum wurde er nicht mit einer älteren, erfahrenen Politikerin besetzt? Wer hatte den Platz zu vergeben, wer das Sagen und wollte bestimmt nicht mit gestandenem, wortgewandtem und kenntnisreichem Widerspruch einer Lebenserfahrenen konfrontiert werden?

3. Bremens Frauenbeauftragte Ulrike Hauffe fordert eine bessere Bezahlung für **Frauenjobs**. Die Parole „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, welche die „Bremer Frauenunion“ auf eines der vielen Transparente beim „Equal Pay Day“ am 23. März 2012 geschrieben hatte, greife viel zu kurz, weil Frauen in Bremen nicht nur um 25 Prozent schlechter als ihre männlichen Kollegen bezahlt würden, sondern es auch um gleichen Lohn für *gleichwertige* Arbeit gehe: Mit welcher Berechtigung bekommt eigentlich ein Berufsfahrer 15,64 Euro die Stunde, wohingegen eine Alterpflegerin nur 11,84 Euro die Stunde erhält? Ist die Arbeit am oder mit dem Auto etwa wichtiger oder schwieriger als die an Menschen? Pflegerinnen bekommen trotz des vielen Hebens der Alten im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen keine Zulagen für körperliche Arbeit. Hauffe bemängelt, dass den Frauen ihre oft hohe Verantwortung für andere Menschen nicht honoriert werde. Wieso verdient eine Erzieherin nur halb so viel wie ein Techniker, obwohl doch beide eine Fachschule besuchten? Männer scheinen sich selbst per se besser zu bewerten! („Tageszeitung Bremen“ vom 24. März 2012, Seite 44)

4. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen kritisiert den Missbrauch von Zeitarbeit zur **Lohnsenkung** und will mit einer neuen Regelung Abhilfe schaffen. Weil es für sie inakzeptabel sei, dass Mitarbeiter längerfristig für ein und dieselbe Arbeit unterschiedliche Löhne bekommen, will sie sich in dieser Legislaturperiode für die gleiche Bezahlung von Zeitarbeitern mit der Stammbelegschaft einsetzen. Für sie sei Leiharbeit ein „ganz wichtiger Faktor“, um Auftragsspitzen abzufedern und kurzfristig „Flexibilität“ zu schaffen, doch dürfe Zeitarbeit weder dauerhaft Löhne senken, noch feste Arbeit ersetzen. Allerdings lehne die Ministerin eine Verpflichtung der Unternehmen darauf ab, auch Männern und Frauen für gleiche Arbeit gleiche Löhne zu zahlen, weil dies das „ureigenste Geschäft“ von Gewerkschaften und Arbeitgebern sei. Meiner Meinung nach fällt sie hier den Frau-

en in den Rücken: Sie will offenbar nicht berücksichtigen, dass nicht alle Frauen solch exklusive, privilegierte Arbeitsstellen innehaben wie ihre Kollegin Kristina Schröder oder sie selbst!

5. Die Bundesagentur für Arbeit sei seit Inkrafttreten der menschenverachtenden Hartz-Gesetze dafür bekannt, dass sie nichts auslasse, um den Menschen Angst einzujagen, damit sie gefügig werden, sagt Katja Kipping, die dann beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales nachfragte. Die Bundesregierung gab zu, dass Beziehende von Arbeitslosengeld oder Hartz-IV-Leistungen sich unter Androhung von Sperrzeiten und Sanktionen amtsärztlichen beziehungsweise psychologischen **Untersuchungen** unterziehen müssen. Selbstredend ist diese Untersuchung immer „vollkommen freiwillig“, nur dass eine Verweigerung der Einwilligung zur Untersuchung durch den psychologischen Dienst als „fehlende Mitwirkung“ bei der Arbeitssuche eingeordnet und dementsprechend mit Sanktionen – also der Kürzung der Leistungen in 30-Prozent-Schritten bis zur völligen Leistungsstreichung – geahndet werden kann!

Die Entscheidung, ob jemand zum Psychologen müsse, wird von eigentlich völlig fachfremden Verwaltungsangestellten getroffen, die uneigentlich, aber nachweisbar darauf getrimmt seien, eine Quote in Sachen Sanktionen zu erfüllen, um Kosten zu sparen. Auch kann und darf kein Arzt oder Therapeut des Vertrauens gewählt werden, weil sämtliche Psychologinnen und Psychologen, welche mit der Erstellung entsprechender Gutachten beauftragt sind, nicht etwa selbständig tätig seien, sondern Angestellte der Bundesagentur sind. Ach ja, wes’ Brot ich ess’, des’ Lied ich sing, trallala!

Auf diese unschöne Weise können ALG-II-Beziehende in den Bereich des SGB XII abgeschoben werden und dabei behilflich sein, die Arbeitslosenstatistik wieder hübsch zu frisieren. Zumindest werden ALG-II-Beziehende massiv eingeschüchtert und zur Aufnahme sittenwidrig bezahlter Billigjobs veranlasst, um nur ja nicht in die Gefahr zu geraten, mit dem Makel psychologischer Probleme belastet zu sein. Seit 2006 wurden laut Angaben des Ministeriums 259.173 Menschen zum Psychologen geschickt! Jede(r) sollte unbedingt *nur* mit einem Beistand zum Termin beim Jobcenter und oder zu einer solchen Untersuchung gehen, einen Ausdruck von der Diagnose anfordern, Akteneinsicht nehmen, Widerspruch gegen Sanktionen einlegen und rechtlich dagegen vorgehen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

440 Euro reichen nicht zum Leben: Piraten fordern ein Grundeinkommen, von dem mensch auf Hartz IV aufstocken muss *(„Tageszeitung“)*

Fünf Tage Serverabsturz nach israelkritischer Veröffentlichung: „Ihre Daten sind bei uns so sicher wie in einem Tresor“ *(„Neuen Rheinische Zeitung“)*

Acht Millionen haben einen Armutslohn – wie lange noch?

Acht Millionen Menschen in Deutschland müssen für weniger als 9,15 Euro brutto pro Stunde arbeiten. Das zeigt eine neue Studie des „Instituts Arbeit und Qualifikation“ (IAQ). Dabei sind 9,15 Euro noch eine Ausnahme, die Realität sieht weit gravierender aus. Die Durchschnittslöhne im Niedriglohnsektor liegen weit darunter: im Westen bei 6,68 Euro, im Osten bei 6,52 Euro. Inzwischen arbeiten 1,4 Millionen Menschen für einen Stundenlohn unter fünf Euro brutto.

Frauen sind von Niedriglöhnen doppelt so häufig wie Männer betroffen. Fast alle Beschäftigten mit einem Minijob auf 400-Euro- Basis müssen für Niedrigstlöhne arbeiten. Stark betroffen sind auch „Unterfünfundzwanzigjährige, befristet Beschäftigte, Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sowie Ausländer“, führt die Untersuchung aus. Die große Mehrheit der knapp acht Millionen Betroffenen hat einen Beruf erlernt. 80 Prozent der Frauen im Niedriglohnsektor haben zum Beispiel eine abgeschlossene Berufsausbildung. Etwa die Hälfte der niedrig bezahlten Beschäftigten hat sogar eine Vollzeitstelle. Fast 800.000 von ihnen erhalten weniger als 1.000 Euro brutto im Monat.

Deshalb müssen heute über 2,5 Millionen Beschäftigte einen Zweitjob annehmen, im Jahr 2003 waren es „nur“ 1,2 Millionen. 1,3 Millionen Menschen benötigen trotz Arbeit heute die „Aufstockung“ durch Hartz IV. Die Zunahme „arbeitender Armer“ ist direkte Folge der Hartz- Gesetze. Dies hat sich durch die Weltwirtschafts- und -finanzkrise seit 2008 drastisch verschärft. Die deutschen Konzerne konnten ihren Export vor allem dadurch steigern, dass sie das Lohnniveau über Jahre systematisch nach unten gedrückt haben.

Die Veröffentlichung der Studie hat die Debatte über einen flächendeckenden Mindestlohn wieder verstärkt aufflammen lassen. Der Präsident des „Sozialverbandes Deutschland“ Adolf Bauer unterstrich, „wie notwendig ein für alle Beschäftigten geltender Mindestlohn ist“. Die IAQ-Forscher wollen für alle Branchen und Beschäftigtengruppen 8,50 Euro brutto als Mindestlohn. Davon kann man keine Familie ernähren. Mindestens zehn Euro pro Stunde sind dringend notwendig, und zwar für alle!

Geradezu frech ist vor diesem Hintergrund die Behauptung der kommunalen Arbeitgeber, sie kämen mit ihrem mickrigen Angebot von 3,3 Prozent mehr Lohn und Gehalt für zwei Jahre im öffentlichen Dienst den Forderungen von Verdi entgegen. Das wären 1,65 Prozent pro Jahr! Unverschämt beschimpfte der „Verband der Metall- und Elektroindustrie“ die Tarifforderung von 6,5 Prozent, sie pas-

se „nicht zur aktuellen wirtschaftlichen Lage“. Wann passt sie den Herren dann? Seit 17 Jahren sind die durchschnittlichen Reallöhne in Deutschland gesunken. Die Fortsetzung der Spirale nach unten lässt ein gewaltiges Armenheer ansteigen. Der offensive Kampf für die Durchsetzung der aufgestellten Lohnforderungen und für einen Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde passt voll in die aktuelle Landschaft!

Harald Braun

„Schlecht für die Nordsee“: Die ist dank außer Kontrolle geratener Tiefbohrungen für unsere „geile neue Karre“ leider total tot *(„Spiegel-Online“)*

„Illegale Hautfarbe“: Deutsche Richter säen die Saat des Mistrauens und des Rassismus *(„Tageszeitung“)*

Uschi, mach kein’ Quatsch!

Sehr geehrtes Uschi-Glas-Team! Ich möchte Sie bitten, meine Mail an Frau Glas weiterzuleiten beziehungsweise ihr den genauen Inhalt zur Kenntnis zu bringen. Vielleicht möchte Frau Glas hierzu ja etwas richtigstellen? Am vergangenen Sonntag hat Uschi Glas, Schauspielerin und Lobeshymnensängerin der „Bertelsmann- Stiftung“, in der Sendung „Hart aber fair“ behauptet, Verwandte – hier der Onkel von auf Hartz IV angewiesenen Kindern – könnten eine Bescheinigung für erteilte Nachhilfestunden im Rahmen des „Bildungspaketes“ (in Wahrheit: der Bildungsblendgranate!) mit dem Jobcenter abrechnen. Sie hat so den Eindruck erweckt, Hartz IV-Bezieher würden selbst hierzu betrügen.

Ich wollte es genau wissen, ob so was möglich sein kann, oder ob Uschi Glas sich möglicherweise an einer pauschalen Verunglimpfung von Menschen beteiligt, die auf Hartz IV angewiesen sind. Nach Auskunft des Jobcenters Oldenburg entsteht hier leider ein solcher Eindruck. Dessen Antwort lautet nämlich: „Sehr geehrter Herr Wege! Personen, die Lernförderung anbieten wollen, müssen den beigefügten Interessenbekundungsbogen ausfüllen und die darin genannten Nachweise zur Prüfung durch das Amt für Jugend, Familie und Schule einreichen. Wird von dort die Geeignetheit der Person festgestellt, schließen wir eine Leistungsvereinbarung mit der ‚Lernförderin‘ beziehungsweise dem ‚Lernförderer‘. Das Kind beziehungsweise die Eltern haben bei der Auswahl des Anbieters dann ein Wahl-

recht. Bei der Abrechnung muss bestätigt werden, dass Lernförderung tatsächlich im abgerechneten Umfang erteilt wurde.“

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Bloß nicht über Krieg, Reichtum und Armut sprechen: Amerikas Kindern wird das kritische Denken abgewöhnt *(„Spiegel-Online“)*

Schlecker-Beschäftigte werden nicht „aufgefangen“: „Es ist nicht Aufgabe des Staates, für unternehmerische Fehler zu bezahlen“, sofern keine Banken betroffen sind *(„Spiegel-Online“)*

Betriebsklima in kürzester Zeit abgekühlt: Wann werden die Bremer Medien endlich zu 100 Prozent Hellwig-frei? *(„Tageszeitung“)*

Die **Montagsdemobewegung** ruft auf zur Teilnahme an der **10. Bundesdelegiertenkonferenz** am **31. März 2012** in **Kassel**.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

370. Bremer Montagsdemo am 02. 04. 2012

Europa rüstet auf, und Hartz IV liefert das Personal

1. Wer erinnert sich an 1982? Wer hat in jenem Jahr etwas als sehr negativ erlebt, genauer: 1982 etwas sehr Negatives erlitten? So nachhaltig, dass sich seitdem über 300 beteiligte Briten das Leben genommen haben? 1982 war der Falklandkrieg. 1.000 Menschen sind während dieses Krieges gestorben, und anschließend gab es über 300 Selbstmorde von britischen Teilnehmern an diesem Krieg. Ein Veteran sagte: „Diese Schreie der Sterbenden, diese wie Wachs abtropfende verbrannte Haut, diesen Geruch werde ich nicht wieder los bis ans Ende meiner Tage.“ Der „Deutschlandfunk“ hat Montagmittag sehr eindringlich über dieses Thema berichtet. Insbesondere das Detail „Suizide und kein Ende“ war in vielen anderen Medien nicht vorhanden. Die Selbstmordserie ist trotz Unterstützung der britischen Veteranen wahrscheinlich noch nicht beendet!

Ich habe diesen Bericht im Internetauftritt des „Deutschlandradios“ gesucht und nicht gefunden. Auf dem Sendeplatz steht ein Bericht über das Thema Falklandkrieg vom Sonntag – ein sehr ausführlicher Bericht, aber ohne Erwähnung der Selbstmorde. Für die argentinischen Veteranen und Kriegsversehrten hat das Vaterland nichts über. Wer heute Soldat ist, sollte sich die Kriegsbilder ansehen, die dokumentarischen Filme und die anschließende Behandlung der Ex- Soldaten durch die Bürokratie ihres Vaterlandes. Unversehrt kommt keiner aus diesen Einsätzen zurück: Im Unterbewusstsein sind die Schreie, der Tod von Mitmenschen und anderes unauslöschbar gespeichert. Viele Soldaten zerbrechen an dieser Last!

Die Soldaten der Bundeswehr sind nur ein Baustein in den Überlegungen der Europäischen Union. Die EU hat eine eigene militärische Struktur aufgebaut, zur Interessenvertretung, jederzeit, an allen Orten der Welt! Der Ersteinsatz ist möglich *ohne* Einschaltung des Europäischen Parlaments. Auch der Deutsche Bundestag muss nicht gefragt werden. Der Oberbefehlshaber entscheidet autonom, also allein – auch über den Einsatz innerhalb der EU, etwa in Berlin oder Lon-

don. Daher: Hängt den Uniformrock an den Nagel! Nehmt wirtschaftliche Nachteile in Kauf für ein unbeschwertes Weiterleben! Wer „mithilfe“ des Jobcenters oder früher der Arge (in Bremen: Bagis) zur Bundeswehr gelangt ist, kann die Rückabwicklung des Vertrages erwirken. insbesondere, wenn mit Sanktionen gedroht wurde. Wie dies geht? Siehe vorherige Bremer-Montagsdemos: Wir gehen mit!

Lasst uns die Existenz sichern! Ein Leben mit Perspektiven ermöglichen! Ein bedingungsloses Grundeinkommen anstreben und als erstes die Repressalien der Jobcenter abstellen! Dann hat sich der Kriegsdienst erledigt, weil der „Nachschub“ an Menschen versiegt! Früher hieß es: „Ich habe kein Brot für dich, mein Sohn.“ – „Mutter, ich weiß, ich gehe zur Legion.“ So oder ähnlich wird das alte Übel beschrieben. Darum geht mit zum **Ostermarsch** an diesem Samstag! Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland handelt kriegstreibend. Das „Friedensforum“, das den Ostermarsch organisiert, hat die Rüstungsindustrie enttarnt, die Universität an die Zivilklausel erinnert und seit vielen Jahren gute Arbeit geleistet.

Der „Nachschub“ an freiwilligen Soldaten ging schon gegen Null, doch dann kam Hartz IV und die neue Militärstrategie der EU. Die Europäische Union rüstet auf, und Hartz IV liefert das Personal dazu! Die Hartz-Gesetze haben ihren Ursprung in der Lissabonner Strategie, genauso wie die Militärstrategie der EU. Schröder hat nur abgeschrieben! Die Umsetzung erfolgt EU-weit. Die Gesetze haben in jedem Land einen anderen Namen, aber das Ziel ist aber gleich. Hartz IV sichert Deutschland einen Spitzenplatz in der Entrechtung der Erwerbstätigen und, noch dramatischer, in der „Zurichtung“ der Erwerbslosen, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Einfach mal nachlesen und herkommen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

2. Auf der Sitzung der Sozialdeputation wurden Richtlinien für die Heranziehung unterhaltspflichtiger Kinder zum Elternunterhalt in der Sozialhilfe vorgestellt. Die Notwendigkeit wurde mit „einheitlicher Rechtsanwendung“ begründet. Es handelt sich somit um eine Verwaltungsanweisung *ohne* Außenwirkung, das heißt, diese Richtlinien sind von der Verwaltung zu beachten, haben aber keine Gesetzeskraft.

Die 50-seitige Verwaltungsanweisung ist mit Rechenbeispielen ausgestattet und sicherlich hilfreich. Soll sie ohne weitere Erklärungen die Sachbearbeitung handlungsfähig machen? Bei der **Regressforderung** für vom Sozialamt gezahlte Alimente ist Bremen nicht sehr erfolgreich – aber nicht, weil die Mitarbeiter unfähig wären. Die schlechte Quote ist insbesondere dem fehlenden Personal geschuldet. Hinzu kommt die Leistungsunfähigkeit vieler Väter aufgrund von Erwerbslosigkeit oder prekärer Beschäftigung. Schwerpunkt der Leiharbeit ist Bremen!

Die Grundsicherung ist ein weiteres Sachgebiet der Sozialhilfe. Bei der Grundsicherung sind Regressansprüche des Sozialamtes nur möglich, wenn die Unterhaltsverpflichteten mehr als 100.000 Euro im Jahr verdienen oder zur Verfügung haben. Dies müsste eigentlich im Klartext am Anfang der Richtlinien stehen. Anspruch auf Grundsicherung haben Überfünfundsechzigjährige und Erwerbsunfä-

hige. Der Bezug einer Erwerbsunfähigkeitsrente ist nicht notwendig. Dies ist gut zu wissen, weil immer mehr erwerbsunfähige Menschen keinen Rentenanspruch haben. Natürlich kommt es zu Abgrenzungsschwierigkeiten und Auslegungsproblemen. Wer für Sozialhilfezahlungen in Regress genommen wird, sollte die Abgrenzung zur Grundsicherung hinterfragen, auch die Ungleichbehandlung.

Wem das (No-)Job-Center die Arbeitsfähigkeit abspricht, wird an das Sozialamt verwiesen. Wer in diese Situation gerät, sollte prüfen, ob dies Sozialhilfe oder Grundsicherung bedeutet und entsprechend den anderen Komponenten handeln. So einfach geht das Verschieben nicht. Das (No-)Job-Center muss die Leistungen weiterzahlen, bis ein anderer Leistungsträger mit den Zahlungen beginnt. Eventuelle Überzahlungen sind zwischen den Leistungsträgern auszugleichen. Wer leistungsgemindert ist und noch eine Erwerbsunfähigkeitsrente beantragen kann, sollte dies tun. Für Rentenzahlungen ist kein Unterhaltsregress möglich.

Bei den Leistungen des SGB II (Hartz IV) hat das (No-)Job-Center ebenfalls eventuelle Unterhaltsansprüche zu prüfen. Allein die Information der Unterhaltsverpflichteten klappte nicht. Der Gesetzgeber hat reagiert: Diese formale Voraussetzung wird beim SGB II einfach als gegeben angenommen. Das Versagen wurde also per Gesetz behoben! Wer von Regressforderungen überrascht wird, sollte sich diese ansehen: Erfolgte inzwischen eine gerichtliche Überprüfung dieser Ungleichbehandlung? Welche Auswirkung hat diese Überraschung auf meine Zahlungsfähigkeit?

Beim SGB II greift der Regressanspruch selbst auf das Erbe des Leistungsberechtigten zu. Die Zahlungen des (No-)Job-Centers der letzten zehn Jahre sind von den Erben zu erstatten, wenn dieser Betrag mehr als 1.700 Euro beträgt, sofern das Erbe dies deckt. Eine Verschuldung für diese Rückzahlung durch die Erben darf nicht verlangt werden. Die Sonderregelungen für Schonvermögen im SGB-II-Leistungsbezug gelten nicht für die Erben. Es gibt aber zahlreiche Besonderheiten und Möglichkeiten zur rechtzeitigen Gestaltung.

Wer leistungsberechtigt ist (früher hieß es „hilfebedürftig“), muss bei der Durchsetzung der Regressansprüche unter anderem dann nicht mitwirken, wenn dadurch das Verhältnis zu den gemeinsamen Kindern belastet würde. Oftmals wurde der Punkt Unterhaltsforderungen in Scheidungsverfahren als erledigt betrachtet, aber nicht im Urteil vermerkt. Dies ist nachholbar. Wer nicht bei der Regressforderung gegenüber dem oder der Ex mitwirken möchte, sollte dies dem (No-)Job-Center mitteilen und notfalls die Hilfe des Gerichts in Anspruch nehmen. Das (No-)Job-Center bedarf dieser Hilfe nicht: Es kann eigenständig und ohne die Mitwirkung des „Kunden“ den Regress vornehmen.

Regressforderungen sind ausgeschlossen, wenn Leistungsverpflichtete dadurch selbst zu Leistungsberechtigten würden, somit weniger als ALG II zur Verfügung hätten. Das sollte sowohl für die monatliche Leistung wie auch für das (Schon-)Vermögen gelten. Das selbstgenutzte Wohneigentum ist damit geschützt, wenn es „angemessen“ ist. Die Rahmenbedingungen ergeben sich aus den Kosten der Unterkunft „plus x“. Nach dem SGB II (ALG II/ Hartz IV) als „unangemes-

sen“ geltendes Wohneigentum ist wahrscheinlich bei Prüfung entsprechend den BGB „angemessen“. Die Regressforderungen der Sozialhilfe richten sich nach dem BGB oder den Rahmenbedingungen der Sozialhilfe. Es wird jeweils die für Unterhaltsverpflichtete günstigere Lösung genommen.

Bei der Übertragung dieser Grundsätze ergeben sich für Unterhaltsverpflichtete wesentlich höhere Freibeträge für Vermögen und laufende Einnahmen als aus den Rahmenbedingungen des SGB II. Die Anwendung des Bürgerlichen Gesetzbuches ist überwiegend nicht nur geringfügig günstiger für Unterhaltsverpflichtete gemäß SGB II, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Einfach mal nachlesen und herkommen! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Das „Bremer Friedensforum“ ruft auf zum **Ostermarsch** am **Samstag**, dem **7. April 2012**. Auftakt ist um **11 Uhr** am **Ziegenmarkt** im Steintorviertel, die Schlusskundgebung beginnt um 12 Uhr auf dem Marktplatz. Es spricht Peter Strutynski vom „Bundesausschusses Friedensratschlag“, Kassel.

Diesen Satz verdammen Imperialisten als „antisemitisch“: „Die Atommacht Israel gefährdet den ohnehin brüchigen Weltfrieden“ *(„Spiegel-Online“)*

Es musste gesagt werden: Günter Grass holt Deutschland aus dem Schatten „alternativloser“ Unterstützung israelischer Kriegsdrohungen *(„Spiegel-Online“)*

Zum Teufel mit dem Tanzverbot an Feiertagen: Ein säkularer Staat darf mündigen Bürgern keine Körperbewegung verbieten *(„Spiegel-Online“)*

Zwei Verletze auf Bremer „Osterwiese“: Schon wieder ist von einem Schrottkarussell eine Gondel abgerissen *(„Bild“-Zeitung)*

Zu **Ostern** findet **keine Montagsdemo** statt.

Absolut sehenswert und ein großartiges Spektakel voller witziger und wütender Momente ist das Bremer-Stadtmusikanten-Stück „**Alt, arm, arbeitslos**“ am **Bremer Theater**. Es macht Mut, sich gemeinsam zu wehren, und regt an, über gesellschaftliche Alternativen zu diskutieren. Premiere war am 15. Januar 2012. Die nächste Aufführung ist am **Donnerstag**, dem **12. April 2012**, um **19:30 Uhr**. Regisseur ist Volker Lösch, zusammen mit Schauspieler Walter Sittler Erfinder des „Schwabenstreichs“ als Protestform gegen „Stuttgart 21“. Vergünstigten Eintritt zum Preis von drei Euro gibt es für Arbeitslose mit der „Grünen Karte“, dem „

Kulturticket“ des Jobcenters. Die Eintrittskarte berechtigt drei Stunden vor und nach der Aufführung zur Nutzung von Bus und Straßenbahn.

Die (un-)heilige Ursula und die (Ab-)Speisung der armen Kinder

1. In kaum einem anderen Land ist die Einkommensungleichheit in den letzten Jahren stärker gestiegen als in der Bundesrepublik, sodass in Deutschland inzwischen fast jeder sechste Mensch arm oder zumindest von **Armut** bedroht ist. Seit 2005 erhöhte sich das Verhältnis des Einkommens der obersten 20 Prozent der Bevölkerung zu dem der untersten 20 Prozent vom 3,8-Fachen auf das 4,5-Fache, und die Zahl der Menschen in Armut stieg im gleichen Zeitraum von unter zehn auf über 12,6 Millionen! Die Armut in Deutschland ist hausgemacht und offensichtlich so gewollt und staatlich verordnet.

Warum sonst weigert sich die Bundesregierung, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen oder die Hartz-IV-Regelsätze auf ein wirklich existenzsicherndes Niveau anzuheben? Der Kahlschlag bei der Arbeitsförderung und das Pseudo- Bildungs- und Teilhabepaket sorgen für eine noch weitere soziale Kluft. Die Bundesregierung muss sofort gegenlenken und endlich ein gerechteres Steuersystem einführen, damit sich die galoppierende Armut nicht noch weiter verfestigt!

2. Zum Jahresende 2011 gab es „so viele freie Stellen wie nie“! Noch nie gab es so viele Menschen in Arbeit, die davon nicht leben konnten. Das hat natürlich auch im Alter weitreichende Konsequenzen. Nach heutigen Werten wird ihre Rente dann monatlich deutlich unter 200 Euro liegen. Wenn eine sozialversicherungspflichtige Vollzeitstelle in vier Minijobs zerlegt wird, entstehen „viele neue Arbeitsplätze“, von denen niemand vegetieren, geschweige denn leben kann. Ein Minijobber erwirbt nach einem Jahr eine monatliche Rente von 3,11 Euro! Nach 45 Versicherungsjahren beträgt der Altersgeldanspruch auf Grundlage der heutigen Werte sage und schreibe 139,95 Euro.

Gefährdet sind Minijobber vor allem dann, wenn sie jahrzehntelang nur einen 400-Euro-Minijob ohne soziale Absicherung haben. Rund 7,4 Millionen Menschen, davon knapp 4,65 Millionen Frauen, arbeiten in Deutschland auf 400-Euro-Basis. Laut Einschätzung des Bundesarbeitsministeriums seien Frauen nur dann der Gefahr von Altersarmut ausgesetzt, wenn sie ein Berufsleben lang „ein Da-

sein als Minijobberin“ führen. Die Regierung will nun eine neue **Zuschussrente** in Verbindung mit privater Vorsorge erreichen. Doch wie eine private Altersvorsorge von diesem „üppigen“ Gehalt zu zahlen sein soll, bleibt das Geheimnis des schwarz-gelben Gruselkabinetts.

Sogar Familienministerin Kristina Schröder kritisierte, dass immer mehr Frauen in Minijobs landen. Es ergebe keinen Sinn, heute die Minijobs auszuweiten, deren Folgen dann morgen mit einer Zuschussrente mühsam aufzufangen wären. Nur das arbeitgebernahe und arbeitnehmerferne „Instituts der deutschen Wirtschaft“ in Köln meint, geringfügige Beschäftigung habe nicht automatisch Altersarmut zur Folge, weil berücksichtigt werden müsse, dass der Verdienst aus dem Minijob „in den meisten Fällen nur ein Teil des gesamten Haushaltseinkommens“ darstelle.

Den konservativen Herren fällt offenbar auch nur das Modell Hausfrauenehe als Lebensführungsmöglichkeit ein, bei dem sich die ansonsten den Haushalt pflegende Gattin nur ein Zubrot verdient. Nur 19 Prozent der geringfügig beschäftigten Frauen seien alleinstehend, die große Mehrheit hingegen profitiere im Alter von den Einkünften des Partners. Tja, wenn sich das Paar nicht trennt! Es liegt es doch wohl auf der Hand, dass prekäre Beschäftigung drastisch eingedämmt werden und ein Mindestlohn eingeführt werden muss, um Altersarmut zu verhindern!

3. Die Bundesagentur für Arbeit sieht für die gekündigten Schlecker-Mitarbeiterinnen „gute Chancen auf Wiederbeschäftigung“, weil es bundesweit aktuell etwa 25.000 offene Stellen für Verkäuferinnen gebe. Vorstandsmitglied Raimund Becker hält den Markt für „aufnahmefähig“, obwohl im Februar 305.577 Verkäuferinnen arbeitslos gemeldet waren. Die Gewerkschaftssekretärin für den Handel bei Verdi Bayern beurteilt die Lage ein wenig skeptischer, weil es doch auch auf die Bedingungen und die Bezahlung ankomme und viele Discounter nicht nach Tarif zahlten, während der Drogeriekonzern seinen Beschäftigten tarifliche Entgelte gewährt hatte. Nur ein Drittel der Schlecker-Angestellten arbeitete in Vollzeit, die meisten waren als **Teilzeitkräfte** sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Das Durchschnittsalter lag bei Ende vierzig. Jetzt haben die Schlecker-Beschäftigten erst mal Anspruch auf ein Jahr Arbeitslosengeld I und können an „Qualifizierungsmaßnahmen“ der Bundesagentur für Arbeit teilnehmen, bevor sie hoffentlich nicht in die Verfolgungsbetreuung des ALG II abstürzen müssen. Es besteht auch noch ein Anspruch auf Abfindung, obwohl der durch das Insolvenzrecht „gedeckelt“ ist. Selbst wenn um die Bildung einer Transfergesellschaft ein Tanz wie ums Goldene Kalb veranstaltet wird, sind die Jobchancen für Beschäftigte in Transfergesellschaften aber nachweislich nicht besser als für Entlassene, die sich direkt auf dem freien Arbeitsmarkt eine Arbeit suchten.

4. Was in Bremen möglich war, kommt jetzt auch in Hamburg als Déjà-vu-Erlebnis daher: Die 15 Millionen Euro, die Hamburg vom „**Bildungspaket**“ des Bundes „übrig“ hat, werden in den Haushalt der Hansestadt fließen. Vor einem Jahr stell-

ten der Sozial- und der Schulsenator (beide SPD) ihr Konzept zur Umsetzung des „Bildungs- und Teilhabepaket“ des Bundes vor. Nun zogen sie selbstredend eine positive Bilanz und trauten sich sogar, von einem „Erfolg dank unbürokratischer Verfahren“ zu sprechen. Trotz dieser Selbstbeweihräucherung ist das Programm zur soziokulturellen Teilhabe der größte Flop. Durch das Vorzeigen des Leistungsbescheides der Eltern sollte es für 43.000 Kinder, deren Eltern Hartz IV, Wohngeld oder Kinderzuschlag erhalten, möglich sein, für einen Monatsbeitrag von zehn Euro einen Sport- oder Kulturkurs zu buchen.

Nur 7.472 Kinder, rund 17,3 Prozent, nahmen das Angebot in Anspruch. Der Senator will nun die Eltern besser informieren, damit deren Kinder dank dieses Angebots sogar Geige oder Ballett lernen. Alles von zehn Euro! Irgendwie fühle ich mich an die biblische „Speisung der Viertausend“ erinnert. Da können noch so viele Jobcenter und Familienhelfer angewiesen werden, dieses Thema anzusprechen, wenn die Eltern ihre Kinder nicht demütigen und stigmatisieren lassen wollen. Immerhin kündigten CDU, GAL und Linke an, dass sie im Parlament nachhaken würden, damit die 15 Millionen dürften nicht „im Haushalt verfrühstückt werden“, sondern tatsächlich auch bei bedürftigen Kindern ankommen.

Der Bremer „Weser Kurier“ fällt in das Jubilieren über das „Bildungspaket“ völlig unkritisch ein und erscheint mir wie das Sprachrohr der Arbeitsministerin. *Lovely Zensursula* von der Leyen brüstet sich sogar damit, dass die von ihrem Ministerium befragten leistungsberechtigten Haushalte das „Bildungs- und Teilhabepaket“ mit der Note 2,6 bewertet hätten. Natürlich muss dieses Instrument positiv bewertet werden, wenn den Betroffenen über die Schulter geguckt wird oder die BG-Nummer oben auf dem Fragebogen steht! Ich vermute Angst vor Sanktionen bei ehrlicher Antwort. Die Job-Center hatten schon einmal „Kunden“ über ihre Zufriedenheit befragt und überraschend gute Ergebnisse geerntet, die sich jedoch schlagartig in Vierer, Fünfer und Sechser verwandelten, als eine „Kundenzufriedenheitsumfrage“ unter Hartz-IV-Betroffenen von der unabhängigen Initiative „Netzwerk SGB II Aachen“ durchgeführt wurde.

Auch wenn die Förderung nicht überall ankomme, sehe ein „bürokratisches Monster“ anders aus, sagte von der Leyen. Es klingt in meinen Ohren unglaublich zynisch, wenn die Ministerin behauptet, am Anfang habe niemand wissen können, „wie hoch die Nachfrage“ sei. Daher sei das Budget „großzügig ausgelegt“ worden, werde künftig aber „mit spitzem Stift abgerechnet“. Von der Leyen hält gar nichts davon, „den Eltern das Geld zur freien Verfügung aufs Konto zu überweisen, statt Sach- und Dienstleistungen anzubieten. Das würde für jedes Kind genau 3,58 Euro ausmachen“, und es habe sich „im Leben der Kinder nichts verändert“ („Weser Kurier“ vom 31. März 2012: „Bildungspaket erhält Note 2,6“). Damit bedient sie das verleumderische Klischee von den arbeitslosen Eltern, die ihren Kindern den Regelsatz wegrauchen und wegsaufen. Wahrlich sehr großzügig, Frau von der Leyen, gerade wenn das Bundessozialgericht angeprangert hat, dass die Regelsätze für Kinder zu niedrig seien!

Was wird denn jetzt so unglaublich großzügig den Kindern der Ärmsten, der Ausgestoßenen der Gesellschaft, angediehen lassen? Am allerliebsten gar nichts, mutmaße ich mal! Das Prestigeprojekt der Arbeitsministerin ist entgegen aller Lobhudelei „viel zu kompliziert und bürokratisch“, wie Ulrich Schneider vom „Paritätischen Wohlfahrtsverband“ kritisiert. Es ergebe überhaupt keinen Sinn, „Erfolge herbeizureden, wo keine Erfolge sind“. Er bezeichnete es als „desaströs“, dass ein Jahr nach dem Start des „Bildungspakets“ nur ein Fünftel der Gelder für Schulbedarf, Mittagessen, Vereinsmitgliedschaften oder Musikunterricht abgerufen worden sind. Die Politik könnte dem etwas entgegensetzen, zum Beispiel den gesetzlichen Mindestlohn einführen, damit Eltern nicht zu „Aufstockern“ werden, weil der Lohn nicht reicht. Die Politik könnte Kindern endlich einen angemessenen Hartz-IV-Satz zusprechen. Aber Schwarz-Gelb tut es nicht, und die Große Koalition hat es auch nicht getan. Das Misstrauen ist zu groß.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Trotz richterlicher Tricks und Finten: Das „Bildungspaket“ ist bereits nach einem Jahr vor dem Verfassungsgericht gelandet *(„Hartz-IV-Plattform“)*

Altwerden ist nichts für Feiglinge

1. Letzte Woche erhielt ich einen negativen Bescheid der Rentenversicherung. Sie lehnt die **Umschulung** zum Sozialbetreuer aus zwei Gründen ab. Erstens behauptet sie, meine persönlichen Voraussetzungen für Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben seien nicht erfüllt, „da Sie teilweise erwerbsgemindert sind, ohne Aussicht auf Besserung, und Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben daher nur zum Erhalt des Arbeitsplatzes (bei bestehendem Arbeitsverhältnis) möglich wären“. Das würde bedeuten, dass arbeitslose Menschen keinen Anspruch auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben haben!

Da liegt die Rentenversicherung schon wieder peinlich daneben, aber sie versucht eben alles, um nichts bezahlen zu müssen. Dafür legt sie das Gesetz einfach nach ihrem Willen aus. Im § 10 des sechsten Buchs Sozialgesetzbuch sind die persönlichen Voraussetzungen umfassend bestimmt. Erfüllt sind sie durch Versicherte, bei denen voraussichtlich „bei geminderter Erwerbsfähigkeit diese durch Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben wesentlich gebessert oder wiederhergestellt oder hierdurch deren wesentliche Verschlechterung abgewendet werden kann“. Dazu gehört genau mein Fall. Die Rentenversicherung widerspricht sich

selbst, weil sie mir ja den „Integrationsfachdienst“ als Maßnahme zur Teilhabe am Arbeitsleben zubilligen. Nur lehne ich dies ab, weil es sich dabei um eine reine vermittelnde und keine qualifizierende Einrichtung handelt.

Die zwölfmonatige Ausbildung als Sozialbetreuer zur Jugend- oder Behindertenhilfe wird zweitens konkret mit der Begründung abgelehnt, dass ich zu alt sei: „Zum Ende der Umschulung wären Sie circa 59 Jahre alt“ (real 58, die Rentenversicherung kann auch nicht rechnen) „und Berufseinsteiger ohne jegliche Berufserfahrung im sozialen Bereich. Zudem bestünde eine starke Konkurrenzsituation zu jüngeren Absolventen. Wegen fehlender einschlägiger oder zumindest vergleichbarer beruflicher Erfahrungen wird auch keine Möglichkeit gesehen, die Vermittlungschancen in Ihrem Fall günstiger einzuschätzen.“ Hier haben wir die Altersdiskriminierung schwarz auf weiß!

Warum meine Chancen auf dem Arbeitsmarkt ohne jegliche Qualifizierung besser sein sollten, bleibt das Geheimnis der Rentenversicherung. Außerdem lebt sie fernab der Wirklichkeit, denn die Suche nach pädagogischen Fachkräften hat deutlich zugenommen, zum Beispiel für die Umsetzung der Inklusion in den Schulen oder die Betreuung Demenzkranker und geistig Behinderter. Es geht jetzt in die nächste Runde. Ich werde in den nächsten Tagen meinen Widerspruch ausarbeiten, und in einigen Wochen wird der Prozess vor dem Sozialgericht fortgesetzt. Ich halte euch natürlich auf dem Laufenden und würde mich freuen, wenn ihr wieder im Gerichtssaal dabei seid!

2. Vom **17.** bis **20. Mai 2012** findet in **München** der 7. Internationale **Automobilarbeiterratschlag** statt. Dazu sind die Automobilarbeiter und ihre Familien sowie alle Menschen und Organisationen, die sich der Arbeiterbewegung verbunden fühlen, herzlich eingeladen. Der Automobilarbeiterratschlag fördert den internationalen Zusammenhalt – gegen Spaltung in Konzerne und Standorte, Leiharbeiter und Stammbelegschaften. Er steht nicht in Konkurrenz zu den nationalen Gewerkschaften, sondern ruft zu deren Stärkung zu Kampforganisationen auf.

Am letzten Automobilarbeiterratschlag – 2009 in Hannover – nahmen 450 Menschen aus 16 Ländern und über 70 Standorten der Automobil- und Zulieferindustrie teil. Dieses Jahr werden es noch mehr sein. Am **Samstag**, dem **14. April 2012**, findet in **Bremen** um **11 Uhr** in der Gaststätte „Kleggs“, Hastedter Heerstraße 195, eine **Vorbereitungsveranstaltung** statt, um den Automobilarbeiterratschlag vorzustellen und Fragen zu Programm, Fahrt oder Übernachtung zu klären. Dazu laden wir euch herzlich ein!

Harald Braun

„Die Linke“ lädt ein zur **Informationsveranstaltung** zu **400-Euro-Jobs** am **Montag**, dem **16. April 2012**, um **20 Uhr** im „**Linkstreff**“, Buntentorsteinweg 109. Berater(innen) des „Bremer Erwerbslosenverbands“ geben zunächst einen Überblick über alle Regelungen zu diesen Jobs. Anschließend kön-

nen Fragen beantwortet und Möglichkeiten der Gegenwehr diskutiert werden.

„Afrique-Europe-Interact“ ruft für **Dienstag**, den **17. April 2012**, zu einer 24-stündigen **Belagerung der Deutschen Bank** am Bremer **Domshof** auf, einschließlich Asamblea, Konzert, Film und Volksküche. Neokolonialen **Landraub stoppen**! Für Ernährungssouveränität und ein gutes Leben für alle!

Darauf stand im Mittelalter die Todesstrafe: RWE will Bremer Trinkwasserbrunnen vergiften *(„Tageszeitung“)*

Hartz-IV-Schummelei: „Bild“ verwechselt Sanktionen und Sanktionierte und multipliziert auf diese Weise zwecks Stimmungsmache die Zahl der angeblichen „Drückeberger“ mit sechs *(„Bild“-Blog)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

371. Bremer Montagsdemo
am 16. 04. 2012

Her mit der Quote, weg mit Kristina Schröder!

1. Das Ende März 2011 eingeführte „**Bildungs- und Teilhabepaket**“ ist wegen der ausufernden Bürokratie und Diskriminierung und des äußerst mangelhaften Informationsflusses ein – gelinde formuliert – absoluter Flop, der keinerlei Verbesserung der Chancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen bringt. Die „Freie Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen“ fordert deshalb mehr qualifiziertes Personal in Kindergärten und Tagesstätten sowie Sozialarbeiter und kostenloses Mittagessen in den Schulen, statt weiter viel Geld in ineffiziente, absurde und würdelose Antrags- und Prüfverfahren für individuelle Einzelleistungen zu pumpen.

Darüber hinaus verlangen die Verbände „niedrigschwellige Zugänge“ zu Kultur-, Sport- und Freizeitangeboten für Kinder aus finanziell schwachen Familien. Ein Zehn-Euro-Zuschuss für den Fußballverein ist nicht nur vollkommen unzureichend, sondern geht schlicht an der Realität vorbei! Also rauf mit den Regelsätzen für Kinder und Erwachsene und her mit einen Mindestlohn, der wirklich existenz- und alterssichernd ist und die entwürdigende Transferleistung mitsamt ihrer Verfolgungsbetreuung überflüssig macht!

2. Die Arbeitslosenquote in der Eurozone stieg im Februar mit 10,8 Prozent auf den höchsten Stand seit Einführung der Gemeinschaftswährung im Jahr 1999. Nun stehen in den 17 Euroländern mehr als 17 Millionen Menschen ohne Beschäftigung da, Tendenz steigend! Mit einer Quote von 23,6 Prozent und einer noch weit höheren Jugendarbeitslosigkeit war die **Arbeitslosigkeit** im Februar in Spanien am höchsten. Bei einer Erwerbslosenquote von nur 4,2 Prozent könne Österreich den stabilsten Arbeitsmarkt vorweisen. Auch die Niederlande stünden mit 4,9 Prozent gut da.

Weil die „Eurostat“-Behörde eine noch laschere „Berechnung“ vorlegt als die Bundesagentur für Arbeit, liegt Deutschland bei nur 5,7 Prozent, anstelle der of-

fiziellen, ebenfalls bereits geschönten 7,2 Prozent. Da Industriebetriebe in hohem Tempo Arbeitsplätze abbauen, wird mit einer weiteren Talfahrt in der Eurozone gerechnet. Die Produktion wurde erstmals seit Dezember wieder zurückgefahren. Die Aufträge gingen sowohl in der Konsum- als auch in der Vorleistungs- und Investitionsgüterbranche zurück. Der Kapitalismus wird immer wieder an seine Grenzen geführt, weil nichts unbegrenzt wachsen kann! Deshalb sind offenbar Kriege nötig, um wieder einen wirtschaftlichen Aufbau „meistern“ zu können.

3. Nach Ansicht des mir unbekannten Sterne-Kochs Christian Rach, Star der RTL-Sendung „Der Restauranttester“, bieten die gegenwärtigen Hartz-IV-Gesetze „zu wenig Anreiz, arbeiten zu gehen“. Rach behauptet, dass ein Auszubildender in der Gastronomie nach Tarif 525 Euro im Monat verdiente, jedoch mit **Hartz IV** im Endeffekt mehr bekäme, weil außerdem die Miete gezahlt würde. Daher sei es kein Wunder, dass manche diese „Rundumversorgung“ ungern aufgäben. Rach fordert, dass diese „Gesetzeslücke“ geschlossen werden müsse. Die Verärgerung über die aktuelle Rechtslage komme bei Rach nicht von ungefähr, weil sich der Star-Koch in einer Restaurantschule für finanziell benachteiligte Jugendliche engagiert und einigen von ihnen anschließend Jobs in seinem neuen Lokal „Slowman“ gegeben habe.

Später konstatierte er ernüchtert, dass vielen Jugendlichen schon die „simpelsten Tugenden wie Pünktlichkeit, Geradlinigkeit und Ehrlichkeit fehlen“ würden. Von den Azubis seien am Schluss nur noch zwei dabei gewesen, da zwei schwanger geworden und zwei andere „mit Drogen in Kontakt gekommen“ seien. Selbstredend erkennt der Star-Koch, dass Hartz IV „auch positive Seiten“ habe und wir auf dieses System „stolz“ sein könnten. Viele Menschen hätten schließlich ihr Leben lang gearbeitet und würden nun aufgefangen. Ach ja, „es sollen andere entscheiden, ob das zu hoch ist oder nicht“.

Ich bin mir nicht sicher, ob ich über diese Propagandamasche vom Feinsten für das menschenverachtende Hartz IV kotzen oder weinen soll. Anmerken muss ich jedoch, dass viele Ausbildungsberufe viel zu gering entlohnt werden. Doch gibt es glücklicherweise wenigstens noch die Berufsausbildungsbeihilfe, sodass die Behauptung, dass mit Hartz IV mehr Geld herauskomme, schlicht nicht wahr ist! Ob sich Rach eher Jugendliche holt, die dann medienwirksam scheitern, weil sie in der Gastronomie keine Chance für sich sehen, kann ich nicht beurteilen, aber es steht doch wohl außer Frage, dass Jugendliche die Option haben müssen, lernen zu dürfen, was sie sich wünschen und wozu sie geeignet sind!

Dann werden sie auch nicht „träge“. Verweigerung hat immer einen Hintergrund. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass gerade die Unterfünfundzwanzigjährigen am härtesten sanktioniert werden. In Nullkommanichts werden ihnen wegen Lappalien die Leistungen komplett gestrichen. Es ist ein Ammenmärchen, dass es eine Rundumversorgung gebe. Auch fängt Hartz IV Arbeitslose keineswegs auf, sondern es ist ein Absturz ins Nichts, in die diffamierende, immer Missbrauch unterstellende Hyper-Kontrolle. Es bedeutet den verfassungswidrigen Ver-

lust von bestimmten, im Grundgesetz garantierten Rechten. Am Ende des Geldes ist immer noch ganz viel Monat übrig, gesellschaftliche Ausgrenzung garantiert inbegriffen!

4. Weil jeder dritte Hartz-IV-Bezieher so krank sei, dass er nicht vermittelbar ist, will die Arbeitsagentur Langzeitarbeitslose „mit Gesundheitskursen wieder fit machen“. Die Kosten für Bewegungskurse und mehr **Vorsorge** wollen die Krankenkassen ganz oder teilweise übernehmen, und die Angebote sollen nicht verpflichtend sein. Vorstandsmitglied Heinrich Alt teilte mit, es gelte, den „Teufelskreis Arbeitslosigkeit und Krankheit“ zu durchbrechen, um eine Chance auf einen Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu bekommen. Bundesagentur und Krankenkassen wollten darauf hinwirken, dass Jobsucher „gesund bleiben oder gesund werden“.

Wenn es doch nachgewiesen ist, dass die mentale und physische Verfassung von Arbeitslosen Vermittlungserfolge stärker beeinflussen könne als ihre formale Qualifikation, warum sägen dann so viele Fallmanager und Arbeitsvermittler dermaßen am Selbstwertgefühl ihrer Klienten? Ich verstehe das Unterfangen auch gar nicht, dachte eigentlich, dass sie sich über jeden Arbeitsunfähigen richtig freuen und auf die Schenkel klopfen, weil sie den doch aus der Statistik streichen und unter „vermittelt“ aussortieren dürfen! Gesundheitliche Handicaps, die bestimmte Beschäftigungen ausschließen, müssten die Arbeitslosen ihrem Vermittler mit einem ärztlichen Attest nachweisen. Andernfalls überprüfe der Ärztliche Dienst im Jobcenter den Gesundheitszustand des Betroffenen.

Auch verwundert es mich über alle Maßen, dass plötzlich die Krankenkassen die Kosten übernehmen wollen! Auf einmal ist *doch* Geld da? Komisch, erst streichen sie den Leistungskatalog total zusammen, und dann wollen sie die Leute „wieder fit machen“? Sind hier für die Krankenkassen möglicherweise Extraverdienste einzuheimsen, obwohl solche Maßnahmen doch nur von Fachkräften, Therapeuten und Ärzten verordnet werden dürften? Ob so ein Kurs auch gegen Allergien hilft, gegen Schwerhörigkeit oder gegen nachlassendes Sehvermögen? Ob er die Alterungsprozesse aufhalten kann, um bis zur Rente mit 67 durchzuhalten? Können diese Kurse auch den Menschen helfen, die dank der dauernden Schikanen der Jobcenter Depressionen und Angst- oder Panikerkrankungen entwickelt haben?

5. Bundesfamilienministerin Kristina Schröder will im Fall der Einführung einer gesetzlichen **Frauenquote** für Spitzenjobs in der Wirtschaft ihr Amt niederlegen. Solange sie Ministerin sei, werde es keine starren Quoten geben. Angeblich würden dadurch pro Unternehmen nur ein bis zwei Frauen „als Aufsichtsrätin zusätzlich ins Schaufenster gestellt“, was aber für Frauen in ganz normalen Führungspositionen nichts bringe. Doch die Aufsichtsräte hatten lang und schlapp Zeit für ihre Selbstverpflichtung, aber es rührte sich nichts, was der Rede wert ist.

Schluss jetzt, und endlich her mit der Quote, denn seit wann verzichten Männer freiwillig auf ihre Privilegien und teilen schwesterlich? Wenn Frau Schröder

dann geht, wäre das doch noch ein Pluspunkt dazu! Es muss ja einen Grund geben, warum keine lebenserfahrene, gestandene Frau diesen Posten innehat. Offenbar scheint es bequemer zu sein, dafür eine Person zu berufen, die alle Pläne der Männer, die auf ihre Pfründen nicht verzichten wollen, brav abnickt und sich nicht auf die Seite der Frauen stellt und für deren Gleichberechtigung eintritt!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Jungpiratin bringt ihre Partei auf Kurs: Gegen Rechts hilft nur klare Kante *(„Spiegel-Online“)*

Störfaktor Demokratie: Politik in der Krise gleicht einem permanenten Staatsstreich *(„Frankfurter Rundschau“)*

Nein zu EU-Subventionen für Atomkraft!

Es könnte ein schlechter Aprilscherz sein, doch für die Atomlobby ist es bitterer Ernst: Atomkraft soll über die Europäische Union subventioniert und so in die Zukunft „gerettet“ werden. Großbritannien, Frankreich, Polen und Tschechien haben in Briefen von der EU verlangt, dass Subventionen für Atomenergie künftig zulässig sein sollen. Auf einem Treffen der EU-Wirtschafts- und Energieminister am Freitag, dem 20. April 2012, soll über diesen Vorstoß beraten werden. Die vier Länder wollen damit erreichen, dass Atomenergie den erneuerbaren Energien gleichgestellt wird, dass für Atomstrom Einspeisevergütungen wie für Solarstrom gezahlt werden kann und dass Investitionen in Atomkraftwerke rentabel werden.

Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtet, dass sich die deutsche Bundesregierung noch nicht festgelegt hat, „ob sie für oder gegen die Gleichbehandlung von erneuerbarer und nuklearer Energie stimmt“. Je mehr Menschen sich jetzt öffentlich dagegen aussprechen, umso größer ist die Chance auf ein deutsches Nein in Brüssel. Die vier Staaten, die jetzt in Sachen Atom-Subventionen aktiv geworden sind, planen AKW-Neubauten, müssen jedoch feststellen, dass diese ohne Steuergelder „nicht wirtschaftlich zu betreiben“ sind. Erst kürzlich haben deshalb beispielsweise die deutschen Stromkonzerne Eon und RWE ihre Pläne für den Neubau von AKWs in Großbritannien eingestampft.

Zu den gigantischen Gewinnen, die die Energiekonzerne aus dem Betrieb von Atomkraftwerken ziehen, kämen Subventionen in Milliardenhöhe dazu, wenn die Atomkraft erst einmal den erneuerbaren Energien gleichgestellt wird. Das reicht von Geld aus europäischen Töpfen bis hin zu Einspeisetarifen. Statt die Atomkraftwerke abzuschalten – wie es die große Mehrheit der europäischen Bevölkerung verlangt – wollen die atomfreundlichen Regierungen in London, Paris, Warschau und Prag nun in der EU durchsetzen, dass die Atomkraft als „emissionsarm“ mit erneuerbaren Energien gleichgesetzt wird.

Wie „emissionsarm“ Atomkraftwerke wirklich sind, kann die Welt Tag für Tag in Fukushima, Tschernobyl und vielen anderen Orten besichtigen. Niemand kann solche Reaktorkatastrophen ausschließen, und niemand weiß, wo der Jahrtausende Jahre strahlende Müll gelagert werden kann. Zwar wird bei der Stromherstellung im laufenden AKW-Betrieb kein Kohlendioxid emittiert, aber wenn man alle Kohlendioxid emittierenden Prozesse bis zur Atomstromerzeugung summiert – Schürfung der Uranerze, Transporte, verfahrenstechnische Trennung und Anreicherung, Bau der AKWs –, so kommt man pro Gigawatt Atomstrom und Jahr auf rund 230.000 Tonnen Kohlendioxid.

Rechnet man den Energieaufwand durch die nötigen Folgeprozesse wie Zwischenlagerung, Wiederaufbereitung, und Endlagerung für einige hunderttausend Jahre hinzu, so übertrifft die Kohlendioxid- Emission von AKWs jene von mit fossilen Energieträgern betriebenen Kraftwerken bei Weitem. Subventionen für erneuerbare Energien sind in der EU zulässig, weil sie als Unterstützung zur Markteinführung dienen. Das kann man bei der Atomkraft – mehr als 50 Jahre nach Beginn der kommerziellen Nutzung – nun wirklich nicht behaupten. Nach Berechnungen von „Greenpeace“ sind bisher allein in Deutschland schon 200 Milliarden Euro Subventionen in die Atomkraft geflossen sind. Damit muss endlich Schluss sein: Keinerlei Subventionen für die Atomkraft – weder in Deutschland, in der EU noch anderswo! Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit! Für den sofortigen, massiven Ausbau zu 100 Prozent erneuerbaren Energien!

Harald Braun

AKW-Unfall bei Paris verharmlost: Nach Feuer abgeschalteter Reaktor muss gekühlt werden, damit keine Kernschmelze beginnt *(„Handelsblatt“)*

„Afrique-Europe-Interact“ ruft für **Dienstag**, den **17. April 2012**, zu einer 24-stündigen **Belagerung der Deutschen Bank** am Bremer **Domshof** auf, einschließlich Asamblea, Konzert, Film und Volksküche. Neokolonialen **Landraub stoppen**! Für Ernährungssouveränität und ein gutes Leben für alle!

„Sozialist“ Hollande siegt knapp im ersten Wahlgang: Le changement, est-ce que c’est maintenant? *(„Spiegel-Online“)*

Darf ein Rechtsstaat Menschen das Existenzminimum entziehen?

Geehrter Herr Bundespräsident! Als Mitglied einer Gruppe aus dem Internet, die sich vorgenommen hat, dass betroffene Hartz-IV-Empfänger sich in Zukunft auch selbst vor Ort gegen diese asoziale Hartz-Gesetzgebung wehren und der jeden Tag immer mehr Menschen beitreten, möchte ich Ihnen ganz kurz die folgende Frage stellen:

Sind Sie als Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland der Meinung, dass auch zukünftig weiterhin Sanktionen in Form von finanziellen Kürzungen gegenüber erwerbslosen Menschen ausgesprochen werden dürfen, die das soziokulturelle Existenzminimum der Menschen unterschreiten, obwohl das Verfassungsgericht mit Urteil vom 9. Februar 2011 diese Vorgehensweise für verfassungswidrig erklärte, wobei diese Praxis ja auch gegen die Würde des Menschen verstößt?

Ergänzend möchte ich Ihnen noch mitteilen, dass viele Mitglieder unserer Gruppe der Meinung sind, ein Anschreiben mit dieser Frage wäre wohl vergebene Liebesmüh, da Sie wohl doch nicht persönlich antworten würden oder nur eine ablenkende Antwort hierzu vornehmen würden. Allerdings vertraue ich hierzu immer noch auf die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit und hoffe deshalb auf Sie als Staatsoberhaupt, dass Sie sich wirklich die Zeit nehmen, meine Frage persönlich zu beantworten. Eine Eingangsbestätigung meiner Mail wäre nett! Mit freundlichen Grüßen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Schon die Standard-Rechtsmittelbelehrung ist unrechtmäßig :
Bundessozialgericht brauchte Verfassungsmäßigkeit der Sanktionen nicht zu prüfen *(„Sozialticker“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

372. Bremer Montagsdemo am 23. 04. 2012

Der Bundesagentur gilt Langzeitarbeitslosigkeit als Behinderung

1. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat ausgerechnet, dass immer mehr Arbeitnehmer direkt in die angebliche, sogenannte **Grundsicherung** fallen, wenn sie ihren Job verlieren. Zwischen 2008 und 2011 stieg die Zahl derjenigen um 18,7 Prozent, die nach einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit direkt in Hartz IV abrutschten, weil sie innerhalb der letzten zwei Jahre nicht zwölf Monate lang beschäftigt waren, womit die soziale Sicherungsfunktion der Arbeitslosenversicherung offensichtlich stetig und bedrohlich abnimmt. Weil die Arbeitsverhältnisse immer prekärer werden, scheinen die Hürden, um in den Bezug des ALG I zu gelangen, in immer unerreichbarere Höhen zu klettern. In der Zeitarbeit eskaliert dies besonders, wenn im vergangenen Jahr fast die Hälfte derer, die ihre Beschäftigung verloren, direkt zu Hartz-IV-Beziehern wurden – Tendenz steigend.

Toll, dass dem DGB auch schon die Forderung einfällt, die Regelungen der Arbeitslosenversicherung für alle kurzfristig Beschäftigten zu verbessern! Zum Beispiel sollen Arbeitslose bereits nach sechs Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung Anspruch auf drei Monate Arbeitslosengeld I erwerben. Sieben Jahre brauchten diese Arbeitnehmervertreter, um darauf zu kommen, was von Anfang an als Entwicklung der Bredouille abzusehen und natürlich von den Schöpfern dieser Hartz-IV-Schweinereien voll beabsichtigt war. Wir sollten nicht vergessen, wie die Gewerkschaften bei Hartz IV mitwirkten und keinen nennenswerten Widerstand dagegen leisteten! Ich persönlich finde es ausgesprochen widerlich und verlogen, sich jetzt einfach hinzustellen und die Missstände anzuprangern.

2. Nach Auffassung der hessischen Unternehmerverbände sollen arbeitslose Hartz-IV-Bezieher von „Aufstiegscoaches“ schnell ins Arbeitsleben zurückgeführt werden. Schnelle Erfolge verhindere derzeit angeblich ein Mix aus gesetzlichen „Fehlanreizen“ und „falscher Zurückhaltung“ vieler Jobcenter. Die „Fallmanager“ sollten noch am Tag der **Antragstellung** den künftigen Hartz-IV-Bezieher in ei-

ne Arbeit oder eine „vorgeschaltete Maßnahme“ vermitteln. Anschließend sollten „Aufstiegscoaches“ die notwendige berufsbegleitende Qualifizierung organisieren und den „Aufstieg in besser bezahlte Beschäftigung“ unterstützen.

Gebetsmühlenartig wird die Plattenrille mit dem Sprung abgespielt, dass die „Aktivierung“ der Hilfebezieher ein „Baustein gegen den Fachkräftemangel“ sei und die Sozialkassen entlastete. Ich wüsste zu gerne, wo sich die ganzen bezahlten Arbeitsplätze verstecken, in welche die Fallmanager der Jobcenter die Erwerbslosen noch am Tag der Hartz-IV-Antragstellung vermitteln könnten! Wahrscheinlich nirgendwo, und so riecht, nein: stinkt es nach noch mehr Schikanen im Zuge der Verfolgungsbetreuung und weniger Geld für ALG-II-Bezieher. Oder sollte hier gar der „Aufstieg“ in den gigantisch gewachsenen Niedriglohnsektor gemeint sein? Es fällt kein Wort von einer Entlohnung, die einen Ausstieg aus dem Armutssystem ermöglichen könnte. Ein Fall von einseitiger Wirtschaftspropaganda?

3. Der Vorstand der Bundesagentur für Arbeit, Heinrich Alt, fordert für den „harten Kern“ der Langzeitarbeitslosen, der etwa 400.000 Menschen umfassen soll, neue Unterstützungsansätze. Dabei dachte er in erster Linie daran, das Know-how und die Infrastruktur von Werkstätten für behinderte Menschen auch für **Langzeiterwerbslose** zu nutzen. Alt fordert für sie eine individuellere Betreuung, die stärker ihrer persönlichen Lebenssituation Rechnung trage. „Wir brauchen für diese Menschen kein Breitband-Antibiotikum an Hilfen, sondern einen Maßanzug.“ Denkt er dabei an eine Art von Zwangskorsett?

In den Werkstätten könnten auch jene Menschen Unterstützung bekommen, die ohne Hilfe auf dem „offenen“ Arbeitsmarkt keinen Fuß fassen können. Es gebe hier schon ein flächendeckendes Netz von 2.500 Betriebsstätten und das Wissen von rund 70.000 Fachkräften. Alt führte weiter aus, dass der Arbeitsmarkt nie allen offen stehe und es auch bei bester Beschäftigungslage künftig mehrere hunderttausend Menschen geben werde, die wegen ihrer „objektiv geringen Leistungsfähigkeit“ unter jetzigen Bedingungen keinen Arbeitsplatz fänden. Ich empfinde es als bodenlose Frechheit, Langzeitarbeitslosigkeit jetzt auch schon zu den Behinderungen zu zählen!

Herrn Alt würde ich gern zu einer breiten Erfahrung der Wertschätzung von finanziell und gesellschaftlich Ausgegrenzten verhelfen, damit er so etwas wie Empathie vielleicht auch noch einmal kennen lernen darf, und außerdem einen Kurs über die Entstehung von Armut und Ausgrenzung angedeihen lassen, damit er begreift, dass hier kaum individualisierte Maßnahmen gefragt sind als vielmehr gesellschaftliche Veränderungen! Wie lautet bitte die Definition für „geringere Leistungsfähigkeit“? Wird hier eine neue Möglichkeit kreiert, Erwerbslose sang- und klanglos aus der Statistik zu entfernen? Abgesehen davon, wie viele Langzeiterwerbslose es gibt und wie unzureichend sie angeblich sein mögen: Es sind nicht für alle Menschen Arbeitsplätze vorhanden, weil diese durch Maschinen ersetzt werden! Behindertenwerkstätten finde ich persönlich als Ort der Ausgrenzung absolut nicht in Ordnung. Ich wünsche mir einen wertschätzenden Umgang

mit sogenannten Behinderten und nicht immer nur den nach der Profitmaximierung. Den „Behinderten“ darf als Lohn für ihre geleistete Arbeit nicht nur ein Taschengeld bleiben!

4. Immer mehr Frauen mittleren Alters sind in Deutschland von Altersarmut bedroht, weil sie für die Familie ihren Job aufgegeben haben und nun vom neuen, seit 2008 gültigen **Unterhaltsrecht** bestraft werden. Dieses sieht einen grundsätzlichen Versorgungsunterhalt bis zum Lebensende für Geschiedene nicht mehr vor. Der finanziell stärkere Partner soll den schwächeren zwar eigentlich unterstützen – aber ob, wie viel und wie lange es Unterhalt gibt, entscheidet uneigentlich das Gericht. Selbst ein Anspruch auf Unterhalt für ein Kind unter drei Jahren, das beim Expartner lebt, besteht nur dann, wenn nachgewiesenermaßen das kleine Kind nicht anderweitig betreut werden kann und deshalb eine Berufstätigkeit nicht möglich ist. Neuerdings gilt die neoliberale sogenannte nacheheliche Eigenverantwortung.

Hier wird eine ganze Frauengeneration in die Altersarmut geschickt, weil es nach wie vor die Frauen sind, die wegen der Familie im Beruf aussetzen oder zurückstecken – und nach der Ehe der finanziell schwächere Partner sind. Das neue Unterhaltsrecht macht den Lebensentwurf einer ganzen Frauengeneration zunichte. Aber nicht nur geschiedene Frauen müssen Altersarmut fürchten: Insgesamt 41 Prozent der westdeutschen und 21 Prozent der ostdeutschen Frauen dieser mittleren Generation werden weniger als die Pseudo-Grundversorgung von 680 Euro im Monat erhalten, weil auch viele dieser jüngeren Frauen ihren Beruf für die Familie aufgaben oder „nur“ noch in Teilzeit zusätzlich zur Hausarbeit erwerbstätig waren. Die meisten Frauen der mittleren Generation können mit 150 Euro privater Rente im Monat rechnen, die mit aufstockenden Sozialleistungen verrechnet wird. Die Gesellschaft wandelt sich, und Frauen müssen für sich selbst sorgen. Hier ist die Politik gefragt, dass sie die dafür notwendigen Rahmenbedingungen schafft.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Was sich hier Demokratie nennt, ist Mittelalter

Es ist an der Zeit, zu echten Grundsätzen zurückzukommen und sie in Hochachtung der Menschenwürde auch einzubauen in politische Grundsätze. Es gab mal Zeiten von großer, schwerer Arbeit, aber auch größter Freiheit, zu denen jede Familie noch eine eigene Scholle Land hatte. Dann kamen Industrie und Neoliberalismus und versprachen große Freiheit. Sie geben das Versprechen von Frei-

heit ja auch heute, da Bauerngenerationen mit Hartz IV für ihre alte Scholle Land entschädigt werden sollen. Das soll dann Freiheit und Lohn sein, den eigentlichen menschlichen Wert der Unabhängigkeit so auszugleichen. Du musst machen, was die Herren da oben dir befehlen, sonst gibt es Sanktionen: damals Kerker, heute Hundefutter. Was für eine Ähnlichkeit mit dem Mittelalter!

Ja, was sich hier Demokratie nennt, ist Mittelalter. Zwar darfst du am Leben bleiben, aber deine Seele nicht. Die Scholle, das ist der eigentliche Maßstab der Freiheit. So soll auch der der erste neue Grundsatz von mir aufgebaut sein: Jeder Arbeitslose soll immer so viel Geld bekommen, dass er heute theoretisch aus allem aussteigen, sich also fast ganz von der Industrie entfernen könnte. Das könnte der Wert einer Kuh oder eines Schweins sein. Dann kommen wir Menschen zu Leben und Freiheit. Dies wäre das Maß aller Dinge, nicht der Mensch als Marktware, denn das ist ganz menschenverachtend und damit niemals eine gute Wirtschaft. Alle FDP-Rösler-Schnauzen können wir sowieso vergessen: Erst kommt die Industrie, dann soll alles paradiesisch sein, dann neoliberaler Menschenhandel. Die Scholle wird verschachert, um heute Hundefutter, Lidl und Aldi zu unterliegen.

Zuschrift von Günni, dem „Mann mit dem großen Hut“

Wahlbehinderung in Griechenland: Linke und sparkurskritische Parteien erhalten Papier zum Stimmzetteldruck mit Verspätung *(„Focus“)*

Als soziales Korrektiv etabliert: Südschleswigsche Wikinger kratzen an der Fünfprozenthürde *(„Junge Welt“)*

Der „Bild“-Hetze gegen Arbeitslose entgegentreten!

„Bild“ betreibt eine üble Stimmungsmache gegen Arbeitslose. Mit Schlagzeilen wie „Noch nie wurde so viel geschummelt und getrickst!“ und „Stoppt die Drückeberger!“ werden 4,5 Millionen Arbeitslose unter Generalverdacht gestellt. Der Hauptgeschäftsführer des „Paritätischen Wohlfahrtsverbands“ kritisiert „Bild“ zu Recht: „Hier wird ohne jede empirische Grundlage auf unverantwortliche Art und Weise gegen Millionen Menschen gehetzt und ein Bild der schmarotzenden Massen geschürt, das mit der Realität nichts zu tun hat“. Die breite Mehrheit der Betroffenen ist ständig

auf der Suche, wieder in Arbeit zu kommen. Aber sie sind nicht bereit, jeden Ein-Euro-Job anzunehmen, ständig sinnlose Seminare zu besuchen und kurzfristige Meldetermine einzuhalten.

Frauke Wille, eine Sprecherin der Bundesagentur für Arbeit, nennt als einen wesentlichen Grund für die steigenden Sanktionen, die Automatisierung in den Jobcentern sei „perfekter“ geworden. Von der Bundesagentur wurden 2011 deutlich mehr Vorladungen zu Stellenangeboten verschickt. Oftmals sind die Termine so willkürlich und kurzfristig gelegt, dass sie kaum einzuhalten sind. Sie erfüllen selten ihren Zweck, weil zum Beispiel älteren Arbeitslosen kaum Stellen angeboten werden können. Bei Terminversäumnissen wird aber automatisch die Leistung gekürzt. Die bürokratischen Schikanen haben zugenommen und nicht der „Betrug“! Die Möglichkeit, sofort zu sanktionieren, wurde von der Merkel-Regierung systematisch ausgebaut.

Durch die Sanktionen wurden im Durchschnitt 116 Euro monatlich gekürzt, das sind fast 30 Prozent der Einkünfte der Betroffenen. „Bild“ kennt die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit sehr genau, vertauscht aber nicht zufällig Sanktionen und Sanktionierte und multipliziert auf diese Weise die Zahl der angeblichen „;Drückeberger“ mit dem Faktor sechs. „Bild“ hätte auch den Rückgang der sogenannten Missbrauchsfälle melden können, denn die sind zwischen 2010 und 2011 um 50.000 auf 127.500 gesunken. Aber mit objektiver Berichterstattung wäre ja keine Stimmungsmache gegen Arbeitslose möglich! Dann müsste „Bild“ melden: „Noch nie wurde den Hartz-IV-Bezieher(inne)n so oft der Geldhahn zugedreht“, oder: „55 Prozent der Klagen gegen Leistungskürzung werden von Arbeitslosen gewonnen“. Solche Schlagzeilen über die Wahrheit wird man in der „Bild“-Zeitung weiterhin vergeblich suchen.

Harald Braun

„Nicht menschenwürdig“: Hartz-IV-Regelsatz landet erneut vor dem Bundesverfassungsgericht *(„Süddeutsche Zeitung“)*

„Hinreichende Erfolgsaussicht“: Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen gewährt Prozesskostenhilfe für Regelsatzklage *(„Gegen Hartz“)*

Berliner Sozialgericht mit Bundessozialgericht verwechselt: So dilettantisch sind die Piraten nicht, die können googeln *(„Scharf links“)*

Hessischer Sklavenmarkt abgesagt: Erwerbslose sollten öffentlich an Zeitarbeitsfirmen verschachert werden *(„Gegen Hartz“)*

Keine „Herdprämie“ für „Hartz-IV-Alkoholiker-Eltern“: Rot-Grün-Schwarz-Gelb hat das Ressentiment zur Grundlage der Politik gemacht *(„Spiegel-Online“)*

Sanktionen erleichtert, „gestiegenes Fehlverhalten“ vermeldet

Ich möchte heute auf eine Veranstaltung der besonderen Art hinweisen. Veranstaltungsort ist der Deutsche **Bundestag**. Auf der 175. **Sitzung** am **26. April 2012** geht es um **Sanktionen**. Angekündigt wird die Debatte von der Bundestagsverwaltung wie folgt: „Sanktionen in den Hartz-IV-Regelungen: Im Zentrum einer weiteren 90-minütigen Debatte stehen ab 10:40 Uhr zwei Anträge der Fraktion ‚Die Linke‘ und ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen. ‚Die Linke‘ will die Situation für Hartz-IV-Empfänger unter 25 Jahren verbessern. In einem Antrag (17/9070) fordert sie die Bundesregierung unter anderem auf, die Einbeziehung junger Erwachsener in die Bedarfsgemeinschaft der Eltern aufzuheben und kurzfristig das ‚Sanktionssondersystem für unterfünfundzwanzigjährige erwerbsfähige Leistungsberechtigte‘ aufzuheben. Zudem fordert die Linksfraktion (17/5174), dass sämtliche Sanktionen in der bestehenden Grundsicherung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) sowie die Leistungseinschränkungen im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) abgeschafft werden. Der Arbeits- und Sozialausschuss hat diesen Antrag beraten und empfiehlt ihn ebenso abzulehnen (17/6391) wie einen Antrag der Grünen (17/3207), die Rechte der Arbeitsuchenden zu stärken und Sanktionen auszusetzen.“

Mit dem Entzug von Geld wird „Fehlverhalten“ bestraft. Durch diese Kürzung der Leistung wird das Existenzminimum unterschritten! Meine einleitenden Worte im September 2010 lauteten: „Sanktionen sind für einen Menschen mit wenig Geld einschneidend! Nötig sind sie, um die Zielvorgaben der Bundesregierung zu erfüllen. Sanktionen werden durch die Argen ausgesprochen und von den Leistungsbeziehern durchlitten.“ In diesem Beitrag habe ich mich ausführlich mit Anfragen an die Bundesregierung beziehungsweise den Senat der Freien Hansestadt Bremen hinsichtlich der Sanktionen auseinandergesetzt. Die Antworten sind hochinteressant und aktuell.

Auch der Umgang mit den Fragestellern: „Halten wir fest: Die fast gleichen Anfragen der Grünen-Fraktion an den Senat der Freien Hansestadt Bremen und der Linksfraktion an die Bundesregierung ergeben bei gleicher Datenlage höchst abweichende Antworten! Die Antwort der Bundesregierung ist ausführlich, Fragen werden im Sinne des Fragenden auch erweitert beantwortet. Die Antwort des Senats ist nur punktgenau, und damit wird die gewünschte Auskunft nicht erteilt. Unverständlich bleibt, warum die vorliegenden Datensätze in Bremen nicht zielgerichtet entsprechend den Fragen ausgewertet werden.“ Bitte auch dieses Aus-

sagen sacken lassen und dabei berücksichtigen: Es handelt sich um Menschen, die nur das Existenzminimum zur Verfügung haben, wobei bereits der als Existenzminimum deklarierte Regelsatz nicht einmal ungekürzt auskömmlich ist! Sie lesen dies alles unter Bremer Montagsdemo! Vorurteil gefällig? Alles einseitig? Ich möchte Ihr Augenmerk auf das Forschungslabor der Bundesagentur für Arbeit lenken:

- Das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (IAB) liefert in einer Stellungnahme zu den „Sanktionen im SGB II. Unter dem Existenzminimum“ eine aktuelle Aufarbeitung von Mai 2011. Auf Seite 12 steht, dass es keinen Beweis dafür gibt, dass schärfere Sanktionen für Menschen unter 25 Jahren sachgerecht sind.
- Das IAB liefert im Kurzbericht zu „Grundsicherung und Einkommensarmut. Bedürftige Kinder und ihre Lebensumstände“ auf Seite 8 eine Tabelle über die „Unterversorgung der Kinder und ihrer Familien“. In diesem Bericht wird die Lebenslage bei *ungekürzten* Leistungsbezug beschrieben.
- In der Kurzbeschreibung einer Dissertation am IAB zum „Arbeitslosengeld-II-Bezug im Übergang in das Erwerbsleben“ heißt es: „Seit der Einführung des Arbeitslosengeldes II im Jahr 2005 wird die Bedeutung der Reform für das Ausmaß des Leistungsbezugs und die Arbeitsmarktchancen der Leistungsempfänger diskutiert. Brigitte Schels untersucht wissenschaftlich und sozialpolitisch relevante Fragen zur Entwicklung sozialer Ungleichheit im jungen Erwachsenenalter hinsichtlich der zeitlichen Struktur des Arbeitslosengeld-II-Bezugs und den Abgangswegen aus dem Leistungsbezug. Im Vordergrund steht der Zusammenhang zwischen einem Arbeitslosengeld-II-Bezug von jungen Erwachsenen und ihrer Ausbildungs- und Erwerbsbeteiligung. Die Analysen gestatten es, die Strukturen im Grundsicherungsbezug für 18- bis 29-Jährige belastbar zu quantifizieren.“
- Der IAB-Forschungsbericht „Es lässt sich mit allen arbeiten. Arbeitsmarktdienstleistung zwischen Vermittlung und Fallmanagement“ über ein Projekt des Jobcenters Saarbrücken zeigt auf, dass eine erfolgreiche Vermittlung *ohne* Sanktionsdrohungen erfolgen kann. Einfach mal mit dem Suchbegriff „Sanktion“ durchgehen! Insbesondere die Seiten 5 und 39 sowie die Schlussfolgerungen zeigen: Es geht auch *ohne* Sanktionen, ohne die Knebelung, einfach unter Berücksichtigung der Wünsche der Erwerbslosen!

Nun zurück zu den Sanktionen, obwohl gerade im vorstehenden IAB-Bericht nachgewiesen wurde, dass gute Vermittlungsarbeit ohne Sanktion auskommt. Dies hat sich geändert:

- Anregungen und Wünsche von Erwerbslosen müssen vom (No-)Job-Center nicht mehr berücksichtigt werden! Die Eingliederungsvereinbarung war ein Vertrag zwischen der bisherigen Arge (in Bremen: Bagis) und dem Hilfedürftigen, dem jetzigen Leistungsberechtigten. Wenn über den Inhalt dieses Vertrages keine Einigung erzielt wurde, konnte die Behörde diesen Vertrag als Verwaltungsakt verbindlich erlassen, Verstöße gegen die Eingliede-

rungsvereinbarung als Verwaltungsakt konnten aber nicht sanktioniert werden. Seit 2011 kann das (No-)Job-Center) die Eingliederungsvereinbarungen auch *ohne* Verhandlungen mit dem Leistungsberechtigten als Verwaltungsakt erlassen. Die Mitwirkung des „Kunden“ ist dadurch entbehrlich.

- Das (No-)Job-Center kann ohne eine schriftliche Rechtsbehelfsbelehrung über die Sanktionsmöglichkeit und die Sanktionsfolgen sanktionieren. Es kann unterstellt werden, dass Wissen vorhanden ist.
- Für den Sanktionsbescheid hat das (No-)Job-Center jetzt drei Monate Zeit, es kann somit „gesammelt“ sanktioniert werden. Die Warnfunktion der einzelnen Sanktion ist ausgehebelt.

Noch einiges mehr hat sich geändert. Eine juristische Ausarbeitung über alle Änderungen der Sanktionen von 2010 auf 2011 steht im „Info Also“, das „Bündnis für ein Sanktionsmoratorium“ liefert Beispiele. Wer einiges gelesen hat, wird entsetzt sein über die Möglichkeiten des Sachbearbeiters im (No-)Job-Center!

Die Berichterstattung lautet zum Beispiel „Mehr Strafen gegen Hartz-IV-Empfänger“, so am 12. April 2012 der „Weser-Kurier“, der weiter meldet: „Vor allem Verstöße gegen die Meldepflichten nehmen zu“. Bundesweit wurden 912.000 Sanktionen verhängt, zehn Prozent mehr als im Jahr 2010. Diese Steigerung war sozusagen vorhersehbar, weil mit der Änderung des SGB II die Sanktionsmöglichkeiten erweitert und vereinfacht wurden. Allerdings habe ich in den Artikeln keinen Hinweis auf diese erweiterten und vereinfachten Sanktionsmöglichkeiten gefunden.

Leider war die Berichterstattung über die Statistik der Sanktionen sehr vereinfacht. Die Rahmenbedingungen sind vielschichtiger, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Wir kommen darauf zurück! Gespannt bin ich nun auf den **Vortrag** über eine **Vorurteilsstudie** am **25. April 2012** um **18 Uhr** im **Gemeindehaus** am Stephanikirchhof 8. Dies ist aus meiner Sicht ein sehr interessantes Thema, denn auch die Erwerbslosen werden mit Vorurteilen überzogen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Mediale Bevormundung: Die Linkspartei wird systematisch von der Berichterstattung ausgeschlossen *(„Die Zeit“)*

Die Gewerkschaften rufen auf zur **Demonstration** am **Tag der Arbeit**, dem **1. Mai 2012**. Beginn ist um **10:30 Uhr** am **Osterdeich**. Die Demo endet mit einer **Kundgebung** am Domshof. Selbstorganisierte Beschäftigte von „Bremen macht Feierabend“ laden für **15 Uhr** ein zur **internationalen Maiveranstaltung** im Kulturzentrum Paradox, Bernhardstraße 10-12. Für **18 Uhr** lädt die MLPD ein zur **Maifeier** im „Ruderclub Hansa“, Werderstraße 64.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

373. Bremer Montagsdemo am 30. 04. 2012

Der Hartz-IV-Regelsatz ist immer noch verfassungswidrig niedrig

1. Die unsägliche **Herdprämie** treibt immer neue Blüten. Im Frühling mag das angebracht sein, doch in diesem Falle wird es immer skandalöser, ja: schlägt dem Fass den Boden aus. Als ob es nicht schon reichen würde, dass die schwarz-gelbe Koalition im 21. Jahrhundert das Betreuungsgeld beschlossen hat, wonach Eltern ab dem kommenden Jahr eine Geldleistung dafür bekommen sollen, dass sie ihr Kind in den ersten drei Jahren daheim betreuen und *nicht* in die Kita oder Krippe schicken! Das Betreuungsgeld stärkt damit keineswegs die Wahlfreiheit junger Familien, sondern festigt überkommene Rollenbilder.

Ulrike Hauffe, die Bremer Landesfrauenbeauftragte, meint zu den aktuellen Plänen der Bundesregierung, dass sich junge Familien natürlich überlegen werden, ob sie sich den Stress des Wettbewerbs um einen der ohnehin unzureichenden Krippenplätze antun, oder ob nicht von vornherein ein Elternteil länger zuhause bleibt als möglicherweise geplant, was natürlich die meist schlechter verdienenden Frauen sind. Je größer die Lücken in der Erwerbsbiografie, desto weniger Chancen haben Frauen auf Wiedereinstieg, Fortbildung und berufliche Verbesserung. Am Ende steigt auch durch fehlende Rentenbeiträge ihr Armutsrisiko sowie jenes ihrer Familien.

Jetzt sollen Hartz-IV-Bezieher vom „Betreuungsgeld“ – dem verniedlichenden Ausdruck für die Herdprämie – ausgeschlossen werden. Formal auf dem Papier sollen sie es zwar erhalten, aber dann wird es ihnen wieder abgezogen, weil es über die angebliche Grundsicherung hinausgehe. So sieht Politik aus, wenn Erwerbslose geringschätzig für „spätrömisch dekadent“ gehalten werden, denn die Herdprämie soll es nur mit sozialer Auslese geben! Im Prinzip läuft es gerade so verquer wie beim Kindergeld und auch beim Elterngeld, dass es ausgerechnet jenen Eltern, die am wenigsten haben, wieder weggenommen oder gleich von vornherein nicht zugestanden wird. Die perfide Logik von Hartz IV passt entzückend zur Logik der CSU, wonach Familien der „bessere Ort für die Kindererziehung“

sein sollen, weil es dort „Nestwärme“ und ein „Wertegerüst“ gebe, das kein Kindergarten bieten könne.

Außer natürlich, die Eltern wären irgendwie asozial: verantwortungslos, ungebildet, alkoholabhängig. Solche Eigenschaften werden nur allzu gern in offener Diffamierung Langzeitarbeitslosen als „typisch“ zugeordnet. Daher kann den vermeintlich schlechteren Eltern auch kein Betreuungsgeld zugestanden werden. Der Hinweis, dass Arbeitslose vom Betreuungsgeld ausgenommen sind, ist wohl vor allem eine Beruhigungspille für die eigenen Leute auf der Regierungsbank, was aber nichts daran ändert, dass das Betreuungsgeld von Grund auf gequirlter Murks ist. Welchen Sinn soll es ergeben, Bürger für den Verzicht auf eine staatliche Leistung mit einer anderen zu belohnen? Warum sollen Eltern eine steuerfinanzierte „Herdprämie“ bekommen, wenn sie steuerlich geförderte Kindergärten nicht in Anspruch nehmen?

Wolfgang Lieb von den „Nachdenkseiten“ findet, wer die Ungerechtigkeit beklage, dass Arbeitslosengeld II-Bezieher vom Betreuungsgeld nicht profitieren sollen, müsse konsequenterweise die gesamte Hartz-IV-Logik in Frage stellen – was weder CDU/CSU und FDP noch SPD und Grüne täten. In seinen Augen ist das Betreuungsgeld nichts anderes als eine Transferleistung für Besserverdienende, darüber hinaus aber auch ein bildungspolitisches Debakel, weil es gerade Eltern mit niedrigem Einkommen davon abhalte, für ihre Kindern ein frühkindliches pädagogisches Angebot in Anspruch zu nehmen.

Dass sich jetzt aber SPD und Grüne über die Anrechnung des Betreuungsgeldes auf die Hartz-IV-Leistungen empört zeigen, kann von Schwarz-Gelb nicht zu Unrecht als „Heuchelei“ zurückgewiesen werden, weil schließlich Rot-Grün die unmenschlichen Hartz-Gesetze eingeführt hat, die nahezu alle familienpolitisch begründeten, zusätzlichen Transferleistungen dem Arbeitslosengeld II anrechnen. Zudem lenkt die Diskussion um die Herdprämie wunderbar davon ab, dass es wahrscheinlich sehr viele Kommunen bis 2013 nicht schaffen werden, all jene Krippenplätze zur Verfügung zu stellen, auf welche die Eltern der Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr einen einklagbaren Anspruch besitzen werden.

2. Das Berliner Sozialgericht hat entschieden, dass der **Hartz-IV-Regelsatz** zu niedrig ist: Alleinstehende müssten 36 Euro mehr bekommen, Familien rund hundert Euro, weil anders eine menschenwürdige Existenz nicht möglich sei. Nun muss sich das Bundesverfassungsgericht mit der Sache beschäftigen. Auslöser ist der Fall einer Familie aus Berlin, die erklärte, dass sie mit den derzeitigen Leistungen nicht auskomme. Trotz größter Sparsamkeit müsse sie regelmäßig Dispo-Kredit und Privatdarlehen in Anspruch nehmen. Dass diese Familie nach den gültigen Vorschriften keine höheren Leistungen beanspruchen könne, ist nach Auffassung des Gerichts verfassungswidrig (Aktenzeichen: S 55 AS 9238/12).

Das Sozialgericht rügt, dass für die „Regelsatzberechnung“ die Einkünfte und Ausgaben der untersten 15 Prozent der Alleinstehenden einer Referenzgruppe genommen wurde, die willkürlich gewählt wurde und zudem Menschen umfas-

se, deren Existenzminimum nicht gedeckt sei. Wenn aber sogar erkannt wird, dass das Existenzminimum auch Geld für zwischenmenschliche Kontakte umfassen muss, und als „kaum belegt“ kritisiert wird, dass die Leistungen ausreichten, um Geld für langlebige Gebrauchsgüter wie Waschmaschinen anzusparen, dann weiß ich nicht, wie das Gericht auf solch eine absurd niedrige Summe kommen kann, die angeblich im Regelsatz fehle! Schließlich forderte bereits 2003 Peter Hartz einen Regelsatz in Höhe von 511 Euro. Der wurde dann gewaltig gekürzt, sonst läge er heute in ganz anderen, viel höheren Sphären.

3. Hunderttausende Haushalte in Deutschland können ihren Strom nicht mehr bezahlen und sind deswegen vom Netz abgehängt. Weil die **Energiepreise** immer weiter steigen, wirft die Präsidentin des Sozialverbandes VdK, Ulrike Mascher, der Bundesregierung vor, die „soziale Dimension der Energiewende nicht im Blick“ zu haben. Laut Umfrage der Verbraucherschützer bei den Energieversorgern wird pro Jahr bei rund 600.000 Haushalten aufgrund nicht gezahlter Rechnungen der Strom gesperrt, was zu hohen zusätzlichen Kosten für die ohnehin zu schmalen Geldbeutel führt. Schon wieder wird gelogen, dass ALG-II-Bezieher nicht so betroffen seien wie Geringverdiener und Rentner, weil bei denen zumindest die Heizkosten in der Regel von den Sozialbehörden übernommen würden! Wer heizt denn mit Strom?

Strom müssen die ALG-II-Bezieher aus ihrem kargen Regelsatz bezahlen, der keinesfalls als sogenannte Grundsicherung ausreicht! Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Renate Künast, gibt der Bundesregierung die Schuld an der zunehmenden Energiearmut, denn Schwarz-Gelb habe stromintensive Betriebe bei den Netzentgelten massiv entlastet. Dieser Einnahmeausfall treibe die Kosten für Verbraucher und Mittelstand in die Höhe, wodurch soziale Schieflagen bewusst organisiert würden. Ein Artikel der „Welt“ suggeriert, dass steigende Preise durch die „Energiewende“ die Lage verschlimmert hätten. Dabei ist Atomkraft die teuerste Möglichkeit, Strom zu bekommen!

4. Auf den Finanzmärkten geht ein Gespenst um: Was geschieht, wenn das Gros von Arbeitslosen und Armen die Politik der Mächtigen nicht mehr abnickt? Der Billionenkredit des Rettungsschirms mag die wirtschaftliche Lage beruhigt haben – aber auch die 50 Prozent arbeitslosen Jugendlichen in Spanien? Die Wahlen in Frankreich und Griechenland wie auch die Volksbefragung in Irland lösen Sorgen bei Investoren, Unternehmen und Konsumenten aus. Die Euro-Staaten verlangen ihren Bevölkerungen große Opfer ab, bauen hunderttausende Stellen im Staatsdienst ab, erhöhen die Steuern, streichen staatliche Gelder zusammen, kürzen die Renten, drücken das Lohnniveau, schwächen den Kündigungsschutz ab, entmachten die Gewerkschaften und schicken massenhaft Menschen in die Erwerbslosigkeit.

Weil die demokratischen „Spielregeln“ es verlangen, das Volk in regelmäßigen Abständen wählen zu lassen, hat die Politik in den vergangenen Monaten

viel unternommen, um den Wählerwillen zu neutralisieren. In Griechenland wurde im November eine Volksbefragung zu den Sparmaßnahmen durch unverhohlene Drohung mit Ausschluss aus der EU verhindert. In Griechenland und in Italien zwang die **Krise** gewählte Regierungschefs zum Rücktritt. An deren Stelle rückten „Technokraten“, die nicht gewählt worden sind und daher nicht vom Wählerwillen abhängen. Immer öfter wird die Demokratie unter dem Druck der Märkte vielfach ausgehebelt. Die Politik in der Krise gleicht einem permanenten Staatsstreich. Wenn Wahlen dazu verkommen, sich für oder gegen die Option des Beitritts zum „Fiskalpakt“ zu entscheiden und von den Geldern des Euro-Rettungsschirms abhängig zu sein, dann kann ich so eine Wahl zwischen Pest und Cholera nur als Farce bezeichnen!

Wir sollen uns wohl daran gewöhnen, dass Regierungen sich *nicht mehr die Bohne* nach den Interessen des Volkes richten, sondern – angeblich zu seinem Wohlbefinden – nach jenen der Finanzmärkte. Der Wirtschaftsethiker Ulrich Thielemann kritisiert, dass die Rede von der „Alternativlosigkeit“ ein Sprech- und Denkverbot sei: Es es bedeute das Ende der Demokratie, wenn nicht mehr über Alternativen gesprochen werden könne. Die Politik beuge sich den Märkten wie einer Naturgewalt. Dabei sind die Märkte selbstgemacht und lassen sich ebenso wieder ändern! Wenn weiter gespart wird, werden die Kommunen ausbluten. Wir haben immer mehr Ausgaben, weil wir immer weniger Einnahmen bekommen: Den Reichen werden permanent Steuern erlassen. Solche gesellschaftsfeindlichen, asozialen Gesetze lassen sich alle wieder in soziale Regeln verwandeln! Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Schlächter selber!

5. Die **Arbeitsmarktlage** in den meisten Staaten der Welt ist der „Internationalen Arbeitsorganisation“ (ILO) zufolge alarmierend: Sparpakete der Regierungen und Reformen des Arbeitsmarkts hätten nicht zur Schaffung neuer Stellen geführt. Besonders besorgniserregend sei die Entwicklung in Europa, wo in fast zwei Dritteln der Länder die Zahl der Arbeitslosen seit 2010 gestiegen sei und die Jugendarbeitslosigkeit galoppierend zunehme. Deutschland wird von der ILO gerügt, weil zwar die Beschäftigungsrate gestiegen sei, allerdings der „hohe Anteil von Beziehern von Niedriglöhnen und von atypischer Beschäftigung wie Minijobs oder Leiharbeit“ ein Problem darstellte. Zudem lägen die Investitionen gemessen am Bruttoinlandsprodukt immer noch unter ihrem Vorkrisenniveau.

6. Die Zahl der Krankschreibungen wegen psychischer **Erkrankungen** ist drastisch gestiegen: Die Zahl der Arbeitsunfähigkeitstage stieg von 33,6 Millionen im Jahr 2001 auf 53,5 Millionen 2010 an. Das schwarz-gelbe Gruselkabinett schafft es dennoch, hier keinen „akuten Handlungsbedarf“ zu sehen! Besonders gefährdet sind demnach Frauen: 2010 gingen rund 39.000 weibliche Beschäftigte aufgrund psychischer Erkrankungen in Erwerbsminderungsrente, was fast einer Verdoppelung im Vergleich zum Jahr 2000 entspricht. Als Gründe für die Häufung der Fälle werden steigende Anforderungen, erhöhte Eigenverantwortung, höhere

Flexibilitätserwartungen und nichtkontinuierliche Beschäftigungsverhältnisse genannt – allesamt unmittelbare Folgen dieser menschenfeindlichen neoliberalen Politik!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die Gewerkschaften rufen auf zur **Demonstration** am **Tag der Arbeit**, dem **1. Mai 2012**. Beginn ist um **10:30 Uhr** am **Osterdeich**. Die Demo endet mit einer **Kundgebung** am Domshof. Selbstorganisierte Beschäftigte von „Bremen macht Feierabend“ laden für **15 Uhr** ein zur **internationalen Maiveranstaltung** im Kulturzentrum Paradox, Bernhardstraße 10-12. Für **18 Uhr** lädt die MLPD ein zur **Maifeier** im „Ruderclub Hansa“, Werderstraße 64.

Wird Deutschland plötzlich zum Rentnerparadies?

Die Renten steigen ab Juli 2012 um 2 Prozent, und die Sozialministerin will eine „Zuschussrente“ einführen. Von der Leyen verkündet: „Die kräftige Rentensteigerung, die mit Rücklagen gut gefüllte Rentenkasse und die Beitragssenkung sind zusammen Ausweis des stabilen, demografiefesten gesetzlichen Rentensystems“. Sollen wir in diesen Jubel einstimmen? Die aktuelle Rentenerhöhung war längst überfällig und fällt viel zu niedrig aus! Sie gleicht nicht einmal die Inflation aus, die für die tagtäglichen Massengüter bei über fünf Prozent liegt.

Seit 2004 sind die Renten real um neun Prozent gekürzt worden.1996 machte die gesetzliche Rente nach 45 Jahren Einzahlung 70 Prozent des letzten Bruttogehalts aus. Heute beträgt die Durchschnittsrente nur noch 47 Prozent, und sie wird bis zum Jahr 2030 auf 40 Prozent sinken. Über drei Millionen Rentner sind heute schon arm oder von Armut bedroht. Etwa 400.000 von ihnen sind auf die sogenannte Grundsicherung angewiesen. Jeder dritte der 27 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird im Alter wegen zu geringen Lohns nur noch eine Grundsicherung erhalten. Davor will die Sozialministerin nach ihren jüngsten Ankündigen vor allem Frauen ab 2013 mit einer sogenannten Zuschussrente bewahren.

Das Versprechen einer künftigen Zuschussrente soll den Unmut der wachsenden Masse von Geringverdienern dämpfen, die einem Lebensabend in Armut entgegensehen müssen. Dabei sind von der Leyens künftige Wohltaten für ältere

Menschen an Bedingungen geknüpft, die die wenigsten erfüllen dürften. Die zukünftigen Rentner bekommen nur dann ihre Altersbezüge aufgestockt, wenn sie vier Voraussetzungen erfüllen: Die Rente muss unter 850 Euro liegen, wobei die Rente des Partners angerechnet wird, wenn sie über 850 Euro beträgt. Sie müssen mindestens 45 Jahre lang Mitglied in der gesetzlichen Rentenversicherung gewesen sein, 35 Jahre lang aktiv Beiträge dafür eingezahlt haben und seit fünf Jahren einen Riestervertrag besitzen.

„Diese Bedingungen für die Zuschussrente machen sie zu einer absoluten Mogelpackung“, erklärte Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des „Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“, und ergänzte: „Es ist eine politische Nebelkerze, die da gerade abgefackelt wird“. Die in von der Leyens Konzept vorgesehenen 45 Jahre Mitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung sind für die Masse der Beschäftigten realitätsfern. Und die Riester-Rente wird für immer mehr Menschen unerschwinglich, obwohl sie seit Einführung durch die damalige Schröder/Fischer-Regierung dazu gezwungen sind. Mit einer angeblichen „Alterssicherung“ hat das nichts zu tun, das füllt nur die Konten der Investmentbanken und Versicherungskonzerne.

Die wachsende Altersarmut haben die drei Regierungen in den letzten 15 Jahren zu verantworten. Mit den Hartz-Gesetzen wurde die massive Ausdehnung der Niedrigstlöhne durch die Kapitalisten ermöglicht, mit der Rente ab 67 haben SPD und CDU eine gravierende Rentensenkung durchgesetzt. Erst vor Kurzem wurden von Union und FDP die Rentenbeiträge für Dauerarbeitslose gestrichen. Dabei könnten die Beiträge für alle Sozialversicherungen über eine umsatzbezogene Sozialsteuer von circa sechs Prozent vollständig durch die Unternehmen finanziert werden! Das wäre aufgrund der Produktivitätssteigerung in der Industrie von 1991 (113.133 Euro pro Beschäftigtem und Jahr) bis 2010 (295.276 Euro) rechnerisch leicht möglich.

Gegen die zunehmende Verarmung müssen deutlich höhere Löhne und Gehälter und eine Mindestrente in Höhe des Existenzminimums durchgesetzt werden. Die Rente mit 67 und die Hartz-Gesetze müssen zu Fall gebracht werden. Sorglos alt werden können dagegen die Vorstände der 30 Dax-Konzerne. Für diese Leute wurden in diesem Jahr mehr als 637 Millionen Euro für den Ruhestand zurückgelegt. Spitzenrentner ist Daimler-Boss Dieter Zetsche mit einem Pensionsanspruch von insgesamt 29,6 Millionen Euro.

Harald Braun

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

374. Bremer Montagsdemo am 07. 05. 2012

Gegen das Kaputtsparen unserer Zukunft!

1. Die Abstimmung im Deutschen Bundestag hat gezeigt, dass die derzeitigen Mehrheiten eine Beendigung der Sanktionen nicht zulassen. Schaut euch mal die Parteien und die Namen der Abgeordneten an, mit begleitenden Worten gut dargestellt vom „Netzwerk Grundeinkommen“! Der Vorlagebeschluss für das Bundesverfassungsgericht ist dagegen zu begrüßen, denn das Sozialgericht Berlin sieht in den Leistungssätzen einen Verstoß gegen das Grundgesetz, und zwar bereits in den nicht durch Sanktion geminderten **Regelleistungen**. Die Wahlen können die Grundlage zur Verhinderung erneuter Tricks zur Umsetzung des zu erwartenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts sein. Seht euch einfach mal die Anträge und das Abstimmungsverhalten der Parteien an!

2. Die **Eingliederungsvereinbarung** soll den Weg zurück in Arbeit aufzeigen. Die letzten Änderungen hierzu stehen unter der vorigen Bremer Montagsdemo. Auch das (No-)Job-Center hatte richtige Ansätze, davon hat es sich jedoch meilenweit entfernt. Wie geht der Erwerbslose damit um? Wer sich und seine Pläne nicht in der vom (No-)Job-Center vorgelegten Eingliederungsvereinbarung wiederfindet, sollte seine Anregungen und Wünsche hierfür dem (No-)Job-Center (nachweislich) vorlegen. Praktisch ist die Aussage: „Ich nehme die Eingliederungsvereinbarung mit und melde mich wieder“.

Des Fallmanagers Aufforderung „Unterschreiben Sie jetzt sofort!“ muss nicht befolgt werden. Jedes vorgelegte Papier kann mitgenommen werden. Eine sofortige Unterschrift zu verlangen, ist sittenwidrig! Wer sich hat einschüchtern lassen, kann die Unterschrift widerrufen, mit entsprechenden Änderungswünschen, also die Wünsche und Anregungen formulieren und als gewünschte Ergänzung im (No-)Job-Center gegen Stempel abgeben oder dem Fallmanager gegen Stempel beziehungsweise mit Zeugen übergeben.

Wenn der Fallmanager nicht darauf eingeht, kann gegen die als Verwaltungsakt erlassene „Eingliederungsvereinbarung“ Widerspruch eingelegt und mit diesem die aufschiebende Wirkung beantragt werden. Bei eiligen Anliegen kann sofort die Hilfe des Gerichts in Anspruch genommen werden, um beispielsweise den Einstieg in eine Weiterbildung noch termingemäß zu erreichen oder eine Zwangsmaßnahme wie den Ein-Euro-Job abzuwehren. Da der Widerspruch keine aufschiebende Wirkung hat, muss bis zur Entscheidung darüber die „Eingliederungsvereinbarung“ befolgt werden. In diesem Beispiel muss die Entscheidung des (No-)Job-Centers über den Widerspruch nicht abgewartet werden.

Die Negativentwicklung der „Eingliederungsvereinbarungen“ geht weiter. Neu ist die Terminierung des Nachweises über die unternommenen Bewerbungsbemühungen: „Legen Sie mir an jedem ersten Werktag des Monats Ihre Bewerbungsliste vor!“ Es reicht somit nicht, sich zu bewerben. Der Nachweis muss auch wie vorgeschrieben geführt werden. Wer die Liste per Post schickt oder später hingeht, hat bereits gegen die „Eingliederungsvereinbarung“ verstoßen. Allein dieser „Verstoß“ wird zur Sanktionierung genutzt! Ob diese Sanktion angemessen ist, werden die Gerichte beurteilen.

Bisher stand in den „Eingliederungsvereinbarungen“ zum Beispiel: „Es sind X Bewerbungen pro Monat vorzunehmen“. Die Gerichte haben diese Verpflichtung nicht auf den Monat bezogen, sondern auf die gesamte Laufzeit der „Vereinbarung“. Dadurch konnten Bewerbungen vorgezogen oder auch nachgeholt werden. Ob die Richter nun diese Einengung akzeptieren? Es ausprobieren ist allerdings nicht ratsam! Wenn der Fallmanager die neue Zeitspanne ausnutzt, kann er jetzt dreimal den gleichen Fehler sanktionieren, ohne dass der Leistungsberechtigte sein Verhalten ändern kann: „Sie erhalten ab nächstem Monat keine Leistungen mehr und als Unterfünfundzwanzigjähriger auch keine Miete mehr erstattet!“ Ein Unding!

Das Überzeugen der Gerichte ist jetzt die greifbare Möglichkeit. Oftmals sehen Richter die Unterschriftverweigerung bei der „Eingliederungsvereinbarung“ als Weigerung an, sich um Arbeit zu bemühen an. Dies kann durch die Anregungen und Änderungswünsche widerlegt werden. Gerade diese Wünsche dokumentieren die aktive Mithilfe und auch die Ignoranz des Fallmanagers. Die Hilfe des Gerichts kann sofort nach Widerspruch gegen die Zahlungseinstellung erbeten werden. Das Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes ist schnell: Sie erhalten kurzfristig die Entscheidung oder Unterstützung. In Bremen nimmt die Rechtsantragsstelle Ihr Anliegen entgegen. Entschieden wird ohne mündliche Verhandlung, siehe vorherige Bremer Montagsdemos. Wir kommen darauf zurück! Wie dies alles geht? Wir gehen mit! Eine gute Arbeitsvermittlung kommt ohne Sanktionen aus!

3. Die Zeitschrift „Test“ hat über **Mieterhöhungen** berichtet. Entsprechende Verlangen des Vermieters können trotz Einhaltung der formalen gesetzlichen Rahmenbedingungen unzulässig sein. Das Urteil des BGH (Aktenzeichen: VIII ZR

346/10) besagt, dass ohne Mietspiegel die teuersten und die günstigsten Mieten nicht zu berücksichtigen sind. Vorbei ist damit der Verweis des Vermieters auf drei eigene überteuerte Wohnungen! Dem Mieter bleibt das Prozessrisiko. Da hilft eine Rechtsschutzversicherung beziehungsweise bei Menschen mit wenig Geld die Prozesskostenhilfe.

4. Der dritte Bericht zum „**Bildungspaket**“ wurde der Deputation für Soziales im Februar vorgelegt. Gemäß diesem Bericht werden Leistungen auch gezahlt, wenn „zum Beispiel der Antrag aus Zeitgründen nicht rechtzeitig gestellt oder beschieden werden konnte; Ausflüge kurzfristig angesetzt wurden; Anbieter nur Geldleistungen akzeptieren; die Verwaltung den Antrag ursprünglich zu Unrecht abgelehnt oder noch nicht bearbeitet hatte; die Eltern diesen Betrag verauslagt haben“. Dies ist zu begrüßen, doch wer wurde darüber informiert? In die Hinweise rund um das „Bildungs- und Teilhabepaket“ wurden diese Möglichkeiten nicht aufgenommen. Es fehlt darüber hinaus in den Informationen der Hinweis, dass auch nicht registrierte Anbieter Leistungen gemäß „Bildungs- und Teilhabepaket“ erbringen können. Die Leistungsberechtigten sind nicht an die aufgelisteten Anbieter gebunden. Dies gilt nicht nur für Kulturveranstaltungen im Rahmen von Bildung und Teilhabe!

Gemäß diesem Bericht kann (weiterhin) formlos mit dem Globalantrag die „Baue Karte“ beantragt oder verlängert werden. Die Einarbeitung in das Antragsformular soll noch bis September 2012 dauern: „An den Zentren für unterstützende Pädagogik sind zurzeit bereits 35 Schulsozialarbeiter(innen) in Kooperation mit freien Trägern eingestellt worden. Die weiteren Stellen sind im Besetzungsverfahren.“ Somit waren 50 Stellenangebote für Schulsozialarbeiter im Angebot, doch ein Fallmanager im (No-)Job-Center wusste nichts davon. Sein Kunde hat nachgefragt, weil er von der Möglichkeit gehört hat und die entsprechende Ausbildung und Erfahrung besitzt. Sein Fallmanager hat nochmals nachgeforscht, konnte aber dem Erwerbslosen kein entsprechendes Stellenangebot unterbreiten! Wie ist dies möglich?

5. „Die Linke“ hat gesagt, was sie vom **Haushalt** Bremens hält. Wer sich davon betroffen fühlt, kann gegen den Landeshaushalt demonstrieren und wird auf ein breites Bündnis aus Initiativen, Vereinen und Parteien treffen hat Gelegenheit, am **9. Mai 2012** ab **14 Uhr** vor der Bremischen **Bürgerschaft** gegen weiteren **Sozialabbau** zu protestieren. Das Motto der **Kundgebung** lautet: Gegen das Kaputtsparen unserer Zukunft! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Trotz 50 Bonussitzen: Griechische Sparkoalition abgewählt *(„Stern“)*

Merkel isoliert: Französischer Sparpräsident abgewählt *(„Rote Fahne News“)*

Schwarz-Gelb in Schleswig-Holstein abgewählt: Aber nicht die FDP, sondern die Linkspartei fliegt aus dem Landtag *(„Junge Welt“)*

Erziehung muss noch spottbilliger werden!

1. Nun berichtet sogar das ZDF über die um sich greifende **Altersarmut** und zeigt einen verarmten 75-jährigen Rentner, der 25 Jahre lang als Pförtner gejobbt hat und sich bis heute etwas dazuverdienen muss, damit er über die Runden kommt. Bevor er jetzt noch eine Stelle findet, muss er einen Kurs besuchen, der etwa 400 Euro kostet. Da beißt sich die Katze natürlich in den Schwanz, denn einer, der zu wenig Geld zum Leben hat, darf doch wohl nicht erst ein paar Hundert Euro aufbringen müssen, bevor er das in seinem betagten Alter überhaupt noch tun kann!

Leider wird nicht gesagt, wofür dieses Geld wirklich bezahlt werden muss, ob sich da noch jemand an der Armut anderer bereichert. Der beschriebene Rentner gibt jedoch nicht auf, sondern sammelt so lange Flaschen aus Papierkörben, bis er das Geld zusammenhat. Es ist überaus beschämend für dieses reiche Land, dass der toughe Greis für sich keine andere Lösung gesehen hat. Jetzt soll niemand daherkommen und mir erzählen wollen, er hätte doch nur zum Sozialamt gehen müssen, um dort eine Grundsicherung zu bekommen. Aber sicher doch: Es ist eine Transferleistung, die ihren Namen nicht einhält, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist!

2. Weil in Deutschland die Erzieher(innen) fehlen, schlagen die Grünen vor, mehr Arbeitslose für diesen Beruf auszubilden und umzuschulen. Auf eine Anfrage der Grünen teilte das Bundesarbeitsministerium mit, dass von 2008 bis 2011 bundesweit 2.056 Personen eine entsprechend geförderte Weiterbildung begonnen hätten, die laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit 954 Personen erfolgreich abschlossen. Im Ländervergleich zeigten sich dabei zum Teil große Unterschiede: Während in Hessen zwischen 2008 und 2011 genau 510 Arbeitslose eine Umschulung begonnen hätten, seien es in Niedersachsen nur 44 gewesen.

Da in Westdeutschland demnächst circa 20.000 Erzieherinnen und **Erzieher** fehlen werden, droht der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Unterdreijährige nicht nur wegen der unzureichenden Investitionen in den Kita-Ausbau,

sondern auch aufgrund des Mangels an Erzieherinnen und Erziehern endgültig zu scheitern. Oder könnten für eine Umschulung auch Lehrer in Frage kommen? Laut Bundesagentur hätten im März gut 4.000 arbeitslose Lehrer mit einer Ausbildung für eine Lehrtätigkeit an allgemeinbildenden Schulen 767 offene Stellen gegenüber gestanden.

Familienministerin Kristina Schröder deutete an, dass die Länder weitere Unterstützung des Bundes bekommen könnten, wenn sie mit dem Ausbau von Kitas nicht wie geplant vorankämen, zum Beispiel Zinszahlungen für Kommunen übernehmen. Außerdem könnten über die Arbeitsagentur Lohnkostenzuschüsse für die Anstellung von Tagesmüttern gezahlt werden. Daher weht der Wind: Erziehung muss noch spottbilliger werden als durch die ohnehin schlecht bezahlten Erzieherinnen! Die GEW verlangt wenigstens noch, dass genau geprüft werden müsse, ob Arbeitslose einen Bezug zu dem Job hätten; sie dürften nicht dazu gedrängt werden. Letztendlich sei der Erziehermangel aber nur durch höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen zu beheben.

3. Die Bundesregierung sei schlecht über die Situation von armutsgefährdeten Jugendlichen informiert: Sie könne weder zu den Wohnorten der jungen Leute noch zu deren sozialen Merkmalen wie Migrationshintergrund oder Schulabschluss Daten vorlegen. Trotz der spärlichen Antworten lasse sich jedoch klar erkennen, dass das Armutsrisiko bei Menschen in der Altersgruppe von 16 bis 24 Jahren deutlich über dem deutschen Bevölkerungsdurchschnitt von 15 Prozent liege. Dabei waren junge Frauen in den vergangenen Jahren zu knapp 23 Prozent von Armut bedroht, für junge Männer betrage das Risiko 18 Prozent. Meiner Meinung nach ist „von Armut bedroht“ hier immer mit tatsächlicher Armut gleichzusetzen, da der Regelsatz leider nicht mit einer tatsächlichen Grundsicherung identisch ist!

Eigentlich müsste die Bundesregierung mehr wissen, aber *uneigentlich* gehöre herauszufinden, ob etwa Studierende oder Auszubildende von einem Abrutschen unter die **Armutsgrenze** bedroht sind, nicht zum „Standardrepertoire“. Ein Sprecher von *lovely* Arbeitsministerin Zensursula von der Leyen bezweifelt jedoch, dass der nächste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung mehr Erkenntnisse über die Situation liefern wird. Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß! Was niemand sieht, gibt es wohl auch gar nicht? Offenbar wird hier die bewährte Methode benutzt, nämlich arme Menschen, welche die auf rosa Hochglanz euphemisierte, äh: polierte Statistik versauen, wie gehabt nicht mitzuzählen, gar näher zu beleuchten! Ich befürchte allerdings, dass das schwarz-gelbe Gruselkabinett nur nach außen hin über keinerlei Kenntnis verfügt, in Wirklichkeit aber sehr genau weiß, was eigentlich los ist – und es ihr schlicht egal ist.

4. Bundesagentur-Chef Frank-Jürgen Weise forderte die Deutschen auf, einfache Tätigkeiten stärker „wertzuschätzen“. Geringfügig Beschäftigten riet er, sich fortzubilden und „pünktlich und fleißig zu sein“. Von Respekt für einfache Arbeit wird

keiner satt, kann niemand anständig leben! Ein **Mindestlohn** in respektabler Höhe muss her: zwölf Euro die Stunde! Weise halte auch nichts davon, „einen Buchhalter für 14 Tage aufs Spargelfeld zu zwingen“, weil dieser nach zwei, drei Tagen vom Arzt die Bescheinigung erhalte, dass er nicht arbeitsfähig sei. Zudem sei eine solche Arbeit für viele Menschen, zum Beispiel Büroangestellte, keine Empfehlung.

Jedoch lehnte Weise eine Rücknahme der unter Bundeskanzler Gerhard Schröder beschlossenen Arbeitsmarktreformen ab: „Die gelungenen Reformen aus den vergangenen Jahren sollten angepasst und verbessert, aber nicht zurückgedreht werden“. Die Reformen hätten „eindeutig Nutzen“ gebracht, was sich nicht nur an der gesunkenen Zahl der Arbeitslosen ablesen lasse. Ich glaube gern, dass heute Politiker und Arbeitsmarktexperten aus ganz Europa nach Deutschland kommen und anerkennend fragen: „Wie habt ihr das gemacht?“ Mit Dumpinglöhnen und Entrechtung der Arbeitnehmer ist Deutschland geradezu ein Paradies für Arbeitgeber jedweder Couleur!

5. Der Discounter Aldi erhielt in den vergangenen Jahren staatliche **Subventionen** in beträchtlicher Höhe. Sowohl Aldi Nord als auch Aldi Süd hätten beim Bundesamt für Güterverkehr (BAG) Fördermittel für Unternehmen des Güterkraftverkehrs beantragt. Ob da mal wieder jemand den Hals nicht voll kriegen kann? Warum und in welcher Höhe der Handelskonzern mit einem weltweiten Umsatz von 57 Milliarden Euro staatliche Unterstützung für Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen bekam, bleibt im Nebel verborgen. Vorerst verweigerte das BAG Auskünfte dazu, da sie „Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse“ von Aldi betreffen könnten. Selbst dem Parlament wurden Auskünfte über die Verwendung der staatlichen Gelder verweigert: Leider sei die Datenverarbeitung der BAG nicht „so ausgelegt“, dass gesagt werden könne, welche Unternehmen wie hoch gefördert würden. Wie praktisch!

Es ist in der Tat eine Sauerei, wenn Förderungen nicht bei der Aus- und Weiterbildung helfen, sondern das Sparprogramm eines milliardenschweren Discounters aufpeppen. Den Erhalt der Subventionen bestätigten sowohl Aldi Süd als auch Aldi Nord, verwiesen aber auf die erfolgreiche Prüfung durch das BAG. Eine Hand wäscht die andere, wenn Wirtschaft und Politik das gleiche unschöne Spiel betreiben! So wie den Bankstern die Milliarden in den Allerwertesten gepustet wurden, können auch Konzerne von Millionären gar nicht genügend Unterstützung bekommen. Lustig oder traurig, wie von den Medien immer gebetsmühlenartig verlangt wird, dass zwar ALG-II-Bezieher die besseren Menschen zu sein haben, aber Großkonzerne offen und ungeniert in die Staatskasse greifen dürfen!

6. Durch eine Änderung des Grundgesetzes versuchen die deutschen Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne den Gang vor das **Bundesverfassungsgericht** für Privatpersonen zu erschweren. Damit könnten Klagen wegen Verletzung des Grundgesetzes drastisch eingeschränkt werden. Offiziell geschehe dies, um die „Überlastung des Gerichts“ einzudämmen, weil sich mittlerweile angeblich zu vie-

le Bürger an das Gericht wendeten. Ob die neue restriktive Politik mit möglichen Klagen gegen den Rettungsschirm ESM zusammenhängt? Es scheint so, als wolle sich die Bundesregierung in ihre bürgerferne Politik nicht länger reinreden lassen, denn der Artikel 93 des Grundgesetzes umfasst das Recht der Abgeordneten, Verfassungsorgane und jedes Staatsbürgers, gegen eine Verletzung des Grundgesetzes Klage beim Bundesverfassungsgericht einzulegen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

CDU einen Kopf kürzer: Norbert Röttgen kann das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen nicht so gut verkraften *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

375. Bremer Montagsdemo
am 14. 05. 2012

„Bedauerlicherweise“ haben die Wähler entschieden

1. Alarmierende Zahlen zur Wohnraumversorgung insbesondere in den Ballungsgebieten und Großstädten haben „Die Linke“ wachgerüttelt. So setzt die Bundespartei das Thema Wohnungspolitik nun ganz vorn auf ihre Agenda. Die Situation auf dem deutschen **Wohnungsmarkt** habe sich zu einem der zentralen sozialen Probleme unserer Zeit entwickelt.

Laut Marktforschungsinstitut Empirica seien insbesondere in Ballungsräumen steigende Mieten zu verzeichnen, beispielsweise in Hamburg um zwölf, in München um 25 Prozent. In Stuttgart, Frankfurt am Main, Köln und Berlin wurden Wohnungen bei Neuvermietung um 18 Prozent teurer. Häufig müssten die Mieter bereits mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Wohnkosten ausgeben.

Für Caren Lay, Bundesgeschäftsführerin der „Linken“, ist es nicht hinnehmbar, dass die Mieten immer weiter ansteigen, während gleichzeitig die Realeinkommen sinken. Weil laut dem Deutschem Mieterbund bis zum Jahr 2017 der Bau von mindestens 825.000 Mietwohnungen, insbesondere im preisgünstigen Segment, erforderlich sind, um die Mangellage in den Griff zu bekommen, stecke Deutschland inmitten einer neuen Wohnungsnot.

Die Partei fordert deshalb in einem Aktionsprogramm neben der Neubelebung des sozialen Wohnungsbaus den Stopp der Privatisierung weiterer Wohnungsbestände und ebenso eine deutliche Aufstockung des Programms „Soziale Stadt“. Wenn das schwarz-gelbe Gruselkabinett weiterhin an den geplanten Mietrechtsänderungen mit großzügigeren Kündigungsmöglichkeiten für die Vermieter festhalte, dann habe sich das Mietrecht bis an die Grenzen der Sozialverträglichkeit zugunsten der Vermieter entwickelt.

Auch in Bremen sind so gut wie keine leeren Wohnungen zu finden. Ein neues Aktionsbündnis, das aus der „Winterkirche“, Einzelpersonen wie Joachim Barloschky, zwei Mietervereinen, der „Wohnungslosenhilfe der Inneren Mission“ und dem Uni-Asta besteht, beklagt, dass in der Stadt Wohnungsnot herrsche, weil

zu wenig und vor allem zu teure Neubauten entstünden. Die Knappheit trifft vor allem arme Menschen, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind. Seit der Stadtteil Tenever durch Modernisierungen aufgewertet worden ist, gibt es sogar hier Wartelisten für Mietwohnungen.

Gerade Alleinerziehende oder Migranten werden bei der Wohnungssuche diskriminiert, arme Menschen aus teuren Wohnvierteln verdrängt und die Wohnungslosigkeit ausgeweitet. So entsteht genau die Segregation, die angeblich niemand haben möchte. Wenigstens die Studenten können ein bisschen aufatmen, weil ein neues Wohnheim eröffnet wurde. 4,5 Millionen Euro fließen in Bremen jährlich in die Wohnungsbauförderung, was nicht gerade viel ist.

2. Während für Langzeiterwerbslose im Jahre 2010 noch 340.000 Jobs gefördert wurden, sind diese inzwischen auf die Hälfte reduziert worden. Grund sind offenbar die Sparpläne der Regierung. Der Hauptgeschäftsführer des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“, Ulrich Schneider, kritisiert, dass Deutschland auf dem Weg in den Zweiklassen-Arbeitsmarkt sei.

Nach einer Umfrage des Verbandes bei seinen eigenen Unternehmen habe ein Fünftel die Angebote für Langzeitarbeitslose bereits aufgegeben. Ein Drittel arbeitete eingeschränkt weiter, nur 20 Prozent der Träger führen ihre Arbeit so wie bisher fort. Wenn von bundesweit Tausend solcher **Beschäftigungsunternehmen** in der Wohlfahrtspflege mehr als die Hälfte verschwänden, gehe es auch um Tausende von Arbeitsplätzen in der Stammbelegschaft.

Sollen Hartz-IV-Bezieher deswegen wie eine Art moderner Sklaven gehalten werden dürfen, deren Rechte vom Gesetzgeber sehr beschnitten sind, die dennoch wie voll angestellte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigte eingesetzt und von den Trägergesellschaften gnadenlos ausgebeutet werden? Vergessen wir nicht, dass diese Träger für die angediehene „Förderung“ pro Nase und Monate einige Hundert Euro von der Bundesanstalt für Arbeit bekamen und auf diese Weise konkurrenzlos billig arbeiten konnten.

Mit der gebotenen Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit hatte das nichts zu tun, und den Betroffenen brachte es nichts als ein paar Monate banger Hoffnung, doch noch einmal auf dem ersten Arbeitsmarkt eine echte Stelle erhaschen zu können. Nach Ablauf dieser „Jobs“ landeten sie ohnehin wieder im Abgrund von Hartz IV und seiner Verfolgungsbetreuung.

Ich freue mich, dass weniger Menschen ausgebeutet werden können! Ulrich Schneider sieht das offenbar anders, denn er appelliert an die Bundesregierung, diese Entwicklung zu stoppen, weil die Infrastruktur, die jetzt zerstört werde, nicht wiederbelebt werden könne. Ich finde auch, dass jeder das Recht haben muss, sein Geld selbst zu verdienen – aber bitte sehr in Würde, ohne dabei so schamlos ausgenutzt werden zu dürfen!

Hier ist immer von Jobs die Rede, als ob die ehemaligen Erwerbslosen normale Arbeitsstellen gefunden hätten, obwohl davon nicht im Entferntesten ge-

sprochen werden kann. Leider spart die Regierung nicht nur bei sinnloser „Förderung“, sondern auch bei tatsächlicher Förderung der ALG-II-Bezieher.

3. Das Berliner Sozialgericht wird wegen der anhaltend hohen Zahl von Hartz-IV-Verfahren personell weiter aufgestockt. Bereits im Sommer sollen zehn zusätzliche Richter sowie 38 Assistenten ihre Arbeit aufnehmen. Hauptgrund für die Aufstockung seien die seit Jahren hohen Fallzahlen am Sozialgericht. Den Bürgern könnten lange Wartezeiten einfach nicht zugemutet werden. Von fast 44.000 Verfahren im vergangenen Jahr entfiel der größte Anteil auf **Rechtsstreitigkeiten** rund um Hartz IV.

Laut Gerichtspräsidentin Sabine Schudoma haben Klagen gegen Hartz-IV-Bescheide in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen, ihre Zahl habe sich nach Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 bereits mehr als verdoppelt. Gegen falsche Bescheide wehrt sich leider nur die „Spitze des Eisbergs“ der Betroffenen, von denen aber sehr viele einen Erfolg verbuchen können.

4. Der ehemalige Bundespräsident, Verfassungsrichter und CDU-Politiker Roman Herzog zeigt in einem Interview, zu welch absurden Gedankengängen Politiker seiner Partei neigen, wenn kleinere Parteien viel Zustimmung bei den Wählern erfahren. So bezeichnet er die Fünfprozenthürde als „nicht mehr zeitgemäß“, will sie aber nicht abschaffen, sondern flugs anheben. Herzog begründet seine Haltung mit der Tatsache, dass der Bundeskanzler angesichts der steigenden Zahl kleinerer Parteien „nicht mehr von einer großen Mehrheit der Bevölkerung getragen“ werde, was „eine Gefahr für die parlamentarische **Demokratie**“ bedeute. Ich vermute eher, dass Herzogs Sorge mehr dem Machterhalt einer Altpartei gilt, die immer mehr Stimmen verliert.

Wo soll die Hürde denn liegen – bei zehn oder 20 Prozent vielleicht, damit neue Parteien, die da etwa emporkommen, im Keim erstickt werden können? Seit wann wird der Bundeskanzler von der Mehrheit der Bevölkerung gewählt? Der Kandidat benötigt zu seiner Wahl die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages! Was für ein Demokratieverständnis die CDU hat, zeigte sich auch herzallerliebst in einem TV-Interview mit Norbert Röttgen, dem rausrutscht, dass „ bedauerlicherweise“ nicht die CDU, sondern der Wähler darüber entscheidet, wer Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen wird.

Ja klar, das hat er natürlich nur ironisch gemeint! Leider kann ich nicht behaupten, dass ich mich über das voraussichtliche Ergebnis dieser Wahl, nämlich eine rot-grüne Regierung freuen könnte. Ich kann nicht vergessen, dass eine geschlossene Einheit aus CDU, FDP, SPD und Grünen die menschenverachtenden Hartz-Gesetze durchgepeitscht haben, die seitdem immer mehr Reiche und zunehmend mehr Arme produzieren, obwohl sie angeblich mehr Menschen in Arbeit bringen sollten.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Hartz-IV-Parteien, aber auch falsche Parolen entlarven!

Die Wahl in Nordrhein-Westfalen lässt für alle finanziell benachteiligten Menschen in Deutschland auch im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl nichts Gutes erwarten. Wir müssen deshalb aktiv werden, die notwendige Aufklärung vornehmen und einen Lösungsvorschlag mitentwickeln, dem auch Parteien zustimmen, die eindeutig auf unserer Seite stehen. Ich erkläre hier einmal, wie ich das „aus der Sicht eines Hauptschülers“ meine, und zwar anhand der gegenwärtigen Situation auf dem Arbeitsmarkt mit all ihren negativen Folgen für Erwerbslose und prekär Beschäftigte.

Hierzu eine ganz kurze Analyse. Derzeit werden – nach den Beschäftigten, die noch in Vollzeit arbeiten – circa 34 Millionen möglicher Erwerbsfähiger mit dem Rest von ungefähr zwölf Milliarden bezahlter Stunden Erwerbsarbeit abgespeist. Das ist ungefähr ein Fünftel aller bezahlten Arbeitsstunden eines Jahres. Auf jeden möglichen Erwerbsfähigen entfallen somit durchschnittlich 25,25 Stunden bezahlter Erwerbsarbeit. Damit komme ich zu den Parolen der verschiedenen Parteien, zu denen leider auch die Partei „Die Linke“ gehört.

Wie lauten denn die Standardforderungen? „Gute Arbeit! Zehn Euro Mindestlohn! Gute Bildung! Bezahlbarer Wohnraum!“ Sie hören sich vielleicht ganz gut an, diese Forderungen, aber was ist denn „gute Arbeit“ für all die Menschen, die hierfür mit 25,25 Stunden im Monat abgespeist werden sollen? Was nützt denn die „gute Bildung“ jenen, die in diesen Personenkreis fallen? Zehn Euro Mindestlohn mal 25,25 Stunden wären 252,50 Euro Monatseinkommen! Wem hilft das wirklich?

„Bezahlbarer Wohnraum“, was für eine Forderung! Für wen bezahlbar? Ein Vollzeitbeschäftigter mit einigen Tausend Euro Monatseinkommen sieht die Antwort darauf ganz anders als ein Transferempfänger. Meiner Meinung nach müssen wir anfangen, hierzu eine ganz deutliche Sprache zu sprechen, die jeder versteht. Wir sollten damit auch alle Parteien fordern und letztendlich – wenn uns niemand für voll nimmt oder alle uns ignorieren – vielleicht wirklich ins Auge fassen, eine Partei zu gründen, die unsere Forderungen vertritt und in der die Menschen auch unsere Sprache sprechen, statt uns einzulullen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik) –
siehe auch „Scharf links“

Frostige Zeiten für Merkel und Konsorten

International hat sich in den letzten Wochen der Linkstrend weiter verstärkt. In Griechenland hat der Wahlerfolg von Syriza, der „Koalition der Radikalen Linken“, den europaweiten Krisenprogrammen von EU, Europäischer Zentralbank und IMF eine schwere Niederlage beschert. Das ist eine schallende Ohrfeige für Frau Merkel, die in der EU die „Eiserne Lady“ im Interesse der Großbanken spielt. Syriza steht in den Massenprotesten an vorderster Front und hat im ganzen Land die Solidarität mit dem selbständigen Streik der Stahlarbeiter organisiert. Im Moment mehren sich die Anzeichen, dass der seit sieben Monaten andauernde Streik gewaltsam zerschlagen werden soll. Auch die Montagsdemos sind mit ihrer Solidarität gefragt!

Das klare Votum der griechischen Bevölkerung für Syriza ist eine große Ermutigung für den länderübergreifenden Kampf gegen die Krisenprogramme und für eine sozialistische Zukunft. In Frankreich wurde die reaktionäre Sarkozy-Regierung zum Teufel gejagt. In Spanien sind am Wochenende erneut Hunderttausende auf die Straße gegangen. Auf Transparenten war zu lesen: „Diebe“ oder „Kein einziger Euro für die Banken“. Die Krise hat Millionen arbeitslos gemacht, unter der Jugend ist jede(r) Zweite ohne Job. Die Massenproteste gegen die unsoziale Krisenpolitik haben einen langen Atem und bringen die spanische Regierung und die EU immer stärker unter Druck.

Auch in Deutschland beleben sich die Proteste, selbst wenn sie noch nicht mit den Kämpfen in Südeuropa zu vergleichen sind. Aber auch hier steigen Wut und Unzufriedenheit, ein Stimmungsumschwung ist deutlich zu spüren. Das kommt in den Wahlergebnissen in Schleswig- Holstein und Nordrhein-Westfalen zum Ausdruck: Beide Male hat die Merkel-Regierung eine deftige Niederlage kassiert. Besonders desaströs ist die Pleite von Umweltminister Röttgen in Nordrhein-Westfalen. Angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung hat der einstige Hoffnungsträger der CDU nur noch die Stimmen von 15,6 Prozent der Wahlberechtigten bekommen. Trotz dieses Desasters behauptet der Generalsekretär der CDU, Hermann Gröhe, allen Ernstes: „Die Bürger unterstützen den Sparkurs der Kanzlerin“. Wenn er sich da mal nicht täuscht! Es sind frostige Zeiten für Merkel und Konsorten.

In den nächsten Tagen finden zwei bedeutende Veranstaltungen zum internationalen Widerstand gegen das Kapital statt. Ein breites Bündnis aus über 50 Organisationen ruft für die Zeit vom **16. bis 19. Mai 2012** zur **Blockade des Bankenviertels** in **Frankfurt** auf. Geplant sind Demonstrationen, Kundgebungen, Mahn-

wachen und Aktionen, „um den Bankbetrieb lahmzulegen“. Der Protest richtet sich gegen das internationale Finanzkapital sowie die Politik der europäischen Regierungen und der Troika aus EZB, EU-Kommission und IWF. Die Stadt Frankfurt hat alle Aktionen bis auf ein Konzert verboten und das Bankenviertel zur demonstrationsfreien Zone erklärt. Nach ihrem Demokratieverständnis sind die ungestörten Bankgeschäfte höher zu bewerten als das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit! Diese bisher einmalige Einschränkung demokratischer Rechte kann auf keinen Fall akzeptiert werden. Das ist ein Grund mehr, sich an den Protesten in Frankfurt zu beteiligen.

Zeitgleich findet nun in München der 7. Internationale **Automobilarbeiterratschlag** statt. Dort treffen sich Delegationen aus 25 Ländern, um an dem Welttreffen der Automobilarbeiter teilzunehmen. Wie kann die solidarische Zusammenarbeit gegen die Autokonzerne organisiert werden? Wie sieht das Verkehrswesen der Zukunft aus? Brauchen wir eine Umweltgewerkschaft, um Mensch und Natur vor der drohenden globalen Klimakatastrophe zu retten? Das sind einige der Themen, die vom **17. bis 20. Mai 2012** durch Hunderte Automobilarbeiter beraten werden. Darunter sind auch Kolleginnen und Kollegen von Daimler in Bremen.

Harald Braun

Öl- und Kohleverbrennung weltweit verbieten!

Umweltschutz überall, aber ohne Nachhaltigkeit, das ist die Indoktrinierung der kapitalistischen Welt, denn immer wieder müssen wir Wirtschaftaufschwung machen. Es ist wie die Weltanschauung der NSDAP, wie alles gelöst werden soll: Gerade das Umweltgewissen soll immer sauber sein! Doch am Ende wird mit Sicherheit im Namen des Profits alles Lebenswichtige verbrannt sein, vom Urwald bis zum letzten Gramm Kohle. Auch das Öl für VW-Diktator Winterkorn wird sein Ende finden, und dann kommt der größte Wirtschafts-GAU aller Zeiten, denn ohne Kohl kein Essen, ohne Kohle kein Warmsitzen. Dann ist es weltwirtschaftlich aus – und alles für die „Dicken“ verbrannt. Es sieht sogar aus wie nach einem Atomkrieg, denn die Afrikaner werden sich nie mehr Wasser leisten können. Dann steht ihre Scholle trocken ohne Frucht. Die „Dicken“ haben im Bunker noch kurzzeitig zu fressen, vor den hungernden Massen.

Nun her mit der Wahrheit, mit dem staatlichen Professor, der schon immer gesagt hat: Weg vom Öl! Aber die Konzernpolitiker gehen lieber, ohne an eine planwirtschaftliche Zukunft zu denken, in den Bunker, um kurz weiterzufressen. Friss dich tot im Namen aller menschlichen Generationen, heißt das! Staat, Gerechtigkeit und Richtigkeit gehören zusammen: erst ein weltweites Atomverbot, aber erst

recht auch ein Schnellplan ohne Speer, nämlich das Verbot der Verbrennung von Öl und Kohle im Auftrag einer Staatsmacht für alle Menschen zur Rettung des Planeten ohne Lügen-Grüne, denn die haben angefangen mit den Scheinrichtigkeiten. Ja, Sie haben richtig gelesen: Wir wollen Öl- und Kohleverbrennung weltweit verbieten! Das ist wie der richtige Staat, der dann tatsächlich an alle denkt.

Zuschrift von Günni, dem „Mann mit dem großen Hut“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

376. Bremer Montagsdemo am 21. 05. 2012

25.000 friedliche Demonstranten trotzen einer Verbotsorgie

1. Der 22-jährige erwerbslose David Riemer klagte mit seinem Anwalt vor dem Landessozialgericht und bekam recht. Das Bremer (No-)Job- Center hatte Riemer vertraglich in der sogenannten **Eingliederungsvereinbarung** zu einer psychologischen Untersuchung verpflichten wollen. Er sollte unterschreiben, dass er verpflichtet sei, sämtliche Termine der Agentur für Arbeit sowie die sich daraus ergebenden Termine zu ärztlichen oder psychologischen Untersuchungen wahrzunehmen. Natürlich war der junge Erwerbslose nicht einfach so mit einer psychologischen Untersuchung einverstanden und setzte damit die Verwaltungsmaschinerie der Verfolgungsbetreuung in Gang. Das Landessozialgericht gab ihm in einem Beschluss vom 4. April recht und stellte klar, dass sich Hilfebedürftige in der Eingliederungsvereinbarung nicht zu ärztlichen und psychologischen Untersuchungen verpflichten müssen.

Solange die psychologische Untersuchung Teil der Eingliederungsvereinbarung sei, könne das (No-)Job-Center bei einem Verstoß das Arbeitslosengeld kürzen: zunächst um 30, dann um 60 Prozent. Wer dreimal einen Termin nicht wahrnehme, bekomme gar kein Geld mehr, könne seine Lebenshaltungskosten nicht mehr bestreiten und seine Wohnung nicht mehr bezahlen. Laut Gerichtsbeschluss dürfe die psychologische Untersuchung aber nicht Teil der Eingliederung sein, da sie bereits an anderer Stelle im Sozialgesetzbuch geregelt sei und eine Weigerung danach zu einer Leistungskürzung um zehn Prozent führen könne. Dieser Unterschied bei den Sanktionen – zehn Prozent gegenüber 30 oder mehr – sei der entscheidende Punkt in dem Beschluss.

Die Entscheidung des Gerichts sorgte beim (No-)Jobcenter bereits für eine Änderung: So wird die Aufforderung zur ärztlichen und psychologischen Untersuchung zwar künftig nicht mehr Teil der Eingliederungsvereinbarung sein, es wird sie jedoch auch weiterhin geben. Der Leiter des (No-)Job-Centers, Helmut Westkamp, kann ohnehin „nicht nachvollziehen“, dass Arbeitslose die psychologische

Untersuchung verweigern, weil seine Behörde doch niemandem „etwas Schlimmes“ antun und ihren „Kunden“ nur helfen wolle, einen geeigneten Arbeitsplatz zu finden. Völlig klar, wie hätte jemand nur auf eine andere Idee kommen können! Die Erwerblosenforen sind allerdings voll von „guten Beispielen“ dieser Art. Ich glaube nicht, dass in Deutschland außer Erwerbslosen und Asylbewerbern irgendjemand anders befürchten muss, wegen Ordnungswidrigkeiten sein Zuhause und sein Einkommen zu verlieren. Selbst verurteilte Mörder haben immer ein Dach über ihrem Kopf und etwas zu essen. So unverhältnismäßig und drakonisch wird hierzulande niemand sonst bestraft!

2. Die „Blaue Karte“ aus dem „**Bildungspaket**“ von *lovely* Zensursula von der Leyen soll es Kindern aus Geringverdiener- Haushalten angeblich leichter machen, am sozialen Leben teilzuhaben, doch seit der Einführung vor über einem Jahr gibt es Streit um das komplizierte Verfahren. Jetzt machen einige Sportvereine nicht mehr mit und wollen, dass sich ihre Mitglieder darum kümmern, an das Geld zu kommen. Bisher zahlen die durch die „Blaue Karte“ Stigmatisierten ihre Mitgliedsbeiträge selbst, und der Verein schickt dann ein Formular an die Sozialbehörde, welche wiederum das Geld an die Vereine zurück überweist, die es an die Mitglieder auszahlen. Seit Anfang des Monats Mai schicken die Vereine ihre Mitglieder zum Jobcenter, wo sie sich ihr Geld selbst holen sollen.

Allerdings bekommen die Besitzer der „Blauen Karte“ dort ebenso wenig ihr Geld ausgezahlt, wie sie es in einem angemessen erhöhten Regelsatz bekommen könnten, obwohl das von Behördensprecher Bernd Schneider befürwortet würde. Dessen ungeachtet wurde das Teilhabepaket auf Bundes-, nicht auf Landesebene beschlossen, und die Bremer Sozialbehörde ist dem Bund Rechenschaft in Form von Abrechnungen schuldig. Es muss nachgewiesen werden, dass das Geld für den Zweck ausgegeben wurde, für den es gedacht ist. Der Verwaltungsaufwand ist für die Vereine so hoch, wie er für ALG-II-Bezieher ganz „normal“ ist! Nun müssen auch schon wieder ihre Kinder unter der staatlich verordneten Armut leiden, die offenbar auch unbedingt demütigen soll! Warum wird das Geld nicht in einem erhöhten Regensatz vergeben? Weil den Eltern pauschal diffamierend unterstellt wird, dass sie das Geld in Zigaretten, Alkohol und Flachbildschirme umsetzen würden.

Wie um das Wirrwarr noch weiter zu erhöhen, kommen jeden Monat unterschiedliche Beträge an, die der Verein an die Mitglieder weitergeben muss, da diese darauf Anspruch haben. Welchem Mitglied jedoch welche Summe zustehe, sei dabei nur sehr schwer, manchmal gar nicht nachzuvollziehen. Wenn ALG-II-Bezieher einen Antrag auf Übernahme der Beitragsgebühr des Sportvereins für ihr Kind stellen, kann dies nur so lange genehmigt werden, wie der laufende Bescheid des (No-)Job-Centers gültig ist. Der muss alle sechs Monate verlängert werden, was mit den Mitgliedsbeiträgen also ebenso oft geschehen muss. Bernd Schneider, Sprecher von Sozialsenatorin Anja Stahmann, erklärt, dass die überwiesenen Beträge nicht mit Namen versehen würden, habe damit zu tun, dass die

„Anonymität“ gewahrt bleiben müsse. Ach, auf einmal? Lässt sich mit der „Blauen Karte“ auch ganz anonym und menschenwürdig herumwedeln? Ich kann die Weigerung der Bremer Vereine gut nachempfinden, die diesen unsinnigen Mehraufwand an Verwaltungsarbeit nicht mehr länger leisten wollen, zumal sie dafür eine zusätzliche Arbeitskraft für gut 600 Euro einstellen müssten.

3. Auch wenn die Gesamtzahl der Erwerbslosen insgesamt sinke, nehme der Anteil der ALG-II-Bezieher sowohl im Westen als auch in den Ostländern zu. Zwei Drittel seien bereits zwei Jahre oder länger auf diese Leistungen angewiesen. Es bestätige sich der Trend, dass bei sinkender Arbeitslosigkeit insgesamt der Anteil der **Langzeitarbeitslose**n in der Relation prozentual steige. Die Sprecherin der Bundesagentur für Arbeit erläuterte, dass sie jetzt langsam zum „harten Kern“ derer kämen, die schwer zu vermitteln seien. Es lassen sich eben nicht alle aus der Statistik herausmogeln! Zudem befänden sich unter den Beziehern von Arbeitslosengeld II nicht nur Erwerbslose, sondern auch sogenannte Aufstocker und Alleinerziehende, die zwar Leistungen bezögen, aber bis zum dritten Geburtstag ihres Kindes dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stünden. Klar gibt es mehr Arbeit! Bloß soll die ehrenamtlich geleistet werden, niemand will sie bezahlen.

4. Offenbar sind einige katholische Grünen-Politiker vom Katholikentag in Mannheim noch so völlig beseelt, dass sie dessen diesjähriges Motto scheinbar besonders ernst nehmen und einen „neuen Aufbruch“ wagen möchten. Sie wollen das System der **Kirchensteuer** reformieren und fordern eine „Kulturabgabe“ nach italienischem Vorbild, wonach unabhängig von der Kirchenzugehörigkeit auch Konfessionslose gezwungen würden, eine gewisse Summe an eine „gemeinnützige“ Organisation zu zahlen. Die Grünen-Politiker wollen mit der allgemeinen Kulturabgabe verhindern, dass immer mehr Gläubige die Kirche wegen der Kirchensteuer verlassen. Sind die grünen Katholiken vor lauter Reformeifer innerhalb der katholischen Kirche noch ganz frisch? Haben sie wirklich keine besseren, halt grünen Ideen, als den Leuten noch mehr Geld aus dem Portemonnaie zu leiern? Sind das also die neuen Ziele der neuen Grünen?

5. Entgegen den von örtlichen Behörden verbreiteten Horrorszenarien war die Stimmung in *Bankfurt* am vergangenen Wochenende durchweg friedlich. Es wurde getrommelt und getanzt, nirgends war auch nur eine Spur von den prophezeiten zweitausend Gewalttätern, die angeblich im Rahmen der „Blockupy“-Aktionstage die Bankenmetropole heimsuchen wollten. Ich bin froh darüber, dass sich trotz Bestätigung des Pauschalverbots durch die Gerichte die Menschen friedlich an diversen Orten versammelten, um nicht nur gegen Bankenmacht und Kapitalismus zu protestieren, sondern auch gegen die faktische Abschaffung des Grundrechts auf **Versammlungsfreiheit**. Sie ließen sich auch von der Präsenz Tausender Polizisten in der gesamten Innenstadt nicht abschrecken. Unter ihnen war Liedermacher Konstantin Wecker, der meinte, dass er schon in Athen und Bagdad

gesungen habe, es aber in Frankfurt nicht dürfe. Ein solches Radikalverbot politischer Veranstaltungen habe er noch nicht erlebt.

Die Polizei versucht immer wieder, Aktivisten einzukesseln und „in Gewahrsam“ zu nehmen. Sie zog nach eigenen Angaben rund 400 Menschen auf diese Weise aus dem Verkehr. Danke, dass die Polizisten nun selbst die Aufgabe übernommen haben, den Finanzdistrikt abzuriegeln! Dass sie dabei jedoch oft rechtswidrige Aufenthaltsverbote für die *Bankfurter* Innenstadt aussprachen, die vor Gericht keinen Bestand haben dürften, und offenbar mit Vorsatz Recht brachen, ist eines Rechtsstaates unwürdig, weil undemokratisch! Als Höhepunkt der „Blockupy“-Proteste gingen letzten Samstag etwa 25.000 Menschen gegen Sparpolitik und Bankenmacht auf die Straße. Es ist als großer Erfolg zu werten, dass trotz der Verbotsorgie im Vorfeld so viele zum friedlichen Demonstrieren nach Bankfurt gekommen sind.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Vier Prozent Nachbesserung für 20 Prozent Kostensteigerung: 2011 wurde 200.000 Hartz-IV-Haushalten der Strom abgestellt *(„Finanznachrichten“)*

Tapfer: Grundeinkommensbefürworterin Katja Kipping tritt trotz Mutterschaft an, um die Linkspartei aus der Krise zu führen *(„Spiegel-Online“)*

Diener zweier Herren: Ein Regierungsdirektor kann kein Piratenkapitän sein *(„Spiegel-Online“)*

Alle zehn bis 20 Jahre droht der Atom-GAU: Es gab bisher vier Kernschmelzen in 14.500 Jahren Laufzeit von gegenwärtig 440 Reaktoren *(„Weser-Kurier“)*

„Europas Schande“: „Geistlos verkümmern wirst Du ohne das Land, dessen Geist Dich, Europa, erdachte“ *(„Süddeutsche Zeitung“)*

„Es ist gut, eine Wahl zu haben“: Im bleiernen Aserbaidschan kürt Europa den Popsong des Jahres *(„Focus“)*

Zu **Pfingsten** findet **keine Montagsdemo** statt.

Die **Sozialdeputation** tagt am **Donnerstag**, dem **31. Mai 2012**, ab **15 Uhr** im Haus der Senatorin für Finanzen, Rudolf-Hilferding-Platz 1. Schwerpunkt der Tagesordnung ist die **Kinderbetreuung**, behandelt werden sicher auch Bildung und Betreuung.

377. Bremer Montagsdemo am 04. 06. 2012

Wir möchten unseren Erziehungs- und Bildungsauftrag wahrnehmen

1. Dass die **Armut** bei den Erwerbslosen in Deutschland in den vergangenen Jahren stärker angestiegen ist als in allen anderen Ländern der Europäischen Union, verwundert nicht, denn wir haben Hartz IV. Dass nun auch eine Untersuchung des „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung“ zum gleichen Ergebnis kommt, kann ich nur als Bestätigung betrachten.

2009 hatten 70 Prozent der Erwerbslosen ein Einkommen unterhalb der sogenannten Armutsgrenze, 25 Punkte mehr als im Durchschnitt der 27 EU-Staaten. Auch bei den Erwerbstätigen stieg die Zahl der Armutsgefährdeten an. Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren Einkommen bei weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung liegt. Dank der Hartz-Gesetze, die als „Reformen“ beschönigt werden, breitete sich die Armut in Deutschland schneller als in allen anderen EU-Ländern aus.

Allein zwischen 2004 und 2009 stieg die Armutsquote bei Erwerbslosen um 29 Prozentpunkte, fast sechsmal so viel wie im EU- Durchschnitt! Der Anteil der als arm geltenden Erwerbstätigen nahm um 2,2 Punkte zu, wohingegen es in der EU durchschnittlich nur 0,2 Punkte waren.

Bei der Montagsdemo sagen wir seit Einführung dieser menschenverachtenden Gesetze, dass Hartz IV staatlich verordnete Armut per Gesetz ist, eine krebsgeschwürartige Ausbreitung von Dumpinglöhnen, Zeitarbeit, Unsicherheit in der Lebensplanung, zunehmender Rechtlosigkeit und Präkarisierung, wobei eine Armutsindustrie auf Kosten der Arbeitslosen aufgebaut wurde. Die Hartz-Gesetze betreffen auch Menschen, die noch in Arbeit sind! Die immer schlechtere Gesundheitsversorgung, die höheren Zuzahlungen und die Kopfpauschale sind weitere Produkte dieser asozialen, neoliberalen Politik.

2. Menschen, die von Arbeitslosengeld II leben, können immer häufiger ihre Stromrechnungen nicht mehr bezahlen, weshalb die Energieversorger im vergan-

genen Jahr rund 200.000 Hartz-IV-Beziehern den **Strom** abstellten. Mittlerweile gibt es eine Unterdeckung, die im Jahr bei einem Vierpersonenhaushalt bis zu 150 Euro betragen kann – Geld, das die Betroffenen nicht haben. Das Bundessozialministerium betont dagegen völlig an der Realität vorbei, die Strompreiserhöhungen seien bei der „Berechnung" des aktuellen Regelsatzes berücksichtigt worden. Eine Sprecherin erdreistet sich zu der Behauptung, dass der Regelsatz als pauschalierte Leistung ausgezahlt würde, sodass es „jedem einzelnen überlassen" bleibe, wie und wofür er sein Budget ausgäbe. Unfrei nach dem Motto: heizen oder Strom verbrauchen?

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes", widerspricht, der Stromanteil im Arbeitslosengeld II sei für die stark gestiegenen Energiekosten „viel zu gering bemessen", weil es zwar bei den Energiesätzen eine Nachbesserung von drei bis vier Prozent gebe, die tatsächlichen Kosten aber um 20 Prozent gestiegen seien. Die Nachbesserung decke in keiner Weise den Bedarf, die Menschen würden in Energiearmut getrieben. Die Jobcenter vergäben zu selten und nur sehr restriktiv Darlehen an Hartz-IV-Bezieher, um Stromschulden zu begleichen und damit eine Stromsperre zu vermeiden.

Wenn das Darlehen in wenigen Fällen gewährt wird, verwandelt sich der vermeintliche Glücksfall schnell in eine Schuldenfalle. Hartz-IV-Bezieher landen in der Verzweiflung, wenn ein Betrag von vielleicht mehreren hundert Euro in monatlichen Raten von diesem kleinen Regelsatz zurückbezahlt werden muss. Überall zeigt sich, dass Regelsätze, Renten und Bafög viel zu gering sind. Außerdem brauchen wir dringend einen Mindestlohn, weil sich auch Geringverdiener, einkommensschwache Rentner und Studenten Strom nicht mehr so wie bisher leisten können.

3. Laut einer neuen UN-Studie ist die **Jugendarbeitslosigkeit** in Europa dramatisch hoch. Es bestehe die Gefahr, dass Europa es mit einer „verlorenen Generation" zu tun bekomme, die politische Umwälzungen auslösen könne. In den Industriestaaten gebe es vor allem krisenbedingte Gründe für den Anstieg. Die Jugendarbeitslosigkeit sei um ein Drittel angestiegen, wohingegen in den Entwicklungsländern vor allem strukturelle Probleme vorherrschten: Dort ist durch abnehmendes Wachstum auf den Weltmärkten mit weiterem Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit zu rechnen. In der EU sind die südeuropäischen Länder besonders hart betroffen. In Spanien sei „am Markt vorbei ausgebildet" worden, sodass die Jugendlichen häufig vorzeitig aus der Schule ausstiegen, um einen Job zu finden.

Nun gelte es, sie zurückzuholen und ihnen zu einer Ausbildung zu verhelfen, durch die sie sich in anderen Bereichen einen neuen Job verschaffen könnten. Es sei wichtig, in Europa eine neue Dynamik zu finden, durch ein „Wachstumspaket", um entsprechende Stellen zu schaffen. „Die Jugendlichen, die jetzt aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind, werden sich wahrscheinlich dauerhaft mit einem niedrigen Beschäftigungsniveau abfinden müssen, wenn sie nicht schnell wieder ins Arbeitsleben finden", heißt es. Was für ein Drumherum-Geschwafel!

Ich befürchte, dass hier lediglich ein neuer Dumpinglohnmarkt ausgebaut werden soll, der nach beschönigtem deutschem Vorbild mit getricksten Zahlen als neues europäisches Wachstumswunder bestaunt werden soll.

4. Der Geschäftsführer von „Unicef Deutschland“, Christian Schneider, kritisiert, es sei enttäuschend, dass Deutschland es nicht schaffe, die materiellen Lebensbedingungen für Kinder entscheidend zu verbessern. Viele Kinder bekämen nicht jeden Tag eine warme Mahlzeit, besäßen nur ein paar Schuhe. Die Studie definiert 14 verschiedene Güter oder Angebote, die einem Kind in einem wohlhabenden Land zur Verfügung stehen sollten, darunter ein Platz, um Hausaufgaben machen zu können, ein Internetanschluss und Freizeitangebote wie Fußballspielen in einem Verein. Wenn ein Kind mehr als zwei dieser Dinge nicht hat, wird dies als Hinweis auf eine „besondere Mangelsituation“ gewertet.

Dieser Anteil liegt in Deutschland bei 8,8 Prozent, das sind fast 1,2 Millionen Mädchen und Jungen. Andere Länder, zum Beispiel Schweden und Großbritannien, tun mehr gegen **Kinderarmut**. Deutschen Kindern fehlt es demnach am ehesten an Freizeitaktivitäten. Eines von zwanzig Kindern erhält nicht täglich eine warme Mahlzeit. 4,4 Prozent haben keinen Platz, an dem sie ihre Hausaufgaben machen könnten. 3,7 Prozent besitzen höchstens ein Paar Schuhe. Drei Prozent leben in einem Haushalt ohne Internetanschluss. Kindern in Großbritannien und Slowenien gehe es besser als in Deutschland, obwohl dort die Pro-Kopf-Einkommen im Schnitt niedriger lägen als hierzulande.

5. Brandaktuell greift nun auch *lovely* Zensursula von der Leyen die Forderung des „Städte- und Gemeindebundes“ vom 26. Mai 2012 auf, in den Kindertagesstätten ungelernte Hilfskräfte einzustellen, um den ab 2013 in Kraft tretenden Rechtsanspruch auf einen **Kitaplatz** noch mal eben über den Zaun brechen zu können. „Kinderschutzbund“-Präsident Heinz Hilgers sprach von einem „katastrophalen Vorschlag, der zulasten der Kinder geht“. Während der „Städte- und Gemeindebund“ sich vorstellt, „vorübergehend auch Hilfskräfte im Sozialen Jahr oder aus dem Bundesfreiwilligendienst zu beschäftigen“, möchte die Arbeitsministerin prüfen, ob rund „5.000 Personen aus dem Rechtskreis SGB II und SGB III“, also größtenteils Hartz-IV-Bezieher(innen), zu Erzieher(inne)n weitergebildet werden könnten.

Wenn dies geeignete und motivierte Personen beträfe, wäre dies ausnahmsweise mal eine sinnvolle Umschulung vonseiten der Arbeitsagentur, bloß ist das kaum bis zum nächsten Jahr zu bewerkstelligen. Die von der Leyen’sche Initiative dürfte einen weiteren Konflikt mit Familienministerin Kristina Schröder provozieren, die für den Kitaausbau zuständig ist. Auch läuft sie der Forderung von Experten zuwider, die für Erzieher(innen) ein Universitätsstudium fordern. Im Zuge der neoliberalen Eiszeit soll soziale Arbeit sowieso eher abgewertet, für einen Apfel und ein Ei zu haben sein. So tendieren die Kommunen zu Billigvarianten, um den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab August 2013 zu erfüllen

und Klagen abzuwehren. Die Politiker haben ihre Hausaufgaben nicht gemacht, sie schufen in vier Jahren nicht die benötigten Kitaplätze, was eigentlich kein Problem hätte sein müssen!

Die Politiker von heute sind natürlich völlig damit überfordert, dass auf das Jahr 2012 nun plötzlich das Jahr 2013 mit dem einklagbaren Rechtsanspruch folgen soll. Auch die bescheidene Idee für Herdprämie-Muttibonus-Betreuungsgeld soll nur von der Problematik ablenken, dass immer noch nicht genügend Kitaplätze geschaffen worden sind und nach wie vor rund 30.000 pädagogische Fachkräfte fehlen! Sobald die Arbeit einer Erzieherin durch anständige Entlohnung anerkannt würde, wäre sie automatisch attraktiver für mehr junge Menschen. Ich vermute, dass erzieherische Arbeit, überhaupt soziale Arbeit, weiterhin entwertet werden soll. Durch die Hintertür sollen sich erst mal für ein Jahr unausgebildete Hilfskräfte einschleichen, dann könnte dies vielleicht die Regel werden. Wird bei der Billigvariante den Ein-Euro-Jobbern so viel zugetraut oder gelernten Erzieher(inne)n und Altenpfleger(inne)n so wenig?

Es geht nicht nur darum, dass die Kinderbetreuer oder Pflegekräfte eine pädagogische Ausbildung haben, sondern dass es erstens genügend entsprechende Fachkräfte gibt und diese zweitens in reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit vollem Gehalt eingestellt werden, nicht in Ein-Euro-Jobs! Die Arbeit von ausgebildeten Erzieherinnen ist zwar gemeinnützig, aber keineswegs zusätzlich. Alles andere ist die Sklaverei und Dumpinglohn-Ausbeutung! Der Verarschung, wurde seit Einführung der menschenverachtenden Hartz-Gesetze Tür und Tor weit geöffnet. Wir Erzieherinnen haben auch einen Erziehungs- und Bildungsauftrag, den wir Kindern gern angedeihen lassen möchten!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Die „Energiewende“ wird von der Merkel-Regierung entsorgt

Angela Merkel hat über Pfingsten die „Energiewende“ zur Chefsache erklärt. Sie beklagt, dass wir „mit vielen Projekten im Rückstand“ sind. Doch welche Projekte meint sie? Fordert sie von den Autokonzernen die sofortige Umstellung auf emissionsfreie Autos? Fördert sie den Ausbau eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs? Fordert sie die Abschaffung der Müllverbrennung und den Aufbau einer umweltschonenden Kreislaufwirtschaft? Oder spricht sich die Kanzlerin jetzt dafür aus, weltweit alle Atomkraftwerke abzuschalten? Darum geht es überhaupt nicht!

Ihre Sorge gilt der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Mit massivem Druck bestehen die führenden Energiekonzerne und der „Bundesverband

der deutschen Industrie“ auf einer Energiepolitik in ihrem Interesse. Hinter dem Zauberwort „Energiemix“ verbirgt sich die Forderung nach „effizienterem Einsatz der fossilen Energien“ (Steinkohle, Braunkohle, Erdöl, Erdgas) und „Nutzung der dafür in Deutschland verfügbaren Ressourcen“. Dazu zählt die Kernenergie als „Brückentechnologie“ („Eckpunkte des BDI zum geplanten Energiekonzept der Bundesregierung“).

Ganz in diesem Sinne werden Subventionen für die Solarenergie massiv gekürzt. Damit lassen sich keine Milliardenprofite einfahren, und die dezentrale Energieerzeugung unterhöhlt die Machtausübung der Energiekonzerne. Den Konzernherren muss es kalt über den Rücken gelaufen sein, als am 25. Mai 2012 ein neuer „Solarenergie- Rekord“ gemeldet wurde mit einer vergleichbaren Leistung von 20 Atomkraftwerken. Inzwischen trauen sich der „Wirtschaftsflügel“ der CDU und das „Atomforum“ wieder aus der Deckung und verlangen, den Stilllegungsbeschluss aufzuheben und die Laufzeitung der AKWs zu verlängern.

Dies stößt zu Recht auf große Empörung und zeigt, dass die Umweltbewegung sehr wachsam sein muss und der internationale Zusammenschluss von großer Bedeutung ist. Die sogenannte Energiewende war von Anfang an nur ein Zugeständnis an die Massenproteste gegen weitere Nutzung der Atomenergie, eine Seifenblase zur Beruhigung der Bevölkerung. Jetzt wird immer mehr zurückgerudert. Auf der Forderungsliste des BDI stehen aber auch der Ausbau von Kohle- und Gaskraftwerken sowie neue, zerstörerische Technologien wie „Gasfracking“, unterirdische Kohlendixidspeicherung und Tiefseebohrungen für Erdgas und Erdöl.

Massiv fordern die Konzerne jetzt den Ausbau der Stromnetze auf Kosten der privaten Stromkunden und der Steuerzahler. Inzwischen wird damit gedroht, dass der Strompreis nächstes Jahr noch einmal um 150 Euro je Durchschnittshaushalt steigen wird. Jetzt schon ist absehbar, dass dies für über eine Million Menschen nicht mehr bezahlbar ist. Schuld daran sollen die erneuerbaren Energien und der dringend notwendige Ausbau der Stromnetze sein. Aber warum wird nicht die dezentrale Energieversorgung mit Sonnen- und Windenergie und Kraft-Wärme-Kopplung forciert?

Die großen Offshore-Windparks auf See sollen zwölf Gigawatt Strom produzieren. Dafür werden vier neue Stromtrassen von Nord nach Süd mit 3.800 Kilometer Länge geplant. Diese Strommenge wird aber in Deutschland gar nicht gebraucht. Heute gibt es trotz Abschaltung der alten Atomkraftwerke bereits einen Stromüberschuss, der exportiert wird. Der Stromverbrauch könnte durch höhere Effizienz deutlich gesenkt werden, wogegen aber die Merkel-Regierung in der EU Sturm läuft. Die Seewindstromleistung könnte auch durch Ausbau von Windkraftanlagen im Süden ersetzt werden. Zudem gibt es eine neue Technologie bei

„Greenpeace Energy“, die Windenergie in „Windgas“ umwandelt und ins vorhandene Gasnetz einspeist. All das zeigt, dass keine teuren Stromtrassen notwendig sind!

Eine wirkliche „Energiewende“ wird es erst geben, wenn alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden und Kurs auf 100 Prozent erneuerbare Energien genommen wird. Die technischen Voraussetzungen sind vorhanden, aber die Profitwirtschaft widersetzt sich und zerstört permanent unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Der einzig erfolgversprechende Weg zur Durchsetzung von Sofortmaßnahmen ist der Weg des aktiven Volkswiderstands, wie ihn Hunderttausende nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima gegangen sind. Um unsere „Mutter Erde“ dauerhaft zu retten, brauchen wir eine andere Gesellschaft, die sich nicht an Profit und Macht orientiert, sondern an den Bedürfnissen der Menschen im Einklang mit der Natur.

Harald Braun

Für eine bessere Demokratie kämpfen: Unterstützt den Widerstand gegen das nichtsnutzige Projekt „Stuttgart 21“! *(„Open Petition“)*

Gegen Zensur und Totalüberwachung im Internet: 200 Bremer demonstrieren gegen Acta-Abkommen *(„Weser-Kurier“)*

Krieg dem Krieg!

Schlecker ist pleite, Ende Juni folgen die nächsten 13.000 Entlassungen. Fast alle der dann insgesamt 25.000 betreffen Frauen. Die wenigsten bekommen neuen Job: Nicht mal 800 der 12.000 bereits Entlassenen hatten bis Ende April neue Arbeit. Jetzt wird gegen die 4.000 gehetzt, die Kündigungsschutzklage erhoben haben, sie seien „schuld“, da es deshalb keinen Investor gebe. Schuld hat aber der Kapitalismus, denn in immer mehr Bereichen tobt eine Vernichtungsschlacht: Von DM, Rossmann, und Schlecker musste einer weg!

Ein gemeinsamer Kampf der Beschäftigten für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde Jobs für alle schaffen oder erhalten. Geld ist genug vorhanden, muss aber erkämpft werden. Die meisten Schlecker- Frauen werden schnell in Hartz IV kommen. Das ist zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel. Die Sprüche der Bundesregierung sind nur Hohn! Was erwartet die Betroffenen in Hartz IV? Letztes Jahr wurde bei 200.000 Hartz-IV-Beziehern der Strom abge-

stellt, meldet „Report Mainz“. Die hohen Strompreise können vom Regelsatz zunehmend nicht mehr bezahlt werden.

Derweil kassieren Banken und Konzerne Milliarden. „Bild“ titelte: „Was habt ihr Griechen mit unseren Milliarden gemacht?“ Im Kleingedruckten steht dann, dass fast alles die Banken kassiert haben, und zwar nicht die griechischen, sondern vor allem die deutschen und französischen! Nach wie vor sind 28 Prozent Zinsen zu zahlen. Die Gier des alleinherrschenden Finanzkapitals zwingt seine Angehörigen dazu, sich immer mehr selbst den Hals umzudrehen. Das hat nichts mehr zu tun mit dem „guten Kaufmann“. Das ist parasitärer, widerwärtiger Spekulantenkapitalismus!

Hoffentlich gewinnt das Linksbündnis Syriza am 17. Juni die erneuten Wahlen in Griechenland und leitet das Ende der Schuldenzahlungen ein. Eine Zukunft ist für das Volk nur bei Sturz des Kapitalismus möglich. Die griechischen Stahlarbeiter kämpfen nicht nur für ihre Arbeitsplätze und Löhne, sondern auch gegen die Diktatur von EU, EZB und IWF und für die Errichtung der Volksmacht.

Es geht nicht nur darum, alle Atomkraftwerke abzuschalten, sondern auch alle Atomwaffen. Deutschland liefert U-Boote an Israel. Drei Exemplare der „Dolphin“-Klasse sind bereits geliefert, drei sollen bis 2017 folgen, drei weitere sind in Auftrag. Jetzt wurde bekannt, dass diese U-Boote mit Atommarschflugkörper bestückt sind! Grass hatte ganz recht mit seinem Gedicht: Israel, hinter dem Staaten wie Deutschland stehen, gefährdet massiv den Weltfrieden.

Die Kriegsgefahr wird auch durch die unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung in den USA, der EU und China massiv erhöht. Hollande droht mit Krieg gegen Syrien. Scheinheilig werden die Verbrechen Assads als Grund vorgeschoben. So war es auch schon in Afghanistan, Irak, Libyen: Es geht immer nur um die Beherrschung dieser Länder, der Menschen und Rohstoffe. Das ist ein Grund mehr, diesen Brandstiftern die Welt aus der Hand zu nehmen! Wenn die internationalen Monopole ihre Macht bedroht sehen und ihre Profite bröckeln, dann bereiten ihre Regierungen in ihrem Auftrag den Krieg vor. Krieg dem Krieg!

Wolfgang Lange (MLPD)

„Hochwillkommene Ablenkung“: Während Spanies Bankwirtschaft mit Hundert Milliarden „gerettet“ und Griechenland aus dem Euro geworfen wird, soll das Volk im Fußballrausch jubeln *(„Die Welt“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

378. Bremer Montagsdemo
am 11. 06. 2012

Wir warten auf einen glaubwürdigen Lösungsvorschlag

Die Partei „Die Linke“, hervorgegangen aus der „Wahlalternative für Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ und der „Partei des Demokratischen Sozialismus“, hat sich in Göttingen auf ihrem Bundesparteitag neu aufgestellt. Meine Frage an diese Partei lautet nun, wie sie die Probleme am Arbeitsmarkt und die damit verbundenen Probleme der Menschen in den Griff bekommen will.

Mindestlohnforderungen allein werden für über 30 Millionen Menschen, die aufgrund fehlender Lohnarbeit nicht mehr über einen Vollzeitarbeitsplatz verfügen, diese Probleme nicht mehr lösen. Nimmt man die derzeitigen noch für diesen Personenkreis vorhandenen Lohnarbeitsstunden, müsste jede Mindestlohnforderung, egal aus welcher Partei sie auch kommt, mindestens versechsfacht werden, damit der alleinlebende Mensch überhaupt ohne weitere staatliche Transfers davon leben könnte! Nur die radikale Umverteilung von Einkommen und aller notwendigen Arbeiten unserer Gesellschaft können diese Situation innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung noch ändern.

Wie soll der solidarische Lösungsvorschlag der neu aufgestellten „Linken“ hierfür lauten? Hierzu warten bestimmt jede 400-Euro-Jobberin, jeder Zeitarbeiter oder Niedriglöhner, jede Hartz-IV-Empfängerin, jeder Grundsicherungsrentner und bestimmt auch viele kranke und behinderte Menschen auf die richtige Antwort, und zwar in Form eines Lösungsvorschlags, mit dem allen Menschen geholfen wird. Bis zur nächsten Bundestagswahl sollte die Partei „Die Linke“ einen glaubwürdigen Lösungsvorschlag für diese Menschen parat haben!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Sätze seit 20 Jahren unverändert: Bundesverfassungsgericht prüft Asylbewerberleistungsgesetz *(„Greenpeace Magazin“)*

Ein wichtiges Urteil im Kampf gegen Altersdiskriminierung

Seit über zwei Jahren führe ich einen Prozess gegen die Rentenversicherung, weil sie mir aus Altersgründen eine Umschulung aufgrund meiner Berufsunfähigkeit verweigert. Jetzt liegt das Urteil vor. Es ist ein großer Erfolg, fast auf der ganzen Linie: Alle Bescheide der Rentenversicherung wurden aufgehoben, und sie wird verpflichtet, unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts meinen Antrag auf Umschulung neu zu bescheiden. Zur Rechtsauffassung des Gerichts gehört:

1. Dass ich grundsätzlich einen Anspruch auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben habe. Mit dem letzten Bescheid wurde mir sogar dieses Recht verweigert, weil ich keinen Arbeitsplatz habe, der „gerettet“ werden kann. Dieser Versuch zur Diskriminierung von Arbeitslosen ist gescheitert. Das Gericht stellt fest, dass Versicherte, deren Erwerbstätigkeit wegen Krankheit oder Behinderung gefährdet oder gemindert ist, Anspruch auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben haben.
2. Es wird ein Ermessensfehlgebrauch der Rentenversicherung gerügt, wenn sie Umschulungen „ausschließlich mit Hinweis auf das Alter des Klägers und die aus diesem Grunde fragliche Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahmen ablehnt“. Eine Altersgrenze für derartige Maßnahmen finde sich nirgends. Das ist ein wichtiger Erfolg gegen die Altersdiskriminierung und hat grundlegende Bedeutung, die über meinen Fall weit hinausgeht.
3. Die bisherigen kostengünstigen Angebote der Rentenversicherung mit dem Integrationsfachdienst (rein vermittelnde Tätigkeit) und dem Berufsförderungswerk (Schnellkurse) werden abgelehnt, weil „aufgrund ihrer Niedrigschwelligkeit eine die Potentiale ausschöpfende Integration des Klägers äußerst fraglich ist. Die Leistungen müssen darauf ausgerichtet sein, den Versicherten möglichst auf Dauer in Arbeit, Beruf und Gesellschaft einzugliedern.“ Damit stimmt das Gericht meiner Argumentation vollständig zu und trifft eine Entscheidung, die auch für andere Prozesse wertvoll sein kann.

Alle drei Punkte sind von grundlegender Bedeutung. Aber gleichzeitig betont das Gericht auch, dass die Rentenversicherung einen Ermessensspielraum in Bezug auf meine Qualifizierung hat und ich nicht auf eine Umschulung in den sozialen Bereich bestehen kann. „Zwar ist die Neigung des Versicherten bei der Auswahl der Leistungen zu berücksichtigen. Der Berufswunsch ist jedoch nicht das allein entscheidende Kriterium.“ An dieser Stelle hätte ich mir gewünscht, dass das Gericht meine soziale Kompetenz und die positiven Arbeitsmarktchancen im sozia-

len Bereich herausstellt, denn dort werden „händeringend“ Fachkräfte im Kinder- und Jugendbereich und bei behinderten und älteren Menschen gesucht.

Es gibt heute erst einen kleinen Grund zum Feiern, denn die Rentenversicherung kann in den nächsten vier Wochen Widerspruch einlegen. Wenn sie das Urteil akzeptiert, kann sie im neuen Bescheid wieder eine Rolle rückwärts versuchen. Allerdings wird es durch das Urteil für neue Diskriminierungsvarianten viel schwieriger. Sollten sie jetzt die Umschulung zum Sozialbetreuer/Arbeitspädagogen nicht bezahlen, geht die ganze Mühle mit Widerspruch und Klage in eine neue Runde. Ich werde natürlich am Ball bleiben!

Auch dieses Beispiel zeigt, dass man mit Rückgrat, Kompetenz und solidarischer Unterstützung viel erreichen kann. „Wer kämpft, kann gewinnen – wer nicht kämpft, hat schon verloren“, das bestätigt sich wieder einmal. Ich möchte mich noch einmal bei allen für ihre solidarische Unterstützung bedanken. Ich bin zuversichtlich: es ist nur eine Frage der Zeit, bis wir den ganzen Erfolg feiern können. Wer Näheres erfahren möchte, kann mich über *Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de* erreichen.

Harald Braun

Ungebrochener Massenwiderstand gegen EU-Krisenprogramm: Griechisches Linksbündnis steigert Wählerstimmen um 60 Prozent *(„Rote Fahne News“)*

Linksruck in Frankreich: Sozialdemokraten erringen absolute Mehrheit im Parlament *(„Junge Welt“)*

Beim Schulessen bleiben 60 Cent für die Zutaten

1. Obwohl es jeglicher wissenschaftlichen Untermalung entbehrt, klagen Unternehmer beharrlich darüber, dass immer mehr Jugendliche „nicht ausbildungsfähig“ seien. Laut einer Umfrage des „Deutschen Industrie- und Handelskammertags“ aus dem Jahr 2011 hätten 46 Prozent der Unternehmen mit „Ausbildungshemmnissen“ zu kämpfen. Als häufigster Grund wird der „Mangel an geeigneten Bewerbern“ genannt, was von der Öffentlichkeit offenbar bereits als wichtige Referenz betrachtet werden soll. Erstaunlicherweise böten jedoch ausgerechnet die Bran-

chen mit den größten „Besetzungsproblemen“ besonders unattraktive Arbeitsbedingungen und geringe Bezahlung.

Nun wird hier scheinbar wieder der Spieß umgedreht, und die Jugendlichen sollen mit persönlichen Schwächen dafür herhalten, dass Lehrstellen wegen unattraktiver Arbeitsbedingungen und geringer Bezahlung nicht „angesteuert“ werden. Es spricht doch sehr für Intelligenz, logisch-schlussfolgerndes Denken und Problemlösefähigkeit, wenn sich die jungen Menschen einen Ausbildungsplatz wählen, der ihnen mehr entspricht. Nichtsdestotrotz halte ich diese Abwertung von den Fähigkeiten der Schulabgänger für einen Ablenkungsversuch vom tatsächlich noch immer bestehenden **Lehrstellenmangel**, weil nicht genügend Betriebe ausbilden. Oder sollen gesellschaftliche Schuldzuweisungen Lehrstellenbewerber von vornherein entmutigen?

2. Die Preisbeschränkungen der Länder für warmes Mittagessen an den Schulen sind bundesweit derart unterschiedlich, dass in manchen Regionen den Köchen sogar das Geld für grundlegende Zutaten fehlt. In Berlin-Kreuzberg werden den Schülern an einem Tag zum Beispiel „Spirelli-Nudeln mit Soße Bolognese und Parmesankäse“ und zum Nachtisch Obst für 2,10 Euro serviert. Münchner Gymnasiasten erhalten hingegen „Paella mit Hühnchen“, einen „gemischten Salatteller“ und zum Nachtisch „Quarkgrießauflauf mit Apfel“ für 4,30 Euro kredenzt. Catering-Firmen in Berlin und Brandenburg weigern sich inzwischen, für den vom Bezirk ausgeschriebenen Preis von 2,10 Euro pro Essen weiterhin Putenbratwurst, Paprikagulasch und Senfeier zu kochen.

Mit diesen begrenzten finanziellen Mitteln könnten die Ansprüche an Schulverpflegung nicht mehr gewährleistet werden. Der Landeselternausschuss versteht die Weigerung der Caterer und fordert vom Land Berlin, den Zuschuss so zu erhöhen, dass eine standardgemäße Essenversorgung gewährleistet werden kann. Wenn nach Abzug von Personal- und Betriebskosten sowie Mehrwertsteuer pro Essen nur 60 Cent für die Zutaten übrig seien, dann ist das weniger, als Hartz-IV-Beziehern im Regelsatz für eine Mahlzeit zugedacht wird. So ist es nicht verwunderlich, dass es nicht täglich Salat oder Rohkost gibt, sondern nur eine „Vitaminkomponente“ wie zum Beispiel einen Apfel.

Die Zwei-Euro-Schulessen sind weit entfernt von den Vorschlägen des Ernährungsforschers Volker Peinelt von der Hochschule Niederrhein, nach dessen Vorgaben es jeden Tag Gemüse und Salat geben müsste. Die soziale Spaltung macht es möglich, dass im wohlhabenderen München ein Cateringunternehmen für 4,30 Euro täglich zusätzlich zum Hauptgericht Tomatensalat, gemischten Salat oder Karottensalat plus Dessert anbietet. Im Unterschied zu Berlin müssen die Eltern in München sogar den vollen Preis für das Essen entrichten, es gibt keine direkten Subventionierungen der **Schulessen**. Bei der Qualität der Schulessen existiert ein Nord-Süd-Gefälle, aber auch eine Ost-West-Achse. In Hamburg müssen Eltern je nach Einkommenslage zwischen 20 oder eben auch 100 Prozent des Preises selbst bezahlen.

3. In Hamburg kündigen Verbände und Initiativen gemeinsamen Widerstand gegen die geplanten Einsparungen im Sozial- und Jugendbereich an, mobilisierten zu der Veranstaltung „Schluss mit Hamburgs Rotstiftpolitik“. Der Etat von SPD-Sozialsenator Detlef Scheele soll um 67,5 Millionen Euro gekürzt werden. Streichungen bei Stadtteilprojekten der Kinder- und Jugendarbeit um 3,5 Millionen Euro sowie weitere zehn Millionen Euro Einsparung bei Zuwendungen für Kinderkuren, Integrationsprojekte und Sportvereine werden ohne rot zu werden in Kauf genommen.

Tenor der Veranstaltung ist, dass das Geld da sei, nur eben woanders, und dass es keine Stadt gebe, in der die soziale Spaltung schamloser stattfinde als in Hamburg. Ganz im Stile des menschenverachtenden Neoliberalismus werden alle sozialpolitischen Notwendigkeiten dem Diktat der **Schuldenbremse** untergeordnet. Von den *Spezialdemokraten*, die sich mit Einführung der asozialen Hartz-Gesetze definitiv vom Sozialen verabschiedet haben, ist selbstredend nichts anderes zu erwarten als von den anderen Parteien dieser Parteienlandschaft. Die Verbände wollen mit einem „heißen Herbst“ dem Senat „Feuer unterm Hintern“ machen.

4. Erst griff Arbeitsministerin von der Leyen die Forderung des „Städte- und Gemeindebundes“ auf, in den Kindertagesstätten ungelernte Hilfskräfte einzustellen, um den ab 2013 in Kraft tretenden Rechtsanspruch auf einen **Kitaplatz** noch mal eben über den Zaun brechen zu können, und wollte allgemein prüfen, ob rund „5.000 Personen aus dem Rechtskreis SGB II und SGB III“, also größtenteils Hartz-IV-Bezieher(innen), zu Erzieher(inne)n weitergebildet werden könnten. Nun sollen die frisch gekündigten Schlecker-Mitarbeiterinnen in diesen Genuss des probaten Allheilmittels kommen.

Auch wenn Kitas und Pflegeheime dringend Personal brauchen, es im Einzelhandel dagegen nur 25.000 offene Stellen, aber 360.000 Jobsuchende gibt, so lassen sich die Personen nicht einfach beliebig umsetzen und vertauschen! Viele der Gekündigten sind qualifizierte Einzelhandelsfachkräfte mit wertvoller Berufserfahrung, die oft gern als Verkäuferin arbeiteten – aber würden sie ebenso gern und mit Hingabe einem pflegerischen oder erzieherischen Beruf nachgehen? Wir dürfen nicht vergessen, dass die entlassenen Mitarbeiterinnen von Schlecker im Schnitt Ende 40 sind, also in einem Alter, in dem viele in der Pflege Beschäftigten aus ihrem Job aussteigen, weil sie ihn körperlich nicht mehr bewältigen können.

Auch die Arbeit einer Erzieherin hat ihre spezifischen körperlichen und psychischen Anforderungen. Von der Leyen will mit ihrem aktionistischen Vorschlag nicht nur davon ablenken, dass der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz bis 2013 nicht gewährleistet werden kann, sondern auch davon, dass die Bundesregierung nicht für eine Schlecker-Transfergesellschaft bürgen wollte. Die 25.000 Beschäftigten haben einen Anspruch darauf, dass der Staat sich um ihre Vermittlung kümmert, denn sie haben geschuftet, Steuern bezahlt und um ihre Jobs gekämpft.

Von Til Mette ist im „Kurier am Sonntag“ vom vergangenen Wochenende auf Seite 2 eine geniale Karikatur zu sehen. Sie trägt den Titel: „Schlecker-Filialen zu Kitas!“ Offenbar in einem Drogeriemarkt stehen im Vordergrund zwei Einkaufswagen mit Kleinkindern drin. Eines der Kinder zeigt auf den Boden und ruft: „Ball!“ Dort liegt einer herum. Überall auf den Regalböden sitzen in Reih und Glied kleine Kinder in Strampelanzügen. Neben den Einkaufswagen sitzen zwei Verkäuferinnen in weißen Kitteln auf Stühlen. Die eine sagt „1,99“ als Antwort zu dem Kind, das sicherlich den Ball haben und keineswegs den Preis dafür wissen wollte. Meiner Meinung nach ist das eine sehr gelungene Vorstellung und Umsetzung der abstrusen Ideen von *lovely* Zensursula von der Leyen zum Thema Umschulung der entlassenen Schlecker-Verkäuferinnen zu Erzieherinnen. Leider finde ich Til Mettes Karikatur nicht im Netz. Sie spricht so für sich!

5. Am letzten Tag jedes Monats stehen Hunderttausende Amerikaner nachts Schlange für Lebensmittel, denn ab Mitternacht gelten die neuen **Essensmarken**. Wal-Mart etwa macht dann noch mehr Umsatz als sonst, wenn Menschen mitten in der Nacht an diesem speziellen Tag in die Supermärkte gehen. Die Menschen haben Hunger. Im März bezogen 46,4 Millionen Bürger Essensmarken, 70 Prozent mehr als vor Ausbruch der Finanzkrise. Inzwischen braucht jede(r) Siebte staatliche Unterstützung. Mit dem rasanten Anstieg der Armut sind auch die Kosten des Essensmarken-Programms stark gestiegen. Nun wollen die Republikaner der Kostenexplosion nun ein Ende bereiten und die Ausgaben für das Programm deutlich kürzen, wogegen Demokraten und Sozialverbände Sturm laufen.

Dabei sind die Essensmarken meist binnen zwei Wochen aufgebraucht, und die Verwandtschaft – so vorhanden – muss angebettelt werden. Nur während der Großen Depression in den Dreißigerjahren ging es den Menschen in diesem Land dreckiger. Während es vor drei Jahrzehnten keine zwei Dutzend Einrichtungen für die Armen New Yorks gab, existieren heute mehr als 1.100 Suppenküchen und Speisekammern in der Stadt. 1,9 Millionen New Yorker beziehen Essensmarken, in über drei Millionen Haushalten soll die Lebensmittelversorgung „unsicher“ sein. Kinder gehen ohne Frühstück in die Schule, Mütter nehmen während der Schwangerschaft zu wenige Mahlzeiten ein, Arbeiter sind in ihrem Job weniger produktiv. Das steht Europa wohl noch bevor!

6. Die stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, Bärbel Höhn, sprach sich für günstigere Stromtarife für Hartz-IV-Bezieher aus. Sie forderte, dass die Energieversorger eine bestimmte Menge an Kilowattstunden billiger anbieten, damit Hartz-IV-Beziehern über einen „Energiesparfonds“ geholfen werden könne. Um aus der Falle steigender **Stromkosten** herauszukommen sei die Politik gefragt. Frau Höhn meint es sicher nur gut, aber mir stößt schon wieder auf, dass erneut ein Posten für die Hartz-IV-Bezieher verbilligt angeboten werden soll, weil eben der Regensatz nicht ausreicht.

Lebensmittel, die oft die Haltbarkeitsgrenze überschritten haben und sonst von den Supermärkten kostenpflichtig entsorgt werden müssten, gibt es bei den wunderbaren „Tafeln“, abgetragene, unmoderne Kleidung bei den „Kleiderkammern“. Aber billiger Strom lässt sich bisher nicht minderwertig an die Armen verscherbeln, weil dies lebensgefährlich wäre und nicht erlaubt ist. Schade aber auch, weil doch Abschreckung und Angst immer so bezaubernd wirken!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Leithammel schwänzt Abstimmung: Kristina Schröders Herdprämie ist vorerst gescheitert *(„Focus“)*

Am **Mittwoch**, dem **13. Juni 2012**, kommt um **20 Uhr** auf „Radio Weser“ im Internet ein kritischer Beitrag zur **Bürgerarbeit**. Darin sind auch Interviews mit Montagsdemonstranten enthalten. Die Sendung heißt „Boulevard BBF“

Zahlen Sie keine Praxisgebühr!

Anfang Oktober 2011 war ich wieder mal beim Arzt. Ich habe ihm deutlich gemacht, dass ich keine Praxisgebühr zahlen werde und er mich trotzdem nicht abweisen darf. Das hat er akzeptiert. Einige Argumente habe ich bereits auf der 336. Montagsdemo beschrieben. Anfang Juni dieses Jahres, also acht Monate später, wollte nun die „Kassenärztliche Vereinigung Bremen“ über eine Rechtsanwaltsgesellschaft in Stuttgart „ihre“ zehn Euro von mir einkassieren. Wie ist es möglich, dass ein Rechtsanwalt „Praxisgebühren“, die eher Praxis*benutzungs*gebühren heißen müssten, aber auch das nicht sind, einziehen will, und zwar für die „Kassenärztliche Vereinigung“, die das Geld, das gar nicht für sie bestimmt ist, nicht selbst eintreibt – und das, nachdem acht Monate vergangen sind?

Das alles halte ich für großen Unsinn, den ich nicht dulden kann. Ich habe daher Widerspruch dagegen eingelegt. Ich akzeptiere weder aktive Volksverdummung noch plumpe Abzockermethoden. Dagegen muss ich selbst etwas unternehmen, das kann ich nicht von einer Rechtsanwaltsgesellschaft machen lassen. Ich muss schon selbst zum Beispiel auf den Bremer Marktplatz kommen, um öffentlich sagen zu können, was mir nicht gefällt. Diese Art Politik muss man selbst machen, hier auf der Straße, nicht von irgendwelchen Vertretern, die in irgend-

welchen Parteien Karriere oder Geld machen wollen, mit Hilfe von Großgaunern aus der Wirtschaft und den Finanzmärkten!

Ich habe es geschafft, das Problem dort zu diskutieren, wo es hingehört, nämlich bei den Verursachern, die das Geld haben wollen, hier den Krankenkassen. Die haben bekanntlich hohe Gewinne und Rücklagen und sollen sich selbst das Geld von dort abholen, woher sie es haben wollen! Dann brauchen sie auch keinen Decknamen wie „Praxisgebühr“ zu erfinden, um eine faule Sachlage zu verschleiern. Der Arzt soll nicht Geldeintreiber und Handlanger für die Krankenkassen und die Pharmaindustrie sein. Der Arzt hat andere, wichtigere Aufgaben und Fähigkeiten. Es darf nicht sein, dass jemand Unsinn verzapft und einen anderen damit beauftragt, diesen für ihn zu erledigen. Nur wer zu viel Geld hat, kann das machen lassen. Wer wenig hat, soll das auch noch bezahlen. Wie Sie mithelfen können, diese Ungerechtigkeiten zu beheben, erfahren Sie auf der nächsten Montagsdemo.

Helmut Minkus (parteilos)

Keine Reservistentruppe in Bremen!

Am Freitag, dem 15. Juni 2012, wird um 15 Uhr auf Initiative des Bundeswehrministers Thomas de Maizière die erste Kompanie der bundesweiten „Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte“ der Öffentlichkeit präsentiert. Die Einheit wird vom Landeskommando Bremen in Dienst gestellt. Beim Aufstellungsappell in der Scharnhorst-Kaserne werden Vizeadmiral Manfred Nielson sowie der Präsident des Reservistenverbandes, Roderich Kiesewetter, anwesend sein. Nach Angaben des Verbandes wird hierzu ein Kooperationsvertrag zwischen der Logistikschule der Bundeswehr, dem Landeskommando und der Landesgruppe Bremen geschlossen.

Noch zur Zeit des Kalten Krieges gab es am Niedersachsendamm erheblich mehr Militär. So lag in dem Scharnhorst/Cambrai-Kasernenbereich das Verteidigungsbezirkskommando 20, eine Mörserkompanie, das Feldjägerbataillon 720, das Feldjägerdienstkommando (das sich noch heute dort befindet), die militärische Flugsicherung sowie bereits damals ein Kontingent sogenannter Heimatschutztruppen. Dem dort stationierten Standortkommandanten unterstanden sämtliche Militäranlagen in der Stadt. Dies änderte sich, als nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation die Bundeswehr umstrukturiert und für Auslandseinsätze „fit“ gemacht wurde. Für die Verkleinerung der Streitkräfte sind in Bremen fast

alle Militäranlagen aufgelöst worden. Auch die bundesweiten Standortschließungen dauern bis heute an.

Dabei wird zivil-militärische Zusammenarbeit groß geschrieben. Weil sich die Bundeswehr im Krieg befindet, in Zukunft wahrscheinlich noch mehr als bisher, ist geplant, im Zuge dieser sogenannten Bundeswehrreform die Reservistenkompanien als Lückenbüßer für die Bewachung militärischer Anlagen, für den Katastrophenfall und bei Großeinsätzen vorzusehen. Es geht dabei vordergründig um militärische Hilfe zur Erfüllung ziviler Hilfeleistung, etwa bei Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen. Was dabei natürlich nicht gesagt wird, ist zum Beispiel der Truppeneinsatz im Innern gegen Streiks oder Demonstrationen.

Bremen braucht keine Soldaten für zivile Hilfsdienste oder Unterstützung der Polizei! Bremen braucht überhaupt kein Militär! Gegen zunehmende Militarisierung der Zivilgesellschaft! Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr! Herr de Maizière darf uns jederzeit gern besuchen, aber in dieser offiziellen Mission ist er uns höchst unwillkommen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Am **Freitag**, dem **15. Juni 2012**, empfangen Friedenskämpfer um **15 Uhr** den deutschen **Kriegsminister** in der Kaserne in **Huckelriede** am Niedersachsendamm. Sie werden ihren **Protest** unter anderem gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr zum Ausdruck bringen. Kommt zahlreich!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

379. Bremer Montagsdemo am 18. 06. 2012

Griechenland ist nah – auch Bremen spart sich kaputt

1. Spanien hat viel Geld angenommen beziehungsweise angefordert: Bis zu 100 Milliarden Euro erhält das Land zur Sanierung der Banken. 100 Milliarden Euro ohne Auflagen zum Sozialabbau, zum strikten Sparen und zur Vernichtung von Arbeitsplätzen! Die EU war sogar froh über die Annahme des Hilfsangebots. Wie wird dies im Nachbarland Portugal und in Griechenland wahrgenommen? Es wird ein sehr heißer Sommer, wenn die EU nicht einlenkt, denn auch diese Hilfszahlungen sind letztlich bei den Banken gelandet. Die Griechen haben sich für den Euro entschieden, aber bestimmt nicht für die Ungleichbehandlung durch die EU.

Griechenland befindet sich im Abwärtsstrudel, verursacht durch den **Sparkurs**. So heißt es in einer Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes Bremen vom 14. Juni 2012: „Die Ausfuhren Bremens nach Griechenland sind im ersten Quartal 2012 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum erheblich zurückgegangen.“ Die Importe hingegen haben sich im betreffenden Quartal gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Prozent erhöht. Auch andere Statistiken zeichnen den Niedergang der Wirtschaft nach, beispielsweise ging der Sparkurs zulasten der Kaufkraft. Die Umsetzung des strikten Sparkurses durch Griechenland hat gezeigt: So nicht! So geht die Volkswirtschaft baden! Andere Länder – insbesondere Italien, Spanien und Frankreich – wollen ihre Wirtschaft ankurbeln und nicht so stark sparen. Griechenland ist nah, auch Bremen spart sich kaputt!

2. Für ein **Pfändungsschutzkonto** dürfen nur die normalen Kontogebühren verlangt werden. Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main hat mit Datum vom 28. März 2012 in einem grundlegenden Urteil (Aktenzeichen 19 U 238/11) entschieden, dass Banken und Sparkassen für ein „P-Konto“ keine zusätzlichen Gebühren erheben dürfen gegenüber den normalen Kontoführungsgebühren. Im entschiedenen Fall kostete die normale Gebühr circa 1,50 Euro, für ein „P-Konto“ sollten

jedoch 11,50 Euro gezahlt werden. Kläger war offenbar eine (Verbraucher-)Beratungsstelle.

3. Das „**Bildungspaket**“ schaltet bei der Nachhilfe durch seine Umsetzung in den Rückwärtsgang. Aber Gegenwehr ist möglich! Die nachstehenden Sätze stammen aus einem einstweiligen Rechtsschutzverfahren (Aktenzeichen L7 AS 43/12 B ER). Unter II steht ohne besondere Hervorhebung: „Bei schulpflichtigen Kindern, deren Eltern Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Zweites Buch beziehen, besteht die Gefahr, dass ohne hinreichende staatliche Leistungen ihre Möglichkeiten eingeschränkt werden, später ihren Lebensunterhalt aus eigenen Kräften bestreiten zu können. Dies ist mit Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Artikels 20 Absatz 1 Grundgesetz nicht vereinbar.“

Und etwas weiter im Text: „Dies gilt besonders auch für die Erlangung eines Ausbildungsplatzes, die weitere Entwicklung im Beruf und damit die Fähigkeit, später seinen Lebensunterhalt aus eigenen Kräften bestreiten zu können. Dementsprechend hatte zum Beispiel auch bereits das Sozialgericht Bremen beim dortigen an einer Lese- und Rechtschreibschwäche leidenden Antragsteller, welcher im Zeugnis in Deutsch die Note ausreichend erhalten hatte, auch die Erforderlichkeit von Lernförderung anerkannt (Beschluss vom 14. April 2011 – S23 AS 357/11 ER).“

Das Landessozialgericht Niedersachsen-Bremen geht auch auf das Gesetzgebungsverfahren zum „Bildungs- und Teilhabepaket“ ein und festigt seine Auffassung. Lesenswert! Folgende Passage steht zwischen den beiden oben angeführten Zitaten. Der vom Landessozialgericht zitierte Beschluss des Sozialgerichtes Bremen enthält auf Seite 4 unten folgende Feststellung:

„Die Förderung des Antragstellers ist außerdem im Sinne von § 28 Absatz 5 SGB II neue Fassung erforderlich, damit der Antragsteller die nach den schulrechtlichen Bestimmungen festgelegten wesentlichen Lernziele erreichen kann. Dabei steht für die Kammer außer Zweifel, dass zumindest ausreichende Kenntnisse des Faches Deutsch zu den wesentlichen Lernzielen nach den schulrechtlichen Bestimmungen des Landes gehören. Dieses Lernziel kann der Antragsteller jedoch ausweislich der Beschreibung des Lernstandes im Zeugnis vom 23. Juni 2010 nicht ohne Hilfe erreichen.“

Damit ist klar, dass zum Erreichen nicht nur der Versetzung, sondern auch wesentlicher, zum Grundwissen gehörender Lernziele externe Nachhilfe gerechtfertigt ist, wenn die Schule dies nicht schafft. Bremen hat für die externe Nachhilfe viele Rahmenbedingungen aufgebaut. Diese Einschränkungen, insbesondere bei den Kostenbeschränkungen, sind unhaltbar. Die übrigen Hürden sind nur bei Übereinstimmung mit den Gerichtsentscheidungen haltbar, siehe vorherige Bremer Montagsdemos.

Am 18. Juni 2012 hat der „Weser-Kurier“ unter der Überschrift „Versetzung nicht gefährdet“ über Maßnahmen der Bildungsbehörde zur Senkung der „Sit-

zenbleiberquote“ berichtet. Schüler, Lehrer und Eltern sollen dies gemeinsam erreichen, mit Detailpflichten und frühzeitiger Gegensteuerung in Wochenplänen, denn „Bremen hat das Sitzenbleiben bis auf einige Ausnahmen abgeschafft. Dieser Schritt wird von allen Seiten begrüßt.“ Wer bleibt schon gerne sitzen! Doch wie soll dieser Plan bei der geringen Personaldecke umgesetzt werden?

Nachdenklich macht mich, dass unter „Bildung Bremen“ die Rahmenbedingungen zur Lernförderung in Bremen nicht mehr zu finden sind. Beim (No-)JobCenter steht unverändert nur der Text: „Mit der Lernförderung werden im Ausnahmefall die von den Schulen und schulnahen Trägern (zum Beispiel Förderverein) organisierten Förderangebote ergänzt. Nur wenn das Erreichen des Klassenziels gefährdet ist und eine Verbesserung nur mithilfe der außerschulischen Lernförderung erreicht werden kann, kommt diese Leistung in Betracht. Die Prüfung der Anspruchsberechtigung erfolgt in er Schule.“

Fazit: Wenn ein Kind schwach in der Schule ist, bitte die entsprechende Unterstützung einfordern und, wenn die Schule dies nicht leisten kann, den Antrag auf Lernförderung stellen! Wer bereits die „Blaue Karte“ hat, stellt den Antrag einfach in der Schule. Auch wer bisher nicht leistungsberechtigt ist, kann durch den zusätzlichen Bedarf für die Nachhilfe leistungsberechtigt werden. Geht zu einer Beratungsstelle! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

„Attac“ und „Echte Demokratie Jetzt“ rufen auf zur **Kundgebung** gegen den **Fiskalpakt**, die neoliberalen **Spardiktate** und die **Austeritätspolitik** der Troika aus Europäischer Union, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds sowie für Solidarität mit der Bevölkerung in Griechenland. Diese Kundgebung findet am **Samstag**, dem **23. Juni 2012**, um **12 Uhr** am Bremer **Hauptbahnhof** statt.

Sterben für Deutschland? Nicht in unserem Namen!

1. Bundespräsident Joachim Gauck verlautbarte am 12. Juni 2012 in Hamburg, es sei für unsere „glücksüchtige“ Gesellschaft „schwer zu ertragen, dass es wieder deutsche Gefallene“ gebe. Dagegen, dass Gauck für die **Kriegseinsätze** der Bundeswehr warb und die Bevölkerung aufgeforderte, für ihr Land gegebenenfalls auch ihr Leben zu geben, regt sich erster Widerspruch. Bei aller anscheinend doch noch nicht überwundenen Kriegsrhetorik dürfen wir nicht vergessen, dass die Beteiligung deutscher Soldaten an Kriegen im Ausland ein klarer Bruch der

Verfassung ist und bleibt. Mit Kriegen wird kein Problem gelöst, sondern in erster Linie die zivile Bevölkerung für wirtschaftliche Interessen des Angriffsstaates, äh: Verteidigungsstaates getötet.

Liedermacher Hans-Eckardt Wenzel polemisiert treffend: „Der Gauck ist aufgegangen, die Uniformen prangen am Hindukusch so klar. Die Welt steht da und schweiget, und aus den Reden steiget der alte Scheiß so wunderbar.“ Der vom Priesteramt suspendierte katholische Theologe Eugen Drewermann fragt, wie Herr Gauck in Zeiten der asymmetrischen Kriegsführung und der Drohnenangriffe davon reden könne, dass wir „menschliche Interessen“ ausgerechnet in Somalia und Afghanistan vertreten würden. Drewermann stellt klar, was die Bundeswehr verteidige, seien nicht die Menschenrechte und ganz bestimmt nicht die Freiheit in der Welt, denn die Osterweiterung der Nato bis nach Georgien, Kasachstan, Kirgisien habe nur einen einzigen Zweck, nämlich die Verteidigung der Interessen des Kapitalismus durch geostrategische Einkreisung von Indien und China.

Ist eine Gesellschaft etwa „glücksüchtig“, wenn sie sinnlos gestorbene, im Krieg getötete Soldaten(inn)en, Söhne, Ehemänner, Brüder, Väter, Töchter, Ehefrauen, Schwestern, Mütter, vermisste Freundinnen und Freunde, eben Menschen auf beiden Seiten beklagt? Sevim Dagdelen, Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, prangert an, dass Gaucks Freiheitsbegriff lediglich nationalistische und militaristische Propaganda sei. Ich teile ihre Empörung auch darüber, dass vor allem Angehörige der unteren sozialen Schichten Kriege für eine kleine nationale Elite führen sollen, die von Gauck allen Ernstes als „Stütze der Freiheit“ bezeichnet werden. Freiheit für wen, wenn schon nicht für alle? Nein, militärische Gewalt ist ausschließlich ein Übel und kann niemals sinnvoll sein, „um ihrerseits Gewalt zu überwinden oder zu unterbinden“.

Das wäre ebenso widersinnig, als wenn jemand einem Kind, das ein anderes im Streit geschlagen hätte, zur Strafe eine Ohrfeige gäbe, damit es in Zukunft seine Konflikte nicht mehr mit Hauen „löst“. Gewalt kann keine Lösung sein! Bundespräsident Gauck, der selbst unter zwei Diktaturen lebte, in denen das Militär der „Erziehung zum Hass“ diente, müsste wissen, dass es nur möglich sein kann, einen oder sogar mehrere Menschen zu töten, wenn das eigene soziale und ethische Gewissen außer Kraft gesetzt und ausgeblendet, alle erlernte Moral der Zehn Gebote oder von Kants kategorischem Imperativ über den Haufen geworfen wird. Ich kann mir nicht vorstellen, wie solch ein Töten – denn eben das tun Soldaten im Krieg immer wieder – anders aussehen könnte, nur weil die Bundeswehr eine „Parlamentsarmee“ und an demokratische Werte und das Grundgesetz gebunden sei. „Gewalt ist die Waffe des Schwachen, Gewaltlosigkeit die des Starken“, sagte Mahatma Gandhi.

2. Eine groß angelegte Patientenbefragung des „Robert-Koch-Instituts“ ergab, dass in keiner Altersgruppe Depressionen in Deutschland so weit verbreitet sind wie unter den 18- bis 29-Jährigen, bei denen nicht einmal die Hälfte der Kranken überhaupt behandelt wird. Der Psychologe Hans-Ulrich Wittchen von der TU Dresden sagt, die Zahl der Depressiven sei insgesamt zwar stabil, doch finde er bedenklich, dass das Erkrankungsalter der Menschen sinke. Warum jüngere Menschen offensichtlich verwundbarer geworden sind, müsse untersucht werden. **Depression** sei auch eine Krankheit der schlechter verdienenden, weniger gut ausgebildeten Menschen. Bei besser verdienenden und gut ausgebildete Menschen gebe es mittlerweile einen weiteren Namen für die Depression: das „Burnout-Syndrom“. Nirgends wird erwähnt, dass die Jungen immer öfter keine Perspektive haben und ihr privates Leben immer schlechter planen können, was etwa den Wunsch betrifft, ein Haus zu bauen und Kinder zu bekommen, weil zunehmend weniger Sicherheiten bezüglich des Arbeitsplatzes da sind.

3. Nach einer weiteren düsteren Analyse von der jungen Generation leidet jeder fünfte junge Erwachsene unter **Armut**. Zehntausende fallen durch alle Raster. Pfarrer Simon Rapp, Vorsitzender der „Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit“, kritisiert, es werde zwar viel über Kinder- und Altersarmut diskutiert, aber die entscheidende Phase der Jugend, in der die Weichen gestellt werden, sei bisher kaum im Blick. Nach der in der EU gängigen Definition gelten Menschen als armutsgefährdet, wenn sie in einem Haushalt leben, dessen Einkommen weniger als 60 Prozent des landesweiten Durchschnitts beträgt. Darüber hinaus gehören auch emotionale, soziale und kulturelle Armut zu den Auswirkungen.

Als Gründe für Jugendarmut nennt Rapp vor allem fehlende Schulabschlüsse oder Ausbildungen und Billigjobs ohne Perspektiven. Jugendarmut sei besonders ein städtisches Phänomen, weil es die höchsten Quoten in den wirtschaftlich schwächsten Kommunen wie Bremerhaven (22,1 Prozent), Gelsenkirchen (21,8 Prozent) und Berlin (rund 21 Prozent) gebe. Rapp empörte sich über die drastischen Sanktionen gegenüber jungen Erwachsenen, denen bis zu einem Alter von 25 Jahren die ohnehin sehr knappen Leistungen des ALG II sofort gestrichen werden, wenn die Betroffenen gegen Auflagen wie eine bestimmte Anzahl von Bewerbungen verstoßen. Er stellt die Sanktionen aber nicht grundsätzlich in Frage, sondern spricht sich für eine stufenweise Kürzung aus.

Kontraproduktiv sei die restriktive Wohngeldvergabe, in deren Folge erwerbslose Erwachsene unter 25 Jahren bei ihren Eltern leben müssen, wenn diese ALG II beziehen. Dadurch werde der Umzug in ein anderes Umfeld erschwert. Das Klischee muss aber unbedingt wieder bedient werden: „Wenn ein junger Erwachsener in einer Hartz-IV-Familie lebt und dort auch noch Lieblosigkeit oder Gewalt erlebt, müsste er ausziehen, um eine Zukunftschance zu bekommen“. Natürlich ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit ebenso wie die Erwerbslosigkeit der Eltern immer nur ein persönliches Manko, dem fehlenden Schulabschluss, der abgebro-

chenen Ausbildung geschuldet, und liegt natürlich keinesfalls an insgesamt zu wenigen sozialversicherungspflichtigen Vollzeitarbeitsplätzen, der Zunahme von Dumpinglöhnen und Zeitarbeit!

4. Im Moment fehlen in Bremen mindestens tausend **Wohnungen**, vor allem in der bezahlbaren unteren Preisstufe. Der Senat, der das Thema in seiner Koalitionsvereinbarung berücksichtigt hat, will nun stärker Einfluss auf die Wohnbaupolitik nehmen. Ein neues Förderprogramm ist überfällig, weil sich nach Ansicht der Experten die Lage in Bremen noch verschärft: In fünf Jahren werden wahrscheinlich bereits dreitausend Wohnungen fehlen. Vor allem Studenten, Geringverdiener und andere Gruppen, die auf kleinere, bezahlbare Wohnungen angewiesen sind, suchen oft händeringend nach einer Unterkunft im Stadtgebiet.

Es ist ziemlich frustrierend, in Bremen auf Wohnungssuche zu gehen. Inzwischen ist ein halbes Jahr dafür als „normal“ anzusehen. Bei Alleinerziehenden stören sich viele Vermieter am Kind, bei anderen vielleicht am Schufa-Eintrag. Wenn in Bremen überhaupt neue Wohnungen entstehen, sind sie zumeist groß und teuer, zum Beispiel in der Überseestadt und am Stadtwerder. Für Mieter oder Käufer mit kleinem Geldbeutel sind sie unerschwinglich. Dadurch entstehen Gebiete mit einer sozialen Monostruktur, und der Segregation werden Tür und Tor weit geöffnet, was der rot-grüne Senat doch angeblich mit aller Macht vermeiden wolle. Lippenbekenntnisse reichen da nicht!

5. Es klingt unglaublich, doch ein (No-)Job-Center hat einer einarmigen, schwerbehinderten ALG-II-Bezieherin, die wegen Verletzung des noch verbliebenen Armes keine Bewerbungen schreiben konnte, die Hartz-IV-Leistungen auf Null gekürzt, weil sie „keine Eigenbemühungen“ aufgezeigt habe. Glücklicherweise klagte die Frau, und das Sozialgericht in Karlsruhe entschied in einem am vergangenen Freitag veröffentlichten Urteil (Aktenzeichen S4 AS 2005/11), das Jobcenter habe die Hartz-IV-Leistungen nicht kürzen dürfen, weil die Erwerbslose einen „wichtigen Grund“ hatte, die **Bewerbungsauflagen** des Jobcenters nicht einzuhalten. Trauriger Witz, komm raus: Wie hätte die Frau denn die Auflage der „ Eingliederungsvereinbarung“, monatlich zwei Bewerbungen zu schreiben, erfüllen können, wenn sie an ihrer verbliebenen rechten Hand eine Operation durchführen lassen musste?

Die Streichung des Geldes ist rechtswidrig und menschenverachtend wie die ganzen Hartz-Gesetze, die sich manchmal noch von übereifrigen Helfern dieses perfiden neoliberalen Systems auf die Spitze treiben lassen! Aber viele Betroffene trauen sich nicht zu klagen. Genau darauf baut dieser perverse, abartig asoziale Sozialabbau. Ist das böse, wegen so etwas vor Gericht ziehen zu müssen! Es grenzt fast an ein Wunder, dass nicht verlangt wurde, vom Regelsatz eine Spracheingabe-Software zu kaufen. Oder hätte sie die verlangten Bewerbungen mit dem Mund oder mit dem Fuß schreiben sollen? Interessant finde ich auch

die Frage, auf welche Stellenangebote sie sich denn überhaupt hätte bewerben können.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Sind wir Menschen“: Kurierfahrer und Paketzusteller opfern ihre Gesundheit, um den Kapitalismus am Laufen zu halten *(„Die Zeit“)*

Lassen Sie die Advokaten tanzen!

Was machen Krankenkassen? Wie der Name schon sagt, sie kassieren Geld. Aber das stimmt nicht ganz, denn sie machen es nicht mal selbst. Die Krankenkassen lassen Beiträge einzahlen von den Arbeitgebern, und sie lassen die Patienten abkassieren von den Ärzten. Die Ärzte wiederum lassen ihre Rechnungen kassieren von den „Kassenärztlichen Vereinigungen“. Wenn dann mal jemand wie ich dem Arzt keine zehn Euro gibt, die sogenannte Praxisgebühr, so macht das nichts. Der Arzt braucht die Gebühr nicht und wird Sie trotzdem behandeln!

Allerdings geschieht Folgendes, das ich gerade erlebe: Die Krankenkasse versucht jetzt, Monate später, über einen Rechtsanwalt der „Kassenärztlichen Vereinigung“ zehn Euro von mir einzukassieren. Warum müssen die Krankenkassen das so kompliziert machen? Deshalb bin ich jetzt Unternehmer geworden: Ich habe einige Leute aus verschiedenen Fachbereichen dazu aktiviert, zehn Euro nachzujagen! Das ist eine tolle Sache. Ich bin auch mal Arbeitgeber, denn mehrere Leute arbeiten daran, für nur zehn Euro Einnahmen eine schwere Arbeit zu erledigen, nämlich mir dieses Geld aus der Tasche zu ziehen. Das finde ich verrückt! So einfach können auch Sie zum Unternehmer werden.

Unternehmen Sie einfach etwas! Sagen Sie öffentlich, was Ihnen nicht gefällt und lassen Sie Beamte springen, Kassierer nervös werden und Advokaten tanzen, nach deren eigenen Gesetzen, als da sind § 28 Absatz 4 Satz 1 und § 61 SGB V. Diesen Spaß lasse ich mir etwas kosten. Die Experten werden dann vielleicht irgendwann überlegen, ob sich solcher Aufwand lohnt für so wenig Gewinn. Es darf nur keiner auf die Idee kommen, womöglich Bearbeitungsgebühren zu verlangen, die sicher höher sind als die Einnahmen. Wenn ich jetzt noch zum skrupellosen Banker oder Wucherer oder Zocker würde, könnte ich aus den mir gestundeten zehn Euro viel Geld machen!

Das können Sie, liebe Zuhörer, vielleicht auch mal probieren. Oder Sie gönnen sich selbst mal einen so günstigen längeren Spaß. Es ist recht einfach: Sie

müssen nur beim nächsten Besuch Ihrem Arzt oder Zahnarzt klarmachen, dass die sogenannte Praxisgebühr gar nicht für seine Praxis gedacht ist und er damit nichts mehr zu tun haben muss, wenn er es nicht will. Das geht und ist lustig, aber kein Witz. Zahlen Sie ab heute keine „Praxisgebühren“ mehr, denn die gibt es nicht wirklich!

Helmut Minkus (parteilos)

„Grotesk falsch“: Freispruch für Brechmittelmord aufgehoben *(„Tageszeitung“)*

Vom Munde abgespart: Wer mit Hartz IV gesund leben will, muss das Brot selber backen *(„Der Sauerteig“)*

„Ein bisschen Hunger, dann gehen die schon“: Für Asylbewerber gibt es nicht mal eine Zwischenlösung, um das Existenzminimum zu sichern *(„Stern“)*

Und das Volk soll zahlen: Präsident einer mit Steuermitteln geretteten Privatbank wird griechischer Finanzminister *(„Spiegel-Online“)*

EU schränkt Abschaffung der Todesstrafe ein: Wenn diese „unbedingt erforderlich ist, um einen Aufstand rechtmäßig niederzuschlagen“ *(„Focus“)*

Anrainer wollen Lautsprecher verbieten: Bleibt die „sogenannte Montagsdemo“ bei der Diskussion, was auf dem Marktplatz erlaubt sein soll, außen vor? *(„Weser-Kurier“)*

Das „Bertolt-Brecht-Jugendprojekt“ und die „Agitproptruppe Roter Pfeffer“ inszenieren das Stück „**Mutter Courage und ihre Kinder**“. Aufführungen sind am **Freitag**, dem **22.**, und am **Samstag**, dem **23. Juni 2012**, um **19 Uhr** im **Schulzentrum Neustadt**, Sekundarbereich II, Foyer Gebäude A, Delmestraße 141b. Der Eintritt beträgt zehn, ermäßigt fünf Euro.

Am **Samstag**, dem **23. Juni 2012**, um **20 Uhr** sowie am **Sonntag**, dem **1. Juli 2012**, um **21 Uhr** wird im Bremer Kabelfernsehen (Kanal S12) und auf „Radio Weser“ im Internet der kritische Beitrag zur **Bürgerarbeit** wiederholt. Darin sind auch Interviews mit Montagsdemonstranten enthalten. Die Sendung heißt „Boulevard BBF“

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

380. Bremer Montagsdemo am 25. 06. 2012

Wir werden auch in Zukunft nicht flüstern!

An den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft! Sehr geehrter Herr Weber, aus der Presse haben wir erfahren, dass Sie die Initiative ergriffen haben, Veranstaltungen auf dem Marktplatz einzuschränken. Sicherlich kann auf die eine oder andere kommerzielle Veranstaltung verzichtet werden, aber generell muss der Marktplatz als öffentlicher Raum für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen. Es darf keinerlei Einschränkung des Demonstrationsrechts geben! Deshalb verteidigen wir als Montagsdemo das Grundrecht, auf dem Marktplatz Kundgebungen und Demonstrationen mit Offenen Mikrofon durchführen zu können.

Wir begrüßen es, dass Ihre Pläne dieses Grundrecht gewährleisten sollen: „Laut Weber sollen die wöchentlichen Demonstrationen vor dem Parlament selbstverständlich bleiben dürfen“ („Weser- Kurier“ vom 21. Juni 2012) – allerdings sind wir überrascht über die weiteren Zeilen: „aber leise. Weber: ‚Die sollen nicht schon eine Stunde vorher den Verstärker aufreißen.‘“ Wie kommen Sie zu dieser Aussage? Das ist noch nie passiert, denn es ergibt überhaupt keinen Sinn, einen Verstärker ohne Kundgebungsteilnehmer einzusetzen. Wir treffen uns jeden Montag um 17:30 Uhr und eröffnen dann pünktlich das Offene Mikrofon. Dabei werden wir auch in Zukunft nicht flüstern, sondern wie bisher unsere sozialen, politischen und umweltschützenden Anliegen und Forderungen jeden Montag deutlich zum Ausdruck bringen!

Initiative Bremer Montagsdemo

Sehr geehrter Herr Binder, sehr geehrter Herr Lange, der Bürgerschaftspräsident bedankt sich herzlich für Ihre E-Mail. Die Diskussion um die Nutzung des historischen Marktplatzes, die Herr Weber gemeinsam mit Marktplatzanrainern angestoßen hat, hat ein lebhaftes Echo ausgelöst. Die Meinungen verlaufen dabei sehr kontrovers. Eines ist allerdings klar: Niemand, schon gar nicht der Bürgerschaftspräsident, möchte das Demonstrationsrecht einschränken. Im Gegenteil, Herr Weber weiß sehr wohl das hohe Gut der Demokratie zu schätzen und zu verteidigen. Sie müssen sich also keine Sorgen machen! Etwas missverständlich ist

die Äußerung „Verstärker aufreißen“. Damit hatte Herr Weber nicht die Montagsdemonstrationen im Blick, sondern eine als Demonstration angekündigte Veranstaltung im vergangenen Jahr, bei der vor allem Musik aus Lautsprechern dröhnte und keine weitere Botschaft hör- beziehungsweise sichtbar wurde. Mit freundlichen Grüßen.

Zuschrift von Horst Monsees, Pressesprecher und Büroleiter des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft

„Entartung des ganzen Systems“: Wer Hartz IV bezieht, soll sich nicht politisch engagieren *(„Focus“)*

Am **Mittwoch**, dem **4. Juli 2012**, gibt es um **15 Uhr** in **Raum II** der Bremischen **Bürgerschaft** eine öffentliche **Anhörung** zur **Petition**, das **Stadtticket übertragbar** zu machen.

Merkel jubelt im Stadion – Schäuble will uns entrechten

1. Eine in Teilzeit arbeitende Sekretärin hat in einem halben Jahr 329 Euro für Business-Kostüme und Friseurbesuche ausgegeben. Das (No-)Job-Center muss diese Kosten bei den Aufstock-Zahlungen an die Frau berücksichtigen. Gegebenenfalls müssen die *Flop*-Center Erwerbstätigen, die mit Hartz IV aufstocken, auch schicke Kleidung bezahlen. Dies kommt als „Leistung zur Eingliederung“ in Betracht, wenn Business-Kleidung eine Voraussetzung für den Einstieg in das Erwerbsleben ist. So hat das Bundessozialgericht in Kassel entschieden (Aktenzeichen B4 AS 163/11 R).

Weil ihr Einkommen von 1.066 Euro brutto halbtags als Sekretärin für den Lebensunterhalt für sich und ihren Sohn nicht reichte, erhielt die Klägerin ergänzend Hartz IV. Als das *Mob*-Center des Landkreises Marburg-Biedenkopf nach dem Abzug von Steuern und Freibeträgen 536 Euro als Einkommen anrechnete und die Hartz-IV-Zahlungen entsprechend minderte, berücksichtigte es nicht die Ausgaben für Business-Kleidung und Friseurbesuche. Die Sekretärin argumentierte, dass gute Kleidung auf Schulungen oder bei Außenterminen nötig sei. Würde dies nicht berücksichtigt, stünde sie als ALG-II-Bezieherin ohne Job besser da! Dieses Problem träte gar nicht erst auf, wenn existenzsichernde Löh-

ne gezahlt würden, statt den Niedriglohnbereich durch Arbeitgeberförderung mit **Aufstockung** zu zementieren. Wenn sich eine in Teilzeit arbeitende Chefsekretärin im Jahr 2012 nicht mal vernünftige Kleidung und anständige Friseurbesuche leisten kann, entstehen manchmal *merkwürzige* Gerichtsurteile.

2. Die Ankündigung von Bundesumweltminister Peter Altmaier, dem Anstieg der **Strompreise** mit einer Energiespar-Offensive zu begegnen, stößt bei der Opposition auf Kritik. Wenn Altmaier die „Energiewende“ als Kostentreiber beim Strom brandmarkt, weiß er doch ziemlich genau, dass von zehn Cent Preissteigerungen in den letzten Jahren nur drei Cent auf die „Erneuerbaren“ zurückzuführen sind und der Strom für die Industrie durch die erneuerbaren Energien sogar billiger wurde. Der Bundesumweltminister hatte die geniale Eingebung, künftige Preiserhöhungen durch mehr Stromsparen auszugleichen. Außerdem solle jeder Bürger innerhalb von sechs Monaten eine fachkundige „Energieberatung“ erhalten. Stromrabatte für ärmere Haushalte lehnt der CDU-Politiker allerdings ab.

Linkspartei-Chefin Katja Kipping verlangte, einkommensschwache Haushalte sollten einen Gutschein für die Anschaffung eines stromsparenden Haushaltsgeräts bekommen, wenn sie gleichzeitig einen Stromfresser verschrotten. Ulrich Kelber, Fraktionsvize der *Spezialdemokraten*, will Stromanbieter dazu verpflichten, für die ersten 500 Kilowattstunden Strom den jeweils günstigsten Tarif zu berechnen. Ja, und wenn Lebensmittel teurer werden sollten, muss einfach nur weniger gegessen werden! So einfach kann Politik denken. Am 21. Juni war Sommeranfang, also befinden wir uns schon ganz munter inmitten des Sommerlochs.

3. Laut einer Studie landen in Deutschland jährlich elf Millionen Tonnen **Lebensmittel** im Müll. Gleichzeitig wächst die Zahl der Menschen, die zur „Tafel“ gehen. Diese suchen jetzt neue Wege gegen solcherlei Verschwendung und überlegen, wie sie besser direkt an Erzeuger und Verbraucher herankommen. Überlegt werde, die „Tafeln“ auch als Annahmestelle für Lebensmittel zu nutzen, wo die Bürger verpackte Produkte abgeben können, die dem Haltbarkeitsdatum nahe kommen oder die sie schlicht zu viel eingekauft haben. Soll das noch den Hygienevorschriften und dem Einhalten der Kühlkette entsprechen, oder muss das bei Hartz-IV-Beziehern und ihren Sprösslingen nicht mehr so genau genommen werden?

Die „Tafeln“ würden nur Lebensmittel verwenden, die „qualitativ in Ordnung“ seien, selbst wenn das Haltbarkeitsdatum zum Beispiel bei Produkten wie Reis oder Nudeln überschritten sei. Sie könnten auch noch mehr Lebensmittelspenden gebrauchen. An den etwa 4.500 Ausgabestationen der 891 „Tafeln“ in Deutschland erhalten etwa 1,5 Millionen Menschen Nahrungsmittel, mit steigender Tendenz. Vor allem die Zahl der bedürftigen Senioren und Kinder wachse. Logisch! Langzeiterwerbslose und Dumpinglöhner wachsen in eine sich potenzierende Altersarmut ungeahnten Ausmaßes hinein.

Schaffen die „selbstlosen Helfer“ der Armutsindustrie vielleicht einen wenig erstrebsamen „Rechtsanspruch auf Tafelfutter“, statt sich gegen die Ursachen

der staatlich verordneten Armut und für einen echten Mindestlohn sowie einen tatsächlich auskömmlichen Regelsatz einzusetzen, solange es die menschenverachtenden Hartz-Gesetze noch gibt? Die „Tafeln“ sind in meinen Augen eine Schande, weil sie dem Artikel 1 gerade in Verbindung mit dem Sozialstaatsgebot nach Artikel 20 unseres Grundgesetzes widersprechen, das bis jetzt ja noch für alle Bürger gelten soll!

4. Wie der „Bundesbildungsbericht 2012“ zeigt, ist die „Bildungsrepublik“ in zwei Teile gespalten: Oben stehen die Kinder der Bildungsbürger, die lernen, ihre Chancen per Nachhilfe, höherer Schule, Privatschule, Abitur, Studium und so weiter zu ergreifen – und unten gibt es einen mit zwanzig Prozent stabilen Sockel der Abgehängten, die für sich familiäre Nachteile, Sonderschule, Sitzenbleiben, „verhauene“ Schulabschlüsse, kurz: **Bildungsarmut** in Anspruch nehmen „dürfen“. Im Jahr zehn nach dem ersten „Pisa“-Test ist anzuprangern, dass eine verantwortungslose Schulbürokratie nicht die Bildungsarmut bekämpft, sondern die schlechten Nachrichten, wobei Bildungsberichte manipuliert und Vergleiche verboten werden.

Verdammt noch mal, Bildungsarmut darf nicht als gottgegebene Selbstverständlichkeit dargestellt, sondern kann deutlich verringert werden, indem nicht jährlich ein „neuer“, alter Bericht verfasst wird, sondern eine wirklich demokratische Bildungspolitik, mit voller Konzentration der Ressourcen, des neuen Lernens, der Sozial- und Sonderpädagogen auf Tausende von Brennpunktschulen. Vor allem muss dieses ultra-bescheidenen dreigliedrige Schulsystem endlich abgeschafft werden! Kinder und Jugendliche lernen am besten gemeinsam und voneinander. Da nützt es gar nichts, wenn Haupt- und die Realschule zu einer Pseudo-Oberschule umgefakt werden.

5. Seit vier Jahre helfen nun schon Senioren am Bremer Hauptbahnhof Reisenden, die Probleme mit den Fahrscheinautomaten haben, als „Automatenhelfer“. Doch der Initiative fehlt es an weiteren freiwilligen Helfern und an Unterstützung der Bahn AG. Die Freiwilligen erhalten keine Aufwandsentschädigung, und nur etwa zweimal im Jahr bietet die Deutsche Bahn Lehrveranstaltungen zur aktuellen Entwicklung des Tarifsystems an, ohne dafür jedoch die Fahrten zu den Seminarorten zu bezahlen. Diese Profitmaximierung der Bahn ist in meinen Augen eine einzige Frechheit!

Statt die Schalter beizubehalten beziehungsweise ein durchschaubares Fahrkartensystem einzuführen oder die Beratungsarbeit an den Automaten selbstverständlich angemessen zu honorieren, sucht die Bahn nach Freiwilligen, die sich „gerne“ ausbeuten lassen. Freiwillige Arbeit in allen Ehren, aber bitte da, wo sie angemessen ist und wo genug Menschen ausreichend Geld zum Leben haben und von der Erwerbsarbeit nicht total erschöpft sind! Hier wird das Pferd am falschen Ende aufgezäumt. Außerdem scheint es sich bei der Berichterstattung darüber um eine redaktionell verschleierte Anzeige zu handeln, mittels derer die

Bahn **Null-Euro-Arbeitskräfte** sucht. Der „Weser-Kurier“ soll das den Leuten offenbar nahe bringen und Werbung machen.

6. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble fordert noch mehr Kompetenzen für Brüssel, weil bisher fast immer die Mitgliedsstaaten in Europa das letzte Wort hätten, was nicht so bleiben könne. Schäuble träumt schon von einer baldigen Volksabstimmung über eine neue deutsche Verfassung. Der Minister will das EU-Parlament stärken, indem es das Recht zu Gesetzesinitiativen bekomme. Doch werde das Europa der Zukunft kein föderaler Staat nach dem Vorbild der USA oder der Bundesrepublik sein, sondern eine eigene Struktur haben.

Schäuble lehnt „Eurobonds“ weiterhin ab, solange es keine Fiskalunion gebe, in der Nationalstaaten Kompetenzen in der **Haushaltspolitik** abtreten. Am liebsten wäre ihm eine Fiskalunion mit einem europäischen Finanzminister, der ein Vetorecht gegen nationale Haushalte hat und die Höhe der Neuverschuldung genehmigen muss. Schreck lass nach! Wir werden doch *nicht* einer weiteren Entrechtung zustimmen? Dieses schwarz-gelbe Gruselkabinett kann den Hals offenbar nicht voll genug kriegen bei der totalen Umverteilung von unten nach oben, beim faktischen Abschaffen der Demokratie durch die Hartz-Gesetze oder jetzt beim *Fäkal*-Pakt!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Nichts als heiße Luft gegen die drohende Klimakatastrophe

Die Abschlusserklärung des „Weltumweltgipfels 2012“ ist eine einzige Kapitulation vor der dringend notwendigen Wende zur Rettung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Hinter der salbungsvollen Überschrift „Die Zukunft, die wir wollen“ verbirgt sich auf 49 Seiten das „Weiter so“! In Rio haben die Regierungschefs und Minister aus der ganzen Welt fünf Tage lang nur leere Versprechungen ausgetauscht und Worthülsen formuliert, um den weiteren Raubbau an der Natur zu verschleiern. Die Staaten geben jedes Jahr über 600 Milliarden Dollar an Subventionen für fossile Brennstoffe aus, aber Geld für nachhaltige, umweltschonende Entwicklung gibt es nicht. Steuermilliarden werden lieber in die Rettung von Banken gesteckt als in den ökologischen Umbau der Gesellschaften. Deshalb haben Umweltschützer auf der ganzen Welt nur Hohn und Spott für diese Abschlusserklärung übrig. „Greenpeace“ bezeichnet das Papier als „Charta der Verschmutzer, die den Planeten kochen, die Ozeane leer fischen und den Regenwald ruinieren“.

Es bestätigt sich erneut, dass wir die Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen in die eigenen Hände nehmen müssen und dass der Kampf gegen die ka-

pitalistische Profitwirtschaft als Hauptverursacher geführt werden muss. Parallel zur „Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung“ fand in Rio de Janeiro der „People’s Summit“ statt, das „Gipfeltreffen der Völker“. Dieses internationale Massentreffen setzte sich für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen durch einen weltweiten Widerstand gegen den Prozess der Kommerzialisierung der Natur ein. Der Aufruf des „People’s Summit“ erklärt dazu: „Das Wirtschaftsmodell wird grün verkleidet, um nun alle vitalen Zyklen der Natur dem Markt unterzuordnen. Die heutige Produktions- und Konsumweise verschlimmert die Erderwärmung, die Klimakrise, den Hunger auf der Welt sowie den Verlust an biologischer und kultureller Vielfalt“. Gefordert wird dagegen unter anderem der nachhaltige Schutz von Umwelt und Natur.

Mehrere Zehntausend Menschen aus den Umweltbewegungen, aber auch anderer Protest- und Widerstandsbewegungen, zum Beispiel Aktivisten der demokratischen Aufstandsbewegung in Nordafrika, waren vertreten. Aus Deutschland waren Mitglieder der „Bürgerbewegung für Kryo-Recycling, Kreislaufwirtschaft und Klimaschutz“, die für eine Wiedergewinnung von Rohstoffen durch Tiefgefrieren und Zermahlen eintritt, sowie Initiatoren für die Schaffung einer kämpferischen Umweltgewerkschaft dabei. Dieser Gedanke breitet sich aus. Die Umweltgewerkschaft soll keine Konkurrenz zu den bestehenden Gewerkschaften sein. Auch in den DGB-Gewerkschaften muss die Rettung der Umwelt einen viel höheren Stellenwert bekommen und spalterisches Argumentieren nach dem Schema „Arbeitsplätze kontra Umweltschutz“ überwunden werden. Die Umweltgewerkschaft geht aber über deren Ziele hinaus und soll breiteste Kräfte der Gesellschaft umfassen. Inzwischen gibt es einen Initiatorenkreis, der weiter Mitstreiter und Mitstreiterinnen sucht. Wer Interesse hat, kann Näheres bei mir erfahren!

Harald Braun

Verweigern Sie, was Ihnen aufgezwungen wird!

Als ich noch zur Schule ging, bekamen meine Eltern manchmal einen kleinen Blauen Brief von den Lehrern. Am vergangenen Samstag bekam ich selbst einen auffällig großen *roten* Brief. Ich war neugierig auf den Absender und den Inhalt. Es war tatsächlich eine Überraschung, Post vom Axel-Springer-Verlag, Vertriebsservice, mit dem Inhalt: „Ihrem Widerspruch gegen die heutige Zustellung einer

kostenlosen Jubiläumsausgabe der ‚Bild'-Zeitung entsprechend haben wir sichergestellt, dass Sie kein Exemplar erhalten." War das toll? Was sollte ich davon halten?

Es hat besser funktioniert, als ich es mir vorstellte. Ich hatte zwar erreicht, was ich wollte, doch 41 Millionen sinnloser Zeitungen wurden trotzdem produziert – außerdem dieser Brief aus edlerem Papier als die Zeitung selbst. 250.000 Briefe wurden verschickt, aus hochweißem dickem Frischfaserpapier. Das ist nach meiner Meinung an Frechheit grenzende Ignoranz und Intoleranz. Meine Begründung für die Ablehnung der „Bild"-Zeitung war: Das einzig Zuverlässige, was das Blatt schreibt, sind die Fußballerergebnisse und die Lottozahlen. Beides ist auch anderswo zu haben, deshalb ist es schade um den Wald, der bei Herstellung der Zeitung täglich verschwendet wird. Die Auflage an circa 40 Millionen Haushalte zu verteilen, ist ein weiterer sinnloser Umweltfrevel, an dem ich mich nicht beteiligen möchte.

Die „Bild"-Zeitung ist zwar schlimm genug, doch es gibt Schlimmeres, das auf jeden Fall abgeschafft werden muss, im Interesse aller Menschen: die Atomkraftwerke. Sie haben etwas mit „Bild" gemeinsam: Man kann zu beiden „Nein danke" sagen, aber sie sind trotzdem noch da. „Bild" könnte man volksverdummend nennen, doch jeder Mensch hat die Freiheit, selbst zu wählen, von wem er sich verdummen lässt. Das ist bei AKWs brisanter: Sie wurden uns mehr oder weniger aufgezwungen. So etwas darf sich heutzutage niemand mehr gefallen lassen. Wenn es um solche wichtigen Dinge geht, muss man arbeiten können. Da wird Solidarität und Ausdauer von vielen Menschen gebraucht. Bei dieser „Bild"-Aktion waren es 250.000 Verweigerer. Das sind zwar nur 0,6 Prozent von 41 Millionen, doch bei jeder Aktion ist es schön zu spüren, dass es viele Gleichgesinnte gibt mit, denen etwas erreicht werden kann.

Es wird zwar gesagt, „Bild" sei zu einflussreich, um ignoriert werden zu können, doch das ist nicht so wichtig. Diese Aktion war für mich eine Übung. Es geht darum, öffentlich seine Meinung vertreten zu lernen – zum Beispiel durch reden, schreiben und kommunizieren – und etwas zu unternehmen, also aktiv zu werden. Wir müssen lernen, unseren Volksvertretern deutlich unsere Meinung zu sagen beziehungsweise ihnen zu zeigen, was wir wollen oder nicht, auch außerhalb der Wahlen. Verweigern auch Sie, was Ihnen aufgezwungen wird oder sinnlos für Sie ist! Unnötiges zu hinterfragen, schult kritisches Denken und hilft gegen Ignoranz. Lehnen Sie ab, was Sie, auch wenn es nichts kostet, nicht wirklich brauchen! Es schont Ressourcen und entlastet die Umwelt.

Helmut Minkus (parteilos)

Schluss mit Gejubel: Muttis Fußballjungs
scheitern an „King Kong“ *(„Bild“-Zeitung)*

Weltpolizei droht mit zehn Jahren Haft: Wer „illegale“ Links setzt,
soll an die USA ausgeliefert werden *(„Spiegel-Online“)*

Immer mehr Notkredite: Der Regelsatz deckt den
unabweisbaren Bedarf nicht *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

381. Bremer Montagsdemo am 02. 07. 2012

Finanzpakt – riesiges, dauerhaft unausweichliches Kürzungsdiktat

1. Obwohl Hartz IV per Definition den Lebensunterhalt absichern soll, zeigt sich durch eine ungebremst steigende Zahl der bei den (No-)Job-Centern beantragten **Darlehen**, dass eben dies nicht der Fall ist! Bereits 2011 mussten pro Monat durchschnittlich 18.400 sogenannte Bedarfsgemeinschaften bei ihrem *Mob*-Center einen solchen Kredit beantragen, um unvorhergesehene, notwendige Sonderausgaben wie Stromnachzahlungen oder Haushaltsgeräte als „unabweisbaren Bedarf“ überhaupt bezahlen zu können. Die zinslosen Darlehen werden aus Steuergeldern finanziert. Laut Gesetz müssen die Transferleistungsbezieher die Kredite mit monatlich zehn Prozent des Regelsatzes zurückzahlen.

Allerdings entscheiden laut Sprecherin der Bundesagentur bei Bedarf die Jobcenter vor Ort, ob diese Raten tatsächlich geleistet werden können. Da dies bei vielen Hartz-IV-Beziehern nicht der Fall sei, würden Rückzahlungen der zinslosen Kredite oft erst dann vereinbart, wenn die Betroffenen wieder einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Ich bin davon überzeugt, dass es in Wirklichkeit noch viel schlimmer ist, nur nicht immer sichtbar wird. Es wird woanders etwas geliehen oder auf Raten gekauft. Würden dazu die vielen Ablehnungen von Darlehen statistisch erfasst, wäre die wirkliche Not noch offensichtlicher. Bei der sogenannten Grundsicherung im SGB XII für arme Rentner sieht es auch nicht besser aus.

2. Immer wieder können wir in einem neuen Bericht lesen, wie sich die **Armut** in Deutschland zu einem Massenphänomen verfestigt. Manfred Steglich zitiert aus dem aktuellen „Armutsbericht“ des „Paritätischen Gesamtverbands“, dass in Bremen die Armutsquote inzwischen bei 21 Prozent liegt. Obwohl jede fünfte Bremerin und jeder fünfte Bremer an der oder meist sogar unter der Armutsgrenze vegetieren muss, ist Armut häufig nicht direkt sichtbar. Diese unsichtbare Armut verbirgt sich hinter den hässlichen grauen Wohnklötzen einiger Wohnungsbaugesellschaften in den durch Segregation abgehängten Stadtteilen wie Gröpelin-

gen, Osterholz-Tenever oder Lüssum. Wegen des eklatanten Mangels an bezahlbarem Wohnraum steigt auch die Zahl der offiziell rund 350 Obdachlosen wieder an.

Eine Dunkelziffer geht von 500 obdachlosen Menschen in Bremen aus, die auf Abzugsschächten, Parkbänken oder in Notunterkünften übernachten müssen. Das „Papageienhaus“ bietet obdachlosen Männern maximal 75 Plätze als Notunterkunft, warmes Essen und Getränke, eine eigene Schuldnerberatung, Kurse zur selbständigen Haushaltsführung und Hilfe bei Suchtfragen. Das 1976 erbaute achtstöckige Haus muss saniert werden, doch Bremen hat ja bekanntlich kein Geld, weil das Schuldendiktat zu erfüllen ist – was sich bei Inkrafttreten des „Fiskalpakts“ drastisch verschlimmern wird. Dennoch ist zumindest eine Teilsanierung dringend notwendig! Für obdachlose Frauen gibt es eine Anlaufstelle und Übernachtungsmöglichkeiten in der Abbentorstraße. Es gibt das „Frauenzimmer“, ein Treffpunkt für wohnungslose Frauen.

3. Diese entlassenen Schlecker-Verkäuferinnen scheinen unverschämt maßlos zu sein, wenn sie die vielen tollen Arbeitsangebote der sich um sie bemühenden Arbeitsagenturen vor Ort gar nicht anzunehmen bereit sind! Für die Leiterin der baden-württembergischen Regionalagentur für Arbeit kristallisiert sich heraus, dass die guten Verdienstmöglichkeiten bei Schlecker ein „Vermittlungshemmnis“ seien, weil Schlecker nach harten Auseinandersetzungen mit Verdi **Tariflohn** zwischen zehn und 14 Euro gezahlt hatte. Dabei wurden jedoch im Handel die Löhne bekanntlich auf inzwischen acht bis zehn Euro pro Stunde runtergedrückt. So ein Hungerlohn hat doch gefälligst zu reichen! Die Agenturchefin weiß auch, wie sich die Erwerbslosen dazu bringen lassen, schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen: Die teuflischen Hartz-Gesetze sehen vor, dass die Frauen nach drei Monaten Stellen annehmen müssen, die 30 Prozent unter dem bisherigen Lohn liegen.

Nach sechs Monaten reicht es, wenn die angebotene Stelle 60 Prozent des bisherigen Gehalts einbringt. Warum sollen 50-jährige Frauen, die sich ohne Ausbildung in 20 Jahren bis zur Schlecker-Filialleiterin hochgearbeitet haben, nicht einen flexiblen Teilzeitjob bei H&M annehmen? Tönten die Arbeitsämter vor Kurzem nicht noch großartig herum, dass besonders Verkäuferinnen gute Chancen auf Arbeit hätten, weil sie schließlich gesucht würden? Dabei wurden von der ersten Welle der entlassenen 11.500 Frauen bislang gerade mal zehn Prozent vermittelt. Jetzt ist noch für weitere 13 000 Schlecker-Beschäftigte Schluss! Auch sie werden bald irgendwie so in die Statistik verwebt, dass sie dort nicht mehr zu erkennen sind.

Ist es nicht geradezu vermessen, heutzutage zu fordern, für Arbeit entlohnt zu werden, ohne aufstocken zu müssen und ohne Verfolgungsbetreuung davon leben zu können? Wie gut, dass es die Bundesagentur für Arbeit und ihre fleißigen Helferlein gibt, sonst müsste der Dumpinglohnsektor sich noch um Nachschub sorgen! Sollte den Schlecker-Frauen nicht jetzt schon der Geldhahn zugedreht werden, weil sie durch ihre überhöhten Gehaltsansprüche die Firmenpleite

und somit ihre Erwerbslosigkeit doch selber verschuldet haben, wobei die bedauernswerte Familie Schlecker gleich mit ruiniert wurde? Könnten die Entlassenen nicht im Blitzkurs zu Erzieherinnen umprogrammiert werden? Bekommen diese jetzt angeblich ein zu üppiges Gehalt, oder warum sollen die Schlecker-Frauen nun doch im Einzelhandel untergebracht werden?

4. Nach einer Studie der You Gov Deutschland AG beschäftigt sich fast die Hälfte der Bundesbürger nur wenig oder überhaupt nicht mit der eigenen **Altersvorsorge**. Sie seien mit der Wertentwicklung der betreffenden Produkte unzufrieden und blickten pessimistisch in die Zukunft. Nur 37 Prozent seien mit ihrem Einkommen zufrieden, 36 jedoch nicht. 27 Prozent der Befragten sähen ihre finanzielle Situation zwiespältig. Es sei nicht mehr die Frage, *ob* es zu Altersarmut komme, sondern nur noch, in welchem Umfang. Ich empfinde es als bodenlose Frechheit davon zu sprechen, dass sich deutsche Bürger aktuell „dafür entscheiden, nichts für ihre Altersvorsorge zu tun“, was langfristig fatale Folgen habe.

Hier wird allen Ernstes so getan, als ob sich die Bürger dafür entscheiden, keine private Altersvorsorge zu betreiben, weil sie durch die staatliche im Stich gelassen werden, wenn ihnen vom Lohn so gut wie nichts mehr bleibt. In Deutschland sind die Reallöhne in den unteren Einkommensschichten in den letzten zehn Jahren um bis zu 25 Prozent gesunken. Schade, dass immer wieder vergessen wird, dass totale Armut nichts mit Entscheidung zu tun hat, sondern mit gesellschaftlicher Ausgrenzung und der völligen Unmöglichkeit, von einem zum Leben nicht ausreichenden Hungerlohn noch etwas für die Altersvorsorge abzuzweigen!

5. Bei einem Gipfeltreffen der Regierungschefs von 25 europäischen Staaten wurde Ende Januar 2012 der sogenannte Europäische **Fiskalpakt** beschlossen. Er soll bis Ende des Jahres von allen beteiligten Staaten ratifiziert werden. Mit diesem Vertrag verpflichten sich die Mitgliedstaaten durch Einführung einer „Schuldenbremse“ zu strenger „Haushaltsdisziplin“. Der Fiskalpakt legt nicht nur die Axt an die parlamentarische Demokratie in Europa, sondern ist zur Lösung der europäischen Finanzkrise auch völlig untauglich. Er ist ein riesiges, unausweichliches, dauerhaftes Kürzungsdiktat!

Zwischen den Zeilen springt es ins Auge, dass die sogenannten Reformprogramme und die angebliche Haushaltsdisziplin unsoziale Kürzungen bei den Leistungen der Staaten für ihre Bürger bedeuten. Sie laufen auf weitere Einsparungen im Bildungsbereich, auf eine weitere Senkung von Löhnen und Renten und damit des Lebensstandards für den Großteil der Bevölkerung hinaus. Dieser *Fäkalpakt* wird „verkauft“ als Lösung für die Finanzkrise des Euroraumes. Mich erschreckt es über die Maßen, dass die erwirkten Kürzungen der Haushaltsausgaben in allen beteiligten Ländern unumkehrbar gemacht werden sollen, auch bei Regierungswechsel.

Sollte sich die Schuldenbremse als Fehler herausstellen, kann der verfassungsändernde Gesetzgeber sie nicht mehr aus dem Grundgesetz streichen oder

wesentlich verändern, ohne gegen völkerrechtliche Vereinbarungen zu verstoßen. Was ist das denn für ein Demokratieverständnis? Der Fiskalpakt soll offensichtlich das Ende der Demokratie in Europa herbeiführen. Ich kann nicht begreifen, wie die Parlamentarier bei der totalen Beschneidung ihrer Rechte und Befugnisse zustimmen und diese an ein von niemandem gewähltes Gremium der Europäischen Kommission abtreten! Eine Demokratie werden wir dann nicht mehr sein, eine Monarchie auch kaum. Was bleibt bei entrechteten Wählern und ihren überflüssigen Vertretern, die nichts mehr zu bestimmen haben, weil durch Sparzwang alles bereits festgelegt wurde? Eine Diktatur, ein Polizeistaat!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Bundestag verkauft Bürgerrechte in 57 Sekunden: Meldeämter dürfen Ihre Daten an Adresshändler und Werbetreibende weitergeben *(„Die Welt“)*

Täuschungen und Lügen mit Genfraß

Heutzutage wird fast jeder Mensch von allen Seiten auf alle möglichen Arten getäuscht, belogen, betrogen und abgezockt. Ich kann das in verschiedene Kategorien einteilen, die leicht zu erkennen sind. Die meisten sind sehr offensichtliche Methoden von Werbung, Spar- und Billigaktionen, die fast jeden Tag in unseren Briefkästen landen und in allen Medien laufen, von denen wir mehr oder weniger „berieselt“ werden. Es gibt Methoden, die wir sofort an unseren Geldbeuteln und Konten merken. Es gibt sogar Bereiche, da werden Sie betrogen, ohne es zu merken. Das ist umso dramatischer, je lebenswichtiger eine Ware für die Menschen ist.

Die größten Betrügereien und Skandale gab und gibt es noch immer bei der Produktion von Grundnahrungsmitteln. Sie geschehen, ohne dass wir etwas davon erfahren – oder erst, wenn es zu spät ist, zum Beispiel, wenn Leute aus „unersichtlichen“ Gründen plötzlich schwer erkranken oder tot umfallen. Über Pestizide in Obst und Gemüse wird schon lange aufgeklärt, um die Menschen über bewusstes Einkaufen zu informieren. Das „modernste“ Problem, mit dem wir konfrontiert sind, ist die Frage, wie wir unsere Grundnahrungsmittel wie Mehl und Öl von Gentechnisch veränderten Organismen (GVO) freihalten. Dies betrifft etwa Soja, Mais oder Raps.

Seit Jahren kämpfen in Europa und Deutschland viele Menschen und Organisationen für eine Kennzeichnungspflicht solcher Produkte. Das ist zwar seit dem 1. April 2004 in Deutschland Gesetz. Eine Lücke darin ist aber, dass Milch, Eier oder Fleisch von Tieren, die GVO-Futter gefressen haben, von der Kennzeichnungspflicht ausgenommen sind, obwohl 95 Prozent der Bundesbürger die Kennzeichnung wünschen. In manchen Fällen wurde sie „vergessen“ oder bewusst unterlaufen, um so US-Produkte illegal auf europäischen Märkten einzuführen. Das hat zum Beispiel „Greenpeace“ mehrmals nachgewiesen, etwa im bekannten Berliner „Kaufhaus des Westens“.

Jetzt wird auf EU-Ebene darüber diskutiert, dass sogar Anteile von nicht zugelassenen GVO-Rohstoffen in Nahrungsmittel gelangen „dürfen“. Diese „Aufhebung der Nulltoleranz“ ist ein Skandal, von dem die meisten Betroffenen so nicht wissen. Warum in der EU nicht zugelassener, normalerweise bei Strafe verbotener *GVO-Dreck*, der nicht mal getestet wurde, jetzt in unseren Lebensmitteln zugelassen werden soll, ist unbegreiflich! Es ist schlimm genug, dass auch ohne Zulassung schon genügend Schadstoffe in unseren Nahrungsmitteln enthalten sind.

Da es ohnehin nicht möglich ist, genügend Tests für eine vernünftige Risikobewertung durchzuführen, werden von den GVO-Herstellern am liebsten gar keine gemacht. Die Menschen werden gleich direkt getestet. Das spart viel Geld und soll den „Hunger der Welt“ besiegen. So ist die wahre Geschäftsstrategie der Firma Monsanto und ihrer Hintermänner richtig zu verstehen. Sie haben bewiesen, dass sie so mächtig sind, um sogar US-amerikanische Regierungsbehörden und Politiker für ihre Zwecke benutzen zu können. Beispiele: Sie haben es von Beginn der gentechnischen Entwicklung an geschafft, in den USA neutrale Bewertungs- und Zulassungsverfahren zu verhindern und Bürgerinformationen oder eine Kennzeichnung zu verbieten. Sie haben „ihre“ Regierung dazu gebracht, das von ihr mit geschaffene „Internationale Protokoll zur biologischen Sicherheit“ von Cartagena zu unterlaufen.

Es gibt kein Beispiel aus der gentechnisch bereits heute schon verseuchten Landwirtschaft beispielsweise der USA, Kanadas, Argentiniens oder Indiens, wo die Gentechnik einem Landwirt mehr Nutzen gebracht hat als Schaden. Deshalb wird auch Ministerin Aigner niemals einen Nutzen der „Grünen Gentechnik“ erkennen. Es gibt außer für die Agro-Multis keinen Nutzen, weder für die Verbraucher noch für die Landwirtschaft noch für die Natur, nicht in Deutschland, nicht in Europa und nicht im Rest der Welt. Sie wird mit unserer Unterstützung hoffentlich erreichen, dass die Nulltoleranz nicht zugunsten weniger Großkrimineller aufgehoben wird.

Frau Aigner wird sich hoffentlich mit aller Kraft dafür einsetzen, dass kein Anbau von GVO-Pflanzen mehr in Deutschland zugelassen wird; dass in der EU keine neuen GVO-Pflanzen mehr zugelassen werden; dass keine Gentechnik mehr im Tierfutter oder gar in unserem Essen zugelassen wird. Wir alle sollten genau prüfen, wo unsere Lebensmittel herkommen, und verstehen, was auf deren Verpackungen steht. Sie können der Bundesministerin für Landwirtschaft, Ernährung

und Verbraucherschutz auch einen persönlichen Brief schreiben: Ilse Aigner, Wilhelmstraße 54, 10117 Berlin.

Helmut Minkus (parteilos)

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

382. Bremer Montagsdemo
am 09. 07. 2012

Bei zehn Prozent „Kunden“, die ihre Rechte kennen, können die Jobcenter „einpacken“

1. Nicht nur in der deutschen Hauptstadt ist **Kinderarmut** zu einem großen Problem geworden. Inzwischen leben in Berlin bereits 168.078 Mädchen und Jungen in Familien, die von ALG II vegetieren müssen. Das entspricht einem Anteil von ungeheuren 33,8 Prozent. An der Spitze liegt der Bezirk Mitte mit 51 Prozent, dicht gefolgt von Neukölln mit 49,4 Prozent. Den geringsten Anteil an armen Kindern gibt es in Pankow mit 17,5 und in Steglitz-Zehlendorf mit 14,1 Prozent. Von den rund 168.000 bedürftigen Mädchen und Jungen haben 62.854 einen Migrationshintergrund.

Der Senat spricht vollmundig davon, eine „Strategie zur Bekämpfung der Kinderarmut“ zu erarbeiten. Vielleicht hat er damit den Mund zu voll genommen, weil Sozial-Staatssekretär Michael Büge (CDU) auf eine Parlamentsanfrage der Linken- Abgeordneten Katrin Möller keine Details nannte. Diese galoppierende Steigerung der Armut ist hausgemacht, staatlich gewollt, den menschenverachtenden Hartz-Gesetzen geschuldet!

2. Immer mehr diakonische und private Einrichtungen lassen Zeitarbeitnehmer zu Bruttolöhnen von weniger als 1.600 Euro monatlich schuften. Dabei ist die Zahl der **Leiharbeiter** in Krankenhäusern und Pflegeheimen seit 2005 um satte 400 Prozent gestiegen. Die meisten Leiharbeiter arbeiten im Pflegebereich: Gemessen am Gesamtanteil beträgt ihr Anteil in Pflegeberufen nunmehr 16,4 Prozent. In dieser Branche verdient ein Leiharbeitnehmer im Monat lediglich 1.600 Euro brutto. Zwei Drittel der Leiharbeiter verdienen monatlich weniger als 1.802 Euro und liegen somit unter der deutschlandweiten Niedriglohnschwelle für Single-Haushalte.

Es existieren bedenkliche Gehaltsunterschiede, wenn Arbeitnehmer, die *regulär* im Gesundheits- oder Sozialwesen beschäftigt sind, im Jahr 2010 einen Durchschnittsmonatslohn von gut 2.456 Euro erreicht haben. Obwohl Krankenpflege eine körperlich sehr schwere und belastende Arbeit ist, die viel persönlichen Einsatz und Engagement erfordert, versuchen die Arbeitgeber dies völlig außer Acht zu lassen und sehen im Arbeitnehmer lediglich – teuflisch neoliberal – den belastenden „Kostenfaktor", den es um jeden Preis zu drücken gilt. Soziale und pflegerische Arbeit wird nicht wertgeschätzt und entsprechend mies bezahlt.

So werden reguläre Stellen abgebaut, um sie mit billigen Arbeitskräften wieder aufzufüllen, die dann trotz Vollzeitarbeit so erbärmlich wenig verdienen, dass sie mit Hartz IV aufstocken müssen, um mit sich und ihren Familien notdürftig halbwegs über die Runden zu kommen. Arbeitsmarktexperten sehen die Entwicklung mit Sorge, da einige Zeitarbeitsunternehmen nur zu dem Zweck aufgebaut worden seien, um Arbeitskräfte an Krankenhäuser und Altenheime zu verleihen. Es gelte, die Löhne immer weiter nach unten zu drücken. Dann können Menschen trotz Vollzeitarbeit nicht von ihren Löhnen leben, ohne sich der entrechtenden Verfolgungsbetreuung unterwerfen zu sollen. Darum genau scheint es zu gehen!

3. Dem Bundesgeschäftsführer der Piraten „reicht es", weil ihn die Bundesagentur für Arbeit lehrte, dass sein politisches Amt mit dem Bezug von Arbeitslosengeld II nicht vereinbar sei. Johannes Ponader ist von Beruf Autor, Regisseur, Schauspieler und Theaterpädagoge und seit 2010 Mitglied der Piratenpartei. Ende April 2012 wurde er zu ihrem politischen Geschäftsführer gewählt. Anfang Mai zogen die Piraten in den schleswig-holsteinischen Landtag ein. Noch am selben Abend saß Ponader bei Günther Jauch in der Sendung.

Als Jauch Ponader fragte, ob er Hartz IV bekomme, antwortete dieser mehrfach, er beziehe Sozialleistungen. Jauch schien es nicht lassen zu können und betonte, dass er also Hartz IV bekomme. Sollte das Ansehen der Piratenpartei durch die Feststellung geschmälert werden, dass ihr politischer Geschäftsführer Hartz-IV-Empfänger sei? Jedenfalls teilte das **Jobcenter** Ponader drei Tage später per Post mit, dass seine Zahlungen eingestellt würden, weil er „Politischer Geschäftsführer der Piratenpartei" sei. Ohne weitere Erklärung wurde dies als „Grund" dafür genannt, seinen Anspruch auf Sozialleistungen abzuerkennen.

Später wurde ihm unterstellt, er habe sich bei Jauch „geziert", seinen ALG-II-Bezug zuzugeben. Doch habe Jauch, so Ponader, drei Male aus einem ganz anderen Grund nachfragen müssen: Den Begriff Hartz IV für ein Arbeitslosengeld, das der Existenzsicherung dient, lehne er ab, weil Namensgeber Peter Hartz wegen Untreue in 44 Fällen vorbestraft ist und im Namen Hartz der Verdacht mitschwinge, dass da irgendjemand andere hintergehe.

Wenige Tage nach der Sendung habe der Vorsitzende der Piratenpartei einen Anruf von Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, mit der Frage bekommen, warum die Partei Ponader nicht bezahlen könne. Alt deutete dabei an, das Jobcenter müsse ihn mit Eingliederungsmaßnahmen und Sanktio-

nen „härter anpacken“, wenn öffentlicher Druck entstehe. Dies habe Alt später geleugnet und stattdessen ein generelles Interesse an der Piratenpartei als Grund für seinen Anruf angeben. Ponader fragte sich, wieso ein Vorstandsmitglied der Agentur für Arbeit das Sozialgeheimnis bricht, und versuchte nun selbst, zu Herrn Alt durchgestellt zu werden, was ihm nicht persönlich gelang.

Dass Ponader an einem beruflichen Projekt in München arbeitete, kommentierte der „Spiegel“ später damit, dass er in diesen Tagen „ausnahmsweise“ sein Geld selbst verdiente. Allerdings sei dies in den letzten zweieinhalb Jahren zu zwei Dritteln der Zeit so gewesen, so Ponader. Weiterhin habe der „Spiegel“ später in einer Pressemitteilung suggeriert, Ponader habe Honorare nicht angeben wollen und sei deswegen vom Jobcenter abgemahnt worden. Die Springer-Presse titelte noch subtiler: „Hartz-IV-Pirat erschlich sich Stütze“. Erst nach einer Klarstellung durch ihn selbst sei die Überschrift geändert worden, die sich natürlich längst in den Köpfen der Menschen verankert hatte.

Auch der sogenannte Prüfdienst der Bundesagentur habe ihn schon zwei Male aufgesucht und seine Grundrechte „mit Füßen getreten“, weil eine Prüfung durch den Außendienst nur dann erfolgen darf, wenn es einen Anfangsverdacht auf Leistungsmissbrauch gibt, und auch dann nur, wenn andere Maßnahmen nicht ausreichen. Das war bei Ponader nicht gegeben: Alles hätte durch einfache Nachfrage geklärt werden können. Es ist oft zu lesen, dass die Jobcenter sich nicht an die Vorschriften halten, die für ihren Bereich gelten. Oftmals seien die Mitarbeiter aufgrund der vielen Änderungen überfordert und würden unter enormen Druck gesetzt. Auch platzten die Sozialgerichte vor Klagen aus allen Nähten, gut die Hälfte davon ist erfolgreich.

Es handelt sich also beileibe nicht um Querulanten, sondern um Menschen, die für ihre Rechte einstehen. Die Jobcenter, so Ponader, teilen ihre Besucher in mehrere Gruppierungen ein: in „arbeitsmarktnah“, „arbeitsmarktfern“ und „nicht vermittelbar“. Doch gebe es auch eine inoffizielle Kategorie: Kunden, die ihre Rechte kennen, die oft zu zweit aufs Amt kommen, sich gegenseitig begleiten. Sie machen laut Insiderinformationen etwa zwei Prozent aus – bei fünf bis zehn Prozent könnten die Jobcenter „einpacken“. Bei seinem letzten Gespräch dort belegte Ponader seine Einnahmen des Vormonats in Höhe von 1.800 Euro, genug also, um mit den Leistungen mehr als einen Monat auszusetzen. Damit sei sein Arbeitvermittler „völlig überfordert“ gewesen.

In der Presse liest Ponader, „man“ habe jetzt einen „detaillierten Integrationsplan“ für ihn ausgearbeitet. Während sein persönlicher Ansprechpartner rechtswidrig sein Programm durchziehe und einseitig seine alte Eingliederungsvereinbarung vorzeitig außer Kraft setzen wolle, plaudere die Sprecherin der Arbeitsagentur öffentlich über seinen Fall, ohne dass er sie je vom Sozialgeheimnis entbunden hätte. Ponader hofft, dass er in Kürze genug Einkommen habe, um vom Jobcenter unabhängig zu sein. Bis dahin wollen ihn Freunde unterstützen. Nun sei ein Sprung ins Ungewisse angesagt, wie ihn viele gingen, die die Gängelung durch die Jobcenter nicht mehr ertragen und freiwillig auf Sozialleistungen ver-

zichten. Johannes Ponader verlässt das Amt, um frei zu sein – das Arbeitsamt, nicht sein Amt als politischer Geschäftsführer.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Das Chaos an den Schulen ist perfekt: 800 Schüler und 800 Lehrer tragen deshalb das Chaos vors Rathaus *(„Bild“-Zeitung)*

Europas Bergleute kämpfen vereint gegen EU-Beschlüsse

Gemeinsam und international für eine lebenswerte Zukunft! Seit Mai 2012 ist eine ganze Region in Spanien im Aufruhr. 8.500 Bergleute sind in den unbefristeten Streik getreten, der zu 100 Prozent auf allen Schachtanlagen befolgt wird. Die Zechen sind von den Kumpels größtenteils untertage besetzt. Am 22. Juni sind 200 Kumpels aus Asturien, Kastilien-León und Aragon zu einem „schwarzen Marsch“ in die Hauptstadt aufgebrochen. Auf ihrem Weg durch 22 Städte mobilisieren sie die Bevölkerung für den Kampf gegen Zechenschließungen und die Demonstration am 11. Juli in Madrid.

Ihre Entschlossenheit bringt eine Bergarbeiterfrau auf den Punkt: „Wir kämpfen und werden weiterkämpfen, weil unsere Kinder Brot und ein Bett brauchen und, wenn sie größer sind, einen Arbeitsplatz.“ Dieses Verantwortungsbewusstsein für die Zukunft lässt die Kumpels und ihre Familien seit über fünf Wochen im Streik durchhalten, obwohl sie weder Lohn noch Streikunterstützung erhalten, sondern von Ersparnissen und Unterstützung aus der Bevölkerung leben müssen.

Die spanischen Kumpel haben sich an die Spitze des Widerstands gegen das von der EU verordnete Krisenprogramm der Rajoy-Regierung gesetzt. An ihnen soll als Exempel statuiert werden, den EU-Beschluss zur vorgezogenen Schließung des subventionierten Bergbaus durchzuziehen. Während den internationalen Großbanken 62 Milliarden Euro zugeschoben werden, sollen im Zuge der Auflagen des EU-Fiskalpakts die „Kohlebeihilfen“ um zwei Drittel gekürzt werden, was einem Todesurteil für die Zechen gleichkommt. Die spanische Regierung beruft sich dabei auf eine Klausel im EU-Beschluss, wonach „bei gravierenden wirtschaftlichen Veränderungen“ die Kürzungen der Subventionen vorgezogen werden können. Würde das durchkommen, ist auch bei uns Tür und Tor dafür geöffnet!

In den großen deutschen Medien wurde über den Streik der spanischen Bergleute eine regelrechte Zensur verhängt. Offensichtlich soll der Kumpel über die Gemeinsamkeit im Unklaren gelassen werden. Wenn sie den Vorstoß der spanischen Regierung und der EU zu Fall bringen, dann werden auch bei der geplanten Schließung der deutschen Zechen die Karten neu gemischt. Kumpel ist Kumpel, egal in welchem Land! Hoch die internationale Solidarität! Millionen Kumpels werden eine Macht! –

Dieser Aufruf der Bergarbeiterinitiative „Kumpel für AUF“ endet mit der Aufforderung an die Kumpels im Ruhrgebiet, sich am kommenden Mittwoch an den Kundgebungen vor drei Schachtanlagen zu beteiligen. Diese Proteste finden zeitgleich zur großen Demonstration der Kumpels am 11. Juli in Madrid statt. Alle gemeinsam – todos juntos!

Harald Braun

Ich widerspreche der Weitergabe meiner Daten an Gewerbetreibende

Sehr geehrte Damen und Herren, der Bundestag plant, Paragraf 44 des Melderechtsrahmengesetzes dahingehend zu ändern, dass die Meldeämter Auskunft an Gewerbetreibende zu geben haben, auch wenn diese Daten zum Zwecke der Werbung, Markt- und Meinungsforschung genutzt werden. Falls es zu dieser Änderung kommen sollte, widerspreche ich hiermit vorsorglich jeglicher Weitergabe meiner personenbezogenen Daten zu solchen Zwecken. Dieser Widerspruch umfasst insbesondere auch die Weitergabe dieser Daten zum Abgleich mit bei den Anfragenden bereits gespeicherten Daten. Bitte informieren Sie mich rechtzeitig, falls ich diesen Widerspruch erneuern muss, um die Weitergabe meiner Daten wirksam zu blockieren. Freundliche Grüße.

Schreiben von Gernot-Peter Schulz („Freie Bürger Deutschland“) ans Stadtamt Bremen

Wegen Sachbeschädigung am Südflügel des Stuttgarter Hauptbahnhofs: Strafanzeige gegen Bahnchef Grube wurde mit Aktenzeichen an die Staatsanwaltschaft Stuttgart übergeben *(Gernot-Peter Schulz)*

130. Montagsdemo gegen „Stuttgart 21“: Der Tiefbahnhof ist im Brandfall leistungsfähiger als jedes Krematorium *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Razzia bei Mappus: Dem Organisator des Schwarzen Donnerstags geht es wegen Untreue an den Kragen *(„Spiegel-Online“)*

Unterstützung erbeten: Keine Transitautobahn durch den Nationalpark Donauauen! *(„Avaaz“)*

Schützt den Hofgarten in Öhringen: Keine Baumfällungen für die Landesgartenschau 2016! *(„Avaaz“)*

Ohne Marktforschung: Das Stadtticket muss übertragbar werden!

Hier ein Bericht aus der Anhörung am Mittwoch, dem 4. Juli 2011, in der Bremischen Bürgerschaft. Obwohl alle Inhaberparteien des Senats bestenfalls Rückfragen hatten, die Petition ansonsten gar unterstützten, jedoch niemand (außer der Herr von der BSAG) gegen die Übertragbarmachung des Stadttickets sprach, kündigte der Herr von der BSAG (den Namen werde ich noch erhalten) eine Marktforschung an, da er nicht wisse, wie viele Personen dann das Ticket kaufen würden, wäre es übertragbar.

Diese Marktforschung soll bis Juli 2013 laufen, also ein Jahr lang, obwohl sie sämtliche geschäftsrelevanten Daten der letzten Jahrzehnte vorliegen haben! Eines ist sicher: Sollte es tatsächlich eine solche Marktforschung geben, die ein Jahr lang läuft, ehe es eine Änderung geben könnte, werde ich Protest einlegen. Ich hoffe für alle Berechtigten, dass möglichst viele diese Aktion unterstützen werden!

Pete Ording (parteilos)

Bundessozialgericht hält Regelsatz nach Kassenlage für verfassungsgemäß: Betroffene dürfen sogar um Centbeträge beschissen werden *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

383. Bremer Montagsdemo
am 16. 07. 2012

Es ist 1 vor 12 –
nicht nur für die Käfer

In der Rubrik „Hart, aber unfair“ erschien am 8. Juli 2012 im „Weser-Kurier“ ein Kommentar von Alexander Pitz mit dem Titel „Öko-Spießer von nebenan“.

Das Weltklima droht aus den Fugen zu geraten. Herr Pitz verharmlost diese gefährliche Entwicklung in einer Weise, wie sie selten publiziert wurde: „Es ist an der Zeit, endlich wieder kühlen Kopf zu bewahren, auch wenn ein paar Käfer dafür sterben müssen“. Wie absurd ist dieser Kommentar angesichts der Wirklichkeit? 2011 erlebten wir den höchsten Kohlendioxid-Ausstoß seit Menschengedenken (plus 45 Prozent seit 1990). Die Haltung „Weiter so“ wird die Erderwärmung bis Ende dieses Jahrhunderts um zwei bis fünf Grad ansteigen lassen.

In den letzten 20 Jahren wurde der Regenwald in einer Fläche zerstört, die viermal so groß ist wie Deutschland. Die Gletscher befinden in einem massiven Rückzug, und lokale Umweltkatastrophen nehmen in rasanter Geschwindigkeit zu. Dürre, Überschwemmungen, Wirbelstürme treffen vor allem die ärmsten Länder der Welt. Wenn wir nicht sofort damit beginnen, den Kohlendioxid-Ausstoß radikal zu reduzieren (um 70 bis 80 Prozent), können wir die irreversible Zerstörung unserer Lebensgrundlagen nicht mehr aufhalten.

Deshalb engagieren sich weltweit immer mehr Menschen für die Rettung der Umwelt vor der kapitalistischen Profitwirtschaft. Herr Pitz beschimpft sie als „Öko-Spießer“ und „Gutmenschen“, die sich „in Vereinen und Bürgerinitiativen zusammenrotten und protestieren“. Was für ein billiger Versuch, die herrschende Politik aufzupolieren und die Energiewende aufzuhalten! Damit wird er baden gehen. Vielleicht im Pazifik direkt an der Atomruine von Fukushima? Der Super-GAU ist ja auch nur ein Hirngespinst der „Öko-Spießer“.

Leserbrief von Harald Braun an den „Weser-Kurier“ – Alexander Pitz hat der Bremer Montagsdemo die Wiedergabe seines Artikels untersagt

Die Bremer Koordinierungsgruppe zur Vorbereitung des „7. Internationalen Automobilarbeiterratschlags“, der mit 600 Teilnehmern aus aller Welt im Mai in München stattgefunden hat, lädt ein zum **Sommerfest** unter dem Motto „**Vorwärts zur 1. Internationalen Automobilarbeiterkonferenz**“ am **Samstag**, dem **21. Juli 2012**, ab **17 Uhr** im **Freizeitheim Buntentor**, Geschwornenweg 11a. Außer Grill und Musik gibt es Berichte vom „Ratschlag“ und von Gewerkschaftskongresssen in Brasilien. Die Automobilarbeiter sind in ihrem Zusammenschluss zum Bekämpfen des Gegeneinanderausspielens einen bedeutenden Schritt weitergekommen, um die ewige Opferrolle zu durchbrechen, die ihnen Konzerne und Regierungen zugedacht haben.

Faule Geschäfte

Der bekannte deutsche Politiker Stefan Mappus hat uns ein gutes Beispiel gezeigt, wie man Atomstromern hilft, etwa 800 Millionen Euro zu verdienen. Doch er hat etwas Pech gehabt, denn es wurde heute – fast zwei Jahre später – festgestellt, dass er mit dem Geld der Landeskasse Baden-Württembergs etwas zu teuer eingekauft hat. So hat er dem französischen Atomenergiekonzern EDF einen tollen Gewinn vermittelt – mit unseren Steuergeldern, am Parlament vorbei, verfassungswidrig. Was für ihn dabei herauskam beziehungsweise herauskommen wird, ist noch nicht bekannt.

Wer also behauptet, Atomkraftwerke würden in Deutschland zum Erzeugen von Strom noch gebraucht, der lügt. Das gilt wahrscheinlich sogar weltweit. Er lügt, weil er damit gute Geschäfte gemacht hat und sie weiterhin machen will. Niemand braucht AKWs – außer den Atomstromern zum Geldverdienen. Wer sagt, dass der Strom teurer werden muss, weil neue Kohlekraftwerke oder Offshore-Windanlagen gebaut oder die Stromnetze ausgebaut werden müssen, der lügt. Aus diesen Gründen muss der Strom nicht teurer werden.

Die Gewinne bei den Energieerzeugern und Netzbetreibern sind vorhanden – erzockt, durch Spekulationsgeschäfte mithilfe von Politikern, oder sicherer: durch jahrelanges Kassieren überhöhter Strompreise von jedem einzelnen Bürger. Das gleiche Prinzip gilt auch für jeden privaten Haushalt – mit dem Unterschied, dass Sie den normalerweise selbst unter Ihrer Kontrolle haben können. Die meisten Geschäfte werden auch hier mit Dingen gemacht, die man nicht wirklich braucht, zum Beispiel mit ineffizient genutztem Strom, schweren Autos oder wirkungslosen Medikamenten.

Wer sich sinnlosen oder wertlosen Kram verkaufen lässt, ist außer bei Betrug oder Täuschung selbst schuld. Jeder hat die große Freiheit, sich etwa ein Auto zu kaufen, die Welt zu verpesten und dann darüber zu jammern, wie teuer das alles ist. Es gibt weitere sichere Möglichkeiten, viel Geld zu machen, auf „legal kriminelle“ Art. Hierbei wird jeder Bürger gesetzlich dazu gezwungen, seinen Beitrag zu leisten, zum Beispiel für einige Steuern, Wucherzinsen oder Kontoführungs- und Praxisgebühren.

Nicht nur sinnlos, sondern sogar gesundheitsgefährdend sind Geschäfte mit unseren Grundnahrungsmitteln wie Getreide, Soja, Mais, Reis, Kartoffeln und anderen landwirtschaftlichen Produkten. Mit allen möglichen Mitteln, auch illegalen, verkaufen Chemiekonzerne wie Monsanto, Syngenta, Dupont und die deutschen Bayer und Kleinwanzlebener Saatzucht von 1856 gentechnisch verändertes Saatgut von Pflanzen, aus denen Tierfutter und Grundstoffe für unsere Nahrungsmittel (Mehl, Speiseöl, Lecithin) hergestellt werden. Um diese genetisch veränderten Pflanzen und Organismen anzubauen, wird zurzeit weltweit die Landwirtschaft unter Druck gesetzt.

Hierbei helfen und halfen gerne auch Politiker und andere „Prominente“ der USA, um sich zu bereichern, darunter Donald Rumsfeld, Bill Clinton, Tony Blair oder die Rockefellers und Carnegies. Es wird versucht, der ganzen Menschheit unnatürliche, riskante, sinnlose Nahrungsmittel zu verkaufen, die nur für den Profit der Hersteller und ihrer Förderer entwickelt sind. Um Mensch und Natur verachtende Geschäfte in diesem Ausmaß zu machen, werden Dilettanten wie ein Herr Mappus nicht gebraucht. Der hat bisher nur für Deutschland vieles vermurkst, doch wir sollten ihn im Auge behalten, damit er nach seiner politischen Kariere nicht heimlich zum Helfer von anderen Weltverbrechern wird.

Helmut Minkus (parteilos)

Beck’s Bankrott: Investitionsruine Freizeitpark Nürburgring kostet Steuerzahler mehrere Hundert Millionen Euro *(„Junge Welt“)*

Adresshändler schneidern Meldegesetz: Wir brauchen einen „legislativen Fußabdruck“ der an der Entstehung eines Gesetzentwurfes Beteiligten *(„Stern“)*

„Komiker-Nation“: Mutti und Tantchen wollen Beschneidung von Jungen ermöglichen, aber „weibliche Genitalverstümmelung rechtssicher ausschließen“ *(„Spiegel-Online“)*

„Ich will Rettungspilot werden“: Sechsjähriger soll zum Beratungsgespräch beim Jobcenter seine Bewerbungsunterlagen mitbringen *(„Bild“-Zeitung)*

„Evident unzureichend und menschenunwürdig“: Asylbewerber müssen ab sofort und rückwirkend ab 2011 höhere Sozialleistungen erhalten *(„Spiegel“)*

Zwanzig Jahre Biomüll-Verfütterung: „Tafeln“ vernetzen sich mit anderen Bereichen der Armutsindustrie zu profitabler Wirtschaftsmacht *(„Hartz-IV-Plattform“)*

Wie die „Volkskammer“: Mit der Zustimmung zu Bankenhilfen für Spanien hat sich der Bundestag zum Abnickorgan der Regierung degradiert *(„Die Welt“)*

EU auf dem Weg in die Illegalität: „Freiheit bedeutet nicht, ein risikofreudiger Anleger dürfe den Schaden seiner Fehleinschätzung auf die Allgemeinheit abwälzen“ *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Griechisches Stahlwerk von Spezialeinheiten gestürmt: Den seit über 260 Tagen Streikenden geht es um die Zukunft aller Arbeiter *(„Rote Fahne News“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

384. Bremer Montagsdemo am 23. 07. 2012

Wie Merkel davon ablenkt, dass der „Fiskalpakt“ das Grundgesetz *beschneidet*

Seit dem Beschneidungsurteil des Landgerichts Köln im Mai 2012 entflammte unter den Experten aus Wissenschaft, Politik und Recht, aber auch unter der gesamten Bevölkerung ein breiter gesellschaftlicher Diskurs darüber, „inwieweit die rituelle Beschneidung das Wohl des Kindes beeinträchtigt und wo die Grenzen der Religionsfreiheit liegen“. In der Beschneidungsdiskussion steht die Erziehungsfreiheit gegen das Wohl des Kindes, und sogar „dessen“ Religionsfreiheit wird in die hitzig geführte Debatte geworfen.

Unklar bleibt dabei, welches Interesse ein acht Tage alter jüdischer Säugling an seiner eigenen Religionsfreiheit haben könnte. Denn das natürliche Interesse aller Säuglinge umfasst primäre Bedürfnisse nach Nähe, Wärme, Sättigung, Schlaf, also jede Art von liebevoller Rundumversorgung. Natürlich erziehen Eltern ihre Kinder so, wie sie es für gut und richtig halten, oder auch, wie es ihrem kulturellen Hintergrund entspricht. Sofern dabei die körperliche und seelische Unversehrtheit des Kindes gewahrt bleibt, ist das ja in Ordnung!

Die jüdische Tradition verlangt, dass acht Tage alten männlichen Säuglingen die Vorhaut abgeschnitten wird. Weil bei so jungen Säuglingen die Vorhaut noch mit der Eichel fest verwachsen ist, muss diese zunächst von der Eichel abgerissen werden, um sie im Anschluss abzuschneiden. Dieser Vorgang geschah zumindest früher immer ohne Betäubung, und es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, dass es sich hierbei um einen äußerst schmerzvollen Vorgang handelt, der sich unmittelbar wie auch im Schmerzgedächtnis festsetzt und zu einem Trauma führen kann.

Während die Beschneidung im Judentum als Gebot Gottes gilt, ist sie im Koran zwar nicht ausdrücklich erwähnt, dennoch im Islam als Sunna weit verbreitet und wird als Zeichen der Religionszugehörigkeit im Kindesalter – bis zum Al-

ter von 13 Jahren – durchgeführt. Doch ist die männliche Beschneidung nicht nur ein Teil der jüdischen und islamischen Identität – auch Christen propagierten sie: um die Onanie zu bekämpfen.

Bereits im 18. Jahrhundert empfahl der katholische Schweizer Arzt Samuel Tissot die Beschneidung als Kur gegen Masturbation, die er nicht nur als Ursache jugendlicher Rebellion, sondern auch von Hysterie und Neurosen ansah. Masturbation soll sich nach Entfernung der Vorhaut schwieriger gestalten, weil sie manchmal nur noch unter Zuhilfenahme von Gleitflüssigkeiten bewerkstelligt werden könne. Außerdem wird durch die meisten Beschneidungsformen ein großer Teil der sogenannten Meissner'schen Tastkörper entfernt, wodurch die Sensibilität des Organs beeinträchtigt werden kann. Durch eine „Verhornung" der Eichel ergibt sich also eine komplett veränderte Sensorik, eine Desensibilisierung.

Körperliche Unversehrtheit sieht anders aus! Wenn ein Erwachsener sich dazu entscheidet, sich an seinem Genital manipulieren zu lassen, so ist das seine Entscheidung, und er soll dies in die Wege leiten. Aber aus vermeintlicher Religionsfreiheit auf diese Weise ein unmündiges, ausgeliefertes Kind unwiderruflich zu verletzen, dass sollte meiner Meinung nach verboten sein. Ich finde, ein Erwachsener kann sich zu der religiösen Identität bekennen oder sich dagegen entscheiden, mit der er aufgewachsen ist, einer anderen Glaubensform oder auch dem Atheismus, den Agnostikern zuwenden.

Die medizinisch nicht notwendige Beschneidung jedoch wird mitsamt der Desensibilisierung erhalten bleiben und kann anders als beispielsweise der Eintritt in die christliche Gemeinde durch eine Taufe nicht unbeschadet rückgängig gemacht werden. Diese Form der Körperverletzung mit Religion zu begründen, ist in meinen Augen auch vollkommen haltlos, weil die vermeintlichen religiösen Traditionen schon vor dem Entstehen der genannten patriarchalen Monotheismen praktiziert wurden.

In weiten Teilen Afrikas werden auch viele Tausend Mädchen und Frauen der noch weitaus grausameren weiblichen Beschneidung, der Genitalverstümmelung, unterworfen, woran viele sterben oder lebenslängliche Schmerzen erdulden müssen. Diese Tradition wird auch gern mit Religiosität begründet, obwohl sie den Frauen „nur" die Lust an der Sexualität nehmen soll, damit die Ehemänner sicher sein können, dass die von ihr geborenen Kinder auch seine Nachkommen sind, die männliche Erbfolge also gesichert ist.

Wenn jetzt Juden und Muslime in seltener Eintracht gegen das Kölner Beschneidungsurteil wettern und klagen, dann sind sie sich plötzlich einig darüber, dass sie ihre Religionsfreiheit bedroht sehen. Der Präsident des „Verbandes Europäischer Rabbiner", Pinchas Goldschmidt, bezeichnete das Urteil als „eine der schwersten Attacken auf jüdisches Leben in Europa". Für ihn sei es erschreckend, dass das Kölner Urteil von der Bevölkerung so wohlwollend aufgenommen wird, und glaubt deswegen, dass Muslime und Juden in Europa nicht mehr „salonfähig" seien.

Statt zu bemerken, dass sich für Kinderrechte eingesetzt wird, für das Recht auf körperliche Unversehrtheit, kommt er mit dem Totschlagargument so vieler, die sich nicht inhaltlich auseinandersetzen wollen, und behauptet, dass „die neue Sprache des Antisemitismus die Sprache der Menschenrechte“ sei. Was für eine unglaubliche Verdrehung, um bloß nicht differenzieren zu müssen, weil Kritiker ja automatisch „Antisemiten“ sein müssen! Die einzige Sorge der Bundeskanzlerin scheint darin zu bestehen, dass Deutschland sich ja sonst zur „Komiker-Nation“ machte, wenn wir das einzige Land wären, in dem Juden nicht ihre Riten ausüben können.

Ein neues Gesetz der Bundesregierung als Lösung dieses Konfliktes kann nicht auf der Grundlage von Angst und Zwang erfolgen. Der Kinderschutzgedanke und die Bedürfnisse der betroffenen Kinder sollten als Grundlage der Entscheidung dienen! Allerdings darf sich der Kinderschutzgedanke nicht bloß auf eine unbeschadete kindliche Vorhaut richten, sondern auf das ganze Kind, weltweit! Wahrscheinlich ist dies hier bloß ein Scheingefecht, ein Ablenkungsmanöver von all den hungernden, vom Krieg bedrohten Menschenkindern überall auf der Welt. „Jedes Kind, das verhungert, ist ermordet worden“, sagt Jean Ziegler. Der Kreis der Mörder nimmt in der Finanzkrise massiv zu durch Spekulationen auf Lebensmittel.

Wir müssen auch gar nicht so weit gucken, sondern können vor unserer eigenen Haustür bleiben und der wachsenden Armut der Kinder von erwerbslosen Eltern zusehen, von Eltern, die aufstocken müssen, weil sie für einen Dumpinglohn schuften. Wir können den vielen Armen dabei zusehen, wie sie die Papierkörbe nach Pfandflaschen und auch nach weggeworfenem Essbarem durchsuchen. Diese Debatte lenkt mitten im Sommerloch auch herzallerliebst davon ab, dass die Bundesregierung mit dem „Fiskalpakt“ das Grundgesetz und die Demokratie abschaffen will!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Richtiges Zeichen: Ein Verbot der Beschneidung, flankiert von einer Aufklärungskampagne durch die Bundesregierung, ist überfällig *(„Piraten Bremen“)*

„Grundcharakter der Bundestagswahl als Verhältniswahl aufgehoben“: Karlsruhe erklärt schwarz-gelbes Wahlgesetz für verfassungswidrig *(„Spiegel-Online“)*

Geschlechterdiskriminierung: Männer werden vom Jobcenter doppelt so häufig sanktioniert wie Frauen *(„Spiegel-Online“)*

Ausgegrenzten-Versorgung abschaffen : Die „Tafeln“ könnten in Läden umgewandelt werden, die Lebensmittel „vom Vortag“ zu niedrigen Preisen verkaufen und Tausende Arbeitsplätze schaffen *(„Hartz-IV-Plattform“)*

Das geht uns alle an – Solidarität mit den griechischen Stahlarbeitern

Am 20. Juli wurde das von Stahlarbeitern bestreikte Werk in Aspropyrgos von einer Sondereinheit der Polizei mit Knüppeln und Tränengas gestürmt. Seit neun Monaten haben sich 400 griechische Stahlarbeiter geschlossen gegen die Entlassung von 120 Kollegen und die Kürzung ihrer Löhne um 40 Prozent gewehrt. Sie sind zu einem Symbol des Volkswiderstands in Griechenland und darüber hinaus für ganz Europa geworden, und sie haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die internationale Arbeitereinheit gewachsen ist.

Das hat die Regierungen in der EU in Angst und Schrecken versetzt. Ihre „Rettungsschirme“ in Billionenhöhe dienen nur dazu, das internationale Bankensystem vor dem Kollaps zu retten. Die Auflagen der EU stürzen ganze Völker in Massenarbeitslosigkeit und Armut. Heute sind es die Menschen in Spanien, Griechenland, Portugal oder Italien – morgen werden auch hier in Deutschland die Krisenlasten noch offener auf die Bevölkerung abgewälzt.

Deshalb stehen wir an eurer Seite und fordern: Alle Polizeieinheiten müssen abgezogen und die politisch Verantwortlichen bestraft werden! Wiedereinstellung der entlassenen Stahlarbeiter und vollständige Rücknahme der Lohnkürzung! Die Banken und Konzerne sollen die Krisenlasten selbst bezahlen! Für einen gemeinsamen europaweiten Kampf – es lebe die internationale Solidarität!

Resolution der Initiative Bremer Montagsdemo (einstimmig verabschiedet)

Von wegen „Griechenland muss raus aus dem Euro“: Athen kann einfach die Notenpresse anwerfen *(„Focus“)*

Umverteilung von Sparern zu Schuldnern: Die Altersvorsorge einer ganzen Generation ist in Gefahr *(„Spiegel-Online“)*

Protest gegen Umweltverschmutzung: Massendemonstrationen in China stoppen Industrieprojekte *(„Spiegel-Online“)*

Falsche, verleumderische, ehrverletzende Behauptungen: MLPD verklagt führende „Verfassungsschutz-Experten“ *(„Rote Fahne News“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

385. Bremer Montagsdemo am 30. 07. 2012

Besser als mit staatlich gefördertem Sklaventum kann es der Wirtschaft kaum gehen

1. Es verbergen sich viele Schicksale unter den diversen Armutsstatistiken! In Saarbrücken arbeite eine 32-jährige Kauffrau für Bürokommunikation beim Briefzentrum der Deutschen Post AG im Industriegebiet. Dort erhielt sie jedoch nur einen befristeten Arbeitsvertrag mit einem Grundlohn von 459 Euro plus Zuschlägen, was zum Leben natürlich hinten und vorne nicht reichte, sodass sie weiter vom Flop-, Mob- oder (No-)Job-Center abhängig blieb, das ihre Miete übernahm. Für die Kauffrau sei es selbstredend kein angenehmes Gefühl gewesen, dorthin gehen zu müssen, doch sei der Druck groß und die Arbeit bei der Post hart gewesen, denn sie hatte schwere Kisten und Pakete zu schleppen. Damit ist jetzt allerdings Schluss, weil sie im September Mutter wird.

Ihr Arbeitsvertrag wird nicht mehr verlängert, da sie wegen ihrer Schwangerschaft vor sechs Uhr morgens und nach 20 Uhr nicht arbeiten dürfe. Die Deutsche Post AG beschäftigt in dem Saarbrücker Briefzentrum im Industriegebiet vor allem Teilzeit- und nur wenige Vollzeitkräfte, die davon ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können! Der Pressesprecher bezeichnete es eher als eine Art Zuverdienst und die **Befristung** der Arbeitszeit als eine Art Probezeit. Es könne eben auch Schwangere treffen, dass deren Vertrag nicht verlängert würde. Nun müssen die Schwangere und ihr erwerbsloser Freund von insgesamt 1.200 Euro monatlich leben, davon Miete, Strom, Heizung, Telefon und alle anfallenden Rechnungen bezahlen. Wie praktisch, was mit befristeten Verträgen alles an Arbeitnehmerrechten umgangen werden kann!

2. Die „Arbeitnehmerkammer Bremen“ stellte in einer Studie fest, dass nur noch 18 Prozent der Erwerbslosen im kleinsten Bundesland Anspruch auf **Arbeitslosengeld I** haben. Weil die Hürden für den Erhalt dieser Leistung erhöht worden

sind, rutschen immer mehr Betroffene gleich ins Hartz-IV-System ab. Um ALG I zu bekommen, muss ein Erwerbsloser innerhalb von zwei Jahren zwölf Monate sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen sein, was aber inzwischen aufgrund der „Flexibilisierung“ durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit, Minijobs und Ausweitung des Niedriglohnsektors nur immer weniger Menschen gelingen kann! Kinderlosen wird ihr mageres Einkommen dann auf 60 Prozent reduziert, bei Familien mit Kindern sind es 67 Prozent.

Weil Alleinstehende häufig mit 60 Prozent eines ohnehin kargen Lohnes gar nicht auskommen können, müssen sie mit Hartz IV aufstocken. Ein Monatslohn müsste etwa 1.350 Euro brutto betragen, um mit Arbeitslosengeld I und zusätzlich Wohngeld Hartz-IV-Bedürftigkeit zu verhindern. Die „Arbeitnehmerkammer“ unterstützt den Vorschlag des DGB, künftig Erwerbslose, die parallel zum Arbeitslosengeld I Hartz IV beziehen, von der Arbeitsagentur betreuen zu lassen statt von den Jobcentern, weil damit die sehr restriktiven Zumutbarkeitsbestimmungen und die Verfolgungsbetreuung von Hartz IV umgangen werden könnten und nicht mehr jeder Job angenommen werden müsste.

Nicht nur, weil in Bremen etwa jeder zweite arbeitslos gewordene Leiharbeiter auf direktem Wege im Abgrund von Hartz IV landet, müssten diese Dumpinglohnmissstände behoben werden, um die weitere Verarmung breiter Bevölkerungsschichten zu verhindern! Doch steht zu befürchten, dass dieses Interesse von dem schwarz-gelben Gruselkabinett nicht nur nicht geteilt, sondern auch gezielt unterbunden wird. Weil die Lebenshaltungskosten leider nicht so zaghaft steigen wie die Sozialleistungen, sinken deren Kaufkraft automatisch. Gleichzeitig darf ein Arbeitsplatz, dessen Lohn über dem kargen Regelsatz liegt, keinesfalls als „gut bezahlt“ betrachtet werden. Schließlich sind die Reallöhne in den unteren Schichten in den letzten Jahren um etwa 25 Prozent gesunken!

3. Das Leipziger Jobcenter hatte einem 44-jährigen Familienvater eine „Arbeitsgelegenheit“ bei den „Kommunalen Eigenbetrieben Engelsdorf“ zugewiesen, wo dieser trotz Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Ein-Euro-Jobs auch erschien. Weil der ALG-II-Bezieher keinen Lebenslauf vorgelegt hatte, wurde er vom Leiter der Einrichtung wieder nach Hause geschickt. Daraufhin unterstellte ihm das Jobcenter, dass er die Maßnahme nicht antreten wolle und verhängte eine **Sanktion** in Höhe von 30 Prozent des ALG-II-Regelbedarfs, der damit für drei Monate auf nur 235,90 Euro reduziert war. Der so sanktionierte ALG-II-Bezieher legte natürlich sofort Widerspruch ein und ersuchte das Sozialgericht Leipzig um Rechtsschutz.

Das Gericht gab dem Antrag in vollem Umfang statt und widersprach auch der Rechtsauffassung des Jobcenters, nach der ein Anbieter von „Arbeitsgelegenheiten“ Anspruch auf die Lebensläufe der Ein-Euro-Jobber habe. Es verpflichtete das Jobcenter, die bereits einbehaltenen zwei Monatsraten der Sanktion in Höhe von jeweils 101,10 Euro unverzüglich an den ALG-II-Bezieher auszuzahlen. Da ein solches Urteil unmittelbar vollstreckbar ist, ging der ALG-II-Bezieher mit dem Gerichtsbeschluss schnurstracks ins Jobcenter und verlangte die Auszah-

lung des Geldes, was die Behörde ihm allerdings unverschämterweise verweigerte. Der ALG-II-Bezieher suchte sich Hilfe bei einem Rechtsanwalt, der kurz entschlossen den Gerichtsvollzieher beauftragte.

Weil der Leipziger Gerichtsvollzieher die Behörde noch schonen und ihr das peinliche Auftreten vor Ort ersparen wollte, mahnte er sie telefonisch an. Erst als die uneinsichtige Behörde auch dies ignorierte, indem sie einfach nur einen Teil der Forderung überwies, griff er zu dem rabiaten, aber einzig probaten Mittel der Zwangspfändung in den Räumen der Behörde (Sozialgericht Leipzig, Beschluss vom 29. Mai 2012, Aktenzeichen S25 AS 1470/12 ER). Es ist doch immer wieder schön und Mut machend, von ALG-II-Beziehern als respektvollen Menschen zu lesen, die sich ihrer Rechte bewusst sind und sich natürlich wehren, wenn sie noch nicht mal von den Jobcentern ihre Rechte bekommen. Von den Politikern, die diese Gesetze verzapft haben, fange ich jetzt lieber gar nicht erst an!

4. Ein „ZDF-Zoom“-Team schickte einen Mitarbeiter mit versteckter Kamera in das Logistikzentrum des Onlineversandhändlers Zalando bei Berlin zum Arbeiten. Ein Experte beurteilte die Bedingungen dort als „zum Teil nicht menschenwürdig“. Zalando, eine Gründung der Samwer-Brüder, besorge sich seine Lagerarbeiter häufig über Zeitarbeitsfirmen und lasse diese dann den ganzen Tag stehen. Das Sitzen sei dort über siebeneinhalb Stunden lang verboten, und für mehrere hundert Mitarbeiter gebe es nur einen mitten in der Halle stehenden Toiletten-Container, der zudem auch noch verschmutzt sei.

Den dort Arbeitenden wurde der Witz von einem Mindestlohn in einer „Höhe“, besser: in einer Niedrigkeit von 7,01 Euro pro Stunde gezahlt, was einen **Dumpinglohn** von knapp 1.100 Euro brutto im Monat ergibt. Dafür ließen sich fast nur polnische Arbeiter finden, die täglich mit bis zu fünf Personen pro Auto anreisen. In dem Lager werde rund um die Uhr im Dreischichtsystem gearbeitet. Der getarnte „Zoom“-Mitarbeiter sollte es laut Vorarbeiterin schaffen, 45 Artikel pro Stunde im Retourbereich zurücknehmen. Der Standort Großbeeren habe 1.000 Mitarbeiter, davon ein Drittel Zeitarbeiter. Gerne werde dort ein sogenanntes Schnupperpraktikum von sechs Tagen angeboten, wofür es selbstredend keinen Cent Lohn gebe.

Laut Angaben der Arbeitsagentur handelt es sich bei dem „Schnupperpraktikum“ um eine „Maßnahme bei einem Arbeitgeber zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung“, für die weiterhin ALG II gezahlt werde. Es soll im Lager in Großbeeren jede Woche zehn „Schnupperpraktikanten“ geben. Das kommt uns doch von den Praktiken von Amazon im Weihnachtsgeschäft ziemlich vertraut vor! Offenbar muss permanent ein Überschuss an Arbeitskräften vorhanden sein, um Löhne drücken zu können. Daher kann in Wirklichkeit weder Vollbeschäftigung noch ein großes Angebot an Arbeitsplätzen tatsächlich erwünscht sein! Das SGB II wird offenkundig wie ein Erpressungsgesetz benutzt, welches Erwerbslose dazu nötigt, solche Beschäftigungen annehmen zu müssen! Besser als mit staatlich gefördertem Sklaventum kann es der Wirtschaft doch kaum gehen.

5. Laut einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit sind von 1,8 Millionen Angestellten im Reise- und Gastgewerbe nur 600.000 in Vollzeit beschäftigt. Mit einem bundesweiten **Niedriglohn** von lediglich 1.802 Euro sollen sich rund 70 Prozent der Vollbeschäftigten in der Tourismusbranche abfinden müssen. Knapp die Hälfte (850.000 Angestellte) seien nur geringfügig beschäftigt. „Linken“-Chef Bernd Riexinger erklärte, dass Ausbeutung nicht zu Urlaubsparadiesen passt und wir einen gesetzlichen Mindestlohn und ein Gütesiegel für faire Arbeitsbedingungen im Reisegewerbe benötigen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Die Lügen der Atomkonzerne und Regierungen verlieren ihre Wirkung

Die internationalen Energiemonopole halten trotz Fukushima weiter an der Atomkraft fest. Sie riskieren die nächste Katastrophe, weil die Gewinnrate bei AKWs am Höchsten ist. Diese Triebkraft wird vertuscht, und mit Betrug wird in den Medien versucht, die dringend notwendige Energiewende zu bremsen. Die beiden Hauptlügen lauten in allen Ländern „ohne Atomstrom gehen die Lichter aus“ und „die Energiewende wird zu teuer“. Aber wie sehen die Tatsachen aus? „Der höchste bisher aufgetretene Stromverbrauch in Deutschland war am 2. Dezember 2009 um 18 Uhr. Er betrug 73 Gigawatt. An diesem Tag standen an Kraftwerksleistung 92,8 Gigawatt zur Verfügung. Die Leistung aller AKWs betrug zum damaligen Zeitpunkt 19,5 Gigawatt. Wir können also alle AKWs in Deutschland sofort abschalten“ (aus der Broschüre„Wie kann die Versorgung mit elektrischer Energie zu 100 Prozent aus regenerativen Quellen erfolgen?“).

Eine von „Greenpeace“ beim „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung“ in Auftrag gegebene Studie stellte am 3. Juli 2012 fest, dass der Atomausstieg keineswegs zu höheren Preisen führen muss. Der aktuelle Preisanstieg wird nicht durch Umstellung auf erneuerbare Energien, sondern durch steigende Preise für Gas und Kohle ausgelöst. Dazu kommt, dass die Großindustrie massive Vergünstigungen beim Strompreis erhält. Die Bundesregierung gewährt der energieintensiven Industrie pro Jahr neun Milliarden Euro an staatlichen Subventionen. Allein für ihre Befreiung von Abgaben nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz („EEG-Umlage“) und dem Kraftwärmekopplungsgesetz („KWK-Umlage“) müssen die privaten Haushalte rund 1,2 Milliarden Euro im Jahr mehr für ihren Strom zahlen.

Atomkraft ist die teuerste Energie, wenn man alle staatlichen Subventionen für Forschung, Infrastruktur, Betrieb, Transport und Endlagerung zusammenrechnet.

Auch in Japan ist die Stromversorgung nicht zusammengebrochen, obwohl alle AKWs nach der Reaktorkatastrophe abgeschaltet werden mussten. Trotzdem hat die japanische Regierung das Wiederanfahren der beiden Reaktoren Oi 3 und 4 der Kansai Electric Power im Großraum Osaka genehmigt. Dieses provozierende Vorgehen hat die Anti-AKW-Bewegung herausgefordert und zur größten Massenbewegung in den letzten 50 Jahren geführt. Sie organisiert häufigere und immer größere Demonstrationen und orientiert sich dabei auch an der internationalen Umweltbewegung. Am 22. Juli berichtete die ARD im „Weltspiegel“, dass AKW-Gegner nachts die Wachen des AKW Oi überrumpelt, die Anlage besetzt und sich dort angekettet haben wie in Deutschland bei Aktionen gegen die Castor-Transporte.

Seit März finden wöchentliche Demonstrationen an jedem Freitag statt. Beschränkte sich ihre Größe anfangs auf 300 Teilnehmer, so demonstrierten am 29. Juni sogar 200.000 Menschen, am 6. Juli wieder 150.000. Am 16. Juli gingen 170.000 auf die Straße. Mittlerweile haben 7,85 Millionen Japaner eine Resolution gegen die Atomkraft unterschrieben. „Organisiert eine breite weltweite Anti-AKW-Bewegung“ – das wünscht sich nicht nur die kämpferische japanische Eisenbahnergewerkschaft in ihrer jüngsten Erklärung. Die ICOR als revolutionäre Weltorganisation hat in den letzten Monaten in 42 Ländern zehntausendfach Unterschriften für die Abschaltung aller AKWs und das Verbot und die Vernichtung von Atomwaffen gesammelt. Am 6.August, dem Gedenktag an Hiroshima, werden sie der UN übergeben. Das wird ein weiterer Meilenstein im Kampf zur Rettung der Umwelt vor der Profitwirtschaft.

Harald Braun

Bremens schönste Seite ist Bremens weibliche Seite!

Der „Frauenverband Courage“ lädt ein zur frauenpolitischen **Stadtführung von und für Frauen**, junge Frauen und Mädchen am **Samstag**, dem **11. August 2012**, ab **16 Uhr**. Treffpunkt ist der „Spuckstein“ vor dem **Dom** in der Innenstadt. Ihr erkennt uns an der lila Courage-Fahne. Lernt mit uns eine Handvoll couragierter Frauen aus Bremen kennen! Sie kommen aus den Bereichen Kunst und Kultur, Politik und Schule, aus allen Schichten der Gesellschaft. Unsere Stadtführung ist auch für „unpolitische“ Frauen zu empfehlen. Sie ist interessant, und es sind keine Vorkenntnisse erforderlich.

Wir fahren gemeinsam in der Straßenbahn die Stationen an. Es werden Fotos gemacht, um die schönsten Momente festzuhalten. Zu dieser Premiere sind nur Frauen eingeladen. Aber wir werden sie sicher wiederholen. Dann dürfen auch Männer mitmachen. Bitte meldet euch bis zum 9. August 2012 an, da wir etwas Proviant einkaufen. Sagt bitte auch Bescheid, wenn ihr Monatskarten habt (Anmeldung bei Ümit Feilke, Telefon 0162-920 6354, E-Mail uemit.feilke(at)nord-com.net oder bei Leyla Cimen, Telefon 0421-5976 7225, E-Mail leylamc(at)t-online.de).

Ansonsten treffen wir uns regelmäßig einmal im Monat, um uns zu verabreden, unsere Arbeit zu organisieren und uns auszutauschen. Die nächsten **Termine** sind am **Dienstag**, dem **31. Juli**, **4. September**, **9. Oktober**, **6. November** und **4. Dezember 2012**, immer von **17:30** bis **19 Uhr** im „**Grünen Zweig**“, Erlenstraße 31/Ecke Hohentorsheerstraße.

Ümit Feilke und Leyla Cimen

Auch für Stendal gibt es keinen Rettungsschirm

Liebe Mitstreiter und Mitstreiterinnen der Montagsdemo hier in Bremen, zuerst möchte ich mich vorstellen, obwohl ich schon zweimal hier war. Mein Name ist Günter Buhtz. Ich komme aus einer Stadt, die wie Bremen einen Roland hat, nämlich aus Stendal, der größten Stadt im Norden Sachsen-Anhalts. Ich war früher Teilnehmer an und Redner auf der dortigen Montagsdemo. Heute will ich euch berichten, wie es bei uns aussieht.

Bei uns gibt es einen kleinen, 400 Einwohner zählenden Ort namens Insel. Dieser wurde durch die SPD wie viele andere kleine Gemeinden gegen den Willen der Einwohner in Stendal zwangseingemeindet. Dies wäre nichts Besonderes, wenn dort nicht zwei Sexualverbrecher mit „eingemeindet“ würden. Als das bekannt wurde, gab es viele Proteste und auch Demonstrationen gegen diese beiden Knackis, die nach wie vor als gewaltbereit gelten. Sie werden seit dieser Zeit rund um die Uhr von der Polizei bewacht. Es gab sogar schon Straßenabsperrungen. Dies alles auf Kosten der Steuerzahler. Den Demonstrationen schlossen sich später Rechtsextremisten an, die geduldet wurden.

Seitens der Landesregierung geschah hier fast nichts, aber vor circa vier Wochen tauchten Vertreter unserer Landesregierung, angeführt von unserem Landesfürsten Haseloff, CDU, mit zwei Bussen dort auf, natürlich unter entsprechendem Polizeiaufgebot. Sie brachten ein großes Plakat mit, auf welchem stand: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Zwei Tage zuvor hatten diese Volksvertreter für sich eine Diätenerhöhung von 18 Prozent beschlossen. Solche Vertre-

ter sollten sonnabends mal zu den „Tafeln“ gehen! Dort stehen mehr Leute an als diese beiden Knackis.

Aber wie sagte einst Franz Müntefering: „Wir leben in einem Rechtsstaat mit sozialer Gerechtigkeit“. Sachsen-Anhalt ist eines der ärmsten Bundesländer. Hier ist genauso wie in Bremen die Arbeitslosigkeit sehr hoch. Viele Leute arbeiten für Hungerlöhne und müssen zum Überleben noch „Stütze“ beantragen. Früher gab es einige ABM-Stellen, heute heißt das Zauberwort Ein-Euro-Jobs. Hier wie überall gibt es keine Rettungsschirme. Kanzlerin Merkel sagte einmal: „Wir müssen sparen, damit es unseren Kindern und Kindeskindern einmal besser geht“. Wie diese Kinder leben werden, sehen wir nun in Spanien und Griechenland.

Günter Buhtz (parteilos, Montagsdemo Stendal)

Die Euro-Krise wird zur EU-Krise

Derzeit liegt das Kreuzfahrtschiff „Deutschland“ in der Themse. Es soll die hoffentlich „siegreiche“ deutsche Olympiamannschaft nach Hause fahren. Weniger ruhmreich ist, was mit dem Kapitän gemacht wird: Er wurde entlassen! Er erhielt ein Schiffsverbot, weil er gegen die geplante Ausflaggung ist. Die „Deutschland“ war das letzte Kreuzfahrtschiff unter deutscher Flagge. Grund der Ausflaggung ist das Bestreben, Mannschaften zu Billiglöhnen und niedrigeren Sozialstandards anheuern zu können.

6,2 Millionen Hartz-IV-Empfänger gibt es in Deutschland. Über sieben Millionen Menschen arbeiten zu Niedrigstlöhnen, 13 Millionen sind hierzulande offiziell arm! Seit acht Jahren kämpfen wir deshalb und fordern: Weg mit den Hartz-Gesetzen, nicht nur mit Hartz IV, sondern allen! Das wird immer wichtiger mit dem neuen weltweiten Krisenabschwung. Thyssen-Krupp macht wegen der Auftragseinbrüche bereits Kurzarbeit. In der Autoindustrie gibt es ein Produktionsminus von 15 Prozent. Aus der Euro-Krise wird eine EU-Krise!

In Griechenland wurde nach dem brutalen Polizeieinsatz der Streik im Stahlwerk von Aspropyrgos vorerst beendet. Einem der streikenden Arbeiter sollte vom Energieversorger DEI der Strom abgestellt werden. Sofort gab es einen Protestmarsch zu dessen Zentrale, mit Erfolg: Der Strom bleibt! – In Spanien geht der Streik der Bergleute weiter. In den letzten Wochen waren Millionen bei Demonstrationen auf der Straße. Feuerwehrleute und Polizisten vorneweg schützten sie gegen Angriffe der Sondereinsatzkräfte: „Wir retten Menschen, keine Banken!“

In einer Agenturmeldung aus Madrid heißt es: „Auf dem Sozialgipfel haben die beiden großen Gewerkschaften am Donnerstag von einem Ausnahmezustand gesprochen. Mit insgesamt 150 Organisationen – von Juristenvereinigungen, Polizei bis zu Sportverbänden – haben sie sich auf einen Protestsommer verständigt. Demonstrationen wird es jeden Freitag in Madrid geben, wenn das Kabinett zusammentrifft. Am 12. September wird es Großdemonstrationen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst geben. Ihnen wurde nach einer Lohnkürzung nun auch das Weihnachtsgeld gestrichen."

In Deutschland erhält nach Verfassungsschutz und BKA jetzt auch die Bundespolizei eine neue Spitze. Hintergrund der Auswechselung ist der Ersatz der bisherigen Führung durch „Terrorismusexperten". Deren Aufgabe ist die „Aufstandsbekämpfung". Die Herren wissen genau, was passiert, wenn sie wie in Griechenland und Spanien offen gegen die Massen vorgehen und die Menschen nicht nur um ihre Arbeitsplätze, ihre Löhne, gegen den Sozialabbau kämpfen, sondern das ganze System ins Visier nehmen, die Alleinherrschaft des internationalen Finanzkapitals angreifen und seine Regierung. Jetzt sollen 200 Leopard-2-Panzer nach Katar geliefert werden, Saudi-Arabien hat schon Hunderte. Warum? Um das Volk in Schach zu halten!

Wolfgang Lange (MLPD)

Grenzen des Wachstums: Nur ein Schrumpfen der Wirtschaft verhindert die Katastrophe *(„N-TV")*

Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit: Verharmlosen Polizei und Innenressort die rassistisch motivierte Gewalt in Bremen? *(„Tageszeitung")*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

386. Bremer Montagsdemo
am 06. 08. 2012

„Fehlt euch der Ein-Euro-Job, macht bloß das Bierfläschchen plopp!“

1. Die Skepsis vieler Abgeordneter und Bürger gegenüber dem Euro-**Rettungsschirm** ESM ist nicht neu und offenbar auch belegbar berechtigt. Einem aktuellen Gutachten zufolge könnte Deutschland sehr wohl auch ohne Zustimmung des Parlaments zu immensen Zahlungen verpflichtet werden, weil die Kontrollrechte des Bundestags beim „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ wohl doch nicht so „umfassend“ sind, wie von der Bundesregierung angegeben. Der ESM kann von Deutschland weitere Milliarden abrufen, ohne dass dagegen eine Vetomöglichkeit von deutscher Seite bestünde. So kann guten Gewissens behauptet werden, dass der erweckte Anschein, Geld könne nur mit Zustimmung des Bundestags fließen, bloß eine Lüge ist!

Richtig schlimm und bedrohlich, dazu absolut grundgesetz- und sozialstaatswidrig ist natürlich die unverhohlene Konsequenz, dass aus den Milliardenpflichten Sozialkürzungen in Deutschland erfolgen werden, um das vermaledeite Schuldendiktat einhalten zu können. Dieser Tatbestand ändert natürlich überhaupt nichts daran, dass den Angestellten des ESM nach Entwürfen der Durchführungsbestimmungen hohe Gehälter in Aussicht gestellt werden. So soll sich der Geschäftsführende Direktor für ein Grundgehalt von 324.000 Euro im Jahr bitte keine grauen Haare wachsen lassen, gar an sein Gewissen appellieren, auch wenn er dafür offiziell mehr bekommt als die Bundeskanzlerin.

In der Regierungszeit von Willy Brandt entstand der „Radikalenerlass“, der politisch unliebsamen (weil „linken“) Bürgern, die angeblich „nicht auf dem Boden des Grundgesetzes“ standen, die Arbeit als Lehrer im Staatsdienst verweigerte. Ist es heute hingegen als *en vogue* zu bezeichnen, wenn Regierungspolitiker nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes stehen, sondern dieses noch ändern wollen, um den Sozialstaat für den ESM zu opfern? Natürlich steht es je-

der Demokratie gut an, das Füttern der Bankster dem von finanziell armen Bürgern vorzuziehen!

2. Von der Bundesagentur für Arbeit her plätschert es, dass im Juli die Arbeitsmarktzahlen leicht gestiegen sind, was „für die Sommermonate normal“ sei. Heinrich Alt, im Vorstand der Bundesagentur für Arbeit für die Grundsicherung zuständig, sieht als „Optimist“, dass sich zwar der „Aufwärtstrend verlangsamt“, es aber dennoch nach oben gehe. Interviewerin Flora Wisdorff unterstellt mit einer Suggestivfrage nach den Hartz-IV-Beziehern, diese seien „zumeist langzeiterwerbslos und schlecht qualifiziert“, was im Sinne von Heinrich Alt zu sein scheint: Ja, ein paar Erwerbslose würden sich in Ausbildung und Beschäftigung geben, und es sei eben die Frage, wie viele dazu kämen. Obwohl angeblich jeder eine Chance auf existenzsicherndes Einkommen erhalten sollte, wird der **Niedriglohnsektor** nicht wirklich in Frage gestellt, sondern nur als zweischneidiges Schwert betrachtet, das wir eben bräuchten, um Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu „integrieren“.

Der Niedriglohnsektor sei zwar mit dem Makel behaftet, dass Arbeitsverträge zulasten des Steuerzahlers abgeschlossen werden, aber alles ist gut, denn die Bundesagentur für Arbeit arbeitet Hand in Hand mit den Zeitarbeitsfirmen, um Langzeitarbeitslose zu vermitteln. Dem einen oder anderen könne es sogar gelingen, auf diesem Weg einen festen Job zu finden. Weil die Herausforderungen anstiegen, würden die Ein-Euro-Jobs, auch wenn sie eigentlich keine Lösung gebracht hätten, in vielen Fällen als Übergang gebraucht, denn bekäme jemand nach einer Entziehungskur nicht sofort Arbeit angeboten, liege die Rückfallquote bei hundert Prozent. Völlig klar: Ein-Euro-Jobs verhindern den „Rückfall in die Sucht“!

Logisch: Fehlt dem trocknen Elo der Ein-Euro-Job, dann macht bald auch wieder das Bierfläschchen plopp! Eine echte Unverschämtheit, die davon auszugehen scheint, dass Menschen langzeiterwerbslos würden, weil sie es vorzögen, einer Sucht nachgehen, wobei diese nach einer Entziehungskur ganz simpel mit dem Angebot eines Ein- Euro-Jobs dauerhaft zu heilen sei. Klar, Arbeit als Allheilmittel für Langzeiterwerbslose, die ohnehin wahrscheinlich alle alkoholabhängig sind! Können diese öden, aussichtslosen Maßnahmen, die doch nur dazu dienen, den Trägergesellschaften die Taschen zu füllen, nicht eher *suchtfördernd* wirken? Eine bodenlose Frechheit, wie hier wieder scheinbar wohlwollend und objektiv über Erwerbslose gehetzt wird!

3. Bezugnehmend auf die Kosten der **Unterkunft** bei Hartz IV hat das Sozialgericht Mainz ein interessantes Urteil gefällt. Nach Auffassung der Richter sei der sogenannte Angemessenheitsbegriff zu den Kosten der Unterkunft nach § 22 Absatz 1 Satz 1 SGB II und die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts zum „schlüssigen Konzept“ nicht mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums nach Artikel 1 Absatz 1 des Grundgesetzes in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Artikel 20 Absatz 1 vereinbar. Das

Sozialgericht kommt in seiner Urteilsbegründung (Aktenzeichen S17 AS 1452/09) zu dem Ergebnis, dass Kosten der Unterkunft bei Hartz IV, „die nicht evident unangemessen hoch sind, stets als angemessen anzusehen“ seien.

Damit prüft das Gericht in einer wegweisenden Entscheidung, ob § 22 Absatz 1 SGB II – hier die Begrenzung der Leistungen für die Unterkunft auf das „angemessene“ Maß – den Anforderungen genügt, die das Bundesverfassungsgericht im sogenannten Hartz-IV-Urteil vom 9. Februar 2010 (1 BvL 1/09) formuliert hat. Das Sozialgericht Mainz öffnet hier ein großes Fass und wirft die spannende und überaus berechtigte Frage auf, ob die Angemessenheitsregelungen zu den Kosten der Unterkunft nicht ganz klar verfassungswidrig sind.

4. Laut dem Vorwurf von Johannes Gay („Hartz-IV-Initiative“) werden im Gladbecker Jobcenter an der Wilhelmstraße den Antragstellern von Hartz IV und Sozialhilfe immer wieder die Bestätigungsstempel verweigert. Ein paar Tage später wird dann behauptet, dass kein Antrag auf Hartz IV oder Sozialhilfe eingegangen sei. Aufgrund solcher Vorkommnisse kam es deswegen bereits vor mehreren Wochen zu einem Treffen im Rathaus, wo vereinbart wurde, dass die Abgabe von Dokumenten, Änderungsmitteilungen oder Anträgen auf Verlangen im Rathaus bestätigt wird.

Eigentlich sei der Versicherungsträger laut Gesetzestext verpflichtet, die Vorsprache auf Verlangen schriftlich zu bestätigen, was aber uneigentlich auch an anderen Mob-, Flop- und (No-)Job-Centern nicht gewährt wird. Es gefällt mir gut, dass Antragstellern, denen an der Wilhelmstraße der Bestätigungs- oder **Eingangsstempel** verweigert wurde, in den Sprechstunden der „Hartz-IV-Initiative“ Norm-Vordrucke angeboten werden, mit denen eine Vollmacht zur Einreichung einer Klage gegen die Verantwortlichen im Jobcenter erteilt werden kann. Es kann nicht angehen, dass hier geltendes Recht einfach ausgehebelt wird, um Geld einzusparen, das den Antragstellern zusteht!

5. In Deutschland vermag niemand zu sagen, wie reich die Reichen hier wirklich sind. Die Bundesbank kann zwar ausrechnen, dass das **Privatvermögen** der Deutschen mehr als acht Billionen Euro beträgt, aber wo beziehungsweise bei wem die zu finden sind, wird in Deutschland wie ein Staatsgeheimnis geschützt. Da es keine Vermögensteuer gibt, kann es auch keine Vollerhebung geben. Obwohl die reichsten Haushalte weder erfasst noch befragt werden, „muss“ sich mit punktuellen Haushaltsbefragungen beholfen werden, von denen dann niemand wissen kann, ob sie repräsentativ sind. Weil Reiche lügen, werden sie halt nicht befragt und sogar in Ruhe gelassen!

Was soll’s, wenn dann ein paar Billionen aus der Statistik verschwinden? Vielleicht verfügen die reichsten zehn Prozent der Deutschen über zwei Drittel des Volksvermögens, wahrscheinlich über noch viel mehr. Die Vermögenden dürfen sich mühelos arm rechnen, um damit jede zusätzliche Belastung abwehren. So wurde der Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent gesenkt. Das milliarden-

schwere Familienunternehmen kann faktisch steuerfrei vererbt werden. Die richtig Reichen werden bei ihren Kapitalerträgen mit schlappen 25 Prozent belastet, während viele Arbeitnehmer deutlich höhere Sätze zahlen müssen. Wir sollten nicht vergessen, wem wir diese Ungerechtigkeiten zu verdanken haben. Wer hat uns verraten? Die *Spezialdemokraten*!

6. Heute jährt sich zum 67. Mal der unverantwortliche, menschenverachtende Atombombenabwurf auf Hiroshima im Jahr 1945. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Bombe in einem Umkreis von 500 Metern um das Explosionszentrum 90 Prozent und im weiteren Umkreis bis zu einem Kilometer immer noch 59 Prozent der Menschen tötete. Bis heute sterben ehemalige Einwohner Hiroshimas an den vielfältigen Krebserkrankungen und Veränderungen der DNS als Langzeitfolge der hochgiftigen Strahlung. Ich glaube nicht, dass es „nur“ 240.000 Menschen gewesen sein sollen. Leider ist die nukleare Bedrohung durch die weltweite Existenz von Atomwaffen und durch die Zunahme von Staaten, die über Atomwaffen verfügen oder dies anstreben, nach wie vor aktuell und in höchstem Maße bedrohlich. Setzen wir uns für eine sofortige, weltweite Abschaffung aller Atomkraftwerke und **Atomwaffen** ein!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Gegen jede Art von unsozialer Politik: Seit acht Jahren
gibt es allerorts Montagsdemonstrationen *(„DAPD“)*

Alles zerstört, aber nichts gebaut

Ich möchte von meiner ersten Fahrt nach dem unsäglichen Baummassaker im Stuttgarter Mittleren Schlossgarten berichten. Stand der Dinge, die sich seit dem 15. Februar 2012 ergeben haben, ist: Es wurde alles zerstört, aber nichts gebaut. Nachdem beim Abriss des Südflügels Teile der Abstützung des Daches des Kopfbahnhofes zerstört wurden, halten provisorische Stahlstützen die Konstruktion.

Im Mittleren Schlossgarten wurden nicht nur die Bäume gefällt, sondern im gleichen Rutsch auch Tiere, die in verschiedenen Bäumen überwintert haben, mit diesen zusammen geschreddert. Dies war nicht nur ein gravierender Eingriff in die Pflanzenwelt, sondern auch in die Fauna des Schlossgartens. Betroffen waren neben Juchtenkäfern auch Fledermäuse und Siebenschläfer.

Gebaut werden darf nichts, weil die neuen, höheren Mengen an Grundwasser, die laut der Bahn abgepumpt werden müssen, noch nicht planfestgestellt und genehmigt sind. Daher zieht sich der Bau der Grube für den Grube'schen Kellerschieflagenbahnhof bis mindestens 2014 hin. Aus Solidarität zu den Stuttgarter Gegnern dieses Betrugs- und Immobilienobjektes habe ich eine bremische *Widerstandspflastanie* „symbolisch" im Mittleren Schlossgarten gepflanzt. Sie entstammt eigener Aufzucht von Kastanien des Baumes, der seit dem 13. März 2011 in Bremen steht.

Viele haben gedacht, nach des Betrugsvolksentscheid vom 27. November 2011 und dem Baummassaker vom 15. Februar 2012 sei der Widerstand zusammengebrochen. Dem ist nicht so. Es gibt wöchentliche Sitzblockaden vor der Baustelle für das Technikgebäude am Nordflügel und neue Klagen von Bürgern aus verschiedenen Stuttgarter Stadtteilen, die durch Grundwassermanagement und Tunnelbohrungen betroffen sind und eine Gefahr für ihre Wohnungen und Häuser sehen. Am 30. Juli wohnte ich der Verhandlung gegen eine „Robin-Wood"-Aktivistin bei.

Der Verlauf des Prozesses hat gezeigt, dass die Verfahren mitunter auf solch tönernen Füßen stehen, dass sie normalerweise mit Freispruch enden müssten. Der Bremer Schwabenstreich wird in den nächsten Wochen regelmäßig über Bürgerinitiativen in Deutschland, Österreich und Italien, die gegen Projekte wie „Stuttgart 21" kämpfen, welche von mafiösen und wirtschaftskriminellen Strukturen sowie korrupten Politikern durchgeboxt werden und von Polizei und Justiz Schützenhilfe bekommen, berichten und am 12. September 2012 seinen zweijährigen Geburtstag feiern.

Gernot-Peter Schulz („Freie Bürger Deutschland")

Wie der „Weser-Kurier" unliebsames Personal loswerden will

Der Bremer „Weser-Kurier" empfiehlt sich als „Täglich-glücklich"-Blatt. Dass dies eine kundenorientierte Werbung ist, können die Beschäftigten aus eigener Erfahrung berichten. Nachstehend eine Information des Betriebsrates der ausgegliederten Anzeigenabteilung des „Weser-Kuriers", jetzt MVB:

„Liebe Kolleg(inn)en, sehr geehrte Damen und Herren, in der Anlage er-

halten Sie zur Information einen ‚Tageszeitung'-Artikel vom 29. März 2012. Zurzeit arbeiten noch 28 verbliebene Mitarbeiter(innen) in der Ex-Anzeigenabteilung (jetzt MVB GmbH) des ‚Weser-Kurier'. Rund 20 von ihnen haben Klage auf Betriebsübergang beim Arbeitsgericht Bremen zur Nachfolge- und Konkurrenzfirma Stark Kundenservice Center Achim GmbH (SKC) eingereicht. Nachdem der MVB die Vermarktungsaufgaben durch den ‚Weser-Kurier' entzogen wurden, hat die MVB keine umsatzbringenden Aufgaben mehr. Die Existenz der Arbeitsplätze ist somit massiv gefährdet. Ohne Zweifel handelt es sich um einen abgesprochenen Plan des Anwaltes der SKC, Herrn Prof. Dr. Weberling, der gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender des ‚Weser-Kurier' ist. Ziel hierbei ist, die MVB auszuhungern und in die Insolvenz zu treiben, um ältere und tarifvertraglich Beschäftigte sowie Betriebsräte möglichst billig loszuwerden.

Bitte helfen Sie uns mit einem Protest, den Sie wie folgt oder ähnlich an den Arbeitgeber (Mail: ulrich.hackmack(at)weser-kurier.de) und in Kopie an den Betriebsrat (Mail: betriebsrat-mvb(at)gmx.de, Telefon 0421-3636 4510, donnerstags ab 9 Uhr) formulieren: ‚Wir protestieren gegen die Umgehensweise mit den Mitarbeiter(inne)n der MVB. Wir fordern Sie auf, zu einem menschenwürdigen Verhalten zurückzukehren und Ihren sozialen Verpflichtungen nachzukommen. Wir fordern Sie auf, die Mitarbeiter der MVB in eine Anzeigenabteilung des „Weser-Kurier" zurückzuführen. Wir fordern Sie auf, **Arbeitnehmerrechte** zu achten.'

Wenn Sie uns weiterhin unterstützen wollen, leiten Sie bitte unsere E-Mail an weitere Institutionen, Freunde, Verbände et cetera. weiter. Vielen Dank und kollegiale Grüße. Uwe Baier, Anke Nürnberg-Schmiedeken, Ulrich Steinkamp, Ina Mamrowsky, Markus Schill, Angelika Bruns, Ute Geßelmann. Betriebsrat MVB Medien Vermarktung Bremen GmbH, Zimmer 145, Martinistraße 43, 28195 Bremen."

Die Kolleg(inn)en des „Weser-Kurier" dürfen über diese Ungeheuerlichkeiten nicht berichten! Die Situation wird in der „Tageszeitung" treffend dargestellt: „Den Mitarbeiter(inne)n der MVB ist klar: Sie können kündigen und sich bei der neuen Firma bewerben oder auf dem alten Schiff untergehen. Alle lukrativen Akquise-Bereiche sind der MVB weggenommen worden. Die neue SKC arbeitet weitgehend in derselben Organisationsstruktur, mit demselben Geschäftsführer, aber ohne den lästigen Betriebsrat und die erstrittenen tariflichen Positionen." Mir fehlen für diesen Umgang mit den Mitarbeiter(inne)n die Worte! „Täglich glücklich" macht mich der „Weser-Kurier" nicht mehr! So weit zu diesem durch die Hartz-Gesetze ermöglichten Missgriff des Unternehmers.

2. Nehmen wir uns des Dauerthemas **Miete** an. Die Obergrenzen in Bremen wurden nicht der tatsächlichen Entwicklung angepasst! Die Mietobergrenzen für Leistungsberechtigte sind folglich zu niedrig. Die Geschäftspolitik des (No-)Job-Centers hat den Ruf der ALG-II-Leistungsberechtigten ruiniert. Aufgrund der

starken Nachfrage auf diesem Segment des Wohnungsmarktes haben ALG-II-Berechtigte schlechte Karten. Wenn die Wünsche des (No-)Job-Centers erfüllt werden, ist der Leistungsbezug für jeden Vermieter sofort sichtbar. Wer sonst benötigt ein schriftliches Mietangebot?

Wer in Bremen einen Eigenanteil seiner Miete oder Heizung aus dem Regelsatz bezahlt, sollte dies schnellstens überprüfen. Bremen hat beim Schummeln übertrieben und ist bereit, rückwirkend ab 2005 die Kostenübernahme für die Kosten der Unterkunft nachzuzahlen. Bremen hat mit einer wesentlich höheren Inanspruchnahme gerechnet. Dies ergibt sich aus der Umwidmung aus dem Haushaltstitel KdU! Also macht euch ran! Wie dies alles geht? Wir gehen mit!

Die gesamte Angemessenheitsgrenze für die Miete wurde vom Sozialgericht Mainz in Frage gestellt. Harald Thomé hat dazu geschrieben, das Gericht vertrete „die Auffassung, dass der Angemessenheitsbegriff zu den Kosten der Unterkunft nach § 22 Absatz 1 Satz 1 SGB II und die Rechtsprechung des BSG zum ‚schlüssigen Konzept' nicht mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Artikels 20 Absatz 1 vereinbar ist und kommt zu dem Ergebnis, dass Kosten der Unterkunft, die nicht evident unangemessen hoch sind, stets als angemessen anzusehen" seien. Mit dieser Entscheidung vom 8. Juni 2012 (Aktenzeichen S17 AS 1452/09) mache das Sozialgericht Mainz „ein Fass auf".

Dieser Lösungsansatz würde für viele die Wohnungssuche vereinfachen, doch darauf warten geht nicht! Wir werden auch in Bremen wieder vermehrt um die Mietobergrenzen ringen. Der Wohnraum ist knapp und das Abschieben auf die Verliererschiene für Leistungsberechtigte untragbar. Bereits 2009 hat das Sozialgericht Bremen entschieden, eine Zusicherung zu den Aufwendungen für eine neue Unterkunft gemäß § 22 Absatz 2 SGB II sei nicht Voraussetzung für eine spätere Übernahme der Kosten. Inzwischen sind die Beträge gemäß § 12 Wohngeldgesetz um einen Sicherungszuschlag von zehn Prozent zu erhöhen, gemäß der Entscheidungen des Landessozialgerichts Niedersachsen-Bremen.

Damit sind alle anderen Bestimmungen in der „Verwaltungsanweisung Wohnen", die an die vorherige Zustimmung zur Anmietung geknüpft sind, ungültig! Wie angespannt der Wohnungsmarkt in Bremen ist, ergibt sich auch daher, dass das „Gutachten" von „Analyse und Konzepte" aus Hamburg gar nicht erst herangezogen wurde. Bremen hat es aber bezahlt, oder? Wie dies alles geht? Wir gehen mit!

3. Es ist höchst blamabel oder gar eine Geringschätzung der **Asylbewerber**(innen), dass selbst heute noch falsche Bescheide und damit auch zu geringe Zahlungen rausgehen! Erst im September soll die Nachzahlung erfolgen, auch für diesen Monat. Es geht anders, auch mit EDV: „Zu Fuß" sollte zumindest ein angemessener Abschlag sofort ausgezahlt werden! Wissen die Verantwortlichen nicht, was eine Zahlung von über 100 Euro für die Asylbewerber(innen) bedeutet? Die-

se sollten schnellstens eine Beratungsstelle aufzusuchen und gegen noch offene Bescheide Widerspruch einzulegen.

Das Versprechen „wir werden ohne Antrag nachzahlen“ ist sicherlich glaubhaft, allerdings hat das „Amt für Soziale Dienste“ in der Vergangenheit bestimmte Zahlungen einfach „vergessen“. Der Staatsrat hat auch nicht gesagt, ab wann die Nachzahlung erfolge. Daher gilt: „Bei Ablehnung des Widerspruchs sind Klagen und eventuell Eilantrag beim Sozialgericht zu prüfen“. Es gibt hierzu Musterwiderspruch, Urteil, Ländererlasse und Kommentare. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Hofberichterstattung: Oppositionelle und linke Positionen werden in den Medien unterdrückt *(„Neues Deutschland“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

387. Bremer Montagsdemo am 13. 08. 2012

Zehn Jahre Armut per Gesetz

Hartz IV wurde in Lissabon vereinbart. Gerhard Schröder hat bloß abgeschrieben, und zwar aus der Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über die „Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik 2003 bis 2005“ vom 21. Januar 2004. Dort wurden Empfehlungen an die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten zur neoliberalen Umsetzbarkeit der Wirtschaftspolitik aufgelistet, denen die deutschen Regierungen seit Schröder willfährig folgten.

Diese Ursache scheint in Vergessenheit geraten zu sein. Ebenso, dass die Hand zur Formulierung der Lissabonner Ziele von der „Bertelsmann-Stiftung“ geführt wurde. Die Änderungen der Arbeitslosenstatistik haben dann den „Arbeitslosenschwund“ und auch das „Jobwunder“ erst möglich gemacht.

Ende 2011 stammelte Peter Hartz rückblickend folgenden Satz ins Mikrofon: „Alle Hartz-IV-Kritiker, die das mit mir und meiner Person in Verbindung bringen, wenn die sich einmal vor Augen führen, dass in unseren Ausgangsvorschlägen die ALG-II-Grundvergütung, wo man jetzt immer so sich gezofft hat, von 359 auf 364 Euro, dass unser Ausgangsvorschlag 511 Euro war, weil wir hatten überhaupt keine Diskussion, dass es ein menschenwürdiges Einkommen sein muss.“

Bei der Regelsatzhöhe für ALG II wurde der am 16. August 2002 vorgelegte Vorschlag der Hartz-Kommission aber nicht akzeptiert. Im Dezember 2003 wurde das SGB II beschlossen, ohne die Regelsatzhöhe festzulegen. Diese Aufgabe wurde einer anderen Kommission übertragen, die sich dann allerdings weigerte, Schröders Vorstellungen hinsichtlich einer wesentlich geringeren Regelsatzhöhe zuzustimmen. Daraufhin wurde die Kommision ausgetauscht, und die neuen Mitglieder billigten den Regierungsvorschlag.

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Arme sollen nicht klagen: Schwarz-Gelb will Prozesskostenhilfe einschränken *(„Neues Deutschland“)*

Mögen die „Reformer“ im „Sozialdickicht“ stecken bleiben

1. Trotz der „fantastischen Arbeitsmarktlage“ bezieht über die Hälfte der Erwerbslosen, die von **Hartz IV** vegetieren, diese Leistung bereits länger als zwei Jahre. Viele Langzeitarbeitslose finden immer schwieriger einen Arbeitsplatz. In Ostdeutschland liegt der Anteil der Dauerbezieher von staatlicher Grundsicherung bei knapp 65 Prozent, in den alten Bundesländern sind es rund 59 Prozent. Auch die Zahl der Erwerbstätigen, die sich wegen eines mangelnden Mindestlohns für einen Dumpinglohn ausbeuten lassen müssen, deswegen mindestens zwei Jahre lang als „Aufstocker“ zusätzlich auf Hartz IV angewiesen sind und die Verfolgungsbetreuung gratis dazu bekommen, erhöhte sich seit 2009 um etwa fünf Punkte auf knapp 60 Prozent. Immer mehr Menschen beziehen Hartz IV auf Dauer, weil es auf dem Arbeitsmarkt gerade so „gut“ ausschaut – wie mag es dort bloß bei einer düstereren Prognose aussehen? Da kann die Bundesregierung bei der Arbeitsmarktförderung ja guten Gewissens die Mittel drastisch zusammenstreichen!

2. Wenn der „Städte- und Gemeindebund“ jetzt eine „grundlegende Neuordnung aller Sozialleistungen“ in Deutschland, eine „vollkommene Reform des Sozialstaates“ fordert, dann würde ich natürlich niemals annehmen, dass dies mit weiteren Kürzungen verbunden sein könnte! Auch nicht, wenn da von einem „fast undurchdringlichen Sozialdickicht“ die Rede ist, das „komplett auf den Prüfstand“ gehöre und „auf seine Wirkung abgeklopft werden“ müsse. Aber wenn tatsächlich nach dem „Vorbild“ der Hartz-IV-Reform eine „Reform-Agenda 2020“ von einer vermeintlich unabhängigen Sachverständigenkommission ausgearbeitet werden soll, dann gruselt es mich jetzt schon: Ich sehe, wie die aktenkundigen Fachmänner mit Macheten und Brachialgewalt durchs Unterholz schlagen, blindwütig in die Wurzeln des Sozialstaates hauen und hacken, dass die Transferleistungen nur so wie Funken davon stieben.

Leider wird es ihnen nicht wie den Königsöhnen ergehen, die versuchten, ins Schloss zum verzauberten Dornröschen durch die Dornenhecke vorzudringen, aber darin stecken blieben. Hier schläft dem Vernehmen nach nicht der königliche

Hofstaat, sondern das gesamte Parlament, das der Schuldenbremse das Grundgesetz opfern will! Anders als bei dem Märchen der Gebrüder Grimm wollen hier keine Prinzen eine verzauberte Prinzessin freien, sondern den Sozialstaat abbauen. Dies Arbeitsfeld scheint ein wahrhaft gefährliches Terrain zu sein, denn es gilt nicht nur einen Dschungel zu durchdringen, sondern offenbar auch noch eine politisch verminte Sozialpolitik. Vor lauter Metaphern fühle ich mich an ein Bewegungsspiel aus dem Kindergarten erinnert: „Wir gehen heut' auf Löwenjagd und haben keine Angst".

Obwohl es darum geht, den **Sozialstaat** massiv abzubauen, soll hier eine „Versachlichung der Debatte" das Ziel sein, als ließen sich Menschen zu Sachen herabwerten. Auch wenn vor allem Städte und Gemeinden schon lange unter den seit Jahren steigenden Ausgaben für Sozialleistungen leiden, darf keinesfalls weiter an den unverzichtbaren Sozialleistungen gespart werden, sondern die Einnahmesituation gehört drastisch verändert! Da muss sich der Bund gefälligst angemessen an der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben beteiligen und die Vermögenden, die Unternehmer endlich mit angemessen hohen Steuern belasten! Völlig unmenschlich und grundfalsch ist es hingegen, die Eingliederungshilfe für Behinderte zu „reformieren" (neudeutsch für kürzen), die Lebensarbeitszeit weiter zu verlängern und die „Eigenvorsorge" auszubauen. Wer sollte denn von immer geringer werdenden Einnahmen selbst für sich Vorsorge treffen können? Dieser sich entwickelnden Verunmöglichung sollte der Staat vorbeugen!

3. Nach der aktuellen „Kids-Verbraucheranalyse" bekommen Sechs- bis 13-Jährige fast zehn Prozent mehr Taschengeld als 2011. Mit durchschnittlich 27,18 Euro Taschengeld können sich Kinder auch mal größere Wünsche erfüllen. Auch die Summe der jährlichen Geldgeschenke stieg bei den Neun- bis 13-Jährigen im Vergleich zum Vorjahr um rund 6,6 Prozent auf 210 Euro im Jahr an. Zehn- bis 13-Jährige erhalten im Schnitt 34,30 Euro, Sechs- bis Neunjährige 18,78 Euro und mehr als die Hälfte der Vier- bis Fünfjährigen bereits 14,26 Euro Taschengeld im Monat, das sie je nach Alter für Süßigkeiten, Zeitschriften, Spielzeug und Handykosten ausgeben. Mittlerweile besitzen 78 Prozent der Zehn- bis 13-Jährigen ein eigenes Handy, über alle Altersgruppen hinweg sind es 53 Prozent.

Ich muss davon ausgehen, dass bei der „Kids-Verbraucheranalyse" kaum die Kinder aus Familien mit Hartz IV befragt worden sein können, weil der **Regelsatz** für Erwachsene gegenwärtig 374 Euro, für Lebenspartner im gleichen Haushalt 337 Euro, für Erwachsene von 18 bis 24 Jahren im Haushalt der Eltern 287 Euro, für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren 287 Euro, für Kinder zwischen sechs und 13 Jahren 251 Euro und für Kinder bis sechs Jahre 219 Euro vorsieht. Da in diesen viel zu knappen Sätzen das Kindergeld bereits enthalten ist und davon Kleidung, Essen sowie alle weiteren Lebenskosten bezahlt werden müssen, lässt sich gut vorstellen, dass die armen Kinder nur einen Bruchteil des durchschnittlichen Taschengeldes bekommen können, wenn überhaupt!

4. In der Gemeinschaftsgrundschule Bernberg bei Gummersbach müssen siebenjährige Kinder jeden Morgen für die Bundeswehrsoldaten in Afghanistan beten und Schutzengel für sie basteln. Ihre Lehrerin hält sie auch dazu an, sich die Uhrzeit von Afghanistan und den dortigen Wetterbericht anzuhören. Mir stößt es sehr auf, wenn kleine Kinder derart für das Militär indoktriniert werden. Es darf kaum die Aufgabe einer Grundschule sein, gegenüber Erstklässlern das Militär durch psychologische Konditionierung zu verharmlosen. Es kann nicht angehen, dass hier Grundschüler von ihrer Lehrerin auf die **Bundeswehr** und ihren Afghanistan-Einsatz getrimmt werden, während nach wie vor eine Zweidrittel-Mehrheit der Deutschen diesen Einsatz zu Recht ablehnt. Jetzt müssen Friedens- und Konfliktpädagogen eingesetzt werden, um den Kindern zu vermitteln, dass Militär und Krieg keine Mittel sind, Konflikte zu lösen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Bundeswehr baut Geisterstadt: Bei Magdeburg soll die Niederschlagung des „kommenden Aufstandes“ geprobt werden *(„Radio Utopie“)*

Leyen-Logik: Wer nicht auf 35 Jahre Vollzeitarbeit kommt, hat wohl „auf der faulen Haut“ gelegen *(„Nachdenkseiten“)*

Stellenabbau zum Wohl der Profite: „Faule Erwerbslose“ müssen in Großbritannien unbezahlte Arbeit verrichten *(„Junge Welt“)*

„Getragen von einem zutiefst negativem Menschenbild“: „Mit Hartz IV wurde die soziale Spaltung der Gesellschaft mutwillig forciert“ *(„Blogspan“)*

Für Arbeitsplätze gilt: Besser frisch gestrichen als nie da gewesen *(„WDR 2 Kabarett“)*

Gegen Gentrifizierung: Wir haben eigene Pläne für unsere Stadt *(„Fotokiosk Hamburg“)*

Millionen Menschen durch regionale Umweltkatastrophen in Not

Rasende Stürme, verbunden mit ungeheuren Regenmassen, haben auf den Philippinen und in China Millionen Menschen in schwere Not gebracht. Nach zwei Wochen sturzflutartigen Regens durch einen bisher nie erlebten „Monster-Monsun“ sind auf den Philippinen jetzt rund zwei Millionen Menschen auf Hilfe angewie-

sen. Zwischen 60 und 80 Prozent der Hauptstadt Manila stehen unter Wasser. Besonders schwer trifft es die Armenviertel. Durch manche Straßen rissen sechs Meter hohe Wassermassen alles mit sich. Ganze Stadtgebiete sind von der Außenwelt abgeschnitten.

Hunderttausende sitzen in überfluteten Gebieten teils in Notunterkünften fest. Mindestens 30 Menschen mussten bisher in diesem Unwetter ihr Leben lassen. In den umliegenden Regionen sind weitere 1,4 Millionen Menschen von den Überschwemmungen betroffen und müssen mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgt werden. Seit über 15 Jahren nehmen Zahl und Stärke der Stürme und Überschwemmungen auf den Philippinen ständig zu. Die aktuellen Überschwemmungen in Manila sind die schwersten seit 2009, als 460 Einwohner durch den Taifun „Ketsana“ ums Leben kamen.

Eine wesentliche Ursache dieser „Super-Taifune“ und „Monster-Monsune“ ist die seit Jahren ansteigende Temperatur des Pazifiks. Die Temperatur des Indischen Ozeans hat sich innerhalb weniger Jahre durch die Erderwärmung um durchschnittlich zwei Grad erhöht. Je höher aber die Wassertemperatur des Ozeans ist, desto stärker wird die Gewalt der Stürme, denn dadurch können große Wassermengen verdunsten und mit der warmen Luft aufsteigen, die sich zu drehen beginnt. Umso massiver sind auch die Regenmassen in den Ländern Asiens, während zugleich zum wiederholten Mal die Regenzeiten am Horn von Afrika ausfallen.

Die rasante Zunahme regionaler Umweltkatastrophen ist ein Anzeichen dafür, dass sich der Übergang in eine globale Umweltkatastrophe deutlich beschleunigt. Dabei erleben wir heute nur die Auswirkungen der Erderwärmung durch den Kohlendioxid-Ausstoß, der vor 30 Jahren stattfand, denn Gase wie Kohlendioxid oder Methan brauchen Jahrzehnte, um ihre Wirkung auf das Klima voll zu entwickeln. Aber die internationalen Großkonzerne treiben durch die immer weitere Verbrennung fossiler Energien die künstlich erzeugte Erderwärmung ungebremst voran.

Dagegen muss sich ein weltweiter Widerstand zum Schutz der natürlichen Umwelt organisieren. Die Entwicklung des Kapitalismus hat einen Punkt erreicht, an dem er grundsätzlich unvereinbar wird mit dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit. Daher setzt sich der konsequente Kampf zur Rettung der Umwelt auch das Ziel einer neuen Gesellschaftsordnung: die vereinigten sozialistischen Staaten der Welt! Dann wird die Produktions- und Lebensweise nicht mehr dem Profitdiktat unterworfen, sondern die Bedürfnisse der Menschen und der Schutz der Umwelt stehen im Mittelpunkt.

Aktuell bitten verschiedene Organisationen auf den Philippinen dringend um Hilfe für die Flutopfer. In Deutschland wird Hilfe koordiniert von den „Deutsch-

Philippinischen Freunden“, die garantieren, dass Spenden innerhalb eines Tages ohne Abzüge auf den Philippinen angekommen. Die Hilfsaktion dient vor allem dazu, Lebensmittel, Kleider, Wasser, Matratzen, Decken, Arzneimittel und andere Güter für die Betroffenen in den Wohngebieten der Arbeiter und städtischen Armen zu organisieren (Spendenkonto der DPF: Deutsche Bank 24 Langenfeld, Kontonummer 408 1550, Bankleitzahl 300 700 24, Stichwort: Flut Manila).

Harald Braun

Mumien, Monstren, Mutationen: Fukushima „bereichert“
die (Ab-)Artenvielfalt *(„Bild“-Zeitung)*

Die „Wachstumserfolge“ werden das Dinosauriersterben übertreffen

Was ist noch ehrlich und wahr, wenn die Regierung immer wieder ihre „Wahrheit“ von ihren Wachstumserfolgen nennt und die Arbeitslosigkeit prozentual zum großen Teil pauschal schöngerechnet singt? Dann tanzen die Medien das der Masse im Einklang zum krönenden Erfolg. Das erinnert an damals, an die „ Deutsche Wochenschau“: „Nur wir sind richtig, und alles ist Erfolg mit Sieg!“ Es ist unsere heimliche Indoktrinierung, die die echte Wahrheit immer schwieriger finden lassen soll. Es sind Wahrheit und Lüge, Geld und Gewinne, und das weltweit, die den Kapitalismus bald so grauenhaft machen wie im neoliberalen England vor 150 Jahren.

Was die da oben gleich als „human“ zusammenschwätzen! Wo der König damals seine Leibeigenen hatte, haben die Finanzmanager heute mit ihrem großen Betrug immer mehr Geld, also die königliche Macht von damals, und können für jeden auf der Welt bestimmen, was er tun und wie er leben soll. Gerade die Armen müssen da sein für diese Macht, sonst darf es keine Macht mehr geben. Im dunklen China, einem Riesenland, sind auch die größten Unterschiede. Arm macht reich, und keiner soll mehr nachdenken im falschen Kommunismus! Dies ist das Elend, das die Zukunft zerstört, die Moral, die Wahrheit und alle Lebensgrundlagen.

Wirtschaft über alles auch hier, so radikal und so total, dass es an damals erinnert. Hier wird alles noch gemacht wie im Nationalsozialismus oder, ein bisschen milder, wie beim Kaiser. Das ist alles noch da, aber weit weg, wie die Bomber, die damals bei uns die Städte in unsichtbarem Leid kaputtschmissen. In so einer Art wird heute von Deutschland auch global kaputtgeschmissen, ob menschlich in China („Bloß nicht sagen, Sie sind ein Unrechtsstaat!“) oder in Paraguay, wo mal eben mit deutschem Geld aller Urwald umgepflügt wird. Das ist nur eine

kleine Liste von den Gewissenlosigkeiten der deutschen Finanzmanager in der Welt. Wo soll das noch hinführen? Da muss ich mich schon mal als Prophet hinstellen: Das führt in Zukunft zum größten Wirtschafts- und Öko-GAU aller Menschen Zeiten. Das übertrifft sogar noch das Dinosauriersterben vor 65 Millionen Jahren!

Zuschrift von Günni, dem „Mann mit dem großen Hut“

Wozu Schutzschirm: Griechenland druckt sich frische Euros *(„Stern“)*

Europa wartet aufs Bundesverfassungsgericht: Und das soll jetzt auf den Europäischen Gerichtshof warten *(„Handelsblatt“)*

Drei Notlandungen an einem Tag: Billigflieger urlauben gefährlich *(„Spiegel-Online“)*

Zur Beschneidung schweigen, das ist nicht fortschrittlich

1. Es ist vielleicht nur ein Neben-Aufreger in Zeiten der Euro-Krise, aber mich ärgert es, dass nur ein Rabbi zu kommen braucht, der sinngemäß sagt: „Ihr macht da ja wieder den totalen Holocaust in Deutschland“, und schon sind die Blockparteien im Bundestag bereit, das Kindeswohl und das Recht auf körperliche Unversehrtheit außer Kraft zu setzen. Ich hoffe, diese Willfährigkeit gegenüber reaktionären Religionen wird vom Verfassungsgericht kassiert. Aber wer klagt in den nächsten 18 Jahren?

Ihr schreibt mir: „Wir geben dir recht, dass es nur ein ‚Nebenaufreger‘ ist derzeit, der auch gezielt hochgepuscht wurde, um von wichtigeren Fragen abzulenken. Deshalb wollen wir nicht auch noch in der ‚Roten Fahne‘ die große Debatte darüber eröffnen.“ Klar, wir müssen nicht über jedes Stöckchen springen, das uns hingehalten wird. Und gerade für die MLPD birgt eine Debatte zur **Beschneidung** die Gefahr schädlichen Streites mit verbündeten Migrantenorganisationen. Dem auszuweichen hat aber auch etwas Opportunistisch-antiaufklärerisch-unmarxistisches.

Ich will es noch einmal etwas weniger schlagwortartig sagen. Es gibt doch auch Menschen aus dem islamischen Kulturkreis, die den Ritus der Beschneidung

nicht so ganz in Ordnung finden. Denen gebt ihr jedenfalls keine Hilfestellung, wenn ihr euch um eine Bewertung dieses Themas herumdrückt. Das ist nicht fortschrittlich. Für unseren örtlichen „Piratenkapitän“ war es dagegen eine Pflichtübung, sich mit dieser Frage zu beschäftigen – wohl auch, um „diskussionsfest“ zu werden. Der braucht natürlich nicht groß Rücksicht zu nehmen auf migrantische Empfindsamkeiten und kann sich locker religionskritisch äußern. Wie aus eurer Sicht mit dieser provokativ hochgepuschten, aber auch nicht substanzlosen – es werden Kinderrechte mit Füßen getreten – Debatte umzugehen ist, dazu hätte ich mir wenigstens einen kleinen Kommentar oder auch nur eine Glosse in der „Roten Fahne“ gewünscht.

2. Es ist ein wichtiges Thema, aber eine „Ernährungsberatung“, in der das Wort Eiweiß nicht vorkommt („Rote Fahne“ 32/2012, Seiten 12 und 13), und ein Bericht über eine Lebensmittel-Unverträglichkeit (Seite 11), der den Eindruck erweckt, Weizenprotein (Gluten) sei ein Giftstoff – das hat eine Schlagseite. Der Mensch lebt eben nicht nur von Fett und Kohlenhydraten, und nicht nur „an Vitamine und Spurenelemente sollte gedacht werden“, sondern er muss insbesondere seinen Bedarf an den acht essentiellen Aminosäuren decken. Dieser ist auch bei schwächenden Krankheiten wie Krebs, im Alter, im Wachstum sowie – was viele nicht glauben wollen – bei Übergewicht durch Fehl-**Ernährung** erhöht, spätestens wenn es zu Wassereinlagerung im Gewebe kommt.

Im erwähnten Brokkoli-Nudel-Menü ist leider nur die fette Wurst eine ernsthafte Eiweißquelle. Ich will jetzt nicht der Fleischfresserei das Wort reden, weil Massentierhaltung eine Ressourcenverschwendung und Umweltbelastung mit sich bringt. Aber die Proteine der einzelnen pflanzlichen Lebensmittel haben zunächst einmal eine vergleichsweise geringe biologische Wertigkeit, die nur durch geschickte Kombination – zum Beispiel Linsen, Leinsamen, Paranuss – erhöht werden kann, sodass sich die spezifischen Mängel an den enthaltenen essentiellen Aminosäuren ausgleichen. Darüber besteht allgemein großes Unwissen, während ihr hier ein paar Binsen ausbreitet, die regelmäßig in den Ernährungstipp-Rubriken der Illustrierten stehen.

In meinem Beispiel gleicht der Leinsamen den Tryptophan-Mangel der Linse aus und diese wiederum dessen Lysin-Mangel. Beiden gemein ist ein Methionin-Mangel, der durch einen entsprechenden Überschuss der Paranuss ausgeglichen werden kann. Es kommt aber noch auf die Mengenverhältnisse an, deren Berechnung anhand der Nährwerttabellen ziemlich schwierig ist. Bei euch klingt die Botschaft an: „Fett macht fett, aber Zucker macht fetter“, wobei der wichtige Hinweis fehlt: „Eiweiß macht satt“. Eiweiß macht auch zufrieden, denn als Vorstufe des Hirnbotenstoffs Serotonin ist die Aminosäure Tryptophan psychoaktiv. Missgestimmtheit kann daher eine Variante des Hungergefühls sein.

Leserbriefe von Gerolf D. Brettschneider (parteilos) an die „Rote Fahne“

Es ist ein Missverständnis, wenn du meinst, dass es uns in der Debatte um Beschneidungen um opportunistische Rücksicht gegenüber Migrantenorganisationen geht. Wenn, dann müsste das Thema aber schon differenzierter behandelt werden als du es machst. Du ordnest das einfach unter Religionskritik ein. Auch wenn die Beschneidung von verschiedenen Religionen integriert und entsprechend verbrämt und instrumentalisiert wurde, hat sie doch einen langen kulturhistorischen Hintergrund, der bis in die Anfänge der Religion und der Entstehung der Klassengesellschaften zurück reicht. Sie hat viele Aspekte, und es gibt keinen Grund dafür, dass sich die „Rote Fahne“ einfach für oder gegen Beschneidung ausspricht. Das ist keine Frage, die unsere Linie und beschlossenen Positionen betrifft, genauso wenig wie die zahlreichen unterschiedlichen Ansichten zu Ernährungsfragen, wo wir ebenfalls nicht einfach im Sinne von Pro und Contra Stellung nehmen.

Antwort von Matthias (Redaktion „Rote Fahne“) – Nach Erhalt dieser Antwort hat Gerolf sein seit acht Jahren bestehendes Abonnement gekündigt.

„Auch wenn die Beschneidung von verschiedenen Religionen integriert und entsprechend verbrämt und instrumentalisiert wurde, hat sie doch einen langen kulturhistorischen Hintergrund, der bis in die Anfänge der Religion und der Entstehung der Klassengesellschaften zurück reicht.“ Dasselbe gilt nicht nur für Beschneidung, sondern beispielsweise für Inquisition und Hexenverfolgung sowie -verbrennung. Sie gehören ebenso zu den kulturhistorisch verankerten Menschenrechtsverletzungen. Ein langer kulturhistorischer Hintergrund kann daher auch kein Hindernis sein, sich aus religionskritischer oder menschenrechtlicher Sicht gegen die Steinigung von Ehebrecherinnen zu stellen, wie sie in fundamentalreligiösen Theokratien noch heute praktiziert wird, oder gegen die Verwehrung der sexuellen Selbstbestimmung, wie sie hierzulande in fundamentalchristlichen Kreisen betrieben wird.

Anmerkung von Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Die Fleischkost enthielt in fast fertigem Zustand die wesentlichsten Stoffe, deren der Körper zu seinem Stoffwechsel bedarf; sie kürzte mit der Verdauung die Zeitdauer der übrigen vegetativen, dem Pflanzenleben entsprechenden Vorgänge im Körper ab und gewann damit mehr Zeit, mehr Stoff und mehr Lust für die Betätigung des eigentlich tierischen (animalischen) Lebens. Und je mehr der werdende Mensch sich von der Pflanze entfernte, desto mehr erhob er sich auch über das Tier. Wie die Gewöhnung an Pflanzennahrung neben dem Fleisch die wilden Katzen und Hunde zu Dienern des Menschen gemacht, so hat die Angewöhnung an die Fleischnahrung neben der Pflanzenkost wesentlich dazu beigetragen, dem werdenden Menschen Körperkraft und Selbständigkeit zu geben. Am wesentlichsten aber war die Wirkung der Fleischnahrung auf das Gehirn, dem

nun die zu seiner Ernährung und Entwicklung nötigen Stoffe weit reichlicher zuflossen als vorher, und das sich daher von Geschlecht zu Geschlecht rascher und vollkommener ausbilden konnte. Mit Verlaub der Herren Vegetarianer, der Mensch ist nicht ohne Fleischnahrung zustande gekommen...

Friedrich Engels („Menschwerdung des Affen“, 1876)

Hunger durch Biosprit: Dürre in den USA lässt Getreidepreis explodieren *(„Spiegel-Online“)*

Schröder schweigt zum Urteil gegen „Pussy Riot“: Sollte das mit seiner Lobby-Tätigkeit für Putins Gazprom-Konzern zu tun haben? *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Verfassungsgericht bricht Grundgesetz: „Im Schatten eines Arsenals militärischer Waffen kann freie Meinungsäußerung schwerlich gedeihen“ *(„Nachdenkseiten“)*

Optimistisches Sommerfest: Acht Jahre Hamburger Montagsdemo *(„Rote Fahne News“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

388. Bremer Montagsdemo am 20. 08. 2012

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer

Altkanzler Schröder lobt zehn Jahre nach Verkündung seiner Agenda 2010 die Hartz-Gesetze als „Gewinn für die Gesellschaft“. Es gibt Gewinner: Das sind die Konzerne und Banken, die Superreichen dieser Republik. Und es gibt viele Verlierer: Mit den Hartz-Gesetzen und der Krisenpolitik von Schröder bis Merkel hat sich eine gigantische Umverteilung auf dem Rücken der Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft vollzogen. Seit Einführung der Hartz-Gesetze zum 1. Januar 2005 ist in Deutschland die Armut deutlich gewachsen. Die Löhne liegen inzwischen am unteren Ende im EU-Vergleich.

Nur knapp 30 Prozent aller Arbeitslosen erhalten noch normales Arbeitslosengeld I. In Bremen sind es sogar nur 18 Prozent, während 82 Prozent der Arbeitslosen von Hartz IV leben müssen. Der Regelsatz von 374 Euro ist „zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel“. Die Leiharbeit hat sich hier mehr als verdoppelt. Mit Minijobs müssen sich im Bundesland Bremen inzwischen 71.000 Menschen irgendwie über Wasser halten. Der Zwang, praktisch jeden Job annehmen zu müssen, macht krank und frisst die Seele auf. Adolf Bauer, Präsident des „Sozialverbands Deutschland“, zieht eine andere Bilanz als Schröder und Merkel: „Für eine Hartz-Jubelarie besteht kein Grund, denn die gegenwärtige Bilanz ist ein Desaster. Mit diesem tiefen Einschnitt wurde der Armut ein Weg in die Mitte der Gesellschaft geebnet.“ Wie recht er hat!

Dabei ist genug Geld da. Europa ist so reich wie noch nie: Inzwischen gibt es 3,2 Millionen Millionäre. Die 500 reichsten Deutschen verfügen laut Rating-Listen über ein Vermögen von 3,3 Billionen Euro – das ist die Hälfte des Gesamtvermögens aller Deutschen. Sie haben in der Krise gut verdient und wurden von der herrschenden Politik großzügig gesponsert. Es waren SPD und Grüne, die mit den Hartz-Gesetzen gleichzeitig eine massive Entlastung des Kapitals beschlossen haben: Der Spitzensteuersatz wurde von 53 auf 42 Prozent gesenkt, die Gewerbesteuer für Großkonzerne massiv abgebaut. Seither können milliar-

denschwere Familienunternehmen faktisch steuerfrei vererbt werden. Nach einer Studie des „Tax Justice Network“ vom Juli 2012 lagern in den Steueroasen dieser Welt 32 Billionen US-Dollar auf Schwarzgeldkonten.

Den Reichen der Welt wird dabei kräftig unter die Arme gegriffen von Top-Banken, die allesamt staatliche „Rettungsschirme“ bekommen haben. Das alles sind unvorstellbare Summen, aber sie existieren. Mit einem Bruchteil dieses Geldes könnten die elementaren Menschheitsprobleme gelöst werden. Zum Beispiel könnte der Hunger auf der Welt sofort gebannt werden. Mit 20 Prozent der „Rettungsschirme“ für die Banken könnte innerhalb von zehn Jahren die weltweite Energieversorgung auf umweltschonende und erneuerbare Quellen umgestellt werden. Das setzt aber voraus, dass wir uns eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung erkämpfen, in der Reichtum denen zugute kommt, die ihn erarbeiten.

Wir werden vergeblich darauf hoffen, dass die herrschende Politik eine massive Besteuerung der Reichen vornimmt. Sie steht ganz im Dienste der Konzerne und Banken und hat für die Bevölkerung nur *noch* größere Einschnitte zu bieten. Die Vorgänge in Griechenland, Portugal, Spanien und andere Länder sind ein kleiner Vorgeschmack. Das wollen wir gemeinsam verhindern! Seit acht Jahren gibt es die Montagsdemonstrationen in über 100 Städten Deutschlands. Wir können auf vieles stolz sein: auf unseren langen Atem, auf das soziale Gewissen, auf unsere demokratischen Prinzipien, auf unsere überparteiliche Unabhängigkeit, auf unsere gesellschaftlichen Visionen, auf die internationale Verbundenheit, auf die sachkundige Beratung, auf die alltägliche Hilfe, auf das gegenseitige Mutmachen, auf die begeisternde Solidarität. Das ist wirklich ein guter Grund zu feiern!

Harald Braun

Zehn Jahre Hartz-IV-Armut per Gesetz und die Rahmenbedingungen

1. Wie Gerhard Schröder zur **Agenda 2010** fand, steht auf der 387. Seite der Bremer Montagsdemo. Eine so grundlegende Vernichtung von Ansprüchen der Arbeitnehmer ist nur mit leeren Kassen möglich – und mit einer Partei, die „Arbeitnehmerfreundlichkeit“ auf den Fahnen stehen hat. Mit Kohl wäre es nichts geworden: Die Gewerkschaften hätten an der Seite der Arbeitnehmer(innen) gestanden – dort, wo sie hingehören!

Die Kassen wurden durch die Unternehmenssteuerreform 2001 geleert. Die Körperschaftsteuer, also die Einkommensteuer der Kapitalgesellschaften wie AG oder GmbH, versiegte und wurde eine Aufwandsposition, weil die Erstattungen

die Einnahmen überstiegen. Wenn wir heute noch die gleichen Steuersätze wie zu Zeiten von Helmut Kohl hätten, wäre der Staatshaushalt ausgeglichen – auch weil inzwischen die Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent erhöht wurde.

Erhebliche Gelder spülten außerdem die sogenannten Cross-Border-Leasing-Geschäfte nach Deutschland. Circa 80 Prozent des Kaufpreises erhielt die vermittelnde Bank als Eigenkapital, nicht als Einlage auf ein Konto. Für dieses Eigenkapital musste eine „angemessene“ Verzinsung erreicht werden – wenn es nach den Vorlieben von Herrn Ackermann geht, 25 Prozent Rendite!

Die Deutsche Bank wollte in den USA ins Immobilien-Banking einsteigen. Bedingung der USA war die Auflösung der „Deutschland AG“. Schröder war einverstanden. Das Großkapital jubelte, als verkündet wurde, dass auf Beteiligungsverkäufe keine Steuern zu zahlen sind. Nach meiner Schätzung wären dies mehr als 100 Milliarden Euro gewesen. Die Zerschlagung der „Deutschland AG“ war vollbracht. Die Deutsche Bank konnte sich in den USA die Beteiligung kaufen. Die Großunternehmen hatten volle Kassen. Diese Beträge wurden genutzt, um personalsparende Technik einzusetzen. Die Politik hat – wissend – die Freibeträge für Abfindungen gesenkt.

Um diesen Personalabbau nicht in der Arbeitsmarktstatistik sichtbar zu machen, wurden die Rahmenbedingungen geändert: Bisher wurden nur Vollzeittätigkeiten als Arbeitsplätze gerechnet, jetzt zählten auch Teilzeittätigkeiten mit. Außerdem fielen immer mehr Erwerbslose durch die Maschen der Statistik: Sie werden einfach nicht mitgerechnet. Die offenen Stellen wurden unter Einbeziehung aller Personalportale im Internet ermittelt. Es wurden einfach alle Angebote addiert, ohne doppelte auszusortieren.

Die Statistik wurde dadurch nichtssagend, allerdings europaweit. Die französischen Statistiker machten durch einen Streik darauf aufmerksam. Frau Merkel hat im Wahlkampf darauf hingewiesen, dass jeden Monat 2.000 Vollzeitstellen abgebaut werden. Sie hat untertrieben. Frau Merkel hat die Statistik aber weiter „verfeinert“: Das gewünschte Ergebnis wurde erreicht, nur die Aussagekraft ging baden. Kaum beachtet, gibt es jetzt als Ergänzung die Statistik der Unterbeschäftigung, leider ebenfalls durch die Rahmenbedingungen gesteuert.

Zu keiner Zeit wurden so rasant Arbeitnehmerrechte abgeschafft. Nie gab es Lohnsenkungen und Sozialkürzungen in diesem Umfang! Gleichzeitig boomte der Export. Die Unternehmen verdienten wie nie zuvor. Die mittleren und besonders die geringen Einkommen waren und sind dagegen vom Lohnverlust gebeutelt. Deutschland wurde Exportweltmeister – in der Ausfuhr von Euros: Das Geld wurde außer Landes gebracht. Ein Teil der Spuren taucht auf den gekauften Steuer-CDs wieder auf. Hat die UBS damals nur durch Bilanzfälschung überlebt – ungesühnt?

Der Kapitalansturm – die „überzähligen“ Gelder aus den sehr guten Unternehmensgewinnen, der sehr gut bezahlten Manager und der Cross-Border-Leasing-Geschäfte – musste bewältigt werden. Die Amerikaner hatten eine Idee: Hypothekendarlehn wurden gestückelt, umbenannt und verkauft. Doch das Volumen reichte nicht. Vertreter gingen in Amerika von Haus zu Haus, um Hypotheken zu verkaufen – auf Provisionsbasis. Der Hausbesitzer konnte ruhig zahlungsunfähig sein. Die Blase platzte; im Wesentlichen blieb das Geld aber im Markt, und es sucht erneut nach einer Anlagemöglichkeit. Die aktuelle Miesere steht in den Tageszeitungen. Mit der Rückkehr zu den alten Steuersätzen plus der konsequenten Steuererhebung wäre ein Teil des Geldes gut angelegt im öffentlichen Haushalt.

In Deutschland wurde die Eigenheimzulage abgeschafft, auch die Grundsteuerbefreiung für Eigenheimkäufer. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe hatte für viele Einkommensverluste zur Folge, in der Spitze über 1.000 Euro monatlich. Selbst Sozialhilfeempfänger erlitten Einkommensverluste. Der Euro verzehrte ebenfalls Kaufkraft, desgleichen die Mehrwertsteuererhöhung von 16 auf 19 Prozent. Auf dem Binnenmarkt florierten nur Luxusgüter, denn die Reichen konnten die Entwicklung verknusen.

Herr Schröder hat auch den „Heuschrecken“ das Tor geöffnet. Er hat die Koppelung des Erdgaspreises an den Ölpreis beibehalten, einzigartig in Europa! Hat Herr Schröder auf den Rat von „guten Freunden“ gehört? Ich hoffe, er hat Herrn Putin im Vertrauen zur baldigen Korrektur des aktuellen haarsträubenden Urteils gebeten. Herrn Schröder ist sicherlich auch die Tragweite der anderen politisch bedingten Verfahren im Einflussgebiet seines Arbeitgebers bekannt. Aber er hat auch selbst viel Leid zu verantworten. Die Selbsttötungsquote bei Sozialleistungsbeziehern ist leider sehr hoch.

Die zehn Euro Praxisgebühr sind nur die immer wiederkehrende Erinnerung an die vielen Änderungen im Gesundheitswesen. Die Fallpauschale gefährdet Tag für Tag Menschenleben! Die „Schuldenbremse“ soll nun die öffentlichen Hände zum Verkauf des „Tafelsilbers“ zwingen, mit Cross-Border-Leasing hat dies ja nur eingeschränkt geklappt. Eine Gegenrechnung der geschaffenen Werte, eine Auflistung der Schulden und der vorhandenen Werte findet nicht statt. Die Auswirkungen sind schon jetzt in Bremen alarmierend. Eine Gesellschaft, die die Ausbildung der Kinder nicht mehr in den Vordergrund stellt, ist zum Scheitern verurteilt!

Nun werden die unzufriedenen Bürger erwartet. Die Reform der Bundespolizei hat als einen Schwerpunkt den Einsatz auf Großdemos. Die Änderung der Bewaffnung ist abgeschlossen. Der „Verfassungsschutz“ sieht den Feind nur links. Die Neonazi-Mordserie führt wohl auch kein Umdenken herbei. Ausgerechnet jener Beamte, der Murat Kurnaz nicht wieder nach Deutschland lassen wollte, soll es nun richten. Wer im Bericht des „Verfassungsschutzes“ negativ erwähnt wird, soll automatisch die Gemeinnützigkeit verlieren. Bisher hat das Finanzamt darüber entschieden. Der „Verfassungsschutz“ agiert noch immer nach Gutdünken beziehungsweise nach dem Wunsch des politisch Verantwortlichen. Wie hartnäckig widerrechtlich beschattet wird, zeigt der Umgang mit Rechtsanwalt Rolf

Gössner. Herr Gössner hat sich erfolgreich gewehrt! Nur in Details verweigert sich der „Verfassungsschutz“ noch immer.

Die Bundeswehr kann nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts nun auch in Deutschland selbst eingesetzt werden. Das ist eigentlich nur die logische Befolgung der „Lissabon-Strategie“. Europa hat eine eigene Einsatzgruppe, die nach EU-Entscheidung eingesetzt wird – überall auf der Welt, ohne Mitbestimmung der Heimatländer der Soldaten. Für diese Truppe hat auch Deutschland Soldaten abgestellt. Die Bundeswehr soll in allen Ecken der Welt stehen – nicht, weil wir von dort angegriffen werden, sondern um die wirtschaftlichen Interessen der EU mit Waffengewalt zu verteidigen. Als ob die Probleme dieser Welt durch Waffen zu lösen wären!

Die Abschaffung der Folter war ein Ziel beim Einmarsch nach Afghanistan. Inzwischen lässt auch die neue afghanische Regierung foltern. Die Amerikaner schauen weg – wir auch. Die angeblich Befreiten leiden! Afghanistan erhält noch nach Abzug der Bundeswehr erhebliche Mittel aus Deutschland. Für die Millionenzahlungen muss die afghanische Regierung die Verwendung nicht nachweisen, nicht einmal nennen. Dies wurde vereinbart, obwohl Bilder mit Paletten voller Dollars, bereitgestellt zum Abtransport aus Afghanistan, um die Welt gingen. Aufgeklärt wurde nur, dass die Dollars echt waren, dass sie – und noch viel mehr – tatsächlich aus Afghanistan exportiert wurden und dass es sich nicht um die Regulierung für eine Warenlieferung handelte.

Zur Vorratsdatenspeicherung kommen die Handyverfolgung auch ohne Gerichtsbeschluss, die Rasterfahndung und die Gleichschaltung der Überwachungskameras mit gleichzeitigem Gesichtserkennungsprogramm, die sich zum Glück erst in der Erprobung befindet. Die Handyüberwachung kann auch gebietsweise erfolgen. So wurde auf einem Flughafen festgehalten, welches Handy wie lange in welchen Shop war. Die Aufzeichnung der Gespräche wäre ebenfalls möglich. In Bremen wurde die „Weltraumlupe“ entwickelt. Jeder Mensch, am einfachsten mit Handy, kann aus dem Weltraum genau verfolgt werde. Bei mehrgeschossigen Gebäuden kann sogar das Stockwerk ermittelt werden.

Es kann auch ein Geländestreifen lückenlos überwacht werden, sogar wetterunabhängig. „Frontex“, die „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen“, setzt diese Technik ein. An den Außengrenzen der EU werden die anliegenden Länder so zum lückenlosen Überwachen der Grenzen befähigt. Die EU lässt in Nordafrika die Flüchtlinge vom Grenzzaun schießen. Die EU veranlasst Zöllner, auf Schlauchboote zu schießen. Schiffe werden gestoppt und die Wasservorräte vernichtet. Alles mit dem Ziel: Kehrt um! Über die vielen Toten wird kaum berichtet. Der Prozess gegen die Besatzung der „Cap Anamur“ sollte abschrecken.

Länderbezogen wurden die Demonstrationsgesetze geändert. Demos, die regelmäßig immer zur gleichen Zeit am gleichen Platz stattfinden, können in manchen Bundesländern verboten werden. Das Internet lässt sich stören oder abschalten. Die Einführung der Energiesparlampe mit Sondererlaubnis zur Queck-

silberverwendung und erst nach Verbot der Glühbirne vorgelegten Gutachten zeigen die Weltferne der EU. Die EU verpflichtet die Staaten Europas noch immer zur Förderung der Atomkraft; Basis ist ein dem Lissabonner Vertrag unabgestimmt beigefügtes Protokoll. Die Gleichschaltung von Geheimdienst und Entwicklungshilfe erfolgt unter Federführung der Außenminister. Nichtregierungsorganisationen, die sich widersetzen, erhalten keine Unterstützung mehr. Weltweit werden diplomatische Vertretungen der EU geschaffen und besetzt.

Die EU hält nichts vom Sparen in eigener Zuständigkeit. Glaubwürdigkeit wird so verspielt. Die EU gibt vor, unsere Politiker gehorchen. Die EU hat eine gesetzliche Regelung für den Seilbahnbetrieb gefordert, europaweit, einfach mit Sanktionsandrohung. Auch Bremen hat sich gefügt und Vollzug gemeldet. Die Hansestadt hat zwar keine Seilbahn, aber das geforderte Seilbahngesetz. Bremen kann keine Fördergelder von der EU beantragen, dies können nur „Metropolregionen“. In deren Schattenregierungen sitzen Volksvertreter sowie ungewählte Vertreter des Kapitals. Die Schattenregierung der Metropolregion Oldenburg-Bremen ist in Vereinsform gekleidet. So stellt sich die EU die Aufteilung Europas vor.

Nachlesen können Sie vieles und anderes in dem Buch „Wir sind empört! Gegen die Zerstörung des Sozialstaates und den Angriff auf unsere Grundrechte“ der „Georg-Elser-Initiative Bremen“. Vor allem ist dies und vieles mehr aber aus den Redebeiträgen von jetzt acht Jahren Bremer Montagsdemo zu erfahren. Wenn Sie Fragen haben oder etwas unklar ist, können Sie uns über unsere Kontaktadressen erreichen oder kommen Sie einfach zur **Bremer Montagsdemo**, jede Woche um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Falls Sie nicht in der Nähe wohnen, gehen Sie einfach zur nächstgelegenen Montagsdemo. Kommen Sie Ihrer selbst wegen, denn der bisherig Abbau der sozialen Sicherungssysteme gefährdet die Demokratie. Der weitere Abbau *beseitigt* unsere Demokratie! Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

2. Den wievielten **Klinikskandal** haben wir jetzt in Bremen? Die Senatorin für Gesundheit fühlt sich nicht zuständig, obwohl sie Vorsitzende des Aufsichtsrats des Klinikums Nord ist: „Anlässlich der stattfindenden Aufsichtsratssitzung der , Gesundheit Nord‘ lädt die Aufsichtsratsvorsitzende Renate Jürgens-Pieper, Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, gemeinsam mit der Geschäftsführung der ‚Gesundheit Nord‘ morgen, am 22. Juni 2012, zu einer Pressekonferenz ein“.

Nehmen wir den Klinikskandal im Jahre 2006. Damals war Staatsrat Dr. Knigge für Senatorin Karin Röpke Aufsichtsratvorsitzender in der Klinik. Die damalige Presseerklärung war wesentlich detaillierter. Warum wurde sie im Netz geändert? Sehen Sie sich die Unterschiede an: „Als Fehler räumte Dr. Knigge ein, dass er zu sehr auf die Beratungen und Beschlussfassungen im Aufsichtsrat gesetzt hätte... Auf diese Weise wurde ich mehrmals getäuscht oder nur unzureichend infor-

miert. Zu diesem Fehler bekenne ich mich in alleiniger Verantwortung.“ So die ursprüngliche Fassung.

Herr Dr. Knigge wurde wunschgemäß in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Der Schadensumfang wurde durch den Sonderermittler Professor Ziemann aufgedeckt. Er gab in seinem Bericht auch Handlungsempfehlungen zur Vermeidung solcher Schäden, siehe 103. Bremer Montagsdemo. Das sind eigentlich Selbstverständlichkeiten. Auch sollte die Position im Aufsichtsrat der Kliniken nicht delegiert werden. Hier sollte die Besetzung der Aufgabe entsprechen und die Senatorin sich selbst einbringen. Die senatorische Dienststelle muss aktiv das Geschehen im Blick behalten.

Empfehlenswert im Bericht von Herrn Ziemann ist die Passage auf den Seiten 164 und 165, wie Abgeordnete beschränkt werden. Ab Seite 187 steht, was alles anders werden soll. Unter anderen wird auch darauf hingewiesen, dass eine Einweisung vor der Tätigkeit im Aufsichtsrat nötig ist. Damals ging es nur um Millionen, jetzt hat der „Apparat“ Menschenleben gekostet, und das Vertrauen in die fachliche Zuverlässigkeit ist beschädigt! Es wird leider noch richtig teuer.

Frau Senatorin Jürgens-Pieper und Herr Staatsrat Schuster, haben Sie den damaligen Untersuchungsbericht gelesen? Haben Sie eine Einweisung erhalten? Sehen Sie noch immer Ihre Distanz zum Geschehen in den Kliniken? Lesen Sie doch auch die Presseerklärung vom 3. Juli 2006 in der ursprünglichen Form. Es wird Zeit für mehr Einsatz!

Bremen sollte es auch endlich hinkriegen, dass das Standesamt die notwendigen Urkunden zeitnah erstellt. Vor einiger Zeit waren es die Sterbeurkunden, aktuell sind es die Geburtsurkunden, die auf sich warten lassen. Die Bremer Kliniken haben eine politische Führung verdient, die zu ihnen steht, schließlich sind sie auch Lehrkrankenhäuser der Uni Göttingen.

Aber da ist noch das Problem mit den nicht beantworteten Fragen zu den unbezahlten Rechnungen: „Der ‚Gesundheit Nord‘ fehlten rund 22 Millionen Euro durch nicht oder schleppend bezahlte Rechnungen der AOK, so Hansen. Er bezifferte den Zahlungsrückstand bei rund 15.000 Rechnungen auf rund 22 Millionen Euro.“ Hat Herr Hansen dies vor seinem Weggang erledigt? Gerade bei der zu erwartenden Baukostenüberschreitung ist der Zahlungseingang wichtig.

Frau Jürgens-Pieper, wie geht es besser? Die Abteilung 4 mit der kommissarischen Leitung unter Silke Stroth sieht ziemlich abgestoßen aus. „Abteilung 4 (Gesundheit)“ war damals die Bezeichnung unter der Senatorin für Soziales et cetera, daher taucht wohl auch Staatsrat Schuster im Organigramm vom Februar 2012 nicht auf.

3. Das ZDF hat unter dem Titel „Giftiges Licht“ einen Bericht über die Nebenwirkungen der **Energiesparlampen** gebracht. Die EU hat ihre Gutachten über Energiesparlampen erst *nach* dem Verbot der Glühbirnen erhalten. Wenn Sie Energiesparlampen haben, so sehen Sie sich diesen Bericht an! Sie sollten für einen eventuellen Notfall unbedingt Vorsorge treffen, zumindest über die Verhaltensweisen

und Risiken informiert sein. Wenn eine Energiesparlampe zerbricht, muss sofort gelüftet werden. Möglichst den Raum verlassen. Die Überreste dürfen nicht weggesaugt werden, sondern mit Schutzhandschuhen eingesammelt werden. Kleine Teile lassen sich mit Klebeband aufnehmen. Alles gehört in einen verschließbaren Behälter, einschließlich Lappen und Handschuhen, und zum Sondermüll.

Energiesparlampen haben einen Sockel mit viel Elektronik. Das dort verwendete Material dünstet bei Hitze aus, wenn der Übergang nicht dicht ist. In dem Beitrag gezeigte Versuche haben die Undichtigkeit belegt. Inzwischen soll es Energiesparlampen geben, die das Quecksilber besonders gesichert haben. Ich habe mir die Verpackung meiner Exemplare angesehen: Es gibt keine Hinweise zur (Un-)Sicherheit, auch keinen „Beipackzettel“ bei. Nur eins ist klar: Defekte Energiesparbirnen gehören in den Sondermüll! Die „Tageszeitung“ hat treffend über den Ablauf der Einführung geschrieben. Es gab kein Verbot zum Verkauf der alten Glühbirnen, nur wurde das Angebot zwangsläufig geringer. Es gibt noch die Acht-Watt-Glühbirnen von Paulmann.

Eine weitere Bedrohung entsteht durch das stärkere Elektrosmogfeld. Die EU lässt grüßen! Energiesparen ist sinnvoll. Ich spare gern Energie, aber nicht unter Gefährdung unserer Gesundheit. Meine Energiesparbirnen liegen jetzt im Keller. Ich werde beim Hersteller nachfragen. Ansonsten gehe ich davon aus, dass die Politik diesen Fehltritt umgehend beseitigt! Es geht auch anders. Die Atomkraftwerke müssen für alle tatsächlich entstehenden Nebenkosten zur Kasse gebeten werden! Dann ist Atomkraft sofort unwirtschaftlich. Daher die Atomkraftwerke sofort abschalten, auch wenn die Energiesparlampe ein Flop ist! Der Stromverbrauch ist mit erneuerbaren Energien zu decken, und auch die „Konkurrenz zum Teller“ durch Biosprit ist zu beseitigen! Es gibt genug zu tun. Schalten wir es ab!

4. Die **Nazis** dürfen das? Die „Courage-Elser-Initiative“ hat da eine negative Erfahrung gemacht und sitzt jetzt auch noch auf den Kosten des Rechtstreits. Eigentlich sollte ein „Herr Reichskanzler“ und „Herr Hitler“ schon für ein Strafverfahren gegen Rechts reichen. Es ging leider ganz anders aus. Daher gab es Schilder am Saaleingang und Augenkontrolle: „Zutritt für Nazis verboten!“ Wer hat, möge etwas Geld überweisen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Das „Bremer Friedensforum“ lädt ein zur antimilitaristischen **Fahrradtour** am **Antikriegstag**, dem **1. September 2012**. Beginn ist um **11 Uhr** auf dem **Marktplatz**. – MLPD und „Jugendverband Rebell“ laden für **19 Uhr** ein zur **Veranstaltung** unter dem Titel „International kämpfen für den Weltfrieden“ im „**Jugendfreizeitheim Neustadt**“, Geschwornenweg 11a. Es gibt anatolische Musik, Theater, Diskussion und internationales Buffet.

„In der deutschen Bevölkerung ist durch die Erfahrungen mit dem Hitler-Faschismus das antifaschistische und antimilitaristische Bewusstsein tief verwurzelt. Gegen öffentliche Auftritte von Faschisten entwickeln sich sofort massenhafte Proteste. Zwei Drittel der Deutschen lehnen den Auslandseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan ab. Es gibt große Solidarität mit der demokratischen Aufstandsbewegung in den arabischen Ländern und mit den Rebellionen vor allem der Jugend in Europa. Die Arbeitereinheit wächst international zusammen. Der Kampf gegen den Militarismus, für den Weltfrieden und für die vereinigten sozialistischen Staaten der Welt sind am Internationalen Kampftag gegen Faschismus und Krieg die zentralen Anliegen von MLPD und ‚Rebell'. Beide sind Mitglied der revolutionären Weltorganisation ‚ICOR', die sich in 42 Ländern aktiv am Antikriegstag beteiligt." – *Einladung von MLPD und „Rebell"*

Meinungseinfalt: Bertelsmann übernimmt Gruner & Jahr *(„Manager-Magazin")*

Einbrecher klettern übers Baugerüst: Wo bleibt die Polizei? *(„Tageszeitung")*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

389. Bremer Montagsdemo am 27. 08. 2012

Ach, wären schon vor Jahrzehnten die Eltern der heutigen Erwerbslosen mit Bußgeldern belegt worden!

1. Der frühere Wirtschaftsminister Wolfgang Clement hält die **Rente** mit 67 angesichts des „demografischen Wandels“ für nicht ausreichend und plädiert dafür, die gesetzliche Lebensarbeitszeitbegrenzung abschaffen. Clement verlangt, dass „fitte Senioren“ viel länger arbeiten sollen als bisher vorgesehen und findet, wer wolle und es könne, solle bis zum 75. oder 80. Lebensjahr arbeiten – so wie er es schließlich auch selbst machen würde. Warum auch nicht, da es gut bezahlte Arbeitsplätze im Überfluss gibt! Wenn alle so „schwer“ arbeiten würden wie ein Minister am Schreibtisch oder hinter dem Chauffeur in der Limousine, dann könnten wir uns wirklich mal ein Beispiel nehmen und nicht wie so manch ein sich „bloß“ körperlich betätigender Bauarbeiter schon vor dem Erreichen des jetzigen Renteneintrittsalters von nur 65 Jahren in Frühverrentung gehen.

So lassen sich auch ganz wunderbar Rentengelder einsparen, denn mit Verlaub: Wer erreicht heutzutage noch ein stolzes Alter von 80 Jahren? Das wäre geradezu genial: eine noch größere Renteneinsparung als bisher! Wenn die für viele sehr karge Rente erst mit 80 Jahren gezahlt wird, müssen sie noch mehr Abschläge in Kauf nehmen, sofern sie früher aufhören wollen beziehungsweise müssen. Sollte es sich bei den viel gepriesenen „fitten“ Deutschen etwa nur um Manager handeln, die für sich arbeiten lassen? Oder müssen die Alten in Deutschland einfach nur fitter werden, sich länger auf den Beinen halten, mit den Händen in Papierkörben nach Pfandflaschen und angebissenen Brötchen suchen, damit sie sich die Rente als ihren Lebensabend leisten können?

2. Ich weiß nicht, ob es am Sommerloch liegt oder warum das schwarz-gelbe Gruselkabinett schon wieder die **Prozesskostenhilfe** derart einschränken will, dass finanziell Arme faktisch nicht mehr klagen können. Wenn die Hartz-Gesetze vor

zehn Jahren absichtlich mit so heißer Nadel gestrickt wurden, dass sie schwammig und uneindeutig klingen, dann darf sich niemand darüber wundern, wenn sich Zehntausende ALG-II-Bezieher ihr Recht einklagen. Die Hartz-Gesetze kommen bei den Betroffenen bei Weitem nicht so gut an wie die Abenteuer von „Sponge Bob“ bei vielen Kindern – nicht nur bei denen, deren Eltern erwerbslos sind.

Dabei sind die Ärmsten der Armen natürlich auf Prozesskostenhilfe angewiesen, um sich eine Rechtsvertretung leisten zu können. Die neoliberale Bundesregierung will das Prozesskostenhilfe- und Beratungsrecht nun zuungunsten der Schwächsten ändern, angeblich um den „Missbrauch staatlicher Hilfeleistungen“ zu verhindern. So sollen die Freibeträge für Geringverdiener gesenkt, die Ratenzahlungszeiträume verlängert werden, bei kleinen Streitwerten künftig keine Prozesskostenhilfe mehr möglich sein. Mit der Arroganz der Satten lässt sich natürlich nicht vorstellen, was für ein tiefes Loch auch ein kleiner Streitwert in das ohnehin ewig klamme Portemonnaie eines ALG-II-Beziehers reißen kann.

Ganz plutokratisch soll es in Deutschland nur noch demjenigen möglich sein können, sich für sein Recht einzusetzen, der es sich leisten kann. Diese Änderung ist doch nur eine weitere Schikane, weil schon jetzt ein Richter darüber entscheiden muss, ob die Klage Aussicht auf Erfolg hat, bevor Prozesskostenhilfe gewährt wird. Anstatt Geringverdienern die Möglichkeit zu nehmen, ihre Rechte vor Gericht durchzusetzen, sollte vielmehr die Frage gestellt werden, ob nicht mal wieder an den Symptomen einer völlig verfehlten Pseudo-Sozialpolitik herumexperimentiert wird. Der Erfolg vieler Klagen zeigt, dass schlichte „dringende Korrekturen“ beim Hartz-IV-Gesetz verfehlt sind, da es schleunigst abgeschafft werden muss! Bisher gelang es noch keiner Bundesregierung, dafür zu sorgen, dass sich die verantwortlichen Behörden umfassend an die geltenden Gesetze halten.

3. Aus einer dem „Hamburger Abendblatt“ vorliegenden Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei geht hervor, dass etwa jeder fünfte **Leiharbeiter** in Deutschland nach Ministeriumsangaben 25 Jahre alt oder jünger ist. Das ergibt Sinn, damit junge Menschen sich von Anfang an bereitwillig verbiegen, weiter ausnutzen lassen und von vornherein lernen, wo der Hammer hängt. Da viel zu viele von Tarifverträgen oder Arbeitschutzgesetzen überhaupt keine Ahnung haben, lassen sie sich willig und fleißig schröpfen, um „Berufserfahrung“ zu sammeln und hoffentlich auf diese Weise einmal unbefristet zur Stammbelegschaft dazugeholt zu werden. Daher dürfen Unterfünfundzwanzigjährige von einer privaten Zukunft mit Familiengründung sowie dem Bau eines Hauses nur in den schillerndsten Farben leichtlebiger Seifenblasen träumen. Sie werden nicht nur „Berufserfahrung“ am eigenen Leib spüren, sondern auch reicher an Lebenserfahrung werden und hoffentlich anfangen, sich zu wehren und Hilfe zu holen, also nicht nur erstarren, sondern sich nicht mehr nur alles gefallen lassen – aus dem begründeten Horror heraus, in die Klauen von Hartz IV mit seiner Verfolgungsbetreuung zu geraten.

4. Unser aller Arbeitsministerin – *lovely* Zensursula von der Leyen – fordert allen Ernstes, Eltern von Schulschwänzern notfalls mit Bußgeldern zu belegen, um die Kinder vor einer späteren Arbeitslosigkeit zu bewahren. Schulschwänzen sei „der Anfang von Langzeitarbeitslosigkeit“. 50 Prozent der Langzeitarbeitslosen hätten keinen Schul- oder Berufsabschluss, deshalb sei es „entscheidend, den Anfängen zu wehren“. Nach Meinung der Ministerin könnten auch **Bußgelder** verhängt werden, wenn Eltern gegen das Schulgesetz verstießen. Dieses Prinzip wirke bei Eltern kleiner Kinder und sei richtig, denn „Geldentzug tut weh“. Allerdings dürfe Eltern von Schulschwänzern in solchen Fällen nicht die Hartz-IV-Regelleistung gekürzt werden, weil wegen Arbeitslosigkeit gewährtes Geld nicht genommen werden könne, um Eltern eine Lektion in Kindererziehung zu erteilen.

Beim Chef der Polizeigewerkschaft Rainer Wendt fanden ihre Worte Anklang. Er meint, dass den betroffenen Eltern die Buße „direkt vom Kindergeld abgezogen“ werden könne. Wahrscheinlich weiß er – wie die meisten – gar nicht, dass den Eltern, die ALG II beziehen, das Kindergeld bereits *per se* abgezogen wird. Er bläst jedoch ins gleiche Horn wie die Ministerin und sagt, Jugendkriminalität fange immer mit Schulschwänzen an. Deshalb sei es gut, die Eltern mit einem Bußgeld zu belegen, das dann gleich vom Kindergeld abgezogen werden könne. Dazu müssten es die Eltern erst einmal haben! Kai Gehring, Bundestagsabgeordneter der Grünen, hält es für sinnvoller, die Ursachen des Schulschwänzens zu bekämpfen als Eltern zu bestrafen, weil nicht populistische Bestrafungsrhetorik weiterhelfe, sondern die Verbesserung der Teilhabechancen aller Kinder.

Wohl wahr, schließlich schwänzen Kinder nicht einfach „aus schier’ Schandudel“ die Schule, sondern haben vielfältige Gründe dafür, beispielsweise Mobbing oder Versagensängste. Hier kann kaum weitere Ausgrenzung in Form von Strafe sinnvoll sein, sondern Verständnis und Hilfe sind oberstes Gebot. Außerdem dient diese *Posse* der Arbeitsministerin mal wieder ganz herzallerliebst zur Hetze gegen Erwerbslose, die offensichtlich nicht bloß heute als Erwachsene zu faul, zu unfähig, zu bildungsfern, zu versoffen, zu verraucht und zu bequem sind, um einen der „vielen tollen Jobs“ anzunehmen, sondern sich schon selbst als Kinder in ihre aussichtslose Situation hineinmanövriert haben, indem sie ihre steile Abwärtskarriere als Erwerbslose und Kriminelle mit Schuleschwänzen begannen. Hätten bloß damals schon – vor Jahrzehnten – die verantwortlichen Bildungsminister so weitblickend und konsequent gehandelt, dann gäbe es heute praktisch fast gar keine Erwerbslosen mehr zu beklagen, die ihren gesellschaftlichen Status durch erneutes Schuleschwänzen ihrer unbelehrbaren Sprösslinge von Generation zu Generation weiter vererben!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

„Positive Berichte werden vom Establishment ignoriert“: Je mehr Anzeigen Pharmakonzerne in medizinischen Fachzeitschriften schalten, desto weniger und negativer schreiben diese über Nahrungsergänzungsmittel *(Dr. Strunz)*

Hartz IV fördert – Selbstmorde

1. Es häufen sich die (Un-)Taten. Friedhelm Grützner hat eine Glosse geschrieben und beginnt mit einer Anekdote: „Als ich im Jahre 2003 etwas mit dem Arbeitsamt zu klären hatte, rief ich dort an und bat die freundliche Dame in der Telefonvermittlung in sachlich-geschäftsmäßigem Ton, ich würde ganz gerne eine Person sprechen, welche für das Selbstmordförderungsprogramm für Langzeitarbeitslose zuständig sei, worauf die Telefonistin ebenso sachlich-geschäftsmäßig antwortete: ‚Einen Augenblick, ich verbinde'. Und ich hatte dann tatsächlich jemanden aus der damals im Aufbau befindlichen Bagis am Apparat... Die Titulierung der Hartz-IV-Gesetzgebung als ‚Selbstmordförderungsprogramm für Langzeitarbeitslose' trifft wohl nicht ganz die Intentionen ihrer Initiatoren (ausgenommen vielleicht Wolfgang Clement, der bekanntlich Menschen mit Parasiten verglich). Ihnen ging es um Druck auf die Gewerkschaften."

Dann das Phänomen Familiendrama. Warum tun Eltern so etwas? „Medien seien deshalb in einem ethischen Dilemma. Sie müssen berichten, regen damit aber womöglich Taten an... Dass es gerade im August zu einer Häufung von Familiendramen kam, ist aus Pfeiffers Sicht kein Zufall: ‚Im Sommer hocken die Familien wegen der Schulferien dichter aufeinander als im Rest des Jahres. Die Kinder quengeln, es ist heiß. Und wenn man dann kein Geld hat, kann man ihnen auch nichts zur Zerstreuung bieten, und die Konflikte kulminieren.' Zu Weihnachten gebe es oft ähnliche Probleme."

Das Dilemma der Berichterstattung über **Selbstmorde** ist in Bremen gelöst: Es gibt diese Berichterstattung nicht. In Bremen bringen sich Menschen durch einen Sprung vom Hochhaus um! Auch wenn sie überleben – es steht nicht in der Zeitung. Auch erfahrene Sozialmitarbeiterinnen finden dies richtig, weil jeder Sprung in den Tod den „Ruf des Stadtteils" schädigt: „Die Selbstmörder stammen nicht aus unserem Quartier und daher ist es richtig darüber nicht zu berichten".

Das „Dichteraufeinander" wird auch in Bremen gelebt: Die Mietobergrenzen für Sozialleistungsempfänger zwingen zur Anmietung der kleineren Wohnung. Ein Verzicht auf Quadratmeter fällt leichter als ein Verzicht auf Geld. Hartz IV ist inzwischen dass Sofortprogramm bei Eintritt der Erwerbslosigkeit. Nur knapp 30 Prozent aller Erwerbslosen haben Anspruch auf ALG I, in Bremen nicht einmal 18 Prozent! Hartz IV ab dem ersten Tag der Erwerbslosigkeit überwiegt inzwischen.

Selbstmord – auch erweiterter – ist die Flucht vor sich selbst. Alle Situationen dieses Lebens lassen sich klären, und bei aller sozialen Kälte gibt es Chancen. Nutze sie für dich! Es wird Zeit, den Einfluss von Erwerbslosigkeit allgemein und Hartz IV insbesondere auf das seelische Gleichgewicht zu durchleuch-

ten und die Rahmenbedingungen zu verbessern. Dies fängt mit der Behandlung im Amt an und geht weiter den Folgen der materiellen „Dürre“ und den anderen Katastrophen.

Tote sind so leise, sie können sich nicht mehr wehren. Tote werden in der Arbeitsmarktstatistik als „Abgänge in Nichterwerbstätigkeit“ aufgelistet. Der Tod wird dabei nicht erwähnt. Ich kenne einen Überlebenden. Dieser Mensch hat Glück gehabt. Der versuchte Selbstmord hat keine Schäden hinterlassen. Inzwischen geht es ihm wieder gut. Der Mensch ist froh darüber, dass er lebt.

2. Gerhard Schroeder hat als Kanzler auch das „Recht“ auf einen **Krippenplatz** für Kinder unter drei Jahren eingeführt – passend zur Agenda 2010 und zur Lissabonner Strategie, siehe vorherige Bremer Montagsdemo. Finanzielle Mittel wurden dafür aber nicht bewilligt. Die Gemeinden sollten die Kosten aus den Erträgen der Arbeitsmarktreform regulieren. Diese fallen laufend an und sind längst anderweitig eingeplant.

Im „Weser-Kurier“ stand: „Kleinkinder brauchen präsente Eltern“. Facharzt Carsten Edert hat dazu Stellung genommen: „In den ersten drei Jahren sind die Eltern die besten Betreuungspersonen. Stellen Sie sich vor, Sie geraten in eine fremde Galaxie, in der Sie nur ein Wesen kennen. Und dieses Wesen lässt Sie plötzlich unter diesen Fremden allein, die Sie nicht begreifen... Am besten wäre es, wenn Eltern in der frühen Elternschaft mehr Zeit für ihre Kinder zugestanden würde. Ich habe das Gefühl, es gibt aktuell einen riesigen Ökonomisierungsdruck, der vor allem Frauen trifft. Gut ausgebildete Frauen sollen schnell dem Arbeitsmarkt wieder zugeführt werden. Studien in Israel haben ergeben, dass es weder Müttern noch Kindern gut ging, wenn die Kinder früh woanders betreut wurden, dass mehr psychische Störungen auftreten, je früher Kinder von ihren Eltern getrennt aufwachsen.“

Meine Meinung dazu: Jedes Elternteil sollte sich fragen, ob es auf die Erlebnisse mit dem eigenen Kind verzichten will. Ich habe als Großvater dass Glück, dass ich mit meinen Enkelkindern um die Häuser toben darf. Es sind sehr glückliche Momente. Lasst euch bitte nicht zwingen, das Kind in die Krippe zu geben. Der *Anspruch* auf einen Betreuungsplatz beinhaltet nicht die *Verpflichtung*, diesen Platz in Anspruch zu nehmen. Wer Kinder unter drei Jahren erzieht, muss dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen! Es besteht trotzdem Anspruch auf ALG II.

Das (No-)Job-Center Bremen schreibt dazu, „dass Frauen häufiger dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen, da sie Kinder unter drei Jahren oder pflegebedürftige Angehörige betreuen“ (Seite 11, „Geschlecht“). Es gilt aber auch für Väter, die eine Kindererziehung übernehmen. Wer dies tut, können die Eltern allein entscheiden. Dies garantiert unser Grundgesetz. Es kann nicht der erwerbslose Partner vom Amt dazu verpflichtet werden. Die Partner können frei wählen! Wie dies geht? Wir gehen mit!

3. Die Deutsche Bank hat den Gemeinden empfohlen, sich **Kredite** direkt vom Kapitalmarkt zu holen, ohne Einschaltung einer Bank. Die Deutsche Bank hat kaum Gemeinden als Kunden. Warum hat die Deutsche Bank dieses Thema gewählt? Solch eine Empfehlung schwächt die Wettbewerber, insbesondere Sparkassen. Soll diese Empfehlung auch vorbeugen? Warum nehmen die Geschäftsbanken für einen Kontokorrentkredit noch weit über zehn Prozent Zinsen? Die Refinanzierung bei der EZB kostet nicht einmal ein Prozent! Dieses Monopol der Banken wird überspannt.

Die Banken leisten noch immer keinen Beitrag zur Stabilisierung, nicht einmal zur Ehrlichkeit des Umgangs miteinander. Griechenland 25 Prozent Zinsen in Rechnung zu stellen, aber die Refinanzierung für unter ein Prozent vornehmen, das hieß früher Wucher. Heute gilt das als „Sicherung der Banken“, deren Vorstände sich weiterhin überhöhte Gehälter und Prämien zahlen. Die Commerzbank ist ein Beispiel dafür – allerdings ist die Reaktion der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht unverständlich (279. Bremer Montagsdemo, Abschnitt 3). Wenn es der öffentlichen Hand möglich wird, Kredite ohne Zwischenhändler bei den Landeszentralbanken aufzunehmen, wäre das eine sehr effektive Entlastung der Haushalte. Diese Lösung ist mehr als überfällig! Die Deutsche Bank ist Ratgeber für das Kanzleramt. Gab es da eine entsprechende Frage?

4. Die Umsetzung des „Bildungs- und Teilhabepaketes“ in Bremen ist ein Trauerspiel, und damit bin ich wieder bei Schulsenatorin Jürgens-Pieper. Die Senatorin für Soziales et cetera, Anja Stahmann, hat für die Sportvereine eine tragbare Lösung gefunden, insbesondere durch die laufenden Zahlungen des (No-)Job-Centers. Die Verwaltungsanweisung für die Umsetzung von „Bildung und Teilhabe“ delegiert bestimmte Entscheidungen unter anderem an die Senatorin für Bildung, zum Beispiel die Lernförderung und die Schülerbeförderung. Leider steht dazu nicht näheres im Netz. Die Verwaltungsanweisung nennt keine Höchstgrenzen oder Pauschbeträge.

Gut ist die Regelung für die Ansparung der monatlichen Zehn-Euro-Ansprüche zur „**Teilhabe**“ im Abschnitt Antragsverfahren: „Möglich ist dabei auch eine Beantragung ‚dem Grunde nach‘ zusammen mit dem Antrag auf SGB-II-Leistungen zunächst ohne Feststellung des konkreten Bedarfs, und zwar in Bezug auf alle Leistungen für ‚Bildung und Teilhabe‘. Bei späterer Konkretisierung des Anspruchs kann die Leistung rückwirkend ab Antrag erbracht werden.“ Vermerke auf dem ALG-II-Antrag vermeiden den Verlust von Ansprüchen durch Fristversäumnis in jeder Leistungsmöglichkeit, denn „für jede(n) Leistungsberechtigte(n) ist ein gesonderter Antrag zu stellen“. Mit dem Antrag für die Bedarfsgemeinschaft einfach für jedes Kind einen Extravermerk machen.

Demnächst sollen die Anträge sogar die Möglichkeit haben, die Anträge auf „Bildung und Teilhabe“ per Kreuz zu erweitern – schon jetzt! Bei der Senatorin für Bildung frage ich nach. Einen Hinweis auf „Bildung und Teilhabe“ in der Aufforderung, den Verlängerungsantrag für ALG II zu stellen, gibt es noch immer nicht.

Die Zahlungen für „Bildung und Teilhabe“ werden nach den Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft, also die Erstattung der Miete errechnet. Ein Nachweis über zweckentsprechende Verwendung muss auch für 2012 nicht erbracht werden. Erst für 2013 muss mit dem Bund abgerechnet werden. 2013 wird nur erstattet, was Bremen tatsächlich ausgezahlt hat. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Das „Bremer Friedensforum“ lädt ein zur antimilitaristischen **Fahrradtour** am **Antikriegstag**, dem **1. September 2012**. Beginn ist um **11 Uhr** auf dem **Marktplatz**. – MLPD und „Jugendverband Rebell“ laden für **19 Uhr** ein zur **Veranstaltung** unter dem Titel „International kämpfen für den **Weltfrieden**“ im „**Jugendfreizeitheim Neustadt**“, Geschwornenweg 11a. Es gibt anatolische Musik, Theater, Diskussion und internationales Buffet.

Ganz egal, welcher „Bauch-Typ“ Sie sind: Essen Sie möglichst viele „wertvolle Kohlenhydrate“ *(„Bild“-Zeitung)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

390. Bremer Montagsdemo
am 03. 09. 2012

„Schliesslich war auch Jesus beschnitten“: Nach dem Artikel vom 30. August 2012 im „Bremer Westen“ mit dem Titel „Beschneidung – religiöse Pflicht oder Körperverletzung“ hat Rolf Blanke, Pastor der Evangelischen Gemeinde Gröpelingen und Oslebshausen, unter Ignoranz sämtlicher medizinischer, psychologischer und menschenrechtlicher Argumente hinsichtlich archaischer Beschneidungsrituale bei Minderjährigen „keinerlei theologische Bedenken“ *(Frank Kleinschmidt)*

Mauerrisse an der Baugrube

Jewgenija Tschirikowa von den Umweltschützern des Moskauer Vorortes Chimki hat sich als Kandidatin für das Bürgermeisteramt im Moskauer aufstellen lassen. Sie ist seit vielen Jahren eine führende Aktivistin gegen den Bau der Autobahn nach Sankt Petersburg durch den Wald von Chimki. Trotz immensen Drucks seitens der Behörden wie dem Entzug der Kindeserziehung hat sie sich nicht einschüchtern lassen und konsequent ihre Arbeit durchgeführt. Im März 2011 konnte ich sie in Berlin persönlich kennen lernen. Ich freue mich über ihre Kandidatur, da Jewgenija Tschirikowa in starker Opposition zum russischen Präsidenten steht und auch an den Demonstrationen gegen Putin in diesem Jahr teilgenommen hat.

Für das Projekt „Stuttgart 21“ wurden Teilbereiche des an die Baugrube des „ Grundwassermanagements“ angrenzenden Hauptbahnhofes gesperrt, weil durch mangelhafte Abrissarbeiten und die laufenden Bauarbeiten für das Technikgebäude Risse im Gemäuer entstanden sind. Zurzeit ruhen alle Arbeiten für diesen Bauabschnitt. Der Sprecher des Innensenators teilte mir bezüglich einer Stationierung von Reservisten in Bremer Kasernen zur Unterstützung der Polizei bei Unruhen mit, dass Reservisten „nur im Fall einer Katastrophe“ herangezogen würden. Dann kann ja nichts passieren!

Gernot-Peter Schulz („Freie Bürger Deutschland“)

Die Restauration preußischer Obrigkeitsstrukturen

Das Bundesverfassungsgericht erlaubt künftig Kriegswaffeneinsätze im Innern. Gewisse „Freifahrtscheine“ für die Bundeswehr gibt es schon seit einiger Zeit. Auch diese stellen einen weiteren Meilenstein zu Deutschlands Marsch in den Militärstaat dar. Die Friedensbewegung hält mit zahlreichen Aktionen des zivilen Widerstandes dagegen.

Zum Hintergrund: Bundeswehroberst Klein erhielt nicht nur Absolution für sein Kriegsverbrechen, sondern auch noch einen Freifahrtschein in eine bestens dotierte Karriere als General. Ein weiterer Freifahrtschein für das deutsche Militär ist der Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes, der das Grundgesetz in einigen Punkten außer Kraft setzt und der Bundeswehr weitreichende Inlandsbefugnisse einräumt.

Dazu gehören Einsätze „mit militärischen Kampfmitteln“ zur Abwehr „katastrophischer Gefahren“, was immer das heißen mag. Damit können die Streitkräfte durchaus auch große Streiks oder andere Widerstandsbewegungen und Demonstrationen ins Visier nehmen. Schon die Massenproteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 lieferten ein anschauliches Beispiel für die erschreckend effektive Zusammenarbeit von Polizei und Militär.

Einzig der Verfassungsrichter Reinhard Gaier zeigte Rückgrat und Zivilcourage, indem er sich weigerte, die Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts mitzutragen. In seiner Begründung warf er seinen Richterkollegen vor, gegen das Rechtsprinzip, Streitkräfte niemals als innenpolitisches Machtinstrument zu missbrauchen, verstoßen zu haben. So hat das Gericht, schreibt Gaier völlig zu Recht, mit seiner Entscheidung „fundamentale Grundsätze aufgegeben“.

Dies alles geschieht binnen weniger Tage und wirft ein grelles Schlaglicht auf die Verfasstheit dieser Republik. Deutlicher als je zuvor fallen die Restauration preußischer Obrigkeitsstrukturen und das Festhalten an den Kontinuitäten zum Hitlerfaschismus auf: Die Bundeswehr(macht), die aufs Engste mit Polizei und Geheimdiensten kooperiert, ist längst zu einer jederzeit und überall einsetzbaren Kriegsführungsarmee geworden. Auch ihre künftigen Inlandseinsätze dürften damit ganz im Sinne der Berliner Koalitionsmehrheit und der Waffenindustrie beschlossen worden sein.

Wie sagte einst Heinrich Heine: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht“. Die Friedensbewegung wird sich allerdings keineswegs entmutigen lassen. Schon am Antikriegstag am 1. September zeigte sie überall im Lande Flagge in Form ihrer Friedensfahnen. Die Aktionen wandten sich gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr, speziell in Afghanistan, und gegen deutsche Rüstungsexporte. In Bremen fand auf dem Marktplatz zum Auftakt eine viel beachtete Kundgebung statt.

Das „Bremer Friedensforum“, die „DFG-VK-Gruppe Bremen“, der DGB und „Die Linke“ hatten sich mit weiteren Gruppen zusammengefunden, um per Fahrradtour einige Rüstungsbetriebe aufzusuchen. Sie demonstrierten vor Ort gegen das hemmungslose Produzieren von Kriegsmaterial und für ein konsequentes Rüstungsexportverbot. Weitere zentrale Forderung war der Rückzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen. Selbstverständlich wurde in Bremen wie anderswo auch der unheilvolle Verfassungsgerichtsbeschluss zum Thema gemacht.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Von der Leyen kann nicht davon lassen, uns runterzuputzen

1. Heute arbeiten Rentner nicht mehr nur länger als noch vor zehn Jahren, nein, auch ihre Rente sinkt. Darin sieht die Regierung natürlich keinerlei Indizien für **Altersarmut**. Ein Rentner bekam 2011 nach 35 Versicherungsjahren monatlich im Schnitt 953 Euro Rente; 2010 waren es noch 1.021 Euro. Bei den Erwerbsminderungsrenten fällt der Rückgang noch deutlicher aus, weil Vorruheständler 2011 aus Krankheitsgründen 634 Euro monatlich Rente empfingen, wohingegen es 2000 noch 738 Euro gewesen sind.

Parallel zu sinkenden Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung wächst die Zahl der minijobbenden Ruheständler: Wenn im Jahr 2000 etwas über 480.000 Menschen über 65 Jahre einen 400-Euro-Job ausübten, stieg ihre Anzahl 2011 um 60 Prozent auf 762.000, kletterte die Zahl der Überfünfundsiebzigjährigen um satte 86 Prozent auf 119.000 Personen an. Selbstredend sind diese Zahlen kein Indiz dafür, dass mehr Ältere arbeiteten, weil die Rente nicht ausreichte, sondern es wird geblubbelt, wir seien „auf dem Weg in die Gesellschaft des längeren Lebens und Arbeitens“.

Gewerkschaften und Sozialverbände können gar nicht anders, als darin ein Indiz für zunehmende Altersarmut zu sehen, denn sie machen ihre Augen auf. Nur nach Ansicht des arbeitgebernahen „Instituts der deutschen Wirtschaft“ sei nichtmaterielle Not das Hauptmotiv, weil es unter den arbeitenden Senioren auch viele Hochqualifizierte gebe. Sollten Hochqualifizierte verlernt haben, etwas mit sich selbst anzufangen, gar Hobbys auszubilden, können sie bloß noch arbeiten?

Der „Weser-Kurier“ brachte in seiner Sonntagsausgabe unter der Rubrik „Die komische Woche“ einen gelungenen Cartoon von „Mutterwitz“ dazu mit der Unterschrift: „Spaß an der Arbeit oder magere Rente?“ In einem großzügig geschnittenen Raum sitzt im Vordergrund ein Paar beim Tee mit Kuchen am Tisch. Im Hintergrund wischt eine Frau die Bodenfliesen, sie trägt ein über der Stirn zusammengeknoteten Kopftuch. Der Mann rührt mit dem Löffel in seiner Tasse und fragt: „Ist Frau Meier nicht schon 75?“ Die Frau hebt ihre Tasse und antwortet: „Ja, aber sie kann das Putzen einfach nicht lassen.“

2. Ist es zu glauben: Arbeitsministerin *lovely* Zensursula von der Leyen geht in die Rentenoffensive und warnt vor einem „Verfall der Renten“ ab dem Jahr 2030: Wer heute weniger als 2.500 Euro verdiene, müsse dann zum Sozialamt, weil selbst Arbeitnehmer, die solch einen Betrag brutto im Monat verdienen und 35 Jahre Vollzeit gearbeitet haben, nur eine **Rente** in Höhe des Grundsicherungsbetrags von 688 Euro erhielten. Selbst wenn eine längere Lebensarbeitszeit zugrunde gelegt würde, sähen die Zahlen nicht viel besser aus.

Bei 40 Jahren Beitragszahlung müsste ein Arbeitnehmer konstant mindestens 2.200 Euro im Monat verdienen, um auf einen Rentenanspruch in Höhe der Grundsicherung zu kommen. 2.500 Euro brutto ergeben bei einer 40 Stundenwoche einen Stundenlohn von 14,20 Euro. Bei einer 38,5-Stunden-Woche müsste er bei 14,97 Euro liegen. Was machen jetzt Verkäufer(innen), Zeitarbeiter(innen) und die vielen anderen Menschen, die diese Entlohnung nicht einmal im Traum erreichen können? Damit steht „nicht weniger als die Legitimität des Rentensystems für die junge Generation“ auf dem Spiel.

Grund für das steigende Altersarmutsrisiko seien die beschlossenen Rentenreformen, nach denen das Rentenniveau bis 2030 von derzeit 51 auf 43 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns vor Steuern sinken werde. Von der Leyen warnt, 40 Prozent der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Geringverdiener, immerhin 1,8 Millionen, betrieben keine private Altersvorsorge. Die Witzboldine schreibt, viele realisierten nicht, dass auch sie von Altersarmut bedroht seien und zwingend eine zusätzliche Altersvorsorge bräuchten, um der Armutsfalle im Rentenalter zu entkommen.

Hat die Arbeitsministerin vielleicht ein Geheimrezept, wie sich vom 400-Euro-Job oder vom noch ausbeuterischeren Ein-Euro-Job auch noch zusätzliche Vorsorge betreiben ließe? Wovon sollen sich die massive hinzugewachsen Aufstocker eine private Rentenvorsorge leisten können? Sollte dennoch jenen, die nicht privat für ihre Rente vorsorgen können, im Rentenalter eben dies als „schuld-

haftes Versäumnis“ vorgeworfen werden? Ob dann ebenso gern vergessen wird, dass viele Menschen über Jahre hinweg für popelige fünf Euro die Stunde arbeiten mussten?

Zurzeit scheinen im Fernsehen sogenannte Expertenrunden beliebt zu sein, in denen kein echter fachkundiger Gast von den Sozialverbänden zu sehen ist, sodass selbstverständlich nur das scheinheilige Fazit gezogen werden kann, dass Rentner eben gern arbeiteten und von Altersarmut keine Rede sein könne. Ich fürchte, die Witzboldine übersieht absichtlich, dass dieses Schreckensszenario nicht erst im Jahr 2030 Realität wird, sondern dass wir bereits mittendrin sind!

Das schwarz-gelbe Gruselkabinett ist faktisch wider besseres Wissen gegen einen Mindestlohn überhaupt und gegen einen armutsfesten im Besonderen, dessen Nichtexistenz die Ursache des Rentenproblems ist. Wenn ich von Mindestlohn schreibe, meine ich nicht 8,50 oder zehn Euro, sondern 16 oder 17 Euro, weil wir von chinesischen Löhnen nicht unsere deutschen Lebenskosten finanzieren können! Wer *geriestert* hat, ist besonders gelackmeiert, weil er das vom Mund Abgesparte gleich von der angeblichen Grundsicherung, die arm macht und deswegen keine ist, abgezogen bekommt.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Actionsbündnis:
BLOCKUPY BREMEN
04.09.12 19 30 Uhr Paradox
• UmFAIRteilen am 29.09.12
• No Jobcenter-Aktion

Schluss mit Hetze gegen Rentner!

Es ist doch zum Mäusemelken! Was ist geschehen mit den Deutschen in ihren Kleinbürgershäuschen von 1950? Sie wollen wieder keine Ahnung haben von Politik und schon gar nicht wissen, was ist gerecht für die Masse der Menschen, die im Alter doch bitte auch mit in der Großfamilie sein möchten. Sie sind wieder zurückgefallen, obwohl sich Aktivisten in den Sechzigern so darum abgequält haben. Das konnten wir auch bei der letzten Demo feststellen, wo sich jugendliche und erwachsene Kindsköpfe noch über Hartz IV lustig gemacht haben. Sie wollen sich wohl selbst bestrafen und 2030 keine Rente mehr bekommen.

Schon wieder wird auch bei den Lebensgrundlagen mit Privatisierung die Ungleichheit vorangetrieben. Was von der Leyen uns verkaufen will – jetzt Geld an zockende Händler zahlen und dann 2030 satte Rente haben –, das ist doch, womit wir die Solidarität abgeben an wenige, die alles haben wollen, auch deine Rente. Die geht in Gewinne für Private und macht dich im Alter eben doch arm.

Das ist dann noch viel ärmer als ein schwacher Staat, weil die Privaten dann ganz über dich bestimmen, wo und was du kaufen sollst. Schon jetzt ist er groß zu sehen, der Aldi-Liberalismus, später ist der Gazprom-Meister-Proper überall. Dann musst du deine Rente wieder ganz abgeben: Kein Sparen und Vererben mehr bei Arbeitern, das es früher noch gab.

Schon für zehn Jahren wurde von der FDP das Gerücht geschürt, dass die deutsche Rentenkasse nicht haltbar sei. Dennoch konnten bis vor Kurzem die Rentner noch mitleben. Ursache ist die gute Mechanisierung rationaler Produktion, also die Tatsache, dass sich auch mit der Hälfte Arbeiter durchaus die andere Hälfte Rentner gut versorgen lässt. Es ist nur wieder der Versuch einer der letzten Gesunden, Wildschweine zu schlachten und an Viehhändler zu bringen, die keine Rentner mehr füttern werden. Sie werden das Geld lieber in Soja investieren und weiteren Schaden anrichten. Wenn die Nasa da wieder drauf stößt, weiß man, warum Politik in Schulen nicht mehr gelehrt wird. Also Schluss mit Hetze gegen Rentner! Die können später mehr werden – und nicht nur Graue, sondern Graue Wölfe. Mit sozialistischen Grüßen.

Zuschrift von Günni, dem „Mann mit dem großen Hut“

Goldman Sachs: Eine Bank lenkt die Welt *(„Arte“)*

Gewerkschafter „enteignen“ Supermärkte: In Teilen Andalusiens ist jeder Zweite ohne Arbeit und Einkommen *(„Tageszeitung“)*

Christian Weber macht einfach nicht genug Wind: Warum die Flaggen vor der Bürgerschaft so schlaff an den Masten baumeln *(„Bild“-Zeitung)*

Nach der 391. Montagsdemo am **10. September 2012** halten wir im **Seemannsheim** an der Stephanikirche ab **19 Uhr** eine **Lagesprechung** ab.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

391. Bremer Montagsdemo
am 10. 09. 2012

Die Hartz-IV-Klageflut von Rechtsanwalt Lange

1. Obwohl das „Bildungspaket“ bedürftigen Kindern helfen soll, ist es offenbar zu einem großen Teil nicht an seinem Bestimmungsort, also bei den Kindern, angekommen. Nun mehren sich die Hinweise, dass viele Kommunen die Gelder für ganz andere Zwecke verwendet haben könnten, als sie für Schulhefte, Klassenfahrten und Nachhilfe auszugeben. Diese Woche geriet etwa die Region Hannover in den Verdacht, Gelder aus dem „Bildungspaket“ zweckentfremdet zu haben, indem 6,4 Millionen Euro daraus in den allgemeinen Haushalt überführt wurden. Schon im Februar machte Bremen diesbezüglich Schlagzeilen.

Bund, Länder und Kommunen schnürten das „Bildungspaket“, nachdem das Bundesverfassungsgericht bessere Bildungs- und Teilhabechancen für Kinder aus einkommensschwachen Familien angemahnt hatte. Sozialverbände und Opposition kritisierten das Paket als Bürokratiemonster. Viele Eltern wussten nicht, wie sie es beantragen sollten, andere wollten ihre Kinder nicht weiterer Diskriminierung aussetzen. Wir sollen glauben, das verschobene Geld des Bildungspaketes, welches dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichtes ohnehin nicht tatsächlich nachkommt, werde nur in anderer Weise für bedürftige Kinder ausgegeben.

Die Kommunen müssen ab Anfang 2013 nachweisen, wofür sie im vergangenen Jahr die Mittel ausgegeben haben. Ein Missbrauch soll strafbar werden. Wie auch immer – den Kindern der ALG-II-Bezieher wird auf diese Weise nie genügend Geld zur Verfügung gestellt werden, weil es noch immer versäumt wurde, ihren tatsächlichen Bedarf mittels eines Warenkorbes zu ermitteln und ihnen auch anzuerkennen!

2. Der 27-jährige Sebastian S. bekam ein Wohnungsangebot in Berlin-Spandau, mit dem er schon lange nicht mehr gerechnet hatte: 31 Quadratmeter, siebter Stock, 322 Euro warm sollten der Start zu einem neuen Leben in Würde sein. Seine Chancen, überhaupt eine Wohnung zu erhalten, standen wegen seiner

langjährigen Drogenabhängigkeit und eines negativen Schufa-Eintrags schlecht, auch hatte er nur einem 1,50-Euro-Job. So freute er sich sehr über das Angebot, zumal er seine Wohnung in einem Therapie-Projekt der Caritas räumen musste. Doch das (No-)Job-Center machte ihm einen Strich durch die Rechnung: Die Kaltmiete sei zu hoch.

Obwohl sie die Obergrenze von 396 Euro für eine Einzelperson deutlich unterschreitet, ist sie jedoch pro Quadratmeter mit 7,81 Euro um 44 Cent zu hoch. Paradoxerweise wäre alles in bester Ordnung, wenn die Wohnung bei gleicher Miete einen Quadratmeter größer wäre. Es hilft Herrn S. auch nicht weiter, dass das Jobcenter 309,05 Euro der Miete übernehmen und er den Rest selbst zahlen will, weil ihm die Kosten in Höhe von 726 Euro für Kaution, Umzug und Wohnungsbeschaffung nicht gewährt werden. Ich kann nur hoffen, dass Sebastian S. Widerspruch einlegt!

3. In Lübbenau kämpft der Rechtsanwalt Thomas Lange seit mehr als zwei Jahren für die Rechte von Hartz-IV-Beziehern und legt damit das Cottbusser Sozialgericht lahm. Zwei Drittel der 3.600 im ersten Halbjahr eingereichten **Klagen** gegen Hartz-IV-Bescheide stammen von Lange. Unter Kollegen und vor allem beim Jobcenter Oberspreewald-Lausitz ist der Anwalt umstritten. Das Jobcenter hat sogar Beschwerde bei der Anwaltskammer gegen ihn eingereicht, weil Lange Werbung geschaltet habe, in der er das Jobcenter angreife, was aber nicht standesgemäß sei. Thomas Lange sagt, er habe ein starkes Gerechtigkeitsempfinden und könne nicht verkraften, wie unmenschlich mit den Menschen im Jobcenter umgegangen werde.

Viele Klienten seien wegen dieser Erfahrungen „völlig fertig“, wenn sie zu ihm kämen. Er helfe ihnen dann, sich gegen fehlerhafte Bescheide zur Wehr zu setzen, und gewinnt dabei fast die Hälfte seiner Klagen. Reich kann der Anwalt an den Klagen nicht werden, zumal er das Geld ohnehin erst bekommt, wenn der Fall vor Gericht abgeschlossen ist. Nur weil er auch andere Fälle wie zum Beispiel Scheidungen bearbeitete, könne er sich die Betreuung von Hartz-IV-Klagen „leisten“. Sein sicheres Einkommen subventioniere quasi den „Feldzug“ gegen das Jobcenter.

In seinem Kollegenkreis bekommt Lange kaum Anerkennung für seinen Idealismus und Gerechtigkeitssinn, sondern muss im Gegenteil Kritik dafür einstecken, dass er die Sozialgerichte mit Klagen überflute. Offenbar kommt niemand auf die Idee, sich darüber Gedanken zu machen, warum die ALG-II-Bezieher klagen müssen, also keine andere Wahl haben, um ihr Recht zu bekommen. Von diesem Anwalt könnte sich mancher eine Scheibe abschneiden! Es gibt so wenige, die Leuten mit helfen wollen, die wenig Geld haben.

4. Die Stadtkasse Wuppertal verschickte an über 10.000 Bezieher(innen) von Arbeitslosengeld II **Zahlungsaufforderungen**. Der Beratungsverein „Tacheles Sozialhife“ wirft den Verantwortlichen, dem Jobcenter Wuppertal und der Stadtkas-

se, Taktlosigkeit und offenen Rechtsbruch vor und fordert die Stadt auf, endlich zurückzurudern und sich bei den Betroffenen zu entschuldigen. Den Empfängern der Forderungsschreiben wird geraten, schriftlich Einspruch zu erheben. Offiziell wird diese Aktion mittlerweile als „Kontenklärung“ deklariert. Die Stadt wolle prüfen, ob und in welcher Höhe die Forderungen tatsächlich bestünden. Weil in den Schreiben allerdings überhaupt nichts von einer „Kontenklärung“ stand und die Empfänger nur zur Zahlung der Forderungssumme binnen einer Woche aufgefordert wurden, lässt sich unschwer vorstellen, wie dieser Brief die Betroffenen einschüchterte und Existenzängste schürte!

So darf nicht mit Menschen umgegangen werden, die dazu noch am Existenzminimum zu knapsen haben! Es bestehen aber auch erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der versandten Forderungen. Die Stadtverwaltung teilte mit, dass es sich bei den fraglichen Beträgen um Erstausstattungen für die Wohnung und Umzugskosten handle. Dabei sind beide Leistungen grundsätzlich nur auf der Basis einer nicht rückzahlbaren Beihilfe durch das Jobcenter zu erbringen. Für eine Rückforderung gibt es keine Rechtsgrundlage. Zudem gehören auch Mietkaution und Mietschulden zu den geltend gemachten Forderungen. Ein generalisierter Einzug solcher Forderungen über die Stadtkasse ist rechtswidrig. Laut Harald Thomé vom Verein „Tacheles“ sei das städtische Mahnschreiben durchaus keine „Kontenklärung“, sondern es setze die Schuldner nach dem Verwaltungsvollstreckungsgesetz in Verzug. Infolgedessen können Mahngebühren und Zinsen erhoben werden.

5. Völlig zu Recht haben immer mehr Menschen Angst davor, dass das Geld im Alter nicht mehr zum Leben reicht. Entspannt und vor **Altersarmut** gut geschützt, können nur Beamte ihrem Ruhestand entgegenschauen, weil sie zwischen 72,2 und 72,6 Prozent der Bruttobezüge des letzten Beschäftigungsjahres bekommen, sofern sie 40 Dienstjahre erreicht haben. Damit erhalten sie je nach Dienststufe im Schnitt bis zu 3.870 Euro. Auch Beamte, die zum Beispiel nach nur wenigen Jahren der Beschäftigung wegen Krankheit vorzeitig dienstunfähig werden, müssen sich nicht sorgen, weil sie eine Mindestversorgung erhalten, die beim Bund aktuell 1.433 Euro im Monat beträgt. Die Rente eines Durchschnittsverdieners, die sogenannte Eckrente, beträgt im Vergleich hingegen nur 1.263 Euro. Außerdem sollen Rentner bis 2030 lediglich noch 42 Prozent ihres Nettogehaltes bekommen, was sofort zurückgenommen werden muss!

Die meisten Beamten hätten ein höheres Qualifikationsniveau, zwei Drittel besäßen etwa mindestens den Fachhochschulabschluss, wohingegen bei der gesetzlichen Rente Minijobber und Langzeitarbeitslose das Durchschnittsniveau drücken würden. Pensionen würden in der Regel voll besteuert, Renten dagegen bisher nur zum Teil. Bei den Renten seien die Steuerfreibeträge deutlich höher. Unbestritten ist, dass gewaltige Milliardenlasten auf die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen zukommen. Die Politik müsse sich zügig zu Reformen

durchringen, weil durch die Einstellungswelle in den 60er und 70er Jahren die Zahl der Pensionäre bis 2030 stark steigen wird, bevor sie wieder sinkt.

6. Die SPD mischt sich jetzt mit einem eigenen Konzept in die Rentendiskussion ein, wobei sie fast in die Fußstapfen von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen tritt. Im Kampf gegen die Altersarmut will die SPD eine „Solidarrente“ von sagenhaften 850 Euro monatlich einführen und die betriebliche Altersvorsorge stärken. Die Erwerbsminderungsrente soll für jene, die krankheitsbedingt früher aus dem Arbeitsleben austreten, in Zukunft ohne Abschläge ausgezahlt werden. Eine **Mindestrente** von 850 Euro solle bekommen, wer 40 Jahre Vollzeit gearbeitet und 30 Jahre Beiträge gezahlt hat. Geringverdiener und Beschäftigte mit langer Arbeitslosigkeit sollen die Grundsicherung im Alter durch eine sogenannte „Solidarrente“ aus Steuermitteln aufgestockt bekommen. Die SPD will auch Kindererziehungszeiten berufstätiger Frauen stärker auf die Altersversorgung angerechnet wissen, um sie besser vor Armut im Alter zu schützen.

Rentner, die haben und nicht haben, die sollen und gemacht haben und so weiter: Was für ein Stückwerk, mit dem allen vorgegaukelt wird, dass es mit dem bisherigen System möglich sei, tatsächlich der Armut vorzubeugen! Als tolle Errungenschaft wird eine Mindestrente von 850 Euro veranschlagt. Damit ist er oder sie doch mittendrin in der Armut! Was sind denn heute 850 Euro für den Rest des Lebensabends? Solch eine Rente liegt zwar über dem ALG-II-Regelsatz, doch auch wenn dieser als Existenzminimum bezeichnet wird, reicht er eben überhaupt nicht dazu aus, das Existenzminimum zu sichern. Von 688 Euro Arbeitslosengeld II sollen im Jahr 2012 viel zu viele und immer mehr Menschen ihr Dasein fristen können, auch wenn die Armutsgrenze sechs Jahre zuvor noch bei 856 Euro gelegen hat!

Die Einkommen der ärmsten Deutschen sind seit 1992 um 13 Prozent gesunken. Die von Transferleistungen Abhängigen werden seit Einführung der menschenverachtenden Hartz-Gesetze um ihre Teilhabe an der Gesellschaft betrogen, womit klar dem Grundgesetz widersprochen wird. Was ein Mensch tatsächlich zum Leben braucht, kann kaum dadurch ermittelt werden, dass das Konsumverhalten der Ärmsten der Armen dokumentiert wird, die sich schon so viele ganz normale Bedürfnisse verkneifen müssen. Eine Unterdeckung des Bedarfs von Regelsatzbeziehern kann nur durch einen realistischen Warenkorb ermittelt werden, was aber absichtlich nicht geschieht. Sollen sich die Rentner bei den explodierenden Lebenshaltungskosten von kümmerlichen 850 Euro eine normale Wohnung leisten können, obwohl doch überall extrem zu wenig günstige Wohnungen zu haben sind?

Um heute „beinahe anständig“ leben zu können, bedarf es mindestens 1.100 Euro, obwohl jene, die diese knauserigen Sätze zu verantworten haben, damit bestimmt keine Woche auskämen. Schon 2011 wurde von unabhängigen Wissenschaftlern ein Regelsatz mit einem Bedarf von 697,45 Euro plus Miete errechnet („Wir sind empört“, herausgegeben von Achim Rogoss, Seite 123). Neben den

Hartz-IV-Beziehern sollen nun auch die Rentner um ein menschenwürdiges Leben betrogen werden. Soll es demnächst Prügeleien am Papierkorb geben, wer sich die Pfandflaschen rausholen darf? Als armutsgefährdet gelten Menschen, die weniger als 60 Prozent des mittleren nationalen Einkommens zur Verfügung haben. In Deutschland lag die Schwelle für alleinstehende Personen zuletzt bei 940 Euro im Monat. Aber eine Rente von 850 Euro wird uns als große Errungenschaft verkauft!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Keine Kosmetik! Die Rentensenkungsgesetze müssen weg!

Frau von der Leyen erkennt eine „drohende Altersarmut“ und will nun durch eine Zusatzrente auf 850 Euro Rente aufstocken – bezahlt durch die Rentenversicherung und nur nach 40 Arbeitsjahren. Aber wer schafft das denn noch ohne Ausfallzeiten? Außerdem wird, wer 40 Jahre malocht und eingezahlt hat, diese Beiträge niemals mehr zurückbekommen, selbst wenn er 95 wird. Das ist alles ein riesiger Diebstahl!

Gabriel will ebenfalls 850 Euro, aber bezahlt vom Staat. Dies ist seine Reaktion auf die wachsende Kritik in eigenen Reihen an Schröders Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen. Das Rentenniveau lag zuvor bei 75 Prozent vom letzten Netto. Heute ist es auf nur noch 51 Prozent gesunken, bis 2030 stürzt es sogar auf 43 Prozent ab! Daran will Gabriel aber nichts ändern. Statt Kosmetik müssen die ganzen Rentensenkungsgesetze und die Hartz-Gesetze weg! Eine sechsprozentige Steuer auf Unternehmensumsätze könnte alle Sozialleistungen finanzieren und Krankenkassen-, Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge ersetzen. Dafür ist angeblich kein Geld da, stattdessen ist der Staat enorm verschuldet. Warum wohl?

Die Staatsverschuldung der USA liegt jetzt bei 16 Billionen Dollar, das entspricht 12,7 Billionen Euro. Die Verbindlichkeiten der EU betragen dagegen „nur“ 10,6 Billionen Euro. In den USA kommen dazu noch fünf Billionen Dollar für die beiden verstaatlichten Großbanken Fanny Mae und Freddie Mac. Die „Fed“ hatte die Notenpresse angeworfen und damit die extreme Verschuldung und auch Inflation ausgelöst. Denselben Weg gehen jetzt Japan und die EZB, die letzte Woche beschlossen hat, unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen. Die Spekulanten klopfen sich auf die Schenkel, die Börse feiert ein Kursfeuerwerk.

Hier zeigt sich die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems. Dagegen müssen wir kämpfen, und zwar nicht nur gegen nationale Regierungen, die im Dienst der Banken und Spekulanten stehen, sondern auch gegen die Troika aus EU, EZB und IWF! Deshalb fahren wir am **6. Oktober 2012** nach **Berlin** zur **Großdemo** gegen die Regierung. Gestern demonstrierten in Indien 8.000 Menschen gegen ein Atomkraftwerk AKW und wurden von 4.000 Polizisten mit Schlagstöcken verprügelt. Das wird uns so schnell nicht passieren, aber auch in Deutschland werden die Interessen der Atomlobby durchgesetzt, so bei den Strahlenmüll-Transporten über Nordenham.

Wolfgang Lange (MLPD)

Keine Atomtransporte über Nordenham!

Im September und November 2012 sollen Mischoxid- Brennelemente – wahrscheinlich mit der „Atlantic Osprey“ – im Hafen Nordenham angelandet werden. Diese MOX-Brennelemente von je gut 500 Kilogramm enthalten außer Uran noch circa 20 Kilogramm Plutonium. Schon sieben bis acht Kilogramm Plutonium reichen aus, um eine Atombombe zu bauen.

Der Transport ist gefährlich: Auf dem Seeweg beträgt die Meerestiefe 40 bis 100 Meter, die tiefste Stelle hat über 270 Meter Tiefe. Die Transportbehälter der Brennelemente müssen aber in Tests nur in einer Tiefe von 15 Metern acht Stunden aushalten und einem Feuer von 800 Grad Celsius eine halbe Stunde lang widerstehen. Propangas beispielsweise verbrennt aber bei 2.000 Grad Celsius, die meisten Brände dauern auch länger.

Die Behälter müssen einem Falltest aus neun Metern Höhe standhalten, das entspricht einer Geschwindigkeit von 48 Stundenkilometern. LKWs sind aber doppelt so schnell unterwegs. Bei einem Brand oder Unfall können Plutoniumpartikel frei werden und – eingeatmet – Lungenkrebs verursachen. Einige Millionstel Gramm Plutonium sind bereits krebserregend.

Warum werden diese gefährlichen Transporte durch Nordenham geleitet? Überall in den anderen Häfen wehren sich die Menschen gegen die Anlandung. So hat das Land Bremen seine Häfen für solches Gefahrgut gesperrt. Die Städte Cuxhaven, Emden und Wilhelmshaven haben sich gegen die Transporte ausgesprochen. Nur in Nordenham gibt es einen privaten Hafen. Der Nordenhamer Bürgermeister und der Stadtrat schweigen zu den Gefahren für die Bevölkerung in Nordenham. Es spricht vieles dafür, dass Nordenham der Hafen für alle deutschen Atomtransporte wird.

Auch die Herstellung der MOX-Brennelemente ist mit hohen Risiken verbunden. So ist die Irische See durch die Wiederaufbereitungsanlage Sellafield radioaktiv belastet. Tauben weisen dort so hohe Werte auf, dass sie als radioaktiver Sondermüll gelten. Sicherheitspapiere wurden gefälscht; so mussten vier Brennelemente aus Sellafield im AKW Esenshamm wieder ausgetauscht werden, da ein sicherer Betrieb nicht gewährleistet war.

Der Einsatz von MOX-Brennelementen macht Atomreaktoren komplizierter und gefährlicher. So wird das Inventar an langlebigen Alphastrahlern erhöht. Abgebrannte Elemente weisen eine doppelt so hohe Strahlung auf. Das bedeutet eine verstärkte Strahlenbelastung bei der Zwischenlagerung und der bis heute ungelösten Endlagerfrage.

Wir fordern den Nordenhamer Stadtrat auf, alle radioaktiven Umschläge über den Hafen abzulehnen! Wir fordern die niedersächsische Landesregierung auf, alle niedersächsischen Häfen nach dem Vorbild des Landes Bremen für den Umschlag von radioaktivem Material zu sperren! Wir fordern von der Bundesregierung die Stilllegung aller Atomkraftwerke, auch der niedersächsischen Atomkraftwerke Emsland und Grohnde!

Bisher bekannte Speditionen für Atomtransporte sind die Wilhelm Reese Speditionsgesellschaft mbH (Nienburg/Weser), Kieserling (Bremen), Nuclear Cargo Service (Hanau), RSB-Logistic GmbH (Köln) sowie Transkern (Frankreich).

Thomas Bartsch („Arbeitskreis Wesermarsch“)

Spendet für die Stuttgarter Parkschützer!

Heute Abend habe ich erfahren, dass 300 „Stuttgart-21“-Gegner Teile des Rosensteinparks, der auch durch den Bau des Tiefbahnhofs in Mitleidenschaft gezogen wird, besetzt haben.

In ihrer Presseerklärung heißt es: „Wir lenken mit einer Aktion die Aufmerksamkeit auf die akute Bedrohung des Rosensteinparks. Rund 30 Parkschützer wehren sich mit ihrer ab jetzt ständigen Anwesenheit gegen die wiederholte drohende Machtdemonstration der Bahn auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Stuttgart. Der Rosensteinpark ist besetzt, neben den 30 Parkschützern sind etwa 300 ‚S21‘-Gegner noch von der heutigen Montagsdemo vor Ort. Mit unserer Anwesenheit unterstreichen wir auch unseren

Wahlauftrag an den künftigen Oberbürgermeister. Uns geht es um Stuttgart. Wir bewahren den Rosensteinpark und fordern eine Umkehr bei ‚Stuttgart 21'."

Aus diesem Grunde rufe ich hiermit zu Spenden auf. Benötigt werden unter anderem Lebensmittel und Zelte. Die Sachen könnt ihr jede Woche auf unserem Schwabenstreich bei der Montagsdemo auf dem Marktplatz abgeben oder mich unter schwabenstreich-bremen-oldenburg(at)gmx.eu per Mail kontaktieren. Ich freue mich auf eure Spenden!

Gernot-Peter Schulz („Freie Bürger Deutschland")

Keine Gefechtsübung im „Urbanen Ballungsraum Schnöggersburg"!

1. Nachzutragen zu meinem Beitrag vom 3. September wäre noch, dass die **Bundeswehr** den lange geplanten Inlandskrieg in Kürze unter „realistischen Bedingungen" in der Altmark üben wird. Dann kann es dort sehr laut werden! Im „Gefechtsübungszentrum" entsteht eine „Urbaner Ballungsraum Schnöggersburg" genannte Geisterstadt à la Hollywood, in der die Streitkräfte den Häuser- und Straßenkampf durchexerzieren werden. Für dieses sechs Quadratkilometer große Wahnsinnsprojekt mit U-Bahnhof, Autobahnauffahrten und modernsten Regierungsgebäuden, an dem die Rüstungsfirma Rheinmetall beteiligt ist, sind bereits jetzt eine Milliarde Euro rausgeschmissen worden.

Dafür hätte der Regelsatz für sämtliche Hartz-IV-Betroffenen locker auf 500 Euro erhöht werden können! Die Bundesregierung gibt inzwischen offen zu, dass die Bundeswehr(macht) hier explizit den „Heimatschutz" und den „Inneren Notstand" proben soll. Dafür will sie weitere 100 Millionen Euro aus dem Hut zaubern, trotz des von ihr so heftig beschrienen „Haushaltsnotstands"! Für die Übungen ist auch die Zusammenarbeit mit Polizeikräften ins Auge gefasst. Wenn erst die diversen Militärflugzeuge, sogar die A400M- Airbusse, auf der eigens gebauten Behelfslandebahn starten und landen können, dann wird es in der bisher so beschaulichen Altmark besonders laut!

Doch es regt sich Widerstand: Friedensgruppen wollen in der Nähe ein Camp errichten und vom **12.** bis **17. September 2012** eine **Dauermahnwache** abhalten. Unter dem Motto „War starts here" findet am **15. September** ein besonderer **Aktionstag** statt. Hierzu schreibt das „Bremer Friedensforum" in seiner Presseerklärung vom 11. September, die auch an die Friedensgruppen vor Ort gegangen

ist, im Wortlaut: „Das ‚Bremer Friedensforum' solidarisiert sich mit dem Internationalen Diskussions- und Aktionscamp ‚War starts here', das mit seiner Aktion vom 12. bis 16. September 2012 gegen den Bau des Gefechtsübungszentrums in der Colbitz-Letzlinger Heide demonstriert. Das ‚Friedensforum' verurteilt die kürzlich ergangenen Verbotsmaßnahmen der Behörden."

2. Auch zum „Tag des Offenen Denkmals" gibt es vom ‚Friedensforum' eine Stellungnahme: „Ein Ärgernis in den Bremer Wallanlagen! Es ist überdimensional, es ist monströs, und es wirkt deplatziert auf dem sanften Hügel hinter der Bremer Kunsthalle: das **Kriegerdenkmal** auf der Altmannshöhe. 1935 wurde der gemauerte Ring zur Erinnerung an die Gefallenen des Ersten Weltkrieges eingeweiht, ein großes Spektakel damals im Beisein des Bremer NS-Bürgermeisters Heider, des braunen Landesbischofs Weidemann und des skandalumwitterten Weltkriegsgenerals von Fritsch.

Auf 10.000 Steinen sind die Namen der Gefallenen eingraviert. Bis heute ist es eines der größten jemals in Deutschland errichteten Kriegsdenkmäler. Das ‚Bremer Friedensforum' kämpft seit Jahren für die Aufstellung eines Deserteurdenkmals als Gegengewicht, bisher allerdings vergebens. Anlässlich des Tages des Offenen Denkmals am 9. September 2012 sollten die Verantwortlichen in der Bremer Kulturbehörde einmal darüber nachdenken, ob es nicht endlich an der Zeit wäre, das steinerne Rund zu einem Antikriegsdenkmal umzuwidmen." Hieran ist der Bremer Bürgermeister zu gegebener Zeit zu erinnern!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum", „Solidarische Hilfe")

55-Jährige in ihrer Wohnung verhungert: Jobcenter Halle lässt Leistungen „auslaufen" *(„Mitteldeutsche Zeitung")*

Revolutionsrede

Streitende an den Füßen des Parlaments, Vorbeiziehende, Tourist(inn)en, Bremer(innen) und Nicht-Bremer(innen), die ihr dem kapitalistischen Wahn in der Obernstraße bereits anheimgefallen seid, schaut euch um: Der Kapitalismus hat ausgedient! Seine blutigen Folgen sehen wir in Syrien und Afghanistan, seine ebenso schrecklichen Folgen auch hier im Renten-, Hartz-IV- und Lohndumping. Über alle Grenzen hinweg spielen die Aktienhändler(innen) mit dem Leben der Unterdrückten Russisch Roulette.

Getrieben von dem Wahnglauben, dass der Überfluss an manchen Stellen nicht etwa den Mangel woanders erzwingt, gucken viele abends „Deutschland sucht den Superstar", um nicht in den Nachrichten verhungernde Menschen – besonders Kinder in der sogenannten Dritten Welt, aber auch in europäischen

Flüchtlingslagern – sehen zu müssen. Die Revolution der Unterdrückten muss kommen, das Proletariat muss aufbegehren!

Die sogenannte Demokratie, in der wir leben, verbietet uns zu denken. Die parlamentarische Demokratie, die sich selbst im Grundgesetz schützt und damit die wahre Herrschaft des Volkes über sich selbst verhindert, zeigt wieder und wieder ihr hässliches Gesicht. Wenn Faschist(inn)en ungehindert Menschen töten können wie der NSU; wenn Rassist(inn)en Linke überfallen können, ohne dass eine politische Straftat erkannt wird, wie im Ostkurvensaal-Prozess; wenn die öffentliche Manifestation antikapitalistischen Gedankenguts durch Repression verhindert wird wie bei „Blockupy“, dann ist nicht mehr von der Herrschaft des Volkes zu sprechen.

Niedrige Wahlbeteiligungen zeugen nicht vom ausschließlichen, nicht begründbaren Desinteresse der Menschen an Mitbestimmung, nein, niedrige Wahlbeteiligungen beweisen nur eines: Diese Demokratie hat ausgedient. Natürlich wollen die Menschen hier mitentscheiden, aber wir brauchen schon Entscheidungsoptionen wie wahre Demokratie, Anarchismus, Kommunismus oder doch weiterhin Schweinesystem. Die Entscheidung, ob es zwei Prozent mehr Diäten für Politiker(innen) geben soll oder nicht, ist dann irrelevant. Diese Demokratie ist überholt.

Die so oft beschworene Freiheit ist nie da gewesen. Vielleicht haben wir jetzt den Bundespräsidenten Joachim „die Freiheit in Person“ Gauck, der zum Gedenken an Rassismus deutsche Eichen pflanzt, aber Freiheit haben wir nicht. Die Freiheit des selbstbestimmten Lebens wird zerstört durch den Zwang von Waffen und Militär, Nahrungsmittelkosten, Einkommen und Staatsgrenzen. Die Freiheit des selbstbestimmten Lernens wird zerstört durch die Ungleichbehandlung der Lernenden, Notenzwang und Studiengebühren. Die Freiheit des Wohnens wird zerstört durch Miete und Residenzpflicht. Die Freiheit der Medien wird zerstört durch zu hohe Kosten, Repression und Gewalt.

Unser Bestreben muss der Freiheit gelten. Die Grenzen in den Köpfen und zwischen den Staaten müssen durchbrochen werden. Die tosende Woge der proletarischen Revolution wird nicht aufzuhalten sein; von ihr werden Deiche baren Geldes überschwemmt und unter ihr die Stein gewordenen Zeugen des Kapitalismus – in New York und Frankfurt am Main – in den Fluten zusammenbrechen. Im Meer der Aufbegehrenden wird die in Beton gegossene Manifestation der parlamentarischen deutschen falschen Demokratie untergehen. Aus diesem Meer wird die Freiheit der Menschen aufsteigen!

Wir proklamieren in dieser Stunde, hier auf dieser Erde, die wahre, internationale und libertäre Republik; ein grenzenloser Gedanke, der die Unterdrückung fremd ist, die Republik, die die Scheindemokratie ablöst. Durch die Vereinigung des Proletariats gehen wir zur herrschaftsfreien Selbstbestimmung, zur kapitalfreien Selbstverwaltung, zur internationalen, libertären Republik!

Louie Doehlking (parteilos)

„Zweifel am ESM überwiegend begründet, äh, unbegründet“: Voßkuhle spannt Rettungsschirm für Merkel auf *(„Spiegel-Online“)*

Regelsatz soll um acht Euro steigen: Und gleicht somit nicht einmal die Preissteigerungen aus *(„Frankfurter Allgemeine Zeitung“)*

Bettina Wulff hasst die Öffentlichkeit: Alle hassen sie wegen ihres Buches, mit dem sie an die Öffentlichkeit geht *(„Bild“-Zeitung)*

Verachtung: Nach Abspeisung mit Gutscheinen kippt Obdachlose Wasserflaschen aus *(„Bild“-Zeitung)*

„Bild“ hetzt: Das muss doch mal gesagt werden! *(„Bild“-Zeitung)*

Unseriös: Arbeitsplätze werden nicht auf der Straße angeboten *(„Stern“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

392. Bremer Montagsdemo am 17. 09. 2012

Filmreif?

Die Angst scheint umzugehen in Deutschland, zumindest in den Behörden und bei den Gerichten. Da bekommt jemand eine stinknormale Ladung zu einem Termin, nicht etwa zu einem Strafprozess, sondern zu einer Verhandlung vor dem Sozialgericht. Es hat dabei schon ziemlich lange gedauert mit der Terminansetzung in erster Instanz. In Sozialangelegenheiten dürften zwei Jahre mehr als unangemessen sein!

Auch kann mit Sicherheit die jetzt verhandelnde Richterin oder der Richter nichts dafür, dass die Angelegenheit vorher mehrere Male von einer Kammer in die nächste geschoben wurde, dass dann ein Termin aufgrund der Versetzung des zuständigen Richters verschoben werden musste – und der nächste, weil die Rechtspflegerin des Jobcenter verhindert war.

Aber dass zu einem solchen Termin jetzt Einlasskontrollen wie bei einem Staatsbesuch oder vielleicht wie bei einem Besuch in den Parlamenten durchgeführt werden sollen, finde ich erschreckend. Folgendes konnte der Kläger auf seiner Ladung nachlesen: „Es wird darauf hingewiesen, dass aufgrund erhöhter Sicherheitsbestimmungen mit Einlasskontrollen am Termintag gerechnet werden muss. Bitte stellen Sie sich auch zeitlich darauf ein.“

Mannomann, muss ich mit meinen fast 60 Jahren und einer Schwerbehinderung von 80 Prozent gefährlich sein, dass man so einen Aufwand macht! Oder sollte es vielleicht nur ein Versuch sein, auf Hartz IV angewiesene Personen zu kriminalisieren? Aber ich kann das Gericht beruhigen: Mit Sicherheit werde ich keine Waffe mit ins Haus bringen, denn ich bin davon überzeugt, dass sich das Recht durchsetzen wird, auch wenn es noch so lange dauert. Geht wirklich schon die Angst um in Deutschland? Die Verantwortlichen für solche Einlasskontrollen sollten sich mal ihre Gedanken machen!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Wer stört den Frieden: Religionskritiker oder Wutgläubige? *(„Tageszeitung“)*

„Falsche Beschallungsrichtung“: Stuttgarter Montagsdemo wird schikaniert *(„Rote Fahne News“)*

Verhungert – auch acht Euro mehr Hartz IV reichen nicht zum Leben

Vor einer Woche stand wieder in der Zeitung, dass eine 55-jährige Frau in ihrer Wohnung verhungert sei. Nachdem sie drei Tage von niemandem mehr gesehen wurde und ihr Briefkasten überquoll, verständigten Nachbarn die Polizei, die dann eine stark abgemagerte Frau in ihrer Wohnung fand. Eine Anwohnerin schilderte die verhungerte Frau als unscheinbare Person, die jeden Tag dort joggte, die freundlich und hilfsbereit war. Nachbarn berichteten von Ärger mit dem Jobcenter, die Wohnungsgenossenschaft sprach von drei Monaten Mietrückstand. Offenbar bat sie in den vergangenen Wochen ihre Nachbarn mehrfach um Geld, weil das Einkommen fehlte. Möglicherweise seien zuletzt psychische Probleme hinzugekommen.

Da kann das Jobcenter Halle einfach lapidar erklären, dass die 55-jährige Frau zuletzt am 31. Januar 2012 zu einer Informationsveranstaltung gekommen sei und danach die „Zusammenarbeit eingestellt“ habe. Sonst wird im Zuge der Verfolgungsbetreuung gern bei jedem unterstellten *Mückenpups* ein Hausbesuch seitens der Jobcenter gemacht, und die Probanden werden meist gegen ihren Willen aufgesucht, wogegen sie sich auch erfolgreich wehren können. Aber hier wurde sich augenscheinlich *nicht die Bohne* darum gekümmert, wie eine vermutlich psychisch beeinträchtigte Frau ohne einen Cent existieren könnte.

Es kann einfach gesagt werden, die Leistungen seien „ausgelaufen“, und die Frau sei dann nicht mehr bei ihnen „Kundin“ gewesen. Verantwortung für das eigene Handeln: Fehlanzeige? Ob für die Statistik noch vermerkt wurde, die wohl verhungerte Frau sei „erfolgreich auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelt“ worden? Sitzen in den Ämtern jetzt nur noch Ökonomen, die schlicht die Verwertbarkeit des menschlichen „Materials“ bewerten und danach handeln – oder eben auch nicht? Die Betroffenheit war groß, weil die die 55-Jährige in ihrem Wohngebiet bekannt war und von vielen gemocht wurde.

Die Wohnungsgenossenschaft habe den sozialen Dienst der Stadt sofort informiert und auch ein Schreiben an den sozialpsychiatrischen Dienst der Stadt Halle abgeschickt. Da war die Frau womöglich schon tot. Der Notarzt konnte nur noch ihren **Tod** feststellen – Ursache „unklar“, auch wenn Polizei und Nachbarn

davon ausgehen, dass die 55-Jährige verhungert ist. Der Staatsanwalt sieht trotz der tragischen Umstände derzeit keinen Anlass, eine Autopsie anzuordnen, weil Fremdverschulden oder eine Straftat nicht erkennbar seien. Wird keine Autopsie angeordnet, damit nicht ans Tageslicht kommt, dass auch im reichen Deutschland Menschen verhungern? Ich fühle mich an den Erwerbslosen erinnert, der 2007 vor den Augen seiner Mutter in Speyer verhungert ist! Doch der menschenverachtenden Agenda 2010 wurde gerade in den letzten Tagen öffentlich als „Erfolgsrezept" und „wesentlicher Grund für die aktuelle wirtschaftliche Stärke Deutschlands" gehuldigt.

2. Nach der *drillionsten* Studie nun das brandneue, uralte Ergebnis: Auch wenn mehr Arbeiterkinder Abitur machen, steht es in den Schulen um die Chancengleichheit noch immer schlecht. Der Ausbau der deutschen Hochschulen führte nicht zu mehr Studienchancen für Kinder aus „bildungsfernen" Elternhäusern. Akademikerkinder verfügten über eine etwa sechsmal so hohe Chance, ein **Studium** aufzunehmen, wie Kinder von Eltern ohne Hochschulabschluss. Die „Studienbereitschaft" von Abiturienten aus „bildungsfernen" Schichten sei deutlich gesunken. Mitte der Siebzigerjahre strebten noch 80 Prozent von ihnen einen akademischen Abschluss an, heute nur noch die Hälfte. Bei Schülern aus Akademikerhaushalten nahm die „Studierbereitschaft" im gleichen Zeitraum lediglich von 90 auf knapp 80 Prozent ab.

Die Chancen, die allgemeine Hochschulreife zu erreichen, sei für Schüler aus gebildeten Elternhäusern noch immer etwa siebenmal höher als für Schüler aus „bildungsfernen" Familien. Die „Bildungsfernen" fänden alternative Wege zur Studienberechtigung über Fachschulen, Kollegs und berufsbildende Schulen. Auch wenn immer mehr Kinder und Jugendliche höhere Schulen und bessere Bildungsabschlüsse erreichten, sei der Anteil der sogenannten Bildungsverlierer weiterhin hoch. Ich kann die abwertende und in meinen Augen arrogante Bezeichnung „bildungsfern" kaum mehr ertragen. Nichtakademiker haben eine *andere* Bildung und nicht gar keine!

3. Eine Hartz-IV-Bezieherin klagte erfolgreich die Kosten für zwei Kurse im Babyschwimmen beim Sozialgericht ein. Das Geld dafür hatte die Aufstockerin beim Jobcenter Marzahn-Hellersdorf beantragt, doch der Antrag wurde mit der – meiner Meinung nach fadenscheinigen – Begründung abgelehnt, Frau G. habe nicht nachgewiesen, dass die Kurse auch wirklich belegt wurden. Die berufstätige zweifache Mutter klagte vor dem Sozialgericht – und gewann auf ganzer Linie. Auf diese Weise gelang es der Mutter, für ihr Söhnchen an Leistungen aus dem sogenannten **Bildungspaket** zu kommen.

Sie hatte die Behörde gefragt, wie sie vorgehen müsste, um das Geld erstattet zu bekommen, und erhielt noch nicht mal eine Antwort. Schließlich beantragte sie die Mittel. Das Jobcenter verlangte ihr eine Teilnahmebestätigung ab, die sie so schnell bringen konnte – da kam auch schon die Ablehnung des Antrags. Die

Kursleiter lassen sich nicht darauf ein zu warten, bis das Jobcenter die Kostenübernahme zusagt. Außerdem ist ein Grundgedanke des Gesetzes, eine Stigmatisierung zu vermeiden.

4. Jeder siebte Niedersachse und jeder fünfte Bremer ist von **Armut** betroffen, die besonders unter den Alten anwächst. Besonders gefährdet sind zudem Arbeitslose, kinderreiche Familien, Ausländer und Menschen mit einer niedrigen Ausbildung. Hier wäre die Politik gefordert, um den Trend zur Spaltung der Gesellschaft aufzuhalten. Wir brauchen einen wirklich existenzsichernden und altersarmutsfesten Mindestlohn, die Bekämpfung des ständig wachsenden Niedriglohnsektors und eine gerechtere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen! Die „Linken"-Abgeordnete Claudia Bernhard warf dem Bremer Senat vor, kläglich versagt zu haben, nicht nur als erschreckende Bilanz der Hartz-Gesetze und der herrschenden Regierungspolitik, sondern auch als vernichtendes Armutszeugnis für die Bremer SPD.

5. Das „Erwerbslosenforum Deutschland" kritisiert die Anpassung des Hartz-IV-Regelsatzes um acht Euro zum 1. Januar 2013 als Resultat einer willkürlich klein gehaltenen Datenbasis, denn es würden nicht einmal die Preissteigerungen gegenüber dem Vorjahr aufgefangen. Nach wie vor fehlten transparente und nachvollziehbare Berechnungen des Regelsatzes auf Grundlage der „Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2008". So sei nicht ersichtlich, warum gegenüber den unteren 15 beziehungsweise 20 Prozent der Einkommensbezieher bei ALG-II-Beziehenden willkürliche Abschläge in Höhe von circa 170 Euro vorgenommen werden. Der Sprecher des „Erwerblosenforums", Martin Behrsing, kritisiert, dass für die Bundesregierung anscheinend mit Hartz IV weniger Essen, Strom, Kinderschuhe oder Fahrtkosten benötigt würden. Nach dem „Bildungs- und Teilhabepaket" sowie der Zuschussrente sei die „Erhöhung" des Hartz-IV-Satzes um acht Euro der nächste „schlechte Witz aus dem Hause von der Leyen", der einem allerdings das Lachen im Hals steckenbleiben lasse.

Auch der „Paritätische Wohlfahrtsverband" hält die geplante Regelsatzanpassung bei Hartz IV für völlig unzureichend und viel zu niedrig. Nach Berechnungen des „Paritätischen" müsste ein verfassungskonformer Regelsatz mindestens 420 Euro *plus einmalige Leistungen* betragen. Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes bemängelt, dass die Bundesregierung den Regelsatzbedarf in Hartz IV trickreich und willkürlich klein rechnet, und bewertet es als Skandal, dass sie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts derart mutwillig ignoriert und lieber einen erneute Rüge riskiert, statt die Leistungen endlich bedarfsgerecht anzupassen. Auch der „Sozialverband Deutschland" forderte eine realitätsgerechte Neuberechnung der **Hartz-IV-Regelsätze**, weil die angekündigte Anhebung noch nicht einmal ausreiche, den sich abzeichnenden „Strompreis-Tsunami" zu bezahlen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke"

Elisabeth Graf ist Teilnehmerin an der **Podiumsdiskussion „Die Unmenschlichkeitskatastrophe – zehn Jahre Hartz IV“** am **Dienstag**, dem **9. Oktober 2012**, um **19 Uhr** im „**Konsul-Hackfeld-Haus**“, Birkenstraße 34.

Der Widerstand gegen „Stuttgart 21“ geht weiter!

Mit der Volksabstimmung über dieses unsinnige Milliardenprojekt sollte der Widerstand der Bevölkerung gebrochen werden. Dazu wurde die Abstimmung manipuliert – durch Verschleierung der tatsächlichen Kosten, durch Lügen über größere Kapazitäten des neuen Tiefbahnhofs und durch Verharmlosung der Folgen für Mensch und Natur. Aber aus der beabsichtigten Ruhe im „Ländle“ ist nichts geworden: Jede Woche gehen zwei- bis dreitausend Menschen bei der Montagsdemo auf die Straße, Tendenz weiter steigend. Die Mahnwache der Parkschützer wurde im Rosensteinpark neu aufgebaut.

Die Grundlage für den Volksentscheid ist schon längst dahin, die neue Landesregierung hat ihre Wahlversprechen gebrochen. Besonders die Grünen um Landesvater Kretschmann haben sich entlarvt. Alle Kritiken an dem Großprojekt bestätigen sich. So stellt die Bahn AG nach 16 Jahren Planung fest, dass doppelt so viel Grundwasser abgepumpt werden muss wie geplant. Das gefährdet die wertvollen Mineralquellen noch stärker. Bahninterne Unterlagen beweisen zudem, dass die Kapazität des Tiefbahnhofs geringer ist als beim Kopfbahnhof. Dadurch wird der öffentliche Nahverkehr eingeschränkt und der Autoverkehr noch mehr ausgebaut. Und das in der Stadt mit der höchsten Feinstaubbelastung in Deutschland!

Im Schlossgarten wurden zwei- bis dreihundert Jahre alte Bäume gefällt, die nicht nur der Erholung, sondern auch als „grüne Lunge“ dienten. Selbst im kalten Hungerwinter 1946 hat niemand gewagt, diese alten Bäume zu fällen. Stümperhaft und unverantwortlich ist auch das „Sicherheitskonzept“: Bei einem Brand im Tunnel dauert es allein eine Dreiviertelstunde, bis nur die Löschleitung mit Wasser gefüllt ist. Der „Kostendeckel“ von bereits wahnsinnigen fünf Milliarden Euro für dieses Großprojekt ist längst durchbrochen. Die Planungsmängel, Bauverzögerungen und Regressforderungen verschiedener Konzerne verteuern das Projekt täglich.

Die sozialen Auswirkungen bekommt die Bevölkerung zu spüren, zum Beispiel durch die Streichung von 11.400 Lehrerstellen in Baden-Württemberg. Wie

bei der Elbphilharmonie in Hamburg und beim neuen Berliner Flughafen wurde hier ein Fass ohne Boden geschaffen. Die verantwortlichen Politiker waschen ihre Hände in Unschuld, einige Konzerne und Banken verdienen sich eine goldene Nase, und die Bevölkerung und die Natur haben die Folgen auszubaden. Diese Großprojekte im Profitinteresse gehen uns alle an – sie müssen gemeinsam verhindert werden!

Gestern fand in Wien eine weitere Aktion gegen den Bau einer Autobahn durch das Naturschutzgebiet Lobau statt. Die Lobau wurde bereits 1977 durch die Unesco als eines der bedeutendsten Feuchtgebiete der Welt anerkannt und zum „Biosphärenreservat“ erklärt. Seit fast zehn Jahren engagiert sich die Bürgerinitiative „Rettet die Lobau“. Mit ihrem langen Atem konnte sie bisher den Bau verhindern! Dort fand gestern ein Schwabenstreich statt, um die Gemeinsamkeit des Widerstands gegen Großprojekte deutlich zu machen. Der Schwabenstreich Bremen-Oldenburg war dort vertreten, um internationale Verbindungen zu knüpfen und auszubauen. Deshalb setzt unser deutsch-österreichischer Schwabenstreich heute ein klares Zeichen: Kopf hoch! International zusammenhalten! Oben bleiben!

Harald Braun

Die drei Pappnasen: Wer führt die SPD
in die verdiente Wahlniederlage? *(„Focus“)*

Der Balken im eigenen Auge

Wenn es richtig ist, zuerst den Balken aus dem eigenen Auge zu entfernen, so möchte ich an den 1988 erschienenen Film „Die letzte Versuchung Christi“ erinnern.

Dazu schreibt „Wikipedia“: „Der Film rief bei seinem Erscheinen 1988 Kontroversen und vor allem unter konservativen Christen wütende Proteste hervor. Die Geschichte von einem Jesus, der an seiner Berufung als Sohn Gottes zweifelt, mit den Römern kollaboriert, eine Frau begehrt, sich sogar dem Tod am Kreuz entzieht und eine Familie gründet, wurde als Blasphemie betrachtet. Die Kontroverse ging so weit, dass es auch zu gewalttätigen Protesten kam, wobei etwa

auf ein französisches Kino ein Brandanschlag verübt wurde. In Chile wurde der Film verboten.“

Ich habe den Film damals im „evangelischen“ Kiel gesehen, wo die Sache gelassener genommen wurde. In einigen Gegenden Westfalens, wo ich herkomme, soll es jedoch zu tumultbehafteten Aufführungen gekommen sein.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Die **Kurden** feiern am **Sonntag**, dem **23. September 2012**, von **13** bis **17 Uhr** auf dem **Bahnhofsvorplatz** die **Menschenrechte**.

Genosse Heinrich Vogeler – Künstler, Realist, Kommunist

Ein Besuch der Worpsweder Museen ist mehr als lohnenswert. Davon konnte ich mich kürzlich selbst überzeugen, denn zurzeit läuft dort noch eine überaus beeindruckende **Heinrich**-**Vogeler**-Präsentation. Die Ausstellung wird in vier Galerien gleichzeitig gezeigt. Hier besteht die Möglichkeit, die verschiedensten Exponate in ihrem jeweiligen historischen Kontext – im „Barkenhoff“, in der Großen Kunstschau, dem „Haus im Schluh“ und in der Worpsweder Kunsthalle – auf sich wirken zu lassen. Sie zeigen den Maler, Buchgestalter, Designer, Architekten und Autor als einen durch und durch politischen Menschen, der stets aus einer tiefen kommunistischen und humanistischen Überzeugung heraus handelte und künstlerisch wirkte.

Nach seiner ersten romantischen Schaffensperiode als Jugendstil-geprägter, noch eher unpolitischer Maler von lyrischen, teils melancholischen Bildkompositionen im „Barkenhoff“ wurde Vogeler während des Ersten Weltkrieges, an dem er aktiv teilnahm, zum leidenschaftlichen Kriegsgegner, was aus den eher kleinformatigen Bildern wie „Das Elend des Krieges“ und „Die Kriegsfurie“ aus dem Jahr 1919 eindrucksvoll hervorgeht. Seine Zeit in der Sowjetunion wird besonders ausführlich – in Gestalt seiner großen Komplexbilder, seiner Schriften und Aufrufe sowie zahlreicher, per Kopfhörer anzuhörenden Original-Tondokumente – von den Worpsweder Ausstellungsmachern vorgestellt. In einem kurzen Filmbeitrag, der im „Barkenhoff“ in einem gesonderten Raum gezeigt wird und seinen Lebensweg noch einmal visuell nachzeichnet, kommt auch sein Sohn Jan Vogeler ausführlich zu Wort.

Die Initiator(inn)en haben zu dem gesamten Ausstellungskomplex ein Faltblatt mit dem Titel „Heinrich Vogeler – Künstler, Träumer, Visionär“ herausgebracht. Unter dem Motto „Genosse Heinrich Vogeler – Künstler, Realist, Kommunist“ bewirbt hingegen die „Marxistische Abendschule Bremen“ ihre politisch betonte **Führung** durch die Museen am **Sonntag**, dem **23. September 2012**, um **13:30 Uhr** mit dem pensionierten Oberstudienrat Klaus Hildebrandt. Treffpunkt ist die Gartentreppe vor dem „**Barkenhoff**“. Die Worpsweder **Ausstellung** ist insgesamt noch bis zum **30. September 2012** täglich von **10** bis **18 Uhr** zu sehen. Unbedingt hingehen!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Renten – wie lange wird es die noch geben?

Renten – wie lange wird es die noch geben, wenn zusammengefasst wird, was in den letzten 20 Jahren alles verzapft wurde? Die einen bekommen immer weniger, die anderen immer mehr. Das hat es schon vor Bismarck gegeben und noch weiter zurück, vornehmlich in der Steinzeit, zuzeiten schlechter Jagd. Es bewegt sich in den 20 Jahren seit Zerstörung der sozialistischen Republiken ganz klar in Richtung Vergangenheit. Die Schau-ordentlich-Ministerin *Censorline* macht sich keinen Kopf über die Inflation, denn diese 850 Euro, die sie den Feudalen abverlangen will, sollen 2030 ja nicht 8.500 Euro sein.

Minirenten wie Minijobs sollen wohl das allerheiligste Wohlstandsgut sein, aber tatsächlich werden 850 Euro, die heute eine Kleines-Häuschen-Bürgerrente sind, im Jahr 2030 eine Klein-arme-Mäuschen-Rente sein. Dann ist etwas los, dass man von Bismarck nicht nur historisch reden wird: Der Mann kann dann ein Muster werden. 850 Euro jetzt für mich, und dann wie Beamte aufsteigen mit der Rente, darüber könnte man reden, wenn es für alle mitgeht in die Zukunft. Aber was ist jetzt für die Alten in Zukunft zu sehen: „Bitte bald ins Krankenhaus, Kost und Logis frei“ oder, wenn es ganz deprimierend wird: „Sicheres Alter im Pflegeheim“, denn als *Menschen* wollen die mich nicht mehr haben.

Zuschrift von Günni, dem Mann mit dem großen Hut

„In euch wollen wir nicht mehr investieren“

1. In Bremen fehlen etwa 92.000 Sozialwohnungen. Zu dieser Erkenntnis kommt eine Studie, deren Datenlage die Baubehörde bezweifelt: Dass Bremen bei 550.000 Einwohnern einen derart hohen Bedarf haben solle, sei „nicht plausibel“ Die Begründung für den hohen Bedarfs an Sozialwohnungen liefert zwei Tage später das Statistische Bundesamt: Bremen hat das höchste Armutsrisiko in der Bundesrepublik Deutschland!

Die Hansestadt hat einfach zu wenige **Wohnungen** für eine bezahlbare Miete. Dies hat Bremen aber immer noch nicht in der „Verwaltungsanweisung Wohnen“ berücksichtig. Zum Glück ist dies nur eine Anweisung an die Verwaltung und hat keine Gesetzeskraft! Einfach untragbar ist, dass die Armen noch immer ärmer werden. Die „Armutsgefährdung“ ist in allen Bundesländern gegenüber dem Vorjahr gestiegen!

2. Die neuen Bescheide für Leistungsberechtigte nahen mit Brausen: Bremen hat umgestellt. In den Bescheiden sind mehr Einzelheiten dargestellt; insbesondere steht jetzt ausgewiesen, welcher Betrag wohin gezahlt wird. Damit können Leistungsberechtigte oder auch Beratungsstellen die Fehler einfacher finden. Die Daten waren schon immer im System. Warum dieser Ausdruck so viel Anlauf brauchte, bleibt ein „Systemgeheimnis“. Einen Musterbescheid gibt es bei Harald Thomé.

Über die Anrechnung von Erwerbseinkommen heißt es als Fußnote: „Bei **Erwerbseinkommen** bis 400 Euro werden Werbungskosten und Absetzungen unabhängig von der tatsächlichen Höhe mit einem Betrag in Höhe von 100 Euro (Grundfreibetrag) berücksichtigt. Bei Erwerbseinkommen über 400 Euro werden die tatsächlichen Werbungskosten und Absetzungen, mindestens aber 100 Euro berücksichtigt.“

Zum Freibetrag auf das Erwerbseinkommen heißt es: „Neben dem Grundfreibetrag erhalten Sie auf Ihr Einkommen aus Erwerbstätigkeit von 100,01 bis 1.000 Euro einen Freibetrag von 20 Prozent. Auf Ihr Einkommen aus Erwerbstätigkeit von 1 000,01 Euro bis 1.200 Euro (beziehungsweise 1.500 Euro, wenn Sie ein Kind haben oder mit einem Kind zusammenleben) erhalten Sie einen weiteren Freibetrag von zehn Prozent.“

Die Regelung, für Erwerbseinkommen bis 400 Euro nur 100 Euro Freibetrag zu gewähren, ist eine Verschlechterung. Bisher waren 100 Euro Grundfreibetrag

und 20 Prozent vom übersteigenden Bruttobetrag absetzbar, somit statt jetzt 100 bis zu 160 Euro.

3. Harald Thomé hat in seiner aktuellen Info-Mail auf Folgendes hingewiesen: „Massive Kürzungen im Bereich der **Eingliederungsleistungen** im SGB II/SGB III geplant. Trotz zunehmender Krisentendenzen am Arbeitsmarkt will die Bundesregierung weitere Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik fortführen. Die geplanten Kürzungen werden aus dem jetzt vorliegenden Entwurf des Bundeshaushaltes 2013 und der mittelfristigen Finanzplanung im Bereich Arbeitsmarkt (Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik und Sozialleistungen im Bereich Hartz IV) ersichtlich.“ Insgesamt wolle die Regierung die Ausgaben in diesem Bereich von 2012 bis 2013 um 8,6 auf 31,4 Milliarden Euro senken.

Diese neue Kürzungsrunde hat zur Folge, dass die Erwerbslosen oder nicht ausreichend Erwerbenden dauerhaft von Zugängen auf dem Arbeitsmarkt abgekoppelt werden, sie damit zur Dauererwerbslosigkeit oder Tätigkeiten im Niedriglohn verdammt werden. Anders gesagt lautet die offene Ansage der Bundesregierung: „Euch geben wir auf, in euch wollen wir nicht mehr investieren“. Damit tritt eine neue Phase ein, von der Durchsetzung des Niedriglohnsektors zur Verfestigung und Zementierung des Niedriglohnsektors in Deutschland.

Dazu gibt es ein hervorragendes Dokument der „Linken“ mit dem Titel „Arbeitsmarktpolitik weiter auf Talfahrt – die Haushaltsplanungen der Bundesregierung für 2013 und danach“, das den Themenkomplex gut herausarbeitet. Wer umschulen oder eine Weiterbildung machen möchte oder überhaupt Unterstützung braucht, sollte den Antrag schnell stellen. Darum Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich will die Zukunft lebenswert gestalten!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Anlässlich der **5. Internationalen Woche des Grundeinkommens** vom **17.** bis zum **23. September 2012** gibt es auch in Bremen mehrere **Veranstaltungen**:

„**Krisen ohne Ende** – kann ein bedingungsloses Grundeinkommen ein Ausweg sein?“, **Vortrag** von Werner Rätz, Bonn, Mitbegründer von „Attac Deutschland“, Arbeitsgemeinschaft „Genug für alle“, am **Mittwoch**, dem **19. September 2012**, um **19 Uhr** im Wallsaal der **Zentralbibliothek**, Am Wall 201

„Wege zum Grundeinkommen – **Ansätze für Deutschland**“, **Vortrag** von Ronald Blaschke, Berlin, „Netzwerk Grundeinkommen“, am **Donnerstag**, dem **20. September 2012**, um **19 Uhr** im Wallsaal der **Zentralbibliothek**

„**Wege zum Grundeinkommen in Asien**“, **Vortrag** von Min Geum, Seoul, „Basic Income Korean Network“, am **Freitag**, dem **21. September 2012**, um **19 Uhr**, im **Gästestehaus** der Universität Bremen, Teerhof 58

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

393. Bremer Montagsdemo am 24. 09. 2012

Die „Bildungsteilhabe“ umfasst nicht Kopien und Bastelstunde

Der Wohlstand in Deutschland steigt und steigt, doch davon profitieren nur die Reichen. Als ob es nicht schon unerträglich genug ist, dass den wenigen Reichen 53 Prozent des Gesamtvermögens gehören, während der unteren Bevölkerungshälfte nur ein Prozent bleibt, verdeutlicht jeder weitere „**Armutsbericht**“, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander klafft. Natürlich verschärfen „Stundenlöhne, die bei Vollzeit zur Sicherung des Lebensunterhalts eines Alleinstehenden nicht ausreichen“ die „Armutsrisiken und schwächen den sozialen Zusammenhalt“. Das Nettovermögen des Staates ist im Vergleich zwischen 1998 und 2008 um über 800 Milliarden Euro zurückgegangen.

Ulrike Herrmann beschreibt sehr schön, wie die Mittelschicht furchtbar gern an den eigenen Aufstieg glauben möchte und sich diese Hoffnung durch Heftchenromane oder ZDF-Sonntagsfilmchen mit einlullendem rosa Plüsch-Happy-End vorgaukeln lässt. Dabei begreifen wir eigentlich schon lange, dass wir keineswegs durchs Sparen oder Lernen und auch nicht durchs Heiraten reich werden können, denn Eliten pflegen unter sich zu bleiben! Heutzutage wird kaum ein armes Mädchen von einem reichen Jungen geheiratet, der auch gerne adelig sein darf. Fast niemand heiratet „unter seinem Stand“, es gilt das alte Sprichwort „gleich und gleich gesellt sich gern“.

Weil der Mittelschicht nicht entgangen ist, dass „in ein Vermögen einzuheiraten“ eher selten gelingt, wird zunehmend auf Bildung und individuelle Karriereplanung der eigenen Kinder investiert. Aber auch wenn fast alle DAX-Manager einen Universitätsabschluss haben, meist in Jura oder Betriebswirtschaft, ist es ein Trugschluss anzunehmen, das eigene Kind könnte mittels eines guten Jura-Abschlusses auch zum Konzernchef aufsteigen: Entscheidend ist und bleibt nach wie vor die eigene soziale Herkunft.

Damit das hübsch so bleibt, gibt es in Deutschland das dreigliedrige Schulsystem, obwohl mancherorts getan wird, als ob es die Ungleichheit abschaffe,

wenn die Haupt- und Realschulen zur Pseudo-Oberschule geadelt würden, sodass durch den Namen Oberschule bei ihrem Besuch ein Märchen wahr werde. Das Übrige erledigt die neoliberale Politik, die weiterhin alles von unten nach oben verteilt und zu diesem Zweck auch die menschenverachtenden Hartz-Gesetze geschaffen hat.

2. Ei der Daus, da handelt sich *lovely* Zensursula von der Leyen offenbar Ärger ein mit ihrem Entwurf für den neuen „Armuts- und Reichtumsbericht“: Das Wirtschaftsministerium verweigert glatt seine Zustimmung dafür, mit Daten über eine „ungleiche Einkommens- und **Vermögensverteilung**“ Steuererhöhungen zu rechtfertigen und lehnt „vor allem Forderungen nach höheren Steuern für die“ ab, „die den Sozialstaat finanzieren“. Laut „Weser-Kurier“ vom Samstag, dem 21. September 2012, will Rösler dem Armutsbericht nicht zustimmen. Wenn also demnächst jemand etwas Negatives sagt, dann brauche ich dem bloß nicht zuzustimmen, und alles wird ins Positive verwandelt?

Auch Finanzsekretär Steffen Kampeter sprach von „Linksrhetorik pur“, alle wenden sich gegen eine höhere Vermögensabgabe. Röslers Ressort dringt darauf, die „positiven Trends stärker in den Vordergrund“ zu stellen. So hätten seit 2005 mehr als zwei Millionen Menschen eine Beschäftigung gefunden. Arbeit über alles, Hauptsache Arbeit, egal ob sich davon menschenwürdig leben lässt? Ich wüsste gern, in welcher Statistik die Regierung die 40 Prozent Langzeitarbeitslosen versteckt, die aus der Langzeitarbeitslosigkeit verschwunden sein sollen – oder werden sie schlicht nicht mehr mitgezählt?

3. Nach Ansicht von EU-Sozialkommissar Laszlo Andor sind die niedrigen Löhne in Deutschland ein Grund für die anhaltende Wirtschaftskrise in Europa, weil durch die jahrelange „Lohnzurückhaltung“ die Deutschen dazu beigetragen hätten, dass „wirtschaftliche Ungleichgewichte“ in der EU entstanden seien. Deshalb forderte der EU-Sozialkommissar höhere Löhne und einen **Mindestlohn** in allen Branchen.

Zwar habe sich der deutsche Arbeitsmarkt schnell von der Krise erholt, sei aber zunehmend „segmentiert“. Wenn das so bleibe, werde die Kluft zwischen regulärer Arbeit und Minijobs schnell wachsen, wobei die Minijobber riskieren, in eine Armutsfalle zu geraten. Selbstredend wies der Präsident des „Industrieverbandes Gesamtmetall“ Andors Thesen als „absurd und haltlos“ zurück. Deutschland sei eine „Konjunkturlokomotive“ und der mit Abstand größte Nettozahler der EU.

4. Die Forscher des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung“ griffen für eine Untersuchung auf Daten des „Sozio-ökonomischen Panels“ zwischen 1984 und 2010 zurück und kamen zu dem Ergebnis, dass insbesondere die Männer aus armen Haushalten eine geringere **Lebenserwartung** hätten. Die Männer, die über 80 bis 100 Prozent des mittleren Einkommens verfügen, sterben statistisch gese-

hen immer noch 4,5 Jahre vor ihren wohlhabenden, Männer aus der zweithöchsten Einkommensgruppe von 100 bis 150 Prozent drei Jahre früher.

Bei Frauen seien die Unterschiede kleiner, aber immer noch deutlich. Ihre Lebenserwartung sei in armutsgefährdeten Haushalten um dreieinhalb Jahre geringer als in wohlhabenden. Bei einem Einkommen von 80 bis 100 Prozent schrumpfte die Lebenserwartung um zweieinhalb, in der zweithöchsten Gruppe bis 150 Prozent um anderthalb Jahre. Bei Frauen sei die geringere Lebenserwartung auf psychische Belastungen zurückzuführen, die durch die knappen finanziellen Möglichkeiten, fehlende soziale Netzwerke und Freizeitmöglichkeiten durch Einkommensarmut ausgelöst würden.

Bei Männern seien hingegen vor allem die geringere Bildung und die körperliche Belastung im Arbeitsleben als Ursache zu sehen. Ihnen könnte mit einer Reform des Arbeitsschutzes und stärkerer betrieblicher Gesundheitsförderung geholfen werden. Ein Zyniker könnte nun fragen, warum Menschen in Armut auch noch *lange* leben wollen!

5. Wenn Hartz-IV-Bezieher dazu verpflichtet werden, ihre finanziellen Verhältnisse offenzulegen und sich um einen „Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt“ zu bemühen beziehungsweise für entsprechende Maßnahmen bereitzuhalten, so kann dies in keiner Weise rechtfertigen, was die Stadt Plauen neun Langzeitarbeitslosen zumutete: Sie sollten als **Ein-Euro-Jobber** im Park das Unterholz lichten und damit Platz für den Kampfmittelräumdienst schaffen. Berichten zufolge werden in dem Bereich rund ein Dutzend Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg vermutet. Das zuständige Flop-, Mob- oder (No-)Job-Center soll den Probanden perfide mit Leistungsentzug bei einer Weigerung gedroht haben.

Dass die Ein-Euro-Jobber quasi an einem Himmelfahrtskommando teilnahmen, erfuhr das zuständige Jobcenter angeblich erst aus den Medien. Natürlich wusste niemand vorher irgendwas, und noch natürlicher würden doch keine Arbeitslosen in solche gefährlichen Jobs geschickt! Doch zeigt sich natürlich ebenso natürlich, zu welchen Maßnahmen und Mitteln Jobcenter greifen können. Oder wollte da etwa ein Sachbearbeiter unliebsame „Kunden“ loswerden? Ich verstehe aber auch die Erwerbslosen nicht, die brav in den Park trotten und ihr Leben riskieren, statt sich Unterstützung bei ihrem Widerspruch zu holen! Diese Arbeit hätte wegen Unzumutbarkeit sanktionslos verweigert werden können. Sollte der Zyniker dieses Mal fragen, ob nicht jedes Mittel recht sei, um die Statistik zu bereinigen?

6. Die Leiterin einer Grundschule in Kreyenbrück wies vor den Sommerferien darauf hin, das nach den Ferien fällige Kopiergeld werde sich von bisher zehn auf nun 15 Euro fürs Schuljahr erhöhen. Einen Tag nach den Sommerferien forderte sie die Eltern, die bisher nicht gezahlt hatten, zur Zahlung in spätestens zwei Tagen auf und wies darauf hin, dass die Kinder sonst keine Arbeitsblätter erhalten und nicht entsprechend am Unterricht teilnehmen könnten. Eine Mutter, von

deren sechs Kindern zwei diese Grundschule besuchen, bat für die 30 Euro um Aufschub bis zur Mitte des Monats, wenn das Kindergeld komme.

Die 70 Euro aus der „Bildungs- und Teilhabe- Förderung“ zur „Sicherung des Existenzminimums hilfebedürftiger Kinder und Jugendlicher zur **Bildungsteilhabe**“, zu denen im Februar weitere 30 Euro kommen, hatte sie im Juli für Schulbücher und Material bezahlt. Doch hatte die Schule kein Einsehen. Die Tochter kam weinend nach Hause, weil ihr – anders als den anderen Kindern in ihrer Klasse – keine Fachblätter ausgeteilt worden waren. Sie hatte zudem kein Bastelmaterial erhalten und dadurch im Unterricht nicht mitbasteln können, weil auch das „Bastelgeld“ in Höhe von zehn Euro noch nicht gezahlt worden sei.

Die Schulleiterin sagte, der Brief an die Eltern sei „nicht aus dem hohlen Bauch entstanden“, denn es gebe viele Säumige. Auch sei sie nicht dagegen, das Jugendamt zu informieren, wenn das Kopiergeld nicht bezahlt werde, weil dies „eine Frage der elterlichen Sorge“ sei. Kinder müssen es ausbaden, noch mehr Ausgrenzung und Beschämung ertragen, wenn Politiker noch immer nicht berechnet haben, wie viel Geld Kinder tatsächlich zum Leben und für die Schule benötigen. So oft werden Kinder von finanziell klamm gehaltenen Eltern als „bildungsfern“ verhöhnt, obwohl ihre Teilhabe an Bildung – wie beschrieben – verhindert wird!

7. Weil all die vielen Programme – von ABM bis Ein-Euro-Job – dauerhaft nicht die gewünschte Wirkung zeigen, fordert die Bundesagentur für Arbeit dauerhafte staatliche **Lohnzuschüsse**. Ihr Chef Heinrich Alt will darauf hinarbeiten, dass auch „Menschen mit größeren Vermittlungshemmnissen“ eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt erhielten. So sollten „Dauerarbeitslose mit vielfachen Beschäftigungshindernissen“ auch auf lange Sicht Bundeszuschüsse erhalten, um „ihre objektiv eingeschränkte Produktivität auszugleichen“. Insbesondere wolle Alt vor allem jene 400.000 Arbeitslosen „fördern“, die zuvor noch keine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt und ohne Zuschüsse oft keine Chance auf einen Arbeitsplatz hätten, sollten sie nicht als „arbeitsunfähig“ in die Sozialhilfe abgeschoben werden.

Angeblich soll gerade diesem Personenkreis signalisiert werden, dass sie nicht aufgegeben werden und sie es mit Hilfe und eigener Anstrengung schaffen könnten. Wenn das kein *alt*er Wein in neuen Schläuchen ist! Diese Fördermöglichkeiten gibt es doch längst, bei denen das Beschäftigungsverhältnis nur etwa dem Zeitraum entspricht, den der Arbeitnehmer beschäftigt werden muss, damit der Arbeitgeber die Zuschüsse weder zurück- noch Strafen zahlen muss. Anschließend wird der Betroffenen wahrscheinlich wieder auf der Straße sitzen. Dann können diese „neuen“ Mitnahmeeffekte einem weiteren Erwerbslosen als fördernde Wohltat vorgegaukelt und angediehen werden.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Elisabeth Graf ist Teilnehmerin an der **Podiumsdiskussion „Die Unmenschlichkeitskatastrophe – zehn Jahre Hartz IV“** am **Dienstag**, dem **9. Oktober 2012**, um **19 Uhr** im „**Konsul-Hackfeld-Haus**“, Birkenstraße 34.

Am **Samstag**, dem **29. September 2012**, findet auch auf dem Bremer **Marktplatz** von **11 bis 14 Uhr** der bundesweite „**Aktionstag Umfairteilen**“ statt. Hintergrund dieser Veranstaltung sind Forderungen nach einer einmaligen Vermögensabgabe sowie einer dauerhaften Vermögensteuer.

Cohn *Bandit*

1. Daniel Cohn-Bendit, der als Befürworter des Fiskalpaktes der **Entdemokratisierung** Europas Vorschub leistet, indem die Finanzhoheiten einer demokratischen Kontrolle entzogen werden sollen, ist aus den französischen Grünen ausgetreten. Das stimmt mich froh. Die übrigen Armani-Ökos hierzulande wie Jürgen Trittin oder Claudia Roth – die dazu beigetragen haben, dass die Bundesrepublik zur Krieg führenden Nation wurde, die uns Hartz IV bescherten und die Beseitigung von Regenwäldern sowie die Verschlimmerung des Hungers zur Palmölgewinnung fördern, damit sie „Biosprit“ tanken können – sollten es ihm gleichtun, damit wir endlich eine nachhaltige Friedens-, Umwelt-, Sozial- und Finanzpolitik gestalten können, die die Mehrheit der Bevölkerungen Europas nicht mehr neoliberal übervorteilt.

2. Bist du der Cadaverbag- oder der Zinksargtyp? Du kannst entscheiden! Geile 80 Kilometer am Stück. Gewaltmärsche mit zwölf Kilogramm Sturmgepäck. Lecker *Fast-Foot*-Blutwurst und Hartkekse („Panzerplatten“) aus der Einmannpackung und ein krasser Anschiss vom Feldwebel. Stubenreinigen bis die Finger bluten. Nachtalarm-Events bis der (Stabs-)Arzt kommt. Sei dabei! Kotz auch du in die Hurraatüte! Anschließend geht’s im coolen **Bundeswehr**-Flieger nach Afghanistan. Da geht’s erst richtig heiß zur Sache. Du selbst bist der Kugelfang und erlebst richtiges Granatfeuer. Mit dem Granatsplitter im Rückenmark gibt’s zu Hause dann den Rollstuhl gratis. Wir sind stolz auf dich! Denn Mami und Papi können billig tanken. Es geht um die (Markt-)Freiheit und die (Billiglohn-)Arbeitsplätze.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

„Hohe Wahrscheinlichkeit einer unkontrollierten Kettenreaktion“: In der Arktis versenkte russische Atom-U-Boote müssen geborgen werden *(„Focus“)*

Regierung kürzt Sozialleistungen: 50.000 Menschen demonstrieren in Athen gegen den Sparkurs *(„Spiegel-Online“)*

Ministerpräsident lässt prügeln: Zehntausende versuchen in Madrid, das Parlamentsgebäude zu umzingeln *(„Junge Welt“)*

„Zusicherung für die Wohnung kann nicht erteilt werden“: Verfassungsgericht muss Hartz-IV-Regelung zur Unterkunft prüfen *(„Neue Rheinische Zeitung“)*

Vor den Wahlen kurz mal wieder was Gutes für die Kurzen fordern

1. „Jedes dritte Kind in Bremen lebt in **Armut**, sagt der ‚Paritätische Wohlfahrtsverband‘ in Bremen und will das ändern. Mit einer Grundsicherung in Höhe von 584 Euro für jedes Kind wollen die Wohlfahrtsverbände die Familienförderung auf neue Füße stellen“, so eine Kurzmeldung von „Radio Bremen“.

Dieser Wahlhilfsverein der SPD geht mir inzwischen ganz gehörig auf die Nerven! Pünktlich und kurz vor jeder Bundestagswahl läuft diese Kampagne. Ernst nehmen darf man das wohl nicht. Hier versucht man nicht zum ersten Mal, Politik auf dem Rücken der Kinder zu machen. Gleich nach den Wahlen hört man dann nichts mehr von diesen Organisationen.

Am 1. Mai hatte ich hierzu mal bei einer Mitarbeiterin der AWO nachgefragt. Auch diese bestätigte mir, dass die Kampagne für die Kindergrundsicherung „zurzeit“ bei ihnen nicht läuft. Der Schirmherr eines Bündnisses hierzu, Ex-Werder-Manager Willi Lemke, hat mir auf meine Mails mit entsprechenden Nachfragen nie geantwortet. Warum wohl nicht?

2. Den Gürtel enger schnallen! Was würden die Merkel, die von der Leyen und der Experte der Bundesanstalt für No Jobs, Heinrich Alt, wohl in dem Moment empfehlen, wenn das nicht mehr funktioniert? Gestern war ich unterwegs auf einer Bundesautobahn, als mich plötzlich der **Hunger** übermannte – und das als Hartz-IV-betroffener Mensch, vier Tage vor dem Ersten! An einer Raststätte hielt ich an, um mir eine Bratwurst zu gönnen.

Gott sei Dank fragte ich vorher nach dem Preis: Vier Euronen und 59 Cent wollte man dafür haben! Da musste ich leider passen, denn es wäre der Regelsatz eines ganzen Tages gewesen. Ich versuchte dann mit knurrendem Magen,

meinen Gürtel enger zu schnallen. Fleutschepiepen, ging nicht mehr! Aber mir kam sofort die richtige Idee: Gleich werde ich erst einmal nach Hosenträgern Ausschau halten und beim Jobcenter dafür eine Hungerbeihilfe beantragen. Mal sehen, ob es klappt?

Aber vielleicht werde ich ja auch von einer Hundertschaft der Bereitschaftspolizei erwartet, denn man muss ja die Sicherheit in den Jobcentern erhöhen, um den Frust der Menschen in den Griff zu bekommen. Ich wünsche allen Freundinnen und Freunden ein erholsames Wochenende und den Verursachern dieser asozialen Zustände aus den Parteien und der Regierung ein kräftiges „Kleit mi an'n Mors!"

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Rechtswidriger Einsatz von Ein-Euro-Jobs: Essener Jobcenter-Geschäftsführer wegen Betruges zu Geldstrafe verurteilt *(„Unsere Zeit")*

Verfolgungsbetreuung schafft Opfer: Schikanierter „Kunde" ersticht seine Jobcenter-Sachbearbeiterin *(„Spiegel-Online")*

„Kaum nachvollziehbare Gesetze": „Wenn es um die Existenz geht, sind Kurzschlusshandlungen aus Wut und Verzweiflung alles andere als unvorhersehbar" *(„Süddeutsche Zeitung")*

Gewalt im Abseitsamt: Handelt es sich bei dem Täter in Neuss einfach nur um einen „Durchgeknallten"? *(„Scharf links")*

Seit acht Jahren zur Montagsdemo: Welcher Weg führt uns aus den Verhältnissen, die der Hartz-IV-Staat geschaffen hat? *(„Die Welt")*

SPD hat entschieden: Merkel bleibt Kanzlerin bis 2017 *(„Feynsinn")*

Das „Aktionsbündnis Sozialproteste" ruft auf zum „**Aktionstag Rote Linie gegen Armut**" am „Tag der Deutschen Einheit", dem **3. Oktober 2012**. Gefordert werden **zehn Euro lohnsteuerfreier gesetzlicher Mindestlohn** sowie **500 statt 374 Euro Hartz-IV-Eckregelsatz**. Erwerbstätige und Erwerbslose gemeinsam! Gegen Lohn- und Sozialdumping! Bankenrettung stoppen: Wer den Banken nichts nimmt, kann gegen Armut nichts geben!

In diesem Rahmen organisieren am **1. Oktober 2012** die Montagsdemo Bremen und „Die Linke Bremen" gemeinsam einen **Aktionstag** auf dem **Marktplatz**. Um **18 Uhr** spricht Professor **Rudolph Bauer** zur Frage der notwendigen Soforthilfen und anderen Widrigkeiten.

394. Bremer Montagsdemo am 01. 10. 2012

Kein Vorfall ist zu blutig, um gegen Erwerbslose zu hetzen

1. Als Anfang letzter Woche eine 32-jährige Mitarbeiterin des Jobcenters Neuss durch die Messerattacke eines Mannes tödlich verletzt wurde, sorgte dies für bundesweites Entsetzen und warf gleichzeitig ein Augenmerk auf die Auswirkungen von Hartz IV auf die Betroffenen. Auch wenn es nur eine Frage der Zeit war, bis so etwas passierte, und manche im Job-Center wüst mit ihrer Macht spielen, die den ALG-II-Beziehern an die Existenz geht – das hat niemand verdient!

Durch die menschenverachtenden Hartz-Gesetze wurde das Leben in Deutschland nachhaltig vergiftet. Sie führten zu einer Kultur von Kälte und Ausgrenzung. Daran sind die Jobcenter, die nicht ohne Grund auch als Flop-, Mob-, oder No-Job-Center bezeichnet werden, maßgeblich beteiligt. Die euphemistisch und nur auf dem Papier zu „Kunden“ geadelten erwerbslosen Delinquenten dieser Center werden unter Zuhilfenahme von Schikanen, Demütigungen und existenzbedrohenden Sanktionen in Ermangelung echter Arbeitsstellen auch gerne in sinnlose Maßnahmen, unbezahlte Praktika und völlig unterbezahlte Jobs gestopft, die angeblich zu ihrer „Förderung“ beitragen sollen!

Obwohl gar nicht genügend Arbeitsplätze für alle vorhanden sind, wird so getan, als ob es an persönlicher Faulheit und Verlogenheit der Erwerbslosen selbst liege, dass sie keine Arbeit haben, weswegen sie permanent einer Dauerberieselung von Verachtung, Beleidigungen und haltlosen Vorwürfen ausgesetzt sind. Hinzu kommt das ständige Ausgegrenztsein von gesellschaftlicher Teilhabe. ALG II reicht niemals auch nur annähernd für die tatsächlichen Lebenshaltungskosten aus, und ein echter Arbeitsplatz wird immer unwahrscheinlicher, obwohl dieser doch von allen ganz heiß gewünscht wird.

Ohne die **Bluttat** gegenüber der Angestellten des Jobcenters rechtfertigen zu wollen, wundert es mich, dass es nicht viel häufiger zu Eskalationen in den Büros der Arbeitslosigkeitsverwaltungen kommt. Die grausig eskalierte Situation in Neuss wurde auch gleich wie ein Paradebeispiel zu neuerlicher Hetze und Ver-

leumdung ausgeweidet, wie sie gegenüber Hartz-IV-Beziehern an der Tagesordnung zu sein scheint. Einem ehemaligen Jobvermittler eines Berliner Jobcenters wurde für seine Behauptungen viel Platz eingeräumt, weil meiner Meinung nach die Stimmung zur Hetze gerade optimal ist. Demnach würde für viele Kunden ein ihnen vorgelegtes Stellenangebot keinen Gefallen, sondern Stress bedeuten. Sie würden trotzdem keine Bewerbung schreiben, obwohl ihnen dann das Hartz IV gekürzt würde.

Viele verfügten angeblich über „andere Einnahmequellen“, beispielsweise verdiene ein ungelernter Bauarbeiter offiziell oft nur 100 Euro, obwohl er tatsächlich noch 1.000 Euro schwarz auf die Hand bekomme, was ihm nur keiner beweisen könne. Manche hätten vor ihm gesessen und klipp und klar gesagt, dass sie so lange abzocken, bis sie „dran gekriegt“ würden. Der ehemalige Jobvermittler habe „großen Respekt vor den Menschen, die für 1.000 Euro im Monat 160 Stunden arbeiten“ gingen, „während sie genauso viel Geld vom Staat ohne Arbeit bekommen könnten“. Wirklich, 1.000 Euro? Ich persönlich halte das keinesfalls für eine Hohlkopfaussage, sondern für eine bewusst gestreute Falschmeldung zum Aufhetzen!

2. Die Bundesagentur für Arbeit will ab dem kommenden Jahr 150 Altenpfleger aus China anwerben, weil es in Deutschland angeblich zu wenige gebe. Der „**Fachkräftemangel**“ sei in der Pflege heute schon groß: Bei der Arbeitsagentur seien zuletzt mehr als 14.000 offene Stellen gemeldet gewesen, und der Bedarf werde angesichts der alternden Gesellschaft zunehmend größer. Dabei gibt es gar keinen Fachkräftemangel, sondern nur einen durch schlechte Bezahlung hervorgebrachten, künstlich geschaffenen Nachfragemangel! Doch gemessen an chinesischen Einkommen für Pflegekräfte sind die deutschen natürlich üppig.

Die chinesischen Kräfte sollten praktischerweise eine abgeschlossene Schul- und eine Berufsausbildung mitbringen, um an Kliniken in ganz Deutschland zu vermittelt werden zu können. Die interessierten Fachkräfte würden in China auf die deutsche Kultur und Sprache vorbereitet, was in Deutschland fortgesetzt werden soll. Wahrscheinlich sind die deutschen Pflegekräfte alle „zu alt“, „zu teuer“ oder einfach kaputt gearbeitet, weil dies ein sehr anstrengender Beruf ist. Mir tun die alten Menschen leid, die von Pflegekräften betreut werden, die ihre Sprache nicht verstehen!

3. Nach einer Langzeitstudie sei **Kinderarmut** kein Schicksal, sondern vom Einkommen und Bildungshintergrund der Eltern sowie von der Familienform, in der das Kind aufwachse, bestimmt. Arm ist nach der Studie, wer höchstens 50 Prozent des Durchschnittseinkommens hat. Zu Beginn der Studie fielen 30 Prozent aller Befragten unter diesen Begriff, nach 15 Jahren sind 57 Prozent von ihnen immer noch oder wieder arm. Das zeige, dass der Spruch „einmal arm, immer arm“ nicht immer gelte, weswegen die Frage nach den Möglichkeiten staatlichen Handelns neu gestellt werden müsse.

Die Zahl der pädagogischen Fachkräfte müsse erhöht werden, damit Einrichtungen wie Kitas, Jugendzentren und Familienberatungen Kindern bieten könnten, was sie zu Hause vielleicht nicht bekämen. Die erfrischend neue Erkenntnis ist, dass Eltern eine sichere Arbeit haben müssten, um Armut zu verhindern, was für alleinerziehende Eltern ein grundlegendes Problem bedeutete. Alleinerziehende würden oft mit der Armut allein gelassen. In Bremen lebt jedes dritte Kind in Armut oder ist von Armut bedroht.

4. Familienministerin Kristina Schröder plant jetzt neben der **Elternzeit** auch noch eine Großelternzeit, die jedoch keinen finanziellen Ausgleich bekommen soll. Die Großeltern sollen sich mit einem Anspruch auf Freistellung von ihrer Arbeit abspeisen lassen. Was ist denn Frau Schröder für eine Witzboldine? Ohne diesen tollen Anspruch hätten sie doch wohl gar keine Zeit, ihre Enkel zu übernehmen. In welcher Welt lebt diese Dame eigentlich? Geht sie davon aus, dass es sich alle leisten können, von dem Gehalt ihres Partners leben können oder von den Zinsen für ihr ererbtes Vermögen? Soll die Kinderbetreuung von Luft und Liebe „gewuppt“ werden?

Gibt es jemanden, der aus diesem Ministerium schon mal einen vernünftigen Vorschlag gehört hat? Erst die „Herdprämie“, und nun ist die Rede davon, die Rechte von berufstätigen Großeltern zu „stärken“. Meine Güte, was für einen Aufwand betrieben wird, um davon abzulenken, dass noch immer nicht genügend Krippen- und Kindergartenplätze vorhanden sind! Der „Bundesverband alleinerziehender Mütter und Väter“ kritisiert, dass mit diesem Gesetz eine Alternative zur staatlichen Infrastruktur der Kinderbetreuung geschaffen werden soll, was eindeutig der falsche Weg ist. Aber es ist eben der entschieden billigere! Was macht Frau Schröder, wenn Onkel und Tanten die Einführung einer Onkel- und Tantenzeit fordern?

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Elisabeth Graf ist Teilnehmerin an der **Podiumsdiskussion „Die Unmenschlichkeitskatastrophe – zehn Jahre Hartz IV“** am **Dienstag**, dem **9. Oktober 2012**, um **19 Uhr** im „**Konsul-Hackfeld-Haus**“, Birkenstraße 34.

Frühchen gestorben: Hygiene war einfach zu teuer *(„Tageszeitung“)*

Beck’s letzter Ausraster: „Maul halten! Sie sind dumm!“ *(„Bild“-Zeitung)*

Bächlein mit drei Metern Tidenhub: Weservertiefung lässt Wümme-Häuser wackeln *(„Bild“-Zeitung)*

Unzureichende Erdbeben-Warnsysteme: Praktisch alle europäischen Atomkraftwerke haben schwere Sicherheitsmängel *(„Stern“)*

Der Kampf für die Stilllegung aller Atomkraftwerke belebt sich weltweit

Die japanische Regierung ist in Sachen Atomenergie in die Defensive geraten. Sie versucht aber, einen wirklichen Ausstieg so lange wie möglich hinauszuzögern. Der japanische Ministerpräsident Noda bestätigte am 14. September 2012, dass in Japan keiner der bestehenden Atomreaktoren länger als 40 Jahren laufen solle. Neue AKWs sollen nicht mehr gebaut werden. Damit schlägt die japanische Regierung kurz vor den Neuwahlen eine Kehrtwende in der bisherigen Energiepolitik ein. Diese sah vor, den Anteil der Atomenergie an der Elektrizitätsproduktion von 30 auf 50 Prozent auszubauen.

Die geänderte Haltung der Regierung ist ein Erfolg der Anti-AKW-Bewegung. Vorübergehend waren sämtliche Atomreaktoren abgeschaltet worden, nur zwei in Oi bei Osaka wurden wieder angefahren. Angesichts dessen hatten sich die Proteste gegen die Wiederinbetriebnahme noch verstärkt: mit wöchentlichen Demonstrationen von bis zu 200.000 Teilnehmern. Der Regierungsbeschluss zielt darauf ab, dieser Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Akiko Yoshida von der Umweltorganisation „Friends of the Earth“ nannte den Beschluss einen „Schritt in die richtige Richtung“, doch sei der Ausstieg „sofort möglich“. Auf eine Umfrage der Regierung nach drei verschiedenen Szenarien der künftigen Energiepolitik hin forderten 90 Prozent den Atomausstieg. 80 Prozent sprachen sich für den *sofortigen* Ausstieg aus („Süddeutsche Zeitung“, 15. September 2012). Der französische Präsident Hollande kündigte auf Druck der länderübergreifenden Bewegung für die Stilllegung des AKW Fessenheim im Elsass an, es solle Ende 2016 endgültig abgeschaltet werden.

Die „Süddeutsche Zeitung“ enthüllte in ihrer Ausgabe vom 15. September ein mindestens zehnjähriges Geheimgeschäft der vier Atomenergiekonzerne Eon, RWE, Vattenfall und ENBW mit Brennstäben, die aus abgewrackten russischen Atomwaffen hergestellt werden. Dabei geht es um die „Entsorgung“ von mindestens 100 Tonnen militärischen Urans, möglicherweise auch hochgiftigen Plutoniums. Die Verwendung von radioaktivem Material aus russischen Atomwaffen ist auch wegen der unbekannten Transportwege eine große Gefahr. Die Atomkonzerne schrecken davor jedoch nicht zurück, um Maximalprofite zu erzielen.

Ein Transport von acht plutoniumhaltigen Brennelementen aus der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield – zunächst per Schiff in den Hafen Nordenham und von dort per LKW – ist am 24. September 2012 im Atomkraftwerk Grohn-

de an der Weser angekommen. Er wurde von ständigen Protesten auf den verschiedenen Stationen begleitet.

In zahlreichen Ländern der Welt – unter anderem in Deutschland, den Niederlanden, in Frankreich, Russland und der Türkei – fand am 29. September 2012 der internationale „Uranium Action Day“ statt. Dies ist der Jahrestag der Atomkatastrophe in der Urananlage im russischen Majak im Ural 1957. Weil ohne die Uranindustrie weder der Betrieb von Atomkraftwerken noch die Herstellung von Atombomben möglich wären, ist der Kampf gegen die Uranindustrie und gegen Atomtransporte ein wichtiger Bestandteil im Kampf zur Stilllegung aller Atomanlagen.

Viele Berichte in den Medien erwecken den Eindruck, als wären die Risiken der AKWs in Deutschland nicht mehr vorhanden, doch das Gegenteil ist der Fall: Sie laufen mindestens noch zehn Jahre. Die Reaktoren werden immer älter, und Nachrüstungen hat es seit der Katastrophe von Fukushima nicht mehr gegeben. Auch bei uns steht die sofortige Stilllegung aller AKWs nach wie vor auf der Tagesordnung. Heute um **20 Uhr** – und noch bis **Mittwoch**, den **3. Oktober 2012** – läuft im „**Kino 46**“ der sehenswerte Film „**Das Ding am Deich** – vom Widerstand gegen ein Atomkraftwerk“. Unbedingt ansehen!

Harald Braun

Gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Völker!

Der aktuelle Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung überrascht die Montagsdemonstrationsbewegung nicht. Die sinkenden Löhne und Renten sind Folge der verheerenden Hartz-Gesetze und der Rentenreform, die von der großen Koalition der Sozialräuber aus SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP seit vielen Jahren getragen wird. Ursache ist die immer stärkere Ausbeutung der Beschäftigten in den Betrieben und Verwaltungen und die Entrechtung und Enteignung der Arbeitslosen durch Hartz IV.

Auf der einen Seite wächst die Armut, auf der anderen Seite haben die Firmengewinne und das private Vermögen in Deutschland auch in der Wirtschafts- und Finanzkrise immer mehr Reichtum angehäuft. Zu Recht fordert das „Bündnis Umfairteilen“ bei den regionalen Aktionstagen am 29. September 2012 eine stärkere Besteuerung der Reichen und Unternehmen. Das darf aber den Kampf um die vollständige Rücknahme der Hartz-Gesetze und der Rente mit 67 nicht ersetzen – schließlich sind sie Hauptmethoden der Umverteilung zugunsten der Reichen.

Die Montagsdemonstrationsbewegung ist stolz darauf, den kämpferischen, selbst organisieren und überparteilichen Widerstand gegen die Hartz-Gesetze seit acht Jahren auf die Straße zu tragen. Wir freuen uns auf das Zusammentreffen von Montagsdemonstranten aus über 80 Städten am 6. Oktober 2012 in Berlin und erwarten internationale Gäste von den Protesten in Spanien und Griechenland.

Seit Einführung von Hartz IV sind in Deutschland die Reallöhne um sieben Prozent gesunken. Millionen Menschen müssen die Aufstockung ihres Lohnes auf Hartz IV beantragen und damit auf ein Niveau, das selbst unter der offiziellen Armutsgrenze der OECD liegt. Die durchschnittliche Lebenserwartung von Geringverdienern und von Armut betroffenen Menschen sank in den letzten Jahren um zwei auf 75,5 Jahre. Bündeln wir deutschlandweit und über Ländergrenzen hinweg unseren Widerstand gegen die EU-Krisenprogramme der Regierungen!

Wir versichern der Bundesregierung, ob Schwarz-Gelb oder Rot-Grün: Wir werden gegen die Hartz-Gesetze protestieren, bis sie vom Tisch sind! Wir lassen uns unsere Würde und Visionen nicht nehmen. Wir kämpfen für eine lebenswerte Zukunft für uns und unsere Kinder! Arbeiter, Angestellte und Erwerbslose, Umweltschützer, Frauen- und Jugendliche: Am **Samstag**, dem **6.**

Oktober 2012, auf nach **Berlin**, zur **Herbstdemonstration gegen die Regierung**! **Auftakt**- und **Schlusskundgebung** sind um **12** beziehungsweise **14:30 Uhr** am **Alexanderplatz**. International gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf den Rücken der Völker! Für eine lebenswerte Zukunft! Das Volk sind wir!

Presseerklärung von Fred Schirrmacher,
Sprecher der bundesweiten Montagsdemo

Ist das „links“, sich von den notwendigen Protesten abzukapseln?

Am **6. Oktober 2012** ist in **Berlin** wieder die jährliche **Demonstration** der Unterstützerinnen und Unterstützer der bundesweiten Montagsdemobewegung. Ich selbst kann dieses Jahr leider daran nicht teilnehmen, da ich Schwierigkeiten mit dem Laufen habe. Ein weiteres Problem wäre, dass ich erst einmal mit dem Zug nach **Bremen** fahren müsste, um mich dort um **6 Uhr** morgens mit meinen Mitstreiter(inne)n im **Hauptbahnhof** zu treffen, um dann mit Nahverkehrszügen nach Berlin zu kommen.

Leider fährt auch diesmal kein Bus, da sich die Bremer Montagsdemo die Kosten hierfür allein nicht leisten kann. Darüber sollten sich am meisten die Mitglieder der Partei wundern, die sich „Die Linke“ nennt. Wieso wurde hierfür keine Unterstützung durch den Bremer Landesverband vorgenommen und ein Aufruf für die Teilnahme gestartet? Beschränkt man sich immer noch auf die Behauptung, eine Partei wie die MLPD würde die Montagsdemobewegung „dominieren“?

Man sollte als Mitglied der Partei, die sich „Die Linke“ nennt, einmal hinterfragen, ob so etwas überhaupt möglich sein kann: Eine Partei wie „Die Linke“ mit fast 70.000 Mitgliedern in Deutschland ließe sich von einer anderen dominieren, die bundesweit gerade mal um die 2.500 Mitglieder haben soll? In meinen Augen ist das ein Scheiß-Argument, um sich von den notwendigen Protesten abzukapseln! Aber wenn das „links“ ist? Ich komme da schon ins Grübeln!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Professor Rudolph Bauer spricht auf der 394. Bremer Montagsdemo am 1. Oktober 2012

Wir fahren am **Samstag**, dem **6. Oktober 2012**, nach **Berlin** zur **Großdemo gegen die Regierung**. Die Montagsdemonstranten fordern weiterhin: **Weg mit Hartz IV!** Seit dessen Einführung sind in Deutschland die Reallöhne um sieben Prozent gesunken. Wir werden gegen die Hartz-Gesetze protestieren, bis sie vom Tisch sind! Wir lassen uns unsere Würde und Visionen nicht nehmen. Wir kämpfen für eine lebenswerte Zukunft für uns und unsere Kinder! – Treffen ist um **6 Uhr** an der **Blindentafel** im **Bahnhofseingang**. Hin- und Rückfahrt werden etwa **acht Euro** kosten.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

395. Bremer Montagsdemo am 08. 10. 2012

Wöchentlich Protest am Jobcenter!

Sieht so jetzt der Protest gegen die asozialen Hartz-Gesetze aus? Die Menschen scheinen sich an sie gewöhnt zu haben. Liegt es daran, dass man „beliebig“ immer mehr Themen gleich mit besetzt? Diese Strategie scheint nicht aufzugehen, aber vielleicht soll das gerade so sein? Dass sich jetzt die Montagsdemonstrant(inn)en fast ausschließlich mit sich selbst beschäftigen, muss eigentlich neue und andere Formen des Protestes hervorrufen. Wöchentlicher Protest vor allen Jobcentern in Deutschland wäre vielleicht eine Möglichkeit.

Mir ist schon klar, dass man Proteste und die Teilnahme hieran nicht erzwingen kann. Aber ich bin mir einfach nicht sicher, ob gerade in den Innenstädten die Menschen, von denen viele ja gar nicht betroffen sind, überhaupt noch zuhören wollen. Es gibt einen Spruch: „Der Knochen geht nicht zum Hund“. Muss man in diesem Moment nicht versuchen, dass man dann selbst die Betroffenen regelmäßig immer wieder aufsucht? Und diese finden sich regelmäßig eben nur bei den (No-)Job-Centern ein.

Dass man sich solidarisch erklärt zu anderen Themen wie „Stuttgart 21“, gegen das Baumfällen auf Sumatra oder in Russland und auch gegen die Kernenergie, ist ja richtig. Aber in der ersten Pressemitteilung der Bundesweiten Montagsdemo zur letzten Demo in Berlin tauchte der Protest gegen Hartz IV noch nicht einmal mehr auf! Sie wurde dann ersetzt durch die Erklärung, die man nun auf der Seite lesen kann. Leider habe ich mir die erste Pressemitteilung nicht kopiert.

Die soziale und die ökonomische Frage und der Protest hierzu gehören eindeutig zusammen, das müssen alle Organisationen begreifen. Ich bin der Meinung, dass man den Menschen keinen Sand in die Augen streuen darf, indem man suggeriert, dass ein Sozialaufbau innerhalb dieses kapitalistischen Gesellschaftssystems möglich sei. In dem Moment beteiligt man sich an einer Lüge, weil man damit dieses asoziale System weiterhin unterstützt.

Ein vollkommen anderes Gesellschaftssystem muss angestrebt werden! Man muss es weder Sozialismus noch Kommunismus nennen, zumal die meisten von uns noch nie in einem solchen System gelebt haben und gar nicht richtig beurtei-

len können, ob es nun gut oder schlecht für die Menschen wäre. Die Kommunismuskeule herauszuholen, halte ich für die schlechteste aller Möglichkeiten.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Keine Augenwischerei, bitte!

„Kämpferisch und getragen durch vorwärtsstrebende Beschlüsse“ wurde die bundesweite *Restdemo* vorzeitig durch ein plötzlich hereinbrechendes Unwetter hinweggespült, weil der Donnergott die altbackene Polemik der Vorjahre und die Augenwischerei von Fred Schirrmacher – der angesichts der kümmerlichen Teilnahme meinte, es komme nicht auf Quantität an, vielmehr auf Qualität – nicht mehr ertragen konnte. Das erinnerte sehr an das Ende der Heinrich-Mann-Verfilmung von „Der Untertan“. Rosa Luxemburg, die ja auch für die „Rote Fahne“ geschrieben hat und Stefan Engel an rhetorischer Gewandtheit weit überlegen war, hätte diese Augenwischerei nicht betrieben. Sie hätte wohl vielmehr nach Wegen aus der Isolation gesucht, in die die bundesweite Montagsdemobewegung sowohl hineinmanövriert wurde als auch sich selbst hineinmanövriert hat. Dazu bedarf es meiner Ansicht nach dringend einer zeitgemäßen Sprache, die die Menschen anspricht.

Bei aller Kritik, die ich hier etwas augenzwinkernd vorgebracht habe, gilt mein Dank dennoch der bundesweiten Koordinierungsgruppe, von der ich weiß, dass sie sich bei der Organisation der jährlichen Demo in Berlin allergrößte Mühe

gibt und dabei eine Menge örtlicher administrativer Widrigkeiten zu überwinden hat. Das Organisatorische hat diesmal wieder ganz wunderbar geklappt, und die Stimmung unter den wenigen 1.000 Teilnehmer(inne)n war ausgezeichnet. Dadurch ließen sich anfangs unbeteiligte Passanten dazu mitreißen, sich einzureihen und mitzumachen. Schauen wir nach vorne, denn angesichts europaweiter Ausdehnung des „Raubtierkapitalismus“, der die Mehrheit der Menschen von Güterversorgung, Bildung, Gesundheit, Verkehr, Energie und Altersversorgung abzuschneiden trachtet, gilt es jetzt an europaweiten Protesten mitzuwirken!

Organisationen wie „Occupy“ versuchen, diesen Protest **europaweit** zu koordinieren. Am **15. Oktober 2012** soll es eine gemeinsame **Demonstration** in verschiedenen Ländern geben. Angesichts der Tatsache, dass der Protest in Deutschland im Vergleich zum übrigen Europa (noch) gering ausfällt, gibt es viel zu tun, dem „ Michel“ die Schlafmütze vom Kopf zu reißen. Was die Bremer Montagsdemo und sicherlich die über 100 anderen in der Bundesrepublik angeht: Wir bleiben, was wir sind – überparteilich und kritisch. Das Mikro ist jeden Montag auf antifaschistischer Basis für alle offen, die etwas zu sagen haben. Wir freuen uns über alle, die kommen!

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Wieso wird da geklatscht: Peer Steinbrück schwänzte Bundestagssitzungen, um private Vorträge zu halten *(„Nachdenkseiten“)*

„Menschenabfall“: Jobcenter-Mitarbeiterin klagt Hartz IV an *(„Gegen Hartz“)*

Medizinischer Versorgungsmangel trotz bestem Gesundheitssystem

1. Hartz-IV-Betroffene können ein Lied davon singen, was es bedeutet, wenn das Flop-, Mob- oder (No-)Job-Center das Arbeitslosengeld II zu spät überweist: Dann werden wichtige Terminzahlungen wie Miete, Telefon, Versicherungen oder Strom zu spät überwiesen, und die Gläubiger verlangen nicht selten Rücklastschriftgebühren für die geplatzten Überweisungen. Jeder, der weiß, mit wie unglaublich wenig Geld Hartz-IV-Bezieher vegetieren müssen, kann sich vorstellen, dass es sich bei diesen Gebühren keinesfalls um „kleinere“ Beträge handelt, die dann für Lebensmittel oder wichtige Anschaffungen hinten und vorne fehlen.

Glücklicherweise wehrte sich ein Betroffener über ein Jahr lang mit Hilfe eines Fachanwaltes und gegen die Folgen solch einer **Zahlungsverzögerung** und erstritt, dass die Rücklastschriftgebühren von insgesamt 29,60 Euro seitens des Flop-, Mob- oder (No-)Job-Centers übernommen werden mussten. Allerdings bewilligte das (No-)Job-Center erst nach einer Untätigkeitsklage beim Sozialgericht Freiburg (Aktenzeichen S13 AS 6851/11) die Übernahme der Gebühren und zahlte die 29,60 Euro aus. Wieder einmal wird deutlich, dass es lohnend ist, sich zu wehren und sich für sein Recht einzusetzen! Mit dem Urteil können nun auch andere Hartz-IV-Betroffene in ähnlichen Situationen einen Kostenersatz von der zuständigen Behörde verlangen.

2. Immer mehr Menschen verdingen sich neben ihrem Hauptberuf nach regulärem Dienstschluss noch woanders als Pförtner, fahren Taxi, füllen im Supermarkt Regale auf oder gehen putzen. Die Zahl der Bundesbürger mit **Nebenjob** hat sich seit 2003 mehr als verdoppelt. Vor einiger Zeit wollte uns die Bundesagentur für Arbeit glauben machen, dass immer mehr Rentner arbeiten, weil sie „Spaß an der Arbeit“ haben, gar befürchten, ohne regelmäßige Beschäftigung geistig und körperlich „einzurosten“, oder darin einfach einen Sinn suchen und finden.

Ich glaube nicht, dass der „Trend zum Zweitjob“ nur durch eine Neuregelung, nach der für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer zusätzliche Minijobs bis 400 Euro steuer- und abgabenfrei sind, begünstigt wurde. Dass sich seit 2003 die Zahl der Nebenjobber mehr als verdoppelt hat, zeigt, dass Arbeit nicht mehr existenzsichernd ist und ein einziger Job oft nicht mehr zum Leben reicht. Dank der Hartz-Gesetze, mit deren Hilfe Erwerbslose in fast jede Billiglohnarbeit gezwungen werden können, sind einer Lohn- und Sozialdumpingspirale nach unten Tür und Tor geöffnet worden, die ihresgleichen sucht!

Nachdem der DGB die Hartz-Gesetze mit abnickt hat, ist es großartig, wenn auch dem Vorsitzenden der IG Metall, Dieter Wetzel, jetzt auffällt, dass die Zunahme prekärer Beschäftigung ein „arbeitsmarktpolitischer Irrweg“ sei. Die Arbeitgeber zahlen doch immer weniger, die Politik tut, als schlafe sie und subventioniert ganz offen und putzmunter mit Steuergeldern prekäre Beschäftigung. Steuert das Trendbarometer auf diese Weise schon bald auf den Drittjob zu?

3. Eine wachsende Anzahl von Menschen kann sich ihre verschreibungspflichtigen **Medikamente** nicht mehr leisten, die frei verkäuflichen sowieso nicht. Bei einem Regelsatz von 374 Euro, den ein Hartz-IV-Bezieher zum Leben hat, sind 15 Euro etwa für Erkältungsmedikamente Geld, das ihm für Essen und anderes fehlt. Bei chronischen Krankheiten wie Neurodermitis kämen im Monat leicht 50 bis 60 Euro zusammen, wenn Hartz-IV-Bezieher und arme Rentner sie sich kaufen könnten. Stattdessen müssen sie sich blutig kratzen.

Es ist eigentlich kaum zu fassen, dass es mitten in dem Land mit dem angeblich besten Gesundheitssystem der Welt einen Mangel an medizinischer Versorgung gibt. Für eine aufwändigere Ernährung, eine Schwangerschaft oder bestimmte Krankheiten gibt es eine Härtefallregelung, die im Ermessen des Sachbearbeiters liegt, eine Hautpflege bei Neurodermitis aber nicht abdeckt. Deswegen ist es in meinen Augen völlig unbegreiflich, dass eine Hartz-IV-Bezieherin, die definitiv unter Neurodermitis leidet, sich gegen ihr Jobcenter bis vor das Bundessozialgericht klagte, dort aber eine Abfuhr erhielt!

Für Kinder bis zum zwölften Lebensjahr erstatten die Krankenkassen die rezeptpflichtigen Medikamente – als ob Kinder, die von Hartz IV vegetieren müssen, im Anschluss daran auf einmal über ein höheres Einkommen verfügen würden. Auch immer mehr alte Menschen mit chronischen Krankheiten können sich viele Arznei- und Pflegemittel schlicht nicht mehr leisten. Arme Menschen haben nicht nur oft kein Geld für wichtige Medikamente, sondern auch für Arztbesuche. Sie schreckt die quartalsweise fällige Praxisgebühr ab.

So können häufig keine Brillen angeschafft werden, da die Kosten hierfür die finanziellen Möglichkeiten von Langzeitarbeitslosen und generell Einkommensarmen deutlich überstiegen. Demnach ist es auch nicht wirklich verwunderlich, dass Menschen mit einem geringen Einkommen öfter in Unfälle verwickelt sind. Seit einiger Zeit ist bekannt, dass Finanzprobleme und die Sorge um die berufliche Zukunft die Psyche stark belastet. Dadurch erhöhe sich auch deutlich die Suizidrate. Hartz-IV-Betroffene oder generell arme Menschen sterben früher als Reiche, weil Armut früher sterben lässt!

Es ist ein Skandal, dass Menschen im Sozialleistungsbezug genauso stark zur Kasse gebeten werden wie gut Verdienende, was notgedrungen zu einem schlechteren Gesundheitszustand und einer geringeren Lebenserwartung führt. Doch scheint das politisch so gewollt zu sein, im Sinne eines „sozialverträglichen Frühablebens“. Es zeigt sich immer wieder, dass die sogenannte Regelleistung eine „Grundsicherung“ ist, die eben eines nicht tut: nämlich eine Grundsi-

cherung zu gewährleisten. Dafür ist sie viel zu niedrig und vollkommen lebensfern „berechnet“!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Ein Künstlerdorf braucht keine x-beliebige Luxus-Flaniermeile!

Worpswede am Weyerberg bei Bremen verändert sein Gesicht. Die Bergstraße – eine der wichtigsten und schönsten Straßen im Ortskern – wurde komplett aufgerissen, um sie zu „sanieren“, wie es im sogenannten Erneuerungskonzept der Landesregierung in Hannover heißt. Hier soll eine Flaniermeile für gutbetuchte Müßiggänger(innen) entstehen, wobei sich die Statiker der Baufirma wegen der Neigung der Straße auch noch kräftig verrechnet haben. Dies hat nicht nur im staatlich anerkannten Erholungsort Worpswede (mit besonders guter Luft!) Kopfschütteln, Häme und Verständnislosigkeit ausgelöst. Jetzt ist erst einmal Schadensbehebung angesagt.

Wenn die Straße fertig gestellt ist, wird Worpswede nicht mehr sein, was es einmal war: Der Dorfcharakter mit dem besonderen Charme wäre dann für immer dahin! Es ist bereits heute abzusehen, dass sich die nagelneue „Flaniermeile“ wegen ihrer Beliebigkeit kaum von anderen Fußgängerzonen unterscheiden wird. Worpswede hat es nicht verdient, dass banausenhafte „Schreibtischtäter“

aus der niedersächsischen Ministerialbürokratie, die in der 150 Kilometer entfernten Landeshauptstadt ansässig ist, die gewachsene Künstlerdorf-Struktur dermaßen verschandeln!

Viele schöne alte Bäume mussten bereits jetzt einem großen Parkplatz weichen. Die charakteristischen kleinen Läden sollen verschwinden. Dafür werden Luxus-Boutiquen und andere superteure Geschäfte entstehen, die nun wirklich kein Mensch braucht. Der monatelange Protest vieler Einwohner(innen), denen das „alte“ Worpswede besonders am Herzen liegt, hat leider nichts genützt, weil noch nicht einmal der Bürgermeister auf ihrer Seite stand. Mich als ehemaligem Worpsweder Mitbewohner, der seine ganze Jugend dort verbracht hat, und der das Dorf immer wieder gern besucht, schmerzt das sehr!

Woran wieder einmal zu sehen ist: Historische Kultursubstanz und Ursprünglichkeit werden rücksichtslos geopfert, wenn sie der kapitalistischen Profitlogik im Wege stehen. Was hätte wohl Worpswedes großer Sohn Heinrich Vogeler dazu gesagt?

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Gegen Fremdvergabe: Daimler-Kolleg(inn)en legen Arbeit nieder *(„Bremen macht Feierabend“)*

Steigen die Strompreise wegen der „Energiewende“?

Die Bundesregierung wird demnächst die Förderumlage für Ökostrom von derzeit 3,6 Cent pro Kilowattstunde auf über fünf Cent erhöhen. Mit diesem Schachzug nutzt sie die große Sorge um die Rettung der natürlichen Umwelt schamlos aus. Weil die breite Mehrheit der Bevölkerung den Ausstieg aus der Atomenergie will und den Bau neuer Kohlekraftwerke ablehnt, soll sie gefälligst für den Ausbau des Ökostroms bezahlen. „Wer A sagt, muss auch B sagen“ – so banal klingt unisono die Argumentation der Regierung und der Konzerne. Aber sind wir selbst schuld und verantwortlich für die steigenden Energiepreise?

Die Industrie wird weiter entlastet, und die Energiekonzerne werden völlig aus der Verantwortung genommen. Während der Privatkunde heute rund 26 Cent für die Kilowattstunde berappen muss, zahlen Industriekunden gerade mal zehn Cent! Im Strompreis für den Verbraucher sind 41 Prozent Steuern und Abgaben enthalten. Bei jeder Preissteigerung kassiert der Finanzminister kräftig mit. Der

gelieferte Strom macht nur 23 Prozent aus: Er kostet gerade mal fünf bis sechs Cent pro Kilowattstunde. Der Verbraucherpreis hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt – da war von einer „Energiewende“ noch gar nicht die Rede.

Eine jetzt veröffentlichte Studie von „Greenpeace Energy“ und dem „Bundesverband der Windenergie“ kommt zum Ergebnis: „Immer wieder müssen die erneuerbaren Energieträger als Preistreiber herhalten. Unterm Strich sind Atom und Kohle eben nicht nur gefährlich und schmutzig, sondern darüber hinaus auch teurer als Wasser, Sonne und Wind.“ Der Atomstrom scheint nur auf den ersten Blick preisgünstiger zu sein, weil wesentliche Kosten nicht über den Strompreis bezahlt werden.

Zählt man die enormen Belastungen des Staatshaushalts zum Beispiel durch Finanzhilfen, Steuervergünstigungen, Transport und Lagerung des Atommülls und die Folgekosten von Umwelt- und Klimaschäden dazu, ergibt sich ein ganz anderes Bild: „Im Ergebnis trägt die Gesellschaft im Jahr 2012 bei einer Kilowattstunde Windstrom umgerechnet Kosten von 8,1 Cent und bei Wasserstrom 7,6 Cent. Die Gesamtkosten für Strom aus Braun- und Steinkohlekraftwerken summieren sich hingegen auf 15,6 beziehungsweise 14,8 Cent und für Atomenergie sogar auf mindestens 16,4 Cent je Kilowattstunde.“

Die Energiekonzerne wollen ihre Monopolstellung durch den Ausbau großräumiger Netze und durch gigantische Windkraftanlagen auf See erhalten. Dagegen wird die sinnvolle dezentrale Energieversorgung mit Sonne, Wind und Wasser boykottiert. Die Großindustrie will so schnell wie möglich das gesamte Erneuerbare-Energien-Gesetz abschaffen und die eingeschlagene „Energiewende“ rückgängig machen. Unterstützung erhält sie zum Beispiel von EU-Energiekommisar Oettinger (CDU).

Angesichts neuer besorgniserregender Meldungen über den massiven Rückgang der Eisfläche in der Arktis und einen Temperaturanstieg der Nordsee (in den letzten 50 Jahren um 1,7 Grad) aufgrund der Erderwärmung ist er allen Ernstes der Meinung, „dass der Klimaschutz in den letzten Jahren übertrieben wurde. Ich wünsche mir beim Ausbau erneuerbaren Energien eine Geschwindigkeitsbegrenzung. Und ich will weniger Gutmenschen, die nach Grönland fahren und die Eisbären streicheln.“ Dieser Zynismus ist kaum noch zu überbieten. Auch das zeigt: Die Rettung der Umwelt kann niemals gemeinsam mit, sondern nur *gegen* Konzerne und Banken und gegen ihre Handlager in den Regierungen durchgesetzt werden!

Harald Braun

„Verbrecherisch“: Sicherheitskonzept von „Stuttgart 21“ verstößt gegen elementarste Vorschriften des Brandschutzes *(„Stern“)*

„Durchgehende Fehlbesteuerung“: Nichts verfestigt die Vermögensverhältnisse so wie die Erbschaftsteuerbefreiung für Reiche *(„Die Zeit“)*

„Keiner spült uns weg“: 9. Herbstdemonstration gegen die Regierung am 6. Oktober 2012 in Berlin (Fotos: Frank Kleinschmidt)

Völker, schaut auf Athen!

Alles, was richtig ist, sollen immer noch die Banken mit ihren Investoren sein. An einer Ecke werden die Umweltlandschaften für den falschen Fortschritt vernichtet, an der anderen gleich ein ganzes Volk unterdrückt: die Griechen mit ihrer Jahrtausende alten großen, reichen Kultur, in der es auch schon Ansätze von Sozialismus gab. „Ihr Völker der Welt, schaut auf diese Stadt“, sagte mal einer in Berlin: Dort wurde aus Tod wieder Leben. Jetzt in Athen ist es schon fast umgekehrt – 60 Jahre, nachdem dieser romantische Satz eines Halbsozialisten fiel.

Ja, die Griechen, ich habe sie erlebt, dieses so harmonische, gemütliche Volk – immer sozial, alle ganz nah bei jedem! Was für eine tolle Zeit damals, ohne Euro, mit der Ur-Währung! Jetzt bestimmen tatsächlich andere, nämlich jene, die schon genug Schaden angerichtet haben, diese Investoren im Schlepptau der Banken, mit ihrem Getön: „Es muss gespart werden, sonst gibt es eine Katastrophe!“ Es ist eine schlimme Drohgebärde, die an damals erinnert: „Der Russe kommt!“, oder an heute, wenn es immer heißt: „Die Solidargemeinschaft ist pleite!“ So eine Angstmache und Hetze, dass etwas Schlimmes passiert, wenn der Sozialstaat größer ist als das Privatvermögen.

In den Medien ganz verdeckt, ist in Südamerika einer wieder Präsident geworden, nämlich Hugo Chávez, der Mann, der etwas geschaffen hat, was in Europa nur zurückgebaut wird: einen Sozialstaat, in dem das Volk Vermögen hat. Es gibt dort Öl für alle und nicht für wenige. Die Armut wurde weitgehend abgeschafft und noch mehr für den Sozialstaat ausgegeben, damit viele kleine Leute etwas abbekommen. Na siehste, geht doch: mehr Sozialstaat, weniger Arbeitslose und Arme! In Griechenland und Südeuropa gilt schon das Gegenteil, trotz Troika und Merkel-Getöse beim Hin- und Herreißen des Euro von diesen Eurokraten.

Zuschrift von Günni, dem „Mann mit dem großen Hut“

In jedem „Tatort“-Krimi sehen Sie Schärferes: Aber dieses Video soll auf den Index *(„Spiegel-Online“)*

Nobelpreis für Oberst Klein: Osloer Komitee sorgt endlich für eine angemessene Würdigung des Bombardements von Kunduz *(„Junge Welt“)*

Fundamentalismus: Martini-Pastor droht Andersgläubigen mit Tod und Höllenqual *(„Tageszeitung“)*

Erhöhung des Arbeitslosengeldes und unbegrenzte Fortzahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit – für *alle* Arbeitslosen!

Lieber Gerolf, wir möchten dir auf deinen Brief vom 19. April 2012 antworten, in dem du auf die Forderungen der MLPD im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Existenzsicherung eingehst. Bitte entschuldige, dass die Antwort so lange liegen blieb, was unseren Prinzipien widerspricht und üblicherweise nicht der Stil der MLPD ist.

Ich möchte zunächst auf die Forderungen der MLPD in Bezug auf die Hartz-Gesetze eingehen, zumal der Kern der Positionen der MLPD in dem letzten Brief an dich tatsächlich nicht richtig rüberkommt. Die MLPD hat bekanntlich dazu eindeutige Analysen und Forderungen und auch eine langjährige Arbeit in diesen Fragen.

Wir haben von Beginn an die Hartz-Gesetzgebung abgelehnt und die Massenproteste gegen Hartz IV mit der Montagsdemobewegung usw. unterstützt. Nach wie vor fordern wir, dass dieses Gesetz weg muss.

Unsere Forderung im Kampfprogramm der MLPD nach *Erhöhung des Arbeitslosengeldes und unbegrenzter Fortzahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit* bezieht sich auf *alle* Arbeitslosen. Da gibt es von unserer Seite aus keine Unterscheidung. Die Spaltung in ALG I und ALG II geht nicht von der MLPD, sondern von den Herrschenden aus, verbunden mit der entwürdigenden Behandlung der Hartz-IV-Betroffenen. Auch diese lehnen wir ab und tragen in der Montagsdemo-Bewegung mit dazu bei, dass sich die Leute organisieren und gemeinsam dagegen vorgehen.

Die Forderung der MLPD heißt bewusst *unbegrenzte* Zahlung, damit nicht nach einem Jahr Arbeitslosigkeit – so wie es jetzt der Fall ist – Arbeitslose in Hartz IV (bzw. damals Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe) fallen. Die Forderung nach *Erhöhung* des Arbeitslosengelds ist eine Kritik an der viel zu niedrigen Höhe des Arbeitslosengeldes. Sie hat heute noch erhöhte Bedeutung, da eine wachsende Zahl von Arbeitslosen mit dem jetzigen Arbeitslosengeld unter das Existenzminimum fallen und „aufstocken“ müssen. Nicht nur die Arbeitslosen, sondern sogar mit Vollzeitarbeit haben viele mittlerweile einen Lohn bzw. Gehalt unter dem Existenzminimum.

Wir unterstützen in dem Zusammenhang auch die Forderung nach einem Mindestlohn von derzeit zehn Euro, womit man auf einen Nettolohn von 1.169 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt kommt (laut Berechnung der Zehn-Euro-Mindestlohn-Kampagne) und somit um 221 Euro über der sogenannten „Armutsgrenze“ liegt. Die Höhe für die Kennzeichnung „Armutsgefährdung“ basiert auf der EU-Definition, wonach als „armutsgefährdet“ gilt, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt. Dieser Wert lag in Deutschland 2011 bei 848 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt.

Wenn wir die Erhöhung der Sozialunterstützung fordern, bedeutet das nicht, zurück auf die frühere „Sozialhilfe“ oder Akzeptanz der jetzigen Höhe des Sozialgeldes. Wir wollen eine *existenzsichernde* Erhöhung bei jeglicher Form der Sozialunterstützung, wofür allerdings ein entschiedener Kampf entwickelt werden muss.

Du kritisierst, die MLPD wolle die (Sub-)Klassen-Spaltung der Arbeitslosen in der kapitalistischen Gegenwart gar nicht überwinden und machst das an unseren Forderungen im Kampfprogrammm fest. Dort macht die MLPD keinen herabwürdigenden Unterschied zwischen „diesen“ und „jenen“ Arbeitslosen, Hartz-IV- oder Sozialgeld-Beziehern. Wir fördern bewusst in unserer Kleinarbeit, bei Kämpfen und Demonstrationen die Einheit unter den Arbeitslosen genauso wie die Einheit zwischen Arbeitslosen und Arbeitern. Die MLPD verbindet diese Forderungen auch mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für den Erhalt und die Schaffung neuer qualifizierter Arbeits- und Ausbildungsplätze, wie durch die 30-

Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Und wir sind bekanntlich der Auffassung, dass erst in einer sozialistischen Gesellschaft die Arbeitslosigkeit grundlegend beseitigt wird.

Die MLPD lehnt die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen ab, weil wir durchaus der Ansicht sind, dass jeder Mensch versuchen sollte zu arbeiten. Unser Grundanliegen ist, dass jeder Arbeitslose eine dauerhafte existenzsichernde Bezahlung bekommen sollte, und wir treten jeglicher Hetze gegen Arbeitslose, die unverschuldet in diese Situation geraten sind, entgegen. Das ist die Masse der Arbeitslosen bzw. derjenigen, die keine Arbeit finden. Wir unterstützen jedoch nicht, wenn Arbeitslose gar nicht mehr arbeiten wollen.

Du hast natürlich recht, dass Schluss sein muss mit erniedrigender Behandlung bei der ARGE, Schikanen, Sanktionen bis zum Entzug des Existenzminimums. Wobei man hierbei auch sehen muss, dass man dagegen auch heute im Rahmen des Kapitalismus kämpfen muss, dass aber die arbeitenden Menschen ihre Würde erst im Sozialismus bekommen werden, wo der Mensch und nicht der Profit im Mittelpunkt steht. Wenn dir dieser Aspekt in unserem Antwortbrief an dich zu kurz kommt, so können wir versichern, dass wir dies auch so sehen. Das können dir sicherlich auch die Montagsdemonstrationen bestätigen.

Noch einmal zu dem Parteiprogramm und deinem Anliegen, dieses müsse aktualisiert werden. Unser Parteiprogramm ist gültig für die jetzige Etappe des Klassenkampfs. Das heißt, es ist die Leitlinie, bis wir uns in der Etappe der akut revolutionären Situation befinden, und weniger gedacht, um taktische Festlegungen und konkrete Veränderungen aufzunehmen.

Dafür erstellt das ZK zu jedem Parteitag einen Rechenschaftsberichts-Entwurf, der von den Mitgliedern beraten wird. Dort wird auf die wirtschaftliche und politische Entwicklung und unsere Tätigkeit eingegangen und werden die taktischen Leitlinien festgelegt. Es wird darin auch die Entwicklung in Deutschland und der Kampf gegen die Hartz-Gesetze behandelt. Alle Mitglieder beraten diesen Entwurf, und die Kreis- bzw. Ortsdelegiertentage können dazu Anträge stellen, über die auf dem Parteitag die Delegierten des Parteitags beschließen. So wird im Rechenschaftsberichts-Entwurf des Zentralkomitees auf die Montagsdemo-Bewegung eingegangen und wurden – bezogen auf taktische Fragen der Parteiarbeit – zu Konkretisierungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und Veränderungen von Begriffen auch Anträge gestellt. Die werden auf dem Parteitag beraten und beschlossen. Wir freuen uns, von dir zu hören und grüßen herzlich.

Zuschrift von Sabine Leopold, Mitglied im ZK der MLPD

„Personenkult“: „Verfassungsschützer“ müssen für ihre Verleumdungen endlich Beweise liefern *(„Rote Fahne News“)*

Zwischen dem **15. Oktober** und dem **5. November 2012** findet die **Bremer Montagsdemo** wegen des Freimarkts auf dem **Hanseatenhof** statt.

Unter dem Motto „**Ein Karton ist keine Wohnung**“ möchte das „Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot in Bremen“ am **Dienstag**, dem **16. Oktober 2012**, zwischen **13** und **14 Uhr** auf dem **Marktplatz** unsere gewählten Bürgerschaftsabgeordneten zum Auftakt der Plenarsitzung an den Artikel 14 der Bremer Landesverfassung erinnern und sie ermutigen, sich für die Schaffung von mehr angemessenem und bezahlbarem sozialen **Wohnraum** in Bremen stark zu machen.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

396. Bremer Montagsdemo am 15. 10. 2012

Die Unmenschlichkeitskatastrophe

Letzte Woche Dienstag nahm ich an meiner ersten Podiumsdiskussion mit dem Titel „Die Unmenschlichkeitskatastrophe“ teil, zu der ich von der Partei „Die Linke“ zusammen mit Rudolph Bauer, emeritierter Professor der Universität Bremen, Claudia Bernhard, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion, und Uwe Mühlmeyer, Geschäftsführer des Beschäftigungsträgers „Bras“ eingeladen worden war. Die Diskussion fand ab 19 Uhr im „Konsul-Hackfeld-Haus“ in der Birkenstraße 34 statt.

Der stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, **Peter Erlanson**, leitete die Podiumsdiskussion damit ein, was Hartz IV und Agenda 2010 wohl wirklich im Schilde führen. Gerhard Schröder hatte die Arbeitslosenhilfe abgeschafft und rund viereinhalb Millionen Personen runtergestuft auf Sozialhilfe, die seither ALG II heißt. Seine Agenda zielte nicht nur auf die „Stütze“ und die einzelnen Betroffenen, sondern auf eine Lohnzurückhaltung, eine Aufspreizung der Löhne, damit das deutsche Kapital in seiner Exportorientierung konkurrenzfähiger werde.

Die Überschrift der Veranstaltung wurde einem Zitat aus dem jüngsten Buch von Rudolph Bauer entnommen: „Den meisten Menschen in unserem Lande ist nicht bekannt und schon gar nicht bewusst, welches brutale Entmenschlichungsgeschehen sich vor ihren Augen abspielt – genauer: vor ihren von der Politik und Medien verschlossen gehaltenen, vernebelten Augen. Nach wie vor wird Hartz IV von vielen nicht als das durchschaut, was es in Wirklichkeit ist: eine von Herrschenden gemachte und zu verantwortende Unmenschlichkeitskatastrophe“ (Rudolph Bauer, Holdger Platta und andere: „Kaltes Land. Gegen die Verrohung der Bundesrepublik. Für eine humane Gesellschaft“).

Rudolph Bauer betonte, dass das Element des Unmenschlichen in dieser Gesetzgebung enthalten ist. Die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze bedeuten ganz eindeutig eine Wendung zum Schlimmeren für die Betroffenen, weil der Sozialstaat ausgehöhlt und allmählich reduziert wird, wodurch viele Menschen überhaupt nicht mitbekommen, was hier stückchenweise abläuft, zumal diese Gesetzgebung von einer Regierung installiert wurde, von der eigentlich zu erwarten war,

dass sie sich für die „kleinen Leute“ im Sinne der Gerechtigkeit einsetzt. In der Mittelschicht wurde überhaupt nicht bemerkt, dass hier die Sozialdemokratie gemeinsam mit den Grünen eine Politik der Unmenschlichkeit betreibt, gegenüber ihrer eigenen Klientel und der Klientel der Gewerkschaft, immer mit der Begründung, dass Arbeitsplätze geschaffen werden sollten, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Die Lohn- und Tarifentwicklungen in der Bundesrepublik führten dazu, dass Deutschland innerhalb der EU in hohem Maße konkurrenzfähig ist. Jetzt werden andere Länder wie Griechenland dazu gezwungen, ähnliche Kürzungsmaßnahmen durchzuführen, bis auch hierzulande ein „neues Hartz“ kommen wird.

Claudia Bernhard referierte, dass Hartz IV als arbeitsmarktpolitisches Programm aufgestellt worden sei, obwohl es weit darüber hinausgeht. Es wurde Etikettenschwindel mit den Zahlen betrieben, als ob Arbeitslosigkeit abgebaut worden sei; dabei stieg die Zahl der ALG-II-Beziehenden seit Einführung von Hartz IV exorbitant von 4,9 auf 6,1 Millionen an.

Als Montagsdemonstrantin bekam ich in dieser Runde den Part, aus Sicht der persönlich Betroffenen zu erzählen, die Hartz IV am eigenen Leibe erduldete und von dem wenigen Geld mit meinen beiden Kindern rumvegetierte. Heute bin ich eine der Wenigen, die es glücklicherweise geschafft haben, vom ALG II wegzukommen und mit 52 Jahren noch eine Festanstellung zu ergattern. Was macht Hartz IV mit Menschen? Ich frage mich, wie die Verhältnismäßigkeit so dermaßen verrutscht sein kann. Wie kann es sein, dass Menschen, die unter 25 sind, wegen angeblicher Ordnungswidrigkeiten auf null Leistungen gekürzt werden können, sodass sie obdachlos auf der Straße sitzen, wohingegen selbst ein verurteilter Mörder immer ein Dach über dem Kopf hat und sein Essen bekommt.

Seit 2004 bin ich bei der Montagsdemo, seit 2005 traue ich mich auch ans Offene Mikrofon und bin daran gewachsen. Ich erlebe zwei verschiedene Haltungen bei Erwerbslosen: die resignative und die wütende, empörte. Ein Mitdemonstrant veranschaulichte es mal so schön: Wenn wir zum Bäcker gehen, wollen wir dort ein Brot kaufen und bekommen es auch. Wenn wir zum Friseur gehen, möchten wir das Haar geschnitten bekommen und erhalten diese Dienstleistung. Betreten wir das Arbeitsamt, dann möchten wir Arbeit bekommen und melden uns deswegen dort arbeitslos – bloß eine normale Arbeit bekommen wir dort leider nur ganz selten. Es gibt dort alle möglichen Kurse, mit denen wir zumeist nichts anfangen können, weil nur das *zigste* Bewerbungstraining zu haben ist oder der Gabelstaplerschein für völlig Berufsfremde.

Am schlimmsten fand ich immer so entwürdigende Arbeiten wie als Ein-Euro-Jobber. Ich habe beständig zu verstehen gegeben, dass ich nicht gewillt bin, solche Arbeit zu verrichten, auf jahrelang erkämpfte Arbeitnehmerrechte wie Lohnfortzahlung bei Urlaub oder Krankheit und insbesondere auf einen Arbeitsvertrag im Sinne des Arbeitsrechtes zu verzichten. Es hat sich ja schon lange herumgesprochen, dass die meisten Ein-Euro-Jobs überhaupt nicht zusätzlich, gar gemeinnützig sind, sondern stattdessen noch bestehende sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichten. Dass dennoch Erwerbslose Ein-Euro-Jobs ma-

chen wollen, liegt darin begründet, dass ihnen oft keine andere Möglichkeit offensteht, das viel zu geringe ALG II, das in keiner Weise für eine Grundversorgung ausreicht, irgendwie für sich aufzustocken, außer die Papierkörbe nach Pfandflaschen zu durchwühlen.

Uwe Mühlmeyer von der „Bras“ würde das Gesagte im Wesentlichen alles teilen, vielleicht nur „etwas anders nuanciert“. Er sehe nicht, wie das Problem von dauerhafter Ausgrenzung und Präkarisierung mit allen sozialen Folgen – zum Teil über Generationen, mit schweren gesundheitlichen Folgen und mit Folgen für das Gemeinwesen und die Demokratie – gelöst werden könne. Positiv an Hartz IV finde er für Jugendliche das „Prinzip von Fördern und Fordern“. Es gelinge nicht, Gymnasialkinder und Lernschwächere zusammenzubringen. Daher sei es gut, Jugendliche auch zu fordern. Er stehe zum Prinzip der gemeinnützigen Arbeit und den Ein-Euro-Jobs. Alle psychologische Forschung habe weltweit ergeben, dass es gut sei, gemeinnützig für andere was zu tun, statt „sich hängen zu lassen“.

Claudia Bernhard stellte klar, dass die Ein-Euro-Jobs und die sozialversicherungspflichtigen Arbeiten in das „Loch“ an sozialer Arbeit fallen, das mit dem Personalabbau im öffentlichen Dienst einhergeht. 80 bis 90 Prozent der Einsatzformen, mit denen wir zu tun hätten, seien Regeltätigkeiten. Keinesfalls seien alle „nicht arbeitsfähig“ und müssten an den Arbeitsmarkt „herangeführt“ werden. Damit gehe eine unglaublich deklassierende Haltung einher. Auf der einen Seite brauchen Kommunen dringend Menschen, die diese Arbeit machen. Auf der anderen haben sie dann diese Instrumente dafür verwendet, um genau das auszufüllen. Gerade in den sozialen Bereichen werde so getan, als brauche man keine Qualifikation und keine ordentliche Bezahlung.

Rudolph Bauer erläuterte, dass die Hartz-Gesetze in gravierender Weise Veränderungen in der Sozialpolitik und der sozialen Verwaltung gebracht haben. Früher gab es das Arbeitsamt, das dann in „Agentur für Arbeit“ und „Jobcenter“ umbenannt wurde. Diese Anglizismen erweckten den Eindruck, dass hier etwas ganz Neues, Modernes, Zukunftweisendes produziert werde. In Wirklichkeit sind die Hartz-Gesetzgebung und die Agenda 2010 ein Konglomerat von Schritten in die Vergangenheit. Wir sollten uns daran erinnern, dass es im 19. Jahrhundert eine Armutspolitik gegeben hat, die darin bestand, Almosen zu geben, die Armen zu beaufsichtigen und zu kontrollieren, damit sie mit ihrem Geld „anständig“ umgingen.

Als Ergebnis der Kämpfe der Arbeiterklasse wurden sozialpolitische Ansprüche formuliert, sodass man ein Recht auf soziale Leistungen hatte. Dieses alles wird mit der Hartz-Gesetzgebung zurückgeschraubt. Jetzt wird nicht mehr wie im 19. Jahrhundert zwischen „unwürdigen“ und „würdigen“ Armen unterschieden, sondern zwischen jenen, die ein Arbeitsangebot zu den schlimmsten Bedingungen annehmen, und solchen, die das nicht tun und dann bestraft werden. Hier erfolgte ein massiver Rückschritt und mit großzügiger Duldung der Gewerkschaften, die ursprünglich daran beteiligt gewesen waren, sozialpolitische Verbesserungen herbeizuführen. Und wie viele Politiker sind mittlerweile in die Wirtschaft abge-

wandert? Die Politiker glauben nicht mehr, dass sie irgendetwas ändern können. Immer mehr Zuständigkeiten werden von der Landes- und Bundesebene nach Brüssel verlagert. Dort wird undemokratisch entschieden, ohne dass wir unsere Stimme abgeben und über die Entscheidungsträger verfügen können.

Mit dem Widerstand sei es schwierig; **Jan Zier**, Redakteur der „Tageszeitung“, sah die „überschaubare Beteiligung“ an der Montagsdemo. Viele Menschen steckten Kopf in den Sand und sagen, wenn Wahlen etwas nützen würden, wären sie schon lange verboten. Viele haben Angst, von früheren Arbeitskollegen gesehen zu werden, andere sind nicht mobil, haben kein Geld für Fahrkarten vom Stadtrand zur Demonstration oder kein funktionierendes Rad. Es breitet sich Resignation aus.

Ich finde, dass Depression auch von außen durch eine beständig unwürdige Behandlung beim Arbeitsamt von außen herbeigeführt werden kann. Da kann etwa mit süffisantem Grinsen gefragt werden, ob man sich jetzt gut mit dem ALG II eingerichtet habe. Ich selbst habe es erlebt, dass ich mit einem Zeugen zu einer als „Einladung“ getarnten Vorladung erschien. Das entsprechende Schreiben hatte ich samstags aus dem Briefkasten geholt. Solche Post kommt gerne am Wochenende, das dann wegen der Angst vor dem Termin in der folgenden Woche versaut ist. Darin stand zu lesen, dass wieder einmal die „Bewerbungssituation“ besprochen werden solle, was nichts Gutes erahnen ließ.

Bei dem Termin wurde wiederholt, was alle schon wussten: dass ich Abitur, ein abgebrochenes Studium und zwei Kinder habe. Dennoch erhielt ich vier Tage später einen Brief, in dem stand, dass ich trotz erteilter Rechtsbelehrung nicht zum vereinbarten Termin erschienen sei und man mich jetzt mit einer Kürzung von zehn Prozent belegen werde, weshalb ich zu einem weiteren Termin in zwei Wochen erscheinen solle, um Weiteres zu besprechen. Als ich empört dort anrief, hörte ich, dass die Kollegin eine Zweit-Einladung immer so formulieren würde! Wenn mit Menschen so umgegangen wird, dann wird richtig Angst gezüchtet. Sind Erwerbslose die Sündenböcke der Nation? Es erscheint mir als eine Art von Déjà-vu-Erlebnis: Zwar haben wir keinen Faschismus wie vor 70 Jahren, doch erinnert mich so einiges an die Zeit damals!

Es vergeht auch kaum eine von diesen saublöden Talkshows, die irgendwie von Erwerbslosigkeit handelt, ohne dass ALG II mit völlig überhöhten Bezügen dargestellt wird. Na klar, dann kocht die „Volksseele“ hoch, wenn andere, scheinbar in der sozialen Hängematte schaukelnd, es sich mit angeblich Tausend Euro pro Monat gut gehen lassen und noch Strom und Heizung obendrauf bekommen, während man selbst dafür hart arbeiten muss. Die Erwerbslosen schämen sich unsäglich dafür, als Schmarotzer betrachtet zu werden. Dabei sind die eigentlichen Ausnutzer die Unternehmer, die sich trauen, derart wenig Geld als Lohn zu zahlen, dass sogar Menschen, die Vollzeit arbeiten, noch Geld vom Staat dazu bekommen müssen.

Heute kann man innerhalb eines Jahres in Hartz IV abrutschen. Das lässt sich gut als „kalter Entzug“ bezeichnen, denn es ist ein Entzug von dem, was

hierzulande zum ganz normalen Lebensalltag gehört, dass man nämlich nicht denken muss: Oh Gott, meine Schuhe sind kaputt, die Waschmaschine tut es nicht mehr lange, mein Kind macht eine Klassenfahrt, mein Fahrrad hat einen Platten, ich kann das nicht reparieren, was mache ich bloß? Ich bin froh, dass ich mir diese Sorgen heute nicht mehr machen muss.

Uwe Mühlmeyer fand, dass so viele Leute nicht zur Montagsdemo kommen, weil sie resigniert sind, liege keinesfalls am Jobcenter. Das sei eine hoffnungslose, absurde Überschätzung dieser Behörde, sie sei ein klassischer Papiertiger. Es sei eine gesellschaftliche Frage, wie es jeder schaffen könne, eine Ausbildung zu bekommen. – Hier regte sich heftiger Widerspruch: Uwe Mühlmeyer habe keine Ahnung von der Wirkung der Behörde auf der materiellen Ebene, er sei ein „Schmarotzer“ wie die anderen Beschäftigungsträger. Uwe Mühlmeyer sagte, weltweit sei „wissenschaftlich klar“, dass es Folgen habe, wenn Menschen nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Das Hartz-IV-Thema ziele also in die Mitte der Gesellschaft.

Claudia Bernhard widersprach, bei der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit in Bremen bewege sich „herzlich wenig“. Den „Armutsberichten“ zufolge gehört in bestimmten Stadtteilen die Hälfte der Kinder zu den Hartz-IV- Beziehern. Laut Statistik seien zehn Prozent in den Arbeitsmarkt „integriert“ worden, aber leider nach spätestens zwölf Monaten wieder herausgefallen. Die Betroffenen kommen, wenn überhaupt, im Niedriglohnsektor unter. Die kriegen Minijobs und verschwinden aus den Zahlen. In Bremen ist das besonders aussichtslos.

Für **Rudolph Bauer** müssen die entscheidenden Anstöße für Veränderungen von denen kommen, die nicht in dieser Misere hocken. Verantwortlich sind Ärzte, die Hartz-IV-Bezieher behandeln, Lehrer, die in ihrer Klasse betroffene Kinder haben, Juristen, aber auch Wissenschaftler, die von einem Zentrum für Sozialpolitik alimentiert werden, aber zum Thema Hartz IV und Menschen in Not überhaupt nichts machen. Es gebe Journalisten, die im „Weser-Kurier“ eine Serie über gute Nachbarschaft schreiben und zu Weihnachten für Spenden auf die Tränendrüse drücken, aber unterlassen, was entscheidend wäre, nämlich politische Forderungen zu stellen. So sähen wir uns einer Verrohung des Bürgertums gegenüber: Es herrsche ein Sozialrassismus, Leute würden einfach abgeschrieben, so wie früher in anderem Kontext Migranten.

Es sei der Politik gelungen, ein gesamtgesellschaftliches Problem zu einem Problem einer Minderheit zu machen. Was wird aus den Kindern und Jugendlichen, die jetzt in Hartz-IV-Gemeinschaften leben, in zehn Jahren? Gibt es dann mehr Kleinkriminalität, Drogen, Großkriminalität? Brauchen wir mehr Polizei, mehr Richter, mehr Gefängnisse? Das sei alles egal, weil *heute* gespart wird. Morgen werde das Geld eben zur Kontrolle und zur Repression ausgegeben. Genau diese Politik gelte es zu beseitigen: Es müsse nicht nur Hartz IV weg, sondern die ganze Politik der Menschenverachtung.

Uwe Mühlmeyer forderte für das Bundesland Bremen drei- bis fünftausend Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose, die sonst „wenig Chancen“ haben. Sie soll-

ten für kommunale Aufgaben, die nicht „zusätzlich“ seien, 1.423 Euro brutto bekommen. Dem könne zwar entgegengesetzt werden, dies sei eine Art „Werkstatt für Behinderte“, womit Leute wieder stigmatisiert würden, doch sei dies nicht seine Absicht. Mühlmeyer entfaltete ein T-Shirt der IG-Metall mit der Aufschrift „Arm trotz Arbeit“ und sagte, dies sei „Mainstream der Gesellschaft“.

„Das ist doch Quatsch“, entgegnete **Claudia Bernhard**. Sie bezweifle nicht, dass drei- bis fünftausend Jobs in sozialen Einrichtungen fehlten, doch könne man diese auch anständig bezahlen. Ein Träger werde dafür nicht benötigt. Ein-Euro-Jobs würden genauso wie die Beschäftigungsträger verschwinden. Es bleibe die Sorge, dass nichts an deren Stelle trete. 1.423 Euro brutto seien viel zu wenig, wir bräuchten mindestens zehn Euro pro Stunde.

Eine Zuhörerin warf ein, der Zynismus bestehe darin, dass die Wirtschaftskraft Deutschlands auf dem Rücken von Hartz-IV-Beziehern, den Niedriglohnbeziehern, den Leiharbeitern und den Mini-Job-Ausführern erbracht würde.

Ich empfinde es als bodenlose Frechheit, dass es bei immer weniger Arbeit, die nicht für alle reicht, den Erwerbslosen angelastet wird, dass sie keine Arbeit haben: Sie werden dafür bestraft. Wir müssen Arbeit anders aufteilen! Ich wäre nicht bereit, für 1.423 Euro brutto in Vollzeit zu arbeiten. 1.200 Euro netto sind das Minimum, um bei Vollzeitarbeit als Einzelperson gerade eben genug für die Lebenshaltungskosten zu haben.

Rudolph Bauer fragte, wie sich der Widerstand verstärken lasse. Ausgedacht habe sich das Agenda-Konzept die Hartz-Kommission unter Zuhilfenahme bestimmter Institutionen wie beispielsweise der Bertelsmann-Stiftung. Dazu gehörten RTL, die Zeitschriften von „Gruner und Jahr“, auch der „Spiegel“. Das heißt, dass uns die Medien die ganze Zeit über in einer bestimmten Weise einer Gehirnwäsche unterzögen. Es sei ein zentrales Problem, dass die Leute, die sich das ausgedacht hätten, zugleich über die Medien verfügten und, geschickt wie Joseph Goebbels, entsprechende Propaganda machten.

Im Zusammenhang mit Altersarmut müssten wir auch beachten, dass die Zahl der Suizide zunehme! In Italien gebe es eine Welle von Selbsttötungen von Menschen, die in Not waren. Was würden die 70-bis 80-Jährigen machen, wenn sie keine Pflege und nicht genügend Geld haben? Die Antwort liege auf der Hand. Wir hätten einen Prozess der Entdemokratisierung und Militarisierung. Während einerseits Menschen mit den Hartz-IV-Regelungen geschurigelt würden, trügen wir auf der anderen Seite die Forderung nach Einhaltung der Menschenrechte in die Welt. Die Menschenrechte der Arbeitslosen und Hartz-IV-Bezieher spielten keine Rolle, aber angeblich die Menschenrechte überall in der Welt.

Im Gegensatz zu Claudia Bernhard habe ich angesichts der Menschenverachtung im neoliberalen Zeitgeist wenig Hoffnung, sondern mehr Angst, dass die Politik sich mit den Schuldenrettungsschirmen selbst entmachtet. Wenn klar ist, dass nicht mehr Geld ausgegeben werden darf, dann ist ja egal, wer an der Pseudo-Macht ist: Bei Sozialem und der Gesundheit wird gespart, es werden noch weniger wählen gehen. Das wird wohl sogar in Deutschland die Leute auf

die Straße treiben, allerdings kaum mit Transparenten, sondern mit Gewalt: Dann kommen Soldaten, dann gibt es Krieg!

Rudolph Bauer sagte, dass niemand Gewalt wolle, doch glaube er, dass Änderungen nur durch massiven Protest möglich würden. Es sei auch Gewalt, was von oben kommt.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) –
siehe auch „Die Linke“ sowie „Scharf links“

Wer hat die Fachaufsicht über die Bremer Kliniken?

Auf der 388. Bremer Montagsdemo habe ich über die Senatorin für Gesundheit und ihren Staatsrat gesprochen. Renate Jürgens-Pieper wäscht in Sachen Klinikskandal ihre Hände in Unschuld: Sie habe vorsätzlich nichts getan, und dies sei richtig gewesen. Immerhin bestreitet sie nicht, Gesundheitssenatorin der freien Hansestadt zu sein.

Im Koalitionsvertrag für diesen Senat sind auf den Seiten 70 und 71 detaillierte Aufgaben zu den städtischen Kliniken formuliert. Der „Konzern Bremen“ untersteht der Fachaufsicht des Senats. Die Zuständigkeiten der Senatorin für Gesundheit sind im „Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen“, Nummer 86 vom 5. August 2011, Seite 951, aufgelistet.

Unter anderem die folgenden Gesellschaften einschließlich Unterbeteiligung sind demnach Frau Jürgens-Piepers Geschäftsbereich zugeordnet: Gesundheit Nord Klinikverbund Bremen, Klinikum Bremen-Mitte, Klinikum Bremen-Ost, Klinikum Bremen-Nord, Klinikum Links der Weser, AMI Arzneimitteluntersuchungsinstitut Nord, Rehazentrum Bremen.

Ein Aufsichtsratvorsitz umfasst immer auch die fachliche Verantwortung. Beispielsweise führt bei der Uniklinik Freiburg das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes die Rechtsaufsicht, die Fachaufsicht liegt beim Aufsichtsrat. Im Geschäftsbericht der „Gesundheit Nord“ steht am Anfang das Vorwort der Senatorin (Seite 7). Dort lesen wir nichts von einer nicht zuständigen Fachaufsicht. Im Schaubild auf Seite 12 steht die Freie Hansestadt Bremen als alleiniger Kommanditist mit 100 Prozent Beteiligung.

Eine Nichtwahrnehmung der Fachaufsicht hätte erhebliche Folgen, denn im Jahr 2002 stand der „Konzern Bremen“ vor dem Staatsgerichtshof. Entschieden wurde über die „Beleihung“, also die Übertragung von hoheitlichen Aufgaben des

Staates auf Gesellschaften des Konzerns Bremen. Geklagt haben die Grünen. Voraussetzung für eine Kreditaufnahme ist die Fachaufsicht über diese Konzerngesellschaften: Ohne diese Fachaufsicht sind solche Rechtsgeschäfte ungültig.

Frau Senatorin Jürgens-Pieper hat eine diese Pflichtbefreiung sicherlich schriftlich? Dann soll sie die doch einfach vorlegen! Eine Nachfrage bei der Rechtsvorgängerin und die Ergründung der Einarbeitung wären auch hilfreich, siehe 388. Bremer Montagsdemo. Und da antwortet Frau Jürgens-Pieper einfach „Niemand!“ auf die Frage „Wer hat denn die Fachaufsicht über die Kliniken?“ Den Beweis blieb sie schuldig. Hat die CDU dies mit eingefädelt?

Als deren Gesundheitspolitikerin Mohr-Lüllmann aus einem Senatsbeschluss von 2007 zitierte, wonach die Gesundheitsbehörde ihre Fachaufsicht über die privatisierten Kliniken ausbauen werde, erklärte die Senatorin, das sei „sachlich falsch“ formuliert: Eine Fachaufsicht habe die Gesundheitsbehörde nicht, die frühere Große Koalition mit CDU-Beteiligung habe das „politisch gewollt“. Mohr-Lüllmann meinte dazu: „Das kann nicht Sinn einer Ausgliederung öffentlicher Aufgaben sein.“

Der Staatsgerichthof hat in Leitsatz 4 seines Urteils folgende Bedingung festgeschrieben: „Die Verfassungsgebote effektiver exekutivischer Steuerung und Kontrolle der Beliehenen sowie der parlamentarischen Kontrolle der Regierung verpflichten die durch das Beleihungsgesetz ermächtigten Mitglieder des Senats, durch eine entsprechende Gestaltung der Rechtsbeziehungen zu den Beliehenen zu gewährleisten, dass ihre Einwirkungen auf die beliehenen Unternehmen nicht durch entgegenstehende private Rechte der Gesellschaft oder der Gesellschafter beschränkt werden.“

Eine fehlende Fachaufsicht hat für die Rechtsgültigkeit der Verträge der Konzerngesellschaften eine zentrale Bedeutung! Ich hoffe, die Bürgerschaft nimmt sich in der nächsten Sitzung dieser Sache an, klärt die Zuständigkeit für die Fachaufsicht und sichert Regressansprüche. Darum immer wieder Montagsdemo, Kopf zeigen: Ich bin nicht einverstanden! Ich möchte eine lebenswerte Zukunft!

Hans-Dieter Binder („Die Linke“)

Unter dem Motto „**Ein Karton ist keine Wohnung**“ möchte das „Aktionsbündnis gegen Wohnungsnot in Bremen“ am **Dienstag**, dem **16. Oktober 2012**, zwischen **13** und **14 Uhr** auf dem **Marktplatz** unsere gewählten Bürgerschaftsabgeordneten zum Auftakt der Plenarsitzung an den Artikel 14 der Bremer Landesverfassung erinnern und sie ermutigen, sich für die Schaffung von mehr angemessenem und bezahlbarem sozialen **Wohnraum** in Bremen stark zu machen.

Eigentlich wollten wir an dieser Stelle einen Schottenwitz bringen:
Aber sehen Sie nun eine Wahlwerbung der CDU *(„Bild“-Zeitung)*

Gravierende Mängel beim stressfreien Stresstest der AKWs in Europa

Ein nach der Atomkatastrophe von Fukushima beschlossener „Stresstest“ für die europäischen Atomkraftwerke deckte gravierende Mängel auf. Dabei war es noch nicht einmal eine gründliche Prüfung, sondern sie lief „dem Augenschein nach“ ab und fand vor allem auf dem Papier statt. Die Inspektoren haben überhaupt bloß 23 Standorte besucht, darunter nur zwei in Deutschland. Die meisten Angaben stammen von den AKW-Betreibern selbst. „Das ist so, als würde der TÜV bei einem PKW nur noch die Roststellen suchen, aber die Bremsen nicht überprüfen“, sagte Jochen Stay, Sprecher der Anti-AKW-Organisation „Ausgestrahlt“.

Untersucht wurden weder die Folgen von Flugzeugabstürzen noch die Probleme mit der Notstromversorgung. Auch die Alterung der 134 AKWs in Europa spielte überhaupt keine Rolle. Wenn trotz der Harmlosigkeit dieses „Stresstests“ eine große Mängelliste entsteht, muss man die Gefahren umso ernster nehmen. Die hauptsächlich kritisierten Mängel sind fehlende Erdbebenwarnsysteme und mangelnde Sicherheit bei Erdbeben sowie keine oder mangelhafte Umsetzung der nach den Atomkatastrophen von Three Mile Island 1979 und Tschernobyl 1986 vereinbarten Leitlinien bei schweren Unfällen.

Bei den Atomreaktoren im schwedischen Forsmark und im finnischen Olkiluoto bleibt zum Beispiel nach einem Stromausfall oder dem Ausfall der Kühlsysteme weniger als eine Stunde Zeit, um den sicheren Betrieb zu gewährleisten. Die meisten Mängel listet der Bericht für Atomkraftwerke in Frankreich und Osteuropa auf. Auch deutsche Anlagen sind betroffen: Besonders die norddeutschen AKWs in Brokdorf, Emsland und Grohnde haben großen Nachholbedarf beim Erdbebenschutz.

Lothar Hahn, früherer Geschäftsführer der „Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit“ in Köln, ist über die großen Sicherheitsmängel nicht überrascht. Er hält es für notwendig, rund die Hälfte der europäischen Reaktoren deswegen stillzulegen: „Ungefähr die Hälfte der europaweit 134 Kernkraftwerke kann nicht auf den nötigen Standard nachgerüstet werden. Es handelt sich um die Reaktortypen, die in den 1960er Jahren entwickelt wurden und in den 70er Jahren ans Netz gingen. Sie haben grundsätzliche Schwächen: Sie sind zum Beispiel nicht genügend gegen Erdbeben ausgelegt, und ihre Sicherheitssysteme sind nicht ausreichend voneinander getrennt, so dass sie bei bestimmten Unfällen komplett ausfallen können. Diese Anlagen ausreichend nachzurüsten, käme einem Abriss und Neubau gleich.“

Die EU-Kommission beziffert die Kosten für notwendige Nachrüstungen auf einen Betrag von zehn bis 25 Milliarden Euro. Diese Summe liegt weit unter den tatsächlich notwendigen Kosten für Nachrüstungen. Umweltminister Altmaier und EU-Energiekommissar Oettinger wollen die Atomkonzerne schonen und beschränken die Nachrüstungen auf das „Machbare“. Die Sicherheitsanforderungen nach der Katastrophe von Fukushima sind längst in der Versenkung verschwunden.

Die große Gefahr der Atomkraft wird systematisch verharmlost – auch um die dringende notwendige Umstellung auf erneuerbare Energien zu torpedieren. Der harmlose „Stresstest“ für AKWs und die Rolle rückwärts der Regierung bei der Energiewende zeigen, dass es auf eine breite, internationale Widerstandsbewegung ankommt. Sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke weltweit! Sofortiger Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien!

Harald Braun

Plädoyer fürs bedingungslose Grundeinkommen

Hartz IV funktioniert nur, weil die Arbeitsideologie funktioniert, sonst hätten die Menschen längst – wie seinerzeit die Stasi-Zentrale – die Jobcenter besetzt und die Akten aus den Fenstern geworfen, wovon ich natürlich abraten möchte. Protest sollte friedlich sein und mit legalen Mitteln geführt werden. Empörung über die Arbeitsweisen der Jobcenter ist jedoch allemal vorhanden und allgegenwärtig. Dieser ganze miteinander zusammenhängende Irrsinn aus Wachstumsparadigma und Schaffung von Arbeitsplätzen zur Vermehrung von Cybergeld zugunsten einer verschwindend geringen Minderheit muss aufhören!

Jedes Kind sollte eigentlich wissen, dass Unternehmen nicht dazu dienen, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern Gewinne zu erzielen. Es wäre auch unsinnig, Erntemaschinen zu verschrotten, damit Erntehelfer mit Sensen über die Felder gehen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Egal auf welches Gesellschaftssystem wir irgendwann hinzielen: Zur Produktion landwirtschaftlicher und industrieller Güter wird es immer nur so viele Arbeitsplätze geben wie nötig und nicht wie

möglich. Auch der Dienstleistungssektor hat hier Grenzen. Wie oft muss ich mir denn die Haare schneiden lassen, damit es genügend Arbeitsplätze für Friseure gibt? Mit wie vielen Pizzen muss ich mir den Bauch vollschlagen, damit Pizzaboten Arbeit haben?

Niemand, der halbwegs bei Verstand ist, fordert mehr Rechtsstreitereien zur Sicherung der Arbeitsplätze für Rechtsanwält(inn)e(n) und Richter(innen) oder mehr Krankheit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze für Mediziner(innen). Mehr Tote für mehr Arbeitsplätze auf dem Bestattungssektor wäre nun völliger Schwachsinn! Aber das ist eben Wachstum. Also produzieren wir weiter immer mehr Autos. Wenn es den marktkonformen „Homo oeconomicus“ gäbe, der ja nach der Markttheorie mit Minimalaufwand ein Maximum herausholen will, würde sich eigentlich kaum ein Auto verkaufen lassen.

Die Anschaffungskosten, Steuern, Versicherungen, Benzin-, Reparatur- und TÜV-Kosten, Parkgebühren sowie „Knöllchen“ stellen alles andere als einen Minimalaufwand dar, eine Tonne zu bewegen, um 70 Kilogramm von A nach B zu transportieren – von der Tatsache ganz zu schweigen, dass ein Auto durchschnittlich nur eine Stunde täglich bewegt wird und 23 Stunden herumsteht! Aber zur Erhaltung der Arbeitsplätze produzieren wir weiter immer mehr davon, obwohl wir den „Peak Oil“ längst erreicht haben und die Energiemenge, die zu Produktion, Transport, Lagerung und Entsorgung nach Gebrauch eines Autos benötigt wird, einen Durchschnittshaushalt zehn Jahre lang mit Strom versorgen könnte.

Sind uns die „Heilige Kühe“ Wachstum und Arbeit so viel wert, dass wir nichts Besseres produzieren können als ständig neue Handys, zu deren Herstellung der sehr begrenzt vorhandene Rohstoff Coltan verbraucht wird? Den kriegerischen Auseinandersetzungen um diesen Rohstoff sind in den letzten zehn Jahren im Kongo fünf Millionen Menschen zum Opfer gefallen. Ozeanriesen durchpflügen die Weltmeere, beladen mit Krempel, den wir nicht brauchen, während unsere Schulen, Krankenhäuser, Bahnlinien, Energieversorger und Mietwohnungen an privat verhökert werden, damit virtuelle, sich vermehrende Geldströme fließen und als Variablenwerte binärer Datentypen auf Festplatten abgespeichert werden. Dies ist der Profit einer Minderheit!

Ich denke, es wird allerhöchste Zeit, die „Heiligen Kühe“ Wachstum und Arbeit zu schlachten und darüber nachzudenken, wie wir Sinnvolles in ausreichender Menge produzieren, ohne uns selbst und unsere Lebensgrundlagen buchstäblich auszuschlachten und unsere Mitmenschen auszubeuten, und wie wir dabei ein selbstbestimmtes Leben führen. Dazu gibt es eine Idee, die sich bedingungsloses Grundeinkommen nennt. Sie besteht darin, jedem Menschen die materielle und kulturelle Existenz um seiner selbst willen armutsfest zu sichern.

Eine Darstellung der vielen Denkansätze, die bisher dazu erarbeitet wurden, und der Entwicklungswege, die zu solch einer Existenzsicherung führen können, würde an dieser Stelle zu weit führen und hier den Rahmen sprengen. Realistisch wäre es wohl, zunächst mit einer Kindergrundsicherung zu beginnen und eine armutsfeste Altersversorgung einzuführen. Zu diesem Thema fand in diesem Jahr

auch in Bremen wieder eine „Woche des bedingungslosen Grundeinkommens“ statt, von der ich zur weiteren Beschäftigung zwei Aufzeichnungen von Veranstaltungen empfehle, die die gängigen Vorurteile und Ressentiments zu diesem Thema sicherlich schnell beseitigen können. Jedenfalls hatten die Veranstalter(innen) viel Arbeit damit.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Zwischen dem **15. Oktober** und dem **5. November 2012** findet die **Bremer Montagsdemo** wegen des Freimarkts auf dem **Hanseatenhof** statt.

Nachruf: Marius, 32 Jahre alt, ist tot *(„Mein Name ist Mensch“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

397. Bremer Montagsdemo am 22. 10. 2012

„Ich bin gut zu sanktionieren“

1. Uwe Mühlmeyer besaß schon während der Podiumsdiskussion „Die Unmenschlichkeitskatastrophe“ die Vermessenheit, für das Bundesland Bremen drei- bis fünftausend Arbeitsplätze für **Langzeitarbeitslose** zu fordern, die sonst „wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt“ hätten. Er sprach während der Veranstaltung davon, diese Langzeitarbeitslosen in nicht zusätzliche kommunale Aufgaben zu stecken und ihnen dafür 1.423 Euro brutto zu zahlen.

Letzte Woche verbreitete Mühlmeyer, Geschäftsführer des Bremer Beschäftigungsträgers „Bras“, in einem Interview, dass nun sein Dachverband, der „Verband arbeitsmarktpolitischer Dienstleister in Bremen“, jene Kopfschütteln auslösende Forderung nach der Einführung von sozialversicherungspflichtigen und langfristigen Jobs in den Beschäftigungsprojekten des sogenannten zweiten Arbeitsmarktes verlangt. Mühlmeyer wirft sich damit scheinbar das Mäntelchen des edlen Förderers der Menschenwürde um, wenn er betont, eine sinnvolle Beschäftigung habe „etwas mit Menschenwürde zu tun“ und helfe „nachweislich gegen depressive Erkrankungen“. Leider verrät er uns nicht, warum diese Arbeit mit so schändlich wenig Geld entlohnt werden müsse.

Taucht der Bruttolohn deshalb nicht in dem Artikel auf? Hat er sich schon einmal darüber Gedanken gemacht, wie demütigend und ungerecht es ist, nach einer Vollzeitarbeit noch immer nicht ausreichend Geld zum Leben zu haben und sich wegen seiner Familie dennoch der Verfolgungsbetreuung der Mob-, Flop- oder No-Job- Center aussetzen zu müssen? Mühlmeyer deklassiert Langzeiterwerbslose mit der Behauptung, viele seien nicht in der Lage, die „Anforderungen des regulären Arbeitsalltags“ zu bewältigen: „Wenn sich jemand ganz normal in einer Firma bewerben könnte, würde er das ja tun und nicht in einem Ein-Euro-Job landen.“

2. Ein Staat, der tausend „**Tafeln**“ braucht, kann kein guter Sozialstaat sein. Es gibt immer mehr Kunden an immer mehr „Tafeln“, die mal einen Obolus von einem und mal von fünf Euro am Eingang zahlen müssen. Ich finde es beschämend,

dass „Tafeln“ zu den erfolgreichsten Einrichtungen in Deutschland gehören. Sie expandieren, weil sich in Deutschland Not und Bedürftigkeit wie ein Krebsgeschwür ausbreiten. Für Heribert Prantl wäre es eine Katastrophe, wenn es diese gemeinnützige Einrichtung nicht mehr gäbe, andererseits sei es aber auch eine Katastrophe, dass es sie geben müsse. Spätestens die vielen „Tafeln“ zeigen an, dass die Not in ein reiches Land zurückgekehrt ist.

Die Besucher der „Tafeln“ bestehen aus Facharbeitern, Alleinerziehenden (meist Müttern), Familien mit Kindern, Migranten, Niedriglöhnern, Langzeitarbeitslosen, Ein-Euro-Jobbern und Rentnern. Sie gehören keiner Randgruppe an, weil eineinhalb Millionen Menschen nun mal keine Randgruppe sind. Die sogenannte Grundsicherung des ALG II ist nur eine Pseudo-Grundsicherung, die eben nicht ausreicht! An den „Tafeln“ lässt sich studieren, wie sich die Ungleichheit der Gesellschaft verändert, weil nicht nur Arbeitslose dahin gehen, sondern auch Leute, die von ihrer Arbeit nicht leben können. Ich finde es erbärmlich, dass die „Tafel“-Bewegung wohl die derzeit größte Bürgerbewegung der Bundesrepublik ist und nicht die der Ausgestoßenen, um ein Leben in der Gemeinschaft Geprellten es sind, die sich dagegen wehren, auf sich aufmerksam machen.

Die „Tafeln“ können keine geeignete Antwort auf Not und Armut in einer reichen Gesellschaft sein – wohl aber eine Anklage. Ein Staat, der sich auf die „Tafeln“ verlässt, verstößt gegen seine soziale Fürsorgepflicht. Meiner Meinung nach muss es in einem echten Sozialstaat ein Recht auf würdige Hilfe geben. Es darf kin Zu-Kreuze-Kriechen und ein Betteln um Barmherzigkeit verlangt werden. „Die Bundesregierung muss sich fragen lassen, wie es möglich ist, dass in wirtschaftlich erfolgreichen Zeiten immer mehr Bürger arm werden.“ Ein „Schattenbericht“ der Nationalen Armutskonferenz verweist darauf, dass in Deutschland inzwischen fast jeder Vierte im Niedriglohnsektor arbeitet und 7,6 Millionen Menschen (9,3 Prozent der Bevölkerung) staatliche Leistungen zur Sicherung ihres Existenzminimums beziehen.

3. Das Bundessozialgericht entschied am 17. Juni 2010 (Aktenzeichen B14 AS 46/09 R), dass der Zufluss eines nur darlehnsweise gewährten Geldbetrages kein sozialrechtlich anrechenbares Einkommen darstellt. Dies bedeutet, dass die Darlehnssumme nicht durch das Jobcenter bedarfsmindernd berücksichtigt werden darf. Dies gilt auch für den Fall, dass das **Darlehn** durch einen Verwandten gewährt wurde. Darlehenshöhe, Zeitpunkt des Vertragsabschlusses, Raten- beziehungsweise Rückzahlungsmodalitäten und gegebenenfalls der Grund der Darlehensaufnahme sollten plausibel darlegbar sein. Es empfiehlt sich hierbei ein schriftlicher Vertrag. Somit wurde endlich eine Rechtsauslegung abgeschafft, die es ALG II beziehenden Menschen in finanzieller Notlage verunmöglichte, sich mit geliehenen Geldbeträgen aushelfen zu können, ohne dass ihnen dieses Darlehn nach dem „Zuflussprinzip“ als angebliche Einkunft auf ihr tatsächliches Einkommen bewertet worden wäre!

4. Vorurteile gegenüber Hartz-IV-Beziehern sind in Deutschland weitverbreitet. Demnach ist diese Klientel zu träge, zu faul, zu wählerisch bei der Jobsuche. 50 Prozent der Befragten sind davon überzeugt, dass Leistungsbezieher sowieso nicht nach Arbeit suchen. 40 Prozent der Befragten meinen zudem, dass der Wille, einen Job zu bekommen, gar nicht vorhanden ist. Geistesgegenwärtig kommentiert Heinrich Alt vom Vorstand der Bundesagentur die Umfrage so, dass sich Irrtümer bezüglich Hartz-IV-Beziehern hartnäckig hielten und die Vermittlung ins Berufsleben erheblich erschwerten. Ein so hoher Wert an Vorurteilen spricht wohl dafür, dass auch potenzielle Arbeitgeber sie haben, womit die Propaganda der Medien und die Sanktionspraxis der (No-)Job-Center selbstredend nicht das Mindeste zu tun haben können!

Im gleichen Artikel steht, dass Hartz-IV-Bezieher von der Arbeitsagentur bestraft werden können, wenn sie gestellte Auflagen nicht einhalten. In diesem Jahr könnten erstmals mehr als eine Million **Sanktionen** ausgesprochen werden, völlig unabhängig davon, wie rechtmäßig sie sind. Es ist dabei absolut egal, welchen Sinn Computerkurse haben, die bereits in der Berufsausbildung absolviert wurden, oder was das fünfte Bewerbungstraining soll. Da passt jemand den Briefträger um 14 Uhr ab, bekommt ein Schreiben in die Hand, dass er sich am selben Tage bereits um 9 Uhr im allseits beliebten Mob-Center hätte einfinden sollen, und kassiert somit wegen Nichteinhaltung des Termins eine Sanktion von zehn Prozent. Dagegen lässt es sich erfolgreich zur Wehr setzen!

Doch ist klar, wie gut es die Bundesagentur für Arbeit (BA) mit ihren zu „Kunden“ hochstilisierten Besuchern meint. Trotz der Sanktionsorgie warnt dieselbe Behörde, es dürfe dabei kein falsches Bild entstehen, denn ihre Klientel sei viel besser als deren ramponierter Ruf. Weil die BA-Oberen vor lauter Sorge fast nicht mehr schlafen können, machen sie sich jetzt daran, das schlechte Image vom Faulenzer in der sozialen Hängematte aufzupolieren. Eine Hamburger Werbeagentur fährt in ihrem Auftrag die Kampagne „Ich bin gut“ und berichtet von Erfolgsgeschichten hoch motivierter und kompetenter Hartz-IV-Bezieher, die zurück ins Berufsleben vermittelt werden. Alt betont, nach einer BA-Studie sei für 75 Prozent Arbeit das Wichtigste in ihrem Leben. Diese Menschen wollten arbeiten, aber es gebe auch Menschen „mit Brüchen in der Erwerbsbiographie, mit Ecken und Kanten“, von denen der Großteil hoch motiviert sei und eine zweite Chance verdiene.

Dagegen erschwerten der „vermeintliche Makel Hartz IV“ und die damit verbundenen Ressentiments gegenüber Arbeitsuchenden die Vermittlung ins Berufsleben „erheblich“. Harald Thomé vom Wuppertaler Sozialhilfeverein „Tacheles“ weiß von noch anderen Vermittlungshemmnissen. So wurde das Eingliederungsbudget der BA allein in diesem Jahr um vier Milliarden Euro gekürzt. Die BA sei viel mehr damit beschäftigt, wie sie die Leute sanktionieren und drangsalieren kann, als sie in Arbeit zu vermitteln. Thomé hält die „Ich-bin-gut“-Kampagne vor diesem Hintergrund für zynisch, weil sie keinem Betroffenen das Selbstbe-

wusstsein stärke. Stattdessen wären natürlich ein „korrekter und menschenwürdiger Umgang und keine Sanktionen“ nötig.

Auch Martin Behrsing vom „Erwerbslosenforum Deutschland“ ist entsetzt über diese Kampagne, die Erwerblose in keiner Weise ernst nehme. Die Bundesagentur trage mit ihrer Politik entscheidend zur Entstehung der gängigen Zerrbilder von Langzeitarbeitslosen bei. Vielleicht sollten Erwerbslose ihrerseits eine Kampagne beginnen, mit Slogans wie „Ich bin gut, deshalb wehre ich mich aktiv gegen Rechtswidrigkeiten der Flop-, Mob- oder (No-)Job-Center“, oder kürzer „Ich bin gut zu sanktionieren“, aus reiner Lust an der Verfolgungsbetreuung, um auf den hier praktizierten klassischen Double-Bind, wie er im Buche steht, aufmerksam zu machen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Bürgermeister einer Rüstungshochburg lobt Friedensnobelpreisträger

Es hat schon ein gewisses Geschmäckle, wenn Jens Böhrnsen als Bürgermeister der Rüstungshochburg Bremen den neuen Friedensnobelpreisträger in den höchsten Tönen lobt. Für ihn ist die EU laut „Weser-Kurier“ vom 13. Oktober 2012 „das größte Friedensprojekt, das die Weltgeschichte gesehen hat“. Glaubt der Bürgermeister wirklich, dass sich die Bevölkerung durch diese seltsame Geschichtsdarstellung täuschen lässt? In Wahrheit ist doch das genaue Gegenteil der Fall! Dies beweist auch der jüngste Plan des frischgebackenen Nobelpreisträgers, ein größeres Kontingent an Ausbildern und Militärberatern nach Mali zu entsenden.

Die EU ist ein Interventions- und Kriegsbündnis, das seit Jahren hemmungslos aufrüstet, mit eigenen Truppen bewaffnete Konflikte verschärft sowie mit Hilfe von EZB und IWF Mitglieder wie Griechenland mit unerfüllbaren Forderungen in den Ruin zwingt. Sie raubt damit Millionen Menschen die Lebensgrundlage. Die ebenfalls erwähnten sogenannten Bankenrettungen haben schließlich auch in der Hansestadt zu deutlich mehr Armut geführt. Daraus wird deutlich: Der Bürgermeister, der seit Jahren Mitglied der japanischen Initiative „Mayors for Peace“ ist, spricht hier im Sinne der Rüstungsindustrie!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

20 Milliarden Euro Mehrkosten befürchtet: „‚S21‘ ist der größte technisch-wissenschaftliche Betrugsfall der deutschen Industriegeschichte“ *(„Stern“)*

Schuld war nur der Jo Ponader: Schon wieder zwei Piraten abgesoffen *(„Spiegel-Online“)*

Hungerstreik gegen Hartz-IV-Sanktionen: „Ich beanspruche ein unbedingtes Recht auf ein freies, selbstbestimmtes Leben“ *(„Gegen Hartz“)*

Verschiedene Bremer Aktionsgruppen planen eine mehrtägige **Protestaktion gegen Hartz IV** vor dem Bremer **Jobcenter** am **Doventorsteinweg**. Unter dem Motto „**Weg mit Hartz IV – zehn Jahre sind zehn Jahre zu viel**“ sollen am **29.** und **30. Oktober**, jeweils in der Zeit von **8** bis **13 Uhr**, sowie am **1. November 2012** von **8** bis **18 Uhr** eine ganze Reihe von **Veranstaltungen** stattfinden. Geplant sind unter anderem **Mahnwachen** und **Protestkundgebungen**, aber auch **Beratungsgespräche** zu den Themen Sozialabbau und Entsolidarisierung. Zu den Protesten aufgerufen haben unter anderem der „Bremer Initiativkreis Grundeinkommen“, der „Bremer Erwerbslosenverband“, das „Blockupy“-Bündnis Bremen, der „Soziale Lebensbund“ sowie die Bremer Montagsdemo. Die Veranstalter haben sich vorgenommen, das Jobcenter mehrere Tage lang zu belagern.

Zwischen dem **15. Oktober** und dem **5. November 2012** findet die **Bremer Montagsdemo** wegen des Freimarkts auf dem **Hanseatenhof** statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

398. Bremer Montagsdemo am 29. 10. 2012

Verschiedene Bremer Aktionsgruppen planen eine mehrtägige **Protestaktion gegen Hartz IV** vor dem Bremer **Jobcenter** am **Doventorsteinweg**. Unter dem Motto „**Weg mit Hartz IV – zehn Jahre sind zehn Jahre zu viel**“ sollen am **29.** und **30. Oktober**, jeweils in der Zeit von **8** bis **13 Uhr**, sowie am **1. November 2012** von **8** bis **18 Uhr** eine ganze Reihe von **Veranstaltungen** stattfinden. Geplant sind unter anderem **Mahnwachen** und **Protestkundgebungen**, aber auch **Beratungsgespräche** zu den Themen Sozialabbau und Entsolidarisierung. Zu den Protesten aufgerufen haben unter anderem der „Bremer Initiativkreis Grundeinkommen“, der „Bremer Erwerbslosenverband“, das „Blockupy“-Bündnis Bremen, der „Soziale Lebensbund“ sowie die Bremer Montagsdemo. Die Veranstalter haben sich vorgenommen, das Jobcenter mehrere Tage lang zu belagern.

Weshalb mussten so viele Taxifahrer ihre Konzessionen verkaufen?

„Wieso sollte ein Taxifahrer noch für 750 Euro im Monat arbeiten, wenn er ein Grundeinkommen von 1.000 Euro bekommen würde?“ Dies hört man von einer Passantin im „Radio-Bremen“-Video zur Protestaktion vor dem Jobcenter. Vielleicht sollte man sich besser mal die Frage stellen, weshalb so viele Taxifahrer ihre Konzessionen verkaufen mussten, statt selbstständig zu bleiben? Viele von ihnen fahren jetzt als Arbeitnehmer bei großen Dienstleistern in Zwölf-Stunden-Schichten und werden prozentual an den eingefahrenen Touren beteiligt.

Ganz grob kann man wohl davon ausgehen, dass ein Drittel der Einfahrsummen der Lohn des Taxifahrers ist, ein Drittel geht für die Aufrechterhaltung der Dienstleistungen drauf, und ein Drittel aller Touren dürfte der Profit des Unternehmers sein. Wenn jemand 20 Taxenkonzessionen hat, dürfte es sich hiervon bestimmt gut leben lassen. Davon sagt die kluge Frau bei „Buten un binnen“

wohl lieber nichts. Mit dem Grundeinkommen könnte jeder Taxifahrer sicherlich wieder sein eigener Unternehmer sein, selbst wenn er dann entsprechende Steuern zahlen müsste.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Die Frau war die einzige Passantin, alle anderen kamen aus dem Jobcenter oder gingen hinein. Von den meisten war – bis auf zwei – die Resonanz durchgehend positiv. Die Frau kam mit dem Fahrrad vorbei und rief uns zu: „Weg mit Hartz IV? Was wollt ihr denn?“ Jemand sagte ihr: „Grundeinkommen!“ Darauf die Frau: „Ohne arbeiten? Nee!“ Unsere Antworten wurden von „Radio Bremen“ weggelassen.

Anmerkung von Frank Kleinschmidt (parteilos, „Sozialer Lebensbund“)

Bald soll im Knast „wohnen“, wer keine Miete mehr zahlen kann

1. Jeder vierte Deutsche kann kein Geld sparen. Die Zahl derjenigen, die überhaupt nichts zur Seite legen können, stieg von 16 Prozent im Jahr 2010 über 17 Prozent im Jahr 2011 auf 25 Prozent im Jahr 2012 an. Im „Kurs-Magazin“ wird detailliert dargelegt, wie viel Prozent unregelmäßig sparen, ob mehr Männer oder Frauen keine Rücklagen bilden können und welche Unterschiede es auch im Sparverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland gibt. In Hessen sind die **Sparguthaben** am höchsten, am niedrigsten in Mecklenburg-Vorpommern. Warum ist das wohl so? Schließlich arbeitet dank der Hartz-Gesetze bereits jeder fünfte Beschäftigte in Deutschland für einen Niedriglohn oder muss vom Aufstocken, von Hartz IV oder einer viel zu mageren Rente vegetieren!

Während jeder Vierte überhaupt keine Rücklagen machen kann, noch nicht einmal zehn oder 15 Euro monatlich, steigen die Sparguthaben der Deutschen insgesamt weiter an und belegen so zum wiederholten Mal, wie sehr die Schere auseinanderdriftet! Jene, die mit äußerst bescheidenen finanziellen Mitteln ihr Dasein fristen müssen, dürfen sich fragen, wie sie eigentlich sparen sollen, wenn immer mehr Dinge schneller kaputt gehen, als sie irgendetwas ansparen könnten.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass etliche Posten des normalen Lebensbedarfs gar nicht genügend im Regelsatz der angeblichen Grundsicherung enthalten sind! Ständig muss der Versuch unternommen werden, das eine Loch mit

dem Geld für ein anderes zu stopfen, bis dann erneut umdisponiert werden muss, weil sich die Dringlichkeit verschoben hat. Wenn am Ende des Regelsatzes noch ganz viel Monat übrig ist, fühlt es sich mehr als trostlos an, dass es nicht einmal gelegentlich möglich ist, sich auch nur einen kleinen Wunsch zu erfüllen. Zur Katastrophe wird die Situation, wenn nichts mehr angeschafft werden kann, was doch dringend gebraucht wird.

2. Das geplante Mietänderungsgesetz der schwarz-gelben Bundesregierung beschneidet nicht nur einseitig Mieterrechte, sondern ist sozial ungerecht, verfassungswidrig und widerspricht allen rechtsstaatlichen Grundsätzen! Geplant ist, dass der Vermieter, wenn ein Mieter mit der Zahlung der Miete im Verzug ist, nun ab dem Zeitpunkt der Klageeinreichung gerichtlich verlangen kann, dass zur Sicherheit Geld in Höhe der offenen Forderung hinterlegt wird. Wenn der Mieter dazu nicht in der Lage ist, weil er das Geld nicht hat, muss er bei Zahlungsunfähigkeit in Ordnungshaft, also ins Gefängnis. Als ob das nicht schon schlimm genug wäre, muss, wer den vollen Betrag nicht hinterlegen kann, damit rechnen, per einstweiliger Verfügung aus seiner Wohnung „geräumt“ zu werden.

Selbst wenn sich im Verlauf des Rechtsstreits die **Räumungsklage** des Vermieters als unbegründet erweist und abgewiesen wird, hat der Mieter die *A-Karte*, weil seine Wohnung für ihn verloren ist. Hier werden die Vermieter zum Missbrauch des asozialen Gesetzes regelrecht eingeladen! Die Ärmsten der Armen sollen hier die Zeche zahlen, indem sie als erste geräumt und als erste bei Zahlungsunfähigkeit in den Knast gehen dürfen. ALG-II-Bezieher sind hier in erster Linie betroffen, weil sie als finanziell schlechter gestellte Beklagte vom verfassungsmäßig garantierten Rechtsweg abgeschnitten sind.

Eine derartige Regelung wie die einstweilige Verfügung zur Räumung der Wohnung gab es in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik noch nicht. Hier findet ein Rechtsbruch, eine Völkerrechtsverletzung statt, weil Deutschland 1973 den „Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ ratifiziert hat, in dessen Artikel 11 steht, dass niemand nur deswegen in Haft genommen werden darf, weil er nicht in der Lage ist, eine vertragliche Verpflichtung zu erfüllen. Offenbar steht das Gruselkabinett mit dem Grundgesetz und dem Völkerrecht auf Kriegsfuß, um seine Klientel zu bedienen!

3. Mir kriecht es eiskalt den Rücken hoch, wenn ich lese, dass Finanzminister Schäuble die Neuverschuldung schneller als bisher geplant zurückfahren will. Bereits 2014 soll der **Haushalt** der Bundesrepublik ohne neue Kredite auskommen. Wenn dann Politiker aus Opposition und Koalition trotzdem zu weiterer Sparsamkeit mahnen, kann ich mir schon lebhaft vorstellen, wo sie das zu tun gedenken: natürlich bei den Sozialausgaben. Das wurde zwar nicht ausgesprochen, doch entspricht es der neoliberalen Handschrift bei der ungenierten Umverteilung von unten nach oben! Ich vergesse bestimmt nicht, dass die Hartz-Gesetze von der CDU, SPD, FDP und den Grünen zusammen getragen wurden.

4. Allein in Chemnitz müssen sich pro Jahr mehrere Hundert Hartz-IV-Bezieher dem „Psychologischen Dienst“ der Arbeitsagentur vorstellen. Im Fall eines qualifizierungswilligen Chemnitzers hatte das fatale Folgen. Der 32-Jährige hatte sich seit Langem um eine Qualifizierung im Elektrobereich bemüht und schien nun am Ziel zu sein, weil er die Bedingung seiner Eingliederungsvereinbarung erfüllte, dass eine Weiterbildung in diesem Berufsfeld angestrebt werden soll, wenn er zuvor mit Erfolg und guten Leistungen eine mehrmonatige sogenannte Eignungsfeststellung absolviert habe. Von zwei Bildungsträgern bekam er bestätigt, dass er eine „sehr gute“ beziehungsweise „ausgezeichnete“ Eignung für den von ihm angestrebten Beruf des Mechatronikers habe.

Doch als er anschließend dem Jobcenter das Angebot einer Umschulung vorlegte und einen Bildungsgutschein beantragte, stieß er plötzlich auf eine merkwürdige Zurückhaltung. Obwohl dies in keiner Weise der Wahrheit entsprach, behauptete seine Vermittlerin jetzt, es gebe eine Vorschrift, wonach vor Umschulungen jeder Bewerber vom „Psychologischen Dienst“ der Agentur für Arbeit noch einmal gesondert auf seine Eignung zu überprüfen sei. Als er dort wie vereinbart erschien, wurden nicht nur seine Ausdauer und seine Motivation überprüft, sondern auch allgemeine Intelligenz- und Leistungstests vorgenommen.

Obwohl er seine fachliche Eignung mit höchst passablen Ergebnissen gerade wochenlang unter Beweis gestellt hatte, attestierte der begutachtende Psychologe der Agentur ihm nun plötzlich „massive Probleme im mathematischen Bereich“ und obendrein eine „psychische Behinderung“. Der *verarschte* Proband stellte verbittert fest, dass es keinen Sinn ergibt, sich anzustrengen und sich irgendwelchen Hoffnungen auf Förderung hinzugeben, weil die Sozialbehörde immer einen Weg findet, sich querzustellen. Er vermutet, dass es ihr vor allem darum ging, sich vor der Finanzierung der Umschulung zu drücken. Die Jobcenter-Sprecherin räumt finanzielle Gründe ein, spricht aber von Überprüfung der Wirtschaftlichkeit und des wahrscheinlichen Erfolges, weil Weiterbildungsmaßnahmen schließlich aus Steuergeldern finanziert würden.

Geht es noch scheinheiliger? Immerhin findet sie es unfair, den Leuten erst Hoffnung zu machen und sie dann so fallen zu lassen. Eine **Zwangspsychiatrisierung** ist gemeinhin nur aus diktatorischen Systemen bekannt! Mit diesem perfiden Vorgehen erreicht die Bundesagentur, dass die Betroffenen aus der Arbeitslosenstatistik fallen und mithilfe der Gutachten in den Bezug sogenannter Hilfe zum Lebensunterhalt übergeleitet werden. Das erspart der Arbeitsagentur Kosten, weil für diese Finanzierung allein die Kommunen aufkommen müssen! Wer gegen das Gutachten vorgehen will, muss dies über das Sozialgericht tun. Es lohnt sich bestimmt.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Mini-Fukushima in New York: Amerikanische Kraftwerke sind nicht hochwasserfest *(„Spiegel-Online“)*

Altersarmut – ein Armutszeugnis des Kapitalismus

Ich gehöre zu den sogenannten „Frührentnern“, die aus gesundheitlichen Gründen oder weil sie arbeitslos wurden, mit erheblichen Abstrichen von ihrer Rente leben müssen. Fast jeder zweite „Neurentner“ musste bereits 2010 vorzeitig Rente beantragen. Die Erwerbsminderungsrenten befinden sich im Sinkflug: Während sie im Jahr 2000 noch bei durchschnittlich 706 Euro lagen, bekommt heute ein(e) Frührentner(in) in Bremen nur noch 550 Euro im Monat.

Auch wer erst mit 67 in Rente gehen kann, auf den wartet oftmals eine Rente auf dem Niveau der sogenannten Grundsicherung oder noch darunter. Nach Berechnungen des Arbeitsministeriums trifft das für alle Beschäftigten zu, die weniger als 2.500 Euro brutto im Monat verdienen, also auf jede(n) dritte(n) Beschäftigte(n) – und selbst die müssen 35 Jahre lang dafür arbeiten!

„Die Rente ist sicher“ – diese Lebenslüge aus der Zeit von Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) zerplatzt an der kapitalistischen Wirklichkeit. Nicht zu ertragen ist die Heuchelei der „Großen Koalition“ aus CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen, die sich in angeblicher Sorge um das Problem der Altersarmut gegenseitig überbieten. Dabei sind sie es, die in den unterschiedlichen Regierungskoalitionen der letzten zehn Jahre dafür verantwortlich waren, denn mit den Hartz-Gesetzen wurden Niedriglöhne und Unterbeschäftigung gefördert, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze vernichtet und die Renten systematisch gekürzt.

1996 machte die gesetzliche Rente nach 45 Jahren Einzahlung 70 Prozent des letzten Bruttogehalts aus. Heute liegt die Durchschnittsrente nur noch bei 47 Prozent, und sie wird bis zum Jahr 2030 auf 40 Prozent sinken. Heute schon müssen Tausende Rentner in Bremen arbeiten, weil die Rente nicht mehr zum Leben reicht. Bremen ist inzwischen zum Bundesland mit dem höchsten Anteil an Minijobbern geworden.

Viele Rentner(innen) verzichten auf eine Aufstockung ihrer Minirente, weil sie es entwürdigend empfinden, „Grundsicherung“ zu beantragen. Nach einer Erhebung der Uni Frankfurt hat mindestens die doppelte Anzahl einen entsprechenden Rechtsanspruch, den sie nicht wahrnehmen. Sie schämen sich, weil sie trotz lebenslanger Arbeit nur eine Rente haben, die nicht zum Leben reicht, oder weil sie fürchten, dass ihre Kinder zwangsweise zu Unterhaltszahlungen verpflichtet werden.

Der VDK stellt in seiner neuen Rentenstudie fest, dass Deutschland beim Rentenniveau im unteren Drittel von 34 vergleichbaren OECD- Staaten liegt und

bei der Höhe des Rentenniveaus von Geringverdienern sogar das Schlusslicht bildet. Aber durch eine Politik der Umverteilung zugunsten der Reichen geht es nicht allen so: Sorglos alt werden können nämlich die Vorstände der 30 Dax- Konzerne. Für sie wurden in diesem Jahr mehr als 637 Millionen Euro für den Ruhestand zurückgelegt. Spitzenrentner ist Daimler-Boss Zetsche mit einem Pensionsanspruch von insgesamt 29,6 Millionen Euro.

Dabei könnten die Beiträge für alle Sozialversicherungen vollständig durch eine umsatzbezogene Sozialsteuer von circa sechs Prozent durch die Unternehmen finanziert werden! Das wäre aufgrund der Produktivitätssteigerung in der Industrie von 1991 (113.133 Euro pro Beschäftigtem und Jahr) bis 2010 (295.276 Euro) rechnerisch leicht möglich. Gegen die zunehmende Verarmung müssen deutlich höhere Löhne und Gehälter und eine Mindestrente in Höhe des Existenzminimums durchgesetzt werden. Die Rente mit 67 und die Hartz-Gesetze müssen zu Fall gebracht werden!

Harald Braun

Steinbrücks Offenlegung seiner Rednerhonorare ist löblich: Aber es sind Schmiergelder der Finanzwirtschaft *(„Nachdenkseiten“)*

Am **5. November 2012** findet die **Bremer Montagsdemo** wegen des Freimarkts auf dem **Hanseatenhof** statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

399. Bremer Montagsdemo am 05. 11. 2012

Ist als behindert einzustufen, wer keinen Arbeitsplatz abbekommt?

1. Seine **Nebeneinkünfte** sorgten für heftige Debatten, seit Peer Steinbrück seine Vortragshonorare offengelegt hat: Erst war „nur“ die Rede von einem Gesamthonorar von 1,25 Millionen Euro, das der designierte SPD-Kanzlerkandidat für seine zwischen 2009 und 2012 gehaltenen Vorträge bekommen haben soll. Nun kommen weitere Nebeneinkünfte ans Licht: Er soll außerdem zwei Buchhonorare in sechsstelliger Höhe bekommen und insgesamt rund zwei Millionen Euro verdient haben. Das Geld bekam er augenscheinlich, aber hat er es wirklich verdient? Was an seinen Reden, Vorträgen, Aussagen, Thesen ist denn als so außerordentlich zu bewerten, dass es nahezu Gold wert ist? Was sagt er so Brillantes, Geistreiches, womit er aus der Masse heraussticht? Das interessiert mich wirklich, würde ich gern mal wissen!

Jetzt ist auch noch zu lesen, dass Steinbrück ausgerechnet von den Stadtwerken der in massiven Finanznöten steckenden, aber SPD-regierten Stadt Bochum ein Rednerhonorar von 25.000 Euro ausgezahlt bekam. Verfügt ein designierter Kanzlerkandidat wirklich über so viel Freizeit, seine Rede selbst schreiben zu können? Ach, das ist hier eigentlich nebensächlich, denn schon wieder taucht die Frage auf, was genau da eigentlich so unglaublich hoch dotiert wird und ob er tatsächlich eine adäquate Gegenleistung erbracht hat. Auch wenn vor knapp einem Monat von Steinbrück zu hören war, er sei kein „Knecht des Kapitals“ und weise eine zu große Nähe zur Finanzindustrie scharf zurück, kommt schon die Frage auf, ob hier nicht irgendwelche Lobbyistenschiebereien im Gange sind. Steht das Kürzel BRD nun etwa für Bananen-Republik Deutschland?

2. In einem Interview der „Tageszeitung“ spricht Prof. Dr. jur. Helga Spindler über die Pläne des „Paritätischen Wohlfahrtsverbandes“ für **Langzeiterwerbslose** und „sinnvolle“ Arbeitsmarktkonzepte. Seit im letzten Jahr die Gelder für Ein-Euro-Jobs massiv gekürzt wurden, legten der „Paritätische“ und der FDP-Abgeordnete

Pascal Kober ein Konzept vor, wonach sie auf dem zweiten Arbeitsmarkt mit bis zu 200.000 zusätzlichen Stellen „für“ Langzeiterwerbslose scheinbar wieder Boden für die Arbeitslosenindustrie zurückzugewinnen versuchen. Offenbar meinen die Verbände für ihre Mitglieder neue Finanzierungsmöglichkeiten erschließen zu müssen. Bisher gibt es nur vage Vorstellungen, die nicht so aussehen, als ob sie im Sinne der Langzeiterwerbslosen gestrickt worden wären.

Da soll es Finanzierungsmittel für einen „Lohn“ von 1.100 Euro für Lebensunterhalt, Wohnkosten, Kranken- und Pflegeversicherung des Arbeitslosen geben. Der Arbeitgeber müsse sich als eigentlicher Nutznießer lediglich mit 220 Euro daran ein kleines bisschen beteiligen. Es scheint noch nicht einmal klar zu sein, ob davon netto mehr als der Regelsatz übrig bleibt, obwohl der „Paritätische“ im Gegensatz zum FDP-Vertreter „eigentlich“ eine Bezahlung nach Tarif wolle. Hier könnte uneigentlich ein gigantischer Niedriglohnsektor geschaffen werden, zumal in nicht gemeinnützige Firmen in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden soll: Das bisherige Kriterium der Zusätzlichkeit und das Gebot, keine regulären Stellen zu ersetzen, würden einfach abgeschafft.

In diese Jobs sollen Erwerbslose gezwungen, äh: vermittelt werden, die sich „aufgrund von Handicaps beim Ein- oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt schwertun“. Für diese Form der Ausbeutungsmöglichkeit soll wohl ein Menschenbild geschaffen werden, wonach nicht etwa zu wenig anständig bezahlte Arbeitsplätze vorhanden sind, sondern Menschen langzeiterwerbslos würden, weil sie unter einer Art sozialer Behinderung litten. Dazu zählt bestimmt auch ihr Alter, das aber keineswegs länger als Hindernis betrachtet werden muss, wenn damit in den zweiten Arbeitsmarkt gepresst und ein Zuschuss vom Staat abgegriffen werden kann! Echte Schwerbehinderte können sich bisher ihren Arbeitsplatz frei wählen und haben einen Anspruch auf leistungsgerechte Bezahlung.

Das soll als behindert klassifizierten Erwerbslosen offenbar abgesprochen werden, um sie als billige Arbeitskraft ausgenutzen zu können. Ich empfinde es als bodenlose Frechheit, wenn Menschen als behindert eingestuft werden, weil sie keinen Arbeitsplatz abbekommen! Es läuft hier doch wie bei dem Bewegungsspiel für Kinder, der „Reise nach Jerusalem“, nur dass hier nicht immer mit nur einem Stuhl weniger gespielt wird, als Mitspieler vorhanden sind, sondern dass bei weitem weniger reale und sozialversicherungspflichtige Arbeitsangebote existieren als Bewerber. Wer keinen Stuhl mehr erwischt, scheidet aus und muss bei den nächsten Runden zuschauen – und der Erwerbslose, der bei der Arbeitsvermittlung leer ausgeht, darf ungestraft zum rechtlosen Behinderten abgestempelt werden?

Es ist eine Unverschämtheit, von einer „Chance für Erwerbslose“ zu sprechen und sie dabei gegen ihren Willen, gegen jeden Nutzen in Form einer angemessenen Bezahlung für sie, auf einen nicht *für*, sondern *gegen* sie geschaffenen zweiten Arbeitsmarkt zu zwingen, der nur den Beschäftigungsträgern dient! Natürlich wird so auch die Arbeitslosenstatistik euphemistisch schön rosa gefärbt, weil dahin Gezwungene dort nicht mehr auftauchen, obwohl sie nicht wie andere Arbeit-

nehmer von ihrer Hände Arbeit leben, sondern nach wie vor nur vegetieren können – und das auch noch dauerhaft. Die Sozialrechtlerin Helga Spindler fordert, dass parallel zu allen Bereichen, die der zweite Arbeitsmarkt ständig bedient, systematisch eine reguläre Dauerbeschäftigung aufgebaut werden müsse.

Das wäre mit einem Quotensystem möglich, wenn etwa von den 80 Prozent des Garten- und Landschaftsbaus, die ein Beschäftigungsträger von einer Stadt übernommen habe, mit der Zeit eine Quote von 30 Prozent erreicht werden sollte. Meiner Meinung nach geht es ausschließlich darum, mit dem sogenannten zweiten Arbeitsmarkt plus der zu rechtlosen Behinderten abgestempelten Langzeiterwerbslosen systematisch und sehr effektiv ein ungeheures Lohndumping in die Wege zu leiten, das seinesgleichen sucht! Den gleichen menschenverachtenden Müll wollte uns Uwe Mühlmeyer bereits während der Podiumsdiskussion „Die Unmenschlichkeitskatastrophe“ und etwas später in einem Artikel der „Tageszeitung“ als „neues“ Erfolgsmodell für Langzeitarbeitslose in Bremen verkaufen.

3. Die Bundeskanzlerin mit dem roten Jackett gähnt auf dem Foto zu einem Bericht in der „Welt“: Ob sie etwa reformmüde ist? Dabei dürfe sich Deutschland nicht auf seinen Reformen ausruhen, um deren „Erfolge“ es doch von der halben Welt beneidet werde. Während die Arbeitslosenquote im Euro-Raum bei über elf Prozent liegt, in Spanien gar bei fast 26, wurde sie in Deutschland auf saloppe 6,9 Prozent herunter retuschiert. Kein Wunder, dass nun auch Milch und Honig fließen und diese frohe Botschaft die Regierung beglückt: Bis 2017 sollen die Einnahmen des Staates durch weitere Kürzungen im Sozialbereich um gut 100 Milliarden Euro steigen.

Die Gründe für diesen üppigen Goldregen sind leicht auszumachen, sie liegen in der Agenda 2010 und den Hartz-Reformen, bei denen auch die Reformen im Gesundheitsbereich mit ihren Knapsereien entstanden. Gerhard Schröder hatte sie aus dem Lissabonner Vertrag abgekupfert. Mit ihrer Hilfe schubste er Deutschland vom Gipfel ausreichender Löhne in ein Billiglohnland für viele herunter, zauberte einen unermesslichen **Niedriglohnsektor** aus dem Hut, entrechtete die Erwerbslosen, befreite die Arbeitslosenstatistik von immer mehr Gruppen Erwerbsloser, indem er sie einfach nicht mehr mitzählte, und kappte auch die Renten. Merkwürdig sei nur, dass es die Sozialdemokraten noch immer nicht wagten, sich mit dem Abbau, äh: Umbau des Sozialsystems zu brüsten.

Vielleicht besinnt sich der eine oder andere darauf, dass die Sozialdemokraten ursprünglich mal die „kleinen Leute“ vertraten und für soziale Gerechtigkeit einstanden. Bei der Umverteilung von unten nach oben ist nichts Erwähnenswertes mehr übrig geblieben. Eine richtige Aussage habe ich in dem Artikel aber doch gefunden, auch wenn dort ihr Gegenteil gemeint wird: dass „an Hartz denken“ bei den meisten Genossen „vertuschen lernen“ heiße! Die Bundesrepublik stehe gar nicht übel da, auch wenn den wohligen Monaten bald miese Jahre folgen könnten. Noch weitere Reformen stünden an, um in den nächsten Jahrzehnten den

Wohlstand zu halten, welchen die Gesellschaft der oberen Zehntausend heute genießt. Eigentlich sei eine „Rundumsanierung“ nötig, damit langfristig die öffentlichen Kassen durch weiteren Abbau des Sozialstaates entlastet und den betuchten Bürgern mehr Anteile ihres Bruttogehaltes verschafft, sprich: die Steuern gesenkt werden können.

Zwei Reformen wären in dieser Legislaturperiode allerdings noch möglich: der Abbau der Bürokratie und die Verabschiedung eines Einwanderungsgesetzes. Auf lästige Arbeitnehmerrechte könnte zur Profitmaximierung der Unternehmen verzichtet werden. Dringend sollten wir einer „nüchternen“ Einwanderungspolitik Tür und Tor öffnen, um junge, arbeitswillige Menschen in Europa, Asien und Südamerika gezielt anzuwerben, weil hiesige, vorhandene Arbeitskräfte allen Ernstes ganz dreist nach Tarif bezahlt werden wollen und auf alten, aber neoliberal überholten Arbeitnehmerrechten bestehen. Ein solches Gesetz wird in den nächsten Monaten genauso wenig kommen wie ein Sommereinbruch im November, und das ist auch gut so. Natürlich steht dieser Artikel keinesfalls so in der „Welt“, wie ich ihn hier interpretiert, übersetzt und nicht nur meiner subjektiven Wahrheit nähergebracht habe. Wer wissen will, wie der eigentliche Wortlaut ist, möge dem Link folgen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend)

Widerstandspflastanie gegen „Stuttgart 21“

Die „Stuttgart-21“-Befürworter sind perverse Baumschänder!

Nur sehr emotional sprechen kann ich über die anstehenden Baumfällmaßnahmen im Naturdenkmal Rosensteinpark. Dort, im größten englischen Landschaftspark Südwestdeutschlands, sollen große Teile des Baumbestands für das Betrugsprojekt „Stuttgart 21“ geopfert werden, obwohl schon lange der Kostendeckel von 4,56 Milliarden Euro überschritten ist. Dazu kommen noch die nicht genehmigten Planungen für den Flughafenbahnhof und die miserablen Brandschutzmaßnahmen im Kellerbahnhof.

Für die geschützte Tierwelt werden die Rodungsmaßnahmen große Schäden anrichten. Durch das Abpumpen werden der Grundwasserhaushalt und die Parkflora auch im angrenzenden Tierpark Wilhelma gestört. Dort gefährden die Tunnelbaumaßnahmen zudem das Affenhaus. Der Rosensteinpark droht seinen Status als Naturdenkmal zu verlieren und nur noch als städtische Grünanlage geführt zu werden. Vollends in Rage bringt mich die Schändung der jungen *Widerstandspflastanie*, die erst am 27. Juli 2012 im Alter von vier Monaten gepflanzt wurde. Die „Stuttgart-21“-Befürworter sind perverse Baumschänder!

Gernot-Peter Schulz („Freie Bürger Deutschland“)

Dem Staat zeigen, wie er die Menschenwürde schützen kann?

Ralph Boes schreibt am vierten Tag seines Hungerstreiks gegen das Hartz-IV-Sanktionsunrecht: „In unserer Welt sind die ‚Hilfebedürftigen' nicht Kranke oder Schwache, sondern gesunde Freigestellte! Sie sind durch die allgemeinen Rationalisierungsmaßnahmen, durch die Maschinenarbeit protegierenden Steuergesetze und so weiter aus der Arbeit freigestellt. Sie werden aber durch die Hartz-IV-Maßnahmen genau in den Arbeitsmarkt, der sie entlassen hat, zurückgepresst. Da sollen sie dann Sklavendienste leisten. Der wahre Hilfsbedürftige heute ist der Staat. Man muss ihm zeigen, wie er die Menschenwürde wieder schützen und mit dem Problem der Rationalisierung positiv zurechtkommen kann."

Nein, Ralph Boes, es geht keinesfalls nur um Maschinenarbeit, es geht um die Lohnarbeit insgesamt. Ein großer Teil der Produktionskosten sind Lohnkosten. Diese sind für die Reproduktion der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gedacht. Um die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, versuchen alle Unternehmer, zuerst die Lohnkosten zu drücken, und zwar einschließlich der sogenannten Lohnnebenkosten, die aber ebenfalls ein Teil der Lohnkosten sind, auch wenn die Arbeitgeber sie als Arbeitgeberanteil bezeichnen. Denn wer verdient denn alle Kosten und Profite? Es sind die Arbeitnehmer(innen), egal ob in der Produktion oder in der Dienstleistung!

Klappt das mit der Absenkung der Lohnkosten nicht, folgt die Rationalisierung, aber eben nicht nur durch Maschinen, sondern auch durch Stellenabbau in Form von Freistellungen oder Entlassungen. Die verbliebenen Mitarbeiter werden oft zur kostenlosen Mehrarbeit genötigt. Reicht alles nicht mehr aus und unterschreiten die Dividenden einen bestimmten Prozentsatz, wird Konkurs angemeldet, und alle Arbeitnehmer(innen) werden entlassen – trotz vorhandener Maschinen, denn es gibt immer noch Schnellere und noch Bessere.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Koalitionsgipfel beschließt Wahlgeschenke: Praxisgebühr kippt vor der Niedersachsenwahl, Herdprämie kommt vor der Bayernwahl *(„Tageszeitung")*

Die Öl- und Kohleverbrennung muss gestoppt werden!

Wie es sein muss und was noch geht, meinen diese Finanzbürokraten in Berlin immer noch als richtig zu bestimmen – wobei das Klima schon jetzt einen Wendepunkt erreicht hat. Diese Schlaumeier meinen tatsächlich, mit ihrer neoliberalen FDP-Politik global alle aufzufordern, Kohlendioxid mit Harnstoff einzufangen. Leb jetzt und sack alles ein, das ist heute der Trend in Umweltfragen. Niemals heißt es: „Die Politik und Ideologie kann im Notfall alles retten“. Also ist bald Schluss mit dem „Erst komme ich, und jetzt herrscht Wohlstand“, gerade bei den größten Klimafressern auf der Welt.

Die Wahrheit mit dem Klima ist doch schon für alle in der Glotze sichtbar. Gestern kam wieder ein Vortrag eines Experten, der jeden Tag im Fernsehen ist, nämlich Doktor Gunther Tiersch. Der Mann ist wie ein Prophet, er glaubt tatsächlich, mit seinen Vorträgen diese geistesverwirrten Weltpolitiker zu überzeugen. Das ist gut gemeint, aber diese Finanzdiktatoren suchen immer nur ihre Zahlen des Gewinns und werden nie ihren Ölprofit aufgeben, denn der ist am größten und soll es nach deren Vorstellungen auch bleiben, bis der letzte Tropfen verbrannt ist. Ein Mitt Romney aus den USA würde ja auch auf keinen Fall Dallas aufgeben.

Mir wurde bei diesen Vortrag von Gunther Tiersch wieder ganz klar, dass die Welt am Abgrund steht und dass nur mit politischer Ideologie und einer Konzentration von politischen Pflichten das Ruder der Zukunft noch rumzureißen ist. Wir sehen zwar, dass es Ökostromtechnik gibt, aber diese hat global ohne die Politik keine Macht. Gerade in den armen Ländern wird Öl unverzichtbar fürs Überleben. Die Welt braucht einheitliches Denken und Tun, also den Sozialismus, mit dem einen Ziel, die Öl- und Kohleverbrennung in minimaler Zeit zu stoppen und zu verbieten. Es muss enteignet werden, was privatisiert nie zu erreichen ist. Wird das Klima in der politischen Wohnung vergiftet, ist der Mensch bald tot.

Zuschrift von Günni, dem „Mann mit dem großen Hut“

Piesepampel liebt seine Frau: Da hören sich die Nachrichten vom Fortbestand von Guantánamo doch gleich freundlicher an *(„Stern“)*

Arbeiterkämpfe sollen kriminalisiert werden: Wer sind die Randalierer auf dem Kölner Ford-Gelände? *(„Rote Fahne News“)*

Bis **Weihnachten** findet die **Bremer Montagsdemo** zur gewohnten Zeit auf dem **Hanseatenhof** statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

400. Bremer Montagsdemo am 12. 11. 2012

Wie Kinder abgehängt und Fachkräfte „ermangelt“ werden

1. Die Hartz-IV-Bezieherin Diana H. aus Halle wurde im September vergangenen Jahres schwanger. Doch verstarb ihr Kind bereits in der 19. Schwangerschaftswoche, im Januar dieses Jahres. Frau H. verständigte daraufhin in einem Brief das Jobcenter darüber und bat darum, die bewilligten Leistungen zurückzuhalten. Obwohl ihr das Jobcenter Anfang Februar bestätigte, es werde das Geld für eine **Babyerstausstattung** in Höhe von 400 Euro nicht auszahlen, erhielt Diana H. zwei Monate später die Rückzahlungsforderung für ein angeblich vom Jobcenter ausgezahltes Darlehen für eben jene Erstausstattung des Babys und für Schwangerenkleidung in Höhe von 4.000 Euro – plus 20,25 Euro Mahngebühr!

Vor einigen Tagen bekam Diana H. erneut Post und las, dass die Behörde demnächst 15 Euro vom Regelsatz einbehalten wolle. Ihr Lebensgefährte Mario F. erzählt, er habe bereits im Frühjahr beim Jobcenter angerufen und auch einen Brief abgegeben, um den Sachverhalt richtigzustellen. Der 27-Jährige spricht für seine Freundin, die durch das Jobcenter immer wieder schmerzlich an die Geburt ihres toten Kindes erinnert wird. Glücklicherweise erwartet das Paar in den nächsten Tagen nun erneut ein Kind – in wenigen Tagen ist Geburtstermin. Mario F. befürchtete jedoch, dass seine Freundin ihr Kind wieder verlieren könnte.

Er sprach daher mit Vollmacht, aber ohne Termin bei der offenbar zu enormer Empathie fähigen Sachbearbeiterin von Diana H. mit der Bitte vor, sich noch mal alles anzusehen. Allerdings wurde er nur rausgeworfen! Das Jobcenter entschuldigte sich zwar für seine völlig überhöhten und dazu absolut unberechtigten Forderungen, doch finde ich, dass sich solch eine herzlose, grausame, unmenschliche Behandlung, die der Mutter eines tot geborenen Kindes zugemutet wurde, kaum überbieten lässt. Ob das politisch so gewollt ist, erwogen wird? Schließlich

sollen ja nur die „richtigen“, die erwünschten Eltern mit Arbeit das Kindergeld, das Erziehungsgeld und demnächst auch die Herdprämie behalten dürfen. Die Kinder von Hartz-IV-Beziehern haben dieses Geld offenbar nicht verdient.

2. Offenbar saniert die Stadt Wuppertal ihren Haushalt zulasten armer Kinder: Zwischen 2012 und 2021 sollen durch die Streichung der **Lernmittelbefreiung** bei finanziell benachteiligten Kindern 900.000 Euro – also 90.000 Euro pro Jahr – zur Haushaltssanierung abgezweigt werden! Wie in vielen anderen Städten sollen die „nicht abgerufenen“ Leistungen in Höhe von 1,5 Millionen Euro, die für Bildung und angebliche Teilhabe gedacht waren, in den klammen Haushalt einfließen. Zu Beginn des Schuljahres 2012/2013 wurde die Möglichkeit der Befreiung der Schulkinder vom Eigenanteil zu den Lernmitteln aufgehoben, was natürlich wieder besonders jene Familien betrifft, die auf Transferleistungen des Staates angewiesen sind.

Natürlich reicht ein Betrag von 100 Euro keinesfalls aus, um den Bedarf vom Füller über Zeichenblock, Malfarbe und Schulranzen bis hin zur Bekleidung für den Schulsport sicherzustellen. Der Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein „Tacheles“ kritisiert schon seit 2011 die restriktive Bewilligung von Leistungen und die ungenügende Informationspolitik beim „Bildungs- und Teilhabepaket“. Hinter vorgehaltener Hand sollen Mitarbeiter(innen) bei Aufklärung, Hilfestellung und Bewilligung der Leistung zur Zurückhaltung aufgefordert worden sein. Dabei ist diese Art der Haushaltskonsolidierung nicht nur in Bezug auf vergebene Chancen im Bildungsbereich kurzsichtig, sondern wirkt sich auch verheerend auf die Zukunft aus. Die Kinder aus dem abgehängten Prekariat sollen wohl auf Dauer abgehängt bleiben!

3. Der Sozialpolitiker der Grünen, Rolf Klinkel, erhebt schwere Vorwürfe gegen das Jobcenter Lübeck. Klinkel benennt zwei konkrete Fälle, in denen die Hartz-IV-Behörde **Schulden** bei Kindern eintreiben wollte. So sei der achtjährige Julian in dem Mahnschreiben aufgefordert worden, innerhalb einer Woche 2.163 Euro an das Jobcenter zu zahlen. Die Behörde habe am 1. November 75 Euro von der Unterstützungsleistung des Schülers einbehalten. Die Kürzungen sollen ein halbes Jahr anhalten. Natürlich werden Mutter und Kind mit solcherart Schreiben in Angst und Schrecken versetzt, weil sie doch existenziell von jedem einzelnen Cent des mageren, viel zu geringen Regelsatzes abhängig sind!

Weiterhin habe das Jobcenter auch ein zehnjähriges Mädchen mit monatlich zehn Euro zur Kasse gebeten, nachdem die Mutter für die Zustimmung bei einem Vergleich vor Gericht erheblich unter Druck gesetzt worden sei. Nach Klinkels Einschätzung sind die Fälle nur die Spitze eines Eisberges. Selbstverständlich ist es verboten, bei Kindern Schulden einzutreiben. Das gilt zumindest auf dem Papier natürlich auch für das Mob-, Flop- oder (No-)Job-Center! Dessen Geschäftsführerin allerdings spricht natürlich von „Einzelfällen“, „technischen Pannen“ und davon, dass von der Mutter zu viel gezahlte Leistungen zurückgefordert

werden dürften. Klinkel bleibt bei seiner Kritik, dass das Jobcenter die Leistungen der Kinder nicht antasten dürfe. Dies wird durch ein Urteil des Bundessozialgerichtes bestätigt, demzufolge bei Kindern wegen eines Haftungsausschlusses nichts „geholt“ werden dürfe (Aktenzeichen B14 AS 153/10 R).

4. Der „**Fachkräftemangel**“ in Deutschland ist ein Mythos: Viele erwerbslose Chemiker oder Ingenieure merken bei ihren unzähligen Bewerbungen nichts davon, dass sie „händeringend“ gesucht würden. Bundesweit reagieren viele Unternehmen erst gar nicht auf die Bewerbungsschreiben oder verschicken nur lapidare Standardabsagen an arbeitslose Ingenieure, die inzwischen auf Hartz-IV-Niveau vegetieren müssen. Der propagierte „Fachkräftemangel“, wonach 100.000 Ingenieure fehlen, kostet die Wirtschaft angeblich Milliarden. Auf das Geschrei ihrer Vertreter reagiert die Bundesregierung damit, dass sie ausländische Fachkräfte aus China oder Indien ins Land holen will. Deswegen hat sie die Zuwanderungshürden gesenkt.

Wissenschaftler halten hingegen den „Fachkräftemangel“ gerade bei Ingenieuren für eine Fata Morgana, weil weder die Löhne gestiegen noch weniger Studenten eingeschrieben sind. Die Absolventen spürten schon jetzt den knallharten Konkurrenzkampf um eine feste Stelle. Es ist die Rede von 80.500 offenen Ingenieurstellen: Die bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Stellen werden einfach mit dem Faktor fünf „hochgerechnet“, weil Unternehmen angeblich nur jede fünfte Stelle melden. Dieser Faktor wurde auch schon mit 7,14 beziffert.

Experten sehen noch einen methodischen Fehler in der Annahme, dass frei werdende Stellen nur durch Arbeitslose besetzt würden. Tatsächlich kann es sich auch um Personen handeln, die von einem Betrieb in den anderen wechseln, weil ihre Zeitarbeitsverträge auslaufen, weil der andere Betrieb Beschäftigung ausbaut oder weil frei werdende Stellen vom Nachwuchs aus der Universität besetzt werden. Wenn dieser Kreis überhaupt nicht berücksichtigt wird, entsteht immer eine Lücke. Der angebliche „Fachkräftemangel“ nutzt den Arbeitgebern, weil bei einem größeren Angebot an Arbeitskräften geringere Löhne gezahlt werden können, was sich zum Verrat an der eigenen Bevölkerung auswächst.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Mehr Lehrer statt mehr Leistungsdruck: 1.000 Schüler(innen) demonstrieren in Bremen gegen den Bildungskahlschlag *(„Radio Bremen“)*

Grüne auf schwarzem Kurs: Katrin die ach so Mildtätige hat einst Hartz IV in ihrer Fraktion durchgepeitscht *(„Nachdenkseiten“)*

Seit Anfang November im Hungerstreik: Ralph Boes will Hartz-IV-Sanktionsunrecht per Verfassungsbeschwerde stoppen *(„Neues Deutschland“)*

Die kleinen Wahlgeschenke der Regierung

Nach dem Motto „für jeden Wähler ein kleines Bonbon“ haben die Spitzenpolitiker der Berliner Regierung letzte Woche ein kleines Paket an Wahlgeschenken geschnürt. CDU, CSU und FDP dürfen Wohltaten verteilen. Wie das zustande kam, gleicht einem Kuhhandel und Geschacher um Positionen, die vorher medienwirksam „vollkommen ausgeschlossen“ waren. Die Streichung der unsäglichen Praxisgebühr von zehn Euro ist längst überfällig. Sie war als Teil der Agenda 2010 im Jahr 2004 von der rot-grünen Bundesregierung eingeführt worden. Ihre Streichung ist kein Zeichen für einen sozialen Wandel bei Merkel und Konsorten, sondern ein Zugeständnis an den wachsenden Unmut und die Proteste gegen die immer höheren Eigenbeteiligungen und Zuzahlungen im Gesundheitswesen, die vor allem die Masse der Rentner und Geringverdiener treffen.

Die Montagsdemobewegung hatte sich in den letzten acht Jahren ständig für die Abschaffung der Praxisgebühr eingesetzt, denn dadurch wurden zusätzlich zu den Krankenkassenbeiträgen jährlich 2,1 Milliarden Euro von der Bevölkerung abkassiert. Wir können davon ausgehen, dass spätestens nach der Bundestagswahl weitere Leistungseinschränkungen oder neue Zusatzbeiträge der Krankenkassen mit dem Wegfall der Praxisgebühr begründet werden, denn gleichzeitig wurde beschlossen, den Bundeszuschuss an das Gesundheitswesen weiter zu kürzen: 2013 um 500 Millionen und 2014 um zwei Milliarden Euro. Das sind nach der Wahl unter dem Strich rund vier Milliarden Euro weniger im Gesundheitswesen. Wer die dann wohl wieder bezahlen soll?

Noch rechtzeitig vor der Landtagswahl in Bayern und der Bundestagswahl soll das seit Jahren heftig umstrittene „Betreuungsgeld“ eingeführt werden. Zunächst sollen Eltern 100 Euro im Monat (150 Euro ab 2014) für jeden Ein- oder Zweijährigen erhalten, der zuhause statt in einer Kita betreut wird. Zweifellos sollen mit der rückschrittlichen Herdprämie die fehlenden 260.000 Kita-Plätze kaschiert werden, auf die in Kürze ein gesetzlicher Anspruch der Eltern besteht. Das plötzliche gemeinsame Einschwenken auf das reaktionäre Betreuungsgeld ist vor allem ein Zugeständnis an die CSU, die mit dieser reaktionären Maßnahme als „Gralshüter konservativer Werte“ den Anteil des rückschrittlichen Wählerpotenzials nicht vergraulen will.

Von vielen Seiten kommt massive Kritik an dieser Frauen- und Familienpolitik. Nach einer aktuellen Umfrage des „ARD-Deutschlandtrends“ lehnen 69 Prozent der Bevölkerung das Betreuungsgeld völlig zu Recht ab. Verschiedene Organisa-

tionen protestieren. Ornella Gounon vom Vorstand des „Frauenverbands Courage“ sagt: „Ich bin der Meinung, dass es ein Rückschritt für die Emanzipation ist, wenn den Frauen, die jahrelang dafür gekämpft haben, im Beruf einen Platz zu haben, das wieder erschwert wird. Auch die Kinder sind Leidtragende, weil ihnen soziale Kontakte weggenommen werden.“

Besonders bangen die Regierungsparteien offensichtlich um die 20 Millionen Wählerstimmen der Rentner. Allerdings ist die jetzt aus dem Hut gezauberte „Lebensleistungsrente“ der blanke Hohn: Demnach sollen Renten, die unter der Grundsicherung von 688 Euro liegen, um etwa zehn bis 15 Euro aufgestockt werden. Diese gigantische „Aufstockung“ erhält nur, wer mindesten 40 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat und eine private Zusatzvorsorge vorzeigen kann. Mit dem wohlklingenden Titel „Lebensleistungsrente“ und der mickrigen Aufstockung drückt die Regierung ganz ungeschminkt aus, wie wenig ihr die „Lebensleistung“ ihrer Bürger(innen) wert ist! Darüber freuen sich natürlich viele.

Die etablierten Parteien bangen nicht nur um ihre Wählerstimmen – sie fürchten auch, dass sich der Stimmungsumschwung gegen ihre Politik zu einem breiten Widerstand entwickelt. Für **Mittwoch**, den **14. November 2012**, wird in Europa erstmals ein länderübergreifender **Generalstreik** vorbereitet. Die Initiative dazu kam von portugiesischen Gewerkschaftern und verbreitet sich seitdem rasant in ganz Europa. Bis jetzt gibt es Streikaufrufe in Portugal, Spanien, Zypern, Griechenland, Malta, Belgien und Italien. Auch in Deutschland sind zahlreiche Initiativen entstanden, um diesen Tag europaweit und kämpferisch zu begehen. In **Bremen** ruft ein breites Bündnis auf zur Solidarität mit den Streikenden und zum **Widerstand gegen Lohn- und Sozialabbau** in Deutschland. Die Montagsdemo wird sich natürlich beteiligen! Um **17:30 Uhr** beginnt eine **Kundgebung** auf dem **Marktplatz**, anschließend führt eine Demonstration zur Abschlusskundgebung um 19 Uhr vor dem DGB-Haus. Dort gibt es ab 19:30 Uhr Kultur und internationale Berichte.

Harald Braun

Eine weltweite Wirtschaftsdiktatur, in der kaum jemand die wahren Zusammenhänge sieht

Heute feiert die Bremer Montagsdemo Jubiläum: Sie findet zum 400. Mal statt. Ich möchte deshalb ihren Mitgliedern und Mitgestaltern gratulieren für alle ihre Aktivitäten, ihren Mut und ihr Durchhaltevermögen! Einige sind schon seit jenem 16. August 2004 dabei, als die erste spektakuläre Bremer Montagsdemo statt-

fand. Damals hatten circa 350 Menschen aus verschiedenen solidarischen Aktionsgruppen daran teilgenommen. Dazu gab es eine Gegendemo und Polizeischutz. Anlass war Kanzler Schröders Agenda 2010 und die Ideen eines Peter Hartz, nach dem die berüchtigten Gesetze benannt wurden, die nicht nur in Bremen noch immer ein brisantes Thema geblieben sind.

Seitdem fand die Bremer Montagsdemo allwöchentlich statt, außer an Feiertagen, ohne Unterbrechung und bei jedem Wetter, heute zum 400. Mal. Sie dauert jeweils etwa anderthalb Stunden. Das sind 600 Stunden Protestaktionen und Redebeiträge voller geballter Informationen, auch zum Nachlesen, chronologisch abgelegt auf der Homepage. Die 320. war die größte Bremer Montagsdemo, drei Tage nachdem die Katastrophe von Fukushima am 11. März 2011 bekannt wurde. Es beteiligten sich damals über 6.000 Menschen auf dem Bremer Marktplatz.

Ich selbst habe hier meinen ersten Redebeitrag am 2. Mai 2011 gehalten, also kurz nach dem GAU von Fukushima und dem 25. Jahrestag der Atomkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986. Es hatte auch mir gereicht, was ich bisher gesehen und gehört hatte von Atomstromern und Chemieriesen, von Politik und Wirtschaft, von Banken und Versicherungen, von Advokaten, Werbefritzen und anderen Volksverdummern. Es hatte mir gereicht zu sehen, wie jeden Tag auf der ganzen Welt Menschen belogen, betrogen, missachtet, und missbraucht werden bis zur Katastrophe – hier in unserer deutschen und europäischen Demokratie genauso wie im asiatischen Wirtschaftsraum oder im nordamerikanischen Imperialismus.

Ich möchte hier noch nicht einmal über Unmenschlichkeiten in Militärdiktaturen und Massenmorde in Kriegen reden, sondern nur auf die ganz „legalen“ Methoden unserer weltweit vernetzten Banken und Wirtschaftssysteme aufmerksam machen. Hinter diesen Systemen stecken Menschen mit Namen. Es sind nur sehr wenige, die bei allem, was auf der Welt geschieht, riesige Geschäfte machen. Es sind aber sehr viel mehr, die dabei immer brav kooperieren und davon auch reich und skrupellos leben und so die Taten ihrer Hintermänner verschleiern. Diese Gruppen sind es, die hinter Politik und Gesetzen wirklich stehen und durch deren Macht und Willkür der Rest der Menschheit immer mehr abhängig und kontrollierbar gemacht wird. Es ist eine weltweite Wirtschaftsdiktatur, in der kaum jemand die wahren Zusammenhänge sieht.

Es gibt nach meiner Meinung nur eine Möglichkeit, dieses Monopol von Geld, Macht und Skrupellosigkeit zu verändern: mit Solidarität und Bewusstsein der Mehrheit aller „ärmeren“ Menschen, also derer, die nicht zu den Mitläufern gehören. Mit dieser Mehrheit und einer Aufklärungspolitik auf den Straßen der Welt ist es möglich, die Hintermänner zu entlarven und unschädlich zu machen. Nur mit der Stärke und dem Wissen einer aufgeklärten, mutigen Bevölkerung kann eine

totale Wirtschaftsdiktatur verhindert werden. Dazu haben Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, jederzeit hier auf der Bremer Montagsdemo die Möglichkeit, Ihren persönlichen Beitrag zu leisten.

Helmut Minkus (parteilos)

Für **Mittwoch**, den **14. November 2012**, wird in Europa erstmals ein länderübergreifender **Generalstreik** vorbereitet. Die Initiative dazu kam von portugiesischen Gewerkschaftern und verbreitet sich seitdem rasant in ganz Europa. Bis jetzt gibt es Streikaufrufe in Portugal, Spanien, Zypern, Griechenland, Malta, Belgien und Italien. Auch in Deutschland sind zahlreiche Initiativen entstanden, um diesen Tag europaweit und kämpferisch zu begehen. In **Bremen** ruft ein breites Bündnis auf zur Solidarität mit den Streikenden und zum **Widerstand gegen Lohn- und Sozialabbau** in Deutschland. Die Montagsdemo wird sich natürlich beteiligen! Um **17:30 Uhr** beginnt eine **Kundgebung** auf dem **Marktplatz**, anschließend führt eine Demonstration zur Abschlusskundgebung um 19 Uhr vor dem DGB-Haus. Dort gibt es ab 19:30 Uhr Kultur und internationale Berichte.

100 JAHRE DGB
TUN DEM
KAPITAL

WEG
MIT
HARTZ IV
Macht mit !
Nur wer kämpft,
kann gewinnen !
www.bremer-montagsdemo.de
ATOMKRAFT
Sofort Abschalten

ver.di
Betriebsgruppe
Werkstatt Bremen
SOLIDARITÄT
mit den Streikenden
in Europa
WIDERSTAND
Gegen Sozialabbau
und Lohnkürzungen
auch in Deutschland

Europäischer Streik- und Aktionstag am 14. November 2012 (Bremen)

13 Prozent Strompreisanstieg zum Jahreswechsel: Die Privathaushalte sollen den Atomausstieg allein bezahlen *(„Frankfurter Rundschau“)*

„Pflanzenstoffe wie Eisen“: Durch Kaputtsparen und Verflachung wurde eine linke Stimme gegen den Meinungsmainstream beseitigt *(„Junge Welt“)*

Schneeballsystem: Nach den Banken „müssen“ die privaten Krankenversicherungen mit Steuermilliarden gerettet werden *(„Nachdenkseiten“)*

Bis **Weihnachten** findet die **Bremer Montagsdemo** zur gewohnten Zeit auf dem **Hanseatenhof** statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

401. Bremer Montagsdemo am 19. 11. 2012

Der Denunziant

Das Erfolgsmotto des Bremer Friseurs Detlef Gehlhaar (Name nicht geändert) lautet: „ Kunden sollen sich anspruchsvolle Friseurdienstleistung leisten können“. Hoffnungsvoll suchte er deshalb fleißige Hilfskräfte auf 400-Euro-Basis – ganz zur Freude des Jobcenters, das in Bremen übrigens früher Bagis hieß. Groß war jedoch sein Zorn, als er folgende handschriftliche Notiz auf einem Zettel im Briefkasten fand: „Ich bewerbe mich hiermit bei ihnen als Friesor helfer Ich bewebe mich bei ihnen nicht weill ich das nicht möchte ich bewerbe mich nur bei ihnen weill Bagis das von mir verlangt. ich selber habe Keine Lust auf diese Art von Arbeit. und auch hab ich davon keine Ahnung und möchte das auch garnicht lernen.“

Staatsknete kassieren und nicht mal Haare waschen wollen? „Erschüttert“ schickte der Maestro eine Kopie des Bewerbungszettels nicht nur an die „Bild“-Zeitung, aus der sich Leute seiner Geisteshaltung und -größe über die „Faulheit“ der Erwerbslosen „informieren“, sondern gleich auch ans Jobcenter: „Das ist doch der blanke Hohn. Wir arbeiten und finanzieren solche Leute über unsere Steuergelder und dann kommt sowas. Ich finde, dass solche Leute kein Geld mehr vom Staat bekommen dürfen.“ Das Jobcenter prüft nun „kritisch“, ob sich eine Sanktion verhängen lässt.

„Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.“ Dieser Satz, der Hoffman von Fallersleben zugeschrieben wird, würde für den Friseurmeister *nicht* zutreffen, wenn er das unbeholfene Anschreiben eines ungeeigneten Bewerbers für seine Friseurgehilfenstelle auf 400-Euro-Basis einfach ignoriert und in den Papierkorb geworfen hätte, statt Hilfssheriff zu spielen und den wahrscheinlich unter Druck stehenden Zwangsbewerber beim Jobcenter zu verpetzen. Es wäre aus arbeitsrechtlicher Sicht auch zweifelhaft, wenn der Bewerber seine Eignung für die Stelle vortäuschen würde. Ein solches Arbeitsverhält-

nis wäre fristlos kündbar. Weder dem Arbeitgeber noch dem Arbeitnehmer wäre damit gedient.

Also lassen Sie es beim nächsten Mal bitte einfach gut sein, Herr Friseurmeister! Selbst wenn sich ein geeigneter Bewerber für Ihre Stelle finden lässt, tragen Sie mit Ihren Steuergeldern dennoch zu seinem Lebensunterhalt bei, denn bei 400 Euro im Monat wäre Ihr Mitarbeiter ein Hartz-IV-Aufstocker. Von dem mageren Verdienst würden lediglich 160 Euro nicht aufs Arbeitslosengeld II angerechnet. Dass 400 Euro nicht mal für die Miete reichen, braucht eigentlich nicht erwähnt zu werden – ebenso wenig, dass nicht jede(r) für jeden Job geeignet ist.

Frank Kleinschmidt (parteilos, „so:leb – Sozialer Lebensbund“)

Hartz IV geht über Leichen: Mit Sanktionen werden Menschen zum Hungern gezwungen – Ralph Boes bereits seit drei Wochen *(„Themen der Zeit“)*

Noch die hochschwangere Minderjährige wird sanktioniert, weil sie nicht arbeiten kann

1. Ja, wer hätte das gedacht: **Erwerbslose** sind als Fachkräfte besser als ihr Ruf! Einer aktuellen Umfrage zufolge sind sie motiviert, äußerst engagiert und bringen oft Erfahrung in zusätzlichen Arbeitsfeldern mit. Erstaunlicherweise untersuchte entgegen der allerorts üblichen Hetzparolen erstmals eine Umfrage unter Arbeitgebern, welche Erfahrungen sie mit ehemaligen ALG-II-Beziehern gemacht haben. Mich verwundert es nicht, dass das Ergebnis so überaus positiv ausfällt, weil die Erwerbslosen ja durch ihre erzwungene frühere Arbeitslosigkeit eben keineswegs ihre erworbenen Fähigkeiten, ihre fachlichen Kompetenzen, ihre Ausbildung verloren haben, sondern „nur“ ihre Arbeitsstelle – auch wenn die Bundesagentur für Arbeit sie gern und oft nach einiger Zeit zu ungelernten Hilfsarbeitern degradiert, weil das besser ins Bild von den faulen und ungebildeten Arbeitslosen passt, und sie so natürlich leichter in superschlecht bezahlte Jobs zwingen kann.

Ich könnte mir auch vorstellen, dass zwei Drittel der Arbeitgeber aus den Branchen Pflege, Handwerk und Gastronomie so überaus zufrieden mit den ehemaligen Arbeitslosen sind – jeder Vierte ist sogar *sehr* zufrieden –, weil sie von der Bundesagentur für Arbeit bezuschusst werden und selbst kaum etwas von den vermutlich geringen Löhnen zu tragen haben. Aber das ist natürlich nur eine reine Mutmaßung – die auf Erfahrungen beruht. Mehr als die Hälfte der befragten Arbeitgeber erkennt keine nennenswerten Unterschiede zwischen der Arbeit ehemaliger Hartz-IV-Bezieher und der Leistung der Kollegen. Auch wenn die Biografien Erwerbsloser oft „Ecken und Kanten" hätten, sollten Unternehmer in Deutschland laut Bundesagentur-Vorstand Heinrich Alt ihre Bedenken beiseite schieben und Menschen aus der (angeblichen) Grundsicherung eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung geben.

Der vermeintliche Makel, der Hartz-IV-Beziehern so oft angehängt wird und die Vermittlung in Arbeit erheblich erschwert, wird auch gern geschürt, während die (No-)Job-Center ungehindert ALG-II-Bezieher drastisch wegen Ordnungswidrigkeiten sanktionieren. Wir hören mit Erstaunen, dass wegen des „demografischen Wandels" und des herbeigeredeten „Fachkräftemangels" kein Talent ungenützt bleiben dürfe und jeder gebraucht werde. Da werden ja ganz neue Seiten aufgezogen! Sonst wurde jede(r) gnaden- und wahllos in Kurse reingeschubst, wo gerade noch ein Platz frei war. Wir stehen ein paar Monate vor den Bundestagswahlen und werden sicher noch manche gegenüber Erwerbslosen pseudowohlmeinenden Politiker erleben. Aber wehe, wenn die Wahlen vorbei sind: Dann kriecht der Wolf aus dem Schafspelz, zeigt sein wahres Gesicht und wird damit beginnen, die Sozialleistungen weiter zu kürzen!

2. Nun wollen sich auch Nordrhein-Westfalens Grüne für sanktionsfreie Sozialleistungen einsetzen, sodass Langzeitarbeitslose nicht mehr mit **Sanktionen** rechnen müssen, wenn sie eine angeblich zumutbare Arbeit oder den Abschluss einer „Eingliederungsvereinbarung" ablehnen (wobei ja immer der Begriff der *Vereinbarung* für einen einseitigen *Befehl* missbraucht wird). Dabei haben die Grünen ebenso wie alle anderen Regierungsparteien mit an den menschenverachtenden Hartz-Gesetzen gebastelt und sie verabschiedet. Die damalige Fraktionschefin Göring-Eckardt lobte die Reform des Arbeitsmarktes allen Ernstes als „mutig" und „notwendig für das Gemeinwohl"; sie euphemisierte blumig, ein „Frühling der Erneuerung" stehe bevor. Inzwischen sagt sie, es sei „einer der Fehler" bei den Regelungen gewesen, Sanktionen gegen Menschen auszusprechen, die keine Arbeit aufnähmen.

Auch will die Grünen-Spitze inzwischen eine Anhebung der Hartz-IV-Sätze von derzeit 374 auf mindestens 420 Euro. Nach der Bekanntgabe des Urwahlergebnisses für das Spitzenduo Jürgen Trittin und Katrin Göring-Eckardt und den Debatten um Schwarz-Grün will die Parteispitze tunlichst verhindern, durch Beschlüsse in die konservative Richtung gedrängt zu werden. Die Grünen scheinen

im Moment nichts unversucht zu lassen, sowohl bei konservativen als auch bei linken Wählern Stimmen für die kommende Bundestagswahl abzuschöpfen.

3. Das (No-)Job-Center ist wahrscheinlich nirgends ein Ort, der gerne aufgesucht wird. In Witzenhausen ist es für einige sogar eine Tortur! Es soll dort eine Sachbearbeiterin ihren Wirkungskreis haben, die voller **Willkür** handelt und dabei ohne Rücksicht auf Verluste gegen ihre Kunden vorgeht. Es werde keine Eingliederung in Arbeit ermöglicht, sondern mit Sanktionen um sich geschmissen! Die Mitarbeiterin sei auch dafür bekannt, „hysterisch“ und zu keiner Übereinkunft bereit zu sein und Menschen willkürlich zu bestrafen. Bei einem Testgespräch durfte nicht einmal ausgeredet werden, es wurde offen mit Sanktionen herumgespielt und das Geld bis auf den buchstäblich letzten Cent gekürzt!

Es klingt eindeutig nach Schikane, wenn es nach Leistungsanträgen unmenschlich lange Wartezeiten gibt und Termine vergeben werden, wenn bekannt ist, dass die Probanden keine Möglichkeit haben, diese wahrzunehmen. Von einer 16-jährigen Hochschwangeren soll trotz Mutterschutz verlangt worden sein, einer Arbeit nachzugehen. Als das wegen der Schwangerschaft nicht möglich war, wurde es von dieser reizenden Sachbearbeiterin mit einer unrechtmäßigen Kürzung von 30 Prozent sanktioniert, die das Leben des Ungeborenen mit bedrohte. Ein unhaltbarer Zustand! Es wird Zeit, der Dame auf gesetzlicher Grundlage Einhalt zu gebieten!

4. Statt an der Situation der Menschen und der Verteilung des Reichtums von unten nach oben etwas zu verändern, werden immer wieder neue, alte Studien in Auftrag gegeben, die immer wieder belegen, dass in Deutschlands Städten die Armut wächst. In Leipzig, Dortmund, Duisburg, Hannover, Bremen und Berlin lebt, besser: vegetiert zwischen einem Fünftel und einem Viertel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze. Die **Armutsquote** ist demnach im vergangenen Jahr trotz der „guten wirtschaftlichen Entwicklung“ wieder gestiegen. Dass es weniger Hartz-IV-Bezieher, aber mehr Arme gebe, muss an dem schändlich gewachsenen Niedriglohnsektor liegen!

Während die „Grundsicherung“ eine gesellschaftliche Teilhabe nicht wirklich sicherstellt, ist der Anteil armer Einwohner in jenen Städten besonders hoch, die hohe Arbeitslosenquoten haben. Besorgniserregend ist, dass die Armutsquote von 2005 bis 2011 jeweils um etwa ein Drittel stieg. Im Trend liegt dabei weniger eine „soziale Polarisierung“, bei der Ärmere von der Einkommensentwicklung abgehängt werden, sondern vielmehr die Verarmung der Stadt als Ganzes. Die Hartz-Gesetze wirken: Die Löhne sinken, staatlich gewollte Armut greift. In Berlin stieg der Anteil der armen Bevölkerung seit 2006 auf 21 Prozent, fast jedes dritte Kind ist auf den Sozialtransfer angewiesen. Den traurigen Rekord hält Leipzig: Jeder vierte Einwohner muss mit weniger als 848 Euro über den Monat kommen.

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Hackmacks Hackfresse: „Böse schwarze Frau“ bringt bremischen „Qualitätsjournalismus“ auf neue Tiefpunkte *(„Tageszeitung“)*

Sagen Sie, was in Bremen verkehrt läuft: Ampelwartezeiten, die zum Straßenqueren bei Rot erziehen, freilaufende Hunde am Unisee *(„Bremen bewegen“)*

Kannibalische Weltordnung

Die Bremer SWB erhöht zum Jahreswechsel die Strompreise um fast 15 Prozent. Zur Begründung werden höhere Netzgebühren und die Erhöhung der Umlage nach dem „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ von 3,6 auf 5,3 Cent pro Kilowattstunde angeführt. Letzteres ist natürlich eine Schweinerei, denn der Ausbau der erneuerbaren Energien wird dabei immer mehr behindert. So versucht die Bundesregierung, die „Energiewende“ wieder komplett umzudrehen. Dabei sind sie Bezugspreise für Strom an der Leipziger Strombörse in den letzten Monaten sogar um 15 Prozent *gesunken* – eine Folge des Überangebots gerade auch durch die erneuerbaren Energien.

Die Netze wurden privatisiert, die Kosten aber der Allgemeinheit aufgehalst. Seither werden sie kaum mehr gewartet. Da fällt im Winter ab und zu schon mal ein Strommast um, aber lustig werden die Durchleitungsgebühren ständig erhöht. Eon, RWE, EnBW und Vattenfall haben ihre Gewinne zwischen 2002 und 2010 vervierfacht – und das jetzt geht noch oben drauf! Die Strompreise sind von 2000 bis heute von 13,94 fast auf das Doppelte gestiegen, auf 26 bis 27 Cent. In ganz Europa steigt die Wut auf diese alles beherrschenden Monopole, die sich die Regierungen untergeordnet haben und zu denen außer den Stromkonzernen auch noch andere Energieriesen wie Exxon und Shell gehören.

Am letzten Mittwoch kam es zu einem ersten länderübergreifenden Generalstreik in Europa. Er richtete sich nicht nur gegen einzelne Regierungen oder Konzerne, sondern gegen die ganze Troika von EZB, Währungsfonds sowie EU und damit gegen ein System, in dem nur der Profit zählt, für den Mensch und Natur niedergewalzt werden. In Spanien beteiligten sich 80 Prozent der Beschäftigten bei Seat, Opel, Ford und Nissan an diesem Generalstreik. In Portugal waren Verkehrswesen, Krankenhäuser und Post betroffen, gefordert wurde: „Raus mit der Troika“! Auch in Italien, Griechenland, Belgien und Frankreich wurde gestreikt. In Deutschland gab es in über 25 Städten Demonstrationen. In Bremen mit rund 1.000 Teilnehmern. Vormittags streikten bereits 2.000 Schüler, teilweise

gab es auch betriebliche Aktionen, zum Beispiel Streiks in Kohlezechen und der Stahlindustrie.

Laut UN-Angaben verhungert alle fünf Sekunden ein Kind auf der Welt. Insgesamt sind allein im vergangenen Jahr 52 Millionen Menschen an Epidemien, verseuchtem Wasser, Hunger und Mangelkrankheiten gestorben. Jean Ziegler, früherer UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung und jetziger Vizepräsident des beratenden Ausschusses des UN-Menschenrechtsrats, meint dazu: „Der deutsche Faschismus brauchte sechs Jahre, um 56 Millionen Menschen umzubringen. Die kannibalische Weltordnung schafft das locker in gut einem Jahr. Immer mehr Menschen wird klar, dass diese kannibalische Weltordnung von Menschen gemacht worden ist und auch von ihnen gestürzt werden kann."

In Gaza, einem Streifen Land von 40 Kilometern Länge und nur circa zwölf Kilometern Breite, leben 1,7 Millionen Menschen, die nun Betroffene des von Israel gewollten Krieges werden. In einer Woche gab es mindestens 95 Tote in Gaza, die meisten sind Jugendliche und Kinder. Ministerpräsident Netanjahu lässt den Bodenkrieg vorbereiten, es erfolgt die Mobilmachung von 75.000 Soldaten. Durch gezielte Ermordung des Hamas-Führers al-Dschabari, der einen Friedensvertrag wollte, wurde ein Vorwand für den Krieg geschaffen. Aber in deutschen Medien wird verbreitet, Israel müsse sich schützen!

Israel macht nichts ohne Rückendeckung der USA. Hintergrund sind die wachsenden Widersprüche zwischen den Großmächten. Der Kampf um Rohstoffe, Absatzgebiete und Verkehrswege nimmt mit zunehmender Verschärfung der Weltwirtschaftskrise zu. Gestern machte Obama auf seiner Reise nach Asien Zwischenlandung im rheinland-pfälzischen Ramstein. Seine Sicherheitsberater sollen vom Auftanken in der Luft abgeraten haben – in Deutschland? Wer glaubt das? Ramstein ist eine wichtige Basis für den Krieg im Nahen Osten. Merkel will bereits Soldaten in die Türkei entsenden – angeblich auf deren Bitte, um das Land vor Raketenangriffen zu schützen. So wächst die Weltkriegsgefahr: Für ihre Profite gehen die Herrscher der Welt über Leichen. Hände weg von Palästina und Iran! Deutsche Truppen raus aus allen Ländern!

Die Grünen biedern sich derweil bei an Monopolparteien an, ein Bündnis mit der CDU wird vorbereitet. Die geforderte Erhöhung des Hartz-IV- Regelsatzes auf 420 Euro, die der „Paritätische Wohlfahrtsverband" bereits im Jahr 2005 angemahnt hat, und ein Mindestlohn von 8,50 Euro sind ein Witz. Ein Atommüllendlager in Gorleben soll salonfähig gemacht werden, obwohl es ein Verbrechen ist, denn dort gibt es das gleiche Gestein wie im Salzstock Asse, wo bereits die atomare Brühe aus dem Berg sickert. Es ist keine Rede mehr von der notwendigen Stilllegung aller AKWs. Die Grünen sind keine Partei des Kampfs für den Erhalt der Umwelt!

Wolfgang Lange (MLPD)

Die USA müssen ihre weltweiten militärischen Aktivitäten einstellen!

An den frischgebackenen US-Präsidenten Barack Obama ist dringend die Forderung zu richten, dass er als Friedensnobelpreisträger des Jahres 2009 den Krieg mit Drohnen sofort stoppt, den ISAF-Kriegseinsatz in Afghanistan schnellstmöglich zu Ende bringt, die Drohkulisse gegen den Iran umgehend abbaut und sich nicht weiter in den Syrien-Konflikt einmischt.

Die einseitige Parteinahme zugunsten der israelischen Regierung und Militärführung ist äußerst kontraproduktiv, zumal das von den USA gelieferte Zerstörungspotenzial gerade jetzt gegen die Bevölkerung im Gazastreifen eingesetzt wird. Die neue Administration darf Israel nicht länger den Rücken stärken, sondern muss die einzige Besatzungsmacht im Nahen Osten entschieden dazu auffordern, ihre Aggression sofort zu stoppen!

Das „Bremer Friedensforum“ ist davon überzeugt, dass die USA ihren Schuldenberg von 16 Billionen Dollar erheblich reduzieren könnten, wenn sie ihre gewaltigen Rüstungsanstrengungen und ihre weltweiten militärischen Aktivitäten so bald wie möglich einstellt. Auch das Versprechen, das Gefangenenlager in Guantánamo aufzulösen, muss Obama endlich einlösen. Dann hätte der Nobelpreisträger vielleicht tatsächlich die Chance, als erster Friedenspräsident der USA in die Geschichte einzugehen.

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Den Konzernen das Geld in den Rachen werfen?

Ungefähr 800.000 Menschen in Deutschland wurde 2011 die Haushaltsenergie abgesperrt. Ginge man von durchschnittlich 300 Euro Rückständen aus, käme man auf 240 Millionen Euro. Einige Menschen starben sogar infolge der Sperren!

Vielleicht muss man davon ausgehen, dass die Jobcenter und Sozialbehörden in Deutschland seit Einführung der Hartz-Gesetze in den acht Jahren ihrer Gültigkeit über die für die Kosten der Unterkunft zuständigen Kommunen ungefähr 13,915 Milliarden Euro allein für die Heizkosten zu viel ausgegeben ha-

ben, weil nicht der preiswerteste Anbieter verpflichtet wurde, was mit der freien Versorgerwahl für Energie eigentlich jedem Bundesbürger möglich sein müsste.

Ich habe das hier als Laie überschlagen. Als Grundlage habe ich die Informationen des Jobcenters in Oldenburg zu den Kosten der Unterkunft genommen und danach hochgerechnet. Anhand der dort angegebenen Kosten habe ich einen Preisvergleich des örtlichen Anbieters mit einem der günstigsten gemacht, bei dem keine Vorauszahlung zu leisten ist – mit dem Ergebnis, dass die Stadt doppelt so viel zahlt, wie sie eigentlich müsste.

Viele Bürger(innen), gerade die Mieter(innen), können jedoch gar nicht wechseln, weil es entsprechende Verträge beispielsweise zwischen dem Wohnungsbauunternehmen GSG und dem Energieversorger EWE gibt. Die Stadt Oldenburg ist an beiden Unternehmen beteiligt. Hierzu werde ich am kommenden Montag dem Oldenburger Oberbürgermeister einige Fragen stellen.

Wenn meine Überschlagsrechnung richtig sein sollte, was machen dann eigentlich die Oppositionen in unserem Land? Werfen sie hier vielleicht das Geld der Steuerzahler(innen) mit aus dem Fenster hinaus, obwohl doch gerade die Kommunen immer Finanzierungsvorbehalte geltend machen und stöhnen, sie hätten kein Geld für Kindergärten oder Schulen?

Darf man unter diesen Gesichtspunkten auch nur eine einzige Sperrung der Haushaltsenergie richtig finden? Noch nicht einmal Sozialenergie müsste man fordern, wenn man statt der unnötigen Mehrkosten für Gas auch die Kosten für Strom endlich zu den Kosten der Unterkunft zählen würde. Einige Menschen, darunter übrigens auch Kinder, würden dann wohl noch leben!

Ich verspreche hiermit, dass ich wieder in die Partei „Die Linke“ eintrete, wenn während der **Einwohnerfragestunde** im **Oldenburger Rat** am **Montag**, dem **26. November 2012**, um **17:50 Uhr** mindestens zehn ihrer örtlichen Mitglieder vor dem **Kulturzentrum PFL** stehen – mit einem DIN-A4-Flyer, in dem ein **Verbot** von **Energiesperren** gefordert wird!

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Energiekonzerne und Regierung drehen an der Preisschraube

In der letzten Woche haben viele Verbraucher die Ankündigung für die Strompreise 2013 erhalten. Die Energiekonzerne schlagen gnadenlos zu: Vattenfall und

Eon erhöhen den Preis um 13 Prozent, die Bremer SWB verlangt sogar 14,7 Prozent mehr. Es geht für einen Single-Haushalt um eine Erhöhung von 70 bis 90 Euro pro Jahr, bei vier Personen Haushalt um bis zu 250 Euro. Damit kommt auf die Bevölkerung der größte Preissprung beim Strom seit Jahrzehnten zu. Das trifft natürlich besonders die Geringverdiener und wird die Armut und die Zahl der Stromabschaltungen weiter in die Höhe treiben. Sie liegt jetzt schon bundesweit bei 800.000 in diesem Jahr.

Als Rechtfertigung für die Strompreiserhöhung wird uns das Märchen aufgetischt, die „Energiewende“ sei „nicht zum Nulltarif zu haben“. Damit wird massiv Stimmung gegen die erneuerbaren Energien gemacht, um auch in Zukunft Höchstprofite mit Atomstrom und fossiler Verbrennung einstreichen zu können. Vor der „Energiewende“ wurden andere Begründungen für Preiserhöhungen erfunden: Mal war es ein kalter Winter, mal war es wenig oder zu viel Nachfrage. Von 2002 bis 2010 haben die drei großen Energiekonzerne Eon, RWE und EnBW ihre Gewinne vervierfacht. Die Strompreise haben sich in dieser Zeit fast verdoppelt.

Im nächsten Jahr werden 3.000 Unternehmen von der Ökostromumlage befreit, weitere 2.000 stehen noch auf der Antragsliste. Angesichts der Großzügigkeit unserer Regierung bei Konzernen und Banken ist nicht mit einem abschlägigen Bescheid zu rechnen. Zu den neuen Begünstigten gehören „notleidende“ Konzerne wie Allianz, McDonald’s, Aldi und die Deutsche Bank. Dadurch werden der Staatskasse acht Milliarden Euro entgehen, die wir dann mitbezahlen müssen.

Professor Lutz von der Universität Chemnitz erklärt dazu: „Tatsächlich ist der Großhandelspreis an der Leipziger Strombörse gefallen. Dies kommt vor allem durch das hohe Angebot an Strom aus Photovoltaik und Wind. Die Energiekonzerne geben dies allerdings nicht an die Verbraucher weiter, im Gegenteil: Die Preisdifferenz zwischen Abnahmepreis und Großhandelspreis kassieren sie über die Ökostrom-Umlage“ („Rote Fahne“ 42/2012, Seite 19). Daran wird deutlich, dass die Energiepreise vor allem durch die Energiekonzerne und die staatliche Umverteilungspolitik nach oben getrieben werden.

Die Medien sind angesichts der Wut der Menschen über die Strompreiserhöhungen voll mit guten Ratschlägen zum Anbieterwechsel oder Stromsparen. Natürlich ist es richtig, sich für einen sparsamen Umgang mit Energie und Naturressourcen einzusetzen, aber die gigantische Verschwendung und der Raubbau an der Natur werden von den Konzernen betrieben. Durch die ständig steigende Spekulation mit Rohstoffen, die Versuche zum Ausbau von Fracking und Kohlendioxid-Verpressung, den Bau von Kohlekraftwerken und das Weiterführen der Atomenergie setzt die kapitalistische Profitwirtschaft mit permanenter Zerstö-

rung unserer natürlichen Lebensgrundlagen die Existenz der ganzen Menschheit aufs Spiel.

Deshalb brauchen wir eine sozialistische Gesellschaft, die sich allein an den Bedürfnissen der Menschheit orientiert und dies in vollständigem Einklang mit dem Schutz der Natur organisiert. Wir brauchen eine starke, internationale Widerstandsfront zur Rettung der Umwelt. Deshalb möchte ich heute für zwei Anliegen werben: Unterstützt den Aufbau einer Umweltgewerkschaft, die das internationale Finanzkapital als Hauptverursacher ins Visier nimmt und sich international für den Zusammenschluss der Arbeiter- und Volksbewegung mit der Umweltbewegung einsetzt! Unterstützt die Unterschriftensammlung für die sofortige Abschaltung der Atomkraftwerke und die Abschaffung aller Atomwaffen, die zurzeit in vielen Ländern stattfindet!

Harald Braun

Lustiger „Wutbürger“-Comic: „Don Quijote“ kämpft gegen die Errichtung eines „Windparks“ in seinem gottverlassenen Heimatdorf *(„Frankfurter Allgemeine“)*

Nazi-Vorbild für Hartz IV: „Die Arbeiten des freiwilligen Arbeitsdienstes müssen gemeinnützig und zugleich zusätzlich sein“ *(„Grundrechtsschutzinitiative“)*

Jede(r) Dritte wird sanktioniert: Dieses Jahr wurde eine Million Kürzungen bei weniger als drei Millionen potentieller Behördenopfer verhängt *(„Flegel-G“)*

Bis **Weihnachten** findet die **Bremer Montagsdemo** zur gewohnten Zeit auf dem **Hanseatenhof** statt.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

402. Bremer Montagsdemo am 26. 11. 2012

Da piept’s doch wohl im Jobcenter!

1. Anlässlich des „Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen“ sagte die Landesfrauenbeauftragte Ulrike Hauffe, Frauen mit Behinderungen seien zwei- bis dreimal häufiger von Gewalt betroffen als der weibliche Bevölkerungsdurchschnitt. Das müsse uns alarmieren, dagegen müssten wir etwas tun. Am vergangenen Sonntag wurde weltweit an Diskriminierung und Gewalt jeder Form gegenüber Frauen gedacht und in Aktionen darauf aufmerksam gemacht. Der thematische Schwerpunkt lag in Bremen dieses Jahr auf den Übergriffen, die Mädchen und Frauen mit **Behinderung** ausgesetzt sind.

Die Gleichstellungsstelle wird am Dienstag, dem 27. November 2012, einen Fachtag zum Thema „Gewalt gegen Frauen und Männer mit Behinderung – was können wir in Bremen dagegen tun?“ veranstalten. Ach wie nett, wenn immer mehr Tage des Sonstwas ausgerufen werden! Stattdessen müssten Gesetzesänderungen her, die den Frauen endlich die ihnen zustehenden Rechte gäben. Deutschland ist hier ein Entwicklungsland, was die Gleichberechtigung von Frauen angeht, gerade bei der Bezahlung in Beruf, aus der der zwingend eine weitaus höhere weibliche Altersarmut hervorgehen muss.

2. Eigentlich hätte die Schlagseite lauten müssen: „96,8 Prozent der 4,35 Millionen erwerbsfähigen Hartz-IV-Bezieher halten sich an die Gesetze“ – wenn unsere Medien ehrlich berichten würden und nicht auf herablassende Diffamierung der Hartz-IV-Bezieher aus wären, so wie das leider von „Welt“, „Spiegel“, „Bild“, „Stern“, „Handelsblatt“ und Konsorten übernommen wurde! Der „Nachdenkseiten“-Autor Orlando Pascheit kommentiert, es sei wahrlich nichts Neues, wenn Schlagzeilen zugespitzt würden, doch hält er die Diffamierung ganzer Bevölkerungsgruppen für unverantwortlich. Wenn das Thema den Journalisten so am Herzen läge, hätten sie ja zum Beispiel nachfragen können, wie die

Meldeversäumnisse zustande kamen, die als Hauptgrund für die massenhafte Bestrafung herhalten mussten. Doch werden lieber niederträchtige Schlagzeilen komponiert, die dann unreflektiert in diversen Talkshows weiter instrumentalisiert werden können.

Die (No-)Job-Center kürzen bei Hartz-IV-Beziehenden so oft wie nie zuvor und haben binnen zwölf Monaten mehr als eine Million **Sanktionen** erlassen. Die Zahl der Strafen ist gegenüber 2009 um 38 Prozent auf 1,017 Millionen angestiegen, die staatlichen Leistungen wurden im Schnitt um 106 Euro gekürzt. Das „Erwerbslosenforum Deutschland" wirft den Jobcentern deswegen blinde Sanktionswut vor. Es ist wirklich ungeheuerlich, wenn sich eine Sprecherin der Bundesagentur für Arbeit erdreistet, die Zunahme der Sanktionen auf die „konsequentere und professionellere Arbeit" der Behörde zurückzuführen. Forumssprecher Martin Behrsing sagte, die hohe Zahl der Sanktionen sollte der Bundesregierung und der Bundesagentur für Arbeit die Schamesröte ins Gesicht treiben.

Die Strafen werden aufgrund der unwürdigen Gesetzeslage fast schon automatisch verhängt und nehmen auf individuelle Umstände keine Rücksicht, obwohl kaum eine Sanktion Bestand hat, wenn sich damit rechtlich auseinandergesetzt wird. Wenn den Flop-, Mob- oder (No-)Job-Centern nichts anderes einfällt, als sogar einer im siebten Monat Schwangeren noch einen Ein-Euro-Job zuzuweisen, wenn viele Menschen mit „Angeboten" von Zeitarbeitsfirmen für Stellen überhäuft werden, die entweder gar nicht vorhanden sind oder die Menschen allenfalls in prekäre Beschäftigungen bringen, dann liegt der Eindruck von Verfolgungsbetreuung und eben blinder Sanktionswut genauso nahe, wie wenn in den „Eingliederungsvereinbarungen" völlig sinnlose Dinge aufgezwungen werden, die kaum zu erfüllen sind oder die Grenzen der Zumutbarkeit überschreiten.

Die meisten „Vergehen" sind immer noch Meldeversäumnisse zu den als „Einladungen" getarnten Vorladungen. Oft kommen sie nur deswegen zustande, weil den Erwerbslosen normale Bürgerrechte aberkannt werden. In meinen Augen ist es eine bodenlose Frechheit, den Anstieg der Sanktionen als Kriterium von „mehr Professionalität" zu bewerten. Das Gegenteil ist der Fall!

3. Sebastian Heiser von der „Tageszeitung" fragt, warum es eigentlich so viele Arbeitslose in Deutschland gebe. Mit der Unterstellung, dass sie sich nicht „genügend anstrengen", werden jene bestraft, die nicht pünktlich zu Terminen im Amt erscheinen, die eine „Weiterbildungsmaßnahme" ablehnen oder keinen Ein-Euro-Job machen wollen – als ob dadurch die **Arbeitslosigkeit** sinken könne (außer in der geschönten Statistik)! Das ist natürlich völliger Quatsch, weil Deutschland kaum darunter leidet, dass es zu viele Arbeitslose gibt, die nicht arbeiten wollen, sondern dass es schlicht zu wenige freie Stellen gibt.

Bei den Massen an Arbeitslosen, die dringend einen Job suchen und auch gern eine Weiterbildung machten, wenn sie denn tatsächlich (ausnahmsweise) für einen guten Job qualifizierte, sollte es eigentlich die vornehmliche Aufgabe von Jobcentern sein, sie alle in Arbeit zu bringen! Mit dem Tenor des angeblichen

Förderns und Forderns der früheren rot-grünen Bundesregierung kann das nichts zu tun haben. Es vermittelt eher den Eindruck, als ob es bei den Sanktionen nur darum gehe, Langzeitarbeitslose zu diskriminieren und zu schikanieren.

4. In der Region Nienburg lädt das (No-)Job-Center im Rahmen des Projekts „Perspektive 50 plus“ derzeit Hartz-IV-Bezieher zu einem sogenannten Rauchentwöhnungskurs ein. Im Gegensatz zu wirklichen Einladungen bekommt, wer sich weigert, weniger Sozialleistungen. Dabei weiß inzwischen jeder gut informierte Mensch, dass die Entwöhnung, von welcher **Sucht** auch immer, nur freiwillig und aus persönlich motiviertem Entschluss gelingen kann! Hier wird schon wieder von einem (No-)Job-Center versucht, erwachsene Bürger zu entmündigen, nur weil sie auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen sind. Zwar wurde bei der letzten „Reform“ der Regelbedarfsanteil für Alkohol und Zigaretten gestrichen, doch hat in Deutschland immer noch jeder Mensch das Recht, selbst darüber zu entscheiden, ob er rauchen möchte, auch wenn dadurch seine Gesundheit geschädigt wird.

5. Im Berliner Ortsteil Lichtenberg führte das (No-)Job-Center eine neue Maßnahme ein, um gegen „aggressive“ Hartz-IV-Empfänger vorzugehen: Die Mitarbeiter bekamen einen Alarmpieper, der optisch an einen Autoschlüssel erinnert. Wenn es zu einer brenzligen Situation kommen sollte, müsse der betroffene Mitarbeiter an einem daran angebrachten Metallband ziehen, woraufhin ein sehr lauter und schriller Ton ausgelöst werde, der allerdings sogar zu Hörschäden führen könne. Die Vize-Geschäftsführerin des (No-)Job- Centers sagte, dadurch würden nicht nur Kollegen alarmiert, sondern auch Angreifer abgeschreckt. Sie führte als Grund aus, dass in diesem Jahr bereits 27 Hausverbote an „aggressive Kunden“ erteilt wurden, worauf die Behörde reagieren musste.

Hallo, piept’s jetzt bei denen? Wenn Sachbearbeiter sich verständnisvoll verhielten und wirklich berieten statt nur Verfolgungsbetreuung zu praktizieren, dann müssten sie sicher auch keine Angst haben! Auch strukturelle **Gewalt**, die vermeidbare Beeinträchtigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse, ist eine Form von Gewalt. Jetzt werden sogar Hörschäden der eigenen Mitarbeiter in Kauf genommen – und die scheinen auch noch mitzuspielen. Wenn jemand einen Hörschaden erleiden sollte, grenzt dies sicherlich an fahrlässige Körperverletzung. Ich bin gegen absolut jede Form von Gewalt!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Ralph Boes beendet Hungerstreik: „Hartz-IV-Schnösel“ wehrt sich erfolgreich gegen Jobcenter *(„Neues Deutschland“)*

Jobcenter zahlen keine Rentenbeiträge mehr: Hartz-IV-Bezieher verlieren zum Jahresende Anspruch auf Erwerbsminderungsrente *(„Gegen Hartz“)*

Gemeinsam Flagge zeigen gegen Gewalt an Frauen weltweit!

Vielleicht wundern sich manche von euch, dass ich hier als Mann spreche. Das hat vor allem zwei Gründe: Zum einen finde ich es wichtig, dass Männer nicht abseits stehen, wenn Frauen sich wehren gegen jede Form von Gewalt und gegen gesellschaftliche Verhältnisse, die sie besonders unterdrücken und ausbeuten. Das sollten wir gemeinsam tun. Das fängt schon damit an, ob mann eine Liebesbeziehung als gleichberechtigte Gemeinschaft aufbaut oder die Frau als seine Trophäe, seine Gespielin oder seine Hausangestellte behandelt. Das betrifft aber auch das Verhalten, wenn frauenfeindliche Sprüche oder Anmache die Runde machen – lacht mann mit oder tritt mann dem entgegen? Aber allein durch ein solidarisches Verhalten im Alltag kann mann noch nicht die gesellschaftlichen Ursachen beseitigen. Dazu möchte ich als Mitglied der MLPD etwas sagen – wir arbeiten im Bündnis der „Stadtfrauenfrauenkonferenz“ von Anfang an tatkräftig mit.

Gewalt gegen Frauen wird in der deutschen Öffentlichkeit oft als ein Problem „rückständiger“ Länder behandelt. Im Höchstfall wird eingestanden, dass es in Deutschland „in Einzelfällen häusliche Gewalt“ gibt. Die Realität sieht ganz anders aus. Ich will hier nur auf die Seite der sexuellen Gewalt eingehen, die sehr weit verbreitet ist. Jährlich werden etwa vier Millionen Frauen von ihren Partnern misshandelt. Jede zweite Frau gab bei einer Untersuchung des Sozialministeriums Nordrhein-Westfalen an, dass ihr Mann ihr gegenüber schon Gewalt angewendet habe.

Jedes Jahr werden etwa 10.000 Frauen nach Deutschland verschleppt und zur Prostitution gezwungen. Die Zwangsprostitution ist der kriminelle Sektor mit der drittgrößten Wachstumsrate. Bis zu 13 Milliarden Dollar weltweit bringt der Frauenhandel den Drahtziehern. Es ist ein ganzes System sexueller Gewalt, dessen gesellschaftliche Grundlage der weit verbreitete Sexismus ist. Sexualität als Ware und Werbeträger ist im Kapitalismus alltäglich. Über die Medien und die Kulturindustrie wird ein sexistisches Schönheitsideal verbreitet. In der Castingshow „Germany’s Next Topmodel“ müssen sich zum Beispiel Mädchen fast nackt vor einem Männerpublikum durch erotische Tanzeinlagen „an der Stange“ präsentieren. Es gibt keinen anderen Grund, als dass hier Sexismus bei einem Millionenpublikum verankert und verinnerlicht werden soll.

In dem Buch „Neue Perspektiven für die Befreiung der Frau“ heißt es: „Die Sexualität wird übermäßig als zentraler Lebensinhalt hochstilisiert und damit von einer allseitigen Liebesbeziehung auf der Basis der Gleichberechtigung der Part-

ner getrennt. Die Erniedrigung und Unterwerfung der Frauen zum Objekt männlicher Lust und die Bestätigung männlicher Stärke und Überlegenheit wird in Videos, Filmen und Zeitschriften zur Normalität. Von klein auf werden besonders Mädchen dazu erzogen, ihren Wert und ihr Selbstvertrauen aus ihrer Figur und ihrem Aussehen zu ziehen. So wirkt die Unterdrückung der Frauen bis hinein in das Verhalten in Beziehungen und Familien und spiegelt sich in sexueller Ausbeutung von Frauen und Kindern wider."

Statt gemeinsam um eine bessere Welt und eine gleichberechtigte Beziehung zu kämpfen, sollen wir uns dem anderen Geschlecht überlegen fühlen. Statt um unsere Zukunft sollen wir uns nur um unser Aussehen und unsere Potenz Gedanken machen. Der Kampf gegen Gewalt an Frauen muss sich deshalb auch gegen den Sexismus richten. Wir könnten heute ein Leben führen, in dem Gleichberechtigung nicht nur auf dem Papier steht, unsere Fähigkeiten voll zum Tragen kommen und unsere Bedürfnisse befriedigt werden. Dazu muss aber die herrschende Profitwirtschaft beseitigt und der echte Sozialismus aufgebaut werden.

Zum Abschluss möchte ich noch eine andere Form der Gewalt ansprechen, die die Existenz der Menschheit bedroht: Das internationale Finanzkapital zerstört permanent unsere natürlichen Lebensgrundlagen – durch Ausplünderung der Rohstoffe, die Vernichtung der Regenwälder, das Festhalten an der Atomenergie und an der fossilen Verbrennung oder durch die kapitalistische Wegwerfproduktion. Der jährliche Kohlendioxid-Ausstoß hat inzwischen eine Rekordmarke von 34 Milliarden Tonnen erreicht, die Eisflächen schmelzen immer schneller, und die Prognose einer Erderwärmung um vier Grad wird zunehmend Realität. Nur eine starke weltweite Widerstandsfront kann die Umwelt retten – die kämpferische Frauenbewegung wird dafür dringend gebraucht. Deshalb möchte ich euch bitten, das Manifest der „Internationalen Koordination revolutionärer Organisationen" (ICOR) zur sofortigen Stilllegung aller Atomkraftwerke weltweit und zum Verbot und Vernichtung aller ABC-Waffen zu unterschreiben und den Aufbau einer internationalen, kämpferischen Umweltgewerkschaft zu unterstützen.

Harald Braun

Sind unsere politischen Stellvertreter nur Sklaven des Systems?

Viele Menschen reden derzeit berechtigterweise über die Stromkosten, und Sparen wird da von manchem wohl sehr groß geschrieben. Bei der Einwohnerfragestunde im Oldenburger Rat habe ich heute drei Fragen zum Thema Gas und Wärme gestellt, obwohl man es in diesem Staat mit der Wärme ja nicht so hat, vor allem nicht mit der menschlichen Wärme – mit dem Thema Sparen schon eher,

besonders dieser „Spezialist“, der den finanziell schlechter gestellten Menschen im Sommer 2008 empfahl, sie könnten sich doch im Winter wärmere Pullover anziehen, wenn ihnen kalt sei. Dass es in Sachen Energie aber gerade der Staat und die Behörden sind, die den Konzernen das Geld der Steuerzahler(innen) in den Rachen werfen, dazu sagte der „Sozialdemokrat“ Thilo Sarrazin damals kein Wort. Was soll man von solch einem „Sozialdemokraten“ halten? Aber sind die anderen denn besser?

„Komm unter meine Decke“: Bequem machen sie es sich alle, unsere Politiker(innen)! Wen interessieren denn schon ein paar tote Kinder aufgrund von Sperrungen der Energiezufuhr? Die sind doch schließlich alle selbst schuld, die Eltern, die nicht mit den paar Kröten sparsam genug umgehen, die man ihnen zum Leben lässt! Dass man locker die Stromkosten für alle finanziell schlechter gestellten Menschen übernehmen könnte, wenn jede Behörde, jede Kommune oder eben der Staat auch wirklich den günstigsten Anbieter verpflichten würde, davon hört man (noch?) nichts in diesem Land.

Nachdem ich heute Abend meine drei Fragen gestellt hatte und mich der Oberbürgermeister Professor Doktor Schwandner in aller Öffentlichkeit anlog, indem er erklärte, jede Oldenburgerin und jeder Oldenburger könne den Energieanbieter frei wechseln, wies ich ihn darauf hin, dass mir persönlich vor zwei Jahren von einem preiswerten Anbieter für Gas, zu dem ich wechseln wollte, erklärt wurde, mein örtlicher Energieanbieter habe mitgeteilt, für mich sei aus vertragsrechtlichen Gründen ein Wechsel nicht möglich. Ich bin Mieter eines Oldenburger Wohnungsbauunternehmens, an dem die Stadt meiner Kenntnis nach zu 30 Prozent beteiligt ist. Zu meinem Anliegen, das wie folgt lautet, wurden von keinem Mitglied des Rates, auch nicht von den Ratsherren der Partei, die sich „Die Linke“ nennt, Nachfragen gestellt:

„Herr Oberbürgermeister, wenn man bedenkt, dass es oftmals aus der Kommune heißt, es sei nicht genug Geld für Kindergärten, Krippen oder Schulen da, und wenn man dann im Internet einen Gaspreisvergleich anstellt zwischen dem günstigsten Anbieter und dem örtlichen in Oldenburg und sich gleichzeitig die Ausgaben des Jobcenters hierfür anschaut, zum Beispiel vom Januar 2012, und dann feststellt, dass die Ausgaben für Hartz-IV-Empfänger beim örtlichen Anbieter fast doppelt so hoch liegen wie beim preiswertesten anderen Anbieter, der keine Vorauszahlung verlangt, hat dann die Stadt Oldenburg seit Bestehen der Hartz-Gesetze nicht ungefähr 40 Millionen Euro zu viel an Heizkosten an den örtlichen Anbieter bezahlt und dadurch das Geld der Steuerzahler verschwendet, während auf Seite der Betroffenen wegen Absperrung der Energielieferung sogar schon Kinder ums Leben kamen, weil die Eltern ihre Energielieferung nicht mehr bezahlen konnten?“

„Links wirkt“, ich lache mich tot! Es ist einfach nur beschissen mit dieser Partei, auf die Millionen ihre Hoffnung gesetzt haben.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Der 47. **Solidaritätsbasar** für Vietnam, Chile, Kuba, Nicaragua und Südafrika findet am **Freitag**, dem **30. November 2012**, im **Gemeindehaus** von Sankt Stephani, **Stephanikirchhof 8**, statt. Ab **18 Uhr** öffnet der Basar, auf dem Bücher, Kalender, Kunstgewerbe, Handarbeiten, Marmelade, Brot und Kekse angeboten werden.

Alle vier Jahre wieder: Vor Bundestagswahlen wird den Hartz-IV-Hungerkurenden folgenlos ein neuer Kühlschrank versprochen *(„Hartz-IV-Plattform“)*

Ralph Boes bejubelt „Erfolg“: Ist der Einsatz eines Menschenlebens das richtige Kampfmittel gegen das Sanktionsunrecht? *(„Hartz-IV-Plattform“)*

Bis **Weihnachten** findet die **Bremer Montagsdemo** zur gewohnten Zeit auf dem **Hanseatenhof** statt.

Wir laden herzlich ein zur **Weihnachtsfeier** der **Bremer Montagsdemo** im Anschluss an unsere letzten Kundgebung in diesem Jahr, also am **17. Dezember 2012**. Beginn ist gegen **19:15 Uhr**, diesmal – weil das „Naturfreundejugendhaus“ in der Buchtstraße wegen Renovierung geschlossen ist – im „**Jugendfreizeitheim Buntentor**“, Geschwornenweg 11a (Neustadt), Haltestelle „Rotes-Kreuz-Krankenhaus“ (Linie 4/5). Es soll wieder Würstchen, Salate, Glühwein, Plätzchen und Kuchen geben, außerdem möglichst viele kulturelle Beiträge. Das steht und fällt natürlich auch mit eurer Initiative!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

403. Bremer Montagsdemo am 03. 12. 2012

„Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt“

1. Weil viele Frauen sich die Ausgaben für eine Haushaltshilfe sparen wollten, würden sie auf ihren Job verzichten, tönen Familienpolitiker aus Union und FDP. Nun will die schwarzgelbe Koalition nach der hitzigen Debatte um die „Herdprämie“ Frauen dabei unterstützen, Haushalt und Beruf unter einen Hut zu bringen und die Anstellung von **Haushaltshilfen** bezuschussen. Will das Gruselkabinett etwa ernsthaft Frauen unterstützen? Ach so, jetzt verstehe ich: Natürlich nur den besser verdienenden Frauen soll dabei geholfen werden, nach der Erziehungszeit zurück in den Beruf zu finden. Dafür sollen Frauen aus dem abgehängten Prekariat gucken, wie sie ihre eigenen Kinder irgendwo unterbringen, ihren eigenen Haushalt irgendwie nebenbei verrichten und flugs den Damen aus der besser verdienenden Schicht die Reproduktionsarbeit in deren gemütlichem Heim abnehmen!

Die stellvertretende Unions-Fraktionsvorsitzende Ingrid Fischbach sagt, den gut ausgebildeten Frauen müsse Zeit und Hilfe für den Wiedereinstieg in den Beruf gegeben werden, um Haushalt und Beruf wieder unter einen Hut zu bringen. Die anderen, schlechter ausgebildeten Frauen, die eine wirtschaftliche Hilfe eigentlich viel nötiger hätten, müssen in die Röhre gucken und wie immer allein sehen, wie sie klarkommen. Schon wieder wird die Verantwortung für die Erziehung und das Vereinbaren von Haushalt und Beruf einseitig den Frauen aufgelastet, vor allem allerdings den gesellschaftlich schlechter gestellten, den ärmeren Frauen. Diese können sich keine Haushaltshilfe leisten! Sie bekommen mitnichten vom Staat monatlich 15 Stunden haushaltsnaher Dienstleistungen mit einem Zuschuss von sechs Euro pro Stunde gefördert. Hurra, ganz nebenbei werden so auch wieder schlecht bezahlte Arbeitsplätze gefördert!

Da sind sich Arbeitsministerien Ursula von der Leyen und Familienministerin Kristina Schröder absolut einig. So trägt das Gruselkabinett mit dazu bei, dass Frauen in Deutschland nach OECD- Angaben überdurchschnittlich häufig in schlecht bezahlten Teilzeitjobs arbeiten. Das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen ist das höchste innerhalb der Europäischen Union: In Vollzeit beschäftigte Frauen verdienen durchschnittlich 21,6 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Auch das Ehegattensplitting, das Familien mit nur einem Verdiener oder mit großen Einkommensunterschieden begünstigt, trägt mit dazu bei, dass in Deutschland vergleichsweise wenige Frauen erwerbstätig sind. Ich fordere, dass das Ehegattensplitting als Alleinverdienerinnenmodell auch von Alleinerziehenden genutzt werden kann, um die Armut in den Ein-Elter-Familien abzumildern!

2. Aus einer Studie des „Allensbacher Instituts für Demoskopie“ geht hervor, dass sich mehr als die Hälfte der jungen Erwachsenen aus der deutschen Unterschicht nicht vorstellen kann, dass ihnen ein **Aufstieg** in eine höhere soziale Schicht möglich ist. Die von „Bild der Frau“ beauftragten Meinungsforscher befragten insgesamt 2.800 Menschen in Schweden und Deutschland zu Betreuung, Förderung und Erziehung von Kindern. Mehr als ein Drittel der Deutschen sei überzeugt davon, dass Leistung sich nicht lohne und allein das Elternhaus zähle. Nicht mal ein Fünftel glaubt, dass es jemand durch persönliche Anstrengungen in der Regel auch „zu etwas bringt“. Meiner Meinung nach werden diese Einschätzungen von der Statistik immer wieder bestätigt, die unaufhörlich gebetsmühlenartig postuliert, wie sehr in Deutschland der Bildungserfolg weiterhin von der sozialen Herkunft abhängig ist!

Mir ist völlig klar, dass die Gazette mit den vier Großbuchstaben es ihrem Auftrag gemäß gar nicht anders machen kann, als diese Tatsache zu ignorieren und daraus in fettern Lettern nur die Überschrift „Wenn ich groß bin, werde ich Hartz IV wie Papa“ zu modellieren. Entgegen der Hetze, die suggerieren möchte, Hartz IV könne gar zu einem „erfolgversprechenden Zukunftsmodell“ geadelt werden, haben die Kinder der Transferleistungsbezieher genügend Verfolgungsbetreuung in allen Varianten mitbekommen und werden diese bevormundende Form der Gängelung und Unterdrückung kaum zu ihrer eigenen Zukunft machen wollen! Weil solche Perspektivlosigkeit etliche Jugendliche so frustriert, steigert sich bei vielen das Aggressionspotential. Ganz anders sieht es in Schweden aus, wo die Bildungsverantwortung keinesfalls so stark und einseitig an die Eltern übertragen wird. Dort sind unabhängig von der sozialen Schicht zwei von drei jungen Erwachsenen überzeugt davon, dass jeder „alles werden“ kann.

3. Die Bundesregierung hat in ihrem „Armuts- und Reichtumsbericht“ Passagen gestrichen, die auf Kritik der FDP gestoßen waren. So wurde aus der Einleitung des Regierungsdokuments die Aussage „Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt“ entfernt. Auch der Hinweis, dass die **Einkommensspreizung** zugenommen habe und dies „das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölke-

rung“ verletze, ist nicht mehr enthalten. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sagte, die Bundesregierung wolle entscheidende Passagen des Berichts verwässern, verschleiern und beschönigen. Stattdessen wird nun darauf verwiesen, dass im unteren Lohnbereich „viele Vollzeitjobs“ entstanden seien.

Es ist wirklich eine Glanzleistung, dass Menschen, die in Vollzeit schuften, nicht mal von ihrer Hände Arbeit leben können und immer noch auf Transferleistungen angewiesen sind, weil sie sich ihren kargen Lohn mit ALG II aufstocken müssen! In dem euphemisierenden Bericht tauchen sogar bestimmte Fakten, zum Beispiel dass im Jahr 2012 in Deutschland knapp über vier Millionen Menschen für einen Bruttostundenlohn unter sieben Euro arbeiten müssen, einfach nicht mehr auf. Es kann nicht sein, was nicht sein darf!

Herzallerliebst echauffierte sich der Wirtschaftsminister bereits im September, der Bericht entspreche nicht der Meinung der Bundesregierung. Seit wann stellen Fakten Meinungen dar? Wer nur Meinungen verbreiten und veröffentlichen möchte, kann sich das Sammeln von Fakten sparen. Klar ist nur: Je schlechter die Politik ist, umso besser muss die Propaganda sein! Die Bundesregierung konnte schon viel üben, wie wir monatlich an den frisierten Arbeitslosenzahlen bewunden dürfen: Dort wird immer gestrichen, was nicht ins Weltbild von den sinkenden Arbeitslosenzahlen passen mag.

4. Immer mehr Banken wollen die kostenlosen **Konten** abschaffen und „informieren“ deswegen ihre Kunden über eine „Umstellung“ in kostenpflichtige Konten. Glücklicherweise geht das aber nicht so einfach, wie sich das diese Banken vorstellen: Ein aktuelles Urteil des Landgerichts Mönchengladbach (Aktenzeichen 8 O 62/12) widerspricht dieser Praxis. Die zusätzlichen fünf bis zehn Euro würden für Normalverdiener keine großen Einbußen bedeuten, wohl aber eine weitere zusätzliche Belastung für einkommensschwache Haushalte. Die Richter sagten, dass eine Bank einen Vertrag nicht einseitig ohne eindeutige Zustimmung des Bankkunden ändern könne.

Stattgegeben wurde dabei einer Klage des „Bundesverbandes der Verbraucherzentralen“ gegen die Santander Bank AG. Die Verbraucherschützer hatten erfolgreich gegen die beinahe automatische Kontoumstellung geklagt, weil es nicht sein könne, dass Unternehmen ihre Verträge jederzeit automatisch zulasten der Verbraucher ändern dürften, die erst mit kostenlosen Angeboten angelockt würden und später doch zahlen müssten. Leider ist das Urteil noch nicht rechtskräftig. Klar ist nur: Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt! Denn wer sich wehrt, der kann verlieren – aber wer sich nicht wehrt, der hat schon verloren!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

Alle vier Jahre wieder: Ab Juli wird die FDP von den Medien zu neuem Erfolg hochgeschrieben *(„Nachdenkseiten“)*

Die Regierung hat mal wieder Kreide gefressen

Es ist schon einen Riesenleistung, die letzte Woche von Rösler, von der Leyen und Merkel präsentiert wurde: Der neue Armutsbericht der Regierung leistet Schönfärberei vom Feinsten. Die Tatsachen aus der ersten Fassung werden einfach kurzerhand gestrichen. Dieser Manipulation fallen dann Aussagen zum Opfer wie „Das Privatvermögen in Deutschland ist sehr ungleich verteilt“. Dass die Schere zwischen Arm und Reich durch die Umverteilungspolitik der Regierung immer größer wird, davon war von Anfang an natürlich gar nicht die Rede. Auch die Feststellung „Die unteren Löhne sind in den letzten zehn Jahren preisbereinigt gesunken“ hat es nicht durch die Zensur geschafft.

Dabei pfeifen die Spatzen die Kunde von dieser Entwicklung von den Dächern, denn immer mehr Menschen wissen nicht, wie sie mit den Hungerlöhnen und Hartz IV durchkommen sollen. Da passt es natürlich nicht ins Bild, dass inzwischen „über vier Millionen Menschen für einen Bruttolohn von unter sieben Euro arbeiten müssen“. Nach der Zensur können dann die großen Leistungen und Wohltaten der Regierung auf 500 Seiten gebührend gefeiert werden. Eigentlich reicht doch für die ganze Heuchelei ein einziger Satz von Frau Merkel: „In Deutschland ist alles prima.“ Die ganzen Kosten für Recherchen, Erklärungen und Märchenerzählungen eines gefälschten Armutsberichts könnten eingespart und direkt an die Konzerne und Banken überwiesen werden.

Harald Braun

„Wir wollen keine Fehler machen, deshalb trödeln wir so lange“:
Rentenversicherung bewilligt 55-jährigem Montagsdemonstranten
Umschulung mit 58 *(„Tageszeitung“)*

„Minijobs führen in Armut und vernichten reguläre Beschäftigung“

„Die Linke Bremen“ schreibt: „Ab dem 1. Januar 2013 wird die Verdienstgrenze bei Minijobs auf 450 Euro angehoben. Dies hilft aber nicht den Minijobbern, son-

dern wird die Verdrängung regulärer Beschäftigung noch weiter vorantreiben. Im Land Bremen gab es Ende 2011 bereits 72.500 Minijob-Beschäftigte. Damit ist in Bremen inzwischen jedes fünfte Arbeitsverhältnis ein Minijob, der Frauenanteil liegt bei über 60 Prozent.“

Dass Minijobs reguläre Beschäftigung vernichten, wie der Verfasser titelt, dürfte aber nicht ganz richtig sein. Minijobs sind schließlich reguläre Beschäftigung, keine Schwarzarbeit. Dass Unternehmer nur für Lohnarbeitsstunden bezahlen wollen, für die sie auch Verwertung und entsprechenden Nutzen haben, müsste eigentlich allen klar sein. Es ist ein Fehler, insgesamt an der Lohnarbeit festhalten zu wollen: Es gilt, die Lohnarbeit zu überwinden!

Natürlich haben Minijobs für die Arbeitgeber Vorteile, denn sie senken die Abgaben für die Sozialversicherung und damit die Lohnkosten, die wiederum ein Teil der Produktionskosten sind. Im Kapitalismus geht es nur darum, günstiger als die Konkurrenten zu produzieren. Entsprechendes gilt auch für den Handel und für Dienstleister. Alle Unternehmer(innen) werden nur jene Lohnarbeitsstunden bezahlen, die sie benötigen, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Wer das nicht einsehen will, muss sich in letzter Konsequenz von diesem System verabschieden. Genau das wollen die meisten Arbeitnehmer(innen) aber gar nicht. „Arbeit um jeden Preis“ scheint eher die Devise zu werden, und der Spruch von Müntefering – „wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ – wird von einer Mehrheit wohl immer noch für richtig gehalten. Wer vermittelt schon, dass die Eigentumsfrage gestellt werden muss und die Lohnarbeit abgeschafft gehört? Die Partei, die sich „Die Linke“ nennt, zumindest kaum!

Immerhin wächst vielerorts nun bei den Taxifahrern die Bereitschaft, sich zu wehren: Es gibt Bestrebungen, sich überregional zu vernetzen. So stehen die „IG Bremer Taxifahrer“ – mit Kontakten nach Niedersachsen und Hamburg – und der Betriebsrat des „Kasseler Taxi-Teams“ in fruchtbarem Austausch. Demnächst soll es bundesweite Veröffentlichungen geben, aus denen langfristig eine „Bundeskoordination der Taxifahrer(innen)“ entstehen könnte.

Außerdem stellt sich ein neues „Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum“ vor. Was ist neu daran? Ähnliche Forderungen erheben die Gegner der asozialen Hartz-Gesetze schon seit Jahren. Man muss der Entsolidarisierung der Lohnarbeitenden und der Menschen, die hiervon weitgehend ausgeschlossen werden, entgegentreten und ihre Interessen unter einen Hut bringen. Sonst wird es weiterhin so sein, dass es auf der einen Seite die sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten gibt – mit der immer weiter zunehmenden Belastung durch entsprechende Arbeitsverdichtung – und auf der anderen Seite 34 Millionen Menschen, die sich durchschnittlich mit 25,25 bezahlten Lohnarbeitsstunden begnügen müssen.

Ohne dass ein Bündnis auch die Lohnarbeiter(innen) mit einbezieht, wird es schwierig sein, die notwendige Solidarität zu erreichen. Lebensstandardsicherer und Besitzstandswahrer werden das mit aller Macht zu verhindern wissen und so die Unternehmer(innen), sprich: das Kapital unterstützen statt die Menschen ihrer eigenen Klasse. Radikale Umverteilung aller Arbeit und ein Mindestlohn plus ein vorgeschaltetes solidarisches Grundeinkommen müssen zur Mindestforderung dieses Bündnis werden! Ansonsten wird es weitergehen wie bisher: Jedes Jahr werden die finanziell benachteiligten Menschen in monatlicher Höhe eines Heiermanns als Verwertungsreserve am Leben erhalten, so gut das Kapital es notwendig findet.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Jeder Gang macht schlank: Welcher Arbeitslose schafft zuerst 8.848 Meter? *(„Bild“-Zeitung)*

Unter Sanktionsdrohung und nah der Wohnung: Dienstleistungsunternehmer soll als Klomann auf dem Weihnachtsmarkt jobben *(„Hartz-IV-Plattform“)*

Machen wir uns unabhängig von Atomstrom!

In den Tagen vor dem 20. November 2012 bekamen in Deutschland die allermeisten Stromkunden von ihren Lieferanten die schon lange angedrohte Nachricht einer saftigen Strompreiserhöhung zum 1. Januar 2013, zum Beispiel bei der SWB von 14,7 Prozent. Es ist gesetzlich vorgeschrieben, dass so etwas sechs Wochen vorher angekündigt werden muss. Dieser Stichtag, damit alles problemlos und rechtskräftig durchgeführt wird und sich niemand beschweren kann, ist wieder mal ein Beweis dafür, wie skrupellos hier Gesetze von jedem Stromer ausgenutzt werden können.

Es wird deshalb nicht nur Beschwerden geben: Massive Proteste hageln in ganz Deutschland, denn am schlimmsten betroffen sind die sozial Schwächsten, die etwa per Hartz-Gesetz dazu gezwungen werden zu sparen – während Gauner-Kollegen der Atomlobbyisten wie Banken und Groß-Verschwender von den Preiserhöhungen ausgenommen sind. Es ist wie immer: Stromer und Gauner helfen sich gegenseitig beim Abzocken der Schwächsten. Doch die Schwächsten

werden bald die große Mehrheit sein, und ihr Widerstand wird wachsen. Hierzu möchte ich uns allen Mut machen.

Immerhin haben wir schon erreicht, dass der Deutsche Bundestag am 30. Juni 2011 mehrheitlich beschlossen hat, bis 2022 aus der Atomenergie auszusteigen. Daraufhin wurden sofort acht Meiler stillgelegt. Der Anteil an Atomstrom ist in Deutschland in nur zwei Jahren von 25 auf zwölf Prozent gesunken. Das ist zum größten Teil den Massenprotesten der Bevölkerung zu verdanken, denn 80 Prozent aller Deutschen sind noch immer gegen Atomkraft. Weitere positive Trends sind sichtbar.

Die erneuerbaren Energien haben in diesem Jahr einen Anteil von über 25 Prozent erreicht, also die Atomenergie längst überholt, und werden sie in wenigen Jahren verdrängen. In der Herstellung sind die erneuerbaren Energien heute schon günstiger als Atom- oder Kohlestrom. In Deutschland wurde die Solarenergie in den letzten 15 Jahren aufgebaut, sodass die Module heute so günstig sind, dass sie sich zum Beispiel jeder Autofahrer leisten kann. Die Vergütungen von privat erzeugtem und eingespeistem Solar- und Windstrom sind allerdings viel niedriger geworden als der Preis, der für den Einkauf von Strom gezahlt werden muss.

Deshalb werden immer mehr Privatleute den Wunsch haben, sich von ihren Stromlieferanten unabhängig zu machen und ihren eigenen Strom zu erzeugen. Es ist kein technisches Problem, sich zum Beispiel ein privates zusätzliches Gleichstromnetz zu installieren und entsprechende Geräte anzuschließen. Sprechen auch Sie mit einem Fachhandwerker über dieses Thema! Das wird mit Sicherheit in den nächsten Jahren ein stark wachsender Trend, von dem letztendlich alle Stromkunden profitieren – wenn die Strompreise weiter steigen, überlisten sich die Energiekonzerne damit selbst.

Die genannten Kosten für den Netzausbau und den Abbruch alter Atomkraftwerken sind nur Scheinargumente zur Strompreiserhöhung. In Wirklichkeit werden damit nur Strombörsen aufrechterhalten, Gewinne gesteigert und Spekulanten begünstigt. Machen wir uns also unabhängig vom Atomstrom, lassen wir ihn liegen wie eine vergammelte Wurst im Supermarkt! Dann brauchen wir nicht mehr zu warten auf gnädige Sponsoren oder gar auf Gesetzesänderungen.

Helmut Minkus (parteilos)

„Stuttgart 21“ steht auf der Kippe: Ein Jahr nach der Volksabstimmung explodieren „plötzlich“ die Kosten *(„Süddeutsche Zeitung“)*

Gespräch beim Chef: Sollen Mitarbeiter Listen von Sparmaßnahmen einhalten und Sanktionen aussprechen, wo es keinen Widerstand gibt? *(Pete Ording)*

Sozialbehörde verweigert Diabetesbehandlung: In diesem Land werden wieder Behinderte ermordert *(„Fünf Jahre Hartz IV“)*

Bis **Weihnachten** findet die **Bremer Montagsdemo** zur gewohnten Zeit auf dem **Hanseatenhof** statt.

Ein breites linkes Bündnis ruft am **Montag**, dem **10. Dezember 2012**, dem **Tag der Menschenrechte**, ab **17 Uhr** am **Ziegenmarkt** im Steintorviertel zur **Demonstration** gegen die zynische Friedensnobelpreis-Verleihung für die **Kriege der EU** auf. Die Montagsdemo wird sich auf dem Zug durch die Innenstadt ab Hanseatenhof einreihen.

Wir laden herzlich ein zur **Weihnachtsfeier** der **Bremer Montagsdemo** im Anschluss an unsere letzten Kundgebung in diesem Jahr, also am **17. Dezember 2012**. Beginn ist gegen **19:15 Uhr**, diesmal – weil das „Naturfreundejugendhaus“ in der Buchtstraße wegen Renovierung geschlossen ist – im „**Jugendfreizeitheim Buntentor**“, Geschwornenweg 11a (Neustadt), Haltestelle „Rotes-Kreuz-Krankenhaus“ (Linie 4/5). Es soll wieder Würstchen, Salate, Glühwein, Plätzchen und Kuchen geben, außerdem möglichst viele kulturelle Beiträge. Das steht und fällt natürlich auch mit eurer Initiative!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

404. Bremer Montagsdemo am 10. 12. 2012

Wer führt Krieg in Afghanistan? Die EU!

Die EU sei „das größte Friedensprojekt, das die Weltgeschichte gesehen hat“, verkündete Bürgermeister Böhrnsen vor einigen Wochen anlässlich der Nobelpreisverleihung an die EU. Dies sagt der Bürgermeister, obwohl er genau weiß, dass das Bündnis hemmungslos aufrüstet, überall in Kriegen mitmischt und selber Kriege führt. Die Liste ist lang, und Deutschland ist immer an erster Stelle dabei! Diese führt über Jugoslawien, den Irak und jetzt auch Syrien, mit der Stationierung von „Patriot“-Raketen in der Türkei.

Die EU ist zudem vor allem in Afrika an zahlreichen Militärinterventionen zur Absicherung ihrer wirtschaftlichen und strategischen Interessen beteiligt. In Afghanistan führt sie – angeblich im Namen der Menschenrechte – seit vielen Jahren zusammen mit den USA Krieg. Die Bundeswehr setzt Aufklärungsdrohnen ein, die von der Bremer Rüstungsfirma Rheinmetall gefertigt werden. Eine solche Drohne kam 2009 beim Bombenangriff auf zwei Tanklastzüge bei Kunduz zum Einsatz, bei dem über hundert unschuldige Menschen ums Leben kamen. Dies sind nur einige Beispiele, und es ließen sich noch etliche hinzufügen.

Überall sind europäische Waffen und oft auch Soldaten mit im Spiel. Es scheint für Böhrnsen kein Widerspruch zu sein, als „Mayor for Peace“ („Bürgermeister für den Frieden“) die Bremer Kriegsgüterbetriebe nach Kräften zu fördern und zu unterstützen! Diese sind bekanntlich ein wichtiger Teil der expansiven europäischen Rüstungsindustrie, die ihre Waffensysteme vor allem in Krisen- und Kriegsgebiete in Asien, in Afrika und in den Nahen Osten exportiert. Es seien hier nur einige Länder genannt: Nigeria, Angola, Pakistan, Malaysia, Thailand und nicht zuletzt Saudi-Arabien mit seinem menschenverachtenden Regime. Diesem hat die deutsche Bundesregierung erst kürzlich wieder eine neue Panzerlieferung in Aussicht gestellt.

Die Lissabon-Verträge verpflichten jeden Mitgliedsstaat zu größten eigenen Rüstungsanstrengungen und damit zum unbedingten Ausbau seiner militärischen

„Fähigkeiten“. Die EU steht schließlich auf Platz 1 der Weltrangliste beim Rüstungsexport. Das Bündnis ist also alles andere als eine Friedensmacht. Es bekämpft zudem Flüchtlinge an seinen Außengrenzen mit militärischen und polizeilichen Mitteln und mit modernster Satellitentechnologie, die überwiegend aus Bremen stammt. Die Raumfahrtindustrie der Hansestadt beteiligt sich damit am Krieg gegen Flüchtlinge, wie er im Mittelmeer geführt wird, und der jetzt schon Tausenden das Leben gekostet hat.

Auf diese Weise schottet sich die frisch gekürte Friedensnobelpreisträgerin von den Folgen und den Opfern ihrer eigenen Ausbeutungspolitik ab. Um sich den Nobelpreis wirklich zu verdienen, müsste die EU den von ihr ausgeplünderten Ländern großzügige Entschädigungen zahlen und angemessene Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Sie muss ebenso dabei helfen, die kriegszerstörten Infrastrukturen wieder herstellen. Entstehende Konflikte sind nicht mit militärischen, sondern ausschließlich mit zivilen Mitteln zu lösen.

Wahre Friedenspolitik kann weiterhin nur heißen: Wirksame Hilfe beim Aufbau ziviler Infrastrukturen in den sogenannten Entwicklungsländern und ein striktes Verbot aller Rüstungsexporte. Die europäischen Rüstungsbetriebe sind in Stätten ziviler Produktion umzuwandeln! Die EU-Truppen sind aus den Krisen- und Kriegsgebieten zurückzubeordern! Nur so kann, wie Böhrnsen es ausdrückt, Europa wirklich das größte Friedensprojekt werden, das die Weltgeschichte gesehen hat! Aber bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Deutschland muss den Anfang machen! Fordern wir jetzt Schritte zu echter Friedenspolitik!

Wieland von Hodenberg („Bremer Friedensforum“, „Solidarische Hilfe“)

Umschulung mit 58 Jahren erkämpft

Zu vermelden ist ein Erfolg gegen die Altersdiskriminierung! Nach drei Jahren und zwei Prozessen habe ich es endlich geschafft: Die Rentenversicherung Oldenburg-Bremen muss mich im Alter von 58 Jahren in einem neuen Beruf qualifizieren. Das ist ein Erfolg, der auch anderen Menschen Mut machen kann, sich gegen die altersbedingte Benachteiligung zu wehren. Meine Geschichte ist jedoch eine wahre Odyssee.

Die alltägliche Altersdiskriminierung habe ich zum ersten Mal im Sommer 2009 erlebt. Am Arbeitsplatz hatte ich mir einen Bandscheibenvorfall zugezogen – die Kündigung nach einer Woche Krankmeldung war die Folge. Mein Chef wollte mich schon länger loswerden, weil der 40-prozentige Lohnzuschuss aus dem „Ü50-Programm“ des Arbeitsamtes ausgelaufen war. Da-

gegen konnte ich nichts unternehmen, denn die Regierung hatte 2008 den Kündigungsschutz für Betriebe unter zehn Beschäftigten beseitigt.

Nach langer medizinischer Rehabilitation wurde meine Berufsunfähigkeit als Drucker festgestellt, und ich bekam mit 56 eine Teilerwerbsrente – monatlich sage und schreibe 278 Euro nach 37 Jahren Einzahlung in die Rentenversicherung! Weil ich nicht in einem Billigjob enden wollte, kämpfte ich um eine Umschulung durch die Rentenversicherung. „40 Jahre ist die Grenze für Umschulungen“, wurde mir gesagt.

Im Bescheid wurde die Ablehnung vollmundig mit „Wirtschaftlichkeit“ und „Verantwortung für kommende Generationen“ begründet. Aber es handelte sich schlichtweg um eine Benachteiligung aufgrund meines Alters, die ich nicht akzeptieren wollte. Ich informierte mich umfassend über die Rechtslage und erarbeite selbständig eine Klage, in der die Forderung nach Gleichbehandlung im Alter auf Grundlage des Antidiskriminierungsgesetzes im Mittelpunkt stand.

Nach einem Jahr fand der erste Prozess vor dem Sozialgericht in Bremen statt. Der Richter stellte fest, dass die angebotene „Wiedereingliederungshilfe“ zur Teilhabe am Arbeitsleben in Form eines Lohnzuschusses für künftige Arbeitgeber unzureichend ist. Der Prozess endete mit einem Vergleich, dass die Rentenversicherung mir ein neues Angebot für eine berufliche Perspektive machen muss. Dieser Vergleich war zu allgemein, durch meine Unerfahrenheit stimmte ich ihm etwas blauäugig zu.

Mir wurde dann allen Ernstes dasselbe Angebot wieder gemacht, das ich bereits ein Jahr vorher erhaltene hatte – nichts mit Qualifizierung für eine neue berufliche Perspektive! Als ich die Missachtung des Urteils und die Verweigerung meiner Qualifizierung durch die Rentenversicherung in einer neuen Klage darlegte und damit drohte, an die Öffentlichkeit zu gehen, kam das „tolle“ Angebot zu einem Schnellkurs als Lagerarbeiter. Da ich aber gar nicht mehr schwer tragen kann, lehnte ich dankend ab.

Es ging mir von Anfang an nicht nur um meine Angelegenheit, sondern um die Entwicklung einer Solidarität gegen den Abbau sozialer Errungenschaften und um eine gesellschaftliche Alternative, in der niemand mehr zum „alten Eisen“ abgeschoben wird. Gegen Altersarmut und Altersdiskrimierung wurde auf der Bremer Montagsdemo häufig protestiert.

Als sich mir Ende 2011 die Chance bot, im Theater Bremen an der Inszenierung von „Alt, arm, arbeitslos – Die Bremer Stadtmusikanten“ unter der Regie von Volker Lösch mitzuwirken, betrat ich zum ersten Mal die große Bühne. Gemeinsam mit 16 Laien und sechs professionellen Schauspielern, die alle aufgrund ihres Alters „vom Hof gejagt“ wurden, entstand anhand unserer Biographien ein gesellschaftskritisches Stück, das für viel Aufsehen und hohe Anerkennung sorgte.

Durch die sich entwickelte Solidarität platzte daraufhin der Gerichtssaal beim zweiten Prozess aus allen Nähten. Das Urteil vom Mai 2012 ist ein echter Erfolg und hat Bedeutung für viele andere Betroffene, denn es wird ein „Ermessensfehlgebrauch“ der Rentenversicherung gerügt, „wenn sie Umschulungen ausschließ-

lich mit Hinweis auf das Alter des Klägers und die aus diesem Grunde fragliche Wirtschaftlichkeit dieser Maßnahmen ablehnt“.

Die billigen Angebote der Rentenversicherung werden abgelehnt, weil „aufgrund ihrer Niedrigschwelligkeit eine seine Potentiale ausschöpfende Integration des Klägers äußerst fraglich ist. Aus § 9 Absatz 1 SGB VI und § 33 Absatz 1 SGB IX ergibt sich, dass Leistungen zur Teilhabe die vollständige Rehabilitation des Versicherten zum Ziel haben. Die Leistungen müssen darauf ausgerichtet sein, den Versicherten möglichst auf Dauer in Arbeit, Beruf und Gesellschaft einzugliedern.“

Aber Recht haben und Recht bekommen sind auch hier mal wieder zwei Paar Stiefel. Sechs Monaten weigerte sich die Rentenversicherung, das Urteil des Gerichts umzusetzen. Erst nach der Androhung einer Untätigkeitsklage kam endlich der neue Bescheid mit der von mir gewünschten Umschulung zum Sozialbetreuer in der Behindertenhilfe. Dass die Rentenversicherung der Umschulung jetzt mit „Weiterbildung“ einen anderen Namen gibt, tut dem Erfolg keinen Abbruch.

„Ihr langes Zögern begründet ein Sprecher der Rentenversicherung Oldenburg-Bremen damit, ‚dass wir keinen weiteren Fehler machen wollten. Für uns war dieser Fall ja auch etwas Besonderes.‘ Vielleicht, sagt er, müsse die Versicherung in Zukunft mehr darüber nachdenken, wies sie mit älteren Arbeitnehmern verfahre: ‚Solche Fälle kommen jetzt bestimmt noch öfter auf uns zu‘“ („Tageszeitung“ vom 6. Dezember 2012).

Es zeigt sich mal wieder: Man braucht einen langen Atem, Mut, sachliche Kompetenz und solidarische Unterstützung. Denn wer kämpft, kann gewinnen – wer nicht kämpft, hat schon verloren!

Harald Braun

Unmenschen bei Schmaißberger: Wie Behördenvorstand Alt die Öffentlichkeit über die Existenzvernichtung durch Hartz IV belügt *(„Scharf links“)*

3.000 Bremer Schüler gehen auf die Straße: „Weil man uns die Bildung klaut“ *(„Tageszeitung“)*

Die letzte **Bremer Montagsdemo** in diesem Jahr findet am **17. Dezember 2012** zur gewohnten Zeit, also um **17:30 Uhr**, auf dem **Hanseatenhof** statt. Themen sind unter anderem die Kostenexplosion bei „Stuttgart 21“ und das absehbare Scheitern dieses Projektes sowie das Erdgas-„Fracking“ in Norddeutschland – in Verden soll das Bremer Trinkwasser verseucht werden! Wir erwarten Gäste aus den verschiedenen Interessengemeinschaften und Arbeitskreisen gegen „Fracking“. Außerdem gibt es einen Rückblick auf das Jahr 2012 und eine kleine Vorausschau auf 2013.

Anschließend laden wir herzlich ein zur **Weihnachtsfeier** der **Bremer**

Montagsdemo. Beginn ist gegen **19:15 Uhr**, diesmal – weil das „Naturfreundejugendhaus“ in der Buchtstraße wegen Renovierung geschlossen ist – im „**Jugendfreizeitheim Buntentor**“, Geschwornenweg 11a (Neustadt), Haltestelle „Rotes-Kreuz-Krankenhaus“ (Linie 4/5). Es wird wieder Würstchen, Salate, Glühwein, Plätzchen und Kuchen geben, außerdem möglichst viele kulturelle Beiträge. Das steht und fällt natürlich auch mit eurer Initiative!

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

405. Bremer Montagsdemo am 17. 12. 2012

Ist Israel noch zu retten?

Eine Buchbesprechung. Das Buch „Wer rettet Israel?“ von Arn Strohmeyer ist auch ein Dokument der Leidenschaft, die in jener Verantwortung wurzeln dürfte, welche der Autor angesichts des Holocaust und des Völkermordes an den Juden „für dieses unsägliche Verbrechen“ (S. 1) empfindet. Gleich vier Mal begegnet der Begriff „Verantwortung“ bei der Lektüre am Anfang des Buches: Schon auf der ersten Seite wird die „deutsche Verantwortung“ beschworen, auf der zweiten dann die „Verantwortung für Israel und die Juden“, eine „Verantwortung ohne Vorbehalt“, eine „Verantwortung ..., die ihnen (d. h. den Deutschen) aus den Verbrechen des ‚Dritten Reiches‘ gegen das jüdische Volk erwächst“ (S. 2). Als Leserin und Leser droht man, ähnlich wie der Autor, in den Sog des schuldbeladenen Bekenntnisses einer Verantwortung zu geraten, welche von der deutschen Bundeskanzlerin vor dem israelischen Knesset-Parlament als „immerwährend“ und „historisch“ bezeichnet und in den Rang eines Teils der „Staatsräson meines Landes“ erhoben wurde (Angela Merkel im März 2008, zit. S. 236).

In demselben Buch, das leidenschaftlich von der deutschen Verantwortung spricht, werden aber auch andere als die Nazi-Verbrechen benannt. Sie wurden begangen in der Verantwortung des Zionismus, einer nationalistischen Bewegung zur kolonialistischen Inbesitznahme des von den Palästinensern besiedelten „Heiligen Landes“, und sie werden weiterhin ausgeübt in Verantwortung des 1948 von der zionistischen Bewegung gegründeten Staates Israel und seiner Regierungen. Einerseits erinnernd an die deutsche Schuld und andererseits konfrontierend mit den israelischen Schandtaten, erweist sich die Lektüre des Strohmeyer-Bandes als beschämend, bedrückend und belastend. Kein einfaches Buch, kein leicht bekömmlicher Lesestoff.

Worum geht es? Arn Strohmeyer erzählt die Vor- und Gründungsgeschichte des Staates Israel sowie den seitherigen historischen Verlauf der israelischen Politik

im Verhältnis zu den Palästinensern einerseits und den Nachbarstaaten andrerseits. Dabei geht es dem Autor vor allem darum, die zahlreichen „Mythen“, wie er es nennt, zu widerlegen – Legenden, die nicht nur im Selbstverständnis Israels, seiner Politiker und Militärs sowie des Großteils seiner Bewohner verankert, sondern weit darüber hinaus prägend sind. Israel-Mythen bestimmen nicht zuletzt auch und gerade in Deutschland, bei den deutschen Politikern und in der Bevölkerung, das politische Bewusstsein.

Zweck solcher Legenden, die deshalb auch hartnäckig fortbestehen, ist es, hierzulande wie auch in Israel „Identität (zu stiften) und ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu einer Gemeinschaft (zu ermöglichen)“ (S. 12). Im Falle Israels bilden die von Strohmeyer akribisch entlarvten „Mythen“ Narrative mit Rechtfertigungscharakter. Sie legitimieren zum einen die Existenz des israelischen (bzw. jüdischen) Staates auf einem Territorium, das ursprünglich im Zuge kolonialistischer Landnahme durch Ankauf, weitgehend aber unrechtmäßig in Besitz genommen wurde. Zum anderen dienen sie zur Rechtfertigung der seither teils terroristisch, teils mit militärischer Übermacht, teils durch die Besetzung mit „Siedlungen“, immer aber gewaltförmig erfolgten Ausweitung, Annexion und Okkupation der für die zionistische „Heimstatt des jüdischen Volkes“ beanspruchten Landesfläche.

Da die kolonialistische und nationalistische Landnahme den Protest der palästinensischen Bewohner herausforderte, diente und dient deren Widerstand zusätzlich – neben den Mythen – zur Rechtfertigung von Diskriminierung, Unrecht, Vertreibung, Überfällen, Massakern, Gefangennahmen, Folter und Kriegen aller Art. Arn Strohmeyer spricht in wohlbegründeter Weise von Apartheid (u.a. auf S. 90, 154, 171, 173), von Rassismus (u.a. auf S. 101, 123, 156, 160, 167 ff.) und von ethnischer Säuberung (u.a. S. 74 und 131). Damit verbunden sind Anklagen, die auch von kritischen Israelis erhoben, von offizieller israelischer Seite und von Israels Verbündeten aber strikt zurückgewiesen werden.

Analysen statt Legenden. Neben den vielen bestürzenden Fakten, die der Autor recherchiert hat und in seinem Bericht mit Quellen belegt, kommen bei Strohmeyer zahlreiche kritische Historiker und Sozialwissenschaftler aus Israel oder mit jüdischer Herkunft zur Sprache. Sie alle entwerfen ein Bild von Israel, das diametral Gegensätzliches enthält zu dem, was die staatliche israelische Öffentlichkeitsarbeit verbreitet und was auch in Deutschland allgemein gilt: auf politischer Ebene, in den Medien, bei den Kirchen und an den Schulen, nicht zuletzt auch seitens jüdischer Gemeinden und des Zentralrats der Juden.

In ihrer Konsequenz konterkarieren die in Strohmeyers Veröffentlichung gewissenhaft zusammengetragenen Befunde die offiziell propagierte, teils schönfärberische, teils lügnerische Phraseologie von Israels geduldiger Bereitschaft zum Friedensschluss mit einem biterritorialen Staat Palästina (sog. Zwei-Staaten-Lösung) – ein Angebot, das nach israelischer Lesart gegenwärtig von „den Arabern“, „der Hamas“ und durch das Abfeuern von Qassam-Raketen ausgeschlagen werde.

Das israelische Militär, die israelische Regierung und die Mehrheit in der Knesset mit ihren „zionistischen Fraktionen“ Likud und Arbeitspartei (vgl. S. 47) verfolgen in Wahrheit die gegenteilige Absicht. Ihr Ziel schlechthin ist es, den Widerstand der in Gaza und den besetzten Gebieten noch vorhandenen palästinensischen Bewohner zu brechen bzw. sie weitestgehend durch jüdische zu ersetzen. Erreicht werden soll dies mit den Mitteln und Folgen von Diskriminierung, bürokratischer Schikane, Misshandlung, Erschwerung der Lebensbedingungen, wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen, territorialer Verdrängung, Einsperrung, Vertreibung und Tötungen aller Art.

Ausweg oder Perspektive. Für die Palästinenser gibt es nach Maßgabe der von Strohmeyer analysierten israelischen Politik nur einen einzigen Ausweg. Sie sollen für das von ihnen bewohnte und beanspruchte Land die israelische Oberhoheit akzeptieren und sich dem jüdischen Staat als Bürger zweiter, wenn nicht dritter Klasse unterwerfen. Die geschichts- und politikwissenschaftliche Untersuchung von Israels Mehrheitspolitik kommt zu dem Resultat, dass der Friedensprozess ein „Riesenschwindel“ sei (S. 240). Dieses nüchterne, aber auch niederschmetternde Urteil ist der Süddeutschen Zeitung vom 10. April 2008 entnommen. Es stammt aus dem Mund von Henry Siegmann, einem früheren Präsidenten des American Jewish Congress, der heute dem US/Middle East Project vorsteht.

Das Fazit von Henry Siegmann ist dermaßen erschreckend, dass Arn Strohmeyer in seiner Schrift nicht damit zu enden vermag. Der Untertitel des Buches lautet: „Ein Staat am Scheideweg“. In dieser Formulierung kommen der Wunsch und die Hoffnung zum Ausdruck, es sei denkbar und trotz allem immer noch möglich, dass Israel sich eines anderen Weges besinnt, statt den seit Jahrzehnten eingeschlagenen weiter zu gehen – einen anderen Weg als den, der dem Autor zufolge in die „politische Isolierung“ und in einen Zustand von „Lähmung, Stillstand und Immobilismus in der israelischen Politik und Gesellschaft“ (S. 245) führt.

Das würde freilich zunächst und in erster Linie zur Voraussetzung haben, dass die Staaten und Regierungen an der Seite Israels – an erster Stelle die USA, Deutschland und die EU – auf den israelischen Partner entschiedenen Druck ausüben, damit dieser bereit ist zu einer Politik der vorbehaltlosen Anerkennung palästinensischer Interessen, des Ausgleichs, der Abrüstung (auch atomar!) und der gemeinsamen Gestaltung der Zukunft im Nahen Osten. Stellt das eine begründete und begründbare Perspektive dar?

Retter Israels? Mit Blick auf Deutschland und den hiesigen Philosemitismus und -zionismus sind größte Zweifel angebracht. Aufs Ganze gesehen [und m. E. allzu voreilig] stellt Strohmeyer fest, „dass der als Mainstream vorherrschende Philosemitismus sich längst als verkappter Antisemitismus entlarvt hat“ (S. 225). [Das wäre in der Tat eine gute Botschaft!] Er zitiert Judith Butler: „Der Philosemitismus macht dieselben Fehler wie der Antisemitismus ... Der Philosemitismus verkehrt

den Antisemitismus, ohne die Prämisse in Frage zu stellen, die sie beide stützt.“ (Zit. ebd.)

Die These, dass Anti- und Philosemitismus die zwei Seiten einer rassistischen Münze sind, wirft erschreckende Fragen auf: Hat die Judophobie, der Judenhass, sich in unverdächtige Freundschaftsgewänder gekleidet? Werden die Wannsee-Beschlüsse erst jetzt vollständig grausame Wirklichkeit, indem sich das Handeln deutscher Politik „der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet“ (Angela Merkel; zit. S. 236) – einer Sicherheit wohlgemerkt, die allein auf Gewalt, Töten und Waffen beruht und somit ohne menschlich lebbare Perspektive ist?

Die deutschen Waffenlieferungen und -schenkungen an Israel sowie der heuchlerische Schulterschluss mit der israelischen Aggressions- und Besatzungspolitik zeigen an, dass es der Bundesregierung nicht um das friedliche Zusammenleben und die Gestaltung einer humanen Zukunft geht, sondern um Morden, Krieg und Vernichtung. Ein Regime aber, das seine Macht nur auf militärische Überlegenheit allein stützen kann, droht an Waffen zu Grunde zu gehen: physisch oder moralisch.

Verdienstvoll, streitbar und beherzt. Arn Strohmeyer scheut sich nicht, in seiner Untersuchung diese und andere Fragen anzuschneiden und grundsätzliche Problematisierungen aufzuwerfen, die fundamental an deutsche Tabus rühren. Indem er so verfährt, setzt er ein persönliches Zeichen der moralischen Verpflichtung angesichts der historischen Schuld des rassistischen deutschen Herrenmenschentums. Das ist verdienstvoll und verdient Achtung.

Seine Analyse ist aber auch streitbar und beherzt, weil damit das Licht auf ein anderes Herrenmenschentum geworfen wird, welches ohne arisches Vorzeichen gleichfalls die Menschen- und Lebensrechte anderer negiert. Der militante Judaismus der zionistischen Bewegung trägt jedenfalls Herrenmenschenzüge, die – ohne sie denen der Nationalsozialisten gleichsetzen zu wollen – ebenfalls menschenverachtend und gefährlich sind.

Darauf mit seinem Buch hinzuweisen, wird dem Autor gewiss mit bitteren Anfeindungen aus dem Heerlager des philosemitischen Antisemitismus entgolten werden. Allerdings gibt er sich dafür auch die eine oder andere Blöße. Seine Arbeit – teils journalistisch, teils wissenschaftlich – ist wegen der Überfülle der Aspekte anstrengend zu lesen. Sie bietet kleinere formale sowie terminologische Angriffsflächen. Schließlich werden nur die eine Konfliktpartei, die israelisch-zionistische, und deren Verfehlungen untersucht. Es gibt aber auch auf der anderen Seite politische, diplomatische und militärische Fehler: bei den Palästinensern und den Nachbarstaaten Israels. Nicht zuletzt spielen schwerwiegende Fehlentscheidungen der Großmächte eine nicht unwesentliche Rolle.

Die Schwächen des Buches hätten leicht behoben werden können, wenn einer der deutschsprachigen Verlage mutig genug gewesen wäre, die Publikation Strohmeyers in sein Programm aufzunehmen und sie sowohl leserfreundlicher als

auch dem Thema angemessen zu lektorieren. Dem Autor und seiner Veröffentlichung ist daher sehr zu wünschen, dass das Interesse daran eine zweite, verbesserte und ergänzte Auflage (mit Kartenmaterial, Schlagwort- und Personenverzeichnis!) bei einem friedensengagierten Verlag möglich macht. Für den öffentlichen Diskurs ist Strohmeyers Dokumentation eine wertvolle und unerlässliche Quelle.

Rudolph Bauer – Foto: Hella Streicher („NRhZ“)

Strohmeyer, Arn: Wer rettet Israel? Ein Staat am Scheideweg. Bremen 2012. 275 Seiten, 16 Euro. Zu beziehen über arn.strohmeyer(at)web.de

Aus der Bremer „Bild“-Zeitung vom 15. Dezember 2012 ist zu entnehmen, dass auf der Webpage der Bremer „Linken“ eine Rezension des neuen Buches von Arn Strohmeyer durch Professor Rudolph Bauer veröffentlicht wurde. Allerdings erfahren wir dort auch, dass diese Rezension durch den Landesgeschäftsführer „nach einem externen Hinweis“ wieder entfernt wurde. „Bild“ titelt: „Zwei Israel-Hasser bekommen immer wieder ein Forum auf der Partei-Homepage. Wie viel Nazi-Sympathie steckt in den Bremer Linken?“. Derartige bösartige und verleumderische Angriffe passen ins „Bild“. Ich finde es aber mindestens ebenso skandalös, wie der Landesgeschäftsführer der Bremer „Linken“ auf derartige Angriffe reagiert. „Bild“ zitiert ihn mit den Worten: „Wir werden uns darüber unterhalten müssen, dass dies nicht mehr passiert“. Dem kann man nur zustimmen, allerdings bezogen auf diesen Akt von Selbstzensur. Mit freundlichen Grüßen.

Leserbrief von Johannes Feest (Hochschullehrer i.R., Bremen) an „Die Linke“

Einstweilige Verfügungen zur Wohnungsräumung hat es im Rechtsstaat noch nicht gegeben

1. In der Öffentlichkeit mag so niemand recht zur Kenntnis nehmen, dass knapp ein Viertel der EU-Bürger von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen ist. Hierbei wird unterschieden zwischen Personen, die armutsgefährdet sind, nach Sozialleistungen; solchen, die unter erheblicher materieller Entbehrung leiden; und Menschen zwischen null und 59 Jahren in Haushalten mit sehr niedriger Erwerbstätigkeit. Wer von mindestens einem der drei Kriterien betroffen ist, erscheint in dem Report „Armutsgefährdung und soziale Ausgrenzung in der EU 27“.

In Bulgarien traf dies 2011für 49 Prozent der Bevölkerung zu, in Rumänien und Lettland für 40 Prozent. In Litauen betraf die **Armutsgefährdung** ein Drittel der Bevölkerung, in Griechenland und Ungarn 31 Prozent. Ein kleines bisschen besser, aber alles andere als gut sah die Lage in der Tschechischen Republik mit „nur“ 15 Prozent aus, in den Niederlanden und Schweden mit je 16 Prozent sowie in Luxemburg und Österreich mit je 17 Prozent. Deutschland lag mit circa 20 Prozent im unteren Mittelfeld.

Als „armutsgefährdet“ gelten Personen, die in einem Haushalt mit einem verfügbaren Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle leben, welche auf 60 Prozent des nationalen verfügbaren Median-Einkommens (inklusive Sozialleistungen) festgelegt ist. Dabei stellt die Armutsgefährdungsquote eine relative Messgröße von Armut dar. Die Armutsschwelle unterscheidet sich deutlich zwischen den Mitgliedstaaten. 17 Prozent der Bevölkerung in der EU sind auch nach Zahlung von Sozialleistungen armutsgefährdet. Neun Prozent leiden unter erheblichen materiellen Entbehrungen, sodass sie nicht dazu in der Lage sind, ihre Rechnungen zu bezahlen, ihre Wohnung angemessen zu beheizen oder sich ausreichend zu ernähren. Wir sehen: EU macht arm!

2. Nun ist es auch beim „Paritätischen Gesamtverband“ und der AWO angekommen, dass Hartz-IV-Totalsanktionen verfassungswidrig sind, die Streichung des Arbeitslosengeldes II also unvereinbar mit der Menschenwürde ist! Der Geschäftsführer des „Paritätischen“ kritisierte die gängige Praxis von Jobcentern, bei bestimmten Pflichtverletzungen ihrer zur „Kundschaft“ verniedlichten Klientel das Arbeitslosengeld II vorübergehend komplett zu streichen, und sagte, dass es keinen Totalentzug von Leistungen geben dürfe, sondern das Existenzminimum notfalls durch Gutscheine oder durch Sachleistungen zu sichern sei.

Auch Antje Helbig von der AWO hält derartige Totalsanktionen für nicht vereinbar mit dem Grundgesetz und betont, dass sie sich selbstverständlich nicht mit der Menschenwürde vertragen, weil die Betroffenen dadurch in Isolation und im Extremfall auch in Wohnungslosigkeit getrieben werden. Solche drastischen **Sanktionen** sind immer kontraproduktiv! Werner Hesse vom „Paritätischen Gesamtverband“ ergänzt, dass bei den jungen Erwachsen unter 25 Jahren die Totalsanktionen nach dem Gesetz ganz schnell einsetzen. Auf der Straße können sich die Jugendlichen kaum um Arbeit bemühen, daher kommen sie am Ende in Nichtsesshaften- und Obdachlosenheimen an. Allerdings sind sie dann aus der

Statistik verschwunden, demnach „in Arbeit“, und Deutschland sonnt sich in seinen durch brutale Härte gefakten pseudo-niedrigen Arbeitslosenzahlen.

3. Das Augenoptikerhandwerk fordert Sehhilfen für die Bezieher von Hartz IV- und Sozialhilfe, weil gutes Sehen elementar wichtig für die Teilhabe an der Gesellschaft sei. Vor ein paar Tagen endete in Berlin die Aktion „Gutes Sehen für alle“ mit der Abgabe der letzten von knapp 3.000 kostenlosen Brillen an arme Menschen und mit der Erkenntnis, dass es einen großen Mangel in der Versorgung mit **Sehhilfen** bei den Transferleistungsbeziehern gibt. Seit der eher krank machenden „Gesundheitsreform“ 2004 und dem weitgehenden Wegfall der Krankenkassenzuschüsse für Sehhilfen im Rahmen der menschenverachtenden Hartz-Gesetze, die nicht nur Erwerbslose betreffen, haben weder Hartz-IV- noch Sozialhilfe-Bezieher einen realistischen Zugang zu gutem Sehen, „auf das jeder Mensch ein Recht hat“.

Der „Zentralverbandes der Augenoptiker“ und der „Deutsche Caritasverband“ versorgten im Rahmen der Aktion „Armut macht krank“ über die Einrichtungen der Caritas ausgesuchte Berliner mit kostenlosen Brillen und fertigten in über 60 teilnehmenden Innungsbetrieben insgesamt knapp 3.000 Brillen neben dem täglichen Geschäft an. Die 3.000 Brillen sind natürlich nur ein Tropfen auf den heißen Stein, doch als Brillenträgerin weiß ich, wie wertvoll den Begünstigten ihre neue Brille sein muss. Dennoch halte ich diese Aktion trotz der gut gemeinten Absicht ebenso für falsch wie die „Tafeln“, weil sich auf diese Weise unser eigentlich reicher Staat auch weiterhin aus seiner Verantwortung ziehen kann, statt sich gefälligst um eine gute (hier: medizinische) Grundversorgung für alle zu kümmern!

4. Das schwarz-gelbe Gruselkabinett hat beim **Mietrecht** eine neue Reform aus dem Ärmel gezogen. Wir haben uns ja inzwischen daran gewöhnt, dass das Wort „Reform“ synonym für Verschlechterung für viele, im Sinne der Beschränkung oder der Umverteilung von unten nach oben steht, also immer auf Seite der Habenden. Nun wurde ein für Mieter gruseliger Entwurf verabschiedet, der die Streichung des Mietminderungsrechts im Falle von Modernisierungsmaßnahmen ebenso vorsieht wie eine einschneidende Lockerung des Kündigungsschutzes zugunsten der Hauseigentümer. Wenn ein Vermieter energetisch saniert, entfällt künftig trotz Lärm und Bauschutt das bislang gültige Recht auf eine Mietreduzierung.

Als ob das nicht schon genug wäre, darf, wer die Maßnahme vornimmt, die Miete heraufsetzen. Zukünftig werden finanzielle Härten, die Modernisierungsbegehren bis dato ausgeschlossen haben, keine Rolle mehr spielen, und der Vermieter kann bei nicht gezahlter Kaution demnächst eine fristlose Kündigung aussprechen, frei nach dem Motto: „Deine Armut kotzt mich an!“. Der gravierendste Eingriff in die bisherige Rechtslage ist jedoch, dass ein Vermieter per einstweiliger Anordnung zügiger als bisher ein Räumungsurteil erwirken kann, wenn ein

Mieter im Falle der Räumungsklage wegen Zahlungsverzugs gegen die zukünftig vorgesehene „Sicherungsanordnung“ verstoßen hat.

Hier soll nun der Rauswurf ohne Abschluss des eigentlichen Gerichtsverfahrens möglich werden. Der Direktor des „Deutschen Mieterbundes“ kritisiert das Gesetzespaket, weil wir angesichts drastisch steigender Mieten und einer Wohnkostenbelastung auf Rekordniveau Mietrechtsverbesserungen und keine Verschlechterungen bräuchten. Bereits im Oktober wurde vor dem Bundestagsrechtsausschuss angeprangert, die Einführung eines dreimonatigen Ausschlusses des Mietminderungsrechts bei energetischen Modernisierungen sei ein fundamentaler Eingriff in die Systematik des Gesetzes.

Der Vorsitzende Richter am Landgericht Berlin bezeichnete die „Sicherungsanordnung“ als fragwürdig, weil es „eine derartige Regelung wie die einstweilige Verfügung zur Räumung der Wohnung in einem Rechtsstaat wie der Bundesrepublik Deutschland wohl noch nicht gegeben“ habe. Ich empöre mich mit der Berliner Abgeordneten der Linkspartei Halina Wawzyniak, die die Regelung der Räumung per einstweiliger Verfügung für „krass verfassungswidrig“ hält und hofft, dass „dieser Unsinn“ aus dem Gesetz noch verschwindet.

5. In Deutschland arbeiten immer mehr Menschen als Leiharbeiter(innen), in Teilzeit oder in **Minijobs**. Der Anteil dieser „atypischen Beschäftigungsverhältnisse“ verdoppelte sich in den vergangenen 20 Jahren: Er ist seit den frühen 1990er Jahren von rund 20 auf knapp 38 Prozent der Gesamtbeschäftigung gestiegen. Am weitesten verbreitet ist demnach die Teilzeitarbeit, der rund ein Viertel aller Arbeitnehmer nachgehen. 80 Prozent aller Teilzeitbeschäftigungen werden von Frauen ausgeübt. Mehr als zwei Millionen Deutsche verdienen schlecht, obwohl sie einen Berufsabschluss haben. Immer mehr Qualifizierte rutschen in den Niedriglohnsektor, also in einen niedrigen Lohn trotz guter Ausbildung. Es gibt 7,4 Millionen Menschen in Deutschland, die sogenannte Minijobs ausüben, und ich kann mir nicht vorstellen, dass sie alle nur in solchen geringfügigen Beschäftigungen mit einem Gehalt von bis zu 400 Euro pro Monat arbeiten wollen.

Die Gehälter in Deutschland sind im unteren Lohnbereich inzwischen derart gesunken, dass jeder dritte Minijobber den Job als Nebentätigkeit nutzt, um das Gehalt aus dem Hauptberuf aufzubessern. Dabei werden im Hauptjob bereits 41 Stunden pro Woche gearbeitet, im Minijob weitere 5,3 Stunden angehängt. Mehr als die Hälfte der Menschen, die in einem „atypischen Arbeitsverhältnis“ beschäftigt sind, erhält laut Studie nur einen Niedriglohn, wobei die Niedriglohngrenze in Westdeutschland bei 9,50 Euro, in Ostdeutschland bei 6,87 Euro pro Stunde liegt. Niedriger Lohn trotz guter Ausbildung: So „schafft“ die Bundesregierung Arbeitsplätze, mit denen sie die Statistik euphemisiert, indem sie die einzelnen Vollzeitarbeitsplätze in mehrere Minijobs zerlegt.

6. Es gibt Flop-, Mob- oder (No-)**Job-Center**, die meinen, sich ihre eigenen Gesetze schaffen zu müssen! In Zwickau-Glauchau werden regelmäßig Hilfesuchende

an der Informationstheke des Jobcenters abgewimmelt. Wer wegen einer dringlichen Angelegenheit ganz normal das Jobcenter aufsuchen will, hat böse Konsequenzen zu fürchten, da im Eingang ein großes Schild warnt: „Bei Aufgang ohne Aufforderung verstoßen Sie gegen unsere Hausordnung. Vielen Dank für Ihr Verständnis“. Verstöße gegen die Hausordnung würden unter anderem mit Hausverbot geahndet.

Offenbar soll möglichst wenig Kontakt mit den sogenannten Kunden zustande kommen, denn zusätzlich wurden an den Türen der Sachbearbeiter die Namen abgeschraubt. Die Bezieher von ALG II werden dafür schwerlich Verständnis aufbringen können, da sie diesen Ort wohl kaum „aus schier Schandudel“ aufsuchen, sondern weil sie ihre magere Existenz sichern wollen. Ein echter Arbeitsplatz ist beim Jobcenter kaum zu erwarten. Es scheint geplant zu sein, den Erwerbslosen ihr Recht vorzuenthalten. Doch hoffe ich, dass sich die so Behandelten zu wehren wissen!

Elisabeth Graf (parteilos, aber Partei ergreifend) – siehe auch „Die Linke“

EWE hindert Kunden am Wechsel des Anbieters für Gas oder Wärme

Sehr geehrter Herr Professor Doktor Schwandner, ich habe gerade mit der EWE telefoniert, da ich im Gegensatz zum Stromanbieterwechsel beim Gaswechsel, den ich vorher schon beantragt hatte, immer noch nichts gehört habe, weder vom neuen Anbieter noch von der EWE. Nichts habe ich schriftlich bekommen. Nun sagte mir der zuständige Mitarbeiter der EWE heute am Telefon, ich könne den Gasanbieter nicht wechseln, da ich ja Wärme beziehen würde.

Meiner Kenntnis nach sind aber in meiner Wohnung überhaupt keine Messgeräte für Wärme vorhanden. Es wird bei mir immer nur einmal im Jahr der Gasstand abgelesen. Hinzu kommt jetzt ab dem 8. Januar 2013, dass ich einen neuen Stromanbieter habe. Woher will die EWE dann den Strom nehmen, um die ihr (?) gehörenden Heizungskessel zu betreiben? Dann können sie mir theoretisch überhaupt nichts mehr liefern, es sei denn, sie kaufen *meinen* Strom. Abschließend erklärte der Mitarbeiter noch, ich sei vertraglich an die EWE bezüglich der Wärmelieferung gebunden. Ich kann mich aber nicht erinnern, jemals einen solchen Vertrag mit der EWE unterschrieben zu haben.

Nun haben Sie ja öffentlich in der Oldenburger Ratssitzung vom 26. November 2012 erklärt, dass jede(r) Oldenburger Bürger(in) das Recht hat, den Energieanbieter frei zu wechseln. Da die Stadt Oldenburg an der EWE und an der Wohnungsbaugesellschaft GSG, deren Mieter ich bin, beteiligt ist, werden Sie mir bestimmt erklären können, wieso jetzt für mich ein Anbieterwechsel zu einem preiswerteren Gaslieferanten nicht möglich sein soll, zumal das ja gesetzeswidrig sein dürfte?

Ich möchte Sie hiermit bitten, mir meine Nachfrage zu beantworten, bevor ich sie öffentlich im Rahmen der nächsten Einwohnerfragestunde im Rat stelle. Es wird bestimmt viele Mieterinnen und Mieter der Wohnungsbaugesellschaft GSG interessieren, warum sie mehr Geld als nötig für das Heizen ihrer Wohnungen ausgeben müssen. Mit freundlichen Grüßen.

Hans-Dieter Wege (parteilos, Gegner unsozialer Politik)

Dass euch nur anständig schlecht werde vom Zimt aus Madagaskar!

Bald ist schon wieder Weihnachten, mit all seinen Überraschungen. Nicht nur gut gemeinte Geschenke sind dabei, sondern auch faule Haselnüsse oder schimmeliger Zimt für die Lebkuchen von Fuchs und Weiss in Bayern. Zimt hat eigentlich einen tollen Geschmack, aber wenn wir das Gewürz genauer betrachten, erkennen wir Schmerzen. Auf Madagaskar leben viele Bauern, die ihn anpflanzen und ernten, doch dann geht der neoliberale Kapitalismus los: Bauern, die am meisten arbeiten, bekommen wieder mal fast nichts, und beim Reinigen und Sortieren von Zimt ist Kinderarbeit weiter die Regel.

Das wird hier in Deutschland von allen Vertretern ja immer verneint. Dabei ist ganz klar: Von hier, aus einem der reichsten Länder der Erde, wird die Ausbeutung der Welt betrieben. Auch jene, die damals noch Widerstand gegen die Staatsgewalt leisteten, sind jetzt Mittäter der Weltausbeutung, nämlich diese Grünen, damals dieser Schlaumoralist Fischer. In den Neunzigern hat die Masse noch geglaubt, dass Weltgerechtigkeit mit diesen Angepassten gekommen sei, aber nein: Den Einstieg zur extremen Globalisierung haben die Grünen mit beschleunigt!

Zurück zum Zimt: Wer jetzt gern Lebkuchen isst, dem sollte mal anständig schlecht werden, weil Gift den Bauern dort sogar das letzte Taschengeld retten muss, und weil die Kinderarbeit an sechs Tagen in der Woche, zehn Stunden täglich, nicht mal reicht, um das letzte Kleinkind zu ernähren. Das müsste eigentlich zum Boykott der Fabriken Fuchs und Weiss führen! Diese fetten Chefs fressen sich Weihnachten durch, auf Kosten der Bauern auf Madagaskar, abscheulich!

Diese neoliberale Tragödie ist kein Einzelbeispiel, denn der ganze Globus ist voll von diesen Zimthändlern. Sie liefern alles Mögliche, was es gibt, während fast alle Bauern und Arbeiter der Welt arm und klein bleiben sollen. Soziale Gerechtigkeit ist nur über den Mitbesitz durch alle Menschen auf der Welt zu erreichen. Der Sozialismus ist die menschliche und ökologische Erneuerung der Erde. Wenn es so weitergeht, wird die Strafe groß sein: Dann haben diese Herrenmenschen der Finanzen und die Privatbesitzer mit ihren korrupten Staatsvertretungen alles vernichtet. Dann gibt es nichts mehr zu gewinnen.

Zuschrift von Günni, dem „Mann mit dem großen Hut“

Die Geringschätzung der Arbeitslosenfrage

Liebe Genossinnen und Genossen, in der „Roten Fahne“ 32/2012 steht eine Ernährungsberatung, in der das Wort Eiweiß nicht vorkommt. Wann wird das Wichtigste – griechisch: das Protein – behandelt, um im dialektischen Sinne die Ernährungstheorie höher zu entwickeln? Muss zu den vielen Meinungen in Sachen Ernährung nicht Stellung bezogen werden? In Ausgabe 49/2012 steht nun – von der jüngsten Tagung einer sozialistischen Partei – eine Schlussresolution, die sich zur Sozialpolitik nicht äußert.

Bei der Schule des Klassenkampfes ist außer der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit die Umweltfrage nicht geringzuschätzen. Doch wenn die Partei den Menschen in den Mittelpunkt stellen will, darf sie die Arbeitslosen nicht vergessen – das ist für die Montagsdemo gegen Hartz IV das Wichtigste. Wenn die Partei zur Frage der Existenzsicherung schweigt, braucht sie sich über die Stagnation ihrer Mitgliederzahlen nicht zu wundern. Unser aller Ernährungszustand könnte besser sein. Herzliche Grüße.

Gerolf D. Brettschneider (parteilos)

Gewollte Armut: Soziale Spaltung wird unser Land zerreißen *(„Tagesspiegel“)*

Solidarität mit den Opel-Arbeitern in Bochum

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Opel Bochum, General Motors will euer Werk schließen und damit eure Arbeitsplätze und die der Zulieferindustrie vernichten. Wir wollen euch hiermit unsere uneingeschränkte Solidarität versichern. Bereits seit Jahren kämpft ihr für den Erhalt eurer Arbeitsplätze – das hat immer unsere Bewunderung und Solidarität hervorgerufen. Wir wünschen euch und euren Familien viel Kraft und den Mut, den Kampf um jeden Arbeitsplatz mit aller gebotenen Härte zu führen. Wir sind sicher, dass eine riesige Woge der Solidarität aus ganz Deutschland und darüber hinaus euren Kampf unterstützen und beflügeln wird. Herzliche Grüße!

Einstimmig verabschiedet von den circa 30 Teilnehmenden der 405. Bremer Montagsdemo am 17. Dezember 2012

„Das Buch zum Rauswurf-Skandal“: „Emmely“, „Deutschlands berühmteste Kassiererin“, „rechnet ab“ *(„Bild“-Zeitung)*

„Niemand darf wegen seiner Rasse benachteiligt werden“: Am Unisee herrscht Gleichberechtigung von Mensch und Hund *(„Bremen bewegen“)*

Der Rosensteinpark darf nicht abgeholzt werden: Es ist ja nicht einmal die Finanzierung von „S21“ geklärt *(„Open Petition“)*

Die **Bremer Montagsdemo** wünscht einen guten Rutsch! Wir sehen uns im neuen Jahr erstmals am **7. Januar 2013** zur gewohnten Zeit, also um **17:30 Uhr**, auf dem **Marktplatz** wieder.

Amerika stürzt sich von der Haushaltsklippe: Werden die Arbeitslosenhilfe und die Krankenversorgung für Arme gestrichen? *(„Spiegel-Online“)*

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Bremer Montagsdemo

Kontakt

Seit August 2004 treffen wir uns **jeden Montag um 17:30 Uhr** in Bremens guter Stube, am Roland auf dem **Marktplatz**. Wir sind eine bunt zusammengewürfelte Gruppe aus Arbeitslosengeld-I- und -II-Empfängern, Rentnern, Hausfrauen, Schülern, Sozialgeldbeziehern und Arbeitnehmern, die sich mit uns solidarisieren. Die Bremer Montagsdemo ist die größte regelmäßige politische Veranstaltung in der Hansestadt!

Uns eint die **Empörung über die asozialen Gesetze** der Bundesregierung, die sich unter Hartz I bis IV und Agenda 2010 keinen guten Namen gemacht haben. Wir wollen öffentlich zeigen, dass wir damit nicht einverstanden sind! Noch haben nicht alle Menschen begriffen, dass absolut *jeder* davon betroffen ist, sei es bei den Zuzahlungen für die medizinische Versorgung oder den Rentenkürzungen!

Zur Sprache kommen auf der Montagsdemo aber oft auch andere Themen, die uns bewegen und denen immer wieder gemein ist, wie zum Profitscheffeln **das Gemeinwohl mit Füßen getreten** wird. Ab 2010 war dies der Protest gegen das größenwahnsinnige Bauprojekt „Stuttgart 21“, im Jahr 2011 unser Veto gegen den unverantwortlichen Betrieb von Atomkraftwerken, das die Regierung zur Stilllegung mehrerer Altmeiler gezwungen hat.

Wir haben ein **Offenes Mikrofon**, wo jeder zu Wort kommen kann, um die eigene Meinung oder auch ein persönliches Problem vorzutragen. Gerne helfen wir einander, geben Tipps, begleiten uns zur Bundesagentur für Arbeit oder zum (No-)Job-Center. Die Bremer Montagsdemo ist **überparteilich**, vertritt also keine politische Partei. Nur von den Faschisten grenzen wir uns nachdrücklich ab!

Kontakt: **Hans-Dieter Binder** („Die Linke“), Donaustraße 81, 28199 Bremen, Telefon 0421-501 501, GDBinder(at)web.de;
Wolfgang Lange (MLPD), Biebricher Straße 30, 28199 Bremen, Telefon 0421-554 337, Wolfgang.Lange(at)nord-com.net

Zuschriften an: Initiative(at)Bremer-Montagsdemo.de (Verteiler), Manuskripte(at)Bremer-Montagsdemo.de (Redaktion)

Spendenkonto: Jobst Roselius, IBAN: DE25 2011 0022 2837 7391 84, BIC: PBNK DERR XXX (Postbank Hamburg)

Impressum: G. Wulf, Luchtbergstraße 27, 28237 Bremen,
Info(at)Bremer-Montagsdemo.de
Für die Beiträge haften die Verfasser.
Zuschriften können veröffentlicht werden.

www.Bremer-Montagsdemo.de – 17:30 Uhr am Marktplatz

Ehrenamt statt Lohnarbeit?

Die Hartz-Gesetze haben erst den Niedriglohnsektor geschaffen und durch Ein-Euro-Jobs reguläre Arbeitsplätze zerstört, um nun mit dem Ehrenamt sogar die Beschäftigungsträger einzusparen. Auch Sie kriegen bald nur noch eine Grundsicherung! Die wird zwar jährlich „erhöht“, bleibt aber nicht armutsfest. Mit knapp einem Euro dürfen Sie mittags Ihr Kind verköstigen: Gehen Sie doch „tafeln“!

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

Banken retten statt Menschen?

Für „Rettungsschirme“ wie den ESM werden Hunderte Milliarden Euro an Steuergeldern ausgegeben. Öffentliche Dienstleistungen wie Renten- und Krankenversicherung, die Überschüsse erwirtschaften, werden privatisiert, während bei allen Sozialleistungen oder Bildung gespart wird. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Die Lasten der kapitalistischen Krise bezahlen wir nicht!

Der Sozialabbau betrifft uns alle!

Organisieren Sie sich! Und gehen Sie als Erwerbslose(r) niemals allein aufs Amt. Sorgen Sie dafür, dass eingereichte Briefe am Empfangstresen mit Eingangsstempel versehen werden – auch auf Kopie für die eigene Akte. Verlangen Sie selbst Bedenkzeit vorm Unterschreiben!

Nehmen Sie das Ihnen vorgelegte Schriftstück mit, schauen Sie es in Ruhe an und holen Sie Rat auf der **Montagsdemo** – jede Woche um **17:30 Uhr** auf dem **Marktplatz**. Wir sprechen **am Offenen Mikrofon** über den deutschen Unsozialstaat – **überparteilich**, **unabhängig**, **öffentlich**.

Wir wollen, dass endlich die Diskriminierung der Betroffenen seitens der Politik aufhört! Entlassungen, Hartz-IV-Schikanen, Altersarmut, Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, Atomtransporte, Kriegstreiberei: Jede(r) hat eine Rechnung offen. Doch bevor uns der Kragen platzt und wir mit unseren Problemen allein verzweifeln, ist es viel besser, gemeinsam für eine lebenswerte Zukunft aufzustehen!

www.Bremer-Montagsdemo.de

Montagsdemo – warum, für wen?

Im Herbst 1989 begannen in Dresden immer mehr Bürger, ihren Unmut über die Regierung öffentlich zu verkünden: Sie fühlten sich eingesperrt und um elementare Freiheiten und Grundrechte betrogen. Die Montagsdemonstrationen in der ehemaligen DDR führten zum Fall der Berliner Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands. Zur Hauptstadt einer neuen Art von Protestbewegung, die auf viele, besonders strukturschwache Städte übergriff, wurde im August 2004 Magdeburg. Dort protestierten 12.000 Menschen, die Armut und Ungerechtigkeiten befürchten, gegen Kanzler Schröders Agenda und die Ideen eines Peter Hartz, nach dem die bekannten Gesetze benannt wurden.

In Bremen gab es am 16. August 2004 die erste spektakuläre Montagsdemo mit etwa 350 Menschen aus verschiedenen Gruppen, dazu eine Gegendemo und Polizeischutz. Seither findet unsere Montagsdemo allwöchentlich um 17:30 Uhr statt, außer an Feiertagen ohne Unterbrechung und bei jedem Wetter. Schwerpunkte sind der Kampf gegen Sozialabbau, Unterdrückung, Armut, Ausbeutung, menschenunwürdige Gesetze und Behördenwillkür. Bundesweit ist die Montagsdemobewegung ein breites, überparteiliches Bündnis von Menschen, die allwöchentlich in Dutzenden Städten auf die Straße gehen.

Bei uns bekommen Sie sachkundige Information, Beratung und praktische Unterstützung. Die Montagsdemos haben sich als Instrument etabliert, mit dem jede(r) Bürger(in) wirkungsvoll demokratische Grundrechte wahrnehmen und direkten Einfluss auf die Politik ausüben kann. Sie bieten ein Offenes Mikrofon für alle Menschen, die öffentlich ihre Meinung sagen wollen – auf antifaschistischer Grundlage, ohne Gewalt und Hetze. Die Montagsdemos waren an den Massenprotesten beteiligt, die das Abschalten von neun alten Atomkraftwerken erzwingen konnten, obwohl die Regierung Merkel längere Laufzeiten angedroht hatte.

Die Themen am „Widerstandstag“ reichen von wahnsinnigen Großprojekten wie dem Tiefbahnhof Stuttgart bis zum globalen Verbrechen an Umwelt und Menschheit, die jede(n) von uns betreffen. Unsere Proteste richten sich gegen die weltweite Atompolitik und eine Chemieindustrie, die danach strebt, die Ernährung der Weltbevölkerung mithilfe von genmanipuliertem Saatgut zu übernehmen. Wir sind solidarisch mit den Streiks und Demonstrationen in vielen europäischen Ländern, wo sich Millionen Menschen gegen sozialfeindliche Krisenprogramme wehren. Bei uns dürfen Sie dazu laut Ihre Meinung sagen, mit uns die Finanzwirtschaft beobachten oder Geheimdienste entlarven.

INITIATIVE BREMER MONTAGS DEMO

überparteilich, unabhängig, öffentlich

www.Bremer-Montagsdemo.de